Stadt Oberhausen
Wahlperiode 2025/2030

Drucksache **B/18/0217**
Status **öffentlich**
Freigabedatum **04.12.2025**

Vorlageart:	Beschlussvorlage
Federführung:	Beteiligungen
Verantwortung:	Herr Kunz-Aue, Herr Tsalastras, Herr Berg

Beteiligungsbericht 2024

Beratungsfolge

15.12.2025	Rat der Stadt	Beschlussfassung

Beschlussvorschlag

1. Auf die Vorberatung durch Ausschüsse wird gemäß § 1 Abs. 7 S. 3 der Geschäftsordnung für die Ausschüsse des Rates und für die Oberbürgermeisterin/den Oberbürgermeister der Stadt Oberhausen in der Fassung vom 20.03.2020 verzichtet.

2. Der Rat der Stadt beschließt den Beteiligungsbericht 2024

Bezug

- Drucksache B/17/5979 vom 16.12.2024 (Befreiung von der Pflicht zur Aufstellung eines Gesamtabschlusses)

Konsequenzen

Drucksache hat keine finanziellen Konsequenzen
Drucksache hat keine klimatischen Konsequenzen

Sachverhalt

Begründung

1. Verzicht auf die Vorberatung durch Ausschüsse

Zwischen dem Ende der Ladungsfrist für die konstituierende Sitzung des Rates am 17.11.2025 und dem Termin zur Versendung der Beschlussvorlagen für die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 08.12.2025 liegt nur ein Zeitraum von drei Wochen. Aufgrund der erforderlichen Zusammenstellung der umfangreichen Unterlagen sowie deren Überprüfung auf Vollständigkeit und Übereinstimmung mit den rechtlichen vorgegebenen Anforderungen an den Inhalt des Beteiligungsberichts war es nicht möglich, die Ladungsfrist für den Haupt- und Finanzausschuss einzuhalten. In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass für die konstituierende Sitzung des Rates ein erheblicher Teil der Vorlagen vom Bereich Beteiligungen vorzubereiten war.

2. Sachverhalt

Nach §§ 116a Abs. 3, 117 Abs. 1 S. 1 GO NRW in der aktuell gültigen Fassung ist ein Beteiligungsbericht ab dem Haushaltsjahr 2019 nur noch im Fall der Befreiung der Kommune von der Pflicht zur Aufstellung eines Gesamtabschlusses aufgrund der in § 116a Abs. 1 GO NRW festgelegten Größenmerkmale verpflichtend aufzustellen. Der Rat der Stadt Oberhausen hat in der Sitzung am 16.12.2024 (Drucksache: B/17/5979) die Befreiung von der Pflicht zur Aufstellung des Gesamtabschlusses 2024 der Stadt Oberhausen gemäß § 116a GO NRW beschlossen. Wenn ein Beteiligungsbericht aufzustellen ist, wird gem. § 117 Abs. 1 S. 3 GO NRW ein gesonderter Beschluss des Rates in öffentlicher Sitzung herbeigeführt.

Der Beteiligungsbericht hat gemäß § 117 Abs. 2 GO NRW folgende Informationen zu sämtlichen verselbständigten Aufgabenbereichen in öffentlich-rechtlicher und privatrechtlicher Form zu enthalten:

1. die Beteiligungsverhältnisse,
2. die Jahresergebnisse der verselbständigten Aufgabenbereiche,
3. eine Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals jedes verselbständigten Aufgabenbereiches sowie
4. eine Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander und mit der Gemeinde.

Der Beteiligungsbericht wird im ALLRIS-System zur Verfügung gestellt. Nach Beschluss durch den Rat der Stadt ist der Beteiligungsbericht für jedermann im Internetauftritt der Stadt Oberhausen unter der Rubrik Rathaus => Verwaltung => Verwaltungsführung => Beteiligungen => Beteiligungsbericht einzusehen.

Anlage/n

1 - Beteiligungsbericht 2024

BETEILIGUNGSBERICHT

DER STADT OBERHAUSEN

2024

Stadt Oberhausen
Der Oberbürgermeister ***Bereich 9-5 / Beteiligungen***

Stand: November 2025

Vorwort Beteiligungsbericht 2024

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

die Stadt Oberhausen legt mit dem Beteiligungsbericht 2024 die jährliche Berichterstattung über die wirtschaftlichen Verhältnisse der städtischen Unternehmen vor. Die städtischen Unternehmen, zu denen auch die Eigenbetriebe wie die SBO Servicebetriebe Oberhausen und das Theater Oberhausen zählen, haben den Bürgerinnen und Bürgern erneut ein weites Spektrum an Leistungen und Angeboten bereitgestellt.

Das Jahr 2024 war maßgeblich durch die Umsetzung der neuen Immobilienstruktur im Konzern Stadt geprägt. Ziel dieser Neuordnung ist es, die Entwicklung, Bewirtschaftung und Modernisierung des städtischen Immobilienbestandes in einer Entwicklungs- und einer Besitzgesellschaft zu bündeln.

Die Funktion der Grundstücksentwicklungsgesellschaft wird dabei in Zukunft aufgrund steuerrechtlicher Vorteile die Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH wahrnehmen. Die Gesellschaft wurde vor diesem Hintergrund in GEO Grundstücksentwicklungsgesellschaft Oberhausen mbH (GEO) umbenannt und der Betrieb der Stadthalle auf die neu gegründete LAH Luise-Albertz-Halle Oberhausen GmbH überführt.

Als Besitzgesellschaft für die Bestandsverwaltung wurde die TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH (TZU) als Tochtergesellschaft der GEO bestimmt. Die TZU wurde dementsprechend in GVO Grundstücksverwaltungsgesellschaft Oberhausen mbH (GVO) umbenannt.

Im Zuge der Konzentration der Immobilienwirtschaft wurde auch die VZO Verwaltungszentren Oberhausen GmbH mit den wesentlichen Immobilien des Technischen Rathauses in Sterkrade und des Jobcenters auf die GVO (ehemals TZU) verschmolzen. Außerdem hat die Stadt ihren Bestand an geeigneten Wohnungen und gewerblichen Immobilien auf die GVO ausgegliedert. Insgesamt verfügt die GVO nach der erfolgreichen Konzentration und Umstrukturierung über ca. 470 Wohneinheiten, mehr als 50 Gewerbeeinheiten sowie rund 1.200 Stellplätze.

Mit der neuen Struktur ist eine strategische und effiziente Verwaltung und Weiterentwicklung des Immobilienbestandes im Konzern Stadt Oberhausen aus einer Hand gewährleistet. Dadurch können Synergien bei Unterhaltung und Modernisierung der Immobilien erreicht und notwendige Maßnahmen der Stadtentwicklung umgesetzt werden.

Besonders erfreulich ist, dass im Revierpark Vonderort als Betriebsteil der Freizeitgesellschaft Metropole Ruhr mbH der Ersatzneubau des maroden Solebades in das Bundesprogramm „Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur“ aufgenommen wurde. Die Fördersumme beträgt voraussichtlich 6 Millionen Euro. Der Baubeginn wird nach aktuellem Stand im Jahr 2026 erwartet. Dies stellt eine besondere Erhöhung der Lebens- und Freizeitqualität dar.

Mein besonderer Dank gilt allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den städtischen Beteiligungsunternehmen sowie den Mitgliedern der Geschäftsleitungen und Aufsichtsgremien für ihr engagiertes Wirken zum Wohl unserer Stadt.

Oberhausen im November 2025



Thorsten Berg
Oberbürgermeister

Inhaltsverzeichnis

Allgemeines zur Zulässigkeit der wirtschaftlichen und nichtwirtschaftlichen Betätigung von Kommunen 1
Rechtliche Grundlagen zur Erstellung eines Beteiligungsberichtes 3
Gegenstand und Zweck des Beteiligungsberichtes 4
Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG 4
Beteiligungsportfolio der Stadt Oberhausen 5
Änderungen im Beteiligungsportfolio 11
Beteiligungsstruktur 12
Finanzbeziehungen zu den Beteiligungen 2024 14
Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen 15
Allgemeine Hinweise zur Präsentation der Unternehmen 16
Erläuterungen der verwendeten Kennzahlen 18
Übersicht über ausgewählte finanz- und betriebswirtschaftliche Daten 21
Unmittelbare und mittelbare Beteiligungen der Stadt Oberhausen zum 31.12.2024 23

Einzeldarstellung der wesentlichen mittel- und unmittelbaren Beteiligungen nach Sparten *25*

Ver- und Entsorgung - unmittelbare Beteiligungen - *27*
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH 30
RWW Rheinisch-Westfälische Wasserwerksgesellschaft mbH 44
VKA Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH 58

Ver- und Entsorgung - mittelbare Beteiligungen - *61*
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH 64
PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH i. L. 74
OVP O.Vision Projektgesellschaft mbH i. L. 78
evo Energieversorgung Oberhausen AG 82
Oberhausener Netzgesellschaft mbH 98
Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG 108
Biostrom Oberhausen Management GmbH 114
Quantum GmbH 118
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft mbH 132
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co.KG 136
STEAG GmbH 140
GFKO Gesellschaft für Kabelkommunikationstechnik Oberhausen mbH & Co. Kabel-Service KG 144
GFKO Gesellschaft für Kabelkommunikationstechnik Oberhausen mbH 146
Energiegenossenschaft Handwerk e.G. 148
FSO GmbH & Co.KG 150
FSO Verwaltungs-GmbH 172
RWE Aktiengesellschaft 176
GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH 178

Wirtschaftsförderung - unmittelbare Beteiligungen - *187*
ENO Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH 190
OWT Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung GmbH 198

Freizeit und Tourismus - unmittelbare Beteiligungen - *207*
Gasometer Oberhausen GmbH 210
LAH Luise-Albertz-Halle Oberhausen GmbH 216
IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH 226
FMR Freizeitgesellschaft Metropole Ruhr mbH 234

Genossenschaften *247*
regio iT Beteiligungsgenossenschaft eG 250
Bau- und Wohnungsgenossenschaft "Werkbundsiedlung Am Ruhrufer" e.G. 254
Allmende Emscher Lippe eG 258

Sonstige Unternehmen - unmittelbare Beteiligungen - *261*
Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH 264
TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH 274
Wissenschaftscampus NRW gGmbH 286
ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH 294
ASO Service GmbH 304

Jobcenter Oberhausen ... 310
Betriebsverwaltungsgesellschaft Radio Mülheim/Oberhausen mbH ... 314
Betriebsgesellschaft Radio Mülheim/Oberhausen mbH & CO. KG ... 316
d-NRW Anstalt öffentlichen Rechts ... 322
ecce - european centre for creative economy GmbH ... 326
CVUA-RRW Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper ... 334
Stadtsparkasse Oberhausen ... 346

Eigenbetriebe und Eigenbetriebsähnliche Einrichtungen ... *375*
Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen ... 378
SBO Servicebetriebe Oberhausen ... 386
Theater Oberhausen ... 398

Anlagen ... *410*
Übersicht des Personalbestandes aller bedeutsamen Beteiligungen ... 411
Zusammensetzung der Management- und Aufsichtsgremien nach Geschlecht ... 412
Vergütungsbericht 2024 ... 413
Gründungshistorie ... 417
Beteiligungen der Stadt Oberhausen zum 31.12.2024 ... 420
Wesentliche gesetzliche Grundlagen der wirtschaftlichen Betätigung ... 423
Rechtsformen wirtschaftlicher Betätigung ... 434
Verzeichnis der verwendeten Abkürzungen ... 437
Alphabetisches Inhaltsverzeichnis ... 440

Allgemeines zur Zulässigkeit der wirtschaftlichen und nichtwirtschaftlichen Betätigung von Kommunen

Das kommunale Selbstverwaltungsrecht nach Art. 28 Absatz 2 Grundgesetz erlaubt den Kommunen, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln. Die Kommunen sind gem. Art. 78 Absatz 2 der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen in ihrem Gebiet die alleinigen Träger der öffentlichen Verwaltung, soweit die Gesetze nichts anderes vorschreiben.

Durch diese verfassungsrechtlich verankerte Selbstverwaltungsgarantie haben die Kommunen die Möglichkeit, sich über den eigenen Hoheitsbereich hinausgehend wirtschaftlich zu betätigen. Ihren rechtlichen Rahmen findet die wirtschaftliche Betätigung im 11. Teil (§§ 107 ff.) der Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NRW). Hierin ist geregelt, unter welchen Voraussetzungen eine wirtschaftliche bzw. nichtwirtschaftliche Betätigung zulässig ist („ob“) und welcher Rechtsform – öffentlich-rechtlich oder privatrechtlich – die Kommunen sich dabei bedienen dürfen („wie“).

Gemäß § 107 Absatz 1 GO NRW darf sich eine Gemeinde zur Erfüllung ihrer Aufgaben wirtschaftlich betätigen, wenn ein öffentlicher Zweck die Betätigung erfordert (Nummer 1), die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit der Gemeinde steht (Nummer 2) und bei einem Tätigwerden außerhalb der Wasserversorgung, des öffentlichen Verkehrs sowie des Betriebes von Telekommunikationsleitungsnetzen einschließlich der Telekommunikationsdienstleistungen der öffentliche Zweck durch andere Unternehmen nicht besser und wirtschaftlicher erfüllt werden kann (Nummer 3).

Von der wirtschaftlichen Betätigung ist die sog. nichtwirtschaftliche Betätigung gemäß § 107 Absatz 2 GO NRW abzugrenzen. Hierunter fallen Einrichtungen, zu denen die Gemeinde gesetzlich verpflichtet ist (Nummer 1), öffentliche Einrichtungen, die für die soziale und kulturelle Betreuung der Einwohner erforderlich sind, Einrichtungen, die der Straßenreinigung, der Wirtschaftsförderung, der Fremdenverkehrsförderung oder der Wohnraumversorgung dienen (Nummer 3), Einrichtungen des Umweltschutzes (Nummer 4) sowie Einrichtungen, die ausschließlich der Deckung des Eigenbedarfs von Gemeinden und Gemeindeverbänden dienen (Nummer 5). Auch diese Einrichtungen sind, soweit es mit ihrem öffentlichen Zweck vereinbar ist, nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu verwalten und können entsprechend den Vorschriften über die Eigenbetriebe geführt werden.

In § 109 sind die allgemeinen Wirtschaftsgrundsätze, die sowohl für die wirtschaftliche als auch für die nichtwirtschaftliche Betätigung gelten, niedergelegt. Demnach sind die Unternehmen und Einrichtungen so zu führen, zu steuern und zu kontrollieren, dass der öffentliche Zweck nachhaltig erfüllt wird. Unternehmen sollen einen Ertrag für den Haushalt der Gemeinde abwerfen, soweit dadurch die Erfüllung des öffentlichen Zwecks nicht beeinträchtigt wird. Der Jahresgewinn der wirtschaftlichen Unternehmen als Unterschied der Erträge und Aufwendungen soll so hoch sein, dass außer den für die technische und wirtschaftliche Entwicklung des Unternehmens notwendigen Rücklagen mindestens eine marktübliche Verzinsung des Eigenkapitals erwirtschaftet wird.

Bei der Ausgestaltung der wirtschaftlichen Betätigung liegt es vorbehaltlich der gesetzlichen Bestimmungen im Ermessen der Kommunen, neben öffentlich-rechtlichen auch privatrechtliche Organisationsformen zu wählen. So dürfen Kommunen unter den Voraussetzungen des § 108 GO NRW Unternehmen und Einrichtungen in einer Rechtsform des privaten Rechts gründen oder sich daran beteiligen. Unter anderem muss die Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch Gesellschaftsvertrag, Satzung oder sonstiges Organisationsstatut gewährleistet sein und eine

Rechtsform gewählt werden, welche die Haftung der Gemeinde auf einen bestimmten Betrag begrenzt.

Da im Verfassungsstaat das Gemeinwohl der allgemeine Legitimationsgrund aller Staatlichkeit ist, muss jedes Handeln der öffentlichen Hand einen öffentlichen Zweck verfolgen. Die gesetzliche Normierung der Erfüllung des öffentlichen Zwecks als Grundvoraussetzung für die Aufnahme einer wirtschaftlichen und nichtwirtschaftlichen Betätigung einer Kommune soll daher gewährleisten, dass sich diese stets im zulässigen Rahmen kommunaler Aufgabenerfüllung zu bewegen hat. Es ist daher nicht Angelegenheit der kommunalen Ebene, sich ausschließlich mit dem Ziel der Gewinnerzielung in den wirtschaftlichen Wettbewerb zu begeben. Stattdessen kann eine wirtschaftliche bzw. nichtwirtschaftliche Betätigung nur Instrument zur Erfüllung bestehender kommunaler Aufgaben sein.

Die Ausgestaltung des öffentlichen Zwecks ist dabei so vielfältig wie der verfassungsrechtlich umrissene Zuständigkeitsbereich der Kommunen. Der „öffentliche Zweck“ stellt einen unbestimmten Rechtsbegriff dar, für dessen inhaltliche Bestimmung zuvorderst die Zielsetzung des gemeindlichen Handelns maßgeblich ist.

Rechtliche Grundlagen zur Erstellung eines Beteiligungsberichtes

Grundsätzlich haben sämtliche Kommunen gemäß § 116 Absatz 1 GO NRW in jedem Haushaltsjahr für den Abschlussstichtag 31. Dezember einen Gesamtabschluss, der die Jahresabschlüsse sämtlicher verselbständigter Aufgabenbereiche in öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Form konsolidiert, sowie einen Gesamtlagebericht nach Absatz 2 aufzustellen.

Hiervon abweichend sind Kommunen gemäß § 116a Absatz 1 GO NRW von der Pflicht zur Aufstellung eines Gesamtabschlusses und Gesamtlageberichts befreit, wenn am Abschlussstichtag ihres Jahresabschlusses und am vorhergehenden Abschlussstichtag jeweils mindestens zwei der drei im Gesetz genannten Merkmale zutreffen.

Über das Vorliegen der Voraussetzungen für die Befreiung von der Pflicht zur Aufstellung eines Gesamtabschlusses entscheidet der Rat gemäß § 116a Absatz 2 Satz 1 GO NRW für jedes Haushaltsjahr bis zum 30. September des auf das Haushaltsjahr folgenden Jahres.

Der Rat der Stadt Oberhausen hat am 16.12.2024 (Drucksache: B/17/5979) gemäß § 116a Absatz 2 Satz 1 GO NRW entschieden, von der nach § 116a Absatz 1 GO NRW vorgesehenen Befreiung von der Pflicht zur Aufstellung eines Gesamtabschlusses und Gesamtlageberichts Gebrauch zu machen. Daher hat die Stadt Oberhasen gemäß § 116a Absatz 3 GO NRW einen Beteiligungsbericht nach § 117 GO NRW zu erstellen.

Der Beteiligungsbericht hat gemäß § 117 Absatz 2 GO NRW grundsätzlich folgende Informationen zu sämtlichen verselbständigten Aufgabenbereichen in öffentlich-rechtlicher und privat-rechtlicher Form zu enthalten:

1. die Beteiligungsverhältnisse,

2. die Jahresergebnisse der verselbständigten Aufgabenbereiche,

3. eine Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals jedes verselbständigten Aufgabenbereiches sowie

4. eine Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander und mit der Gemeinde.

Über den Beteiligungsbericht ist nach § 117 Absatz 1 Satz 3 GO NRW ein gesonderter Beschluss des Rates in öffentlicher Sitzung herbeizuführen. Der Rat der Stadt Oberhauen hat am 15.12.2025 den Beteiligungsbericht 2024 beschlossen.

Gegenstand und Zweck des Beteiligungsberichtes

Der Beteiligungsbericht enthält die näheren Informationen über sämtliche unmittelbaren und mittelbaren Beteiligungen an sämtlichen verselbständigten Aufgabenbereichen in öffentlich-rechtlicher und privatrechtlicher Form der Stadt Oberhausen. Er lenkt den Blick jährlich auf die einzelnen Beteiligungen, indem er Auskunft über alle verselbständigten Aufgabenbereiche der Stadt Oberhausen, deren Leistungsspektrum und deren wirtschaftliche Situation und Aussichten gibt, unabhängig davon, ob diese dem Konsolidierungskreis für einen Gesamtabschluss angehören würden. Damit erfolgt eine differenzierte Darstellung der Leistungsfähigkeit der Stadt Oberhausen durch die Abbildung der Daten der einzelnen Beteiligungen.

Die Gliederung des Beteiligungsberichtes und die Angaben zu den einzelnen Beteiligungen ermöglichen, dass eine Beziehung zwischen den gebotenen Informationen und den dahinterstehenden Aufgaben hergestellt werden kann. Dies ermöglicht durch den Vergleich der Leistungen mit den Aufgaben auch die Feststellung, ob die Erfüllung der Aufgaben der Stadt Oberhausen durch die verschiedenen Organisationsformen nachhaltig gewährleistet ist.

Der Beteiligungsbericht unterstützt damit eine regelmäßige Aufgabenkritik und eine Analyse der Aufbauorganisation der Stadt Oberhausen insgesamt durch die Mitglieder der Vertretungsgremien.

Adressat der Aufstellungspflicht ist die Stadt Oberhausen. Um diese Pflicht erfüllen zu können, müssen der Stadt Oberhausen die entsprechenden Informationen zur Verfügung stehen.

Hierzu kann die Stadt Oberhausen unmittelbar von jedem verselbständigten Aufgabenbereich alle Aufklärungen und Nachweise verlangen, die die Aufstellung des Beteiligungsberichtes erfordert (vgl. § 117 Absatz 1 Satz 2 i.V.m. § 116 Absatz 6 Satz 2 GO NRW).

Die verwendeten wirtschaftlichen Daten beruhen auf den im Laufe des Jahres 2025 festgestellten Abschlüssen für das Geschäftsjahr 2024.

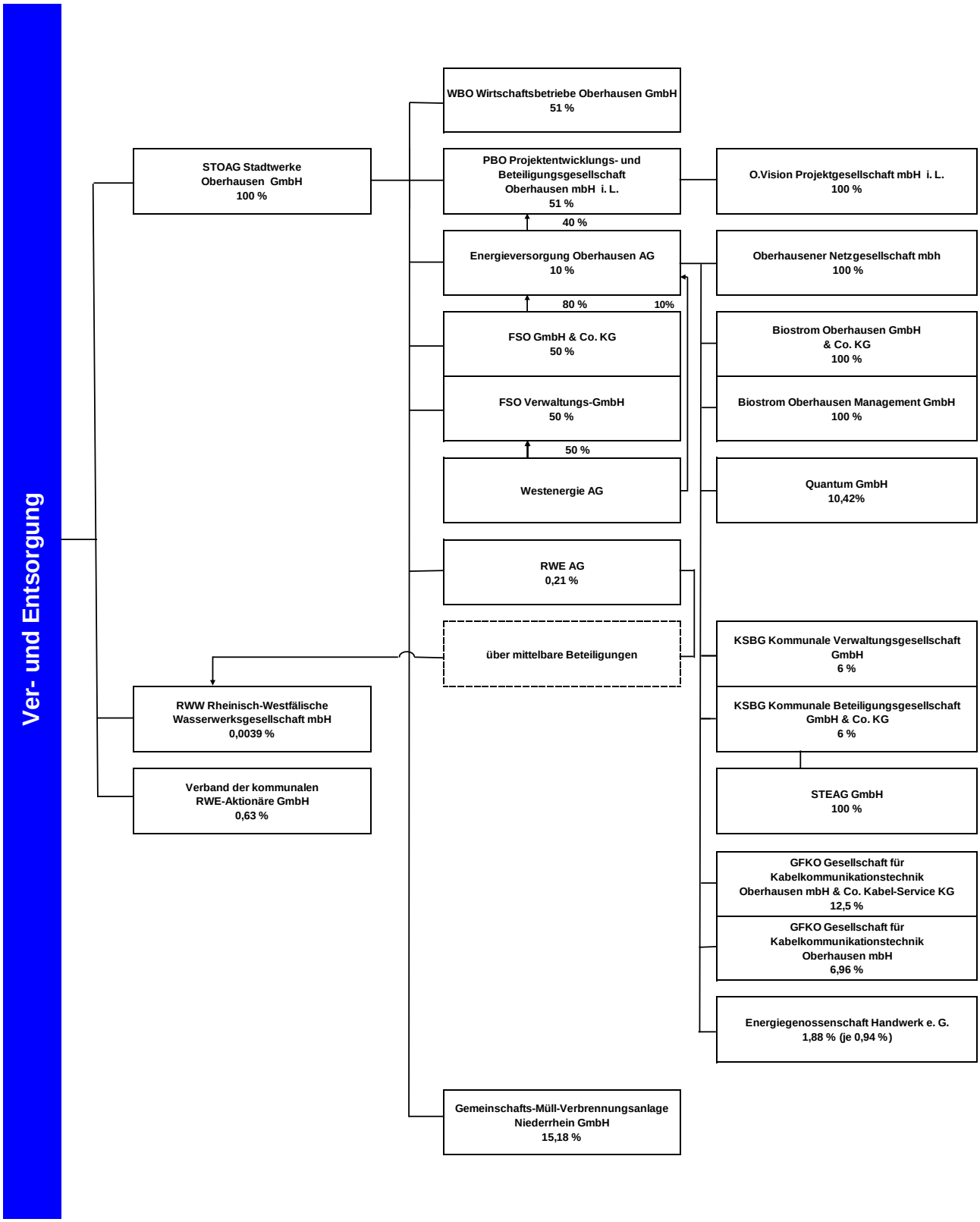
Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

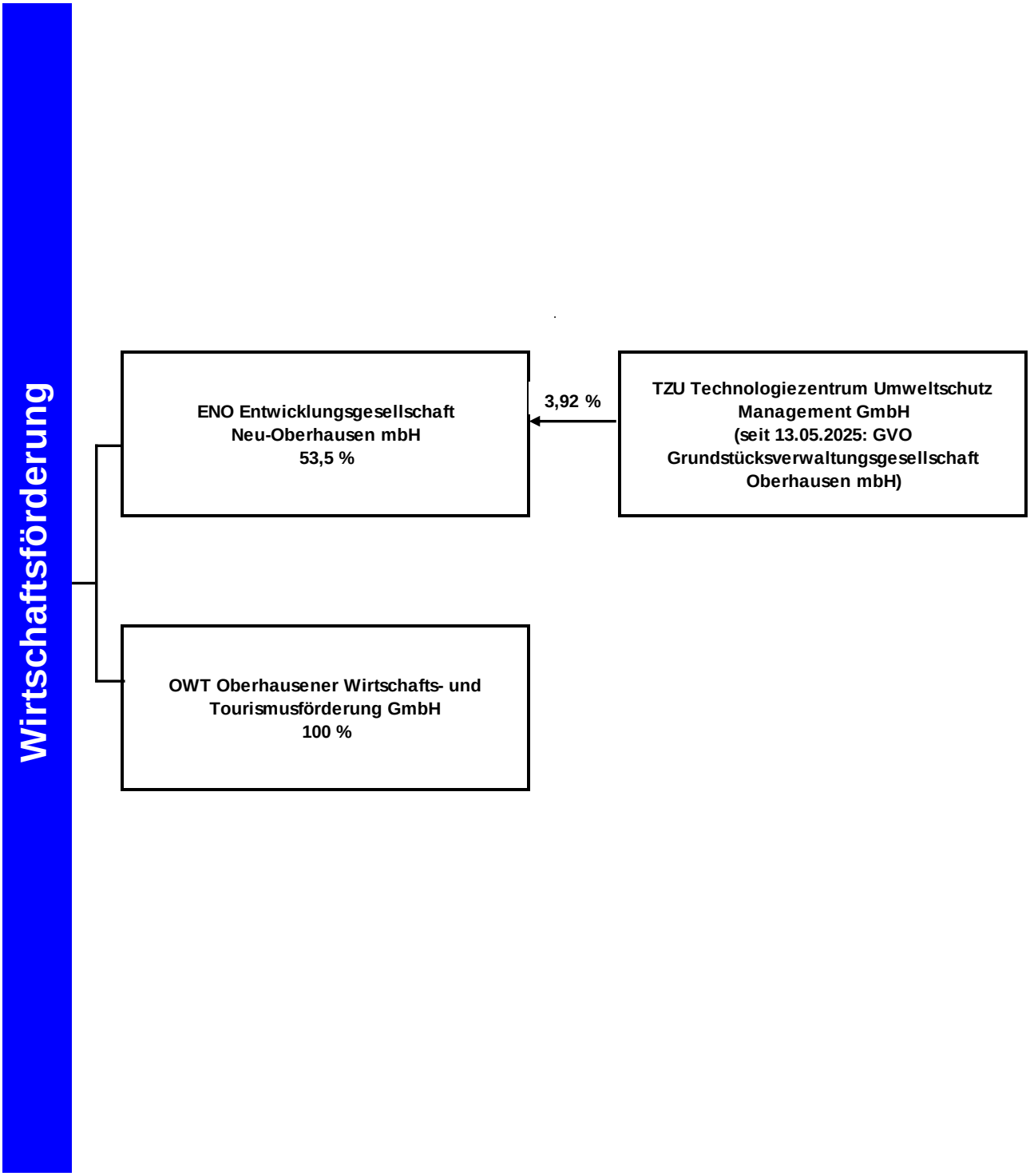
Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

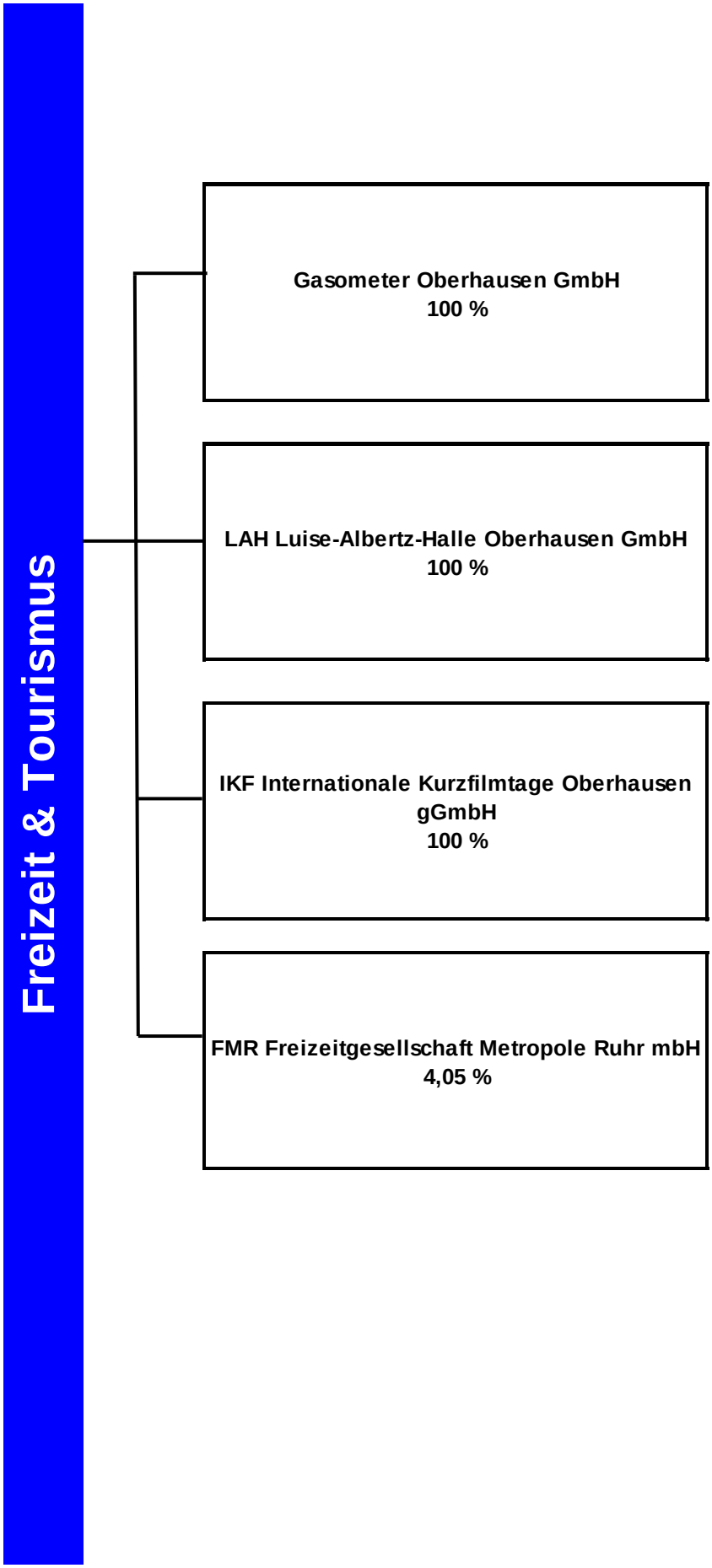
Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

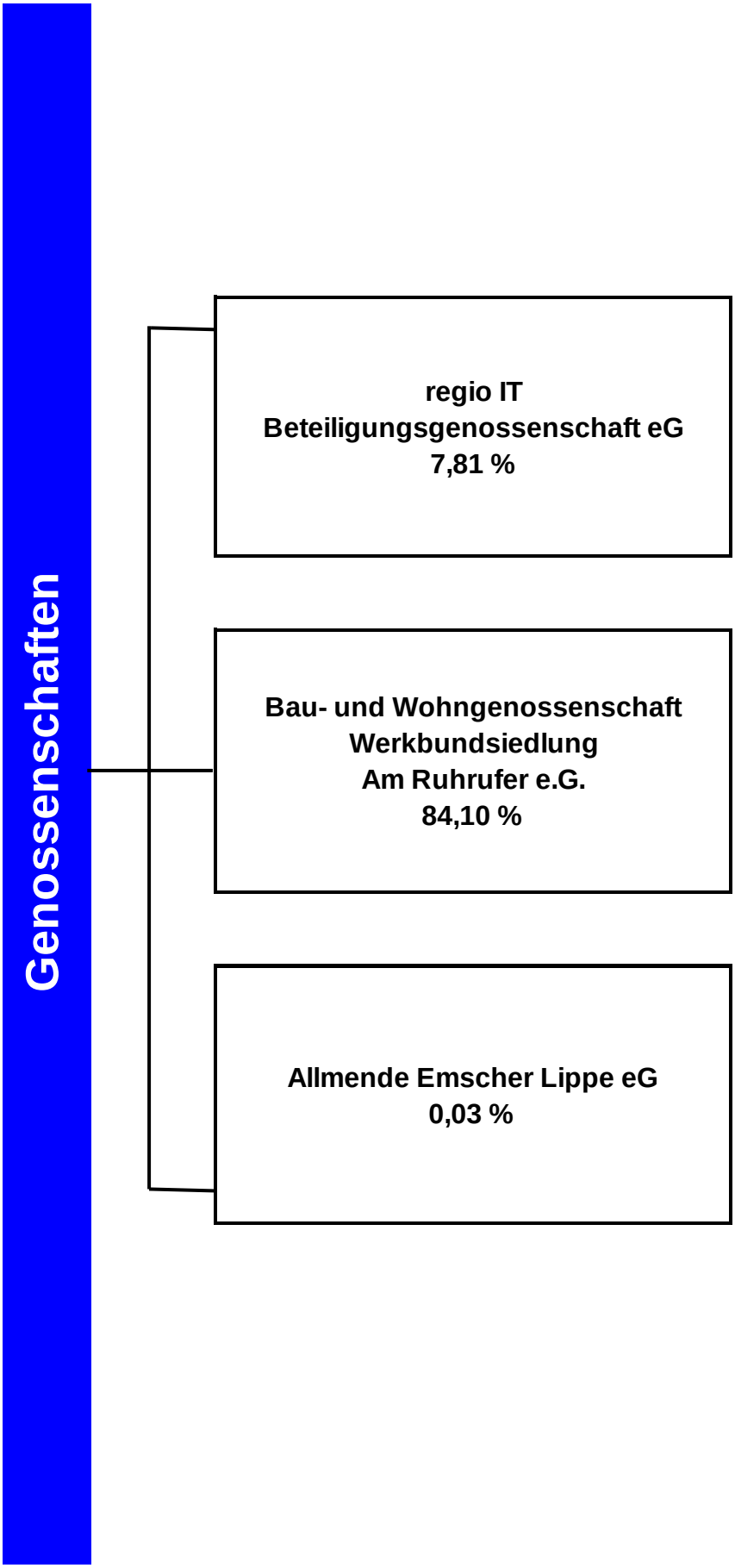
Die Stadt Oberhausen wirkt grundsätzlich darauf hin, dass bei kommunalen Mehrheitsbeteiligungen in einer Rechtsform des privaten Rechts die Gleichstellung von Frauen und Männer gemäß den gesetzlichen Vorgaben umgesetzt bzw beachtet wird. Daher wird auf eine beteiligungsbezogene Einzeldarstellung verzichtet. Der Frauenanteil in den Gremien der Beteiligungen wird in einer gesonderten Übersichtstabelle dargestellt.

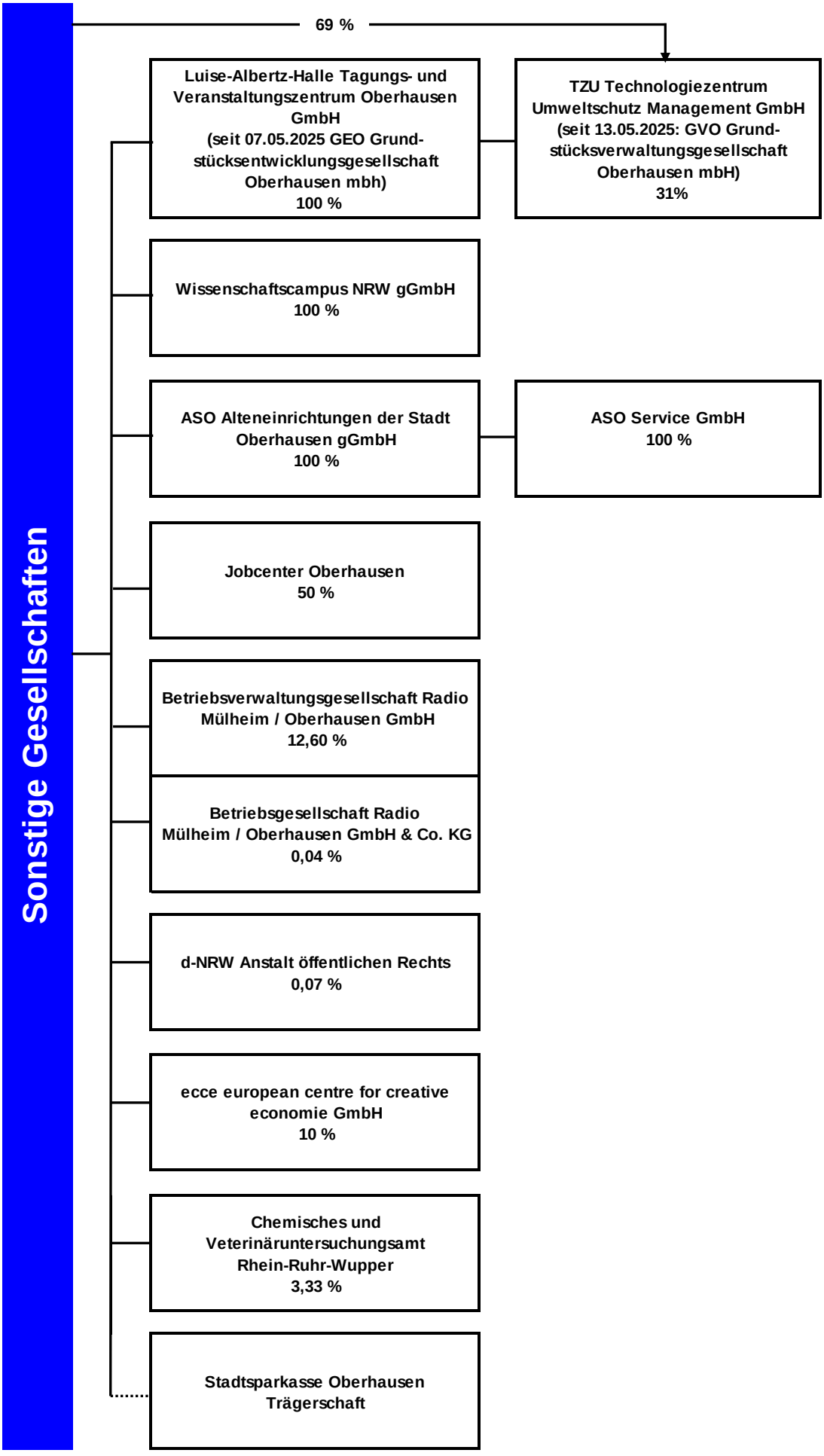
Beteiligungsportfolio der Stadt Oberhausen

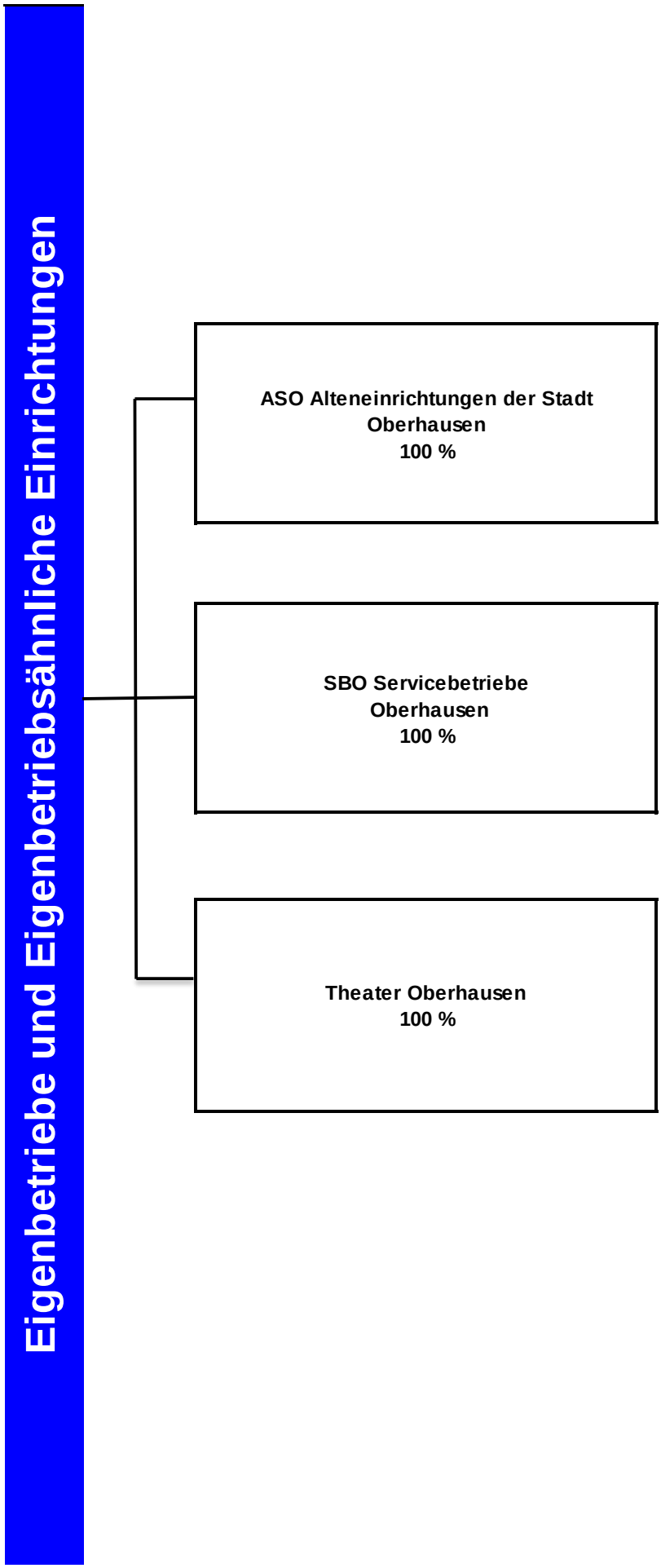



Wirtschaftsförderung
ENO Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH 53,5 %
3,92 %
TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH (seit 13.05.2025: GVO Grundstücksverwaltungsgesellschaft Oberhausen mbH)
OWT Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung GmbH 100 %


Freizeit & Tourismus
Gasometer Oberhausen GmbH
100 %
LAH Luise-Albertz-Halle Oberhausen GmbH
100 %
IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH
100 %
FMR Freizeitgesellschaft Metropole Ruhr mbH
4,05 %


Genossenschaften
regio IT
Beteiligungsgenossenschaft eG
7,81 %
Bau- und Wohngenossenschaft
Werkbundsiedlung
Am Ruhrufer e.G.
84,10 %
Allmende Emscher Lippe eG
0,03 %


Sonstige Gesellschaften
69 %
Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH
(seit 07.05.2025 GEO Grund-stücksentwicklungsgesellschaft Oberhausen mbh)
100 %
TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH
(seit 13.05.2025: GVO Grund-stücksverwaltungsgesellschaft Oberhausen mbH)
31%
Wissenschaftscampus NRW gGmbH
100 %
ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH
100 %
ASO Service GmbH
100 %
Jobcenter Oberhausen
50 %
Betriebsverwaltungsgesellschaft Radio Mülheim / Oberhausen GmbH
12,60 %
Betriebsgesellschaft Radio Mülheim / Oberhausen GmbH & Co. KG
0,04 %
d-NRW Anstalt öffentlichen Rechts
0,07 %
ecce european centre for creative economie GmbH
10 %
Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper
3,33 %
Stadtsparkasse Oberhausen
Trägerschaft


Eigenbetriebe und Eigenbetriebsähnliche Einrichtungen
ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen
100 %
SBO Servicebetriebe Oberhausen
100 %
Theater Oberhausen
100 %

Änderungen im Beteiligungsportfolio

Im Berichtsjahr haben sich verschiedene Änderungen bei den unmittelbaren Beteiligungen der Stadt Oberhausen ergeben.

Zugänge

Die Stadt Oberhausen hat zwei Beteiligungen an Genossenschaften erworben:

- - 60 Genossenschaftsanteile an der regio IT Beteiligungsgenossenschaft eG
- - 2 Genossenschaftsanteile an der Allmende Emscher-Lippe eG

Zudem wurde die LAH Luise-Albertz-Halle Oberhausen GmbH neu gegründet, an der die Stadt Oberhausen zu 100 % beteiligt ist.

Auch die WT Oberhausen GmbH wurde im Zuge der Umsetzung des Immobilienkonzeptes neu gegründet. Nach dem Erlöschen der WT Oberhausen GmbH erfolgte eine Umfirmierung zurück zu dem alten Firmennamen der Wirtschaftsförderung, OWT Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung GmbH. Die Stadt Oberhausen hält 100 % der Anteile an dieser Gesellschaft.

Abgänge

Es sind folgende Abgänge an Beteiligungen zu verzeichnen:

- - VZO Verwaltungszentren Oberhausen GmbH
- - OWT Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung GmbH

Die unmittelbaren Beteiligungen VZO Verwaltungszentren Oberhausen GmbH und OWT Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung GmbH sind durch Verschmelzungen auf die TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management (aktuelle Firma GVO Grundstücksverwaltungsgesellschaft Oberhausen mbH) bzw. die Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH (aktuelle Firma GEO Grundstücksentwicklungsgesellschaft Oberhausen mbH) erloschen.

Veränderung in Beteiligungsquoten

Bei der Beteiligung TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH haben sich die Beteiligungsquoten geändert. Die Stadt Oberhausen hält nun eine unmittelbare Beteiligung in Höhe von 69,3 %. Die restlichen 30,7 % werden durch die Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH als 100%ige Beteiligung der Stadt Oberhausen gehalten.

Beteiligungsstruktur

Lfd. Nr.	Beteiligung	Höhe des Stamm-kapitals und des Jahresergebnisses am 31.12.2024	(durchgerechneter) Anteil der Stadt Oberhausen am Stammkapital		Beteiligungsart
	Ver- und Entsorgung	**T€**	**T€**	**%**	
1	STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH	25.600	25.600	100,0	unmittelbar
	Jahresergebnis 2024	-7.740,00			
2	RWW Rheinisch-Westfälische Wasserwerksgesellschaft mbH	15.381,95	0,60	0,0039	unmittelbar
	Jahresergebnis 2024	6.592,29			
3	VKA Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH	127.82	0,80	0,63	unmittelbar
	Jahresergebnis 2024	(liegt nicht vor)			
4	WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH	1.250	637,50	51,0	mittelbar
	Jahresergebnis 2024	3.337,68			
5	PBO Projektentwicklungs- und Betriebsgesellschaft Oberhausen mbH i. L.	255,65	205	80,0	mittelbar
	Jahresergebnis 2024	-32,12			
6	OVP O.Vision Projektgesellschaft mbH i. L.	25	20	80,0	mittelbar
	Jahresergebnis 2024	-343,86			
7	evo Energieversorgung Oberhausen AG	26.000	13.000	50,0	mittelbar
	Jahresergebnis 2024	50.750,00			
8	Oberhausener Netzgesellschaft mbH	50,00	25	50,0	mittelbar
	Jahresergebnis 2024	0,00			
9	Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG	1.000,00	500	50,0	mittelbar
	Jahresergebnis 2024	49,08			
10	Biostrom Oberhausen Management GmbH	25,0	12,5	50,0	mittelbar
	Jahresergebnis 2024	2,10			
11	Quantum GmbH	1.035,25	41,25	4,4	mittelbar
	Jahresergebnis 2024	1.990,85			
12	KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft mbH	100,00	3,0	3,0	mittelbar
	Jahresergebnis 2024	5,00			
13	KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co. KG	1,00	0,03	3,0	mittelbar
	Jahresergebnis 2024	(liegt nicht vor)			
14	STEAG GmbH	128.000,00	3.840	3,0	mittelbar
	Jahresergebnis 2024	47.500,00			
15	GFKO Gesellschaft für Kabelkommunikationstechnik mbH & Co. Kabel-Service KG i.	143,16	8,95	6,25	mittelbar
	Jahresergebnis 2024	(liegt nicht vor)			
16	GFKO Gesellschaft für Kabelkommunikationstechnik mbH i. L.	25,30	0,08	3,48	mittelbar
	Jahresergebnis 2024	(liegt nicht vor)			
17	Energiegenossenschaft Handwerk e. G.	107,50	1,50	1,39	mittelbar
	Jahresergebnis 2024	(liegt nicht vor)			
18	FSO GmbH & Co. KG	30	15	50,0	mittelbar
	Jahresergebnis 2024	15.320,84			
19	FSO Verwaltungs-GmbH	30	15,0	50,0	mittelbar
	Jahresergebnis 2024	-1,68			
20	RWE Aktiengesellschaft	1.573.748,48	3.012,68	0,19	mittelbar
	Jahresergebnis 2024				
21	GMVA Gemeinschafts-Müllverbrennungsanlage Niederrhein GmbH	255,65	38,81	15,18	mittelbar
	Jahresergebnis 2024	13.838,02			
	Wirtschaftsförderung				
22	Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO	319	159	53,84	unmittelbar
	Jahresergebnis 2024	54,80			
23	OWT Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung GmbH	25,00	25	100	unmittelbar
	Jahresergebnis 2024	-1.856,03			
	Freizeit und Tourismus				
24	LAH Luise-Albertz-Halle Oberhausen GmbH	25,00	25	100	unmittelbar
	Jahresergebnis 2024	-84,51			
25	IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	25,57	25,57	100	unmittelbar
	Jahresergebnis 2024	58,16			
26	Freizeitgesellschaft Metropole Ruhr mbH	440,30	18	4	unmittelbar
	Jahresergebnis 2024	-6.720,55			
27	Gasometer Oberhausen GmbH	26,00	26	100	unmittelbar
	Jahresergebnis 2024	4.273,25			

Lfd. Nr.	Beteiligung	Höhe des Stamm-kapitals und des Jahresergebnisses am 31.12.2024 T€	(durchgerechneter) Anteil der Stadt Oberhausen am Stammkapital T€	%	Beteiligungsart
	Wohnungsgenossenschaften				
28	regio IT Beteiligungsgenossenschaft eG	768,00	60	7,81	unmittelbar
	Jahresergebnis 2024	20,74			
29	Bau- und Wohnungsgenossenschaft "Werkbundsiedlung Am Ruhrufer" e. G.	201,45	167,70	83,25	unmittelbar
	Jahresergebnis 2024	-16,78			
30	Allmende Emscher Lippe eG	737,80	0,2	0,03	unmittelbar
	Jahresergebnis 2024	-232,74			
	Sonstige Unternehmen				
31	ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	25	25	100	unmittelbar
	Jahresergebnis 2024	336,84			
32	Jobcenter Oberhausen	0,00		50	unmittelbar
	Jahresergebnis 2024				
33	Betriebsverwaltungsgesellschaft Radio Mülheim/Oberhausen mbH.	25	3,15	12,6	unmittelbar
	Jahresergebnis 2024				
34	Betriebsgesellschaft Radio Mülheim/Oberhausen mbH & Co. KG	3.415,00	1,24	0,04	unmittelbar
	Jahresergebnis 2024				
35	d-NRW Anstalt öffentlichen Rechts	1.368,00	1,00	0,07	unmittelbar
	Jahresergebnis 2024	(liegt nicht vor)			
36	Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper (CVUA-RRW)	450,00	15,00	3,33	unmittelbar
	Jahresergebnis 2024	1.150,70			
37	Stadtsparkasse Oberhausen	0	0	100	unmittelbar
	Jahresergebnis 2024	5.022,52			
38	Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH	300,00	300	100	unmittelbar
	Jahresergebnis 2024	85,39			
39	TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH	500,00	500	100	unmittelbar und mittelbar
	Jahresergebnis 2024	1.908,62			
40	Wissenschaftscampus NRW gGmbH	25,00	25,00	100	unmittelbar
	Jahresergebnis 2024	0;00			
41	ecce - european centre for creative economy GmbH	25	2,5	10	unmittelbar
	Jahresergebnis 2024	0,00			
42	ASO Service GmbH	25	25	100	mittelbar
	Jahresergebnis 2024	0,00			
	eigenbetriebsähnliche Einrichtung				
43	Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	1.789,52	1.789,521	100	unmittelbar
	Jahresergebnis 2024	209,09			
44	SBO Servicebetriebe Oberhausen	2.000,00	2.000	100	unmittelbar
	Jahresergebnis 2024	2.270,04			
45	Theater Oberhausen	100	100	100	unmittelbar
	Jahresergebnis 2024	1.178,35			

Finanzbeziehungen zu den Beteiligungen 2024

	Ertrags-/Betriebskostenzuschüsse	Verlustausgleich	Investitionszuschüsse	Kapitalzuführung	Darlehensgewährung	Stand der Bürgschaften	Übrige Vergünstigungen	Gewinnabführung	Konzessionsangaben	Übrige Zahlungen an die Stadt
ASO Altenein richtungen der Stadt Oberhausen gGmbH						0,00				50.000,00
Betriebsgesellschaft Radio Mülheim/Oberhausen mbH & CO. KG										18.964,45
Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO	434.600,00									
evo Energieversorgung Oberhausen AG									8.312.630,79	
Freizeitgesellschaft Metropole Ruhr mbH	541.008,00	30.592,77								
FSO GmbH & Co.KG								766042 1,6 *		
GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH								2100611,46 *		
IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	800.778,50									
LAH Lusie-Albertz-Halle Oberhausen GmbH	915.980,00									
Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH						2.826.082,34				
OWT Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung GmbH	1.131.782,00									
RWW Rheinisch-Westfälische Wasserwerksgesellschaft mbH								235,69	3.990.725,38	
SBO Servicebetriebe Oberhausen	80.100.000,00									
Stadtsparkasse Oberhausen								3.000.000,00		
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH		7.740.005,32				9.484.000,00				
Theater Oberhausen	11.114.000,00									
TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH						12.223.259,67				
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH								2004000 *		
Wissenschaftscampus NRW gGmbH		55.625,55								

* An die STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH

Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Wesentliche Leistungsbeziehungen im Konzern Stadt *Geschäftsjahr 2024/ - in T€ -*		Leistungsempfänger																
Leistungserbringer		Stadt Oberhausen	Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	ASO Service GmbH	ENO Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH	evo Energieversorgung Oberhausen AG	Gasometer Oberhausen GmbH	GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH	IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	LAH Luise-Albertz-Halle Oberhausen GmbH	Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH	OWT Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung GmbH	SBO Servicebetriebe Oberhausen	STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH	Theater Oberhausen	TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH	WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH
Stadt Oberhausen	Forderungen						81		1		60			2	10.947	7	838	101
	Verbindlichkeiten		209	13			4	5	470				120	10.317	228	1.662	273	365
	Erträge		166	15	15	1	8.674	183	3	7	62		35	38	7.732	321	783	2.191
	Aufwendungen		324	268		434	57	10	5.908	800			1.478	120.628	15.430	11.311	94	41.669
Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	Forderungen			131														
	Verbindlichkeiten	19.542																
	Erträge	6		2.068														
	Aufwendungen	741		19														
ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	Forderungen				197									209				
	Verbindlichkeiten	36	131				253								1			2
	Erträge		19				1							230				
	Aufwendungen	331	2.068		1.367		1.149											19
ASO Service GmbH	Forderungen																	
	Verbindlichkeiten			197														
	Erträge			1.367														
	Aufwendungen	17																
ENO Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH	Forderungen												1					
	Verbindlichkeiten												12				33	
	Erträge	365					50						152		50		50	50
	Aufwendungen	1					15						634				28	
evo Energieversorgung Oberhausen AG	Forderungen														286			40
	Verbindlichkeiten	1										1						
	Erträge	104		812		15		88				92	137	10.049	2.108	70	3	432
	Aufwendungen	323							5.420	7			40		192			4
Gasometer Oberhausen GmbH	Forderungen	1											10					
	Verbindlichkeiten						21						307					1
	Erträge	3											8					
	Aufwendungen	158					97						419			1	2	11
GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH	Forderungen	471					1.221							3				
	Verbindlichkeiten	1											23					5
	Erträge	4.991					4.988							18				
	Aufwendungen	5											20		9			39
IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	Forderungen																	
	Verbindlichkeiten																	
	Erträge						7							1				3
	Aufwendungen	1					7						3	4				
LAH Luise-Albertz-Halle Oberhausen GmbH	Forderungen	13										99						
	Verbindlichkeiten						37											
	Erträge	40																
	Aufwendungen	63					226					288						
Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH	Forderungen												45				1.240	
	Verbindlichkeiten	1.240									99							
	Erträge										288							
	Aufwendungen																	
OWT Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung GmbH	Forderungen	332				12		307	24					2	48	8		
	Verbindlichkeiten	59				1	8	10			4						53	
	Erträge	509				634	40	419	20	3	115			52	42	11	92	20
	Aufwendungen	374				152	156	8			135			6	1		23	1
SBO Servicebetriebe Oberhausen	Forderungen	2.075										-32				1	1.061	4
	Verbindlichkeiten						297		1			7	4		2			47
	Erträge	138.934					1.062			4			5			11	1.125	37
	Aufwendungen	3.108					13.170		21	1		52	15		25		219	709
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH	Forderungen	510																
	Verbindlichkeiten	2																73
	Erträge	4.330		9	5		178		9				2	23				15
	Aufwendungen	48																412
Theater Oberhausen	Forderungen																	
	Verbindlichkeiten	14					30						7					1
	Erträge	1						1										
	Aufwendungen	388					248						200	14				20
TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH	Forderungen	95				33	25	2					145	289				
	Verbindlichkeiten	712					231	1						10				
	Erträge	96				28		3						207		2		
	Aufwendungen	1.030				50	937							22				1
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH	Forderungen	442.671		2.073			12.000	1.016	5.109		44		130	75.675	99.055	840	130	
	Verbindlichkeiten	-101.431					-73.846							-3.858	-444			
	Erträge	51.426.122		21.882			27.820	13.408	45.798		3.004		1.689	703.757		18.148	1.658	
	Aufwendungen	-881.435				-59.500	-717.681			-2.785				-10.856	-2.599			

Allgemeine Hinweise zur Präsentation der Unternehmen

Umfang der Präsentation

Soweit die Beteiligung der Stadt bzw. einer ihrer Tochtergesellschaften an einem Unternehmen niedriger als 20 % ist, wird - insbesondere mit Blick auf die fehlenden Einflussmöglichkeiten - auf die differenzierte Darstellung der Unternehmensdaten verzichtet. Die Präsentation wird in diesen Fällen auf die Beschreibung des Unternehmensgegenstandes, die Besetzung der Gesellschaftsorgane sowie die Beteiligungen der Gesellschaft beschränkt. Eine Ausnahme stellt hier die Sparte Ver- und Entsorgung dar, deren Unternehmen gemäß den aktuellen Beteiligungsrichtlinien der Stadt Oberhausen unabhängig von der Beteiligungsquote umfassend dargestellt werden. Mittelbare Kleinstbeteiligungen mit einer Beteiligungsquote von unter 1 % werden bis zur dritten Stufe der Beteiligungen in der Darstellung aller städtischen Beteiligungen zusammen mit den Beteiligungsquoten tabellarisch als Übersicht „Beteiligungen der Stadt Oberhausen zum 31.12.2024“ aufgeführt.

Die Auswirkungen auf den städtischen Haushalt sind in der Übersicht der Finanzbeziehungen zu den Beteiligungen 2024 im allgemeinen Teil tabellarisch dargestellt. Dieser Aufstellung ist auch der Stand städtischer Bürgschaften zum Stichtag 31.12.2024 zu entnehmen.

Ausgewählte finanz- und betriebswirtschaftliche Daten der bedeutsamen Beteiligungen sowie die Finanzbeziehungen zwischen diesen sind ebenfalls tabellarisch dargestellt. Diesen Aufstellungen sind auch die jeweiligen Mitarbeiter- und Auszubildendenzahlen zu entnehmen.

Unternehmensdaten

Die Unternehmensdaten 2022 - 2024 basieren auf den geprüften Jahresabschlüssen.

Durch die Auswahl des Stichtages 31.12.2024 für die Präsentation der Unternehmen werden die Planzahlen 2025 im Betrachtungszeitraum nicht mit erfasst. Da der Haupt- und Finanzausschuss über die Statusberichte regelmäßig sehr zeitnah über die Planzahlen informiert wird, wird auf die freiwillige Angabe der Planzahlen im Beteiligungsbericht verzichtet.

Kennzahlen

Im vorliegenden Beteiligungsbericht werden für alle wesentlichen Gesellschaften Kennzahlen gebildet. Die Zusammensetzung dieser Kennzahlen wird im nächsten Abschnitt näher erläutert.

Bei der Auswertung der Kennzahlen ist zu berücksichtigen, dass die städtischen Gesellschaften insbesondere hinsichtlich der Kapitalausstattung und der Liquidität anders gewertet werden müssen als rein privatwirtschaftliche Unternehmen. Dies trägt der Tatsache Rechnung, dass die städtischen Gesellschaften in erster Linie auf Aufgaben der Daseinsvorsorge ausgerichtet sind.

Bei den für die Stadtsparkasse Oberhausen gebildeten Kennzahlen ist zu beachten, dass deren Bilanzstruktur von der einer AG oder einer GmbH abweicht. Eine unmittelbare Vergleichbarkeit zwischen diesen Kennzahlen ist somit nicht gegeben.

Beteiligungen

Die Angaben über die Beteiligungen der einzelnen Unternehmen beruhen auf dem Stand des letzten vorliegenden Jahresabschlusses (31.12.2024).

Besetzung der Gremien

Die Angaben über die Besetzung der Gesellschaftsorgane in den Einzeldarstellungen entsprechen dem Stand des letzten vorliegenden Jahresabschlusses (31.12.2024).

Vergütungsbericht

In der Anlage sind sämtliche Veröffentlichungen zusammengefasst, welche die Beteiligungen der Stadt, die in den Anwendungsbereich des Transparenzgesetzes NRW fallen, im Zusammenhang mit dem Jahresabschluss 2024 auf der Grundlage des Transparenzgesetzes NRW veranlasst haben. Aus Gründen der Übersichtlichkeit sind in der Anlage in Fällen, in denen nicht alle Organmitglieder oder stellvertretenden Organmitglieder Bezüge erhalten haben (wie z. B. der Verwaltungsrat der Stadtsparkasse Oberhausen) nur diejenigen Mitglieder oder stellvertretenden Mitglieder aufgeführt, die tatsächlich Bezüge erhalten haben. Soweit aus anderen Gründen keine Veröffentlichung erfolgte (z. B. weil für die Tätigkeit in einem Aufsichtsrat insgesamt keine Zahlungen erfolgt sind oder wegen fehlender Zustimmung Betroffener) sind die entsprechenden Gesellschaften nicht aufgeführt.

Erläuterungen der verwendeten Kennzahlen

Kennzahlen zur Ertragslage

Umsatzrentabilität:	$\frac{\text{Jahresergebnis x 100}}{\text{Umsatz}}$

Die Kennzahl ist ein Maßstab für die Effizienz der betrieblichen Tätigkeit. Sie drückt aus, in welchem Umfang sich der Umsatz für die Gesellschaft rentiert hat. Ihre Aussagekraft gewinnt die Kennzahl durch die mehrjährige Entwicklung.

Ein mittelfristiger Rückgang könnte durch den Rückgang der innerbetrieblichen Effizienz oder veränderte Rahmenbedingungen im Markt verursacht werden.

Eigenkapitalrentabilität:	$\frac{\text{Jahresergebnis x 100}}{\text{Eigenkapital}}$

Durch die Kennzahl wird der geschäftliche Erfolg der Gesellschaft in Relation zum eingesetzten Kapital gebracht. Der Vergleich zur am Kapitalmarkt erzielbaren Rendite gibt einen Anhaltspunkt für die Beurteilung, ob der Einsatz des Eigenkapitals im Unternehmen unter finanzwirtschaftlichen Aspekten sinnvoll ist. Aussagekräftiger als die Kennzahl an sich ist die mehrjährige Entwicklung.

Sofern die Kennzahl mittelfristig unter der Kapitalmarktrendite liegt, könnte es finanzwirtschaftlich sinnvoll sein, das Eigenkapital aus der Gesellschaft abzuziehen und anderweitig einzusetzen.

Die Kennzahl erlaubt keine umfassende Wertung der Gesellschaft.

Cash-Flow:	Jahresergebnis + Abschreibungen (- Zuschreibungen)

Der Cash-Flow dient als Indikator der Zahlungskraft und ermöglicht eine Beurteilung des Innenfinanzierungspotenzials in einem Unternehmen.

Der Cash-Flow-Wert bringt zum Ausdruck, in wie weit oder ob ein Unternehmen in der Lage ist, Vermögen, das in der Bilanz abgebildet ist, im Rahmen eines Umsatzprozesses wieder zu gewinnen und in wie weit das Unternehmen dabei die Mittel für die Substanzerhaltung und Erweiterungsinvestitionen selbst erwirtschaften kann.

Gesamtleistung je Mitarbeiter: $\frac{\text{Gesamtleistung}}{\text{Anzahl der Mitarbeiter}}$

= Umsatz, Bestandsveränderung, akt. Eigenleistungen, Sonstige betriebliche Erträge

Die Kennzahl drückt die Produktivität des eingesetzten Personals aus. Im Branchenvergleich kann so die Effizienz des Personaleinsatzes gewertet werden.

Je niedriger die Gesamtleistung pro Mitarbeiter im Branchenvergleich, desto intensiver sollte der Umfang des Personaleinsatzes überprüft werden.

Personalaufwandsquote: $\frac{\text{Personalaufwand x 100}}{\text{Gesamtleistung}}$

Die Kennzahl ist ein Indikator für die Personalintensität der Gesellschaft. Im Branchenvergleich kann sie auf die Notwendigkeit personalwirtschaftlicher Maßnahmen hinweisen. Ggf. kann die Rentabilität der Gesellschaft durch den verstärkten Einsatz anderer Produktionsfaktoren verbessert werden.

Je höher die Kennzahl im Branchenvergleich, desto größer ist die Notwendigkeit, den Umfang des Personaleinsatzes zu überprüfen.

Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

Sachanlagenintensität: $\frac{\text{Sachanlagevermögen x 100}}{\text{Bilanzsumme}}$

Diese Kennzahl lässt Rückschlüsse auf den Automatisierungsgrad, die Kapitalintensität sowie die Konjunkturabhängigkeit zu. Überaltertes Anlagevermögen drückt sich in sinkender Anlagenintensität aus. Ein hoher Automatisierungsgrad drückt sich in hoher Anlagenintensität bzw. hohen Reinvestitionen aus.

Eigenkapitalquote:	$\frac{\text{Eigenkapital} \times 100}{\text{Bilanzsumme}}$

Die Finanzierung der Aktivseite der Bilanz wird auf der Passivseite ausgewiesen. Dabei belegt der Anteil des Eigenkapitals an der Gesamtfinanzierung, wie gut das Unternehmen mit Kapital versorgt wird.

Je niedriger die Ausstattung des Unternehmens mit Eigenkapital, desto abhängiger ist es von Gläubigern bzw. desto eher werden ggf. Kapitalzuführungen von Gesellschaftern benötigt.

Fremdkapitalquote:	$\frac{(\text{Bilanzsumme} - \text{Eigenkapital}) \times 100}{\text{Bilanzsumme}}$

Die Fremdkapitalquote gibt an, wie hoch der Anteil des Fremdkapitals am Gesamtkapital ist. Die Fremdkapitalquote dient dazu, das Kapitalrisiko zu beurteilen. Das heißt, dass bei steigendem kurz-, mittel- oder langfristigem Fremdkapital auch die Neuaufnahme von Krediten schwieriger werden kann oder das Risiko der Kündigung von Krediten steigt.

Anlagendeckungsgrad 2:	$\frac{(\text{Eigenkapital} + \text{langfristiges Fremdkapital})}{\text{Anlagevermögen}} \times 100$

Der Anlagendeckungsgrad 2 gibt darüber Auskunft, inwieweit das Anlagevermögen durch langfristiges Kapital (Eigenkapital + langfristiges Fremdkapital) gedeckt ist. Langfristiges Vermögen soll auch langfristig finanziert sein (goldene Bilanzregel). Deshalb sollte der Deckungsgrad 2 deutlich über 100 % liegen (Ziel 110 bis 150%).

Verschuldungsgrad	$\frac{(\text{Bilanzsumme} - \text{Eigenkapital}) \times 100}{\text{Eigenkapital}}$

Der Verschuldungsgrad zeigt die Relation von Eigenkapital zu Fremdkapital an und gibt damit Auskunft über die Finanzierungsstruktur eines Unternehmens.

Übersicht über ausgewählte finanz- und betriebswirtschaftliche Daten aller bedeutsamen Beteiligungen zum 31.12.2024

Kennzahlen zum Jahresabschluss der Unternehmen für das Jahr 2024

	Gesamt-leistung in T€	Umsatz in T€	Jahres-ergebnis (vor EAV) in T€	Bilanzsumme in T€	Anlage-vermögen in T€	Eigenkapital in T€	Eigenkapital in % zur Bilanzsumme	Mitarbeiter	Auszubildende
Allmende Emscher Lippe eG	226,54	185,03	-232,74	461,00	124,98	337,85	73,3	4	0
ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	28.086,52	27.204,18	336,84	15.910,70	8.621,91	5.809,11	36,51	229	21
ASO Service GmbH	1.639,56	1.366,73	0,00	322,83	0,00	25,00	7,74	31,05	0
ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	2.102,84	2.073,88	209,09	28.762,14	27.284,57	8.538,14	29,69	0	0
Bau- und Wohnungsgenossenschaft "Werkbundsiedlung Am Ruhrufer" e.G.	164,26	163,76	-16,78	1.495,33	1.336,26	692,69	46,3	0	0
Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG	5.918,26	5.520,72	49,08	7.396,50	6.068,83	5.786,60	78,2	0	0
Biostrom Oberhausen Management GmbH	7,00	0,00	2,10	34,73	0,00	30,14	86,8	0	0
Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper (CVUA-RRW)	28.688,57	28.643,74	1.150,70	63.589,44	29.205,19	12.489,15	19,6	191	0
ecce - european centre for creative economy GmbH	508,84	0,00	0,00	44,23	0,02	25,00	56,5	8	0
Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO	1.036,60	1.019,62	54,80	652,44	7,97	384,93	59,0	2	0
evo Energieversorgung Oberhausen AG	275.738,95	272.404,26	65.648,67	262.398,00	151.208,14	94.312,25	35,9	234	29
Freizeitgesellschaft Metropole Ruhr mbH	14.069,16	12.324,13	-6.720,55	25.797,91	22.361,85	10.774,57	41,8	187	3
FSO GmbH & Co.KG	601,13	545,47	15.320,84	44.957,07	21.561,84	36.882,68	82,0	4	0
FSO Verwaltungs-GmbH	5,35	0,00	-1,68	35,61	0,00	31,23	87,7	0	0
Gasometer Oberhausen GmbH	11.025,32	9.836,09	4.273,25	14.132,05	767,29	10.685,52	75,6	6	0
GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH	103.622,54	103.105,84	13.838,02	76.097,58	24.297,45	39.483,23	51,88	184,00	7
IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	1.590,01	1.508,34	58,16	661,77	3,03	335,57	50,71	10,00	0
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft mbH	184,22	0,00	5,00	265,04	0,00	166,40	62,8	0	0
LAH Luise-Albertz-Halle Oberhausen GmbH	1.049,56	1.027,74	831,47	740,21	296,60	486,39	65,7	9	0
Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH	433,59	433,59	-84,51	5.727,27	4.376,85	1.412,56	24,7	1	0
Oberhausener Netzgesellschaft mbH	125.670,17	121.377,26	4.194,22	109.386,82	93.430,35	55.249,80	50,5	173	0
OVP O.Vision Projektgesellschaft mbH i.L.	8,74	8,65	-343,86	24.980,39	0,00	0,00	0,0	0	0
OWT Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung GmbH	2.738,10	2.488,16	-1.856,03	2.566,24	148,63	1.638,30	63,8	32	0
PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH i.L.	39,55	39,50	-32,12	8.717,07	0,00	0,00	0,0	1	0
Quantum GmbH	1.396.408,87	1.396.156,82	1.990,85	150.702,02	163,39	10.599,13	7,0	32	0
regio iT Beteiligungsgenossenschaft eG	0,89	0,00	20,74	943,92	519,15	917,33	97,2	1	0
RWW Rheinisch-Westfälische Wasserwerksgesellschaft mbH	143.037,16	135.749,31	6.592,29	245.068,83	131.439,58	70.069,76	28,6	427	21
SBO Servicebetriebe Oberhausen (Eigenbetrieb der Stadt Oberhausen)	143.912,91	148.700,61	2.270,04	85.274,89	44.634,36	11.944,49	14,0	568	26
Stadtsparkasse Oberhausen			5.022,52	3.022.237,04	31.395,43	141.490,25	4,7	445	24

	Gesamt-leistung in T€	Umsatz in T€	Jahres-ergebnis (vor EAV) in T€	Bilanzsumme in T€	Anlage-vermögen in T€	Eigenkapital in T€	Eigenkapital in % zur Bilanzsumme	Mitarbeiter	Auszubildende
STEAG GmbH	10.600,00	300,00	47.500,00	1.932.200,00	1.497.400,00	485.300,00	25,1	8	0
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH	41.502,19	26.920,70	-7.740,01	94.564,71	72.109,91	35.362,63	37,4	470	9
Theater Oberhausen	14.098,93	433,90	1.178,35	5.087,62	364,11	3.079,35	60,53	143,00	0
TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH	11.060,31	10.491,18	1.908,62	90.642,15	70.443,47	44.781,02	49,4	4	0
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH	57.082,59	52.719,86	3.337,68	47.917,44	12.821,33	4.925,20	10,3	389	30
Wissenschaftscampus NRW gGmbH	61,76	0,00	0,00	139,14	1,85	25,00	18,0	5	0

Unmittelbare und mittelbare Beteiligungen der Stadt Oberhausen zum 31.12.2024

Die unmittelbaren Beteiligungen werden in der Bilanz unter der langfristigen Vermögensposition „Finanzanlagen“

- als „Anteile an verbundenen Unternehmen“ ausgewiesen. In dieser Bilanzposition kommen Beteiligungen zum Ausweis, bei denen die Stadt Oberhausen einen beherrschenden Einfluss auf die Beteiligung ausüben kann. Dieser liegt in der Regel vor, wenn die Stadt Oberhausen mehr als 50 % der Anteile hält,

- als „Beteiligungen“ ausgewiesen. In dieser Bilanzposition kommen Anteile an Unternehmen und Einrichtungen zum Ausweis, die die Stadt Oberhausen mit der Absicht hält, eine auf Dauer angelegte, im Regelfall über ein Jahr hinausgehende Verbindung einzugehen und bei denen es sich nicht um verbundene Unternehmen handelt.

- als „Sondervermögen“ ausgewiesen. Hierbei handelt es sich um Kommunalvermögen, das zur Erfüllung eines bestimmten Zwecks dient und daher getrennt vom allgemeinen Haushalt der Stadt Oberhausen geführt wird. Sondervermögen sind gemäß § 97 GO NRW das Gemeindegliedervermögen, das Vermögen rechtlich unselbstständiger örtlicher Stiftungen, Eigenbetriebe (§ 114 GO NRW) und organisatorisch verselbstständigte Einrichtungen (§ 107 Abs. 2 GO NRW) ohne eigene Rechtspersönlichkeit,

- als „Wertpapiere des Anlagevermögens“ ausgewiesen. Hierbei handelt es sich um Unternehmensanteile, die auf Dauer angelegt werden, durch die jedoch keine dauernde Verbindung der Stadt Oberhausen zum Unternehmen hergestellt werden soll.

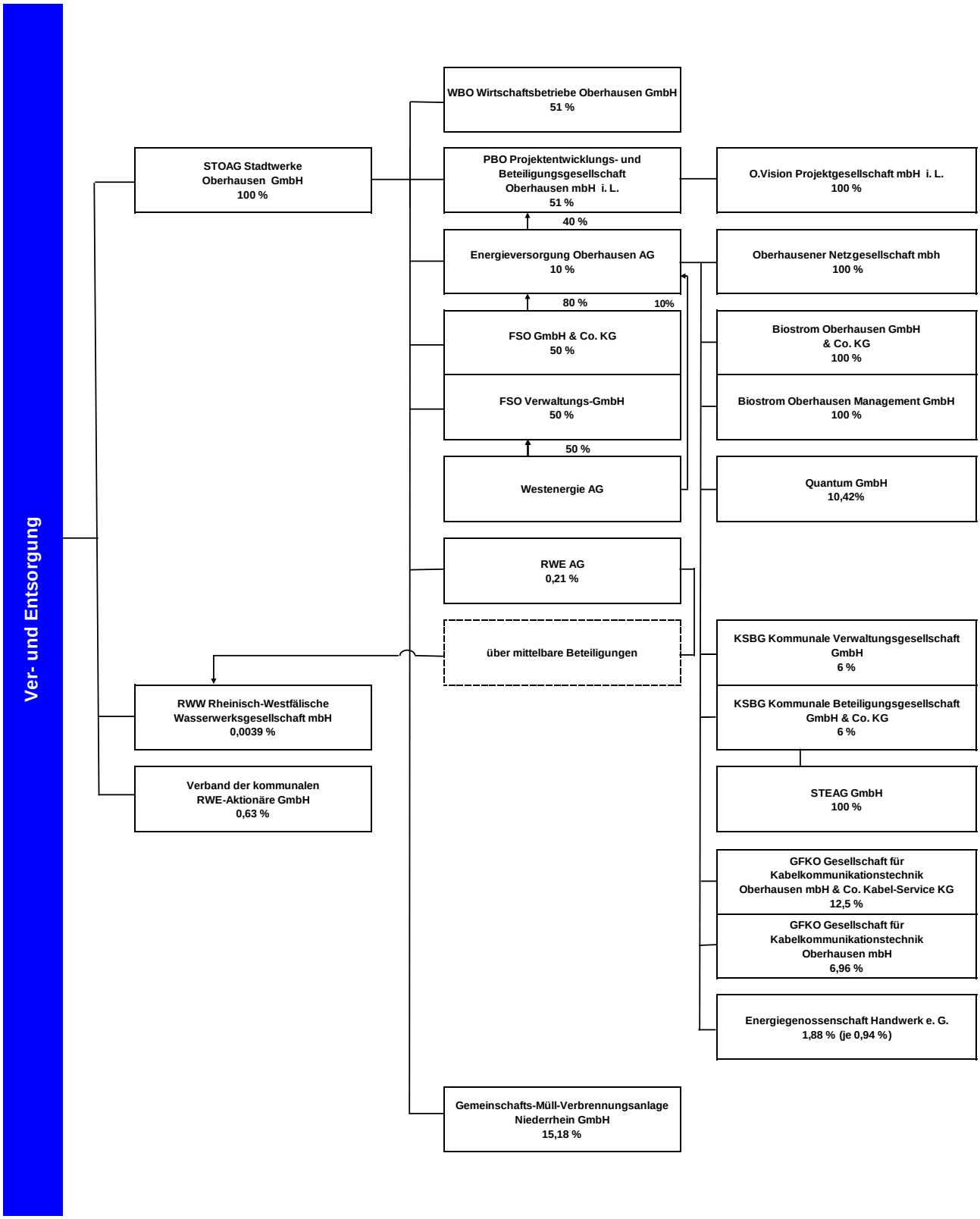
- als „Ausleihungen“ ausgewiesen. Hierbei handelt es sich um langfristige Finanzforderungen der Stadt Oberhausen gegenüber Dritten, die durch den Einsatz kommunalen Kapitals an diese entstanden sind und dem Geschäftsbetrieb der Stadt Oberhausen dauerhaft dienen sollen. Mit Ausnahme von GmbH-Anteilen, die nicht als verbundene Unternehmen oder Beteiligungen ausgewiesen werden, weil sie lediglich als Kapitalanlage gehalten werden, handelt es sich bei den Ausleihungen nicht um Beteiligungen im Sinne der GO NRW.

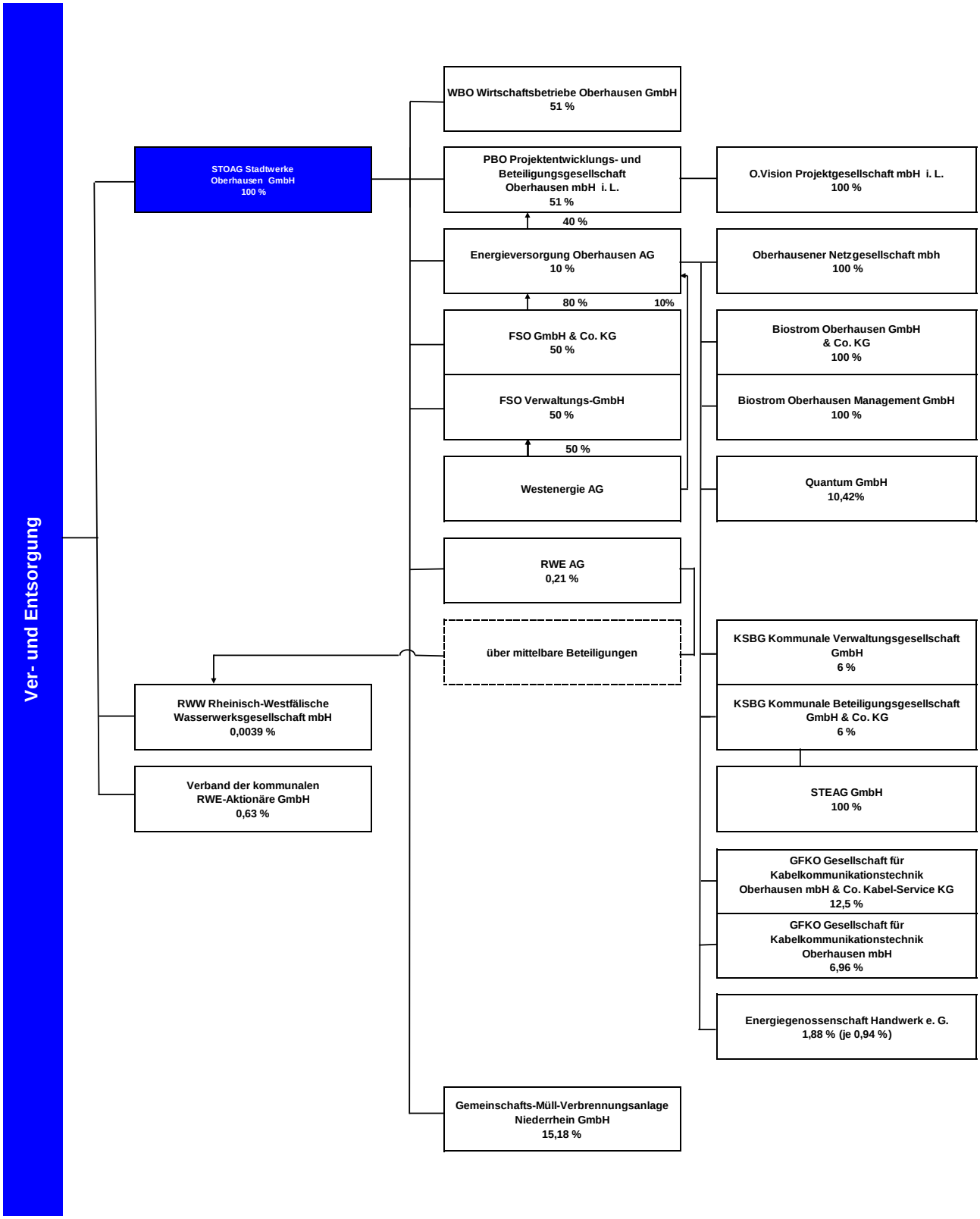
Nachfolgend werden die wesentlichen mittel- und unmittelbaren Beteiligungen im Einzelnen dargestellt.

Einzeldarstellung der wesentlichen mittel- und unmittelbaren Beteiligungen nach Sparten

Beteiligungen der Stadt Oberhausen zum 31. Dezember 2024

Ver- und Entsorgung - unmittelbare Beteiligungen -




Ver- und Entsorgung
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH 100 %
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH 51 %
PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH i. L. 51 %
O.Vision Projektgesellschaft mbH i. L. 100 %
40 %
Energieversorgung Oberhausen AG 10 %
Oberhausener Netzgesellschaft mbh 100 %
80 %
10%
FSO GmbH & Co. KG 50 %
Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG 100 %
FSO Verwaltungs-GmbH 50 %
Biostrom Oberhausen Management GmbH 100 %
50 %
Westenergie AG
Quantum GmbH 10,42%
RWE AG 0,21 %
über mittelbare Beteiligungen
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft GmbH 6 %
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co. KG 6 %
RWW Rheinisch-Westfälische Wasserwerksgesellschaft mbH 0,0039 %
STEAG GmbH 100 %
Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH 0,63 %
GFKO Gesellschaft für Kabelkommunikationstechnik Oberhausen mbH & Co. Kabel-Service KG 12,5 %
GFKO Gesellschaft für Kabelkommunikationstechnik Oberhausen mbH 6,96 %
Energiegenossenschaft Handwerk e. G. 1,88 % (je 0,94 %)
Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH 15,18 %

STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Max-Eyth-Str. 62
46149 Oberhausen

Kontakt:

Telefon	0208/ 835 55
Fax	0208/ 835 5009
e-Mail	info@stoag.de
Internet	http://www.stoag.de

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 25.600,00

Gesellschafter:	**T€**	**%**
Stadt Oberhausen	25.600,00	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Bedienung des Nahverkehrs sowie die Beteiligung an Energieversorgungs- und anderen Ver- und Entsorgungsunternehmen. Daneben kann das Unternehmen andere, ihm von der Stadt Oberhausen zugewiesene Aufgaben wahrnehmen.
Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Rechtsgeschäften berechtigt, durch die der vorgenannte Gesellschaftszweck auch mittelbar gefördert werden kann. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben an anderen Unternehmen beteiligen, fremde Unternehmen erwerben sowie Hilfs- und Nebenbetriebe errichten.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffenttllichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

evo Energieversorgung Oberhausen AG	Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag zwischen der von der STOAG und der RWE Rhein-Ruhr AG im Geschäftsjahr 2003 gegründeten FSO GmbH & Co. KG und der evo vom 16.12.2003
evo Energieversorgung Oberhausen AG	Geschäftsbesorgungsvertrag zwischen der evo und der STOAG vom 24.09.2004 im Rahmen der kaufmännischen Verwaltung für die STOAG
Mülheimer Verkehrsgesellschaft mbH	Betriebsführungsvertrag zwischen den Betrieben der Stadt Mülheim an der Ruhr und der STOAG in der Fassung vom 27.05.2010 (Straßenbahn).
Stadt Oberhausen	Gestattungs- und Nutzungsvertrag über den Personennahverkehr zwischen der Stadt Oberhausen und der STOAG in der Fassung vom 12.01.2007 sowie Zusatzvereinbarung über die Einrichtung eines rechnergesteuerten Betriebsleitsystems vom 29.11.1989
Verkehrsverbund Rhein Ruhr	Vertragswerk über den Verkehrsverbund Rhein Ruhr (VRR) i.d.F. vom 31.12.1989 bestehend aus: - der Zweckverbandssatzung für den Zweckverband VRR - Satzung der Verkehrsverbund Rhein-Ruhr AöR - Richtlinie zur Finanzierung des ÖSPV im Verkehrsverbund Rhein-Ruhr - dem Kooperationsvertrag für den VRR - dem Einnahmenaufteilungsvertrag

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2024)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Overkamp, Werner
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Bongers, Sonja
Aufsichtsrat:	Vorsitzender	Osmann, Denis
	1. stellv. Vorsitzender	Real, Ulrich
	Mitglied gem. § 113 GO	Tsalastras, Apostolos
	Mitglied	Bischoff, Jörg
	Mitglied	Pechoel, Sebastian
	Mitglied	Brodrick, Helmut
	Mitglied	Dobnik, Tim
	Mitglied	Karacelik, Yusuf
	Mitglied	Müthing, Christa
	Mitglied	Wolter, Marita
	Mitglied	Lütte, Ulrich
	Mitglied (AN)	Kamps, Thorsten
	Mitglied (AN)	Michalik, Manfred
	Mitglied (AN)	Ricken, Norbert
	Mitglied (AN)	Koca, Vedat
Prokura:	Prokurist	Achterfeld, Uwe
	Prokurist	Thurm, Stefan
	Prokurist	Walenciak, Olaf

c) Beteiligungen

Unmittelbar	**T€**	**%**
Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH – ENO	12,50	4,21
evo Energieversorgung Oberhausen AG	2.600,00	10,00
FSO GmbH & Co.KG	15,00	50,00
FSO Verwaltungs-GmbH	15,00	50,00
GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH	38,81	15,18
PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH i.L.	130,38	51,00
RWE Aktiengesellschaft	3.012,68	0,19
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH	637,50	51,00
Mittelbar	**T€**	**%**
Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG	500,00	50,00
Biostrom Oberhausen Management GmbH	12,50	50,00
Energiegenossenschaft Handwerk Oberhausen e.G.	0,50	0,47
Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH – ENO	12,63	4,26
evo Energieversorgung Oberhausen AG	10.400,00	40,00
Fernwärmeversorgung Niederrhein GmbH	124,80	0,78
GFKO Gesellschaft für Kabelkommunikationstechnik Oberhausen mbH	0,80	3,48
GFKO Gesellschaft für Kabelkommunikationstechnik Oberhausen mbH & Co. Kabel-Service KG	8,95	6,25
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co.KG	0,03	3,00
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft mbH	3,00	3,00
Oberhausener Netzgesellschaft mbH	15,00	50,00
OVP O.Vision Projektgesellschaft mbH i.L.	17,75	71,00
PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH i.L.	51,13	20,00
Quantum GmbH	41,25	4,37
STEAG Fernwärme GmbH	615,00	3,00
STEAG GmbH	3.840,00	3,00

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2022		2023		2024	
Aktiva	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	65.830,37	85,1	69.407,67	74,7	72.109,91	76,3
Umlaufvermögen	11.348,89	14,7	23.444,20	25,2	22.365,53	23,7
Rechnungsabgrenzungsposten	193,77	0,3	42,22	0,0	89,27	0,1
Bilanzsumme	**77.373,03**	**100,00**	**92.894,09**	**100,00**	**94.564,71**	**100,00**

Passiva	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	31.577,63	40,8	35.362,63	38,1	35.362,63	37,4
Sonderposten mit Rücklagenanteil	3.183,18	4,1	3.638,93	3,9	2.095,00	2,2
Rückstellungen	16.699,25	21,6	18.785,20	20,2	17.460,51	18,5
Verbindlichkeiten	25.787,09	33,3	35.088,90	37,8	39.635,71	41,9
Rechnungsabgrenzungsposten	125,87	0,2	18,43	0,0	10,86	0,0
Bilanzsumme	**77.373,03**	**100,00**	**92.894,09**	**100,00**	**94.564,71**	**100,00**

bb) GuV

	2022	2023	2024
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	23.389,54	27.707,94	26.920,70
sonstige betriebliche Erträge	13.896,79	12.937,24	14.581,48
Materialaufwand	20.494,54	20.606,22	23.781,91
Personalaufwand	25.318,73	27.023,16	28.874,66
Abschreibungen	4.118,86	4.070,77	4.377,12
sonstige betriebliche Aufwendungen	5.678,12	5.439,85	6.766,04
Erträge aus Beteiligungen	8.767,62	21.409,48	14.183,89
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	1.290,90	1.290,88	1.434,31
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	34,83	345,30	132,11
Aufwendungen aus Verlustübernahmen	50,00	50,00	50,00
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	300,97	253,04	379,87
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-8.581,53	6.247,81	-6.977,11
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	1.436,00	2.417,68	685,07
sonstige Steuern	137,55	77,77	77,82
Erträge aus Verlustübernahmen	10.155,08	32,64	7.740,01
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	0,00	3.785,00	0,00
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen		3.785,00	
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0,00	0,00	0,00

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2022	31.12.2023	31.12.2024	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-43,42	13,54	-28,75	%
Eigenkapitalrentabilität:	-32,16	10,61	-21,89	%
Cash-Flow:	-6.036,22	7.823,13	-3.362,89	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	83,60	90,12	88,30	T€
Personalaufwandsquote:	67,90	66,49	69,57	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2022	31.12.2023	31.12.2024	Angaben in
Sachanlagenintensität:	45,63	37,77	40,03	%
Eigenkapitalquote:	40,81	38,07	37,40	%
Fremdkapitalquote:	59,19	61,93	62,60	%
Anlagendeckungsgrad 2:	61,63	63,77	59,97	%
Verschuldungsgrad:	145,02	162,69	167,41	%

e) Lagebericht

A. Grundlagen des Unternehmens

Geschäftstätigkeit und Unternehmensziele

Die STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH (STOAG) ist als hundertprozentige Tochter der Stadt Oberhausen der kommunale Anbieter für den Bus- und Straßenbahnverkehr in Oberhausen. Als moderner, intermodaler Verkehrsdienstleister mit rund 479 Beschäftigten (inkl. 20 geringfügig Beschäftigten) sorgt die STOAG mit emissionsarmen und emissionsfreien Fahrzeugen für umweltfreundliche Mobilität und leistet damit einen wichtigen Beitrag sowohl zum Klimaschutz in der Stadt als auch zur Erreichung der Klimaziele 2030.

Diese Unternehmensziele stehen gleichberechtigt im Mittelpunkt des wirtschaftlichen und strategischen Handelns:
- Wahrnehmung der Regie- und Managementaufgaben für den kommunalen ÖPNV
- Optimierung der Marktfähigkeit und Wirtschaftlichkeit des Unternehmens
- Sicherung der Leistungsfähigkeit des ÖPNV
- Sicherung der Arbeitsplätze
- Weiterentwicklung einer umweltverträglichen Mobilität
- Sensibilisierung für die Mobilitätswende

B. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Der Sachverständigenrat berichtet Ende 2024 in seinem Jahresgutachten 2024/25 u.a.:
„Die deutsche Volkswirtschaft befindet sich weiterhin in der Stagnation. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist in den vergangenen fünf Jahren real insgesamt lediglich um 0,1 % gewachsen. Das deutsche Produktionspotenzial liegt um mehr als 5 % unter dem Wert, der im Jahr 2019 für das Jahr 2024 erwartet wurde. Im internationalen Vergleich hinkt Deutschland wirtschaftlich deutlich hinterher. Dies legt in der Gesamtschau zunehmend nahe, dass die deutsche Volkswirtschaft sowohl von konjunkturellen als auch von strukturellen Problemen ausgebremst wird. Die Energiepreise sind nach der Energiekrise zwar deutlich zurückgegangen, haben sich aber oberhalb des Niveaus vor der Corona- Pandemie stabilisiert. Die Realeinkommen haben sich von den Einkommensverlusten im Zuge der hohen Inflation zwischen Herbst 2021 und Mitte 2023 erholt, dennoch nimmt der Konsum keine Fahrt auf und die Sparquote bleibt hoch. In der Industrie ist die Wettbewerbsfähigkeit gegenüber wichtigen Handelspartnern weiter gesunken, und es zeichnet sich keine Verbesserung ab. Die Kapazitätsauslastung und die Arbeitsproduktivität sind zurückgegangen. Im kommenden Jahr ist daher nur mit geringem Wachstum zu rechnen. Deutschland dürfte dementsprechend auch weiterhin deutlich hinter den anderen fortgeschrittenen Volkswirtschaften zurückbleiben.“[1]

Die Einwohnerzahl der Stadt Oberhausen ist leicht gestiegen. Zum Stichtag 31. Dezember 2024 leben 213.119 Bürgerinnen und Bürger in der Stadt, 301 Personen mehr als im Vorjahr (212.818).

[1] Sachverständigenrat – Jahresgutachten 2024/25 (Kurzfassung), S. 1

Der Bestand an Kraftfahrzeugen liegt bei 627 Fahrzeugen pro 1.000 Einwohner und damit unter dem Vorjahresbestand von 628 Fahrzeugen pro 1.000 Einwohner. Die Arbeitslosenquote in Oberhausen ist leicht gestiegen und beträgt im Jahresdurchschnitt 11,7 % (2023: 11,3 %).

Laut der aktuellen Pendler-Statistik des Landesamtes IT.NRW (Datenstand 30. Juni 2023) beträgt die Quote der Einpendler nach Oberhausen 52,3 % (49.210) der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, der Anteil der Auspendler beträgt 55,9 % (56.857).

Die Zahl der Übernachtungen ist gegenüber dem Vorjahr um 1,1 % auf 601.438 leicht zurückgegangen (Vorjahr: 608.456).

Auch im Jahr 2024 haben die Verkehrsbetriebe weiterhin das Ziel, den gesamten Busbetrieb im Sinne der Klimaziele bis 2032 auf alternative Antriebstechnologien umzustellen. Bedingt durch Liefer- und Produktionsengpässe sowie einen deutlichen Fachkräftemangel auf dem Arbeitsmarkt ergeben sich jedoch Verzögerungen im Projektablauf.

2. Geschäftsentwicklung und Lage

DeutschlandTicket

Mit dem DeutschlandTicket (DT), erhielten die Bürgerinnen und Bürger ab Mai 2023 die Möglichkeit, den ÖPNV für monatlich 49 EUR bundesweit zu nutzen. Neben dem kostengünstigen Tarifmodell stellte sich die Einfachheit des Abonnements als Erfolgsfaktor dar. Jederzeit kann das Ticket ohne Gebühren gekündigt – und damit auch in überschaubaren Zeitfenstern „ausprobiert" – werden.

Insbesondere für Neukunden hat sich das DT als hochattraktive Mobilitätsalternative zum motorisierten Individualverkehr etabliert - mit weiterhin hohem Potenzial für die Verkehrsbetriebe.

Nach und nach sind verschiedene Varianten der Produktfamilie „DeutschlandTicket" (z.B. für Arbeitnehmer, für Schüler, für Studenten…) eingeführt worden, die auch angenommen wurden.

Die STOAG bietet ihren Kunden den Kauf des DT über die STOAG-App, dem AboOnline- Portal und den Kundencentern an und vereint damit ein digitales Kauferlebnis mit der persönlichen Beratung in den Kundencentern, um Kunden aller Altersgruppen und Nationalitäten den bestmöglichen Service zu bieten und die mit dem DT zu generierende Potenzialen voll auszuschöpfen.

Seit der Einführung des DT im Mai 2023 zeigt sich eine überwiegende Verlagerung der Bestandskunden aus den Regeltarifen zu einem DT-Abonnement. Es sind aber nicht nur die Bestandskunden, sondern auch Neukunden, die sich für dieses Abonnementmodell begeistern und es regelmäßig nutzen. Dadurch hat sich der Bestand an Kunden mit Abonnement bis Ende 2024 um mehr als 50% auf 37.295 erhöht.

Die Umsetzung des Konzepts des DeutschlandTickets führt bei den Verkehrsverbünden zu Einnahmeausfällen, daher ist es auf Förderung/Zuschüsse seitens der staatlichen Ebenen angewiesen.

Gleichzeitig verschärft sich die finanzielle Lage im deutschen Nahverkehr. Steigende Kosten für Personal und Material, gekürzte Förderprogramme wie beispielsweise für E-Busse, sowie angekündigte weitere finanzielle Einschnitte setzen auch den Kommunen und Bundesländern als Trägern des öffentlichen Nah- und Regionalverkehrs erheblich zu.

Ab dem 1.1.2025 sind Preisanhebungen auf 58 EUR für die DT-Abonnements beschlossen. Im Bereich des VRR greift ab dem 1.3.2025 eine Tarifreform (Verschlankung des Umfangs der angebotenen Tickets bzw. Tarife).

Fahrgäste

Insbesondere die Einführung des Deutschlandtickets zum 1. Mai 2023 führte auch 2024 zu einem signifikanten Zuwachs an Fahrgästen.

Bei den absoluten Fahrgastzahlen verstärkt sich der positive Trend: Mit einem Zuwachs von 2,1 Mio. auf 34,4 Mio. Fahrgäste (+ 6,50 %) legte die STOAG ein nennenswertes Plus zum Vorjahr hin, als noch 32,3 Mio. Fahrgäste gezählt wurden. Auch die relative Fahrgastentwicklung stellt sich als erfreulich dar und kann als Beleg dafür gewertet werden, dass ein modernes Mobilitätsangebot auf eine rege und steigende Nachfrage in der Gesellschaft stößt.

Damit gelangen wieder die Werte aus den letzten Jahren vor der Coronapandemie in Reichweite, als noch 34,5 Mio. Fahrgäste in den Jahren 2018 und 2019 gezählt wurden.

Die Inanspruchnahme von Bartarifen (Einzel-/Mehrfahrten-/Tagestickets) ist deutlich rückläufig.

Betriebsleistung

Die Betriebsleistung im Jahr 2024 betrug insgesamt 8,94 Mio. Nutzwagenkilometer. Davon entfielen 8,59 Mio. Kilometer auf den Busverkehr und 0,35 Mio. Kilometer auf den Straßenbahnverkehr. Damit wurden etwas mehr Kilometer als im Vorjahr erbracht.

Im Jahr 2024 war es notwendig, aufgrund von Personalengpässen, die sich durch hohe Krankenstände verschärften, einen sogenannten Fahrplan Light einzuführen. Dieser Fahrplan sah die Einstellung der Linie 966 und der Linie SB97 vor. Zusätzlich wurde der Takt der Linie 952 von einem 20-Minuten-Takt auf einen 30-Minuten-Takt umgestellt.

Ertragslage

Das Betriebsergebnis der STOAG beträgt -22.298 TEUR (Vorjahr: -16.495 TEUR). Der Ausgleichsbetrag der Stadt Oberhausen veränderte sich von 33 TEUR im Jahr 2023 um 7.707 TEUR auf 7.740 TEUR im Jahr 2024.

Im Geschäftsjahr 2024 erzielte die STOAG Umsatzerlöse in Höhe von 26.921 TEUR. Diese lagen mit 787 TEUR unter dem Vergleichswert des Vorjahres (27.708 TEUR). Darin enthalten sind die Verkaufserlöse, die sich im Vergleich zum Vorjahr (24.422 TEUR) auf 23.905 TEUR vermindert haben.

Die Abgeltungszahlungen für die Beförderung von Schülern und Studenten, die sogenannte Ausbildungsverkehr-Pauschale gemäß § 11a ÖPNVG NRW, wurden im Jahr 2024 in Höhe von 1.233 TEUR, davon 24 TEUR als periodenfremde, ausgezahlt (Vorjahr: 1.202 TEUR). Im Geschäftsjahr 2024 wurde eine Rückstellung für ggf. zu leistende Rückzahlungen für Vorjahre gebildet.

Bei Aufstellung des Jahresabschlusses lagen vom VRR die endgültigen Auswertungen zur Einnahmeaufteilung 2023 vor. Daraus hat die STOAG einen zusätzlichen Aufwand in Höhe von 129 TEUR. Im Jahresergebnis 2024 wurde, dadurch bedingt die geleisteten Anzahlungen auf die Einnahmeaufteilung 2024 in Höhe von -1.046 TEUR bei den Übersteigerbeträgen (Kommunale Verkehrsunternehmen, Deutsche Bahn AG und Busverkehr Rheinland GmbH) berücksichtigt. Eine Rückstellung für Zahlungsverpflichtungen aus der Einnahmeaufteilung 2024 wurde nicht gebildet.

Die STOAG hat im Jahr 2024 Vorauszahlungen für die Schwerbehindertenbeförderung in Höhe von 534 TEUR erhalten. Zum 31. Dezember 2024 wurden weitere 234 TEUR als Forderung gegen die Bezirksregierung Düsseldorf aus der Beförderung von Schwerbehinderten eingebucht, sodass ein Gesamtbetrag in Höhe von 769 TEUR im Jahresergebnis eingeflossen ist. Im Wirtschaftsplan 2024 waren 775 TEUR eingeplant.

Die sonstigen Umsatzerlöse belaufen sich im Geschäftsjahr 2024 auf 2.083 TEUR. Das ÖPNVG NRW sieht ab dem Jahr 2017 vor, dass von dem Anteil, der durch die Aufgabenträger für Zwecke des ÖPNV weiterzuleitenden ÖPNV-Pauschale, gemäß § 11 Abs. 2 ÖPNVG NRW mindestens 30 % der ÖPNV-Pauschale innerhalb des europarechtlichen Rahmens „als Anreiz zum Einsatz neuer und barrierefreier Fahrzeuge“ an öffentliche und private Verkehrsunternehmen weiterzuleiten sind.

Es entfallen 1.111 TEUR auf Alternative B (Ausbildungsverkehr). Weitere 488 TEUR werden investiv für die Beschaffung und den Einsatz neuwertiger Fahrzeuge verausgabt. Diese Mittel wurden im Juni 2024 beschieden und nach Bestandskraft an die STOAG ausgezahlt. Die STOAG wird diese Mittel im laufenden Geschäftsjahr 2024 mit den Anschaffungskosten der 15 batterieelektrischen Solobusse verrechnen.

Am 1. Mai 2023 wurde das Deutschland-Ticket eingeführt, das bundesweit von Millionen Menschen genutzt wird. Die STOAG hat 2024 Ausgleichszahlungen für entstandene Mindereinnahmen aufgrund des DeutschlandTickets in Höhe von 9.912 TEUR (Vorjahr: 3.957 TEUR) erhalten.

Die sonstigen betrieblichen Erträge veränderten sich von 7.876 TEUR auf 3.558 TEUR. Im Wesentlichen sind im Geschäftsjahr 2024 Positionen, genauer Auflösung von Rückstellungen in Höhe von 953 TEUR, Erträge aus dem Projekt „Soziale Teilhabe“ und der Position „Eingliederungszuschuss Busfahrer“ in Höhe von 240 TEUR sowie Qualifizierung Busfahrer in Höhe von 459 TEUR enthalten.

Somit ergeben sich im Geschäftsjahr Gesamtbetriebserträge in Höhe von 41.502 TEUR (Vorjahr: 40.645 TEUR).

Der Energie,- Material- und Fremdleistungsaufwand erhöhte sich von 20.606 TEUR auf 23.782 TEUR.

Der Personalaufwand erhöhte sich unter anderem durch den Tarifabschluss im TV-N NW von 27.023 TEUR auf 28.875 TEUR. Die Zahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ohne Geschäftsführung, Auszubildende und Mitarbeitende in der Ruhephase der Altersteilzeit veränderte sich von 455 im ersten Quartal des Jahres 2024 auf 450 am Jahresende.

Die Abschreibungen veränderten sich um 306 TEUR von 4.071 TEUR auf 4.377 TEUR.

Der sonstige betriebliche Aufwand betrug im Jahr 2024 6.766 TEUR und ist gegenüber dem Vorjahr (5.440 TEUR) um 1.326 TEUR gestiegen.

Das Beteiligungs- und Zinsergebnis verminderte sich insgesamt um 7.422 TEUR auf 15.320 TEUR. Im Wesentlichen resultiert die Verminderung auf reduzierte Beteiligungserträge von der FSO GmbH & Co. KG. Die Ausschüttung der GMVA veränderte sich von 5.098 TEUR im Vorjahr auf 4.100 TEUR.

Des Weiteren beinhaltet die Position Steueraufwand Körperschaftsteuer in Höhe von 685 TEUR, Grundsteuer (74 TEUR), Kraftfahrzeugsteuer (3 TEUR) sowie Stromsteuer (1 TEUR).

Die oben beschriebenen Sachverhalte führten dazu, dass sich die Ausgleichsbeträge der Stadt Oberhausen im Jahresergebnis für das Wirtschaftsjahr 2024 von 33 TEUR im Jahr 2023 um 7.707 TEUR auf 7.740 TEUR erhöhen.

Vermögens- und Finanzlage

Die Bilanzsumme der STOAG zum 31. Dezember 2024 erhöhte sich von 92.894 TEUR im Vorjahr um 1.671 TEUR auf 94.565 TEUR.

Im Sonderposten für Investitionszuwendungen zum Anlagevermögen in einer Gesamthöhe von 2.095 TEUR (Vorjahr 3.639 TEUR) sind u.a. Zuschüsse für das Projekt „Digitales Funksystem“ in Höhe von 608 TEUR sowie für DFO 5. BA in Höhe von 589 TEUR enthalten.

Die Rückstellungen belaufen sich auf 17.461 TEUR und sind gegenüber dem Vorjahr (18.785 TEUR) um 1.324 TEUR gesunken. Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen verminderten sich auf 7.880 TEUR (Vorjahr: 8.900 TEUR).

In den Rückstellungsbeträgen sind Rückstellungen für steuerliche Sachverhalte in Höhe von 3.437 TEUR enthalten. Davon ist ein Betrag in Höhe von 1.073 TEUR für steuerliche Risiken aus Betriebsprüfungen der STOAG sowie noch ausstehende Betriebsprüfungen bei den Beteiligungsgesellschaften evo AG und der FSO GmbH und deren Beteiligung bei der STEAG.

Die Verbindlichkeiten in Höhe von 39.636 TEUR veränderten sich im Vergleich zum Vorjahr (35.089 TEUR) um 4.547 TEUR. Darin enthalten sind die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten in Höhe von 16.243 TEUR, die sich bedingt durch geleistete Tilgungen für die in den Vorjahren aufgenommene Darlehen sowie zwei neu aufgenommene Darlehen im Vergleich zum Vorjahr (13.909 TEUR) um 2.334 TEUR erhöhten. Eine Kreditaufnahme ist im Jahr 2024 in Höhe von 4.600 TEUR für die Bezahlung der neuen E-Busse erfolgt.

Die STOAG hatte zum Bilanzstichtag Kassenbestände und Guthaben bei Kreditinstituten in Höhe von 1.446 TEUR (Vorjahr 1.225 TEUR). Dem standen Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten in Höhe von 16.243 TEUR (Vorjahr 13.909 TEUR) entgegen. Die Liquidität ist durch unterjährige Abschlagszahlungen durch den Gesellschafter -Stadt Oberhausen- auf den geplanten Finanzierungsbetrag des Wirtschaftsjahres und durch kurzfristige Tagesgeldausleihungen bei der evo AG gesichert.

Investitionen und Förderprojekte

Die Summe der Investitionen belief sich im Geschäftsjahr 2024 auf 13.474 TEUR; dazu wurden Zuschüsse in Höhe von 6.367 TEUR vereinnahmt. Die größten Positionen bilden mit 9.332 TEUR die Fahrzeuge incl. Nachrichtentechnik für den Personennahverkehr sowie 2.267 TEUR für Sanierungsmaßnahmen an Weichen und Gleisen des Schienennetzes und für die Ladeinfrastruktur für die E-Busse.

Die wirtschaftliche Lage und Entwicklung der STOAG im Berichtsjahr wird seitens der Geschäftsführung als gut bewertet.

3. Finanzielle Leistungsindikatoren

Zur Bewertung der Geschäftsentwicklung werden die Umsatzerlöse, welche maßgeblich von den Fahrgeldeinnahmen beeinflusst sind, ab dem aktuellen Geschäftsjahr als ein finanzieller Leistungsindikator herangezogen. Im Wirtschaftsplan 2024 wurden Umsatzerlöse in Höhe von 27.040 TEUR angesetzt. In diesem Posten wurden unter anderem Erträge aus Ver- kehrsleistungen in Höhe von 24.750 TEUR berücksichtigt (Verkaufserlöse: 22.250 TEUR).

Die tatsächlichen Umsatzerlöse belaufen sich für das Jahr 2024 auf 26.921 TEUR (Vorjahr: 27.708 TEUR), wobei die Erträge aus Verkehrsleistungen 24.838 TEUR (Vorjahr: 25.881 TEUR) und die darin enthaltenen Verkaufserlöse 23.905 TEUR (Vorjahr: 24.422 TEUR) betragen.

Die Umsatzerlöse haben den Planwert von 27.040 TEUR mit einer geringen Abweichung von rd. 0,4% erreicht.

Aufgrund der Einnahmeausfälle der Tarifmaßnahmen (u.a. DeutschlandTicket) ab Mai 2023 wurden für 2023 3.957 TEUR und für 2024 9.912 TEUR (Planwert war 8.450 TEUR) Ausgleichszahlungen vereinnahmt.

In der Vergangenheit wurden die Auszahlungen aus dem ÖPNV-Rettungsschirm (Hilfe wegen der Auswirkungen der Coronapandemie) als sonstige betriebliche Erträge ausgewiesen, sodass diese aus den gesamten Umsatzerlösen herausgerechnet werden mussten.

Eine weitere Kennzahl beschreibt die Kosten des Fahrbetriebes der STOAG. Diese Position setzt sich aus Aufwendungen für den Einsatz von Straßenbahnen, Bussen, der Instandhaltung und Versorgung der Fahrzeuge in der Werkstatt sowie der entsprechenden Personaleinsätze der jeweiligen Bereiche zusammen. Des Weiteren werden Aufwendungen für die Vergabe von Leistungen an Subunternehmer berücksichtigt. Im Planansatz wurden für das Jahr 2024 Aufwendungen in Höhe von 46.195 TEUR berücksichtigt. Die tatsächlichen Kosten beliefen sich auf 48.808 TEUR (Vorjahr: 42.927 TEUR).

Die gegenüber dem Planansatz um 2.613 TEUR erhöhten Aufwendungen sind im Wesentlichen auf Kostensteigerungen bei allen relevanten Aufwandsposten, auch wegen Zusatzaufwand aufgrund des hohen Krankenstands im Fahrdienst, zurückzuführen.

C. Prognose-, Chancen- und Risikobericht

1. Ausblick und Prognose

Finanzielle Leistungsindikatoren

Die Umsatzerlöse für 2025 sind in Höhe von 29.260 TEUR prognostiziert. Gegenüber 2024 (26.921 TEUR) wird eine signifikante Erhöhung der Erlöse aufgrund der Erhöhung des Preises des DeutschlandTickets (von 49 EUR auf 58 EUR) erwartet. Darin enthalten sind im Wirtschaftsplan 2025 Zahlungen zum Ausgleich der Mindereinnahmen durch Bund und Land in Höhe von 6.920 TEUR berücksichtigt.

Die Kosten des Fahrbetriebs werden für das Jahr 2025 mit 52.230 TEUR prognostiziert und liegen somit im Vergleich zu den Ist-Kosten des Vorjahres 2024 (48.808 TEUR) um 3.422 TEUR höher.

Fahrgastentwicklung und Kundenbindung

Es zeigt sich, dass die Bürgerinnen und Bürger das günstige DeutschlandTicket weiter dazu nutzten, um den ÖPNV fest in ihren Alltag zu integrieren. Das Wachstum im Bereich der Zeitfahrausweise, zu denen das DT zählt, belegt, dass das neue Tarifmodell nicht nur Bestandskunden bindet, sondern auch Neukunden im Sektor ÖPNV gewinnt und bindet. Mit einem weiteren Wachstum der Fahrgastzahlen könnten im nächsten Jahr die Werte aus 2019 nicht nur erreicht, sondern übertroffen werden, was vor dem Hintergrund der weiterhin etablierten Home-Office-Arbeit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mehr als bemerkenswert ist.

Weitere Fortschritte macht die STOAG bei der Digitalisierung. Ziel bleibt die kontinuierliche Weiterentwicklung der digitalen Services hin zu einem komfortablen und zeitsparenden Rund-um-Sorglos-Paket, dass es den Kunden erlaubt, alle Kauf- und Serviceoptionen digital zu erledigen.

Die STOAG arbeitet gemeinsam mit der Stadt Oberhausen weiterhin an der Digitalisierung des Vertriebsprozesses von ermäßigten Schülertickets. Im bestehenden AboOnline soll das ermäßigte DeutschlandTicket Schule im Abo zu erwerben und zu bestellen sein. Das Projekt befindet sich in der Entwicklungsphase. Es werden Testphasen durchgeführt, um das System zu überprüfen, bevor ein Pilotprojekt voraussichtlich im Sommer 2025 startet. Nach erfolgreicher Durchführung des Pilotprojekts wird das System vollständig implementiert und ausgerollt.

Neben dem Projekt ‚Schülerportal', welches durch das AboOnline System angeboten wird, wird die STOAG App immer präsenter. Die Kunden haben damit die Möglichkeit, ihr Abonnement als digitales Ticket abzuschließen.

Tarifmaßnahmen

Im Mittelpunkt des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) steht das DeutschlandTicket als wegweisende Tarifmaßnahme. Die klare Preisstruktur und die monatliche Abrechnung erleichtern die Budgetplanung der Fahrgäste und schaffen Vertrauen zum ÖPNV als alltägliches Beförderungsmittel.

Der Verkehrsverbund Rhein-Ruhr begrüßt die Einführung des DeutschlandTickets und betrachtet die abnehmende Nutzung anderer Tarifmodelle als Chance, das Ticketangebot im Rahmen einer neuen Vertriebsstrategie zu überarbeiten und zu vereinheitlichen. Mit diesem Schritt soll sichergestellt werden, dass Fahrgäste von einem noch benutzerfreundlicheren und effektiveren Tarifsystem profitieren können.

Mit der VRR-Tarifreform soll das Angebot übersichtlicher, einfacher und flexibler gestaltet werden. Dies führt zu einer Verschlankung bzw. Reduzierung des Tarifsortiments, da Tarife/Tickets wegfallen, die seit Einführung des DT nicht mehr nachgefragt werden; bei den kommunalen Anbietern des ÖPNV ergeben sich dadurch Kosteneinsparungen im Vertrieb.

On-Demand-Verkehr

Die Resonanz auf den Revierflitzer® ist durchweg positiv, wobei an zahlreichen Wochenenden die Beförderung von über 200 Fahrgästen täglich verzeichnet wird. Mit der Erhöhung der Fahrzeuganzahl kann das Angebot für grenzüberschreitende Verbindungen, wie beispielsweise Fahrten von Oberhausen nach Mülheim-Styrum oder Essen-Dellwig, über den On-Demand-Verkehr realisiert werden.

Es wird untersucht, neben der Anschaffung neuer Ridepooling-Fahrzeuge den Revierflitzer® gezielt in Gebieten mit geringerer Nachfrage der Nacht-Express-Linien als alternative Lösung einzusetzen. Hierfür müssen nicht nur VRR-Tarife flexibilisiert werden, sondern auch eine Integration in die Fahrplanauskunft erfolgen.

Entwicklung Elektromobilität

Die Umstellung des Betriebes auf Elektromobilität steht fortwährend im Fokus der STOAG und wird auch 2025 vorangetrieben.

Die ersten drei der fünfzehn bestellten batterieelektrischen Busse des Herstellers VDL Bus & Coach wurden im Oktober und November 2024 geliefert. Die erforderliche Aufrüstung der ersten IBIS/NT-Systeme ist erfolgt, die weiteren Vorbereitungen für eine Inbetriebnahme laufen an. Eine Inbetriebnahme der ersten neuen E-Busse soll im ersten Quartal 2025 erfolgen.

Die Vergabe für die Beschaffung von batterieelektrischen Bussen im Jahr 2026 wurde abgeschlossen. Der Hersteller BYD Auto Company Limited erhielt den Zuschlag für die Lieferung von 16 Standardlinienbussen, VDL Bus & Coach erhielt den Zuschlag für 7 Gelenkbusse. Die Förderzusage des Landes NRW liegt vor, wobei die Mehrkosten zu einem Dieselbus mit 60 % bezuschusst werden. Nach Auslieferung sollen die Standardlinienbusse auf den Linien 976 und 143 zum Einsatz kommen. Die Gelenkbusse werden auf der Linie SB93 eingesetzt.

An den Endhaltestellen Falkestraße und Fröbelplatz werden Ladestationen mit einer Schnellladetechnik eingerichtet. Für die 23 batterieelektrischen Busse, die im Jahre 2026 in Betrieb genommen werden, entstehen Ladestationen auf dem Betriebshof. Hierzu kann das angrenzende, heute im Besitz der Stadt Oberhausen befindliche Grundstück genutzt werden. Hiermit vergrößert sich der Betriebshof, um den höheren Flächenbedarf beim Betrieb von batterieelektrischen Bussen zu berücksichtigen. Die Anzahl der Ladestationen auf dem benachbarten Grundstück, auf dem zunächst 23 Ladestationen errichtet werden, erlaubt es, die Anzahl auf 50 Ladestationen zu erweitern. Somit wird auch der Bedarf an Ladestationen aus der geplanten Busbeschaffung des Jahres 2028 berücksichtigt.

Auch die Planungen für den notwendigen Um- und Neubau des Betriebshofs werden konkreter. Die Planungsleistungen werden 2025 ausgeschrieben. Die Baumaßnahmen werden mit bis zu 90 % der förderfähigen Kosten im Rahmen der Einführung der E-Mobilität auch weiterhin bezuschusst.

Entwicklung Angebot

Die STOAG wird im Jahr 2025 ihr Angebot erweitern. Insbesondere wird eine neue Verbindung zum DU-Landschaftspark Nord eingeführt, und die Linie 919 wird von DU- Meiderich/Beek bis zum Hauptbahnhof Oberhausen verlängert. Zudem wird im Jahr 2025 das Stadion Niederrhein in den Verlauf der Linie 966 angebunden.

Straßenbahnlinie 105

Der “Masterplan Neue Mitte“ wurde von der Stadt Oberhausen mit Einbindung der STOAG erarbeitet. Am 16. Mai 2022 wurde der „Masterplan Neue Mitte“ im Rat der Stadt beschlossen. Ziel ist unter anderem die großräumige Erschließung des Gebiets für Gewerbe, Wohnen und Verkehr. Der ÖPNV soll mit der Linie 105 die Haupterschließungsfunktion für das Gebiet Brammenring/NEWAG-Gelände übernehmen.

Der Rat der Stadt Oberhausen hat mit Beschluss vom 5. Februar 2024 die Stadt Oberhausen und die STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH beauftragt, die erforderlichen Planungs- und Verfahrensschritte zur Inbetriebnahme der Straßenbahnstrecke VI und der Verlängerung der Straßenbahnlinie 105 von Essen-Frintrop nach Oberhausen einzuleiten.

Die gesamte Planungsphase dieses Vorhabens wird in enger Zusammenarbeit zwischen der STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH, der Ruhrbahn GmbH sowie der Städte Oberhausen und Essen durchgeführt. Die Planungszeit wird auf insgesamt 3 Jahre veranschlagt und soll bis zum Jahr 2027 abgeschlossen sein. Die Inbetriebnahme der Straßenbahnverlängerung 105 soll im Jahr 2030 erfolgen.

Das Vergabeverfahren der Planungsleistungen wurde im Jahr 2024 gestartet. Im April 2025 wurde das Ingenieurbüro Spiekermann für die Erbringung der Planungsleistungen beauftragt. Ziel ist es, die Entwurfsphase bis Mitte 2026 abzuschließen, um im Rat der Stadt Oberhausen einen Beschluss zur Einleitung eines Planfeststellungsverfahrens herbeizuführen. Anschließend wird das Planfeststellungsverfahren zur Genehmigung des Bauvorhabens bei der Bezirksregierung Düsseldorf eingeleitet. Parallel wird ein Kommunikationskonzept umgesetzt, um Bürgerinnen und Bürger der Stadt Oberhausen und der Stadt Essen über das Vorhaben zu informieren.

XBus-Linien

Die Fahrgastzahlen des X42, welche nach der Einführung der Linie am 14. Juni 2022 ins dritte Betriebsjahr ging, haben sich positiv entwickelt. Die Linie ist mittlerweile ein fester Bestandteil des ÖPNV-Angebots der Region.

Auch im dritten Jahr sind die Fahrgastzahlen des X42 deutlich zunehmend. So wurden im Jahr 2024 durchschnittlich 67,68 Tsd. Fahrgäste im Monat befördert. Im Jahr 2023 lag diese Zahl noch bei 49,3 Tsd. Fahrgästen pro Monat. Dies entspricht nochmal einem Wachstum von rund 37,5 %, nachdem es bereits im Vorjahr ein Wachstum von 48,85% gab.

Der VRR hat ein zweites Paket neuer XBus-Linien angekündigt. Die STOAG hat die Möglichkeit, weitere XBus-Linien in Oberhausen einzuführen, darunter die X38 (Moers – Duisburg-Hamborn – Oberhausen Sterkrade), X39 (Oberhausen Sterkrade – Bottrop – Gelsenkirchen) und X41 (Dinslaken – Oberhausen Schmachtendorf – Bottrop). Die Umsetzung ist abhängig von dem Finanzierungskonzept, welches weiterhin unklar ist.

Beteiligungen

Die FSO GmbH & Co. KG hat im Geschäftsjahr 2024 ein Ergebnis nach Steuern in Höhe von 15.321 TEUR (Vorjahr 28.013 TEUR) erwirtschaftet. Die STOAG erhält über die FSO GmbH & Co. KG im Geschäftsjahr 7.661 TEUR. Auszahlungswirksam wird die Ergebnisabführung nach der Hauptversammlung der evo AG im Mai 2025.

Die STOAG geht derzeit davon aus, dass die FSO GmbH & Co. KG – als Muttergesellschaft der evo AG – eine Ergebnisabführung für die Jahre 2025 bis 2029 von jährlich insgesamt 13,0 Mio. EUR bis 14,0 Mio. EUR erwirtschaftet, wobei der STOAG als einer von zwei Gesellschaftern der FSO GmbH & Co. KG jeweils 6,5 Mio. EUR bis maximal 7,0 Mio. EUR anteilig pro Wirtschaftsjahr zufließen.

Das finanzielle Ergebnis aus der Beteiligung an der Gemeinschafts-Müll-Verbrennungs- anlage Niederrhein GmbH (GMVA) in Oberhausen ist in hohem Maße von der Auslastung der Verbrennungskapazitäten sowie vom Vermarktungspreis pro MWh abhängig.

Die GMVA führt den Weg der Konsolidierung stetig fort und hat im Geschäftsjahr 2023 ein Ergebnis in Höhe von 27.011 TEUR (Vorjahr 33.587 TEUR) erzielt. In das Jahresergebnis 2024 der STOAG ist daraus eine Ausschüttung in Höhe von 4.100 TEUR eingeflossen. In der Planung für das Geschäftsjahr 2025 wurde eine Ausschüttung der GMVA für das Geschäftsjahr 2024 in Höhe von 1,7 Mio. Euro eingeplant.

Für die nächsten Jahre ist mit einer Reduzierung der Ergebnisabführung der GMVA zu rechnen. Für das Jahr 2026 ist eine Revision geplant, wodurch die Erzeugungsmenge an Strom stark sinken wird. Die STOAG geht derzeit davon aus, dass die GMVA eine Ergebnisabführung für die Jahre 2026 bis 2029 von jährlich zwischen 190 TEUR und 1,1 Mio. € erwirtschaftet.

Aus den im Finanzanlagevermögen ausgewiesenen RWE-AG-Aktien wurde für das Geschäftsjahr 2023 im Jahr 2024 eine Dividende in Höhe von 1,00 EUR pro Aktie ausgezahlt. Dies bedeutete für die STOAG, dass im Jahr 2024 ein Dividendenertrag in Höhe von 1.434 TEUR zugeflossen ist. Dies deckt sich mit dem Planansatz der STOAG für das Jahr 2024.

Die RWE AG blickt auf ein erfolgreiches Geschäftsjahr 2024 zurück. Das Konzernergebnis übertraf mit einem bereinigten EBITDA von 5,7 Mrd. € und einem bereinigten Nettoergebnis von 2,3 Mrd. € die Erwartungen. Für das Geschäftsjahr 2024 wird der Hauptversammlung, welche am 30.04.2025 stattgefunden hat, wie geplant eine Ausschüttung von 1,10 EUR pro Aktie vorgeschlagen. Das ist ein Plus von 0,10 € je Aktie. Für das laufende Geschäftsjahr plant RWE eine nochmalige Steigerung um 0,10 € auf dann 1,20 € je Aktie.

Die STOAG geht von einer gleichbleibenden Entwicklung der Dividende für die Jahre 2025 bis 2029 aus und hat für die Jahre 2025 – 2029 eine Spanne in Höhe von circa 1,20 EUR pro Aktie im Jahr 2025 bis 1,50 EUR pro Aktie im Jahr 2029 eingeplant und geht folglich mit Beträgen in Höhe von 1.580 TEUR bis 2.010 TEUR aus.

Die Ausschüttung der Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH (WBO) an die STOAG betrug für das Geschäftsjahr 2023 2.424 TEUR und wurde im Jahr 2024 auszahlungswirksam.

Die Geschäftsführung der WBO GmbH möchte auf den erzielten Jahresüberschuss des Jahres 2024 in Höhe von 3.337.676,63 EUR (Vorjahr 4.047 TEUR) eine Ausschüttung in Höhe von 1.500 TEUR an die STOAG vornehmen.

Die STOAG hat im Planansatz 2025 einen Betrag in Höhe von 1.500 TEUR berücksichtigt. Für die Wirtschaftsjahre 2026 bis 2029 sind Ergebnisabführungen in Höhe von ca.1,3 Mio. EUR eingeplant.

Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Der Wirtschaftsplan für den Zeitraum von 2025 bis 2029 weist nach derzeitiger Planung gegenüber dem Jahresergebnis 2024 einen erhöhten Finanzierungsbetrag seitens der Stadt Oberhausen aus.

Für das Wirtschaftsjahr 2025 sind Umsatzerlöse in Höhe von 29.260 TEUR eingeplant (Vorjahr: 27.040 Plan-Umsatz). Darin sind Erträge aus Verkehrsleistungen in Höhe von 27.270 TEUR (Verkaufserlöse: 24.970 TEUR) berücksichtigt.

Für die Jahre ab 2026 trifft die STOAG die Annahme, dass die durch den Verkauf des DeutschlandTickets entstehenden Einnahmeverluste durch Ausgleichszahlungen von Bund und Ländern kompensiert werden. Für die Jahre 2026 - 2029 hat die STOAG die erforderlichen Beträge dieser Ausgleichszahlungen eingeplant. Diese betragen zwischen 7,0 und 8,0 Mio. EUR.

Die Erträge aus Beteiligungen und anderen Wertpapieren werden in den kommenden Jahren zwischen 9,9 Mio. EUR und 11,4 Mio. EUR pro Jahr betragen.

Die Pensionsverpflichtungen entwickeln sich langfristig gesehen rückläufig. Für den Zeitraum von 2026 bis 2029 werden auf Basis der Mittelfristplanung Finanzierungsbeträge seitens der Stadt Oberhausen in Höhe von ca. 23,5 Mio. EUR bis zu 26,5 Mio. EUR erwartet.

2. Chancen

Die Produktfamilie „DeutschlandTicket“ (DT) übernimmt eine bedeutende Rolle in Richtung Mobilitätswende. Durch eine Kombination von attraktiven Tarifen, eine entsprechende Angebotsausweitung im ÖPNV sowie die Ausweitung von alternativen Antriebstechnologien sollte ein integriertes Mobilitätskonzept entstehen, dass sowohl kundenorientiert als auch im Sinne der Klimaziele ausgerichtet ist. Voraussetzung hierfür ist eine nachhaltige finanzielle Förderung durch Bund, Land und Kommunen.

In den vergangenen Jahren hat die Digitalisierung im Verkehrssektor deutliche Fortschritte gemacht. Verkehrsbetriebe wie die STOAG bieten immer mehr digitale Dienstleistungen an, um den Bedürfnissen der Fahrgäste gerecht zu werden und moderne nachhaltige Mobilitätslösungen anzubieten. Hierzu gehört auch die Bereitstellung und Weiterentwicklung von Dienstleistungen über Apps oder Ticketshops. Über diese digitalen Plattformen können Fahrgäste bequem Fahrausweise, einschließlich des DeutschlandTickets, erwerben, Fahrpläne einsehen, Verbindungen suchen und Informationen zu Mobilitätsangeboten erhalten. Dies vereinfacht die Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs und ermöglicht eine effiziente Abwicklung von Ticketverkäufen und Fahrplanauskünften.

Mit der Direktvergabe, mit der die STOAG durch den Rat der Stadt bis Ende 2029 mit der Erbringung der Verkehrsleistung in Oberhausen betraut worden ist, hat die STOAG die nötige Planungssicherheit für den Ausbau weiterer Mobilitätsangebote.

3. Risiken

Zur Sicherung der Unternehmensziele, des künftigen Erfolges des Unternehmens sowie zur Senkung der Risikokosten führt die STOAG jährlich eine Risikoinventur durch. Damit Risiken frühzeitig erkannt und rechtzeitig angemessene Gegensteuerungsmaßnahmen ergriffen werden können, ist bei der STOAG ein Risikomanagementsystem gemäß dem Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) implementiert. Alle erfassten Risiken werden durch Risikopaten hinsichtlich ihrer Eintrittswahrscheinlichkeit und Auswirkung eingestuft. Die Risiken werden dabei nicht nur auf die mit den Risiken verbundenen Kosten, Erlöseinbußen, Margenverluste oder Betriebsunterbrechungen untersucht, es wird auch der Einfluss auf wichtige Ressourcen, wie z. B. Personen, oder ein Imageverlust analysiert.

In der Risikoinventur 2024 wurden 4 Risiken erfasst, davon 3 in einer Risk Map.

Die folgenden 3 Risiken sind in der Risk Map erfasst.

Risiko-Nr.	Risiko	Eintrittswahr-scheinlichkeit	Schadens-höhe
1	IT - Sicherheit: Datenverlust der Software	abstrakt < 10 Jahre	leicht < 5 Mio. €
2	IT – Sicherheit: Zerstörung der Hardware	abstrakt < 10 Jahre	leicht < 5 Mio. €
14	Ausfall von Straßenbahnen	unwahrscheinlich > 10 Jahre	leicht < 5 Mio. €

Die Bewertung dieser Risiken hat sich nicht verändert. Im Vergleich zum Vorjahr wurde das Risiko Schwerbehinderten-Erhebung nicht mehr erfasst, da die STOAG diese Erhebung ab 2025 nicht mehr durchführen wird.

Bei den beiden Risiken zur IT-Sicherheit wurde im Jahr 2024 ein neues Datensicherungskonzept und ein Oracle Datenbank Cluster eingeführt.

Beim Risiko Ausfall von Straßenbahnen wurde ergänzt, dass es wegen des Alters der Fahrzeuge beim Ausfall wichtiger elektronischer/elektrischer Bauteile passieren kann, dass keine Ersatzteile beschaffbar sind. Der Ausschreibungsprozess für Neufahrzeuge (Lieferung ab ca. 2030) hat begonnen.

Das Risiko Ausfall EFM-System (Vertriebswege) wird nur zur Beobachtung erfasst.

Keines der erfassten Risiken wurde als inakzeptabel eingestuft. Für die STOAG wurde kein Risiko identifiziert, das von den Risiko-Paten in seiner Auswirkung als bestandsgefährdend und dessen Eintrittswahrscheinlichkeit als relativ hoch betrachtet wird.

Ergänzend zu den vorstehend genannten Risiken ist darauf hinzuweisen, dass die STOAG zur Finanzierung ihrer Leistungen, insbesondere im Rahmen der Vorgaben des DeutschlandTickets, wegen der damit verbundenen Einnahmeausfälle sowie Kostensteigerungen auf dauerhafte Ausgleichszahlungen in erheblichem Umfang seitens Bund und Ländern sowie der Stadt Oberhausen angewiesen ist (wie oben im Prognoseteil unter Vermögens-, Finanz- und Ertragslage ausgeführt).

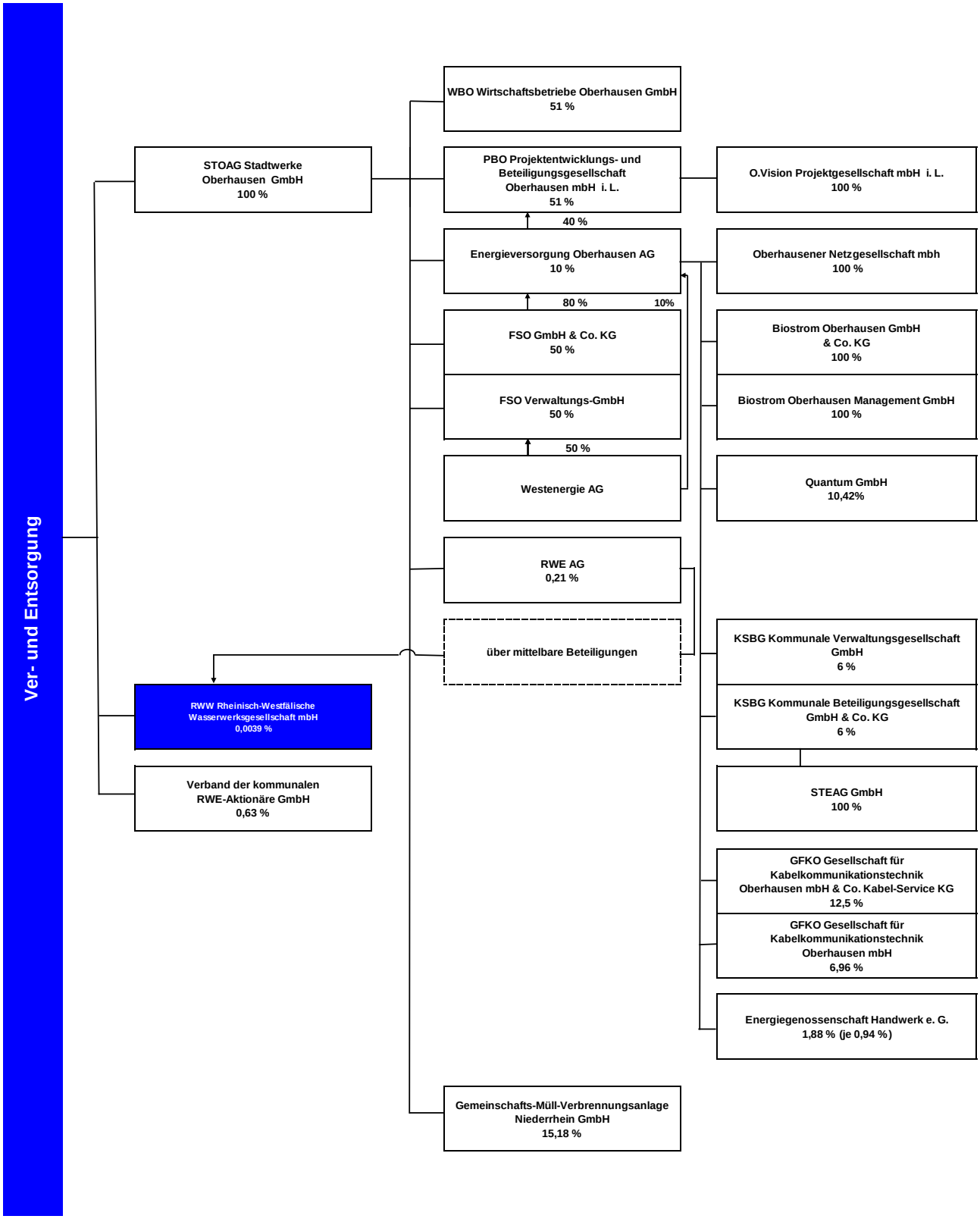
4. Fazit

Unter Berücksichtigung aller oben erwähnten Faktoren sieht sich die STOAG grundsätzlich für alle zukünftigen unternehmerischen Herausforderungen gewappnet und aus heutiger Sicht bestmöglich aufgestellt.

Oberhausen, 23 Mai 2025

Stadtwerke Oberhausen GmbH (STOAG)

Werner Overkamp
Geschäftsführer


Ver- und Entsorgung
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH 100 %
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH 51 %
PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH i. L. 51 %
O.Vision Projektgesellschaft mbH i. L. 100 %
40 %
Energieversorgung Oberhausen AG 10 %
Oberhausener Netzgesellschaft mbh 100 %
80 %
10%
FSO GmbH & Co. KG 50 %
Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG 100 %
FSO Verwaltungs-GmbH 50 %
Biostrom Oberhausen Management GmbH 100 %
50 %
Westenergie AG
Quantum GmbH 10,42%
RWE AG 0,21 %
über mittelbare Beteiligungen
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft GmbH 6 %
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co. KG 6 %
RWW Rheinisch-Westfälische Wasserwerksgesellschaft mbH 0,0039 %
Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH 0,63 %
STEAG GmbH 100 %
GFKO Gesellschaft für Kabelkommunikationstechnik Oberhausen mbH & Co. Kabel-Service KG 12,5 %
GFKO Gesellschaft für Kabelkommunikationstechnik Oberhausen mbH 6,96 %
Energiegenossenschaft Handwerk e. G. 1,88 % (je 0,94 %)
Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH 15,18 %

RWW Rheinisch-Westfälische Wasserwerksgesellschaft mbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Am Schloß Broich 1-3
45479 Mülheim an der Ruhr

Kontakt:

Telefon	0208/ 44331
Fax	0208/ 4433233
e-Mail	rww@rwe.com
Internet	http://www.rww.de

Rechtsform: GmbH

Stammkapital in T€: 15.381,95

Gesellschafter:

	T€	%
Stadt Bottrop	862,85	5,61
Stadt Dorsten	55,15	0,36
Stadt Gladbeck	652,70	4,24
Stadt Mülheim	1.538,20	10,00
Stadt Oberhausen	0,60	0,00
Westenergie Aqua GmbH	12.272,45	79,78

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Erfüllung wassertechnischer und wasserwirtschaftlicher Aufgaben und Dienstleistungen auf dem Wasser- und Abwassersektor.

Dies gilt, beschränkt auf Deutschland, auch außerhalb des Versorgungsgebietes und für die Betätigung im Bereich der Energiewirtschaft mit Ausnahme des Energievertriebs an Erdkunden aller Art.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2024)

Geschäftsführung:	Geschäftsführerin	Ehlen, Simone
	Geschäftsführer	Dr. Schulte, Franz-Josef
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Flore, Manfred
Aufsichtsrat:	Vorsitzender	Dr. Küppers, Stefan
	stellv. Vorsitzender	Hirschfelder, Herrmann
	stellv. Vorsitzender	Buchholz, Marc
	Mitglied	Püll, Markus
	Mitglied	Henrichs, Oliver
	Mitglied	Dagli, Hülya

	Mitglied	Ehrbar-Wulfen, Silke
	Mitglied	Hemmersbach, Christian
	Mitglied (AN)	Trapka, Alexander
	Mitglied (AN)	Knöpfel, Christian
Prokura:	Prokurist	Dr. Grotelüschen, Henning
	Prokurist	Dr.-Ing. Plath, Michael
	Prokurist	Wagner, Henning

c) Beteiligungen

Unmittelbar	**T€**	**%**
Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH – ENO	6,39	2,15
Wasserverbund Niederrhein GmbH	600,60	26,00
Windenergie Schermbeck-Rüste GmbH & Co. KG	49,74	20,30
Windenergie Schermbeck-Rüste Verwaltungsgesellschaft m.b.H.	3,60	14,29

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2022		**2023**		**2024**	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Anlagevermögen	126.714,45	55,9	125.851,93	53,9	131.439,58	53,6
Umlaufvermögen	99.158,68	43,8	107.230,69	45,9	113.131,18	46,2
Rechnungsabgrenzungsposten	739,76	0,3	339,58	0,1	498,07	0,2
Bilanzsumme	**226.612,90**	**100,00**	**233.422,20**	**100,00**	**245.068,83**	**100,00**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	61.221,73	27,0	70.477,47	30,2	70.069,76	28,6
Sonderposten mit Rücklagenanteil	6.696,38	3,0	6.353,80	2,7	6.453,44	2,6
Rückstellungen	148.744,02	65,6	151.955,44	65,1	162.325,62	66,2
Verbindlichkeiten	9.927,49	4,4	4.608,94	2,0	6.206,46	2,5
Rechnungsabgrenzungsposten	23,28	0,0	26,55	0,0	13,55	0,0
Bilanzsumme	**226.612,90**	**100,00**	**233.422,20**	**100,00**	**245.068,83**	**100,00**

bb) GuV

	2022	2023	2024
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	129.758,97	132.564,54	135.749,31
andere aktivierte Eigenleistungen	466,47	309,16	562,72
sonstige betriebliche Erträge	8.194,66	1.168,52	6.725,12
Materialaufwand	36.219,53	40.048,13	38.138,41
Personalaufwand	49.172,60	41.520,99	48.993,05
Abschreibungen	7.671,40	7.892,26	8.779,87
sonstige betriebliche Aufwendungen	28.781,42	28.924,14	37.277,57
Erträge aus Beteiligungen	1.636,81	251,15	153,46
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	61,01	2.645,35	3.743,16
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	17.373,71	-2.650,93	104,38
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	899,26	21.204,14	13.640,50
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	7.537,37	6.243,21	7.048,22
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	-6.638,11	14.960,93	6.592,29
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	-6.638,11	14.960,93	6.592,29

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2022	31.12.2023	31.12.2024	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-5,12	11,29	4,86	%
Eigenkapitalrentabilität:	-9,78	26,95	10,39	%
Cash-Flow:	1.033,29	22.853,19	15.372,16	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	340,10	326,14	334,98	T€
Personalaufwandsquote:	35,52	30,98	34,25	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2022	31.12.2023	31.12.2024	Angaben in
Sachanlagenintensität:	55,01	53,09	52,70	%
Eigenkapitalquote:	27,02	30,19	28,59	%
Fremdkapitalquote:	72,98	69,81	71,41	%
Anlagendeckungsgrad 2:	149,17	156,42	153,42	%
Verschuldungsgrad:	270,15	231,20	249,75	%

e) Lagebericht

1. Geschäftsgrundlagen

Die RWW Rheinisch-Westfälische Wasserwerksgesellschaft mbH, Mülheim an der Ruhr (im Folgenden „RWW“ genannt), gehört als regionaler Trinkwasserversorger – gemessen an der Trinkwasserabgabe (m³) – zu den größten deutschen Wasserversorgungsunternehmen. RWW wurde 1912 gegründet und versorgt im westlichen Ruhrgebiet und angrenzenden Münsterland rund 900.000 Einwohner sowie Industrie und Gewerbebetriebe mit Trink- und Brauchwasser.

Im Bereich der unteren Ruhr in Essen-Kettwig, in Mülheim an der Ruhr sowie am Rhein in Duisburg-Mündelheim betreibt RWW drei Flusswasserwerke. Durch Einsatz eines mehrstufigen Aufbereitungsprozesses liefern diese Flusswasserwerke im südlichen RWW-Versorgungsgebiet Trinkwasser. Im nördlichen Versorgungsgebiet hingegen verfügt RWW im Verbreitungsgebiet der „Halterner Sande“ über drei Wasserwerke, die Grundwasser fördern, welches zu Trinkwasser aufbereitet wird. Brauchwasser gewinnt RWW zudem mit dem Seewasserwerk in Dorsten.

Die Wasserverteilung erfolgt über ein weit verzweigtes Rohrnetz mit einer Gesamtlänge von rd. 3.000 km. Zur Instandhaltung des Rohrnetzes sind vier regionale Service-Points im Versorgungsgebiet eingerichtet, die über die zentrale Betriebsdirektion in Bottrop gesteuert werden.

Das Unternehmen ist funktional gegliedert. Die Linienfunktionen umfassen die Organisationseinheiten Werke, Netze, Geschäftsentwicklung, Recht, Personal, Finanzen, Einkauf sowie Controlling. Die Organisationseinheiten Arbeitssicherheit/Umweltmanagement und kommunales Partnermanagement sind der Geschäftsführung als Stabsfunktionen direkt zugeordnet. Die Tätigkeit der internen Revision wird im Rahmen eines Dienstleistungsvertrages von der E.ON SE, Essen, erbracht.

Die Westenergie Aqua GmbH (Sitz Mülheim an der Ruhr) ist mit 79,8% Hauptgesellschafterin der RWW. Weitere Gesellschafter sind die Städte Mülheim an der Ruhr, Bottrop, Gladbeck, Oberhausen sowie Stadt Dorsten. Sämtliche Gesellschafterkommunen sind in den Aufsichtsgremien des Unternehmens vertreten.

Die Gesellschaft erfüllt mit ihrer Tätigkeit den öffentlichen Zweck der Trinkwasserversorgung (§§ 107 f. GO NRW). Managementseitig wird RWW von der Westenergie AG, Essen geführt.

2. Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Als Wasserversorger ist RWW in besonderem Maße von der Witterung (Temperatur und Niederschlag) abhängig. Die durchschnittliche Temperatur im Winter 2023/2024 lag in NRW bei 5,2 °C und somit deutlich über dem Durchschnitt der Referenzperiode (1991 bis 2020: 2,7 °C)2. Alle drei Monate des Winters waren deutlich zu warm und zu nass, insbesondere der Dezember und der Februar wichen von den Durchschnittstemperaturen ab. Seit der ersten Klimaperiode (1881 bis 1910) zeigt sich ein stetiger Temperaturanstieg um 4,2 °C auf 5,20 °C. Damit belegt der Winter 2023/2024 den 2. Platz der wärmsten Winter seit Aufzeichnungsbeginn.

1881 - 1910	1961 - 1990	1991 – 2020	2023/2024
1,0 °C	1,7 °C	2,7 °C	5,2 °C

Die Niederschlagssumme lag im Winter bei 350 l/m² und somit 113 l/m² über dem Mittelwert der Referenzperiode (1991 bis 2020: 237 l/m²) sowie um 160 l/m² über dem der Klimanormalperiode 1881 bis 1910. Insbesondere der Dezember war sehr nass und als der drittnasseste Dezember seit Beginn der Aufzeichnung konnten selbst tiefe Bodenschichten gut gewässert werden.

1881 - 1910	1961 - 1990	1991 – 2020	2023/2024
190 l/m²	223 l/m²	237 l/m²	350 l/m²

Der Frühling 2024 begann so, wie der Winter 2023/2024 aufhörte: Es war der wärmste und zweitnasseste Frühling seit Aufzeichnungsbeginn.3 Nachdem der März zwar rekordwarm, niederschlagstechnisch aber noch recht ausgeglichen war, konnte nach einem wechselhaften April in der zweiten Maihälfte erneut eine sehr stabile, überdurchschnittlich niederschlagsreiche Wetterlage beobachtet werden.

Mit 275 l/m² lag die mittlere Niederschlagsmenge mit 98 l/m² erneut signifikant über dem Durschnitt der Referenzperiode (1991 bis 2020: 177 l/m²).

1881 - 1910	1961 - 1990	1991 – 2020	2024
172 l/m²	205 l/m²	177 l/m²	275 l/m²

Auch die durchschnittliche Temperatur im Frühling 2024 lag in NRW mit 11,4 °C und damit +1,9 °C deutlich über dem Durchschnitt der Referenzperiode 1991-2020 von 9,5 °C. Gegenüber der Klimanormalperiode 1881 bis 1910 ergibt sich sogar ein Anstieg von 3,6 °C.

1881 - 1910	1961 - 1990	1991 – 2020	2023/2024
7,8 °C	8,3 °C	9,5 °C	11,4 °C

Die überaus feuchte Witterung wurde im Frühjahr 2024 erneut von einem signifikanten Rückgang bei der Anzahl der Sonnenstunden begleitet (408 Stunden zu 497 Stunden im Mittel der Referenzperiode von 1991 bis 2020). Damit belegte das Frühjahr 2024 Rang 14 der sonnenscheinärmsten Frühlingsmonate.

1951-1980	1961 - 1990	1991 – 2020	2024
459 h	441 h	497 h	408 h

Der Sommer 2024 startete temperaturmäßig etwas unterdurchschnittlich, holte dann jedoch, dem allgemeinen Trend immer höherer Temperaturen folgend, auf.4 Dabei lagen die Temperaturen im Mittel mit 18,1 °C um 0,6 °C über dem Durchschnittswert der Referenzperiode (1991 bis 2020: 17,4 °C).

[2] Vgl. LANUV NRW: Platz 2 bei der Temperatur, Platz 3 beim Niederschlag – der Winter 2023/24 mischt ganz oben mit, 05.03.2024
[3] Vgl. LANUV NRW: Die extreme Witterung setzt sich fort: der wärmste und zweitnasseste Frühling seit Aufzeichnungsbeginn – der Frühling 2024, 07.06.2024
[4] Vgl. LANUV NRW: Von kalt zu warm – der Sommer 2024, 06.09.2024

1881 - 1910	1961 - 1990	1991 - 2020	2024
16,1 °C	16,3 °C	17,5 °C	18,1 °C

Begleitet wurden die steigenden Temperaturen von zahlreichen Gewittern, die in Summe jedoch nur für durchschnittliche Niederschlagsmengen sorgten. Da zwischen den Gewittern häufiger die Sonne schien, sorgte vor allem der sehr sonnige August für einen überdurchschnittlich sonnenreichen Sommer in NRW.

Mit 650 Stunden lag die Sonnenscheindauer darum deutlich über der Referenzperiode (1991 bis 2020: 605 Stunden).

1951-1980	1961 - 1990	1991 - 2020	2024
553 h	554 h	605 h	650h

Auch der Herbst 2024 wich witterungstechnisch in Bezug auf Temperatur und Niederschlag nach oben ab.5 Die mittlere Temperatur lag mit 11,1 °C gut 1,0 °C oberhalb der Referenzperiode (1991 bis 2020: 10,1 °C) – (geteilter) Rang 6 der wärmsten Herbste seit Beginn der Aufzeichnung.

1881 - 1910	1961 - 1990	1991 - 2020	2024
8,8 °C	9,5 °C	10,1 °C	11,1 °C

Aber auch der Niederschlag im Herbst 2024 bescherte NRW mit 270 l/m², und damit deutlich über dem Durchschnitt der Referenzperiode (1991 bis 2020: 219 l/m²), den immerhin 22. Platz der nassesten Herbste seit Aufzeichnungsbeginn.

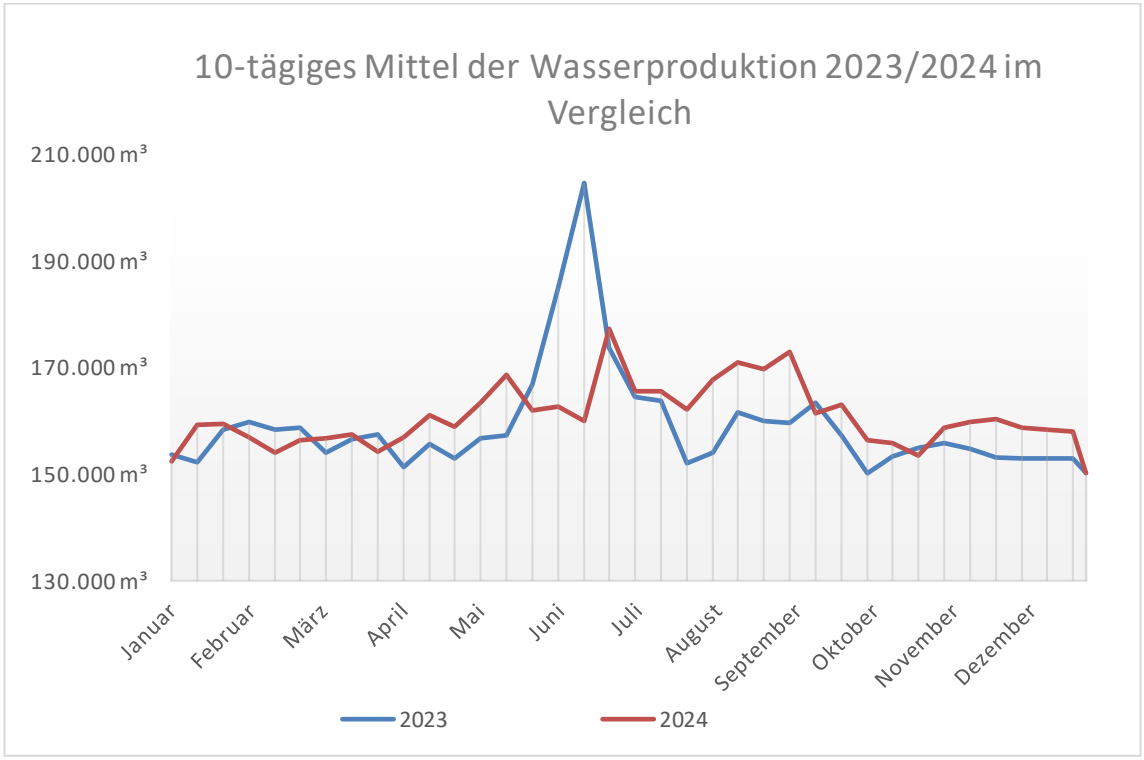
1881 - 1910	1961 - 1990	1991 - 2020	2024
196 l/m²	309 l/m²	219 l/m²	270 l/m²

Begleitet wurde dies von einer leicht erhöhten Anzahl an Sonnenstunden. Mit 304 Stunden lagen diese aber in etwa mit dem Referenzmittelwert gleichauf (1991 bis 2020: 306 Stunden).

Die deutlich erhöhten Temperaturen und die leicht erhöhte Anzahl der Sonnenstunden im gesamten Jahresverlauf führten jedoch nicht zu einer Absatzmengenerhöhung. Im Gegenteil wirkten sich die überdurchschnittlich feuchten Witterungsbedingungen negativ auf die Absatzmengen aus.

Neben den Mengenrückgängen auf Grund der Witterung verstetigte sich das Verbraucherverhalten, das schon im vergangenen Jahr zu beobachten war: In Kombination mit dem allgemeinen Anstieg der Inflation in Folge des russischen Angriffskriegs in der Ukraine, sank das Verbrauchsniveau vor allem im Privat- und Geschäftskundensegment.

Die Effekte lassen sich im Jahresverlauf der Fördermengen erkennen:



[5] Vgl. LANUV NRW: Sehr warm und sehr nass – der Herbst 2024, 09.12.2024

Geschäftsverlauf

Mit Wirkung zum 1. Januar 2024 wurde im Nachgang zur organisatorischen Änderung im Vorjahr eine weitere Adjustierung im Bereich der Netze vorgenommen. So sind die Arbeitsvorbereitung, die Netzplanung und das Assetmanagement künftig in der Abteilung Netzmanagement gebündelt.

Zum 1. April 2024 wurde zudem der Bereich der Geschäftsentwicklung neu strukturiert. Im Zuge dieser Umstellung wurde das Profil der Bildungs- und Erlebniszentren Aquarius und Haus Ruhrnatur geschärft. Diese sind bereits seit Jahren bei Partnerschulen aus dem Versorgungsgebiet sowie zahlreichen Kindergärten, Schulen, Hochschulen und Erwachsenenbildungsstätten auch weit über das Versorgungsgebiet hinaus erfolgreich – sie vermitteln qualifiziert und unterhaltsam selbst komplexe Themen aus Technik und Wissenschaft mit Bezug zur Wasserwirtschaft.

Darüber hinaus wurde die Abteilung “Governance und Organisation” dem Bereich Recht zugeordnet, um den ständig wachsenden regulatorischen und rechtlichen Herausforderungen, denen sich Betreiber kritischer Infrastruktur gegenübersehen, gerecht zu werden.

Mit dem Aufbau einer eigenen Abteilung für Informationstechnologie reagierte das Unternehmen auf die stetig steigenden Anforderungen an die IT-Strategie und das IT-Portfolio auch im Konzernverbund. In dem Zusammenhang ist die Vorbereitung eines Wechsels des SAP-ERP-Systems, die Einführung eines Workforce-Managementsystems und eines neuen Dienstleisterportals zu nennen, die in diesem Jahr eine besondere Aufmerksamkeit erfuhren. Diese werden im nächsten Jahr ihren Höhepunkt erreichen und weitere Synergien durch eine entsprechende Integration im Konzern ermöglichen.

Eine weitere organisatorische Änderung erfolgte mit Wirkung zum 1. August 2024 im Bereich Finanzen. Der Bereich Einkauf, ehemals Teil des Bereiches Finanzen, berichtet künftig direkt an die Geschäftsführung, das Rechnungswesen ging im Bereich Finanzen auf.

Nachdem im Zuge des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine im Herbst 2022 die Energiekosten quasi explodierten, sind sie, auch aufgrund der Fixierung von Energiemengen und -preise in 2023, in 2024 sukzessive wieder gesunken.

Die Energieeigenerzeugung aus dem RWW-Laufwasserkraftwerk Kahlenberg an der Ruhr stellt eine wichtige Komponente des RWW-Energiemanagements dar. Das Kraftwerk entnimmt dem Ruhrschifffahrtskanal so viel Wasser, dass möglichst alle drei vorhandenen Turbinen zur Stromerzeugung eingesetzt werden können. Der Einsatz der Turbinen ist dabei abhängig von der Wasserführung der Ruhr, diese wirkt insofern direkt auf die Wirtschaftlichkeit des Kraftwerkes bzw. die eigenerzeugten Strommengen. Durch den hohen Abfluss der Ruhr konnte nahezu im gesamten Jahresverlauf regenerative Energie auf hohem Niveau erzeugt werden: Im Geschäftsjahr 2024 wurde netto eine Strommenge von 23,0 GWh produziert. Damit lag die Erzeugung auf einem ähnlich hohen Niveau wie 2023, in dem mit 24,5 GWh so viel Strom aus erneuerbarer Wasserkraft wie noch nie seit Aufzeichnungsbeginn erzeugt werden konnte.

Zum weiteren Ausbau der Eigenerzeugung auf Basis regenerativer Energie hat RWW zudem damit begonnen, Photovoltaikanlagen an den eigenen Standorten (insbesondere den Wasserwerken) zu projektieren. Hierbei handelt es sich um Aufdach-PV.

Im Zuge der allgemeinen Preissteigerungen war RWW wie viele deutsche Unternehmen gezwungen, die Endkundenpreise im Rahmen der vorgegebenen Regelungen (moderat) anzupassen: Ab dem 1. Juli 2024 liegt der Mengenpreis für 1.000 Liter Trinkwasser bei 1,53 € brutto statt bisher bei 1,48 €. Der Systempreis einschließlich Umsatzsteuer erhöhte sich ebenfalls, beispielsweise für ein Einfamilienhaus jährlich um 13,22 € auf 282,96 €, für ein Drei-Familienhaus um 18,00 € auf 385,20 € und für ein Sechs-Familienhaus um 26,61 € auf 569,45 €.

Die Preisanpassung entspricht einer Steigerung von 4,0 % bezogen auf die letzte Preisanpassung zum 1. Juli 2023. Sie liegt damit oberhalb der durchschnittlichen Inflationsrate von 2024, aber immer noch deutlich unterhalb der Inflation aus dem Jahr 2023 und auch unterhalb der durchschnittlichen Preissteigerungen deutscher Wasserversorger im Jahr 2023.

Seit vielen Jahrzehnten versorgt RWW über die Wasserwerke in Reken und Velen die Kommunen Reken, Velen, Gescher-Hochmoor und die Ortsteile Burlo und Weseke in Borken mit Trinkwasser. Um die Versorgungssicherheit zu erhöhen und den steigenden Trinkwasserbedarf zu decken, halten wir an unserem Plan fest, die genannten Kommunen an unser südliches Verbundsystem anzuschließen. Die geplante zusätzliche Erweiterung des Netzes zwecks Anschlusses eines Weiterverteilers im nördlichen Versorgungsgebiet wurde gemeinsam mit diesem aus ökonomischen Gründen verworfen, was sowohl die technische Realisierung positiv beeinflusst als auch deutliche geringere Investitionen in den Jahren bis 2028 zur Folge haben wird.

Die erheblichen Schäden, die während des Hochwassers im Jahr 2021 entstanden sind, konnten im Wesentlichen behoben werden und wurden im Laufe des Jahres 2024 durch die Landesbehörden reguliert.

Leistungsindikatoren

Zur Steuerung der Unternehmensaktivitäten im Hinblick auf die Unternehmensziele nutzt RWW verschiedene Kennzahlen. Wesentliche Steuerungsgrößen sind das Betriebsergebnis, die Förder- und Absatzmenge, die Höhe der Investitionen sowie das Jahresergebnis.

Die Kennziffer „Betriebsergebnis“ ist definiert als Ergebnis vor Steuern und Zinsen. Dieses reduzierte sich im Geschäftsjahr um 5,9 Mio. € auf 10,0 Mio. € und liegt damit um 8,5 Mio. € unter dem Budgetwert. Im Gegensatz zum Ergebnis des Jahres 2023, welches maßgeblich von den Preissteigerungen im Sondervertragskunden-Segment getragen wurde und den starken Rückgang der Absatzmengen im Segment der Privat- und Geschäftskunden überkompensieren konnte, fielen die Preiskomponenten in diesem Bereich wieder auf ein Normalniveau zurück, ohne dass sich eine positive Mengenentwicklung im Tarifkundensegment einstellte. Im Materialaufwand konnten vor allem Mengeneffekte und die gestiegenen Beschaffungskosten für Fremdleistungen kompensieren. Im Personalaufwand wirkten die Tariferhöhung und die neuen Personalgutachten aufwandserhöhend. Das ATZ-Programm und gestiegene IT-Kosten hatten negative Auswirkungen auf den sonstigen betrieblichen Aufwand, so dass sich das Jahresergebnis um 8,4 Mio. € auf 6,6 Mio. € im Vergleich zum Vorjahr reduzierte und auch der Budgetansatz in Höhe von 16,4 Mio. € nicht erreicht werden konnte.

Die gesamte Absatzmenge 2024 in Höhe von 69,0 Mio. m³ liegt mit 1,2 Mio. m³ unter der Vorjahresmenge und 1,0 Mio. m³ unter Budget. Während sich der Absatz im Tarifkundensegment auf niedrigem Niveau leicht um 0,2 Mio. m³ erhöhte, verringerte sich der Absatz bei den Sondervertragskunden um 1,8 Mio. m³ - im Wesentlichen bedingt durch die verringerte Abgabe von Betriebswasser. Im Bereich der Wiederverkäufer erhöhte sich das Wasserabsatz insbesondere in Velbert um 1,5 Mio. m³, wohingegen der Absatz im Wasserhandelsgeschäft um 0,9 Mio. m³ zurückging. Das niedrige Niveau spiegelt sich auch in den Fördermengen wider, die mit 63,8 Mio. m³ mit 0,2 Mio. m³ leicht über der Vorjahresmenge lagen, insgesamt jedoch den unentgeltlichen Verbräuchen, wie Eigenverbräuchen, Rohrbrüchen, Feuerlöschwasser, Spülungen und Netzverlusten zuzuordnen sind.

Das Geschäft der RWW ist anlagenintensiv, weswegen die Höhe der Investitionen eine weitere Zielgröße des Unternehmens ist. Die Investitionen in immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen betrugen im Geschäftsjahr 14,6 Mio. € (Vorjahr: 7,3 Mio. €; Budget: 14,5 Mio. €). Davon entfielen auf das Verteilnetz 2,4 Mio. € sowie auf die Wassergewinnung und -aufbereitung 8,0 Mio. €. RWW baut die Rehabilitationsplanung auf Basis der Software PiReM (Pipe Rehabilitation Management System) auf und hat die daraus priorisierten Maßnahmen im Bereich des (Netz-) Asset Managements weiter umgesetzt. Die aus dem System abgeleiteten Ergebnisse sind entsprechend in die Maßnahmenplanung integriert.

Die Hauptleitungen („Magistralen“) stellen den kritischen Teil des Versorgungsnetzes dar. Mit dem weitergeführten Erneuerungsprogramm hat RWW konsequent die Versorgungssicherheit erhöht. Der Rückgang der Investitionen im Rohrnetz steht mit den erhöhten Planungsleistungen für den Lückenschluss des Rohrnetzes von RWW im Norden („Nordraumanbindung“) im Zusammenhang, denen im Jahr 2024 (noch) nur geringe Investitionen gegenüberstanden. Der Lückenschluss erhöht die Versorgungssicherheit im nördlichen Versorgungsgebiet von RWW deutlich und wird in den kommenden Jahren - bis ca. 2028 - überdurchschnittlich hohe Investitionen im Netzbereich zur Folge haben.

Ertragslage

Die nachfolgende Gewinn- und Verlustrechnung enthält einen Überblick über die wesentlichen Positionen:

	2024 Mio. €	2023 Mio. €
Umsatzerlöse (einschl. aktivierte Eigenleistungen)	136,3	132,9
Sonstige betriebliche Erträge	6,7	1,1
Materialaufwand	-38,1	-40,0
Personalaufwand	-49,0	-41,5
Abschreibungen	-8,8	-7,9
Sonstige betriebliche Aufwendungen (einschl. sonstige Steuern)	-37,3	-28,9
Zins- und Finanzergebnis	3,8	5,5
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-7,0	-6,2
Jahresüberschuss	6,6	15,0

Die Umsatzerlöse (einschl. aktivierter Eigenleistung) erhöhten sich um 3,4 Mio. € auf 136,3 Mio. €, im Wesentlichen bedingt durch die Preisanpassung zum 01. Juli 2024 im Tarifkundensegment und die erhöhte Investitionstätigkeit.

Nachfolgende Tabelle gibt einen Überblick über die Wasserbeschaffung der RWW:

	2024 Mio. m³	2023 Mio. m³
Wasserbeschaffung		
Eigenerzeugung	63,8	62,6
Fremdbezug	11,9	12,8
Summe	75,7	75,4

Nachfolgende Tabelle gibt einen Überblick über die Wasserabgabe der RWW:

	2024 Mio. m³	2023 Mio. m³
Wasserabgabe Sondervertragskunden Trinkwasser Betriebswasser	 23,0 10,8	 21,9 13,1
Summe	33,9	35,0
Tarifkunden	35,1	35,1
Gesamtsumme	69,0	70,1
Eigenverbräuche, Rohrbrüche, Feuerlöschwasser, Spülungen, Netzverluste (unentgeltliche Verbräuche)	6,8	5,3

Die eigenerzeugte Fördermenge lag mit 63,8 Mio. m³ über der Vorjahresmenge von 62,6 Mio. m³. Gegenüber dem Vorjahr ist dieses ein Anstieg von 1,2 Mio. m³. Ursächlich hierfür ist die Steigerung der Trinkwasserförderung (+0,7 Mio. m³), sowie die erhöhte Förderung von Betriebswasser (+0,4 Mio. m³).

Die Wasserbeschaffungsmengen aus dem Fremdbezug Wasserhandel mit Trink- und Rohwasser belaufen sich auf 11,9 Mio. m³. Gegenüber dem Vorjahr ist hier ein deutlicher Rückgang von -0,9 Mio. m³ zu verzeichnen.

Mit 69,0 Mio. m³ lag die Gesamtabgabe an Trink- und Betriebswasser um -1,1 Mio. m³ deutlich unter Vorjahresniveau.
Auf das gesamte Kundensegment Sondervertragskunden einschließlich Weiterverteiler (Trink- und Betriebswasser) entfiel eine Abgabemenge von 33,9 Mio. m³, dies sind -1,1 Mio. m³ weniger als im Vorjahr, Haupttreiber für die Mindermenge ist das Betriebswasser.

Zuwächse gegenüber dem Vorjahr sind bei den Kunden der Großindustrie sowie im Segment der Weiterverteiler zu verzeichnen.

Im Segment der kleineren Industriekunden ergaben sich leicht rückläufige Mengen gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Das Handelsgeschäft („Konzernwasser“) entwickelte sich ebenfalls leicht rückläufig, befindet sich - insgesamt gesehen - aber noch weiterhin auf einem guten Niveau.

Von der gesamten Trinkwasserabgabe i. H. v. 58 Mio. m³ entfielen 35,1 Mio. m³ auf die Trinkwasserlieferungen an Tarifkunden (sog. „Privat- und Geschäftskunden” (PuG)). Diese Absatzmengenentwicklung zeigte so gut wie keine Veränderung gegenüber dem Vorjahr, vielmehr ist eine Stagnation zu verzeichnen.

Im Berichtsjahr ergaben sich unentgeltliche Verbräuche (Eigenverbräuche, Rohrbrüche, Feuerlöschwasser, Spülungen und Netzverluste) in Höhe von rd. 6,8 Mio. m³ (Vorjahr: 5,3 Mio. m³). Die Netzschadensraten waren insbesondere zu Beginn des Jahres 2024 aufgrund der milden Witterung erneut sehr gering.

Die sonstigen betrieblichen Erträge stiegen aufgrund von Einmaleffekten im Jahr 2024 um 5,6 Mio. € auf 6,7 Mio. €. Hier ist insbesondere die Regulierung der Versicherungsleistung „Sandwäsche” und der Landesleistung zur Beseitigung der Hochwasserschäden aber auch eine Auflösung der Rückstellung Aakerfähre aufgrund einer Neubewertung zu nennen.
Der Materialaufwand verringerte sich im Jahr 2024 um 1,9 Mio. € auf 38,1 Mio. € gegenüber dem Vorjahr. Im Wesentlichen ist das auf die reduzierten mengeninduzierten Beschaffungskosten für das Handelsgeschäft, aber auch auf gesunkene Energiekosten sowie reduzierte maßnahmenbezogene Fremdleistungskosten zurückzuführen.

Die Personalaufwendungen erhöhten sich im Jahr 2024 um 7,5 Mio. € auf 49,0 Mio. €. Die Tariferhöhung zum 01.02.2024 wirkte sich mit 6,5 % erhöhend auf die Aufwendungen für Löhne und Gehälter sowie die Sozialabgaben aus. Außerdem stiegen die Aufwendungen für Altersversorgung um 3,2 Mio. €.

Zum Stichtag 31.12.2024 beschäftigte RWW 453 (Vorjahr 435) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Nach leicht modifizierter Definition des Personalbestandes durch die E.ON SE werden nunmehr auch die Werkstudenten zum Personalbestand hinzugezählt.

14 Mitarbeiter befinden sich in der Freistellungsphase der Altersteilzeit. Diese Mitarbeiter werden gesondert ausgewiesen, da sie nicht in der Stammbelegschaft geführt werden.

Die Zahl der Angestellten stieg leicht von 232 auf 238 Mitarbeiter. Im gewerblichen Bereich sind 215 Mitarbeiter beschäftigt. Im Berichtsjahr beträgt der Anteil der weiblichen Beschäftigten 17,7 % der Gesamtbelegschaft, bezogen auf den Angestelltenbereich beträgt ihr Anteil 30,3 %. Am 31.12.2024 befanden sich 24 junge Menschen in einer Ausbildung in den Berufsbildern Elektroniker/-in für Betriebstechnik, Industriemechaniker/-in und Anlagenmechaniker/-in mit Fachrichtung Rohrsystemtechnik und Umwelttechnologe für Wasserversorgung. RWW beschäftigte zum Jahresende 36 anerkannt schwerbehinderte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, davon befinden sich vier Mitarbeiter in der Altersteilzeit-Freistellungsphase.

Die Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen lagen unter anderem aufgrund der gestiegenen Investitionen mit 8,8 Mio. € (Vorjahr: 7,9 Mio. €) über dem Vorjahreswert.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen (einschließlich der sonstigen Steuern) dotierten mit 37,3 Mio. € deutlich über Vorjahresniveau (28,9 Mio. €), was insbesondere auf das neu aufgelegte ATZ-Programm und die gestiegenen IT-Kosten zurückzuführen ist.

Die Zinsumkehr - die durch die allgemeine starke Inflation im europäischen und deutschen Wirtschaftsraum und die daraufhin von Zentralbanken initiierten Leitzinssatzerhöhungen eingeleitet wurde – wirkte nicht mehr so stark wie im Vorjahr. Der Cash Pool generierte im Vergleich zu den Vorjahren höhere Zinserträge (Berichtsjahr: 3,1 Mio. €; Vorjahr: 2,6 Mio. €). Im Gegensatz dazu war die Veränderung der Marktbewertung des CTA mit 3,2 Mio. € rückläufig (Berichtsjahr: Ertrag 1,2 Mio. €; Vorjahr: Ertrag 4,4 Mio. €). Gleichzeitig reduzierten sich die Zinszuführungen zu den Pensionsrückstellungen um 1,2 Mio. € (Berichtsjahr: 0,6 Mio. €; Vorjahr: 1,8 Mio. €).

Der Ertragssteueraufwand lag bei 7,0 Mio. € und entspricht einer Steuerquote von knapp 52%.

Finanzlage

Zwischen der RWW und der E.ON SE besteht ein Zerobalancing-Verfahren (= automatisches Saldenübertragungsverfahren) verbunden mit einem konzerninternen Clearing. Der zugrunde liegende Vertrag umfasst die Durchführung von Zahlungsverkehr, Liquiditätsdisposition und Liquiditätsausgleich, die Anlage und die Aufnahme von Tages- und Termingeldern sowie Darlehen. Zum 31.12.2024 waren insgesamt 78,3 Mio. € (Vorjahr 76,2 Mio. €) bei der E.ON SE angelegt.

Wie der nachfolgend dargestellten Kurzfassung der Kapitalflussrechnung zu entnehmen ist, ergibt sich ein zahlungswirksamer Anstieg des Finanzmittelfonds um 2,1 Mio. €. Der Finanzmittelfonds wird definiert als Summe aus Kassenbestand einschließlich Geldbestand bei der Sparkasse Mülheim sowie der konzerninternen Geldanlagen.

	2024 Mio. €	2023 Mio. €
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	16,2	15,0
Cashflow aus Investitionstätigkeit	-7,0	-4,1
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	-7,0	-5,7
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds	**2,1**	**5,1**

Der Anstieg des Cashflows aus laufender Geschäftstätigkeit um 5,0 Mio. € ergibt sich im Wesentlichen aufgrund nachfolgend aufgeführter Veränderungen:
- Rückgang des Jahresergebnisses (-8,4 Mio. €),
- Anstieg der Rückstellungen (+7,2 Mio. €),
- Anstieg der Verbindlichkeiten (+6,9 Mio. €),
- Rückgang der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen (-4,6 Mio. €),
- Anstieg der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie der sonstigen Aktiva (-1,4 Mio.€)
- Einzahlungen aus Sondereffekten Schadenersatz Versicherung und Zuschuss (-3,4 Mio.€)

Der Cashflow aus Investitionstätigkeit hat sich insbesondere aufgrund von Investitionen in das Anlagevermögen (-6,8 Mio.€) reduziert.

Vermögenslage

Nachfolgende Bilanz gibt einen Überblick über die wesentlichen Posten:

	31.12.2024 Mio. €	31.12.2023 Mio. €
Anlagevermögen	131,4	125,8
Umlaufvermögen (einschl. aktive Rechnungsabgrenzung)	113,6	107,6
Bilanzsumme	**245,1**	**233,4**
Eigenkapital	70,1	70,5
Rohrnetzkostenzuschüsse	6,5	6,3
Rückstellungen	162,3	152,0
Verbindlichkeiten (einschl. passive Rechnungsabgrenzung)	6,2	4,6
Bilanzsumme	**245,1**	**233,4**

Die Bilanzsumme erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr um 11,7 Mio. € auf 245,1 Mio. €. Auf der Aktivseite ist dies im Wesentlichen bedingt durch die um 5,2 Mio. € erhöhten Werte im Anlagevermögen, Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen (im Wesentlichen Erhöhung der Cash-Bestände, 2,5 Mio. €) sowie eine Erhöhung der sonstigen Vermögensgegenstände (insbesondere Ertragssteueransprüche 2,7 Mio. €). Auf der Passivseite sind vor allem erhöhte Pensi-

onsrückstellungen und ATZ-Verpflichtungen (5,2 Mio. €), sowie sonstige Verpflichtungen (im Wesentlichen Entfernungsverpflichtungen und Konzessionsabgeben, 4,9 Mio. €) und weitere Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung (1,4 Mio. €) zu nennen.

Das Anlagevermögen erhöhte sich um 5,6 Mio. € auf 131,4 Mio. €, bei Gesamtinvestitionen von 14,6 Mio. €, Nettoabgängen von 0,2 Mio. € und verrechneten Abschreibungen von 8,8 Mio. €. Die Gesamtinvestitionen (einschließlich der Zuordnung der geleisteten Anzahlungen und Anlagen im Bau) entfallen auf:

Anlagenzugänge

	31.12.2024 Mio. €	31.12.2023 Mio. €
Immaterielle Vermögensgegenstände	0,5	0,2
Grundstücke und Bauten	0,0	0,1
Technische Anlagen und Maschinen	8,0	3,0
Rohrnetz und Wasserzähler	2,4	2,2
Betriebs- und Geschäftsausstattung	3,7	1,8
Gesamtinvestitionen	**14,6**	**7,3**

Das Eigenkapital des Berichtsjahres verringerte sich um 0,4 Mio. € auf 70,1 Mio. €, so dass sich die Eigenkapitalquote dadurch leicht auf 28,6% (Vorjahr 30,2%) reduziert.

Gesamtaussage zum Geschäftsverlauf und zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die witterungsbedingt schwierigen Rahmenbedingungen insgesamt zu einem Verharren der Absatzmengen auf niedrigem Niveau geführt haben mit entsprechenden Auswirkungen auf die Umsatzerlöse. Dem konnte ein Stück weit durch die Preisanpassung im Tarifsegment Mitte des Jahres entgegengewirkt werden und auch die weiteren Einmaleffekte in den sonstigen betrieblichen Erträgen sowie Mengeneffekte im Materialaufwand halfen dabei, den allgemeinen Preissteigerungen entgegenzuwirken. Dennoch führten Tarifsteigerungen im Personalaufwand, das ATZ-Programm und die steigenden IT-Kosten im sonstigen betrieblichen Aufwand zu einem Jahresüberschuss deutlich unterhalb der Zielvorstellung. Unter Berücksichtigung der schwierigen Rahmenbedingungen ist es allerdings gelungen, für die Zukunft relevante Investitionen zu tätigen und diese Investitionen bei einem deutlich positiven Cashflow vollständig aus eigenen Mitteln zu finanzieren.

3. Chancen- und Risikobericht

RWW ist vollständig in das Risikomanagement der Westenergie AG eingebunden. Die Risikomanagementprozesse der Gesellschaft sind daher auf die Vorgehensweisen und Berichtsstrukturen der Führungsgesellschaft Westenergie nach KonTraG abgestellt. Diese Eingliederung ist seitens RWW freiwillig gewählt worden, da RWW als nicht-börsennotiertes Unternehmen den Vorgaben des KonTraG auch nicht unterliegt. Um jedoch ein möglichst effektives und konzernnahes Risikomanagement zu gewährleisten, werden die entsprechenden Vorgaben umgesetzt. Innerhalb der RWW ist ein Risikomanagement-Ausschuss implementiert, der sich aus Vertretern der wesentlichen Bereiche der Gesellschaft zusammensetzt. So ist sichergestellt, dass alle Risikokategorien berücksichtigt und bewertet werden können. Alle identifizierten Risiken, unabhängig von ihrer Eintrittswahrscheinlichkeit und Risikohöhe, werden zwecks transparenter Dokumentation und Risiko-Steuerung in einem Katalog zusammengestellt. Der Risikomanagement-Ausschuss tagt regelmäßig (zweimal jährlich), um den Risikokatalog entsprechend zu inventarisieren und zu aktualisieren. Der Risikomanagement-Ausschussvorsitzende berichtet direkt an die Geschäftsführung, die die Funktion des Risikokoordinators wahrnimmt. Zu den vorbeugenden Maßnahmen des Risikomanagements zählen detaillierte Arbeits- und Verfahrensanweisungen, regelmäßige Wartungen und Überprüfungen der Anlagen, Ersatz- und/oder Neuinvestitionen, Schulungen, Weiterbildungsmaßnahmen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und - entsprechend dem Bedarf - Versicherungen. Hierdurch soll das Risikopotenzial minimiert werden.

Um im Spannungsfeld zwischen Verlustrisiken und Gewinnchancen weiterhin erfolgreich zu agieren, ist die Wahrnehmung unternehmerischer Chancen wichtiger Bestandteil unserer strategischen Ausrichtung. Die systematische und dauerhafte Verbesserung von Arbeitsabläufen und Prozessen ist wichtiges Ziel des Unternehmens.

Die RWW ist grundsätzlich vor allem folgenden Risiken ausgesetzt:

Marktrisiken: Preisrisiken sowie Risiken und Chancen aus dem Verlust bzw. dem Gewinn von Konzessionsverträgen begegnet RWW unter anderem durch ein aktives kommunales Partnermanagement, eine aktive Vertriebspolitik, eine weitgehend absatzorientierte Beschaffung sowie ein effektives Kostenmanagement.

Betriebsrisiken: Betriebsrisiken, auch als operative Risiken bezeichnet, umfassen negative Effekte aus der spezifischen Geschäftstätigkeit. Durch die systematische Wartung von Leitungen und Anlagen sowie der kontinuierlichen Optimierung der damit verbundenen Prozesse wird Störungen vorgebeugt. Dies ist die Basis für eine hohe Versorgungssicherheit. RWW synchronisiert ferner regelmäßig das kaufmännische und technische (auf Basis IMS/TSM) Risikomanagement; Ziel ist eine transparente und integrierte Steuerung mit prozessualer Sicherheit. Um betriebliche Risiken in ihrer Auswirkung zu minimieren, wurde ein Krisenmanagement bei RWW etabliert. Dieses wurde im Rahmen einer Krisenübung im Jahr 2024 erstmals getestet, um auf einen etwaigen Krisenfall vorbereitet zu sein.

Finanzrisiken: Im Rahmen des unternehmerischen Handelns können Risiken und Chancen aus Kredit-, Zins- und Preisänderungen entstehen. Ursachen sind z.B. die Zinsentwicklung, die Geld-, Finanz- und Lohnpolitik. RWW trägt diesen Risiken mit einer konservativen Anlagestrategie Rechnung. Das Unternehmen hat zur Finanzierung der Pensionsrückstellungen eine Vereinbarung zur Übertragung von Vermögen zur treuhänderischen Verwaltung und zur Sicherung abgeschlossen (CTA). Der Schwerpunkt der strategischen Kapitalanlage liegt auf in- und ausländischen Staatsanleihen, Aktien haben im Portfolio ein geringeres Gewicht als Rentenpapiere. Die Anlage erfolgt zudem in verschiedenen Regionen. Aus der Anlage in Aktien soll langfristig eine Risikoprämie gegenüber Rentenanlagen erzielt werden. Um zusätzlich möglichst gleichmäßig hohe Erträge zu erreichen, wird auch in (Finanz-)Produkte investiert, die im Zeitverlauf gleichmäßig positive Erträge erzielen sollen. Ein Asset Management Committee beschließt über die Anlagestrategie in Bezug auf das Treuhandvermögen. Dennoch bestehen kurzfristig kapitalmarktübliche Chancen und Risiken, die sich unmittelbar in der Gewinn- und Verlustrechnung von RWW niederschlagen können.

Da Kunden ihren Zahlungsverpflichtungen unter Umständen nicht oder nicht fristgerecht nachkommen, sind mit dem Vertriebsgeschäft grundsätzlich Risiken verbunden. Mit Wirkung zum 01.11.2020 / 01.01.2021 hat die RWW die Leistungen des „Kundenservice“ an die rhenag Rheinische Energie Aktiengesellschaft, Köln, vergeben. Zu den von RWW übertragenen Tätigkeiten zählen insbesondere die zentrale Kundenbetreuung, Abrechnung und Debitorenmanagement, Forderungsmanagement und Inkassoleistungen sowie das Management von Beschwerden aller Art.

Die folgende Abbildung zeigt die von RWW zur Analyse der Risiken genutzte Risikoportfolio-Matrix, bestehend aus den Dimensionen Eintrittswahrscheinlichkeit in % und erwartete Schadenshöhe in Mio. € vor Risikobegrenzungsmaßnahmen.

Die Wesentlichkeitsgrenze wird in Abhängigkeit vom Betriebsergebnis bzw. Eigenkapital der Gesellschaft definiert.

Schadenshöhe	niedrig >1 bis <=10%	mittel >10% bis <=20%	hoch >20% bis <=50%	sehr hoch >50% bis <=100%
existenzbedrohend >= 50% EK	H!	H!	H!	H!
kritisch > 50% BE	B/H	H!	H!	H!
schwerwiegend > 20% BE	B/H	B/H	H!	H!
mittel > 10% BE	Ü	B/H	B/H	H!
gering < 10% BE	Ü	Ü	B/H	B/H

Eintrittswahrscheinlichkeit

H!...aktueller Handlungsbedarf; B/H…beobachten, ggf. handeln; Ü…überwachen
EK…Eigenkapital nach HGB; BE…betriebliches Ergebnis

Die kritische Prüfung des Risikoportfolios zeigt, dass im abgelaufenen Geschäftsjahr keine wesentlichen Risiken der Kategorien H! oder B/H bestanden haben und nach gegenwärtigem Kenntnisstand auch für das Geschäftsjahr 2025 nicht erkennbar sind. Sämtliche zuvor erläuterten Risiken sind der Kategorie Ü zuzuordnen.

4. Prognosebericht

Strategie

Infolge des gesellschaftlichen Wandels, vor allem aber infolge des Klimawandels und den damit verbundenen Entwicklungsdynamiken verändern sich die Anforderungen auch an RWW. Die Nachhaltigkeitsdebatte und die Debatte um die Versorgungssicherheit hat einen verstärkten - im Sinne von RWW durchaus wichtigen und richtigen - Wertewandel bewirkt (u.a. “Nachhaltigkeit” versus “Preis”).

Die Veränderungen der Branche sind allerorts zahlreich und bergen zugleich Chancen aber auch Risiken. Diese hat RWW in Bezug auf das eigene Unternehmen im Rahmen des Strategieprozesses analysiert und entsprechende strategische Handlungsfelder festgelegt bzw. bereits in der Vergangenheit erarbeitete Handlungsfelder entsprechend nachgeschärft, um die Zukunft des Unternehmens zu gestalten und gleichzeitig die vorhandenen Unternehmensressourcen effektiv und effizient einzusetzen.

Als kapitalintensives Unternehmen mit dem Anspruch auf Nachhaltigkeit liegt ein Fokus der Strategie auf dem Asset-Management. Strategisch planen und entsprechend investieren, langfristige Investitionsprogramme entwickeln und in eine Nachhaltigkeitsstrategie integrieren, dies sind die Ziele, an denen RWW sich - neben einem Ergebnis auf konstant gutem Niveau - in den nächsten Jahren messen lassen wird. Die Modernisierung der Prozessleit- und Automatisierungstechnik sowie die Nordraumanbindung sind hier als Beispiele zu nennen.

RWW wird auch in den kommenden Jahren den weitaus größten Teil des Umsatzes mit der Versorgung mit Trinkwasser generieren. Allerdings gilt es im Rahmen der strategischen Ausrichtung des Unternehmens neue Produktfelder und Geschäftsmodelle zu ergänzen bzw. zu erschließen. Ein Fokus wird hierfür der Ausbau der Kooperationsfähigkeit mit anderen Wasserversorgern sein.

Rückgrat des Unternehmens sind die bestehenden Konzessionsverträge. Mit dem Aufbau eines Kommunalen Partnermanagements hat sich RWW 2021 neu aufgestellt - mit der „Verlängerung" der Konzessionsverträge in den 4 Gesellschafterkommunen im vergangenen Jahr haben sich nun erste Erfolge eingestellt.

Die Strategie wird stetig weiterentwickelt und gemeinsam und offen mit dem Aufsichtsrat und den Gesellschaftern diskutiert. Momentan wird die Strategie über das Programm „Fokus 2030" neu ausgerichtet, der Prozess wird voraussichtlich im Jahr 2025 beendet.

RWW setzt im Rahmen der Digitalisierung weiter auf Prozessexzellenz durch konzernweite Standardisierung, auf eine Reduzierung der Komplexität durch Harmonisierung von Infrastruktur und Anwendungslandschaft sowie auf Effizienzsteigerung durch Smartifizierung und Vernetzung von Assets. Mit dem Rollout von Microsoft 365 im gesamten Unternehmen sowie mit dem Releasewechsel von SAP von R3 auf S4HANA beschreiten wir diesen Weg konsequent weiter.

Effektivität und Effizienz

Die Einführung von S4HANA integriert viele Geschäftsprozesse und erfordert weitere Umstellungen der Arbeitsweisen und die konsequente Anwendung neuer Technologien, die RWW in die Lage versetzt, Prozesse noch effizienter durchzuführen. So ermöglicht beispielsweise die Einführung des Workforce-Managementsystems in diesem Jahr eine effiziente und zielgerichtete Disposition von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den technischen Prozessen.

Kultur- und Personalentwicklung

Nachdem in den vergangenen Jahren der Fokus der Personalentwicklung auf die Belegschaft ausgerichtet war und im Jahr 2023 mit den sog. „Learning-Nuggets" den Führungskräften interessante Impulse zu Organisations- und Führungsthemen mitgegeben wurden, lag der Fokus im Jahr 2024 insbesondere auf dem Thema "Prozesse/Prozesseffizienz", um die Erfolge der Kulturarbeit aus den Vorjahren weiter zu institutionalisieren und zu etablieren.

Unternehmensweit wurden in dem Zusammenhang für alle Mitarbeitenden Funktionsbeschreibungen eingeführt. Diese dienen dazu, die Aufgaben und Anforderungen an eine Funktion detailliert zu beschreiben und diese systematisch bewerten zu können. Ggfls. werden mit dem Mitarbeitenden Entwicklungspläne oder Einarbeitungen vereinbart, die es diesen ermöglichen, ihre Funktion bestmöglich ausfüllen zu können.

Demographie

In den kommenden Jahren wird eine nennenswerte Anzahl von qualifizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern (sowohl bundesweit als auch spezifisch bei RWW) in den Ruhestand gehen. Das Angebot an qualifizierten Fach- und Führungskräften für RWW wird sich – dem allgemeinen Trend folgend - in den nächsten Jahren eventuell verknappen. Den zukünftigen Fach- und Führungskräftebedarf sichert RWW durch die stetige Verbesserung der Ausbildung von Nachwuchskräften (Berufsausbildung, Praktika für Schüler und Studenten, Durchführung von Praxissemestern, Begleitung von Bachelor- und Masterarbeiten) sowie vorausschauender Personalplanung und Ableitung zielgerichteter Personalmaßnahmen z. B. in den Bereichen Recruiting und Mitarbeiterentwicklung.

In diesem Zusammenhang wurde ein ATZ-Programm aufgesetzt, um den Übergang in der Belegschaft zu beschleunigen und den neuen Arbeitswelten und - Methoden neuen Raum geben zu können. Gleichermaßen sind die Erhaltung und Förderung der Arbeits- und Leistungsfähigkeit der Belegschaft für das Unternehmen wesentlich. Dies wird unterstützt durch die zielgerichtete Weiterentwicklung des betrieblichen Gesundheitsmanagements, zu dem schon im vergangenen Jahr ein umfangreiches Informations-Cockpit aufgesetzt wurde. Mit zahlreichen langzeiterkrankten Mitarbeitenden wurden BEM-Gespräche geführt.

Stellenplan

Den uns gestellten Herausforderungen - verschärft durch die Megatrends demographische Entwicklung, Digitalisierung und Wertewandel – begegnet RWW mit einer Personalplanung, die wir ausgehend von unserer heutigen, operativen kurz- bis mittelfristigen Planung zu einer langfristigen, strategischen Personalplanung ausweiten. So können wir künftige Entwicklungen rechtzeitig antizipieren und vorausschauend planen, wie viele Mitarbeiter mit welchen Kompetenzen wir in den kommenden Jahren benötigen und daraus zielgerichtete Personal-Maßnahmen (z. B. Recruiting, Mitarbeiterentwicklung) ableiten. Neben der Neuauflage eines dezidierten Planungsprozesses wurden und werden in diesem Rahmen die Funktionsbeschreibungen laufend aktualisiert.

5. Ausblick

Für das kommende Geschäftsjahr wird ein betriebliches Ergebnis von rund 12,5 Mio. €, und ein Jahresergebnis von ca. 13,9 Mio. € angestrebt. Das prognostizierte Betriebsergebnis basiert auf einer Absatzmenge von ca. 67,6 Mio. m³ (bei einer Eigenerzeugung und einem Fremdbezug von 73,0 Mio. m³). Die deutlich gestiegenen Kosten im Material- und Personalaufwand werden voraussichtlich durch eine kosteninduzierte Tarifanpassung an die Verbraucher weitergegeben werden müssen.

Das Finanzergebnis trägt durch die Zinsumkehr weiterhin zu einer „Entspannung" und somit zu einem verbesserten Jahresergebnis bei.

Die vorgesehenen Investitionen in das Sachanlagevermögen des kommenden Jahres steigen mit einem Gesamtvolumen von 24,6 Mio. € im Vergleich zum Vorjahr deutlich an und sind auf der einen Seite der Harmonisierung der Aktivierungsregeln zwischen IFRS und HGB zuzuschreiben, auf der anderen Seite durch die Zukunfts-Projekte „Automatisierung der Wasserwerke" sowie „Nordraumanbindung" geprägt, beides Programme zur Stärkung der Versorgungssicherheit.

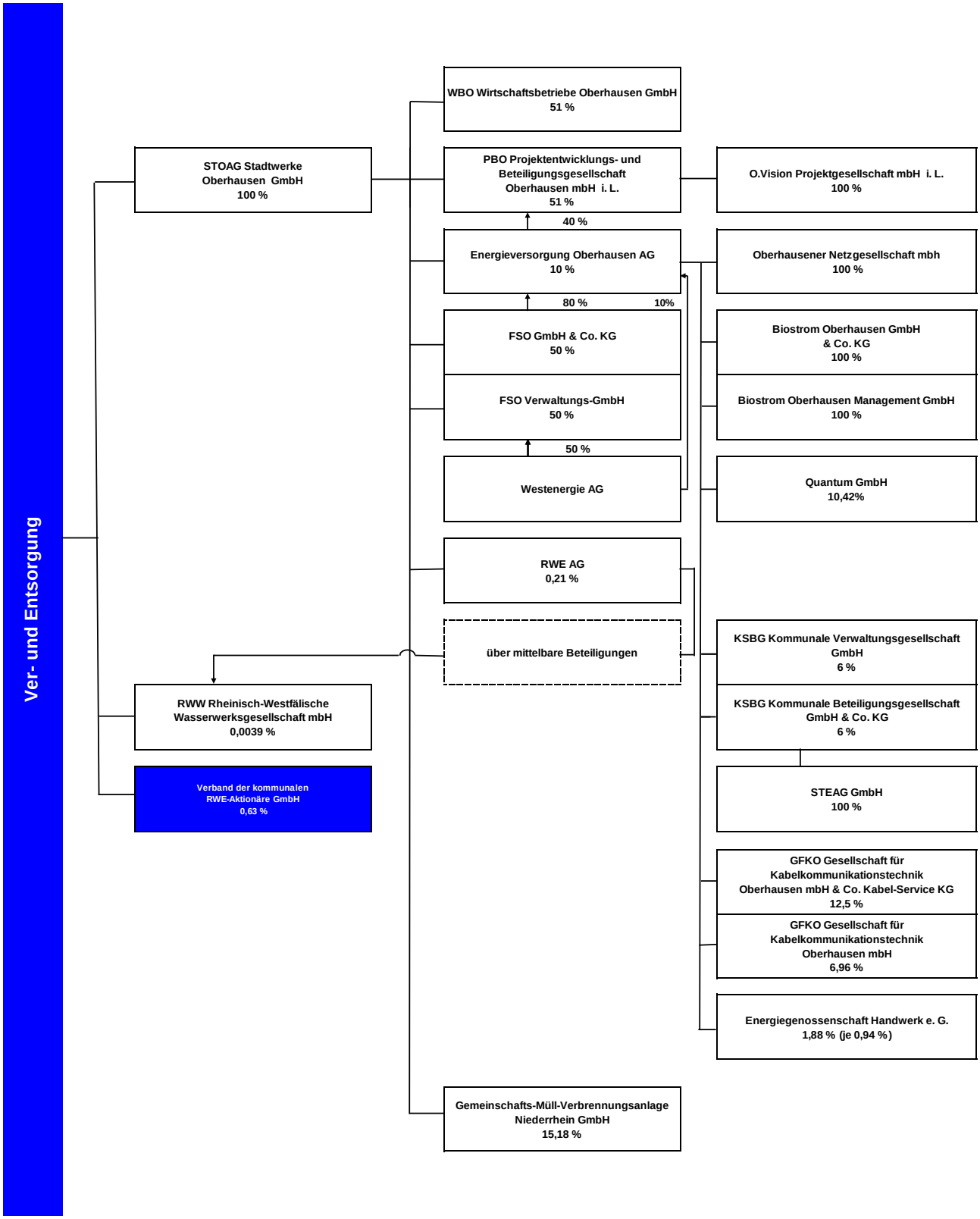
Nach Auslaufen des Konzessionsvertrages für das Wasserversorgungsnetz in der Gemeinde Schermbeck zum 31.12.2021 ist das wettbewerbliche Auswahlverfahren zur Ermittlung des künftigen Konzessionsnehmers für die Trink- und Löschwasserversorgung in der Gemeinde Schermbeck am 20. Juni 2023 gegen RWW entschieden worden. In der Folge hat RWW mit einem Eilantrag eine vorläufige Untersagungsverfügung erwirkt und ein Nachprüfungsverfahren angestoßen, welches noch nicht abgeschlossen ist.

Unter Berücksichtigung des Jahresüberschusses in Höhe von 6,6 Mio. € und aufgrund der Höhe der Rücklagen und der vorhandenen Liquidität der Gesellschaft geht die Geschäftsführung von einer Dividendenzahlung für 2024 in Höhe von 10,0 Mio. € aus.

Mülheim an der Ruhr, 11. Februar 2025

RWW Rheinisch-Westfälische
Wasserwerksgesellschaft mbH

Die Geschäftsführung


Ver- und Entsorgung
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH 100 %
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH 51 %
PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH i. L. 51 %
O.Vision Projektgesellschaft mbH i. L. 100 %
40 %
Energieversorgung Oberhausen AG 10 %
Oberhausener Netzgesellschaft mbh 100 %
80 %
10%
FSO GmbH & Co. KG 50 %
Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG 100 %
FSO Verwaltungs-GmbH 50 %
Biostrom Oberhausen Management GmbH 100 %
50 %
Westenergie AG
Quantum GmbH 10,42%
RWE AG 0,21 %
über mittelbare Beteiligungen
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft GmbH 6 %
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co. KG 6 %
RWW Rheinisch-Westfälische Wasserwerksgesellschaft mbH 0,0039 %
STEAG GmbH 100 %
Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH 0,63 %
GFKO Gesellschaft für Kabelkommunikationstechnik Oberhausen mbH & Co. Kabel-Service KG 12,5 %
GFKO Gesellschaft für Kabelkommunikationstechnik Oberhausen mbH 6,96 %
Energiegenossenschaft Handwerk e. G. 1,88 % (je 0,94 %)
Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH 15,18 %

VKA Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift:	Rüttenscheider Str. 62 45130 Essen
Kontakt:	
Telefon	0201/ 221377
Fax	0201/ 222974
e-Mail	info@vka-rwe.de
Internet	http://www.vka-rwe.de
Rechtsform:	GmbH
Stammkapital in T€:	127,82

Gesellschafter:	**T€**	**%**
Stadt Oberhausen	0,80	0,63
Stadtsparkasse Oberhausen	0,51	0,40

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand der Gesellschaft ist die Bildung einer einheitlichen Auffassung der Gesellschafter in energiewirtschaftlichen und damit zusammenhängenden kommunalpolitischen Fragen sowie die Unterstützung ihrer Gesellschafter bei deren Aufgaben zur Sicherung einer wirtschaftlich sinnvollen Daseinsvorsorge und bei der Darbietung einer sicheren und preiswerten Ver- und Entsorgung in den Bereichen Strom, Öl, Gas, Wasser, Abwasser und Abfall.

Hierzu hat die Gesellschaft die Aufgaben
- die Interessen der Gesellschafter in den Fragen der Versorgung und Entsorgung ihrer Gebiete wie auch des angemessenen Einsatzes heimischer Energieträger zu koordinieren, soweit dies erforderlich ist, und diese gegenüber staatlichen Stellen, gegenüber anderen Verbänden und gegenüber der Öffentlichkeit zu vertreten;
- die Gesellschafter und ihre Gemeinden in allen Fragen der Versorgung und der Entsorgung zu beraten.

Die Gesellschaft kann nach Beschluss der Gesellschafterversammlung weitergehende Aufgaben auf dem Gebiet der öffentlichen Ver- und Entsorgungswirtschaft übernehmen. Die Übernahme sonstiger Aufgaben bedarf einer Änderung des Gesellschaftsvertrages.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2024)

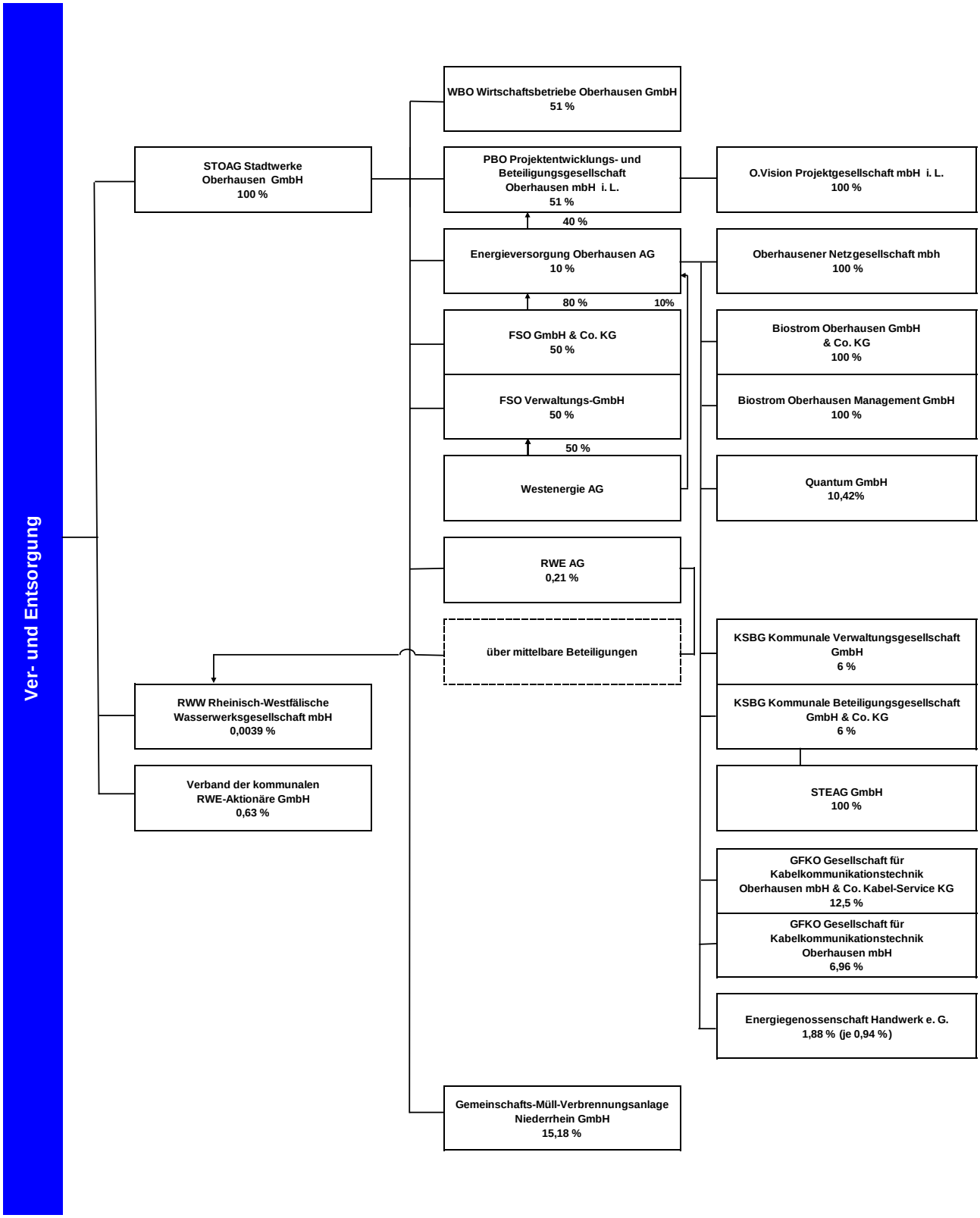
Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Graul, Birger Ingolf Joachim
	Geschäftsführer	Raphael, Detlef
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Schranz, Daniel
Verwaltungsrat:	Vorsitzender	Geisel, Thomas
	1. stellv. Vorsitzender	Schartz, Günther
	2. stellv. Vorsitzender	Bertram, Rudi
		sowie weitere 10 Mitglieder
Prokura:		Jung, Michael

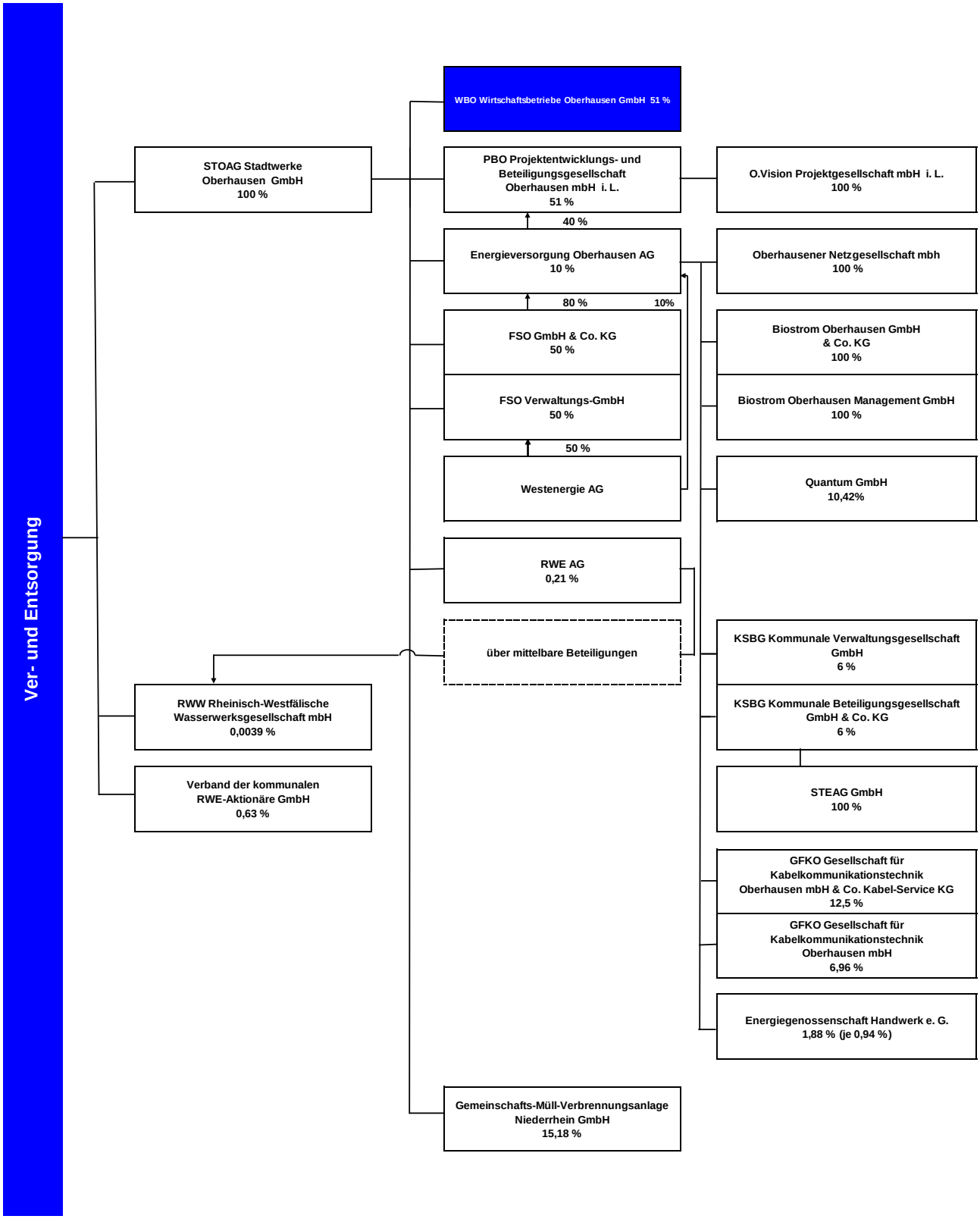
Bloch-Fancello, Gabriele

c) Lagebericht

Auf die Darstellung der wirtschftlichen Daten sowie des Lageberichts wird auf Grund der untergeordneten wirtschaftlichen Bedeutung dieser Beteiligung für die Stadt Oberhausen verzichtet.

Ver- und Entsorgung - mittelbare Beteiligungen -




Ver- und Entsorgung
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH 51 %
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH 100 %
PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH i. L. 51 %
O.Vision Projektgesellschaft mbH i. L. 100 %
40 %
Energieversorgung Oberhausen AG 10 %
Oberhausener Netzgesellschaft mbh 100 %
80 %
10%
FSO GmbH & Co. KG 50 %
Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG 100 %
FSO Verwaltungs-GmbH 50 %
Biostrom Oberhausen Management GmbH 100 %
50 %
Westenergie AG
Quantum GmbH 10,42%
RWE AG 0,21 %
über mittelbare Beteiligungen
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft GmbH 6 %
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co. KG 6 %
RWW Rheinisch-Westfälische Wasserwerksgesellschaft mbH 0,0039 %
STEAG GmbH 100 %
Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH 0,63 %
GFKO Gesellschaft für Kabelkommunikationstechnik Oberhausen mbH & Co. Kabel-Service KG 12,5 %
GFKO Gesellschaft für Kabelkommunikationstechnik Oberhausen mbH 6,96 %
Energiegenossenschaft Handwerk e. G. 1,88 % (je 0,94 %)
Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH 15,18 %

WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Buschhausener Straße 149
46049 Oberhausen

Kontakt:

Telefon	0208 / 8587-30
Fax	0208 / 8578-404
e-Mail	info@wbo-online.de
Internet	http://www.wbo-online.de/

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 1.250,00

Gesellschafter:

	T€	%
REMONDIS Kommunale Dienste West GmbH	612,50	49,00
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH	637,50	51,00

Gegenstand des Unternehmens:

1. Gegenstand des Unternehmens sind insbesondere Dienstleistungen für die Stadt Oberhausen

1.1 in den gebührenrelevanten Bereichen
- Entwässerung
- Müllabfuhr
- Straßenreinigung

1.2 in den nichtgebührenrelevanten Bereichen
- Fließgewässer
- Straßenunterhaltung
- Kfz-Werkstattbetrieb
- Aufgaben im Rahmen des DSD
- Abfallwirtschaft
- Unterhaltung von Verkehrsflächen und Signalanlagen

2. Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Rechtsgeschäften berechtigt, durch die der vorgenannte Gesellschaftszweck auch mittelbar gefördert werden kann.

3. Die Gesellschaft ist berechtigt, zur Förderung ihres Unternehmenszwecks Beteiligungen gleicher oder ähnlicher Art zu erwerben oder Tochtergesellschaften zu gründen.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

Stadt Oberhausen	Dienstleistungsvertrag vom 15.01.2008
Stadt Oberhausen	Leistungsvertrag zwischen der Stadt Oberhausen und der WBO GmbH vom 12.01.1996
Stadt Oberhausen	Personalgestellungsvertrag zwischen der Stadt Oberhausen und der WBO GmbH vom 07.12.1995
Stadt Oberhausen	Überleitungstarifvertrag zwischen der Stadt Oberhausen, der WBO GmbH und der ÖTV (nunmehr ver.di) vom 07.12.1995
Stadt Oberhausen	Überleitungsvertrag zwischen der Stadt Oberhausen und der WBO GmbH vom 07.12.1995
Stadt Oberhausen	Vereinbarung Geobasisdaten vom 03.03.2006
Stadt Oberhausen	Vereinbarung zu Abnahme, Transport und Entsorgung von Laub vom 01.07.2007 - 31.12.2010

Stadt Oberhausen	Vereinbarung zu Abnahme, Transport und Entsorgung von Straßenlaub vom 01.07.2007 - 31.12.2010
Stadt Oberhausen	Vertrag über die Abrechnung von Ingenieurleistungen Kanalbau vom 22.01.1998
Stadt Oberhausen	Vertrag über die Abrechnung von Ingenieurleistungen Straßenbau vom 26.01.2001
Stadt Oberhausen	Vertrag über die Regelung der Grundsätze der Alttextilerfassung in Oberhausen vom 08.03.2000; Nachtrag vom 19.11.2004
Stadt Oberhausen	Vertrag über die Reinigung der Bundesautobahn-Anschlussstellen im Stadtgebiet Oberhausen vom 20.08.2008

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2024)

Geschäftsführung:	Geschäftsführerin	Hadrossek, Julia
	Geschäftsführer	Kußel, Andreas
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:	Mitglied	Schranz, Daniel
Aufsichtsrat:	Vorsitzende	Willing-Spielmann, Ulrike
	stellv. Vorsitzender	Hanning, Guido
	stellv. Vorsitzende (AN)	Herrmann, Regina
	Mitglied gem. § 113 GO	Jehn, Michael
	Mitglied	Bongers, Sonja
	Mitglied	Erlenbach, Klaus
	Mitglied	Rubin, Dirk
	Mitglied	Ingendoh, Holger
	Mitglied	Juchem, Timo
	Mitglied	Woidtke, Karsten Bernard
	Mitglied	Dr. Schröer, Jörg
	Mitglied	Bletgen, David
	Mitglied	Dresen, Marga
	Mitglied	Feldt, Thorsten
	Mitglied	Prof. Dr. Hartwig, Peter
	Mitglied (AN)	Bohnes, Ralf
	Mitglied (AN)	Horatz, Stefan
	Mitglied (AN)	Froese, Anke
	Mitglied (AN)	Brands, Pierre
	Mitglied (AN)	Brinkert, Matthias

c) Beteiligungen

Unmittelbar	**T€**	**%**
Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH – ENO	12,50	4,21

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2022		2023		2024	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Anlagevermögen	11.993,58	26,8	12.629,88	27,1	12.821,33	26,8
Umlaufvermögen	32.628,54	72,9	33.840,86	72,7	34.995,69	73,0
Rechnungsabgrenzungsposten	120,23	0,3	101,45	0,2	100,42	0,2
Bilanzsumme	**44.742,35**	**100,00**	**46.572,19**	**100,00**	**47.917,44**	**100,00**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	6.100,80	13,6	5.627,53	12,1	4.925,20	10,3
Rückstellungen	5.304,43	11,9	5.706,63	12,3	5.562,68	11,6
Verbindlichkeiten	33.337,13	74,5	35.238,03	75,7	37.429,56	78,1
Bilanzsumme	**44.742,35**	**100,00**	**46.572,19**	**100,00**	**47.917,44**	**100,00**

bb) GuV

	2022	2023	2024
	T€	**T€**	**T€**
Umsatzerlöse	53.223,29	52.452,75	52.719,86
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	3.519,42	2.397,74	3.748,59
andere aktivierte Eigenleistungen	11,81	39,37	0,03
sonstige betriebliche Erträge	429,14	497,65	614,11
Materialaufwand	22.025,20	19.569,18	20.624,47
Personalaufwand	23.236,56	24.796,01	26.513,53
Abschreibungen	2.220,09	2.262,66	2.410,00
sonstige betriebliche Aufwendungen	2.479,77	2.441,19	2.422,59
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	38,37	123,77	160,66
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	3,41	5,81	18,00
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	7.256,98	6.436,43	5.254,65
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	2.659,82	2.306,52	1.833,15
sonstige Steuern	82,17	83,18	83,83
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	4.514,99	4.046,73	3.337,68
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	4.535,98	4.520,97	4.047,70
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen	4.530,00	4.520,00	4.040,00
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	4.520,97	4.047,70	3.345,38

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2022	31.12.2023	31.12.2024	Angaben in
Umsatzrentabilität:	8,48	7,71	6,33	%
Eigenkapitalrentabilität:	285,79	256,15	211,27	%
Cash-Flow:	6.735,08	6.309,39	5.747,68	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	149,70	140,58	146,74	T€
Personalaufwandsquote:	40,63	44,77	46,45	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2022	31.12.2023	31.12.2024	Angaben in
Sachanlagenintensität:	26,59	26,73	26,02	%
Eigenkapitalquote:	13,64	12,08	10,28	%
Fremdkapitalquote:	86,36	87,92	89,72	%
Anlagendeckungsgrad 2:	51,19	44,86	38,70	
Verschuldungsgrad:	633,39	727,58	872,90	

e) Lagebericht

1. Unternehmen, gesellschaftsrechtliche Situation und Rahmenbedingungen

Unternehmen

Die WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH (WBO) erbringt insbesondere für die Stadt Oberhausen Dienstleistungen im Bereich der Müllentsorgung, Straßenreinigung, Entwässerung, der Fließgewässerunterhaltung, der Straßenunterhaltung, der Unterhaltung von Verkehrseinrichtungen und Signalanlagen. Darüber hinaus betreibt die WBO auf ihrem zentralen Betriebshof eine eigene Kfz-Werkstatt sowie eine Betriebsschlosserei.

Gesellschaftsrechtliche Situation

Das gezeichnete Kapital der WBO beträgt T€ 1.250. Davon hält die Gesellschafterin STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH einen Anteil von 51 % (T€ 637,5) und die Gesellschafterin REMONDIS Kommunale Dienst West GmbH, Bochum, einen Anteil von 49 % (T€ 612,5).

Rahmenbedingungen

Der überwiegende Teil der Leistungen wird für die Stadt Oberhausen erbracht. Die WBO agiert somit lokal begrenzt in einem Markt, der durch zahlreiche Vorschriften, Verordnungen und Gesetze reguliert und bestimmt ist. Darüber hinaus können sich Einflüsse auf die Stadt Oberhausen als größtem Auftraggeber indirekt auf die WBO auswirken. Die WBO verfolgt dabei das Ziel, sich abzeichnenden Veränderungen mit innovativen Entwicklungen und Konzepten zu begegnen und somit als kompetenter Dienstleister den beschriebenen Markt und die Stadt Oberhausen optimal zu bedienen.

2. Leistungsindikatoren und Geschäftsverlauf

Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Zur Unternehmenssteuerung wird ein monatliches Berichtswesen erstellt, das Auskunft über alle Kostenstellen und Organisationseinheiten gibt. Das Ergebnis ist eine differenzierte Erfolgsrechnung. Wichtigste Leistungskennzahl ist dabei der Jahresüberschuss in Verbindung mit den erbrachten Leistungsmengen, insbesondere im Leistungsvertrag mit der Stadt Oberhausen sowie im Kanal- und Straßenbau.

Wesentliche nichtfinanzielle Leistungsindikatoren unterscheiden sich nach Leistungsbereichen und stellen z.B. die angenommenen Abfallmengen, die Anzahl von Werkstattaufträgen, die Anzahl beseitigter wilder Müllkippen oder gereinigter Straßeneinläufe dar. Ein wichtiger Leistungsindikator ist die standardisierte Qualitätskontrolle der Reinigungsleistung.

3. Geschäftsverlauf und Ergebnis

Das Geschäftsjahr 2024 schließt mit einer Gesamtleistung von T€ 57.083 ab, was einem Anstieg gegenüber dem Vorjahr in Höhe von 3,1 % entspricht. Nachstehende Tabelle bietet einen Überblick über die Entwicklung der zur Gesamtleistung beitragenden Positionen sowie einen Vergleich zum Vorjahr:

	2024	2023	Veränderung	
	T€	T€	T€	%
Umsatzerlöse	52.720	52.453	267	0,5
Bestandsveränderungen	3.749	2.398	1.351	56,3
Aktivierte Eigenleistungen	0	39	-39	-100,0
Sonstige betriebliche Erträge	614	498	116	23,3
Gesamtleistung	**57.083**	**55.388**	**1.695**	**3,1**

Der Bestand der nicht abgeschlossenen Kanalbaumaßnahmen erhöht sich um T€ 2.857 (Vorjahr: Erhöhung um T€ 2.261). Gemeinsam mit den Bestandserhöhungen für sonstige Maßnahmen des Betriebes Kanäle und Straßen in Höhe von T€ 892 ergibt sich in Summe eine positive Bestandsveränderung in Höhe von T€ 3.749.

In den sonstigen betrieblichen Erträgen sind Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen in Höhe von T€ 427, Erträge aus Anlagenabgängen in Höhe von T€ 74 und Versicherungserstattungen in Höhe von T€ 38 enthalten. Des Weiteren wurden Bonus- und Strompreiserstattungen erzielt sowie Erträge aus dem Verkauf defekter Müllbehälter und für Schulungen externer Firmen verbucht.

In der folgenden Tabelle sind die Umsatzerlöse der WBO dargestellt:

	2024	2023	Veränderung	
	T€	T€	T€	%
Leistungsvertrag Stadt OB	32.604	32.517	87	0,3
andere Umsätze Stadt OB / städt. Beteiligungen	4.251	3.776	475	12,6
Sonderbauprogramme Stadt OB	7.516	8.532	-1.016	-11,9
sonstige Umsätze	8.349	7.628	721	9,5
Summe Umsatzerlöse	**52.720**	**52.453**	**267**	**0,5**

Für den Leistungsvertrag ist die Steigerung der Umsatzerlöse von 0,3 % ausschließlich auf Mengenänderungen zurückzuführen.

Die anderen Umsätze mit der Stadt Oberhausen und den städtischen Beteiligungsgesellschaften erhöhen sich um 12,6 %. Der Zuwachs wird insbesondere durch zusätzliche Entgelte für die Beschilderung und Markierung von E-Ladesäulen im Oberhausener Stadtgebiet, durch weiterberechnete externe Planungsleistungen, den Bau einer Zaunanlage und Rückschnittarbeiten am Ruhrdeich und im Bereich der Straßenreinigung durch höhere Erlöse für den Winterdienst und die Kehrichtentsorgung generiert.

Die Umsatzerlöse aus Sonderbauprogrammen mit der Stadt Oberhausen haben sich im Verhältnis zum Vorjahr um 11,9 % verringert. Unter Berücksichtigung der zugehörigen Bestandsveränderungen für die Kanalbaumaßnahmen ergibt sich insgesamt jedoch nur eine Reduzierung der Leistungen für die Sonderbauprogramme in Höhe von 3,9 % zum Vorjahr.

	2024	2023	Veränderung	
	T€	T€	T€	%
Umsatzerlöse Sonderbauprogramme	7.516	8.532	-1.016	-11,9
Bestandsveränderungen Sonderbauprogramme	2.857	2.261	596	26,4
Leistungen Sonderbauprogramme	**10.373**	**10.793**	**-420**	**-3,9**
davon enthaltenen Ingenieurleistungen	1.157	1.044	113	10,8

Die sonstigen Umsätze liegen mit 9,5 % deutlich über Vorjahresniveau. Ursächlich hierfür sind höhere Umsätze in der Kanalunterhaltung, insbesondere bei den Hausanschlüssen, im Tiefbau und der Pumpwerksunterhaltung, in der Kfz-Werkstatt sowie bei den Abfällen zur Verwertung und auf den Wertstoffhöfen.

Der Materialaufwand beläuft sich auf T€ 20.624 und liegt damit um T€ 1.055 über dem Niveau des Vorjahres (T€ 19.569). Dies korrespondiert mit den gestiegenen anderen Umsätzen mit der Stadt Oberhausen, den städtischen Beteiligungsgesellschaften und den sonstigen Umsätzen sowie den Umsätzen aus Sonderbauprogrammen unter Berücksichtigung der Bestandsveränderungen.

Der Personalaufwand liegt mit T€ 26.514 um T€ 1.718 über dem Vorjahr (T€ 24.796). Ausschlaggebend für diesen Anstieg war die Tarifsteigerung im öffentlichen Dienst ab dem 01.03.2024.

Die Abschreibungen fallen mit T€ 2.410 um T€ 147 im Vergleich zum Vorjahr (T€ 2.263) höher aus. Wesentliche Positionen, die hierzu beigetragen haben, sind z.B. die Modernisierung des Verwaltungsgebäudes auf dem zentralen Betriebshof und der Fahrzeugflotte.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen liegen mit T€ 2.423 nahezu auf Vorjahresniveau (T€ 2.441).

Die Zinserträge sind aufgrund des höheren Zinsniveaus auf T€ 161 gestiegen (Vorjahr T€ 124).

Der Jahresüberschuss liegt mit T€ 3.338 um T€ 709 (17,5 %) unter dem Vorjahresergebnis (T€ 4.047), gestaltet sich jedoch deutlich positiver als im Wirtschaftsplan 2024 (T€ 2.116) verabschiedet. Der Ergebnisrückgang gegenüber dem Vorjahr resultiert vor allem aus deutlich gestiegenen Personalkosten durch die Tariferhöhung, die aufgrund der vertraglichen Bedingungen nicht in gleicher Höhe weiterberechnet werden konnte und somit zu nahezu gleichbleibenden Leistungsentgelten geführt hat.

Die Kennzahlen des Unternehmens stellen sich wie folgt dar:

	2024	**2023**
Umsatzrentabilität*	6,3%	7,7%
Gesamtkapitalrentabilität**	7,0%	8,7%
Eigenkapitalrentabilität***	211,3%	256,2%

* Gewinn x 100 / Umsatz
** (Gewinn + Fremdkapitalzinsen) x 100 / Bilanzsumme [Gesamtkapital]
*** Gewinn x 100 / gezeichnetes Kapital + Rücklage

Aufgrund des geringeren Jahresüberschusses im Vergleich zum Umsatz verringert sich die Umsatzrentabilität gegenüber dem Vorjahr.

Der Rückgang der Gesamtkapitalrentabilität erklärt sich aus der Erhöhung der Bilanzsumme insbesondere infolge gestiegener Bestände für nicht abgeschlossene Kanalbaumaßnahmen und der Verringerung des Jahresüberschusses.

Die Veränderung der Eigenkapitalrentabilität resultiert aus der Verringerung des Jahresüberschusses.

4. Vermögens- und Finanzlage

Vermögenslage / Investitionen

Wesentlich für die Vermögenslage ist die Entwicklung des Anlagevermögens und der Unfertigen Leistungen, insbesondere im Bereich des Kanalbaus, denen jedoch erhaltene Anzahlungen durch die Stadt Oberhausen zur Finanzierung der Baukosten gegenüberstehen.

Die Investitionen stellen sich in 2024 wie folgt dar:

	2024	2023	Veränderung	
	T€	T€	T€	%
Imm. Vermögensgegenstände	115	72	43	59,7
Grundstücke und Bauten	60	542	-482	-88,9
Andere Anlagen, BGA	2.019	1.845	174	9,4
Anlagen im Bau	416	442	-26	-5,9
Summe	**2.610**	**2.901**	**-291**	**-10,0**

Die Investitionstätigkeit (T€ 2.610) ist um 10 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum zurückgegangen. Dies ist im Wesentlichen Folge außergewöhnlicher Investitionen im Vorjahr wie des Grundstückskaufs „Zum Eisenhammer 11“ sowie der Modernisierung des Verwaltungsgebäudes auf dem zentralen Betriebshof.

Finanzlage

Der Mittelzufluss aus laufender Geschäftstätigkeit verringert sich um T€ 3.150 auf T€ 3.094. Dies ist im Wesentlichen auf den geringeren Jahresüberschuss bei gleichzeitigem Anstieg der Vorräte zurückzuführen.

Der Mittelabfluss aus laufender Investitionstätigkeit ist mit T€ 2.535 etwas geringer als im Vorjahr (T€ 2.844, vgl. Kapitalflussrechnung, Anlage VI Blatt 6). Die Investitionen konnten damit überwiegend durch Abschreibungen gedeckt werden.

Der Cashflow aus laufender Finanzierungstätigkeit beinhaltet lediglich die Ausschüttung an die Gesellschafter in Höhe von T€ -4.040.

In Summe beläuft sich der Finanzmittelfond am Ende der Periode auf T€ 2.931 (Vorjahr T€ 6.413).

Die Vermögens- und Finanzlage spiegeln folgende Kennzahlen wider:

	2024	2023
Eigenkapital (T€)	4.925	5.628
Eigenkapitalquote*	10,3%	12,1%
Verschuldungsgrad**	89,7%	87,9%
Anlagendeckungsgrad***	38,4%	44,6%

* Eigenkapital x 100 / Bilanzsumme [Gesamtkapital]
** Fremdkapital x 100 / Bilanzsumme [Gesamtkapital]
*** Eigenkapital x 100 / Anlagevermögen

Das zum Bilanzstichtag ausgewiesene Eigenkapital reduziert sich gegenüber dem Vorjahr entsprechend der Verminderung des Bilanzgewinns.

Die gesunkene Eigenkapitalquote erklärt sich aus der Verringerung des Eigenkapitals und der gestiegenen Bilanzsumme. Der Verschuldungsgrad als korrespondierende Größe erhöht sich entsprechend.

Der verringerte Anlagendeckungsgrad resultiert sowohl aus der Verringerung des Eigenkapitals als auch der Erhöhung des zu Restbuchwerten ausgewiesenen Anlagevermögens im Vergleich zum Vorjahr.

Die Innenfinanzierungskraft (Jahresüberschuss + Abschreibungen + Veränderung der langfristigen Rückstellungen) entwickelt sich negativ (-T€ 848). Die Entwicklung dieser Kennzahl gegenüber dem Vorjahr erklärt sich insbesondere durch den geringeren Jahresüberschuss im Berichtsjahr.

Änderungen rechtlicher Rahmenbedingungen, die einen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der WBO haben, sind zum jetzigen Zeitpunkt nicht erkennbar.

5. Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Risikomanagementsystem

Zur Einschätzung und Beobachtung von Risiken werden quartalsweise Risikomanagementsitzungen durchgeführt, in denen Risiken benannt, bewertet und soweit möglich, entsprechende Maßnahmen zur Gegensteuerung verabschiedet werden.

Absatzmarktrisiken

Die WBO agiert relativ unabhängig von allgemeinen Marktentwicklungen. Grund dafür sind langfristig abgeschlossene Verträge mit der Stadt Oberhausen und deren Beteiligungsgesellschaften sowie mehrjährige Verträge mit REMONDIS.

Die Stadt Oberhausen hat der WBO im Jahr 2022 einen Kündigungsverzicht für den bestehenden Leistungsvertrag bis zum 31.12.2032 ausgesprochen.

Die aktuelle Haushaltslage der Stadt Oberhausen könnte für den Zeitraum der Haushaltskonsolidierung Leistungskürzungen bei der WBO zur Folge haben, was kurzfristig negative Effekte auf die Ergebnissituation auslösen würde.

Beschaffungsmarktrisiken

Wesentliche Betriebsmittel für die Leistungserbringung sind Baustoffe, Müllgefäße und Treibstoffe. Hier besteht eine gewisse Abhängigkeit von der gesamtwirtschaftlichen Lage. Dieser wird mit langfristigen Partnerschaften und frühzeitiger Beschaffung planbarer Bedarfe begegnet.

Betriebsrisiken

Grundsätzlich ist die WBO durch adäquate Versicherungen gegen Risiken aus der unternehmerischen Tätigkeit abgesichert.

Durch die Ausweitung der Digitalisierung steigt zwangsläufig die Gefahr von Cyberattacken. Mit Unterstützung der IT-Abteilung der Stadt Oberhausen und externen Fachleuten wird fortwährend an den IT-Sicherheitssystemen der WBO gearbeitet. Es wurden unter anderem Backuplösungen geschaffen, die im Falle eines Angriffs die Handlungsfähigkeit sicherstellen. Intern wurde zur Unterstützung ein Information-Security Officer ausgebildet.

Finanzrisiken

Basierend auf einer laufenden Liquiditätsplanung erfolgt tageweise die Liquiditätssteuerung für ein optimales Finanzergebnis. Die vorhandenen Kreditlinien mussten im vergangenen Jahr nicht in Anspruch genommen werden. Die Investitionen wurden innenfinanziert. Anlagen von Liquiditätsüberschüssen werden auf Tagesgeld- oder Festgeldkonten der Stadtsparkasse Oberhausen oder der LBBW vorgenommen.

Gesamtrisiko

Die Risikoinventuren haben keine wesentlichen oder bestandsgefährdenden Risiken mit Auswirkung auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage aufgezeigt. Für die Zukunft sind derartige Risiken ebenfalls nicht zu erkennen.

Chancenbericht

Chancen der WBO liegen in der weiteren Digitalisierung und einer damit verbundenen Effizienz- und Qualitätssteigerung.

Darüber hinaus können Gesetze wie z.B. das Einwegkunststofffondgesetz oder die Getrenntsammelpflicht für Alttextilien zu neuen Betätigungsfeldern auch auf einem lokal begrenzten Markt führen, die eine Ausweitung der Leistungserbringung ermöglichen.

Chancen bieten sich bei der Ausweitung von Serviceleistungen für die Stadt Oberhausen bei neuen Projekten der Stadtentwicklung und operativen Aufgabenfeldern der Stadtverwaltung.

Die anhaltende Nachfrage nach neu zu installierenden Unterflurbehältern stellt ebenfalls eine Chance zur Ausweitung der Leistungen dar.

Die weitere Umrüstung des Fuhrparks auf alternative Antriebstechniken hilft bei der Einsparung von Emissionen. Dies wird unterstützt durch die nun installierte Photovoltaikanlage.

6. Prognosebericht

Der Wirtschafts- und Finanzplan für das Jahr 2025 wurde mit einer Gesamtleistung in Höhe von T€ 56.861 beschlossen. Der geplante Jahresüberschuss beläuft sich auf T€ 2.393. Die Abschmelzung des Jahresüberschusses gegenüber den erzielten Ergebnissen der Vorjahre ist auf die tarifliche Steigerung von Personalkosten zurückzuführen, die aufgrund vertraglicher Regelungen weitestgehend nicht durch höhere Leistungsentgelte kompensiert werden können.

Die Ausschreibungen des Dualen Systems Deutschland zur Sammlung von Altglas im Stadtgebiet von Oberhausen für die Jahre 2025 – 2027 hat die WBO gewonnen. Gleiches gilt für die Ausschreibungen der Stadt Oberhausen zur Sammlung und Verwertung von Straßenlaub und Straßenkehricht. Die WBO wird sich im Jahr 2025 an der Ausschreibung zur Sammlung der Leichtverpackungen für die Jahre 2026 bis 2028 beteiligen.

Die WBO plant weiterhin, den bestehenden Wertstoffhof an der Buschhausener Straße sowohl betrieblich als auch verkehrlich neu zu gestalten. Die Etablierung der Annahmestelle an der Gabelstraße hat zu veränderten Rahmenbedingungen geführt, die nun neu bewertet werden können und zu einem angepassten Umbau führen werden.

Durch die Änderung des Kreislaufwirtschaftsgesetzes sind die Kommunen ab 01.01.2025 dazu verpflichtet, Alttextilien separat zu sammeln. Dies hat zur Folge, dass die WBO keine Sammlung mehr in Kooperation mit den karitativen Einrichtungen durchführen wird, sondern es neue Erfassungswege geben wird, an denen sich die WBO beteiligen kann.

Der Einsatz von Unterflur- und Halbunterflurbehältern entwickelt sich nach wie vor positiv. Im Austausch mit Projektentwicklungsgesellschaften und der Stadt Oberhausen werden neue Potenziale erschlossen.

Der Ausbau digitaler Prozesse in allen Bereichen führt zu Synergien und höherer Dienstleistungsqualität, die sich positiv auf bestehende und neue Geschäftsbeziehungen und eine wirtschaftliche Leistungserbringung auswirken. Mit der Einführung des neuen S4 HANA Systems von SAP ergeben sich weitere Möglichkeiten der Geschäftsprozessoptimierung.

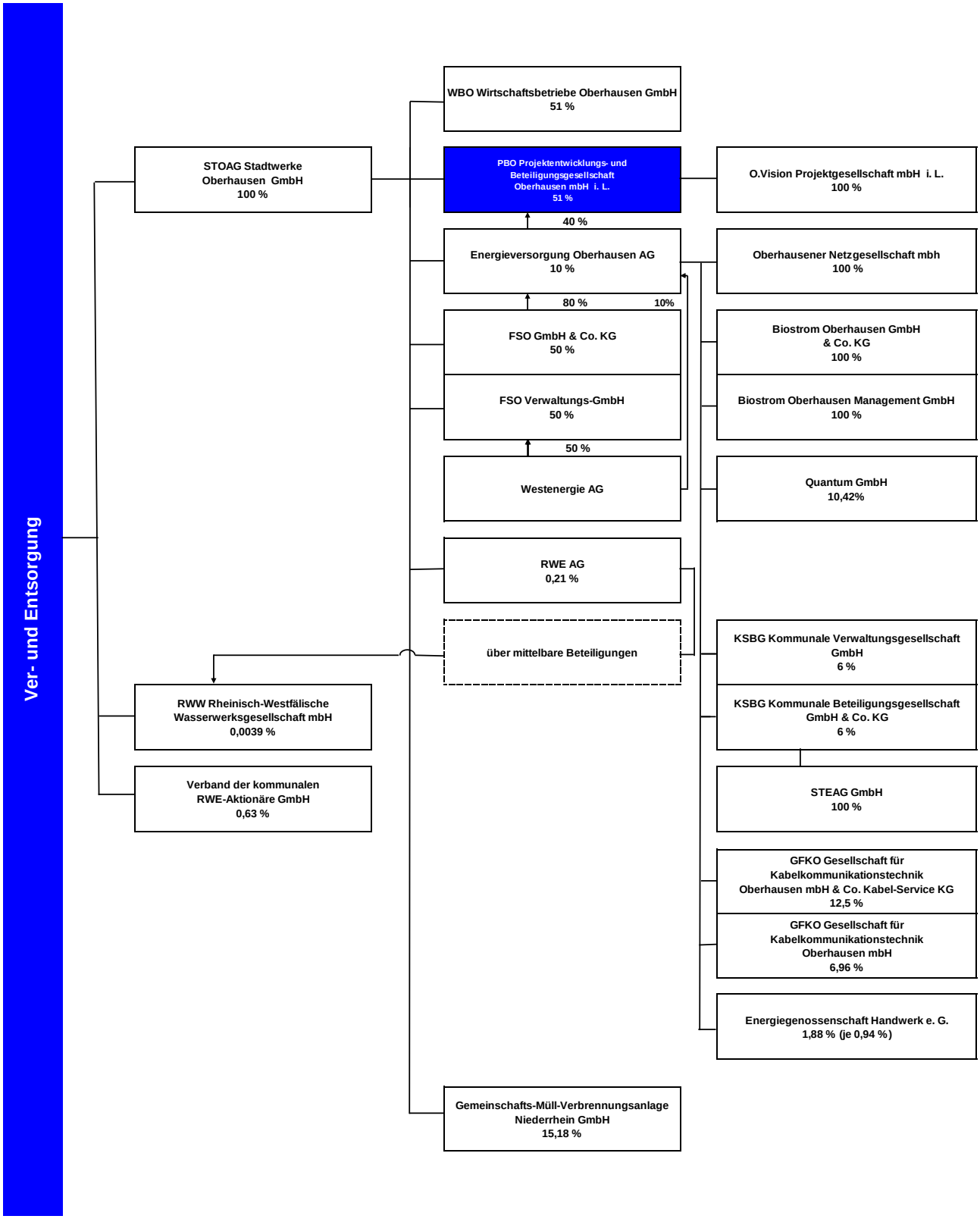
Der demografische Wandel und der damit einhergehende Fachkräftemangel stellt die WBO weiterhin vor Herausforderungen. Es wird weiterhin daran gearbeitet, die Attraktivität der WBO als Arbeitgeber durch sinnvolle und wirtschaftlich vertretbare Maßnahmen zu erhöhen. In Kooperation mit der Agentur für Arbeit wurde ein Projekt zur Gewinnung ausländischer Fachkräfte initiiert. Darüber hinaus ist geplant, der Belegschaft geförderte Weiterqualifizierungsmaßnahmen anzubieten und im Bereich der Ausbildung elektronische Lernsoftware zur Unterstützung einzuführen, so dass ein Teil des Bedarfs an Fach- und Führungskräften aus eigenen Reihen gedeckt werden kann.

Unser Dank für ein erfolgreiches Jahr 2024 gilt auch in diesem Jahr allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der WBO. Nur mit einer motivierten und leistungsstarken Belegschaft sind die gezeigten Erfolge zu erzielen. Auch für die Zukunft setzen wir großes Vertrauen in unsere Belegschaft.

Oberhause, 19. Februar 2025

Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH (WBO)

Julia Hadrossek / Andreas Kußel
Geschäftsführung


Ver- und Entsorgung
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH
51 %
STOAG Stadtwerke
Oberhausen GmbH
100 %
PBO Projektentwicklungs- und
Beteiligungsgesellschaft
Oberhausen mbH i. L.
51 %
O.Vision Projektgesellschaft mbH i. L.
100 %
40 %
Energieversorgung Oberhausen AG
10 %
Oberhausener Netzgesellschaft mbh
100 %
80 %
10%
FSO GmbH & Co. KG
50 %
Biostrom Oberhausen GmbH
& Co. KG
100 %
FSO Verwaltungs-GmbH
50 %
Biostrom Oberhausen Management GmbH
100 %
50 %
Westenergie AG
Quantum GmbH
10,42%
RWE AG
0,21 %
über mittelbare Beteiligungen
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft
GmbH
6 %
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft
GmbH & Co. KG
6 %
RWW Rheinisch-Westfälische
Wasserwerksgesellschaft mbH
0,0039 %
STEAG GmbH
100 %
Verband der kommunalen
RWE-Aktionäre GmbH
0,63 %
GFKO Gesellschaft für
Kabelkommunikationstechnik
Oberhausen mbH & Co. Kabel-Service KG
12,5 %
GFKO Gesellschaft für
Kabelkommunikationstechnik
Oberhausen mbH
6,96 %
Energiegenossenschaft Handwerk e. G.
1,88 % (je 0,94 %)
Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage
Niederrhein GmbH
15,18 %

PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH i. L.

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Bahnhofstr. 66
46145 Oberhausen

Kontakt:

Telefon	0208/ 835 5301
Fax	0208/85 03 610
e-Mail	herzog.pbo@gmx.de

Rechtsform: GmbH

Stammkapital in T€: 25,00

Gesellschafter:

	T€	%
PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH i.L.	25,00	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die wirtschaftliche Entwicklung ausgewählter Gewerbestandorte, insbesondere von Grundstücksteilflächen des ehemaligen Stahlwerks Oberhausen mit dem Ziel, zur Stärkung und Förderung zukunftsorientierter Wirtschaftsstrukturen geeignete Gewerbeflächen und -objekte marktreif anbieten zu können.

Die Gesellschaft wird zu diesem Zweck insbesondere Grundstücke und Gebäude erwerben oder sich das Verfügungsrecht darüber sichern, deren künftige Nutzung selbst oder mit Unterstützung Dritter konzipieren, die wirtschaftlichen, rechtlichen und tatsächlichen Voraussetzungen zur Vermarktung und Nutzung schaffen sowie Grundstücke geeigneten Investoren, Eigennutzern, Projektentwicklern oder sonstigen Dritten veräußern oder überlassen. Soweit dies dem Prinzip der Wirtschaftlichkeit nicht zuwiderläuft, beachtet die Gesellschaft insbesondere bei der Auswahl der Erwerber die wirtschaftsfördernden Ziele.

Die Gesellschaft ist nicht auf Gewinnerzielung ausgerichtet.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH i.L.	Geschäftsbesorgungsvertrag mit der O.VISION Projektgesellschaft mbH
Stadt Oberhausen	Erklärung einer Mittelverwendungsbürgschaft der Stadt über 18.491 TDM vom 17.11.1999 zur Sicherung des Investitionszuschusses des Landes an die O.Vision Projektgesellschaft mbH

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2024)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Herzog, Stefan
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Overkamp, Werner

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2022		2023		2024	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Umlaufvermögen	3.292,24	13,6	3.371,35	13,7	3.451,24	13,8
Rechnungsabgrenzungsposten	0,71	0,0				
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	20.841,17	86,4	21.185,29	86,3	21.529,15	86,2
Bilanzsumme	**24.134,13**	**100,00**	**24.556,64**	**100,00**	**24.980,39**	**100,00**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Rückstellungen	8,00	0,0	6,00	0,0	6,00	0,0
Verbindlichkeiten	24.126,13	100,0	24.550,64	100,0	24.974,39	100,0
Bilanzsumme	**24.134,13**	**100,00**	**24.556,64**	**100,00**	**24.980,39**	**100,00**

bb) GuV

	2022	2023	2024
	T€	**T€**	**T€**
Umsatzerlöse	8,65	8,65	8,65
sonstige betriebliche Erträge	0,06	2,06	0,09
sonstige betriebliche Aufwendungen	54,21	50,80	49,51
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	82,47	82,47	82,47
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	385,56	385,56	385,56
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-348,59	-343,17	-343,86
sonstige Steuern	0,94	0,94	0,00
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	-349,53	-344,11	-343,86
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	-349,53	-344,11	-343,86

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2022	31.12.2023	31.12.2024	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-4.038,68	-3.976,09	-3.973,18	%
Eigenkapitalrentabilität:	-100,00	-100,00	-100,00	%
Cash-Flow:	-349,53	-344,11	-343,86	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:				T€
Personalaufwandsquote:				%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2022	31.12.2023	31.12.2024	Angaben in
Sachanlagenintensität:				%
Eigenkapitalquote:	0,00	0,00	0,00	%
Fremdkapitalquote:	100,00	100,00	100,00	%

e) Lagebericht

Jahresabschluss 2024

Die PBO konnte im Geschäftsjahr 2024 keine Umsatzerlöse erzielen, da die restlichen Erlöse aus den Grundstücksverkäufen an die Stadt Oberhausen erst 2025 verbucht werden können.

Die PBO weist zum Abschluss des Geschäftsjahres 2024 einen Jahresfehlbetrag von 32 TEUR aus. Das negative Eigenkapital hat sich hierdurch auf 3.384 TEUR erhöht.

Einer Überschuldung wurde durch entsprechende Rangrücktritte vorgebeugt.

Die Aufwandsseite ist im Wesentlichen von einer Erhöhung der Einzelwertberichtigung auf Forderungen gegen OVP (339 TEUR) und Zinsaufwendungen (90 TEUR) geprägt. Die Erlösseite wird durch Umsatzerlöse (40 TEUR Kostenweiterberechnungen) sowie durch Zinserträge (401 TEUR), aus interner Verrechnung mit der OVP, bestimmt.

Ausblick

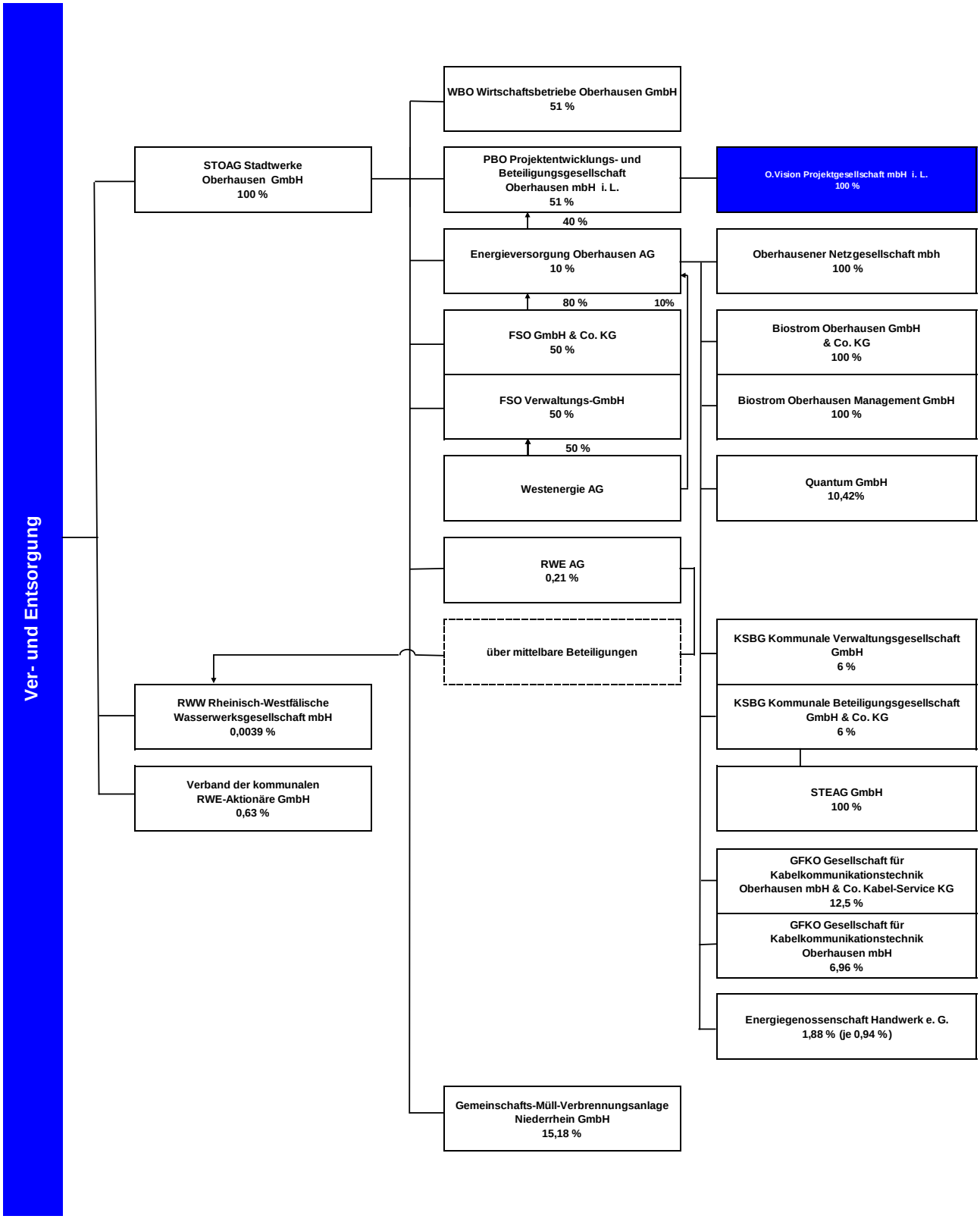
Die PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH i.L. wurde mit Wirkung zum 31.12.2020 aufgelöst.

Die Auflösung soll 2025 beendet werden. Die im Eigentum der PBO befindlichen restlichen Grundstücksflächen wurden 2023 komplett an die Stadt Oberhausen veräußert. Die Liquidationen der Gesellschaften PBO und OVP sind noch nicht abgeschlossen, da im Jahr 2024 die Löschung von unterschiedlichen Rechten in Abt. II und Abt. III des Grundbuches noch nicht komplett realisiert werden konnte.

Oberhausen, 14. Februar 2025

Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH i. L. (PBO)

Stefan Herzog
Geschäftsführer


Ver- und Entsorgung
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH 100 %
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH 51 %
PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH i. L. 51 %
O.Vision Projektgesellschaft mbH i. L. 100 %
40 %
Energieversorgung Oberhausen AG 10 %
Oberhausener Netzgesellschaft mbh 100 %
80 %
10%
FSO GmbH & Co. KG 50 %
Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG 100 %
FSO Verwaltungs-GmbH 50 %
Biostrom Oberhausen Management GmbH 100 %
50 %
Westenergie AG
Quantum GmbH 10,42%
RWE AG 0,21 %
über mittelbare Beteiligungen
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft GmbH 6 %
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co. KG 6 %
RWW Rheinisch-Westfälische Wasserwerksgesellschaft mbH 0,0039 %
STEAG GmbH 100 %
Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH 0,63 %
GFKO Gesellschaft für Kabelkommunikationstechnik Oberhausen mbH & Co. Kabel-Service KG 12,5 %
GFKO Gesellschaft für Kabelkommunikationstechnik Oberhausen mbH 6,96 %
Energiegenossenschaft Handwerk e. G. 1,88 % (je 0,94 %)
Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH 15,18 %

OVP O.Vision Projektgesellschaft mbH i. L.

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Bahnhofstr. 66
46145 Oberhausen

Kontakt:

Telefon	0208/ 835 5301
Fax	0208/ 85 03 610
e-Mail	-
Internet	-
Rechtsform:	GmbH
Stammkapital in T€:	25,00

Gesellschafter:	**T€**	**%**
PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH i.L.	25,00	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die wirtschaftliche Entwicklung ausgewählter Gewerbestandorte, insbesondere von Grundstücksteilflächen des ehemaligen Stahlwerks Oberhausen mit dem Ziel, zur Stärkung und Förderung zukunftsorientierter Wirtschaftsstrukturen geeignete Gewerbeflächen und -objekte marktreif anbieten zu können.

Die Gesellschaft wird zu diesem Zweck insbesondere Grundstücke und Gebäude erwerben oder sich das Verfügungsrecht darüber sichern, deren künftige Nutzung selbst oder mit Unterstützung Dritter konzipieren, die wirtschaftlichen, rechtlichen und tatsächlichen Voraussetzungen zur Vermarktung und Nutzung schaffen sowie Grundstücke geeigneten Investoren, Eigennutzern, Projektentwicklern oder sonstigen Dritten veräußern oder überlassen. Soweit dies dem Prinzip der Wirtschaftlichkeit nicht zuwiderläuft, beachtet die Gesellschaft insbesondere bei der Auswahl der Erwerber die wirtschaftsfördernden Ziele.

Die Gesellschaft ist nicht auf Gewinnerzielung ausgerichtet.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH i.L.	Geschäftsbesorgungsvertrag mit der O.VISION Projektgesellschaft mbH
Stadt Oberhausen	Erklärung einer Mittelverwendungsbürgschaft der Stadt über 18.491 TDM vom 17.11.1999 zur Sicherung des Investitionszuschusses des Landes an die O.Vision Projektgesellschaft mbH

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2024)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Herzog, Stefan
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Overkamp, Werner

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2022		2023		2024	
Aktiva	T€	%	T€	%	T€	%
Umlaufvermögen	3.292,24	13,6	3.371,35	13,7	3.451,24	13,8
Rechnungsabgrenzungsposten	0,71	0,0				
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	20.841,17	86,4	21.185,29	86,3	21.529,15	86,2
Bilanzsumme	**24.134,13**	**100,00**	**24.556,64**	**100,00**	**24.980,39**	**100,00**

Passiva	T€	%	T€	%	T€	%
Rückstellungen	8,00	0,0	6,00	0,0	6,00	0,0
Verbindlichkeiten	24.126,13	100,0	24.550,64	100,0	24.974,39	100,0
Bilanzsumme	**24.134,13**	**100,00**	**24.556,64**	**100,00**	**24.980,39**	**100,00**

bb) GuV

	2022	2023	2024
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	8,65	8,65	8,65
sonstige betriebliche Erträge	0,06	2,06	0,09
sonstige betriebliche Aufwendungen	54,21	50,80	49,51
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	82,47	82,47	82,47
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	385,56	385,56	385,56
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-348,59	-343,17	-343,86
sonstige Steuern	0,94	0,94	0,00
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	-349,53	-344,11	-343,86
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	-349,53	-344,11	-343,86

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2022	31.12.2023	31.12.2024	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-4.038,68	-3.976,09	-3.973,18	%
Eigenkapitalrentabilität:	-100,00	-100,00	-100,00	%
Cash-Flow:	-349,53	-344,11	-343,86	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:				
Personalaufwandsquote:				

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2022	31.12.2023	31.12.2024	Angaben in
Sachanlagenintensität:				%
Eigenkapitalquote:	0,00	0,00	0,00	%
Fremdkapitalquote:	100,00	100,00	100,00	%

e) Lagebericht

Jahresabschluss 2024

Die OVP konnte im Geschäftsjahr 2024 keine Umsatzerlöse erzielen, da die Erlöse aus den Grundstücksverkäufen an die Stadt Oberhausen erst 2025 verbucht werden können. Der Jahresfehlbetrag in Höhe von 343.859,65 EUR resultiert in erster Linie aus den Zinsbelastungen im Zusammenhang mit den Gesellschafterdarlehen.

Zur Sicherstellung der Liquidität der Gesellschaft hat die PBO auch im Geschäftsjahr 2024 Gesellschafterdarlehen zur Verfügung gestellt. Zum 31. Dezember 2024 bestehen Rangrücktritte der Gesellschafterin PBO im Zusammenhang mit ihren Forderungen in Höhe von 15,4 Mio. EUR sowie der Stadt Oberhausen in Höhe von 9,6 Mio. EUR. Eine Überschuldung der OVP im insolvenzrechtlichen Sinne ist damit zum 31. Dezember 2024 nicht gegeben.

Ausblick / Risiken

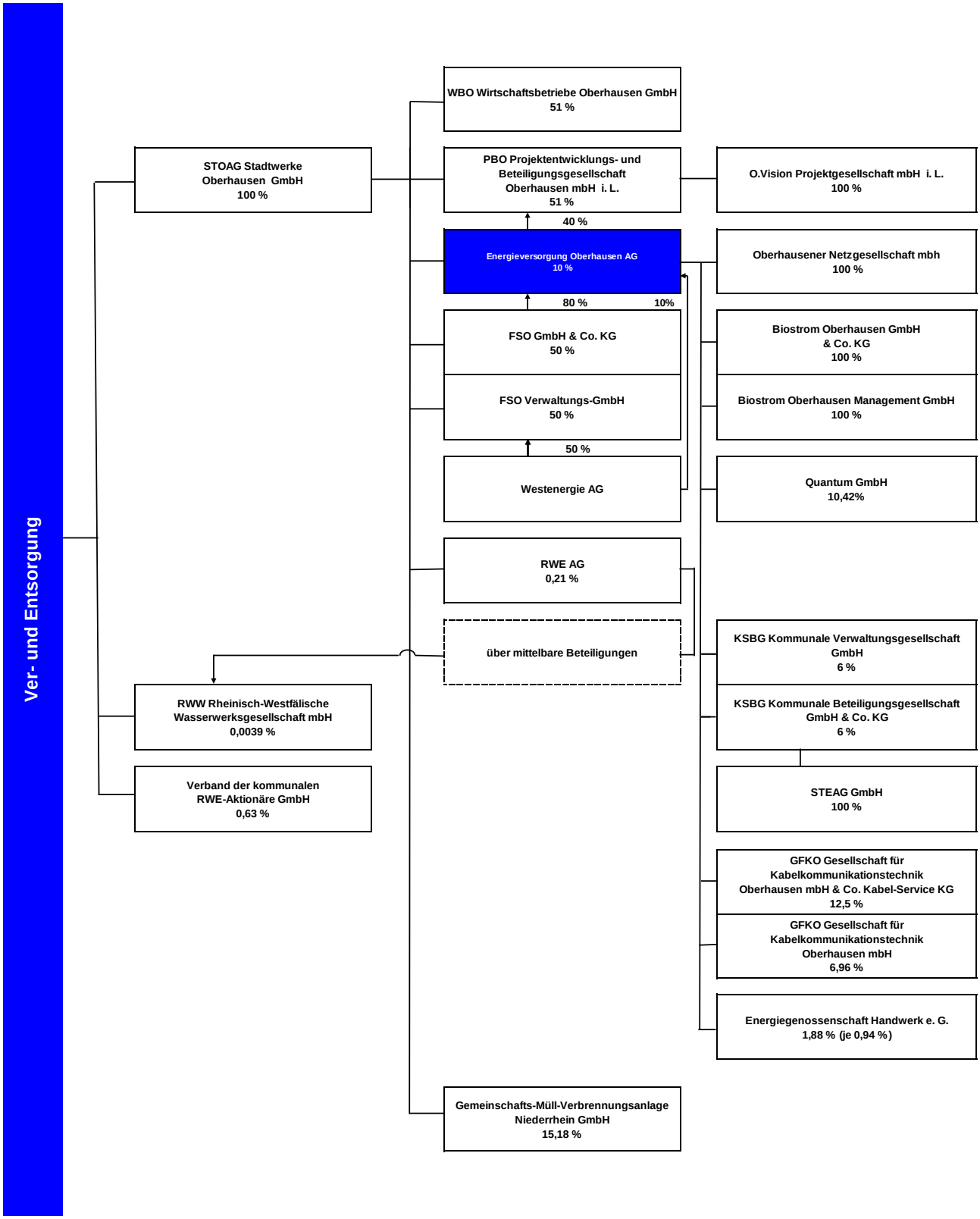
Die O.VISION Projektgesellschaft mbH wurde mit Wirkung zum 31.12.2020 aufgelöst.

Die Auflösung soll 2025 beendet werden. Die im Eigentum der OVP befindlichen restlichen Grundstücksflächen wurden 2023 komplett an die Stadt Oberhausen veräußert. Die Liquidationen der Gesellschaften PBO und OVP sind noch nicht abgeschlossen, da die Löschung von unterschiedlichen Rechten in Abt. II und Abt. III des Grundbuches im Jahr 2024 noch nicht vollständig realisiert werden konnten.

Oberhausen, 14. Februar 2025

O.VISION Projektgesellschaft mbH i. L. (OVP)

Stefan Herzog
Geschäftsführer


Ver- und Entsorgung
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH
51 %
STOAG Stadtwerke
Oberhausen GmbH
100 %
PBO Projektentwicklungs- und
Beteiligungsgesellschaft
Oberhausen mbH i. L.
51 %
O.Vision Projektgesellschaft mbH i. L.
100 %
40 %
Energieversorgung Oberhausen AG
10 %
Oberhausener Netzgesellschaft mbh
100 %
80 %
10%
FSO GmbH & Co. KG
50 %
Biostrom Oberhausen GmbH
& Co. KG
100 %
FSO Verwaltungs-GmbH
50 %
Biostrom Oberhausen Management GmbH
100 %
50 %
Westenergie AG
Quantum GmbH
10,42%
RWE AG
0,21 %
über mittelbare Beteiligungen
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft
GmbH
6 %
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft
GmbH & Co. KG
6 %
RWW Rheinisch-Westfälische
Wasserwerksgesellschaft mbH
0,0039 %
STEAG GmbH
100 %
Verband der kommunalen
RWE-Aktionäre GmbH
0,63 %
GFKO Gesellschaft für
Kabelkommunikationstechnik
Oberhausen mbH & Co. Kabel-Service KG
12,5 %
GFKO Gesellschaft für
Kabelkommunikationstechnik
Oberhausen mbH
6,96 %
Energiegenossenschaft Handwerk e. G.
1,88 % (je 0,94 %)
Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage
Niederrhein GmbH
15,18 %

evo Energieversorgung Oberhausen AG

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Danziger Str. 31
46045 Oberhausen

Kontakt:

Telefon	0208/835-0
Fax	0208/835-2697
e-Mail	service@evo-energie.de
Internet	http://www.evo-energie.de

Rechtsform: AG

Stammkapital in T€: 26.000,00

Gesellschafter:

	T€	%
FSO GmbH & Co.KG	20.800,00	80,00
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH	2.600,00	10,00
Westenergie AG	2.600,00	10,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist
- jedwede Art der Erzeugung, gewerblichen Nutzung und Verteilung von Energie (Strom, Gas und Fernwärme) und Wasser im jeweiligen Gebiet der Stadt Oberhausen sowie im Zusammenhang damit die Abgabe solcher Energien in Netze außerhalb des Stadtgebietes;
- die Entsorgung von Abfällen jeglicher Art;
- die Planung und Durchführung von baulichen und maschinellen Anlagen auf den Gebieten der Energie- und Wasserversorgung und -verteilung sowie der Abfallentsorgung auch für Dritte;
- die Errichtung, der Betrieb und die Unterhaltung von Ladeinfrastrukturen und zugehörigen Nebenanlagen sowie der Betrieb von Fahrzeugen im Bereich der E-Mobilität oder anderer alternativer Antriebsmethoden;
- die Erbringung von Dienstleistungen, insbesondere die Planung, Vorbereitung und Durchführung von Energie-Contracting-Projekten;
- sowie die Errichtung und der Betrieb von Anlagen im Bereich der Telekommunikation.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, die mit dem Gegenstand des Unternehmens zusammenhängen oder ihm unmittelbar oder mittelbar zu dienen geeignet sind.
Sie kann insbesondere
- Dienstleistungen erbringen;
- Anlagen und Einrichtungen aller Art erwerben, errichten und betreiben, allein oder gemeinsam mit anderen, für eigene oder fremde Rechnung;
- Forschung und Entwicklung betreiben;
- Patente oder sonstige gewerbliche Schutzrechte, Kenntnisse oder Erfahrungen erwerben, verwerten und veräußern;
- Grundstücke und andere Immobilien erwerben, verwerten und veräußern.

Die Gesellschaft kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben an anderen Unternehmen beteiligen, fremde Unternehmen erwerben sowie Hilfs- und Nebenbetriebe errichten.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH	Fernwärmeliefervertrag zwischen der evo und GMVA vom 29.05.2009
Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH	Vertrag über Einrichtung, Betrieb, Wartung und Überlassung von technischen Anlagen vom 1.10.2000
Oberhausener Netzgesellschaft mbH	EAV zwischen evo AG und evo Energie-Netz GmbH vom 16.10.2006
OWT Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung GmbH	Geschäftsbesorgungsvertrag vom 28.11.2006 über die Erbringung der gesamten Geschäftsbuchführung für OWT (vormals WFO) und deren Tochtergesellschaften
RWE Gesellschaften	Rahmenvertrag über den Kauf/Verkauf von elektrischer Energie und Optionen vom 28.06.2006; Vertrag über die "bilanzkreistechnische Abwicklung von Lieferungen in Regelzonen der E.ON, Vattenfall und EnBW" und Lieferung von Ausgleichsenergie in diesen Regelzonen; Vertrag über Kauf und Rückgabe von Fahrplänen und Lieferung von Ausgleichsenergie vom 17.07.2008
Stadt Oberhausen	Konzessionsvertrag für das Gasverteilungsnetz der allgemeinen Versorgung in der Stadt Oberhausen vom 13.05.2013 für den Zeitraum 01.01.2015-31.12.2034
Stadt Oberhausen	Konzessionsvertrag für das Stromverteilungsnetz der allgemeinen Versorgung in der Stadt Oberhausen vom 13.05.2013 für den Zeitraum 01.01.2015-31.12.2034
Stadt Oberhausen	Konzessionsvertrag für die Fernwärmeversorgung in der Stadt Oberhausen vom 13.05.2013 für den Zeitraum 01.01.2015-31.12.2034
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH	Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag zwischen der von der STOAG und der RWE Rhein-Ruhr AG im Geschäftsjahr 2003 gegründeten FSO GmbH & Co. KG und der evo vom 16.12.2003
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH	Geschäftsbesorgungsvertrag zwischen der evo und der STOAG vom 24.09.2004 im Rahmen der kaufmännischen Verwaltung für die STOAG

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2024)

Vorstand:	Mitglied	Basler, Christian
	Mitglied	Dolezych, Timm
Hauptversammlung:		Geschäftsführung der STOAG
Aufsichtsrat:	Vorsitzender	Schranz, Daniel
	1. stellv. Vorsitzender	Prof. Dr. Schröder, Achim
	2. stellv. Vorsitzender (AN)	Teigelkamp, Frank
	Mitglied	Dr. Dilly, Mark
	Mitglied	Jacobs, Silke
	Mitglied	Opitz, Stefanie
	Mitglied	Dr. Schulte, Franz-Josef
	Mitglied	Stehr, Simone Tatjana
	Mitglied	Bockelmann, Cosima
	Mitglied	Eckenroth, Lutz
	Mitglied	Dr. Schmidt, Lars
	Mitglied (AN)	Ludwig, Andreas
	Mitglied (AN)	Cleven, Frank
	Mitglied (AN)	van Laak, Dennis
	Mitglied (AN)	Wolf, Britta

Prokura:	Prokuristin	Slomma, Claudia
	Prokurist	Mucke, Arnd
	Prokurist	Seifert, Eckhard

c) Beteiligungen

Unmittelbar	**T€**	**%**
Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG	1.000,00	100,00
Biostrom Oberhausen Management GmbH	25,00	100,00
Energiegenossenschaft Handwerk Oberhausen e.G.	1,00	0,93
Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH – ENO	12,50	4,21
GFKO Gesellschaft für Kabelkommunikationstechnik Oberhausen mbH	1,60	6,96
GFKO Gesellschaft für Kabelkommunikationstechnik Oberhausen mbH & Co. Kabel-Service KG	17,90	12,50
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co.KG	0,06	6,00
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft mbH	6,00	6,00
Oberhausener Netzgesellschaft mbH	30,00	100,00
PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH i.L.	102,26	40,00
Quantum GmbH	82,50	8,73
Mittelbar	**T€**	**%**
Fernwärmeversorgung Niederrhein GmbH	249,60	1,56
OVP O.Vision Projektgesellschaft mbH i.L.	10,00	40,00
STEAG Fernwärme GmbH	1.230,00	6,00
STEAG GmbH	7.680,00	6,00

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2022		2023		2024	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Anlagevermögen	139.571,44	76,6	161.666,08	69,2	151.208,14	57,6
Umlaufvermögen	42.607,99	23,4	71.884,89	30,8	111.082,86	42,3
Rechnungsabgrenzungsposten	91,43	0,1	73,15	0,0	107,00	0,0
Bilanzsumme	**182.270,85**	**100,00**	**233.624,12**	**100,00**	**262.398,00**	**100,00**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	35.344,99	19,4	43.562,25	18,6	94.312,25	35,9
Sonderposten mit Rücklagenanteil	9.085,88	5,0	8.630,50	3,7	9.741,98	3,7
Rückstellungen	62.079,58	34,1	62.606,09	26,8	72.344,24	27,6
Verbindlichkeiten	75.617,83	41,5	118.706,47	50,8	85.904,48	32,7
Rechnungsabgrenzungsposten	142,57	0,1	118,81	0,1	95,05	0,0
Bilanzsumme	**182.270,85**	**100,00**	**233.624,12**	**100,00**	**262.398,00**	**100,00**

bb) GuV

	2022	2023	2024
	T€	**T€**	**T€**
Umsatzerlöse	202.431,13	282.824,96	272.404,26
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	16,56	0,14	-17,96
andere aktivierte Eigenleistungen	147,24	232,66	199,57
sonstige betriebliche Erträge	2.856,47	27.910,12	3.153,08
Materialaufwand	146.612,62	216.246,60	193.922,88
Personalaufwand	26.301,77	27.149,37	29.067,18
Abschreibungen	6.280,07	5.749,41	5.797,59
sonstige betriebliche Aufwendungen	21.922,22	21.746,52	28.088,55
Erträge aus Gewinnabführungsverträgen			5.265,83
Erträge aus Beteiligungen	4,50	6,00	48.056,87
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	0,00	41,28	63,51
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	356,92	1.012,89	1.793,10
Aufwendungen aus Verlustübernahmen		188,47	0,00
Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufsvermögens	264,33	174,75	174,03
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1.482,01	2.485,66	2.686,48
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	2.949,80	38.287,27	71.181,56
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-325,49	1.997,00	5.347,37
sonstige Steuern	183,96	192,71	185,52
Erträge aus Verlustübernahmen	3.048,87		
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	6.140,19	27.880,31	14.898,67
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	0,00	8.217,26	50.750,00
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen		8.217,26	50.750,00
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0,00	0,00	0,00

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2022	31.12.2023	31.12.2024	Angaben in
Umsatzrentabilität:	1,53	12,76	24,10	%
Eigenkapitalrentabilität:	8,75	82,86	69,61	%
Cash-Flow:	9.635,72	42.021,72	71.620,29	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	856,05	1.352,03	1.178,37	T€
Personalaufwandsquote:	12,80	8,73	10,54	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2022	31.12.2023	31.12.2024	Angaben in
Sachanlagenintensität:	44,59	34,88	32,82	%
Eigenkapitalquote:	19,39	18,65	35,94	%
Fremdkapitalquote:	80,61	81,35	64,06	%
Anlagendeckungsgrad 2:	44,80	44,35	81,25	%
Verschuldungsgrad:	415,69	436,30	178,22	%

e) Lagebericht

Unternehmen, gesellschaftsrechtliche Situation und Rahmenbedingungen

Unternehmen

Die Energieversorgung Oberhausen Aktiengesellschaft (evo) nimmt im Stadtgebiet Oberhausen den Vertrieb von Energie (Strom, Erdgas, Fernwärme), die Erbringung energienaher Dienstleistungen sowie die Energieerzeugung im Kraft-Wärme-Kopplungsprozess wahr. Fernwärme für die Verteilung durch das eigene Netz und Strom werden in jeweils zwei eigenen Heizkraftwerken und KWK-Gasmotoren sowie in einem Biomasse-Heizkraftwerk, betrieben von der Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG (BSO KG) als 100-%ige Tochter der evo, erzeugt. Weitere Wärmebezugsquellen sind die Gemeinschafts-Müllverbrennungsanlage Niederrhein GmbH (GMVA) und die OQ Chemicals GmbH.

Die Energiebeschaffung der evo erfolgt über einen Dienstleister - die Quantum GmbH, Ratingen. Der von der evo erzeugte Strom wird ebenfalls über diesen Dienstleister am Großhandelsmarkt vermarktet. Die zu beschaffenden Erdgas- und Strommengen werden durch den prognostizierten Vertriebsabsatz bestimmt.
Der evo-Vertrieb bietet bundesweit Strom- und Gaslieferungen an.

Gesellschaftsrechtliche Situation

Das Grundkapital der evo beträgt T€ 26.000 und ist eingeteilt in 64.000 Stückaktien. Aktionäre sind die Westenergie AG, Essen, und die STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH (STOAG), Oberhausen, mit je 6.400 Stückaktien sowie die FSO GmbH & Co. KG (FSO), Oberhausen, mit 51.200 Stückaktien. Diese repräsentieren ein Grundkapital von je T€ 2.600 für die West-energie AG und die STOAG sowie ein Grundkapital von T€ 20.800 für die FSO.

Die Oberhausener Netzgesellschaft mbH (OB-Netz) ist eine 100-%ige Tochter der evo und betreibt das ihr eigene Strom- und Gasverteilungsnetz.

Sowohl zur FSO als gewerblich geprägte Konzernmutter als auch mit der OB-Netz bestehen Beherrschungs- und Gewinnabführungsverträge; zusammen bilden diese eine ertragsteuerliche Organschaft.

Rahmenbedingungen

Der Primärenergieverbrauch (PEV) in Deutschland ging im Jahr 2024 um 1,3 % auf 10.478 Petajoule (PJ) bzw. 357,5 Mio. t zurück. Damit liegt er knapp 30 % niedriger als bei seinem bisherigen Höchststand von 1990 mit 14.905 PJ. Nach dem deutlichen Rückgang im Jahr 2023 hat sich der Verbrauchsrückgang 2024 verlangsamt. Die weiterhin gedämpfte Konjunktur sowie mildere Temperaturen - vor allem in den Monaten Februar bis Mai 2024 - im Vergleich zum Vorjahr waren Ursachen für den Verbrauchsrückgang, wenngleich wieder niedrigere Energiepreise als in den Jahren 2022 und 2023 nachfragesteigernd wirkten. So haben insbesondere einige energieintensive Branchen ihre Produktion wieder erhöht, allerdings ausgehend von einem geringen Niveau.

2024 war die Stromwirtschaft in Deutschland geprägt von einer leichten Erholung des Stromverbrauchs, allerdings ausgehend von einem niedrigen Niveau 2023. Trotz weiterhin gedämpfter Konjunktur sorgte ein Rückgang der Strompreise im Vergleich zum Vorjahr für einen nachfragebedingten Anstieg des Verbrauchs in einigen Teilbereichen der Industrie. Das Preisniveau ist im Vergleich zu den Vorjahren unterdurchschnittlich.

Der Stromverbrauch (Bruttoinlandsstromverbrauch) nahm um 0,8 % auf 512 Mrd. kWh zu. Trotz Verbrauchszuwachs ging die Stromerzeugung (Bruttostromerzeugung) um 2,4 % zurück. Die Differenz aus Erzeugungsrückgang und Verbrauchsanstieg wurde durch höhere Stromimporte gedeckt. Der Stromaustauschsaldo Deutschlands verzeichnete einen Importüberschuss von 23,5 Mrd. kWh, nachdem dieser im Vorjahr noch 7,3 Mrd. kWh betrug. Damit ist Deutschland das zweite Jahr in Folge Netto-Importeur von Strom, da in windschwachen Phasen und sonnenarmen Stunden günstigere Erzeugungsoptionen im Ausland zur Strombedarfsdeckung beitragen.

Der Erdgasverbrauch 2024 in Deutschland stieg um 3,3 % auf 835 Mrd. kWh und hat sich damit ausgehend von einem sehr niedrigen Niveau wieder leicht erholt. Das im Vergleich zu 2023 wieder etwas niedrigere Preisniveau hat für einen höhere Nachfrage gesorgt. Trotz gedämpfter konjunktureller Entwicklung und der milden Witterung während der Heizperiode hat auch die Industrie wieder mehr Erdgas verbraucht. Der Erdgasabsatz an Letztverbraucher nahm 2024 in Summe um knapp 3 % zu.

Der Einsatz von Erdgas als Brennstoff in den Kraft- und Heizkraftwerken der Strom- und Wärmeversorger nahm im Laufe des Jahres aufgrund der im Vergleich zu anderen Energieträgern wiedererlangten preislichen Wettbewerbsfähigkeit weiter leicht zu. Er stieg um knapp 2 % auf 106 Mrd. kWh Erdgas. Begünstigt wurde dies auch durch den Rückgang der installierten Leistung und der Stromerzeugung aus der Braun- und Steinkohlekraftwerken, wobei der Großteil dieser Erzeugungsrückgänge durch die Stromerzeugung aus Erneuerbaren Energien sowie Stromimporten aus dem Ausland mit günstigeren Erzeugungsoptionen ersetzt wurden.

Insgesamt sind die Endkundenpreise der Haushalte für Strom und Gas gegenüber 2023 wieder gesunken, aber immer noch auf relativ hohem Niveau.

Für die Erzeugung von Wärme, die ins Fernwärmenetz eingespeist wird, wurden 62 Mrd. kWh Erdgas eingesetzt. Das entspricht einem Anstieg um knapp 4 %.

Dabei erzeugten die Heiz- und Heizkraftwerke der allgemeinen Versorgung im Jahr 2024 insgesamt 119 Mrd. kWh Wärme, 71 % davon in Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen. Zusätzliche 8 Mrd. kWh speisten weitere Marktteilnehmern in Wärmenetze ein. Insgesamt betrug damit das Fernwärmeaufkommen 2024 voraussichtlich 127 Mrd. kWh. Die Fernwärmeverwendung der Endkunden belief sich nach Abzug von Betriebsverbrauch, Netz- und Speicherverlusten sowie statistischen Differenzen auf 112,5 Mrd. kWh.

Die CO2-Emissionen aller Stromerzeugungsanlagen in Deutschland einschließlich der Anlagen in der Industrie sanken 2024 um 9 % auf 156 Mio. t CO2 (2023: 172 Mio. t CO2).

Die für 2045 durch den Gesetzgeber beschlossene Klimaneutralität wird unweigerlich die fortschreitende Dekarbonisierung beschleunigen und die Konnektivität der Energienetzte vorantreiben. Der Stromverbrauch und damit die Netzlast werden zunehmen.

In vertrieblicher Hinsicht werden bei der evo die notwendigen Energiemengen bereits vor Lieferbeginn entsprechend der Beschaffungsstrategie beschafft. Um den aktuellen Herausforderungen des Energiemarktes gerecht zu werden, unterliegt die Strategie der evo zur Energiebeschaffung einer kontinuierlichen Prüfung und Weiterentwicklung. Vorrangiges Ziel ist es, die Versorgungssicherheit zu gewährleisten und Risiken zu minimieren. Gleichzeitig soll der evo-Vertrieb wettbewerbsfähige Endkundenpreise anbieten können und große Preissprünge möglichst vermeiden.

Für die Herausforderungen des Wettbewerbs auf den Commodity-Märkten sieht sich der evo-Vertrieb gut gerüstet, insbesondere im Hinblick auf die überarbeiteten Produkte für Geschäfts- und Gewerbekunden. Aber auch die Fernwärme ist nach wie vor beliebt und wird im Rahmen der Energiewende eine bedeutende Rolle spielen können.

Die Fernwärmebereitstellung erfolgt über verschiedene Wärmequellen, die in Abhängigkeit von den geltenden Marktpreisen entsprechend ihrer spezifischen Erzeugungskosten optimiert werden und die zu möglichst geringen Kosten der Fernwärmebereitstellung führen sollen. Aufgrund eines Getriebeschadens wurde die Gasturbine im HKW II am 13.05.2024 außer Betrieb genommen. Nach diversen Reparaturarbeiten wurde uns die Maschine durch MAN am 23.08.2024 wieder übergeben.

Durch einen Schaden am Heizkondensator wurde die Turbine des Biomasse-HKW am 18.04.2024 vorzeitig vom Netz genommen. Der dazugehörige Heizkessel war noch bis zum 30.04.2024 in Betrieb. Nach der jährlichen Revision erfolgte die Stromerzeugung der Turbine des Biomasse-HKW erst wieder am 19.07.2024.Bedingt durch die Kraftwerksausfälle erfolgte eine Optimierung im Rahmen der täglichen Kraftwerkseinsatzplanung (Day-Ahead und Intraday).

Der Wettbewerb durch überregionale Anbieter bei Strom und Gas hat seit Ende des 3. Quartals 2023 wieder zugenommen und hielt auch im Berichtsjahr 2024 weiter an.

Einfluss auf die zukünftige Form des Wettbewerbs haben auch neue gesetzliche Rahmenbedingungen, insbesondere das Gesetz für faire Verbraucherverträge und die Einführung des 24-Stunden-Lieferantenwechsels zum 01.06.2025. Die Umstellung des Day-Ahead-Handels Strom auf 1/4-Stunden könnte den Wettbewerb verschärfen. Auf der einen Seite kann die etablierte Energiewirtschaft darauf hoffen, dass die unfairen und irreführenden Marktpraktiken, die in der Vergangenheit durch neue Marktteilnehmer im Markt eingeführt wurden, erschwert werden, auf der anderen Seite wird die Marktmacht zu Gunsten der Verbraucher verschoben. Somit ist grundsätzlich ein fairerer, aber auch ein intensiverer Wettbewerb in den Energiemärkten zu erwarten.

Für die evo sind dabei die Wärme- und die Stromwende von zentraler Bedeutung. Das Ziel der gesamten Energiewende ist es, den Verbrauch fossiler Brennstoffe drastisch zu reduzieren und im Idealfall Klimaneutralität zu erreichen. Es soll der mit der Verbrennung von fossilen Energieträgern verbundene Ausstoß von Treibhausgasen beendet und somit die weitere Erderwärmung verhindert werden. Für die evo ist die Mitwirkung an dem Ziel von zentraler und strategischer Bedeutung. Die Elektromobilität ist eine zentrale Säule der Energiewende. Eine flächendeckende Ladeinfrastruktur ist dabei entscheidend für die Akzeptanz von Elektrofahrzeugen. Als lokaler Energieversorger übernimmt die evo eine wichtige Rolle, indem sie Ladesäulen bereitstellt und betreibt. Damit leistet sie einen wertvollen Beitrag zur Reduzierung von CO_2-Emissionen und zur Förderung nachhaltiger Mobilität. Gleichzeitig bringt der Ausbau der Ladeinfrastruktur sowohl Chancen als auch Herausforderungen mit sich. Angesichts der steigenden Nachfrage wird die Bedeutung kommunaler Anbieter wie der evo in diesem Bereich weiter zunehmen.

Im Geschäftsjahr 2024 hat die evo im gesamten Stadtgebiet Oberhausens 72 AC-Ladepunkte mit bis zu 22 kW für Elektrofahrzeuge errichtet; im Jahr 2025 folgen dann voraussichtlich 42 weitere Ladepunkte. Zusätzlich wurde gemeinsam mit der Stadt Oberhausen ein Pilotprojekt gestartet, bei dem 6 Laternen-Ladepunkte mit je 22 kW Ladeleistung realisiert wurden.

Zudem hat die evo mit dem Aufbau von zwei HPC-Standorten mit jeweils 6 Ladepunkten mit bis zu 400 kW begonnen: Der Standort an der Centroallee ging bereits im Dezember in Betrieb, während der Standort an der Danziger Straße voraussichtlich im ersten Quartal 2025 fertiggestellt wird. Abhängig von der Verfügbarkeit weiterer Standorte und der Wirtschaftlichkeit des jeweiligen Standortes planen wir, unser HPC-Netz kontinuierlich auszubauen.

Nach intensiver Überlegung und Prüfung aller denkbaren Handlungsoptionen hat die evo entschieden, das evo-Sharing zum Jahresende 2024 einzustellen. Trotz positiver Entwicklungen der Kundenzahlen, Fahrten und Buchungen in den letzten sieben Jahren konnte das Geschäftsfeld aufgrund der hohen laufenden Kosten keinen operativen Gewinn generieren. Daher wurde nun die Beendigung des Angebots beschlossen. Bis zum 20. Dezember 2024 wurden nun alle Sharing-Roller deaktiviert. Seit 2017 konnten die E-Roller als klimaneutrales Mobilitätsangebot gemietet werden. Das Besondere: Die Roller-Akkus und auch die Akkutausch-Fahrzeuge wurden bei der evo über die hauseigenen Photovoltaik-Anlagen geladen. In den rund sieben Jahren seit Einführung des Sharing-Angebots registrierten sich 25.745 Kundinnen und Kunden. Gemeinsam legten sie rund 1,1 Millionen Kilometer Fahrtstrecke zurück und vermieden so 210 Tonnen CO2, die zum Beispiel bei Fahrten mit einem Verbrenner angefallen wären. Diese positiven Entwicklungen und Zahlen haben letztendlich aber leider nicht ausgereicht, um das E-Roller-Sharing zu einem rentablen Geschäftsfeld zu entwickeln

Die Zinssteigerungen an den Kapitalmärkten seit 2022 haben bei der evo zu höheren Refinanzierungskosten geführt und stellen eine wirtschaftliche Belastung dar. Im Laufe des Jahres 2024 waren wieder leichte Zinssenkungstendenzen für langfristige Kredite zu beobachten. Die Überwachung der finanziellen Stabilitätskennzahlen wird bei der evo weiter fortgesetzt, um die Einhaltung der zugesicherten Kennzahlen in Kreditverträgen sicherzustellen.

Aus den Kreditgesprächen mit den Banken ist zu erkennen, dass die gesamte Energiebranche als „Klumpen-/Ausfallrisiko“ betrachtet wird und sich weitere Kreditlinien nur mit hohen Berichtsauflagen akquirieren lassen, auch wenn sich singulär betrachtet - bezogen auf die evo - noch keine konkrete Bonitätsverschlechterung ergeben hat. Die Kreditinstitute analysieren die sog. Verschuldungskapazität auf Basis der vorliegenden Mittelfristplanung. Die evo hat dabei regelmäßig den Nachweis zu erbringen, dass die Verbindlichkeiten innerhalb einer akzeptablen Zeit (maximal sind dies 10 Jahre) aus nachhaltigen Cash-Flows bedient werden können. Daneben legen die Banken zunehmend großen Wert auf die Nachhaltigkeitsanstrengungen bei den Stadtwerken und berücksichtigen diese immer intensiver in ihren Kredit- und Konditionsentscheidungen.

Leistungsindikatoren und Geschäftsverlauf

Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Für die Unternehmenssteuerung wird ein quartalsweises, centerbezogenes Berichtswesen eingesetzt, das in eine differenzierte Erfolgsrechnung mündet.

Als wichtigste finanzielle Leistungskennzahl der evo wird - auch in Anbetracht der Gewinnerwartung der Anteilseigner - das Ergebnis vor Gewinnabführung beobachtet und analysiert.

Dieses wird maßgeblich durch die Energieverkaufserlöse und die Energiebezugskosten sowie durch weitere wesentliche Erlös- und Kostenpositionen bestimmt; hinzu kommen der Ergebnisbeitrag der OB-Netz, aber auch das Beteiligungsergebnis der BSO KG sowie weitere Bewertungs- und Steuereffekte.

Als wesentliche nichtfinanzielle Leistungsindikatoren werden der physikalische Energieabsatz an die Vertriebskunden insgesamt sowie die vertrieblichen Marktanteile im Bereich der Privat- und Gewerbekunden herangezogen.

Weitere Aspekte in Bezug auf die Umwelt, Soziales und Unternehmensführung („ESG - Environment Social Governance“) werden aktuell aufgenommen und werden künftig mit in die Berichterstattung einfließen.

Geschäftsverlauf und Ergebnis

Der Jahresüberschuss der evo vor Rücklageneinstellungen und Ergebnisabführungsvertrag für das Geschäftsjahr 2024 beträgt 65,6 Mio. € und liegt damit um 2,8 Mio. € über der Pla-nung von 62,8 Mio €. Im Vergleich zum Vorjahr steigt der Jahresüberschuss vor Rücklageneinstellungen und Ergebnisabführungsvertrag um 29,5 Mio. €, hauptsächlich bedingt durch einen außerordentlichen Ertrag von 48,1 Mio. € aus Ausschüttungen der KSBG aufgrund des Verkaufs der STEAG-Anteile durch die KSBG sowie höhere Roherträge im Strom-, Gas- und Wärmevertrieb von 64,6 Mio. € aufgrund gesunkener spezifischer Beschaffungskosten. Im Vorjahr gab es einen außerordentlichen Buchgewinn aus der Zuschreibung der Beteiligung an der KSBG von 22,3 Mio. €. Insgesamt ist für die Verkaufserlöse Strom, Erdgas und Wärme ein leichter Anstieg der Umsatzerlöse in Höhe von 0,4 Mio. € gegenüber der Planung zu verzeichnen. Dies resultiert vor allem aus gestiegenen Erlösen im Bereich Strom aufgrund einer Anpassung der Netzentgelte in 2024. Die Energiebezugskosten in Höhe von 181,8 Mio. € liegen um 13,0 Mio. € unter der Planung (194,8 Mio. €) bedingt durch gesunkene, spezifische Beschaffungskosten. Sonstige wesentliche Erlös- und Aufwandspositionen haben sich im Verlauf des Geschäftsjahres 2024 wie folgt entwickelt. Die sonstigen betrieblichen Erträge von 3,2 Mio. € umfassen unter anderem Rückstellungsauflösungen, Mieterträge und Weiterberechnungen und liegen mit -45,9 Mio. € unter der Planung (49,1 Mio. €); in der Planung war der Beteiligungsertrag aus der Ausschüttung der KSBG enthalten, welche im Ist 2024 jedoch im Finanzergebnis verbucht wird. Gegenüber der Planung von 25,6 Mio. € und dem Vorjahr belasten gestiegene Personalaufwendungen von 29,1 Mio. € das Ergebnis; diese Zunahme ist im Wesentlichen auf die Zuführung für Altersvorsorgerückstellungen in Folge von einem Anstieg des zu berücksichtigenden Gehaltstrends und Zuführungen bei den sonstigen Personalrückstellungen zurückzuführen. Zudem erhöhen sich die sonstigen betrieblichen Aufwendungen (28,1 Mio. €) durch Projektkosten für die Umsetzung der Digitalisierungsstrategie sowie weitere Maßnahmen zur Prozessoptimierung - insbesondere mit dem Ziel, die Kundenzufriedenheit zu steigern. Auch gegenüber der Planung erhöhte Pauschalwertberichtigungen (von 2,6 Mio. €) für Kundenforderungen belasten das Ergebnis, vorwiegend aufgrund des hohen Preisniveaus und der Altersstruktur der Forderungen.

Das Finanzergebnis von 52,3 Mio. € wird mit 48,1 Mio. € maßgeblich vom Beteiligungsertrag aus der Ausschüttung der KSBG aufgrund des Verkaufs der STEAG-Anteile über die KSBG geprägt und liegt aufgrund einer Ausweisverschiebung (siehe sonstige betriebliche Erträge) über dem Niveau der Planung. Zusätzlich verbesserte es sich durch um 0,4 Mio. € gegenüber der Planung höhere Zinserträge von 1,8 Mio. € aus der kurzfristigen Anlage von Liquiditätsreserven.

Absatz- und Preisentwicklung

Der Geschäftsverlauf in einzelnen Bereichen stellt sich wie folgt dar:

Vertrieb Strom

Im Geschäftsjahr 2024 ist der Stromabsatz der evo insgesamt um 1,27 % auf 350,7 GWh gesunken. Dabei liegt der Stromabsatz im Stammgebiet an Privat- und Gewerbekunden mit 249,9 GWh um -3,0 % unter dem des Vorjahresniveaus (257,7 GWh). Im Segment der Oberhausener Geschäftskunden steigt der Absatz (80,4 GWh) um 1,6 %. Beim Vertrieb außerhalb von Oberhausen (20,4 GWh) konnte der Absatz um 11,2 % ausgebaut werden.

Die Entwicklung auf den Energiemärkten ermöglichte der evo zunächst eine Preissenkung

von -2,26 ct/kWh zum 01.01.2024 in den Standardtarifen. Jedoch wurde die Erhöhung des Grundpreises der Netznutzung um 8 € zum 01.01.2024 an die Endkunden weitergegeben. Zum Jahresende 2023 hat die Bundesregierung – basierend auf einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Verfassungswidrigkeit des Nachtragshaushalts 2021 – entschieden, Zuschüsse für die Übertragungsnetzbetreiber in Höhe von 5,5 Milliarden € zu streichen. Daraufhin haben sich die Netzentgelte und die Umlage gemäß § 19 StromNEV erhöht (die Stromnetzentgeltverordnung oder kurz StromNEV ist die „Verordnung über die Entgelte für den Zugang zu Elektrizitätsversorgungsnetzen“). Aufgrund der Erhöhung der Netzentgelte sah sich die evo gezwungen, diese an die Endkunden mit einer Preisanpassung zum 01.04.2024 beim Arbeitspreis um 1,81 ct/kWh weiterzugeben. Der Marktanteil Strom liegt in Oberhausen mit ca. 75 % zum Jahreswechsel 2024/25 rund 3% unter dem Vorjahresniveau.

Vertrieb Erdgas und Fernwärme

Der Wärmeabsatz ist grundsätzlich im Wesentlichen von witterungsbedingten Einflüssen geprägt. Im Vergleich zum Vorjahr liegt die Gradtagzahl 2024 jedoch nahezu auf dem Niveau von 2023. Im 5-Jahresmittel sind es -7,5 % zum Zeitpunkt des Jahresabschlusses. Vor allem der Zeitraum von Februar bis Mai 2024 war milder als im langjährigen Mittel. So unterschreitet der Gasabsatz (512,2 MWh) witterungsbedingt sowie aber vor allem durch geändertes Verbraucherverhalten sowie Kundenverluste im hart umkämpften Markt den Vorjahreswert um -15,0 GWh (ca. -2,85 %). Der Endbestand der Kunden sinkt im Vergleich zum Vorjahr (-6,43 %). Bei den Privat- und Gewerbekunden (483,9 GWh) liegt der Absatz mit -2,9 % unter dem des Vorjahres. Im Bereich der Geschäfts- und Industriekunden (16,7 GWh) fällt der Absatz um -5,7 % niedriger aus. Außerhalb von Oberhausen ist ein leichter Anstieg des Gesamtabsatzes (11,5 GWh) im Vorjahresvergleich um +2,6 % zu verzeichnen.

Im Jahr 2024 haben sich die Energiebeschaffungsmärkte weiter beruhigt. Die noch im Jahr 2023 größeren Preisvolatilitäten und daraus resultierenden kostspieligen Beschaffungspreisen waren im Jahr 2024 nicht mehr so stark präsent. Auch mit der geänderten Beschaffungsstrategie sah sich die evo in der Lage, die Endkundepreise unserer Erdgaskunden zum 01.01.2024 in Höhe von (-1,5 ct/kWh) zu senken. Der Marktanteil Gas liegt in Oberhausen mit ca. 75 % zum Jahreswechsel -4 % unter Vorjahresniveau.

Auch der Fernwärmeabsatz ist im Wesentlichen von witterungsbedingten Einflüssen sowie durch das allgemeine Verbrauchsverhalten geprägt. Im Bereich der Fernwärme inkl. Dampflieferung liegt der Gesamtabsatz mit 392,3 GWh, bei einer Abweichung von +6,6 %, über dem des Vorjahres. Die Anpassung der Endkundenpreise unserer Wärmekunden unterliegt nach den aktuellen vertraglichen Regelungen einer Preisgleitklausel. So erfolgte die Preissenkung zum 01. Oktober 2024 für den Arbeitspreis bei einem Jahresverbrauch bis 20.000 kWh um -1,68 ct/kWh sowie bei einem Jahresverbrauch größer 20.000 kWh um -1,61 ct/kWh, für die CO2-Komponente um -0,13 ct/kWh und für das Preiselement der „Gasumlagen“ mit der anteiligen Gasspeicherumlage um 0,03 ct/kWh. Die mengenabhängige Preiskomponente sinkt damit in Summe um -1,71 ct/kWh.

Als eine Maßnahme zur Begrenzung der Folgen durch die Energiekrise wurde vorübergehend der Mehrwertsteuersatz für Gas und Fernwärme vom 01.10.2022 bis 31.03.2024 auf 7% reduziert. Zum 01.04.2024 erfolgte die Anhebung des Mehrwertsteuersatzes auf wieder 19%. Dies führte zu einer Erhöhung der Bruttopreise.

Dienstleistungen sowie Energielösungen

Die evo erbringt kaufmännische, technische und IT-Dienstleistungen für Dritte. Dazu gehören im Wesentlichen die BSO KG, die FSO KG, die InfraTec Duisburg GmbH, die OB-Netz, die Stadt Oberhausen mit ihren kommunalen Eigenbetrieben, die STOAG und die WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH.

Ferner bietet die evo Contracting-Leistungen im Bereich Wärmeversorgung für Privathaus-halte oder Gewerbetreibende an. Der Absatz in diesem Bereich Energielösungen liegt mit 15,97 GWh witterungsbedingt über dem Vorjahr (13,98 GWh).

Strategische Beteiligungen

Die evo hält verschiedene operative und strategische Beteiligungen, von denen Nachfolgende für die Entwicklung im abgelaufenen Geschäftsjahr von besonderer Bedeutung waren.

Oberhausener Netzgesellschaft mbH

Im Geschäftsjahr 2024 hat die evo aufgrund des Ergebnisabführungsvertrags den Jahresüberschuss der OB-Netz in Höhe von 4.194 T€ (Vj. 193 T€ Verlustübernahme) erhalten. Das Vorjahresergebnis war durch höhere Personalaufwendungen durch Wechsel von Mitarbeitern von der evo zur OB-Netz und durch rückläufige Ergebnisbeiträge aus dem regulierten Netzgeschäft geprägt. Im Vergleich zum Budgetansatz für 2024 von 6.785 T€ zeigt sich eine negative Abweichung bei der Gewinnabführung an die evo in Höhe von -2.591 T€. Diese Verschlechterung ist maßgeblich auf reduzierte Ergebnisbeiträge im regulierten Strom- und Gasnetzbereich zurückzuführen, die durch ungünstige Witterungseffekte sowie einen signifikanten Anstieg der vorgelagerten Netzkosten im Zusammenhang mit einer außergewöhnlichen Leistungsspitze im November bedingt sind. Dieser Effekt kann anteilig durch periodenfremde Effekte und einem positiven Ergebnisbeitrag aus der Mehr-/Mindermengenabrechnung abgemildert werden. Weiterhin verbessert sich der Personalaufwand im Vergleich zur Planung bedingt durch aktuell nicht besetzte Stellen.

Biostrom GmbH & Co. KG

Die Biostrom Oberhausen Management GmbH (BSO GmbH) ist die persönlich haftende Gesellschafterin der Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG (BSO KG) und übernimmt deren Geschäftsführungsaufgaben; die weitere operative Tätigkeit - d.h. der Betrieb eines Biomasse-Heizkraftwerks (BMK) - obliegt der BSO KG. Die evo ist 100-%ige Gesellschafterin beider Gesellschaften und übernimmt auf der Basis eines Dienstleistungsvertrages die kaufmännische Geschäftsbuchhaltung und technische Dienstleistungen.

Das BMK arbeitet nach dem Grundsatz der Kraft-Wärme-Kopplung. Als Brennstoff werden Material aus der Landschaftspflege/Grünschnitt und insbesondere Holzhackschnitzel aus der Landschaftspflege eingesetzt. Im Biomassekessel wird Wasser zu überhitztem Dampf aufgeheizt, der dann in einer Turbine entspannt wird. Der durch die Dampfturbine produzierte Strom wird in das Stromnetz des örtlichen Netzbetreibers Oberhausener Netzgesellschaft mbH eingespeist. Die Vergütungssätze für die Stromeinspeisung sind durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) über 20 Jahre gesichert. Die in der Turbine gleichzeitig anfallende Wärme, die im Dampf enthalten ist, wird zur Wärmeauskopplung genutzt und in das Fernwärmenetz der evo eingespeist.

Für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2024 verzeichnet die Gesellschaft einen Jahresüberschuss nach Steuern von T€ 49,1 (Vj. Jahresfehlbetrag T€ 186,6). Im Vergleich zur Planung konnte das geplante EBITDA (Ergebnis vor Zinsen, Steuern und Abschreibungen) von ca. 1,7 Mio. EUR mit 1,0 Mio. EUR nicht erreicht werden. Der Jahresüberschuss von TEUR 49,1 lag deutlich unter der Planung in Höhe von TEUR 625,0, ursächlich für die Entwicklung war die geringere Anzahl an Betriebsstunden.

Zur Stärkung der Kapitalstruktur, z. B. für unvorhergesehene Reparaturen und Stillstände, ist aktuell keine Gewinnauszahlung an die evo geplant.

Beteiligung KSBG - STEAG

Gemeinsam mit fünf weiteren Stadtwerken war die evo seit 2014 mittelbar zu 100 % an der STEAG GmbH (STEAG) beteiligt. Die jeweiligen Anteile waren in der KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co. KG (KSBG) gebündelt; die Beteiligungsquote der evo an der KSBG beträgt 6 %. Mit dem Engagement an der STEAG waren für die Konsorten Erwartungen verbunden, die sich nicht mehr erfüllen ließen. Somit wurde durch die Konsorten im Jahre 2021 eine Grundsatzentscheidung getroffen, die STEAG wieder zu verkaufen. Durch die Energiekrise ab Februar 2022 hat das Geschäft für Investoren neue Attraktivität bekommen. In einem Verkaufsprozess fiel der Zuschlag im August 2023 auf den spanischen Infrastruktur-Investor Asterion Industrial Partners. Der Abschluss des Verfahrens, das so genannte „Closing", erfolgte noch im Dezember 2023.

Im Geschäftsjahr 2024 konnte die evo mehrere Zahlungen von der KSBG von insgesamt 66,4 Mio. € vereinnahmen. Diese wurden verwendet, um das bestehende Gesellschafterdarlehen zzgl. aufgelaufener Zinsen in Höhe von 2,7 Mio. € zurückzuzahlen. In Höhe von 15,6 Mio. € erfolgte eine Kapitalrückzahlung, die zu einer erfolgsneutralen Reduzierung des Buchwerts der evo an der KSBG-Beteiligung auf rd. 6,7 Mio. € führte. Die übrigen Zahlungen erfolgten als Gewinnausschüttungen und führten zur Realisierung von einmaligen Gewinnen in Höhe von rd. 48,1 Mio. €, die als Beteiligungserträge vereinnahmt wurden.

Für das Jahr 2025 geht die KSBG-Wirtschaftsplanung von weiteren Zahlungen aus, die auch den verbleibenden Beteiligungsbuchwert der evo an an der KSBG von 6,7 Mio. € decken. Zudem besteht aus Sicht der evo die Chance, dass ein weiterer Gewinn von bis zu 9,5 Mio. € realisiert werden kann.

Auch anschließend soll die KSBG für mehrere Jahre fortgesetzt werden, bis alle steuerlichen Themen und Nachhaftungsansprüche aus dem Verkaufsprozess abschließend geklärt sind. Die für diese Zwecke erforderliche Liquidität wird zunächst in der KSBG vorgehalten und später - voraussichtlich ab 2030 - bei der Liquidation an die Konsorten ausgekehrt.

Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Ertragslage

In Ergänzung zu den Ausführungen im Anhang des Jahresabschlusses gehen wir auf die Veränderung der wesentlichen GuV-Positionen für das Geschäftsjahr 2024 im Vergleich zum Vorjahr wie folgt ein:

Die Umsatzerlöse belaufen sich auf 272,4 Mio. € und sinken im Vergleich zum Vorjahr um 10,4 Mio. € (Vorjahr 282,8 Mio. €).

Insgesamt ist für die Verkaufserlöse Strom (111,5 Mio. €), Erdgas (55,0 Mio. €) und Wärme (60,7 Mio. €) ein Rückgang der Umsatzerlöse in Höhe von -15,9 Mio. € gegenüber dem Vorjahr von 243,8 Mio. € zu verzeichnen. Die entsprechende Absatz- und Preisentwicklung wurde im Geschäftsverlauf erläutert. In den Energieumsätzen ist mit 3,1 Mio. € (Vorjahr 8,7 Mio. €) der Verkauf der Verlustenergie an die Netzgesellschaft enthalten, der sich negativ auf die Energieverkaufserlöse im Vergleich zum Vorjahr auswirkte.

Sonstige Umsatzerlöse resultieren u. a. aus der Direktvermarktung der Kraftwerke und des Intraday-Handels. Durch eine höhere Laufleistung der Kraftwerke und gestiegenen Marktpreisen an der Strombörse liegen diese Erlöse mit 19,3 Mio. € rund 3,6 Mio. € über dem Vorjahr (15,7 Mio. €).

Die Sonstigen betrieblichen Erträgen in Höhe von 3,1 Mio. € liegen um 24,8 Mio. unter dem Vorjahr (27,9 Mio. €). Im Geschäftsjahr 2023 waren in dieser Position die Erträge aus der Zuschreibung des Beteiligungsbuchwertes der KSBG-Anteile (22,3 Mio. €) enthalten, was einen wesentlichen Sachverhalt für die Abweichung darstellt.

Der Materialaufwand beträgt 193,9 Mio. € (Vorjahr 216,3 Mio. €) und unterschreitet das Vorjahr um 22,4 Mio. €. Im Materialaufwand sind im Wesentlichen die Energiebezugskosten enthalten, sie beliefen sich im Geschäftsjahr auf 181,8 Mio. € (Vorjahr 205,9 Mio. €) . Sie verringerten sich hauptsächlich in Folge geringerer spezifischer Beschaffungspreise.

Der Personalaufwand übersteigt mit 29,1 Mio. € das Vorjahr um 1,9 Mio. € (Vorjahr 27,2 Mio. €). Dies resultiert im Wesentlichen aus der Tarifanpassung der Vergütungen sowie einem Anstieg der Mitarbeiterzahl.

Die Abschreibungen von 5,8 Mio. € (Vorjahr 5,7 Mio. €) liegen mit 0,1 Mio. € leicht über dem Vorjahr.

Die Sonstigen betrieblichen Aufwendungen in Höhe von 28,1 Mio. € übertreffen das Vorjahr um 6,4 Mio. € (Vorjahr 21,7 Mio. €). Dies ist u. a. auf höhere Wertberichtigungen auf Kundenforderungen für drohende Forderungsausfälle in Folge des gestiegenen Preisniveaus sowie der Altersstruktur zurückzuführen. Zur Steigerung der Kundenzufriedenheit, der Umsetzung der Digitalisierungsstrategie sowie weiterer Prozessoptimierungsmaßnahmen ist diese Position durch zusätzliche Dienstleistungskosten belastet.

Vermögenslage

Durch die Übertragung der Strom- und Gasnetze auf die OB-Netz werden die entsprechenden Netz-Investitionen dort direkt aktiviert; lediglich die Investitionen für das Fernwärmenetz werden bei der evo als Zugang im Anlagevermögen ausgewiesen. Die technisch-wirtschaftliche Optimierung des Fernwärmenetzes wurde im Berichtsjahr weiter vorangetrieben. Der Anteil der dafür notwendigen Investitionen im Jahr 2024 für die Verteilungsanlagen bei der evo an den gesamten Investitionen des Sachanlagevermögens und der Immateriellen Vermögensgegenstände betrug rund 57 %.

	Budget 2024 in TEUR	**Ist 2024 in TEUR**	**Ist 2023 in TEUR**
Investitionen	16.282	11.240	5.825
Abschreibungen	6.000	5.984	5.925

Neben Investitionen in Höhe von TEUR 2.031 für die Strom- und Wärmebereitstellung sowie TEUR 7.612 zur Erneuerung des Fernwärmenetzes sah das Investitions-Budget 2024 weitere Erneuerungen im Bereich der Gemeinsamen Anlagen von TEUR 6.639 vor.

Die Investitionen im Berichtsjahr betrugen TEUR 11.240 und teilen sich wie folgt auf:

	Ist 2024 in TEUR	**Ist 2023 in TEUR**
Immaterielle Vermögensgegenstände	990	161
Sachanlagen		
▪ Strom- und Wärmebereitstellung	2.144	587
▪ Stromverteilung	504	0
▪ Fernwärmeversorgung	6.179	3.716
▪ Energieservice	867	727
▪ Gemeinsame Anlagen	504	612
Finanzanlagen	52	22
Gesamtbetrag	**11.240**	**5.825**

Auch im Berichtsjahr wurden zahlreiche Projekte im Bereich Contracting und Nahwärme umgesetzt. Diese Vertriebsprojekte bestehen aus Maßnahmen von einzelnen Heizkesseln (Kleinanlagen-Contracting) bis hin zu kleineren Nahwärmenetzen, bei dem Blockheizkraftwerke die angeschlossenen Häuser mit Wärme und Strom versorgen. Durch diese für die evo wirtschaftlich sinnvollen Neuinvestitionen wird zudem das Marktrisiko - insbesondere im Gasvertrieb - durch langfristige Kundenbindung reduziert.

In den kommenden Geschäftsjahren wird die vorhandene Liquidität nicht vollständig zur Deckung der erforderlichen Investitionen zur Einleitung der Energiewende ausreichen. Es ist geplant, zukünftig den dafür jährlich erforderlichen Anteil durch langfristige Darlehensaufnahmen sukzessive zu finanzieren. Bereits für das Frühjahr 2025 sind weitere Fremdkapitalaufnahmen geplant, um die anstehenden Sachinvestitionen anteilig zu finanzieren.

Finanzlage

Der Mittelzufluss aus der laufenden Geschäftstätigkeit erhöht sich im Jahr 2024 um rund T€ 13.313 auf T€ 15.826. Dies ist im Wesentlichen auf das höhere Periodenergebnis

(T€ 65.649), die Abschreibungen des Anlagevermögens (T€ 5.798) und die Zunahme der kurzfristigen Rückstellungen (T€ 9.402) zurückzuführen, was durch Beteiligungserträge aus der Veräußerung der Beteiligung an der KSBG (T€ - 48.057) kompensiert wird, weiterhin mindernd wirken sich die Abnahme der Verbindlichkeiten (T€ - 11.786) aus. Die Investitionstätigkeiten innerhalb der Kapitalflussrechnung belaufen sich im Berichtsjahr auf T€ 52.530 (Vorjahr T€ - 5.733). Der Anstieg ist wiederum bedingt durch Einzahlungen aus Gewinnausschüttungen aufgrund der Veräußerung der Beteiligung an der Steag durch die KSBG (T€ 48.057) und Einzahlungen aus der Kapitalrücklage der KSBG (T€ 15.600). Der Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit (T€ - 34.112) beinhaltet neben der Ergebnisabführung aus dem abgelaufenen Berichtsjahr (T€ - 14.899) auch die Tilgung von Krediten in Höhe von T€ 11.555 sowie die Tilgung der Kontokorrentkredite (T€ - 9.484). Zum 31. Dezember 2024 kam es zu einer Zunahme des Finanzmittelfonds um T€ 34.244 auf T€ 35.342.

Im Rahmen einer zentralen Anlagestrategie wurde eine Cash-Pooling-Vereinbarung mit der OB-Netz und der FSO getroffen, wobei die Verzinsung von Darlehen zu Geldmarktsätzen am Frankfurter Bankenplatz erfolgt. Die Anlage von kurz- und mittelfristig freien liquiden Mitteln erfolgt zentral durch die evo in Tages- und Festgeldern.

Ein seit 2007 bestehender Spezialfonds dient zur Deckung der mittelfristigen Rückstellungen, die im Wesentlichen Maßnahmen aus dem Personalbereich beinhalten.

Aus den Finanzplanungen der evo für die kommenden Jahre ergibt sich weiterhin - wie unter Vermögenslage erläutert - ein zusätzlicher Kapitalbedarf mit der Folge, dass zukünftig Teile der Investitionen durch Fremdkapital finanziert werden müssen. Positiv ist festzustellen, dass die evo im Jahre 2024 einen Betrag von rd. 50,8 Mio. € in die Gewinnrücklagen einstellen konnte und die bilanzielle Eigenkapitalquote damit auf rd. 36 % gesteigert hat. Mit diesen Mitteln hat die evo eine gute Ausgangslage für die kommenden Investitionen zur Finanzierung der Energiewende in Oberhausen. Ebenso ist geplant, die Bezugskostenspitzen in den Wintermonaten über kurzfristige Mittel im Rahmen der bestehenden Kreditlinien temporär zu bezahlen.

Angaben zu Tätigkeitsabschlüssen nach § 6b EnWG

Vertikal integrierte Energieversorgungsunternehmen sind nach § 6b Abs. 5 in Verbindung mit Abs. 3 Nr. 1 - 7 EnWG verpflichtet, für jede ihrer dort genannten Tätigkeiten einen gesonderten Tätigkeitsabschluss zu erstellen. Bei der evo umfasst dies die Tätigkeitsbereiche Dienstleistungen Stromverteilung, Dienstleistungen Gasverteilung und Entwicklung, Verwaltung oder Betrieb von Ladepunkten für Elektromobile. Für die vorgenannten wurden gesonderte Tätigkeitsabschlüsse entsprechend dem Rechnungslegungsstandard des Fachausschusses für öffentliche Unternehmen und Verwaltungen (RS ÖFA 2) erstellt und damit den Empfehlungen der Bundesnetzagentur und des IDW gefolgt.

In den anderen Tätigkeiten innerhalb des Elektrizitäts- und Gasbereiches nach § 6b Abs. 3 Satz 3 EnWG werden die Beschaffung und der Vertrieb von Strom und Gas erfasst. Unter den sonstigen Aktivitäten werden neben der Erzeugung und Verteilung von Fernwärme, dem Contracting und weiteren Dienstleistungen für Dritte, auch die Tätigkeiten des Verwaltungsbereichs zusammengefasst.

Risiko- und Chancenbericht

Risikomanagementsystem

Zur Sicherung der Unternehmensziele, des künftigen Erfolges des Unternehmens sowie zur Senkung der Risikokosten führt die evo halbjährlich eine Risikoinventur durch. Diese Aufgabe wird auch für die OB-Netz und die BSO wahrgenommen. Damit Risiken frühzeitig erkannt und rechtzeitig angemessene Gegensteuerungsmaßnahmen ergriffen werden können, ist bei der evo ein Risikomanagementsystem gemäß dem Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) implementiert. Alle erfassten Risiken werden durch Risikopaten hinsichtlich ihrer Eintrittswahrscheinlichkeit (unmöglich bis akut) und Schadenshöhe (unbedeutend bis existenzvernichtend) eingestuft. Die Risiken werden dabei nicht nur auf die mit den Risiken verbundenen Kosten, Erlöseinbußen, Margenverluste oder Betriebsunterbrechungen untersucht, es wird auch der Einfluss auf Ressourcen, wie z. B. Personenschäden oder Imageverlust analysiert.

In der letzten Risikoinventur auf Ebene der gesamten Unternehmensgruppe wurden zum 31. Dezember 2024 insgesamt 48 Risiken erfasst. Die Risiken wurden im Wesentlichen

(44 Risiken) der niedrigsten Risikoklasse zugeordnet. Lediglich vier Risiken beinhalten ein mittleres Risiko. Dazu gehören der Ausfall des Stromnetzes und Haftung nach NAV (Niederspannungsanschlussverordnung), der Ausfall der Fernwärmeerzeugung, Cyberrisiken und unbeabsichtigter Datenabfluss.

Zu den Aufgaben der evo gehört es, die Versorgungssicherheit in Oberhausen unter allen Umständen sicherzustellen. Daher praktiziert die evo bereits seit 2011 ein Krisenmanagement, das durch regelmäßige Krisenübungen professionalisiert und kontinuierlich an die neuesten Erkenntnisse angepasst wird. Ein Unterweisungstool stellt sicher, dass alle Personen des Krisenstabes mit den Aufgaben der ihnen zugewiesenen Rolle vertraut sind.

Eine weitere wichtige Voraussetzung für das weitgehend reibungsfreie Arbeiten in der Krise ist eine verlässliche Kommunikation. Durch die Einbindung der Unternehmenskommunikation (intern, extern, Social Media) kann zu jeder Zeit sichergestellt werden, dass alle Informationen (z. B. über das Intranet) bei den Beschäftigten (u. U. auch täglich) ankommen. Kundenanliegen werden zudem über die etablierten Kommunikationskanäle proaktiv behandelt. Der Krisenstab der evo steht bei Bedarf in engem Austausch mit dem Krisenstab der Stadt Oberhausen. In diesem werden die sich aus der Energiekriese ergebenden Gefahren analysiert und Gegenmaßnahmen geplant; die Abstimmungen erfolgen in einem kontinuierlichen Austausch auch mit der städtischen Feuerwehr, der Polizei und weiteren Behörden. Das Ziel ist es, bei Versorgungsengpässen adäquat und abgestimmt zu reagieren.

Im Rahmen der halbjährlich durchgeführten Risikoinventuren wurden für den Berichtszeitraum auf Ebene der evo drei neue Risiken identifiziert, es wurden zwei Risiken abgemeldet.

Das Risiko „Risiken in der Position des Grundversorgers“ konnte geschlossen werden, da es sich hierbei um ein Risiko aus der Energiekrise handelte. Durch die Marktkonstellation mussten Energiemengen zu sehr hohen Preisen nachgekauft werden, wenn die Kunden kurzfristig zugeschrieben wurden. Das war der Fall, wenn die bisherigen Lieferanten die Belieferung gekündigt hatten. Wenn Kunden heute unerwartet in die Belieferung der evo geraten, kann die Energiemenge sogar zu günstigeren Bezugskosten beschafft werden. Entstünde eine erneute Krisensituation, werden die Risiken in den Preisanpassungen berücksichtigt. Somit besteht das Risiko nicht mehr. Zudem konnte das Risiko „Kosten der Wiederaufnahme von Rohrnetzen nach Einstellung der Gasversorgung aufgrund einer Gasmangellage“ geschlossen werden. Auch hierbei handelte es sich um ein Risiko der Energiekrise. Die Energieversorgung in Deutschland ist wieder gesichert.

Zu den neu hinzugekommenen Risiken zählen zum einen „Erhöhte Erzeugungskosten durch längere Instandhaltungszeit“. Die Zuverlässigkeit externer Dienstleister hat erkennbar abgenommen. Trotz frühzeitiger Planung und Beauftragung ist es möglich, dass Wartungs- und Instandhaltungsmaßnahmen an den Erzeugungsanlagen der evo nicht bis zur Heizperiode abgeschlossen werden. In diesem Fall müssen ggf. teurere Erzeugungsanlagen eingesetzt werden. Zum anderen ist das Risiko „Erhöhte Instandhaltungskosten aufgrund des Alters der Anlagen“ hinzugekommen. Hierbei kommt es vermehrt zu unerwartetem und nicht planbaren Instandhaltungsaufwand. Teilweise ist dieser jedoch über die Versicherung abgedeckt, zudem bestehen Rückstellungen für unterlassene Instandhaltungsmaßnahmen. Des Weiteren ist das Risiko „Unterdeckung in der Fernwärme“ im Geschäftsjahr 2024 hinzugekommen. Im Falle eines sehr kalten Winters und des Ausfalls der größten Erzeugungsanlage kann es zu einer Unterdeckung der Fernwärme kommen. Alle drei neu aufgenommenen Risiken wurden der niedrigsten Risikoklasse zugeordnet.

Absatzmarktrisiken

Das wesentliche Risiko bilden die vermehrten Wechselprozesse in den Geschäftsfeldern Strom- und Erdgasvertrieb. Hier ist für die Zukunft mit einer steigenden, zumindest aber mit einer gleichbleibend hohen Wechselbereitschaft der Kunden zu rechnen, getrieben u.a. durch von Kundenwechseln profitierenden neuen Marktteilnehmern in Form von Vergleichs- und Wechselportalen. Hinzu kommen Unsicherheiten hinsichtlich der zukünftigen Preisgestaltung insbesondere im Bereich des Stromvertriebs, die angesichts zunehmender gesetzlicher Eingriffe und Regulierungen nicht mehr allein unternehmerisch zu beeinflussen ist.

Einfluss auf die zukünftige Form des Wettbewerbs haben auch neue gesetzliche Rahmenbedingungen, insbesondere das Gesetz für faire Verbraucherverträge und die Einführung des 24-Stunden-Lieferantenwechsels zum 01.06.2025. Die Umstellung des Day-Ahead-Handels Strom auf 1/4-Stunden könnte den Wettbewerb verschärfen. Auf der einen Seite kann die etablierte Energiewirtschaft darauf hoffen, dass die unfairen und irreführenden Marktpraktiken, die in der Vergangenheit durch neue Marktteilnehmer im Markt eingeführt wurden, erschwert werden, auf der anderen Seite wird die Marktmacht zu Gunsten der Verbraucher verschoben. Somit ist grundsätzlich ein fairerer, aber auch ein intensiverer Wettbewerb in den Energiemärkten zu erwarten.

Ein weiteres Risiko besteht in der strukturierten Energiebeschaffung. Da die evo als Energieversorger der Stadt Oberhausen auch der Versorgungssicherheit verpflichtet fühlt, werden zur Absicherung der bestehenden Lieferverträge im Rahmen der strukturierten Beschaffung Energiemengen sukzessive eingekauft. Dies kann auch bei sehr hohen Preisen auf den Beschaffungsmärkten erfolgen. Aggressivere, bundesweit agierende Anbieter haben diese Verpflichtung nicht erfüllt. Wenn die Preise auf den Beschaffungsmärkten auf ein deutlich niedrigeres Niveau sinken, können diese Konkurrenten wegen ihrer kurzfristigeren Einkaufsstrategie deutlich günstigere Endverbraucherpreise anbieten, was den Wettbewerb zusätzlich anfacht und aus Sicht der evo zu Kunden- und/oder Margenverlusten führen kann.

Der Preisverfall auf den Energiemärkten kann zu zunehmender Spreizung zwischen den Bestandskundenpreisen und Neuabschlüssen führen. Damit ist das zunehmende Risiko der Wechselbereitschaft sowohl in günstigere Tarife als auch zu fremden Versorgern begründet. Für die evo geht dies mit einem zunehmenden Rückvermarktungsrisiko einher.

Beschaffungsmarktrisiken

Bei der Energiebeschaffung verfolgt die evo eine risikoaverse Strategie. Die evo betreibt selbst keinen Energiehandel, sondern beschafft die Erdgas- und Strommengen für ihren geplanten Absatz über die Beteiligungsgesellschaft Quantum. Zur Vermeidung des Preisrisikos erfolgt die Beschaffung von Mengen für Großkunden „back to back“, d. h. die Menge wird erst bei Vertragsabschluss beschafft und unterliegt so nur einem geringen Preisrisiko. Für den größeren Teil der evo-Kunden (Haushalt und Kleingewerbe), die über Standardlastprofile beliefert werden, erfolgt die Beschaffung sukzessive und strukturiert. Der große Anteil dieser Kundengruppe kann anhand von Erfahrungswerten unter Berücksichtigung zukünftiger Kundenflüsse gut prognostiziert werden. Dies reduziert das gegebene Mengenrisiko. Operative Risiken werden durch Prozesse und interne Kontrollmechanismen sowohl bei der Quantum, als auch bei der evo minimiert.

Die evo hatte während der Energiekrise auf die extreme Situation auf den Energiemärkten reagiert und die Beschaffungsstrategie angepasst. Die Beschaffungsstrategie wurde in Hinblick auf Eindeckungsquoten, Beschaffungszeitraum und spezifische Beschaffungsstrategie geprüft und überarbeitet.

Die Fernwärmebereitstellung erfolgt über verschiedene Wärmequellen, die in Abhängigkeit von den geltenden Marktpreisen entsprechend ihrer spezifischen Erzeugungskosten optimiert werden. Dieser Prozess erfolgt im Rahmen der täglichen Kraftwerksoptimierung, die zu möglichst geringen Kosten der Fernwärmebereitstellung führen sollen.

Sollten die Wärmequellen der GMVA und von OQ nicht zur Verfügung stehen, besteht das Risiko eines Versorgungsengpasses, der nicht ohne Weiteres und/oder zu gleichen Preisen durch die eigenen Erzeugungsanlagen abgedeckt werden kann.

Betriebsrisiken

Grundsätzlich schützt sich die evo gegen Risiken, die im unmittelbaren Zusammenhang mit der unternehmerischen Tätigkeit stehen, durch adäquate Versicherungen. Haftungsrisiken werden durch eine entsprechende Betriebshaftpflichtversicherung abgedeckt.

Zu den Betriebsrisiken der evo gehören auch Risiken steigender Cyberkriminalität, die aufgrund der immer weiter voranschreitenden Digitalisierung entstehen. Hierzu gehören die Risiken, die sowohl die Verfügbarkeit der entsprechenden IT-Systeme, der damit zu verarbeitenden Daten und somit die Grundlage einer modernen, effektiven Prozessabwicklung bei evo, als auch die Verletzung der Vertraulichkeit und der Integrität von Informationen betreffen. Immer weiter in den Fokus rücken hier vor allem der unbeabsichtigte Datenabfluss - vor allem auch über mobile Kommunikationsgeräte und cloudbasierte Dienste, sowie die Nichtverfügbarkeit von Teilen der IT-Infrastruktur und -Services. Die evo begegnet diesen Risiken mit geeigneten Maßnahmen, die im Rahmen eines Informationssicherheits-Managementsystems (ISMS) identifiziert und in einem IT-Risikomanagement bewertet und behandelt werden. Hierzu gehören organisatorische und technische Maßnahmen, wie z. B. Zugangsregelungen, regelmäßige Updates, Datensicherungen, E-Mail- und Internet-Absicherung, die Analyse von Schwachstellen und deren Behebung, wenn solche aufgedeckt werden. Weiterhin erfolgt permanent eine Sensibilisierung der Mitarbeiter. Ein erhöhtes Risiko durch Cyberkriminalität ist bei der evo aufgrund des Betriebes kritischer Infrastrukturen für Oberhausen grundsätzlich zu sehen.

Finanzrisiken

Auf Basis einer rollierenden kurz- bis langfristigen Finanzplanung erfolgt die Liquiditätssteuerung innerhalb von genehmigten Banken-Kreditlinien. Durch das Kerngeschäft und die Vielzahl der Kunden ergeben sich neben den im Abschluss bereits berücksichtigten Einzel- und Pauschalwertberichtigungen, keine weiteren bedeutsamen Preis- und Adressausfallrisiken. Zahlungsstromschwankungen sind aufgrund bekannter Abrechnungszyklen und anhand von Gradtagzahlen weitestgehend planbar. Zur strategischen Ausrichtung hat die evo Finanzmittel in Wertpapieren (Spezialfonds) angelegt. Diese unterliegen marktbedingten Preisrisiken, die auch zu Kursverlusten und somit zu Schäden führen könnten. Das Investment wird als bewusst eingegangene unternehmerische Tätigkeit verstanden, wobei die große Diversifikation in eine Vielzahl von Rentenpapieren und Aktien zur Risikoverminderung beiträgt; unter Berücksichtigung der vereinbarten Anlagestrategie ist von einem maximal leichten Schaden auszugehen.

Gesamtrisiko

Die beiden halbjährlichen Risikoinventuren haben keine Risiken mit wesentlichen Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage und keine bestandsgefährdenden Risiken aufgezeigt. Auch für die Zukunft sind keine derartigen Risiken erkennbar.

Chancenbericht

Seit der Corona-Pandemie wurden vermehrt digitale Lösungen eingesetzt und geprüft, um mobil von zuhause und unterwegs zu arbeiten, Konferenzen werden per Video abgehalten und es wird zunehmend per Chat kommuniziert. Hieraus resultiert die Möglichkeit, sich dauerhaft weiterzuentwickeln und ein digitales Arbeitsumfeld zu schaffen, das den Mitarbeitern, Kunden und weiteren Beteiligten flexiblere Möglichkeiten der Arbeit und Kommunikation bietet. Zudem wäre es denkbar auf lange Sicht Büroflächen zu optimieren, wenn sich eine Lösung für die mobile Arbeit dauerhaft als praktikabel erweist.

Für die Herausforderungen des Wettbewerbs auf den Commodity-Märkten sieht sich der evo-Vertrieb gut gerüstet, insbesondere im Hinblick auf die überarbeiteten Produkte für Geschäfts- und Gewerbekunden. Aber auch die Fernwärme ist nach wie vor beliebt und wird im Rahmen der Energiewende eine bedeutende Rolle spielen können. Zudem tun sich neue Geschäftspotentiale auf. Die Thematik E-Mobilität rückt immer mehr in den Fokus der Bevölkerung. Damit einhergehend bietet sich für die evo die Chance, den Kunden passgenaue Produkte anzubieten sowie höheren Stromabsatz zu generieren. Zudem arbeitet die evo laufend daran, neue Produkte und Geschäftsfelder z. B. im Bereich dezentrale Erzeugung oder Energiedienstleistungen zu etablieren und damit nah an den Kundenwünschen zu agieren und vorhandene Potenziale weiter auszubauen.

Die für 2045 durch den Gesetzgeber beschlossene Klimaneutralität wird unweigerlich die fortschreitende Dekarbonisierung beschleunigen und die Konnektivität der Energienetzte vorantreiben. Der Stromverbrauch und damit die Netzlast wird zunehmen und der evo vertriebliche Opportunitäten bieten.

Zudem ergeben sich weitere Chancen aus der Dekarbonisierung der Stromversorgung sowie der Wärmewende als Teil der Energiewende. Diese bietet den größten Hebel zur Emissionsreduktion. Das übergeordnete Ziel ist hierbei, Bürger:innen im Versorgungsgebiet bis 2045 mit CO2-neutraler Wärme zu versorgen. Um dieses Ziel zu erreichen, haben wir bereits bei der Bezirksregierung eine bergrechtliche Aufsuchungserlaubnis erwirkt, um in den nächsten Jahren durch Probebohrungen das genau tiefengeothermische Potenzial zu ermitteln. Tiefengeothermie ist ein Schlüssel zur sukzessiven Dekarbonisierung der Fernwärme. Auch die Nutzung industrieller Abwärme, die ebenfalls im Fernwärmenetz zum Einsatz kommt, soll weiter ausgebaut werden. Um auch dezentralere Lösungen anbieten zu können, werden wir in den nächsten Jahren außerdem vermehrt Quartierslösungen in Form von Nahwärmeinseln entwickeln. Im Bereich Wärme wollen wir Kund:innen weiterhin dabei unterstützen, autarker zu werden, zum Beispiel durch Technologien wie Wärmepumpen im Contracting-Modell. Bereits umgesetzte Maßnahmen enthalten die Modernisierung und Erweiterung unserer Fernwärmeerzeugungsanlagen sowie den Umbau alter Öltanks zu Wärmespeichern.

Durch die zunehmende Elektrifizierung des Stadtverkehrs planen wir auch im Bereich von emissionsfreien Mobilitätsdienstleistungen eine Vorreiterrolle in Oberhausen einzunehmen. Durch unsere Expertise im Bereich öffentlicher und privater Ladeinfrastruktur und Netzbetrieb werden wir hier wichtige Voraussetzungen schaffen. Mit städtischer Unterstützung wollen wir durch den Ausbau erneuerbarer Energien in unserem Gebiet den Anteil des eigenerzeugten, grünen Stroms in unserem Produktportfolio erhöhen.

Genau wie bei der Wärme spielt aber auch die dezentrale Versorgung eine große Rolle bei der Dekarbonisierung. Deshalb wollen wir unseren Kund:innen zu einem höheren Autarkiegrad verhelfen, indem wir entsprechende Solaraufdachmodule anbieten. Auf den Dächern Oberhausens könnten z. B. insgesamt 770 GWh Strom durch Photovoltaik Aufdachanlagen pro Jahr erzeugt werden. Außerdem planen wir eine Photovoltaik-Aufdach-Kampagne für städtische Liegenschaften.

Ein wichtiger Baustein im Bereich Infrastruktur ist die Digitalisierung der Netze. Es ist geplant, digitale Messtechnologien in die Netze zu integrieren, um Zustandsinformationen zu erhalten und daraus weitere Maßnahmen und Strategien zu entwickeln, die in Richtung Netzoptimierung abzielen. Bereits heute haben wir außerdem einige Smart-City-Projekte umgesetzt, so zum Beispiel zur Bewässerung junger Bäume. In Zukunft sollen Technologien im Bereich LoRaWAN genutzt werden, um datenbasiert und fundiert die Lebensqualität in der Stadt zu steigern. Projekte sind hierbei auch in den Bereichen Klimaanpassung und Katastrophenschutz denkbar.

Prognosebericht

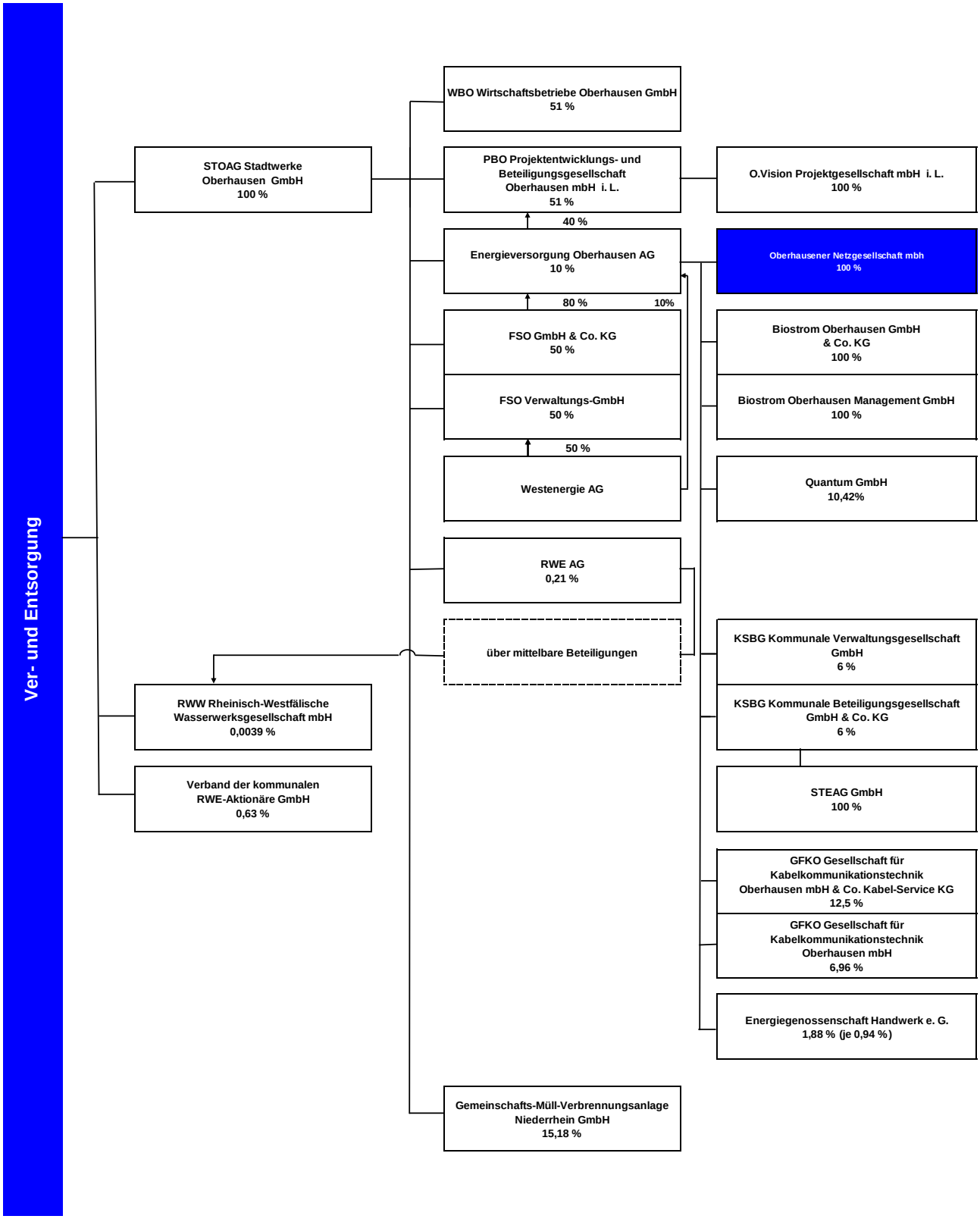
Der Aufsichtsrat der evo hat am 21.11.2024 dem Budget sowie der Finanzplanung 2025 zugestimmt.

Die Planung 2025 geht von Umsatzerlösen in Höhe von 239,5 Mio. € und Materialaufwendungen von 168,7 Mio. € aus. Energieverkaufserlöse werden in Höhe von 211,4 Mio. € prognostiziert. Es wird hierfür ein erwarteter physikalischer Energieabsatz von 1.327 GWh zugrunde gelegt. Die evo geht von vertrieblichen Marktanteilen von 77 % im Bereich Strom und 79 % im Bereich Gas aus (Vorjahr 75 % Marktanteil sowohl im Strom- als auch im Gas-Bereich). Die geplanten Materialaufwendungen enthalten voraussichtliche Energiebezugskosten von 153,5 Mio. €. Die sonstigen Umsatzerlöse entwickeln sich im Planungszeitraum 2025 i. W. durch steigende Ergebnisbeiträge aus den energienahen Dienstleistungen der evo und sonstigen Erlösen im Rahmen des Fern- und Nahwärmeausbaus in Oberhausen (u.a. Hausstationen) positiv. Der Personalaufwand steigt im Planungszeitraum 2025 aufgrund allgemeiner Tarifsteigerungen und der Besetzung vakanter Stellen stetig an und wird mit 27,3 Mio. € prognostiziert. Der sonstige betriebliche Aufwand wird für 2025 mit 26,2 Mio. € erwartet. Eine Kostenspitze im sonstigen betrieblichen Aufwand im Jahr 2025 resultiert dabei i. W. aus den erwarteten Projektkosten für die IT-Umstellung auf SAP S4/Hana. Für das Jahr 2025 ist ein Jahresüberschuss vor Ergebnisabführung in Höhe von 13,1 Mio. € budgetiert.

Oberhausen, 07. März 2025

Energieversorgung Oberhausen AG (EVO)

Dolezych / Basler
Vorstand


Ver- und Entsorgung
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH 100 %
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH 51 %
PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH i. L. 51 %
O.Vision Projektgesellschaft mbH i. L. 100 %
40 %
Energieversorgung Oberhausen AG 10 %
Oberhausener Netzgesellschaft mbh 100 %
80 %
10%
FSO GmbH & Co. KG 50 %
Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG 100 %
FSO Verwaltungs-GmbH 50 %
Biostrom Oberhausen Management GmbH 100 %
50 %
Westenergie AG
Quantum GmbH 10,42%
RWE AG 0,21 %
über mittelbare Beteiligungen
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft GmbH 6 %
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co. KG 6 %
RWW Rheinisch-Westfälische Wasserwerksgesellschaft mbH 0,0039 %
STEAG GmbH 100 %
Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH 0,63 %
GFKO Gesellschaft für Kabelkommunikationstechnik Oberhausen mbH & Co. Kabel-Service KG 12,5 %
GFKO Gesellschaft für Kabelkommunikationstechnik Oberhausen mbH 6,96 %
Energiegenossenschaft Handwerk e. G. 1,88 % (je 0,94 %)
Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH 15,18 %

Oberhausener Netzgesellschaft mbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Danziger Str. 31
46045 Oberhausen

Kontakt:

Telefon	0208/835-3000
Fax	0208/835-2697
e-Mail	info@ob-netz.de
Internet	http://www.ob-netz.de

Rechtsform: GmbH

Stammkapital in T€: 50,00

Gesellschafter:

	T€	%
evo Energieversorgung Oberhausen AG	50,00	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist
- die Verteilung von Energie (Strom, Gas und Fernwärme) an Weiterverteiler und Letztverbraucher,
- die Erbringung von energienahen Dienstleistungen,
- die Planung, der Neu- bzw. Ausbau, die Änderung und der Betrieb (Bedienung, Überwachung bzw. Inspektion, Wartung, Reparaturen und Erneuerungen) der Verteilungsanlagen,
- die Vermarktung der Kapazitäten der Verteilungsanlagen.

Die Gesellschaft kann andere Unternehmen gründen, erwerben und sich an ihnen beteiligen.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

evo Energieversorgung Oberhausen AG	EAV zwischen evo AG und evo Energie-Netz GmbH vom 16.10.2006

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2024)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Hell, Bernd Paul
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Vorstand der evo AG
Prokura:	Prokurist	Möckl, Oliver Rüdiger

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2022		2023		2024	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Anlagevermögen	78.026,22	74,9	84.646,50	82,7	93.430,35	85,4
Umlaufvermögen	26.189,91	25,1	17.743,37	17,3	15.951,28	14,6
Rechnungsabgrenzungsposten	4,78	0,0	4,85	0,0	5,20	0,0
Bilanzsumme	**104.220,91**	**100,00**	**102.394,72**	**100,00**	**109.386,82**	**100,00**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	55.249,80	53,0	55.249,80	54,0	55.249,80	50,5
Rückstellungen	15.261,36	14,6	15.718,26	15,4	15.306,80	14,0
Verbindlichkeiten	16.942,50	16,3	13.208,12	12,9	20.932,66	19,1
Rechnungsabgrenzungsposten	16.767,26	16,1	18.218,54	17,8	17.897,57	16,4
Bilanzsumme	**104.220,91**	**100,00**	**102.394,72**	**100,00**	**109.386,82**	**100,00**

bb) GuV

	2022	2023	2024
	T€	**T€**	**T€**
Umsatzerlöse	90.340,28	111.920,05	121.377,26
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	-53,15	7,88	174,28
andere aktivierte Eigenleistungen	1.879,65	2.409,68	3.294,58
sonstige betriebliche Erträge	710,93	803,22	824,05
Materialaufwand	46.754,96	68.420,60	70.605,24
Personalaufwand	15.145,48	17.662,96	17.869,98
Abschreibungen	2.635,28	2.832,85	3.149,09
sonstige betriebliche Aufwendungen	25.254,58	26.945,09	28.938,50
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	119,37	649,40	266,84
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	145,11	113,14	104,01
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	3.061,67	-184,41	5.270,19
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	911,49	4,10	1.071,60
sonstige Steuern	12,80	4,07	4,36
Erträge aus Verlustübernahmen		192,57	
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	2.137,38		4.194,22
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	0,00	0,00	0,00
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0,00	0,00	0,00

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2022	31.12.2023	31.12.2024	Angaben in
Umsatzrentabilität:	2,37	-0,17	3,46	%
Eigenkapitalrentabilität:	3,87	-0,35	7,59	%
Cash-Flow:	4.772,66	2.640,28	7.343,31	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	573,32	673,34	726,42	T€
Personalaufwandsquote:	16,31	15,34	14,22	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2022	31.12.2023	31.12.2024	Angaben in
Sachanlagenintensität:	74,55	82,31	85,01	%
Eigenkapitalquote:	53,01	53,96	50,51	%
Fremdkapitalquote:	46,99	46,04	49,49	%
Anlagendeckungsgrad 2	73,25	67,55	61,25	%
Verschuldungsgrad	88,64	85,33	97,99	%

e) Lagebericht

Unternehmen, gesellschaftsrechtliche Situation und Rahmenbedingungen

Unternehmen und gesellschaftsrechtliche Situation

Die Oberhausener Netzgesellschaft mbH (OB-Netz) ist eine 100-prozentige Tochter der Energieversorgung Oberhausen AG (evo). Das Kerngeschäft der Netzgesellschaft ist darauf ausgerichtet, das in ihrem Eigentum befindliche Strom- und Gasnetz entsprechend den Vorgaben des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG) diskriminierungsfrei zu betreiben, zu warten und bedarfsgerecht auszubauen. Die Netzgesellschaft übernimmt zudem die Funktion des grundzuständigen Messstellenbetreibers in Oberhausen. Um vorhandene Synergiepotenziale zu nutzen, ist in die Gesellschaft zusätzlich der Betrieb und der Ausbau für das Fernwärmenetz integriert. Darüber hinaus gehört der technische Betrieb der öffentlichen Beleuchtung für die Stadt Oberhausen zur Geschäftstätigkeit der Netzgesellschaft.

Mit der evo besteht ein Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag (EAV); ferner ist die Gesellschaft in den Konzern der FSO GmbH & Co. KG und als Organgesellschaft in eine ertragsteuerliche Organschaft eingebunden.

Rahmenbedingungen

Die Netzgesellschaft betreibt mit ihrem Strom- und Gasnetz eine sog. kritische Infrastruktur (KRITIS) von wesentlicher Bedeutung für die Aufrechterhaltung wichtiger gesellschaftlicher Funktionen im Sinne des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) und des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK).

Die operativen und wirtschaftlichen Herausforderungen aller Verteilnetzbetreiber sind durch die sich verändernden Rahmenbedingungen deutlich gestiegen. Die Energiewende hat sich u. a. durch die mit dem Ukrainekrieg ausgelösten Energiekrise beschleunigt. Es kommt zu einem verstärkten Ausbau dezentraler Stromerzeugung mit Photovoltaikanlagen und auch die Mobilitätswende mit einer steigenden Elektrifizierung ist durch Verteilnetzbetreiber strategisch zu berücksichtigen. Im Hinblick auf das Klimaschutzgesetz und die Verpflichtung Deutschlands zur der Treibhausgasneutralität werden die Investitionstätigkeiten im Bereich der Gasnetze deutlich vermindert. In der Vergangenheit wurde die sogenannte „Retrofit-Strategie“ im Bereich der Versorgungsnetze verfolgt; d.h. es wurde beispielsweise „vorbeugende“ Investitionen zur Modernisierung vorgenommen. In Anbetracht der aktuellen Entwicklungen wird der Fokus bei OB-Netz jedoch auf Instandhaltungsmaßnahmen gelegt, was zu verminderten Investitionsaktivitäten im Bereich der Gasnetze führt.

Im Geschäftsjahr 2024 wurden diverse Gesetzesentwürfe (u.a. ein Artikelgesetz zur Novellierung von EnWG, MsbG und EEG) veröffentlicht und sind aufgrund der Regierungskrise und des Austritts der FDP aus der „Ampel“-Regierung nicht mehr beschlossen. Zudem bestehen Unsicherheiten, inwieweit und wie lange die bereits beschlossenen Regelungen (z.B. Gebäudeenergiegesetz) Bestand haben werden, weil unklar ist, welche Impulse/Richtungswechsel eine neue vermutlich eher konservative Regierung setzen wird und welche Gesetze wieder rückabgewickelt werden.

Die Umsetzung des EuGH-Urteils zur Unabhängigkeit der Regulierungsbehörden (C-718/18) sorgte für eine Novellierung des EnWG. Die Behörden haben nun sehr große Handlungsspielräume durch Festlegungen zu regulieren. Die BNetzA hat eine Große Beschlusskammer (GBK) gegründet, in der die wesentlichen Festlegungen zusammen mit den Landesregulierungen erlassen werden sollen. Im Jahr 2024 hat diese GBK den sog. „NEST“ (Netze. Effizient. Sicher. Transparent.) Prozess gestartet, der zu einer Weiterentwicklung der Anreizregulierung unter Abschaffung diverser Verordnungen (ARegV, StromNEV, GasNEV, NAV, NDAV etc.) führen soll. Dieser Prozess soll lt. des Präsidenten der BNetzA, Herrn Müller, Ende 2025 abgeschlossen sein. Diese Änderungen werden ab der fünften Regulierungsperiode wirksam. In der

derzeit laufenden 4. RP gelten hingegen weiterhin die bestehenden Verordnungen (insb. Netzzugangs-, Netzentgelt- und Anreizregulierungsverordnung).

Netzbetreiber haben durch die im November 2023 erlassene Festlegung der BNetzA zum § 14a EnWG zu den Steuerbaren Verbrauchseinheiten (SteuVE) eine anspruchsvolle Aufgabe erhalten. Ab dem Geschäftsjahr 2024 darf der Anschluss keiner neuen SteuVE, wie z. B. Wärmepumpen oder private Ladeinrichtungen, aus netztechnischen, insb. engpassbedingten Gründen mehr abgelehnt werden. Im Gegenzug können die Anlagen bei Netzengpässen aber gesteuert werden und der Betreiber einer SteuVE erhält dafür eine finanzielle Gegenleistung in Form einer Reduzierung auf die Netzentgelte. Dazu muss die Steuerbarkeit durch die Betreiber der Anlagen und den Netzbetreiber sichergestellt, die Messtechnik in den Niederspannungsnetzen (NSP-Netz) verbaut, Netzberechnungen automatisiert und Steuerungsbefehle zeitnah verteilt werden. Bis spätesten 2029 sind so alle kritischen Bereiche des NSP-Netzes auf die netzorientierte Steuerung auszulegen. Gleichzeitig besteht das Ziel des bedarfsorientierten Netzausbaus, um eine Überlastung des Niederspannungsnetzes zu vermeiden. Damit dieser gelingt, ist die Schaffung von Transparenz, die Erhebung von Daten aus der Niederspannung unerlässlich.

Die OB-Netz beteiligt sich am Gasnetzgebietstransformationsplan (GTP) unter der Leitung des DVGW, um mittels eines strukturierten Prozesses eine Transformation des Gasverteilnetzes zur Klimaneutralität zu erreichen. Dazu wurden im Jahr 2024 insb. die Gas RLM-Kunden im Netzgebiet Oberhausen hinsichtlich Ihrer zukünftigen energieträgerbezogenen Ausrichtung befragt. Über 50 % der Befragten haben an der Umfrage teilgenommen. Die zukünftige Ausrichtung der Gas RLM-Kunden in Oberhausen wird maßgeblich durch die Energiewende und die damit verbundenen Dekarbonisierungsziele geprägt. Es besteht eine überwiegende Zustimmung zur Verwendung von Wasserstoff und es lassen sich bereits erste Einschätzungen hinsichtlich der benötigten Leistungen und Bedarfe ableiten. Die Hauptanwendungsmöglichkeiten, die die Befragten identifizieren, sind die Nutzung von Wasserstoff für die Gebäudeheizung, die Stromerzeugung sowie die Erzeugung von Prozesswärme. Fast alle Befragten planen, zwischen 2030 und 2039 Wasserstoff in ihrem Unternehmen einzusetzen. Die treibenden Faktoren für diese Entwicklung sind der Druck zur Dekarbonisierung, hervorgerufen durch den EU-Emissionshandel und die EU-Taxonomie-Verordnung, sowie Aspekte der Nachhaltigkeit und der Verfügbarkeit sowie der Planbarkeit von Wasserstoff. Die Mehrheit der RLM-Kunden strebt zunächst eine gesicherte Versorgung und Planbarkeit an, gefolgt von grünen Marktanreizen.

Zudem beschäftigt sich die Netzplanung mit den Implikationen des Wasserstoffkernnetzes. Es wird eine Anbindung an das H2-Kernnetz im Norden Oberhausens projektiert, um eine Option zur zukünftigen Versorgung insbesondere von Industriekunden zu erhalten. Es fanden bereits erste Gespräche mit dem Vorlieferanten statt, in denen das vorgesehene T-Stück als Möglichkeit zur Errichtung einer GDRM-Anlage zur Verteilung von Wasserstoff im Oberhausener Norden identifiziert wurde. Der Vorlieferant wird den Grundstückseigentümer des von OB-Netz vorgesehenen Standorts kontaktieren und den ersten Austausch zwischen dem Grundstückseigentümer und der Oberhausener Netzgesellschaft initiieren. Ziel ist es, die bestehenden Kontakte zwischen dem Vorlieferanten und dem Grundstückseigentümer zu nutzen, um ein erstes Stimmungsbild hinsichtlich der Grunddienstbarkeit zur Errichtung unserer GDRM-Anlage einzuholen.

Ein wesentlicher Teil des Geschäftes der Netzgesellschaft wird in den regulierten Sparten Strom und Gas erzielt. Daher werden die wichtigsten regulatorischen Rahmenbedingungen im Folgenden dargestellt:

Kostenantrag Erdgas

Für jeweils eine Regulierungsperiode (RP) wird jedem Netzbetreiber eine individuelle Erlösobergrenze für seine Erlöse zugestanden, die er aus Netzentgelten erzielen darf. Für die Bestimmung der individuellen Erlösobergrenze für die vierte Regulierungsperiode wurde durch die Landesregulierungskammer (LRegK) NRW eine Kostenprüfung startend im Jahr 2021 durchgeführt. Man erzielte im Geschäftsjahr 2022 eine Übereinkunft über das als sachgerecht erachtete Ausgangsniveau nach § 6 Anreizregulierungsverordnung (ARegV) in Höhe von 17,1 Mio. €. Der Entwurf des Beschlusses der LRegK NRW wurde der OB-Netz am 27.01.2025 elektronisch zugestellt und enthält die vereinbarte Kostenbasis und den Effizienzwert, wir baten um die Einbeziehung der Anpassungszusage für die EK-Zinsen.

Die Daten zur Ermittlung des Effizienzwertes Gas wurden in einem aufwändigen Prozess erhoben. Es wurden im Erhebungsprozess vier Datenveröffentlichungen im Internet seitens der BNetzA (die letzte am 21.06.2023) vorgenommen sowie eine Branchenkonsultation durchgeführt. Die OB-Netz hat sich an dieser Konsultation beteiligt und die Bereinigung von großen Netzbetreibern gefordert, die in hohem Maße Transportnetzfunktionen innehaben und insbesondere Sonderanschlüsse wie Speicher und große Kraftwerke betreiben. Diese Netzbetreiber verfälschen den Benchmark und sollten entsprechend gesondert betrachtet werden.

Im Entwurf des Gutachtens der frontier economics vom 20.06.2023 im Auftrag der BNetzA wurde ein Best-of-four Effizienzwert von 87,94 % für die OB-Netz ausgewiesen (Verbesserung ggü. 82,75 % aus 3. RP). Am 26.09.2023 erging vor dem BGH ein Urteil zum Effizienzvergleich der 3. RP (EnVR 37/21), das wegen der Berücksichtigung von ehemaligen regionalen Fernleitungsnetzbetreibern (siehe vorheriger Abschnitt) in den Effizienzvergleich auch Auswirkungen auf die Kalkulation der Effizienzwerte für die 4. RP hat. Die BNetzA ist derzeit bei der Erstellung der Gutachten. Am 11.10.2024 erhielt die OB-Netz eine E-Mail-Nachricht der LRegK NRW mit einem Effizienzwert von 90,03 %. Dieser Wert wurde aber zwischenzeitlich durch ein neues Gutachten vom 27.11.2024 in Höhe von 89,96 % zur Anhörung gebracht und wird im Entwurf des Beschlusses ebenfalls zugrunde gelegt.

Kostenantrag Strom

Die Netzgesellschaft hat den Kostenantrag für die vierte Regulierungsperiode (2024 bis 2028) zum 30.06.2022 fristgerecht übermittelt. Der Beginn der offiziellen Anhörung erfolgte im Januar 2023, eine erste Stellungnahme wurde bis zum 10. Februar 2023 fristgerecht übermittelt. Nach ausführlicher Erörterung und Verhandlung konnte Anfang Juni eine Übereinkunft über die Ausgangsbasis für die 4. RP in Höhe von 35,5 Mio. € erzielt werden. Das finale Gutachten zum Effizienzvergleich wurde Ende April 2024 zur Verfügung gestellt, die OB-Netz erzielt hierbei 95,84 % (3. RP: 94,70 %). Ein Beschluss ist am 31.05.2024 von der Beschlusskammer 8 ergangen.

Beschwerden

Die Netzgesellschaft hat gegen die Festlegung der BNetzA zur Eigenkapitalverzinsung für Gas und Strom vom 20.10.2021 im Rahmen einer Prozesskostengemeinschaft der Kanzlei Becker Büttner Held beim OLG Düsseldorf Einspruch (Strom: VI-3 Kart 371/21 (V), Gas: VI-3 Kart 351/21 (V)) eingelegt. Das Verfahren vor dem OLG Düsseldorf wurde am 30.08.2023 mit der Aufhebung der Festlegungen der Bundesnetzagentur zu den Eigenkapitalzinssätzen und einer Neufestlegung abgeschlossen. Dagegen hat die BNetzA Rechtsbeschwerde beim Bundesgerichtshof (BGH) eingelegt. In der mündlichen Verhandlung am 17.12.2024 zu den EK-Zinsen im Stromnetz tendiert der BGH abermals dem Einspruch der BNetzA stattzugeben, so dass eine Niederlage in diesem Verfahren wahrscheinlich ist. Die Richter entscheiden dabei nicht inhaltlich, sondern auf formaler Ebene in der Form, dass der Behörde auch aufgrund des EuGH-Urteils Spielräume zur unabhängigen Entscheidung eingeräumt werden, die sie dann auch nutzen darf.

Flankierend zur Beschwerde zu den EK-Zinsen wurden im Dezember 2023 vorsorglich noch Anträge nach § 29 Abs. 2 EnWG bei der Bundesnetzagentur eingereicht mit dem Ziel der Neufestlegung der Zinssätze und insb. einer angemessenen Berücksichtigung der Zinswende ab 2022. Zum Zeitpunkt der Festlegung der Zinssätze ist die Nichteinbeziehung der Zinswende gem. OLG-Urteil rechtlich nicht zu beanstanden. Da sich aber in der Zwischenzeit die Verhältnisse am Kapitalmarkt deutlich verändert haben, würde eine erneute Festlegung diese Veränderungen mit einbeziehen müssen und den risikolosen Basiszinssatz als eine Komponente des EK-Zinses deutlich erhöhen. Die Verhandlung vor dem OLG Düsseldorf erfolgt im Jahr 2025.

Die OB-Netz strengte zudem eine Beschwerde gegen die Festlegung von Regelungen für die Bestimmung des kalkulatorischen Fremdkapitalzinssatzes für Betreiber von Verteilernetzen im Kapitalkostenaufschlag beim OLG Düsseldorf (VI-3 Kart 466/23 [V]) an.

Die Beschwerde gegen den X-Gen Strom für die 3. RP wurde seitens der OB-Netz im November 2023, nachdem das BGH-Urteil EnVR 28-22 die Beschwerde gegen die BNetzA Festlegung zurückgewiesen hatte, zurückgenommen.

Der Vorteil von Prozesskostengemeinschaften besteht darin, dass die Kosten überschaubar bleiben, da nur wenige Musterverfahren geführt werden und die Kosten auf alle Teilnehmer aufgeteilt werden. Das Chance-Risiko-Verhältnis ist hierbei sehr gut.

Leistungsindikatoren und Geschäftsverlauf

Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Für die Unternehmenssteuerung wird ein quartalsweises, centerbezogenes Berichtswesen eingesetzt, das in eine differenzierte Erfolgsrechnung mündet.

Für die Einschätzung der wirtschaftlichen Lage der OB-Netz werden regelmäßig die Umsätze, die Kostenstruktur und das Ergebnis vor Gewinnabführung beobachtet sowie analysiert; all dies unter Beachtung der regulatorischen Rahmenbedingungen.

Als wesentliche nichtfinanzielle Leistungsindikatoren werden durchgeleitete Energiemengen und die Verfügbarkeit der Strom- und Gasnetze herangezogen.

Weitere Aspekte in Bezug auf die Umwelt, Soziales und Unternehmensführung („ESG - Environment Social Governance“) werden aktuell aufgenommen und künftig mit in die Berichterstattung einfließen.

Geschäftsverlauf und Ergebnis

Der Jahresüberschuss (nach Steuerumlage) vor Ergebnisabführung 2024 an die evo beläuft sich auf 4,2 Mio. € und sinkt um 2,6 Mio. € gegenüber dem Budgetansatz (6,8 Mio. €). Die Umsatzerlöse 2024 (121,4 Mio. €) liegen dabei mit +14,3 Mio. € über der Planung (107,1 Mio. €). Die Materialaufwendungen (70,6 Mio. €) des Geschäftsjahres unterschreiten dagegen den prognostizierten Betrag (65,4 Mio. €) um 5,2 Mio. €. Auf Grund der vergleichsweisen milden Witterung (Gas) und der gestiegenen vorgelagerten Netzkosten im Bereich Strom sind die Ergebnisbeiträge des regulierten Netzgeschäfts für das Jahr 2024 geringer als geplant ausgefallen. Dieser Rückgang kann teilweise durch gegenüber der Planung (18,5 Mio. €) um -0,6 Mio. € niedrigere Personalkosten (17,9 Mio. €) infolge unbesetzter Stellen kompensiert werden. Dagegen übersteigen die sonstigen betrieblichen Aufwendungen (28,9 Mio. €) die Planung für 2024 von 24,8 Mio. €.

Durchgeleitete Energiemengen und Verfügbarkeit
Die Entwicklung der durchgeleiteten Energiemengen im Oberhausener Netzgebiet stellt sich für das Geschäftsjahr 2024 wie folgt dar:

	Gj. 2024 (in MWh)	**Vorjahr** (in MWh)
Stromnetz:	**645.985**	**632.415**
Gas an Kunden:	798.953	786.500
Gas an evo-Kraftwerke:	329.531	364.723
Gas gesamt:	**1.128.484**	**1.151.223**
Fernwärme an Kunden Heizwasser:	393.585	370.438
Dampf-Bereitstellung:	819	0
Fernwärme gesamt:	**394.404**	**370.438**
Energiebereitstellung gesamt	**2.168.873**	**2.154.076**

Die Zunahme der durchgeleiteten Energiemengen im Strom gegenüber 2023 ergibt sich im Wesentlichen im Bereich der Mittelspannung. Der Anstieg der durchgeleiteten Gasmengen an Kunden in 2024 ist auf ein geändertes Verbrauchsverhalten bei milder Witterung zurückzuführen. Im Bereich der Kraftwerke ergibt sich eine Abnahme im Vergleich zum Vorjahr; die evo-Kraftwerke wurden weniger zur Wärmeerzeugung eingesetzt, da externe Wärmequellen günstiger waren. Im Bereich der Fernwärme ist eine leichte Zunahme zu verzeichnen. Da in 2024 Turbinenprüfläufe durch die MAN Energy Solutions SE durchgeführt wurden, waren seitens evo Dampflieferungen erforderlich.

In Bezug auf die Verfügbarkeit im Stromnetz liegt die OB-Netz leicht über dem Branchen-durchschnitt, sodass im Qualitätselement ein Bonus entstanden ist. In allen Netzen war die Versorgungssicherheit zu keinem Zeitpunkt gefährdet.

Vermögens-, Finanz-, und Ertragslage

Ertragslage

In Ergänzung zu den Ausführungen im Anhang des Jahresabschlusses stellen sich die wesentlichen GuV-Positionen für das Geschäftsjahr 2024 m Vergleich zum Vorjahr wie folgt dar:

Die Umsatzerlöse betragen 121,4 Mio. €. Hierin sind Netznutzungsentgelte Strom (76,1 Mio. €) und die Netznutzungsentgelte Gas (21,1 Mio. €) enthalten. Der Anstieg der Umsatzerlöse um 9,5 Mio. € im Vergleich zum Vorjahr (111,9 Mio. €) ist u. a. auf höhere Erlöse im Stromnetz aufgrund gestiegener Preise zurückzuführen. Weiter enthält diese Position die Abrechnung von Fernwärme-Netz-Investitionsprojekten an die evo, Erlöse aus konzerninternen Vertragsbeziehungen und erfolgsneutrale Ökologietransfererlöse (Erstattungen im Rahmen des EEG; diese Erlöse liegen ebenfalls über dem Vorjahr.

Der Materialaufwand von 70,6 Mio. € (Vorjahr 68,4 Mio. €) ist maßgeblich durch die vorgelagerten Netzkosten bestimmt und umfasst neben den an die vorgelagerten Übertragungsnetzbetreiber abzuführenden Entgelte ebenso die Aufwendungen für die vermiedene Netznutzung an dezentrale Erzeuger, Umlagen (gleichlautend in den Netznutzungsentgelten enthalten) und Aufwendungen aus der Mehr-Mindermengenabrechnung. Ferner enthält die Position Kosten für abzurechnende Fernwärme-Investitionsprojekte an die evo, für die Unterhaltung sowie Reparaturen der Strom- und Gasnetze, interne Vertragsbeziehungen zur evo, die Kosten der Verlustenergie und die mit den Umsatzerlösen korrespondierenden Ökologietransferkosten für an Kunden gezahlte Vergütungen aus der Einspeisung erneuerbarer Energien. Der Anstieg um 2,2 Mio. € ist hauptsächlich auf höhere vorgelagerte Netzkosten im Bereich Strom zurückzuführen.

Der Personalaufwand mit 17,9 Mio. € erhöht sich im Vergleich zum Vorjahr um 0,2 Mio. € und liegen leicht über Vorjahresniveau (17,7 Mio. €). Der zugrunde liegende durchschnittliche Bestand der Beschäftigten liegt mit 173 auf Vorjahresniveau (171).

Die Abschreibungen betragen 3,1 Mio. €; der Anstieg zum Vorjahr (2,8 Mio. €) resultiert aus dem höheren Investitionsvolumen in 2024.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen in Höhe von 28,9 Mio. € erhöhen sich gegenüber dem Vorjahr um 2,0 Mio. € und enthalten vor allem die Fakturierung der internen Verträge für die Gebäude-, Fahrzeug- und Arbeitsplatzmiete sowie die Dienstleistungen der evo für die OB-Netz mit 16,9 Mio. € (Vj: 15,4 Mio €). Die an die Stadt Oberhausen abzuführenden

Konzessionsabgaben belaufen sich auf 8,3 Mio. €. Für die OB-Netz ist dieser Aufwand erfolgsneutral, da die Konzessionsabgaben als Preiskomponente vom „Endkunden“ gezahlt und an die Stadt Oberhausen weitergeleitet werden. Zusätzlich werden die Anschaffungskosten für Smart Meter, Aufwendungen für Beratungsleistungen, Jahresabschlussprüfungen, Wirtschaftsprüfer-Testate, Mieten und Pachten, Qualifizierungsmaßnahmen, Verbandsbeiträge sowie übrige Aufwendungen in dieser Position ausgewiesen.

Aufgrund der Ergebnisentwicklung ergibt sich für die OB-Netz eine an die evo zu leistende Gewerbesteuerumlage in Höhe von 1,1 Mio. € (Vj: 0,004 Mio. €).

Das Ergebnis nach Steuern beträgt vor Gewinnabführung an die evo 4,2 Mio. € (Vorjahr -0,2 Mio. € Verlustübernahme durch die evo).

Vermögenslage

Die Vermögenslage ist im Wesentlichen durch das Anlagevermögen geprägt. Die Entwicklung wird im Anlagespiegel dargestellt. Die immateriellen Vermögens-, Sach- und Finanzanlagen (93.430.347,51 EUR, Vorjahr 84.646.504,06 EUR) haben einen Anteil von 85,4 Prozent an der Bilanzsumme. Niedrigere Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände (13.498.723,37 EUR, Vorjahr 15.167.962,41 EUR) kompensieren den Anstieg des Anlagevermögens geringfügig und führen gesamtgesehen zu einer Erhöhung der Bilanzsumme (109.386.824,22 EUR, Vorjahr 102.394.720,97 EUR).

Die Passivseite wird durch das Eigenkapital der Gesellschaft in Höhe von 55.249.795,01 EUR geprägt, es gab im Vergleich zum Vorjahr keine Veränderung. Die Eigenkapitalquote sinkt in 2024 durch die gestiegene Bilanzsumme auf 50,5 Prozent (Vorjahr 54,0 Prozent). Zudem verminderten sich die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (6.051.940,00 EUR, Vorjahr 7.820.660,00 EUR) aufgrund der vertraglich vereinbarten Tilgungen.

Die technisch-wirtschaftliche Optimierung der Strom- und Gasnetze wurde im Berichtsjahr weiter vorangetrieben. Der Anteil der dafür notwendigen Investitionen im Jahr 2024 für die Verteilungsanlagen der Sparten Strom und Gas bei der Netzgesellschaft an den gesamten Investitionen des Sachanlagevermögens und der Immateriellen Vermögensgegenstände betrug 94 %.

	Budget 2024 in TEUR	**Ist 2024 in TEUR**	**Ist 2023 in TEUR**
Investitionen	13.947	12.037	9.511
Abschreibungen	3.200	3.152	2.842

Neben Investitionen in Höhe von TEUR 10.472 für die Erneuerung des Stromnetzes sowie TEUR 2.165 zur Erneuerung des Gasnetzes sah das Investitions-Budget 2024 weitere Erneuerungen im Bereich der Gemeinsamen Anlagen von TEUR 1.310 vor.

Die Investitionen betrugen TEUR 12.037 und teilen sich wie folgt auf:

	Ist 2024 in TEUR	**Ist 2023 in TEUR**
Immaterielle Vermögensgegenstände	113	0
Sachanlagen		
▪ Stromversorgung	10.441	7.454
▪ Erdgasversorgung	1.428	1.971
Finanzanlagen	55	86
Gesamtbetrag	**12.037**	**9.511**

Die Investitionen in die Erneuerung der Netze der Strom- und Gasversorgung waren die wesentlichen Anlagenzugänge im Jahr 2024.

Finanzlage

In den kommenden Geschäftsjahren wird die vorhandene Liquidität nicht vollständig zur Deckung der erforderlichen Investitionen zur Umsetzung der Energiewende ausreichen.

Bereits im Jahr 2025 wird der Fremdkapitalbedarf der Netzgesellschaft zur Finanzierung der Investitionen in die Strom- und Gasversorgung durch die evo aufgenommen und die entsprechende Liquidität über das Cash-Pooling an die Netzgesellschaft weitergereicht.

Falls es zukünftig aus regulatorischen Gesichtspunkten für den Konzern von Vorteil ist, Teile des benötigten Fremdkapitalbedarfs unmittelbar bei der Netzgesellschaft aufzunehmen, wird dies unterjährig geprüft und entsprechend umgesetzt.

Finanzstrategie

Im Rahmen einer zentralen Anlagestrategie wurde eine Cash-Pooling-Vereinbarung mit der evo getroffen, wobei die Verzinsung sowohl der Forderungen als auch der Verbindlichkeiten zu Geldmarktsätzen am Frankfurter Bankenplatz erfolgt. Die wesentlichen Mittelabflüsse ergeben sich aus der Investitionstätigkeit, dem zahlungswirksamen Rückgang der Rückstellungen, der Instandhaltung der Netze sowie der jährlichen Gewinnabführung an die evo. Eventuelle Jahresfehlbeträge werden durch die evo ausgeglichen.

Aus den Finanzplanungen für die kommenden Jahre ergibt sich ein zusätzlicher Kapitalbedarf mit der Folge, dass zukünftig Teile der Investitionen durch Fremdkapital finanziert werden müssen, hierbei können die erforderlichen Mittel sowohl direkt am Kapitalmarkt oder aber auch über die evo beschafft werden.

Die Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage der Netzgesellschaft wird im Zeitpunkt der Aufstellung des Jahresabschlusses aufgrund der Cash-Pooling-Vereinbarung und des vorhandenen EAV mit der evo als zufriedenstellend betrachtet.

Angaben zu Tätigkeitsabschlüssen nach § 6b EnWG

Vertikal integrierte Energieversorgungsunternehmen sind nach § 6b Abs. 5 i.V.m. Abs. 3 Nr. 1-7 EnWG und i.V.m. § 3 Abs. 4 Satz 2 MsbG verpflichtet, für jede ihrer dort genannten Tätigkeiten einen gesonderten Tätigkeitsabschluss zu erstellen. In der Netzgesellschaft werden vier Tätigkeitsbereiche ausgewiesen. Dies sind die Verteilnetze Strom und Gas, Messstellenbetrieb sowie die Sonstigen Aktivitäten. Für die Bereiche Verteilnetze Strom und Gas sowie Messstellenbetrieb wurden gesonderte Tätigkeitsabschlüsse entsprechend dem Rechnungslegungsstandard des Fachausschusses für öffentliche Unternehmen und Verwaltungen (RS ÖFA 2) erstellt und damit den Empfehlungen der Bundesnetzagentur und des IDW gefolgt.

Die sonstigen Tätigkeiten umfassen die nicht regulierten Bereiche wie das Verteilnetz Fernwärme, die Netzdokumentation, Öffentliche Beleuchtung und weitere sonstige Dienstleistungen für Dritte außerhalb des Strom- und Gasbereichs. Die Tätigkeit Messstellenbetrieb betrifft das Zählerdatenmanagement.

Risiko- und Chancenbericht

Risikobericht

Zur Sicherung der Unternehmensziele, des künftigen Erfolges des Unternehmens sowie zur Senkung der Risikokosten führt die evo halbjährlich eine Risikoinventur durch. Diese Aufgabe wird auch für die OB-Netz und BSO wahrgenommen. Damit Risiken frühzeitig erkannt und rechtzeitig angemessene Gegensteuerungsmaßnahmen ergriffen werden können, ist bei der evo ein Risikomanagementsystem gemäß dem Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) implementiert. Alle erfassten Risiken werden durch Risikopaten hinsichtlich ihrer Eintrittswahrscheinlichkeit (unmöglich bis akut) und Schadenshöhe (unbedeutend bis existenzvernichtend) eingestuft. Die Risiken werden dabei nicht nur auf die mit den Risiken verbundenen Kosten, Erlöseinbußen, Margenverluste oder Betriebsunterbrechungen untersucht, es wird auch der Einfluss auf Ressourcen, wie z. B. Personenschäden oder Imageverlust analysiert. Das bestehende Informationssicherheitsmanagementsystem (ISMS) für den Geltungsbereich Netzleittechnik wurde im März 2021 rezertifiziert. Weiterhin werden geeignete Steuerungsmaßnahmen ergriffen, um Netzausfälle zu vermeiden.

In der letzten Risikoinventur wurden 11 Risiken erfasst. Die Risiken wurden bewertet und mit einer Ausnahme den niedrigen Risikoklassen zugeordnet. Das Risiko Ausfall der Stromnetze ist von rechtlich/technischer Art. Bei einem Ausfall bzw. Störfall könnte es unter bestimmten Umständen zu Schadensersatzansprüchen von einigen wenigen Kunden in unbegrenzter Höhe kommen. Die Eintrittswahrscheinlichkeit wird jedoch als gering erachtet, sodass es insgesamt zu einer mittleren Risikoeinstufung kommt. Im Rahmen des Netz-Asset-Managements wurden Maßnahmen zur Schadensminimierung und Reduzierung der Eintrittswahrscheinlichkeit definiert und laufend durchgeführt.

Bei den halbjährlich durchgeführten Risikoinventuren wurden für den Berichtszeitraum keine neuen Risiken erfasst und 1 Risiko abgemeldet. Hierbei handelt es sich um das Risiko „7,5 GWh (Delta zwischen Netznutzungsabrechnung und -netzlast/Regulierungskonto)“. Hierzu wurden mehrere Maßnahmen ergriffen und die Prozesse optimiert, wodurch die Differenz signifikant reduziert werden konnte und zukünftig kein nennenswertes Risiko mehr besteht.

Aus den Vorjahren bleiben folgende Risiken weiterbestehen:

Änderungen der regulatorischen Rahmenbedingungen, Ausfall Gasnetz und Haftung nach NDAV, Ausfall Stromnetz und Haftung nach NAV, Diebstahl von Kupferkabeln, Einführung Smart Meter Technologie, Forderungsausfälle durch Insolvenzen von Strom- oder Gashändlern, Leckageortung Fernwärme, grundsätzliche Änderung des Regulierungsrahmens aufgrund EuGH-Urteil C-718/18, Schaden an verschiedenen Anlagen des Netzes, Gasmangellage und Materialbeschaffung, Preissteigerungen und Lieferzeiten.

Der OB-Netz sind zurzeit keine erhöhten Umweltrisiken bekannt.

Gesamtrisiko

Die beiden halbjährlichen Risikoinventuren haben keine Risiken mit wesentlichen Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage und keine bestandsgefährdenden Risiken aufgezeigt. Auch für die Zukunft sind keine derartigen Risiken erkennbar.

Chancenbericht

Neben den beschriebenen Risiken bestehen auch Chancen für das Geschäft. Diese können sich grundsätzlich aus regulatorischen Änderungen ergeben. Ferner ist durch den voranschreitenden Wechsel von Öl- auf Gasheizungen sowie Fernwärmeanschlüsse mit einer Steigerung von Netzanschlüssen zu rechnen. Dies trägt zu einer Stabilisierung der Netzlast bei. Die für 2045 durch den Gesetzgeber beschlossene Klimaneutralität wird unweigerlich die fortschreitende Dekarbonisierung beschleunigen und die Konnektivität der Energienetzte vorantreiben. Der Stromverbrauch und damit die Netzlast für die OB Netz werden dadurch zunehmen.

Die Netzgesellschaft arbeitet weiterhin intensiv an grundsätzlichen Strukturveränderungen mit dem Ziel einer deutlichen Effizienzsteigerung und gleichzeitiger Erhöhung der Kundenzufriedenheit.

Prognosebericht

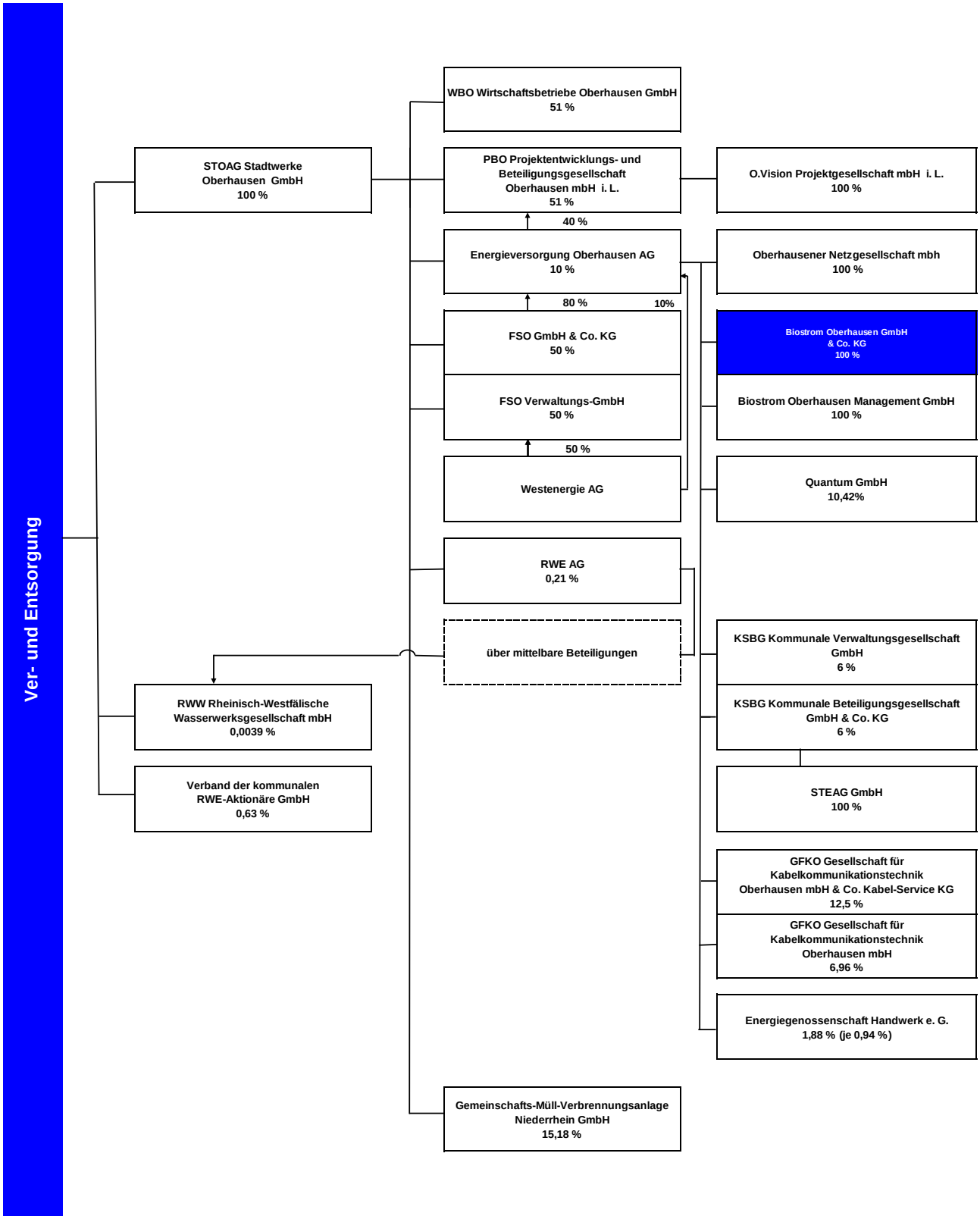
Die Gesellschafterversammlung der OB Netz hat am 21.11.2024 dem Budget sowie der Finanzplanung 2025 zugestimmt. Auch im Jahr 2025 werden die Umsatzerlöse hauptsächlich durch die genehmigten Erlösobergrenzen in den regulierten Sparten Strom und Gas bestimmt. Es werden Umsätze in Höhe von ca. 119,0 Mio. € sowie eine Netzlast auf dem Niveau des Vorjahres erwartet. Unter Berücksichtigung von Personal- und sonstigen Kostensteigerungen wird für 2025 bei erwarteten Materialaufwendungen von 62,0 Mio. €, Personalaufwendungen von 20,1 Mio € und sonstigen betrieblichen Aufwendungen von 31,2 Mio. € ein Jahresüberschuss vor Gewinnabführung an die evo in Höhe von 4,8 Mio.€ angenommen. Für die Jahre 2026 und 2027 wird ein positiver Jahresüberschuss in Höhe von 2,7 bzw. 8,6 Mio. € erwartet.

Einen wesentlichen Einfluss auf die Kosten- und damit in der Folge auch Erlöspositionen kommt den kalkulatorischen Kostenbestandteilen zu. Dabei stellt die Eigenkapitalverzinsung als regulatorisch zugestandener Gewinn eine wichtige Position dar. Das Ergebnis der Netzgesellschaft ist im Kontext des Gesamtkonzerns zu betrachten. Die Netzgesellschaft arbeitet zusammen mit der evo an Lösungen und Methoden, um auch weiterhin eine hohe Wirtschaftlichkeit zu gewährleisten.

Oberhausen, 18. Februar 2025

Oberhausener Netzgesellschaft mbH

Bernd Hell
Geschäftsführer


Ver- und Entsorgung
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH 100 %
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH 51 %
PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH i. L. 51 %
O.Vision Projektgesellschaft mbH i. L. 100 %
40 %
Energieversorgung Oberhausen AG 10 %
Oberhausener Netzgesellschaft mbh 100 %
80 %
10%
FSO GmbH & Co. KG 50 %
Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG 100 %
FSO Verwaltungs-GmbH 50 %
Biostrom Oberhausen Management GmbH 100 %
50 %
Westenergie AG
Quantum GmbH 10,42%
RWE AG 0,21 %
über mittelbare Beteiligungen
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft GmbH 6 %
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co. KG 6 %
RWW Rheinisch-Westfälische Wasserwerksgesellschaft mbH 0,0039 %
STEAG GmbH 100 %
Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH 0,63 %
GFKO Gesellschaft für Kabelkommunikationstechnik Oberhausen mbH & Co. Kabel-Service KG 12,5 %
GFKO Gesellschaft für Kabelkommunikationstechnik Oberhausen mbH 6,96 %
Energiegenossenschaft Handwerk e. G. 1,88 % (je 0,94 %)
Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH 15,18 %

Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Danziger Straße 31
46045 Oberhausen

Kontakt:

Telefon	0208/835-0
Telefon	0208/8350
Fax	0208/8352620
Fax	0208/835-2697
e-Mail	service@evo-energie.de
Internet	http://www.evo-energie.de

Rechtsform: GmbH & Co. KG
Stammkapital in T€: 1.000,00

Gesellschafter:

	T€	%
evo Energieversorgung Oberhausen AG	1.000,00	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Planung, der Bau sowie der Betrieb eines Biomasseheizkraftwerkes in Oberhausen sowie alle damit im Zusammenhang stehenden Geschäfte.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2024)

Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung: Geschäftsführung der Biostrom Oberhausen Management GmbH

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2022		2023		2024	
Aktiva	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	7.441,72	76,6	6.961,64	89,3	6.068,83	82,1
Umlaufvermögen	2.278,81	23,4	833,68	10,7	1.327,67	17,9
Bilanzsumme	**9.720,54**	**100,00**	**7.795,32**	**100,00**	**7.396,50**	**100,00**

Passiva	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	5.924,10	60,9	5.737,52	73,6	5.786,60	78,2
Rückstellungen	442,79	4,6	696,93	8,9	677,85	9,2
Verbindlichkeiten	3.353,64	34,5	1.360,87	17,5	932,05	12,6
Bilanzsumme	**9.720,54**	**100,00**	**7.795,32**	**100,00**	**7.396,50**	**100,00**

bb) GuV

	2022	2023	2024
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	5.777,15	5.003,10	5.520,72
sonstige betriebliche Erträge	74,25	985,49	397,53
Materialaufwand	3.016,18	4.511,21	4.049,99
Abschreibungen	832,47	833,93	861,02
sonstige betriebliche Aufwendungen	799,97	714,62	828,56
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1,48	1,65	1,70
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	32,48	59,67	92,27
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	1.171,78	-129,19	88,13
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	256,67	57,39	39,04
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	915,11	-186,58	49,08
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	915,11	-186,58	49,08

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2022	31.12.2023	31.12.2024	Angaben in
Umsatzrentabilität:	15,84	-3,73	0,89	%
Eigenkapitalrentabilität:	18,27	-3,15	0,86	%
Cash-Flow:	1.747,57	647,35	910,10	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:				T€
Personalaufwandsquote:				%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2022	31.12.2023	31.12.2024	Angaben in
Sachanlagenintensität:	76,56	89,31	82,05	%
Eigenkapitalquote:	60,94	73,60	78,23	%
Fremdkapitalquote:	39,06	26,40	21,77	%
Anlagendeckungsgrad 2	79,61	82,42	95,35	%
Verschuldungsgrad	64,08	35,87	27,82	%

e) Lagebericht

Rahmenbedingungen und Geschäftsverlauf

Vorbemerkungen

Die Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG (BSO KG) hat auf dem postalisch mit Friedrichstraße 37, 46145 Oberhausen, bezeichneten Grundstück ein Biomasse-Heizkraftwerk (im Weiteren „BMK“) errichtet, welches mindestens über den gesamten Förderzeitraum über eine Laufzeit von 20 Jahren bis 2031 betrieben werden soll.

Das BMK arbeitet nach dem Grundsatz der Kraft-Wärme-Kopplung. Im Biomassekessel wird Wasser zu über-hitztem Dampf aufgeheizt, der dann in einer Turbine entspannt wird. Der durch die Dampfturbine produzierte Strom wird in das Stromnetz des örtlichen Netzbetreibers Oberhausener Netzgesellschaft mbH eingespeist. Die Vergütungssätze für die Stromeinspeisung sind durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) über 20 Jahre gesichert. Die in der Turbine gleichzeitig anfallende Wärme, die im Dampf enthalten ist, wird zur Wär-meauskopplung genutzt und in das Fernwärmenetz der Energieversorgung Oberhausen AG (evo) eingespeist.

Die BSO KG verfügt über kein eigenes Personal und profitiert in erster Linie von der langjährigen Erfahrung der evo hinsichtlich technischer und wirtschaftlicher Betriebsführung von (Biomasse-)Kraftwerken. Sie stellt die qualifizierten Mitarbeiter, die den operativen Anlagenbetrieb gewährleisten und über Know-how im Betrieb von Dampfkesseln, Dampfturbinen sowie auf dem Gebiet der Strom- und Fernwärmeversorgung verfügen. Durch die Bündelung der kaufmännischen und technischen Aufgaben bei der evo stehen eine sichere Infrastruktur wie geprüfte Buchhaltungs- und andere Systeme sowie Risiko vermeidende Regelungen für die gesamte Ge-schäftsabwicklung zur Verfügung.

Als Brennstoff wird ausschließlich Material aus der Landschaftspflege/Grünschnitt (laut EEG-Positivliste) und insbesondere Holzhackschnitzel aus der Landschaftspflege eingesetzt. Die Brennstofflieferung ist ebenfalls über einen langfristigen Liefervertrag (20 Jahre) abgesichert.

Gesellschaftsrechtliche Situation

Die Biostrom Oberhausen Management GmbH (BSO GmbH) ist die persönlich haftende Gesellschafterin der BSO KG und übernimmt deren Geschäftsführungsaufgaben; die weitere operative Tätigkeit - d. h. der Betrieb des BMK - obliegt der BSO KG.

Die evo ist 100%-ige Gesellschafterin beider Gesellschaften und übernimmt auf der Basis eines Dienstleis-tungsvertrages die kaufmännische Geschäftsbuchhaltung.

Herr Christian Basler ist Geschäftsführer der BSO GmbH und gleichzeitig technischer Vorstand der evo.

Geschäftsverlauf und Technische Bestandsanalyse

Im Jahr 2024 wurden in der Anlage 36.285,48 Tonnen Holzhackschnitzel verbrannt. Der Anteil der Rostasche, im Verhältnis zur eingesetzten Brennstoffmenge, lag bei 2,37%, der Anteil der Feinasche bei 0,25%. Dies spricht aus Sicht der BSO KG für eine hinreichend gute Qualität des eingesetzten Brennstoffes.

Die Verfügbarkeit der Anlage im Jahr 2024 war - durch Störungen und den Revisionsstillstand - niedriger als prognostiziert, aber höher als im Jahr 2023. Die Zahl der Volllastbenutzungsstunden lag 2024 bei 6.445,50 Stunden, somit lag man im Vergleich zur letztjährigen Prognose (7.524 Stunden) unter dem angestrebten Ziel-wert. Dies ist auf die genannten Betriebsstörungen und die Revisionszeit zurückzuführen.

Die Bruttostromeinspeisung des Biomassekraftwerks lag im Jahr 2024 bei 15.576,73 MWh. Die dazu gehören-de Fernwärmeerzeugung lag bei 60.466,17 MWh.

Die dazugehörigen Kosten für den Brennstoffeisatz lagen bei TEUR 2.769,3.

Im Vergleich zur Planung konnte das geplante EBITDA (Ergebnis vor Zinsen, Steuern und Abschreibungen) von ca. 1,7 Mio. EUR mit 1,0 Mio. EUR nicht erreicht werden. Der Jahresüberschuss von TEUR 49,1 lag deutlich unter der Planung in Höhe von TEUR 625,0. Ursächlich für die Entwicklung war die geringere Anzahl an Be-triebsstunden.

Während der Anlagenrevision im Juni/Juli 2024, lag der Fokus auf der Sanierung des Heizkondensators, wel-cher Bestandteil des Dampfturbinensystems ist. Hier wurde das defekte, irreparable Rohrbündel (Wärmetau-scher) gegen ein identisch nachgebautes Neuteil ausgetauscht. Dadurch kann wieder ein sicherer Turbinenbe-trieb gewährleistet werden.

Finanzielle und nicht finanzielle Leistungsindikatoren

Für die interne Unternehmenssteuerung wird im gesamten Konzernverbund ein quartalsweises, centerbezo-genes Berichtswesen eingesetzt. Dieses Berichtswesen, das zugleich Steuerungsinstrument ist, mündet in eine differenzierte Erfolgsrechnung. Wesentliche finanzielle Steuerungsgrößen sind dabei die Volllastbenutzungs-stunden der Anlage, die Einnahmen aus EEG-Strom- und Wärmevergütungen, die Brennstoffausgaben, das EBITDA und das Jahresergebnis.

Die Leistungsfähigkeit des evo-Verbunds zeigt sich nicht allein in finanziellen Kennzahlen. Als nicht finanzielle Leistungsindikatoren werden im evo-Verbund insbesondere Belange der Nachhaltigkeit und Umwelt im Han-deln und Planen berücksichtigt.

Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

Für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2024 verzeichnet die Gesellschaft einen Jahres-überschuss nach Steuern von TEUR 49,1 (Vj. Jahresfehlbetrag TEUR 186,6). Das EBITDA beläuft sich auf 1,0 Mio. EUR (Vj. 0,8 Mio. EUR).

Die Umsatzerlöse steigen im Vergleich zum Vorjahr auf TEUR 5.520,7 (Vj. TEUR 5.003,1), davon entfallen auf die Stromeinspeisung TEUR 2.436,1 (Vj. TEUR 1.985,8), die Wärmeeinspeisung TEUR 2.619,6 (Vj. TEUR 2.346,5) sowie Entgelte für den Ausgleich von Preisschwankungen TEUR 465,0. Im Vorjahr waren Ent-gelte für erhöhte Brennstoffkosten (TEUR 670,8) enthalten. Die Erhöhung der Entgelte für Strom- und Wärme-einspeisung ist auf höhere Betriebsstunden zurückzuführen. Die Zahl der Volllastbenutzungsstunden lag in 2024 bei 6.445,50 VBh (Vj. 4.996,5 VBh). Die Bruttostromeinspeisung des Biomassekraftwerks lag im Jahr 2024 bei 15.576,73 MWh (Vj. 12.389,89 MWh). Die dazu gehörende Fernwärmeerzeugung lag bei 60.466,17 MWh (Vj. 50.752,25 MWh).

Die Materialaufwendungen sinken um TEUR 461,2 auf TEUR 4.050,0. Die Aufwendungen für Energie-, Gas- und Wasserbezug steigen auf TEUR 491,7 (Vj. TEUR 206,4). Dagegen mindern sich die Aufwendungen für Brennstoffeisatz preisbedingt auf TEUR 2.769,3 und die Aufwendungen für Fremdleistungen auf TEUR 687,3.

Die Sonstigen betrieblichen Erträge lagen mit TEUR 397,5 unter dem Wert aus dem Vorjahr (TEUR 985,5); sie beinhalten im Wesentlichen eine Energiesteuererstattung (TEUR 38,8), eine Prämiengutschrift des Versiche-rers (TEUR 35,2) sowie Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen (TEUR 32,1) und Versicherungserstat-tungen (TEUR 291,4). Der Rückgang betrifft im Wesentlichen den im Vorjahr enthaltenen Zuschuss der evo für außerplanmäßige Instandhaltungsmaßnahmen (TEUR 901).

Die Sonstigen betrieblichen Aufwendungen steigen um TEUR 113,9 auf TEUR 828,6.

Zur Vermeidung von Liquiditätsengpässen hat die evo der Gesellschaft neben einem Gesellschafterdarlehen (TEUR 610) einen kurzfristigen Kreditrahmen von bis zu TEUR 400 eingeräumt. Das Gesellschafterdarlehen wird regelmäßig getilgt. Es wird weiterhin von einer guten Liquidität des Unternehmens ausgegangen.

Die Eigenkapitalquote der BSO KG liegt in 2024 bei 78,2 % (Vj. 73,6 %), daraus resultiert eine entsprechende Fremdkapitalquote in Höhe von 21,8 % (Vj. 26,4 %).

Risiko- und Chancenbericht

Zur Sicherung der Unternehmensziele, des künftigen Erfolges des Unternehmens sowie zur Senkung der Risi-kokosten führt die evo halbjährlich eine Risikoinventur durch. Hierbei werden auch mögliche Risiken die BSO KG betreffend untersucht.

Damit Risiken frühzeitig erkannt und rechtzeitig angemessene Gegensteuerungsmaßnahmen ergriffen werden können, ist bei der evo ein Risikomanagementsystem, das auch die BSO KG einschließt, gemäß dem Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) implementiert.

Alle erfassten Risiken werden durch Risikopaten hinsichtlich ihrer Eintrittswahrscheinlichkeit (unmöglich bis akut) und Schadenshöhe (unbedeutend bis existenzvernichtend) eingestuft.

In der letzten Risikoinventur auf Ebene der gesamten Unternehmensgruppe evo wurden zum 31. Dezember 2024 39 Risiken erfasst. Die Risiken wurden im Wesentlichen (36 Risiken) den niedrigen Risi-koklassen zugeordnet. Lediglich drei Risiken beinhalten ein mittleres Risiko. Auf Ebene der BSO KG sind da-von ausschließlich Risiken der niedrigen Risikoklassen relevant.

In den beiden halbjährlichen Risikoinventuren wurden keine bestandsgefährdenden Risiken für die BSO KG erkennbar. Auch für die Zukunft sind keine derartigen Risiken abzusehen.

Chancen ergeben sich aufgrund des Marktgeschehens durch hohe erzielbare Preise aus der Direktvermark-tung, die bei der Gesellschaft zu höheren Umsatzerlöse führen können.

Prognosebericht

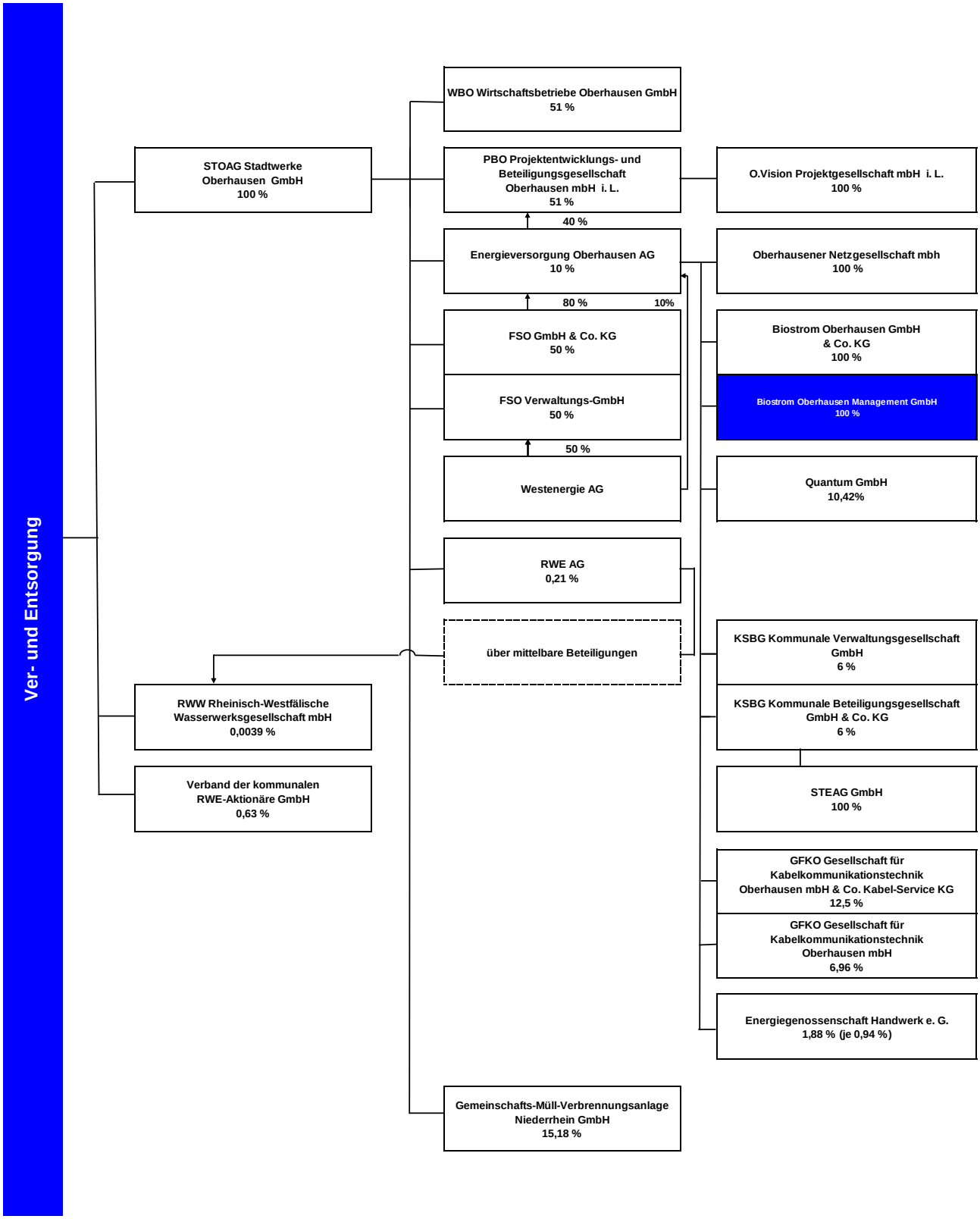
Für 2025 werden realistische Volllastbenutzungsstunden von 7.500 (Vj. 7.524 Stunden) angestrebt. Die Ver-fügbarkeit der Anlage soll im Jahr 2025 stabil gehalten werden. Geplanten Einnahmen aus Strom- und Wär-mevergütung von TEUR 6.299 stehen geplante Brennstoffkosten von TEUR 3.471 gegenüber.

Unter diesen Rahmenbedingungen sieht die Wirtschaftsplanung 2025 für das folgende Geschäftsjahr ein Er-gebnis vor Zinsen, Abschreibungen und Steuern von rd. 1,4 Mio. EUR vor. Der Jahresüberschuss 2025 wird auf TEUR 429 prognos-tiziert.

Oberhausen, 27. Januar 2025

Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG

Christian Basler
Geschäftsführer der Biostrom Oberhausen Management GmbH


Ver- und Entsorgung
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH 100 %
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH 51 %
PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH i. L. 51 %
O.Vision Projektgesellschaft mbH i. L. 100 %
40 %
Energieversorgung Oberhausen AG 10 %
Oberhausener Netzgesellschaft mbh 100 %
80 %
10%
FSO GmbH & Co. KG 50 %
Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG 100 %
FSO Verwaltungs-GmbH 50 %
Biostrom Oberhausen Management GmbH 100 %
50 %
Westenergie AG
Quantum GmbH 10,42%
RWE AG 0,21 %
über mittelbare Beteiligungen
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft GmbH 6 %
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co. KG 6 %
RWW Rheinisch-Westfälische Wasserwerksgesellschaft mbH 0,0039 %
STEAG GmbH 100 %
Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH 0,63 %
GFKO Gesellschaft für Kabelkommunikationstechnik Oberhausen mbH & Co. Kabel-Service KG 12,5 %
GFKO Gesellschaft für Kabelkommunikationstechnik Oberhausen mbH 6,96 %
Energiegenossenschaft Handwerk e. G. 1,88 % (je 0,94 %)
Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH 15,18 %

Biostrom Oberhausen Management GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Danziger Straße 31
46045 Oberhausen

Kontakt:

Telefon	0208/835-0
Telefon	0208/8350
Fax	0208/8352620
Fax	0208/835-2697
e-Mail	service@evo-energie.de
Internet	http://www.evo-energie.de

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 25,00

Gesellschafter:	**T€**	**%**
evo Energieversorgung Oberhausen AG	25,00	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Funktion als persönlich haftende Gesellschafterin sowie die Übernahme von Geschäftsführungsaufgaben der Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG, Oberhausen.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2024)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Basler, Christian
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Vorstand der evo AG
Prokura:	Prokurist	Engel, Michael

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2022		2023		2024	
Aktiva	T€	%	T€	%	T€	%
Umlaufvermögen	28,98	100,0	31,84	100,0	34,73	100,0
Bilanzsumme	**28,98**	**100,00**	**31,84**	**100,00**	**34,73**	**100,00**

Passiva	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	25,93	89,5	28,03	88,0	30,14	86,8
Rückstellungen	2,75	9,5	3,40	10,7	4,59	13,2
Verbindlichkeiten	0,30	1,0	0,41	1,3		
Bilanzsumme	**28,98**	**100,00**	**31,84**	**100,00**	**34,73**	**100,00**

bb) GuV

	2022	2023	2024
	T€	T€	T€
sonstige betriebliche Erträge	2,50	6,82	7,00
sonstige betriebliche Aufwendungen	3,80	4,32	4,50
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-1,30	2,50	2,50
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		0,40	0,40
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	-1,30	2,10	2,10
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	-1,30	2,10	2,10

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

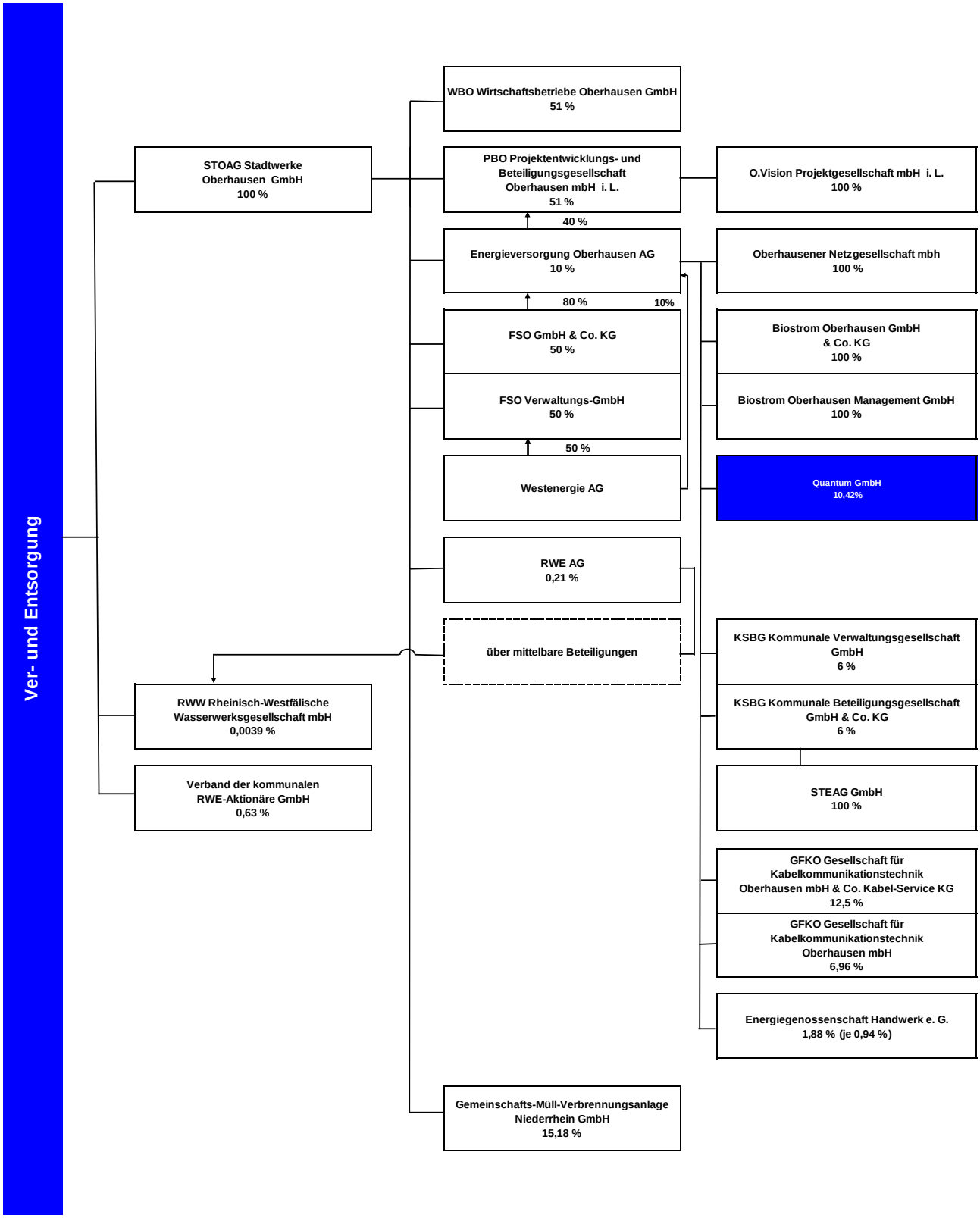
	31.12.2022	31.12.2023	31.12.2024	Angaben in
Umsatzrentabilität:				%
Eigenkapitalrentabilität:	-4,76	8,11	7,51	%
Cash-Flow:	-1,30	2,10	2,10	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:				T€
Personalaufwandsquote:				%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2022	31.12.2023	31.12.2024	Angaben in
Sachanlagenintensität:				%
Eigenkapitalquote:	89,48	88,04	86,78	%
Fremdkapitalquote:	10,52	11,96	13,22	%
Verschuldungsgrad	11,75	13,58	15,24	%

e) Lagebericht

Ein Lagebericht wird nicht erstellt.


Ver- und Entsorgung
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH 100 %
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH 51 %
PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH i. L. 51 %
O.Vision Projektgesellschaft mbH i. L. 100 %
40 %
Energieversorgung Oberhausen AG 10 %
Oberhausener Netzgesellschaft mbh 100 %
80 %
10%
FSO GmbH & Co. KG 50 %
Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG 100 %
FSO Verwaltungs-GmbH 50 %
Biostrom Oberhausen Management GmbH 100 %
50 %
Westenergie AG
Quantum GmbH 10,42%
RWE AG 0,21 %
über mittelbare Beteiligungen
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft GmbH 6 %
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co. KG 6 %
RWW Rheinisch-Westfälische Wasserwerksgesellschaft mbH 0,0039 %
STEAG GmbH 100 %
Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH 0,63 %
GFKO Gesellschaft für Kabelkommunikationstechnik Oberhausen mbH & Co. Kabel-Service KG 12,5 %
GFKO Gesellschaft für Kabelkommunikationstechnik Oberhausen mbH 6,96 %
Energiegenossenschaft Handwerk e. G. 1,88 % (je 0,94 %)
Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH 15,18 %

Quantum GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Balcke-Dürr-Allee 1
40882 Ratingen

Kontakt:

Telefon	02102 939 77-0
Telefon	0211-4369270
Fax	02102 939 77-33
Fax	0211-43692733
e-Mail	info@quantum.de
Internet	http://www.quantum.de

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 1.035,25

Gesellschafter:

	T€	%
Bocholter Energie- und Wasserversorgung GmbH	57,75	6,11
evo Energieversorgung Oberhausen AG	82,50	8,73
Gemeindewerke Grefrath GmbH	16,50	1,75
Klever Versorgungsbetriebe GmbH	57,75	6,11
Stadtwerke Brühl GmbH	33,00	3,49
Stadtwerke Goch GmbH	16,50	1,75
Stadtwerke Heiligenhaus GmbH	16,50	1,75
Stadtwerke Jülich GmbH	16,50	1,75
Stadtwerke Kempen GmbH	33,00	3,49
Stadtwerke Neuwied GmbH	57,75	6,11
Stadtwerke Radevormwald GmbH	16,50	1,75
Stadtwerke Rees GmbH	16,50	1,75
Stadtwerke Willich GmbH	33,00	3,49
SWK Energie GmbH	247,50	26,20
WBM Wirtschaftsbetriebe Meerbusch GmbH	33,00	3,49

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist der Handel mit Energie und die Erbringung von Dienstleistungen im unmittelbaren Bereich der Energieversorgung mit dem Ziel, die örtliche Energieversorgung in den Gemeindegebieten der mittelbar an der Gesellschaft beteiligten Kommunen zu stärken.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2024)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Hardt, Dirk
	Geschäftsführer	Benz, Andreas
Vertreter der Stadt / der städt.		Vorstand der evo AG

Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:

Aufsichtsrat:	Vorsitzender	Herschbach, Stefan
	1. stellv. Vorsitzender	Liedtke, Carsten
	2. stellv. Vorsitzender	Kamburg, Ulf
	Mitglied	Elmer, Jürgen
	Mitglied	Ix, Erik
	Mitglied	Banzhaf, Daniel
	Mitglied	Dolezych, Timm
	Mitglied	Dercks, Claudia
Prokura:	Prokuristin	Achterwinter, Hiltrud Elisabeth
	Prokurist	Stormanns, Marcus

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2022		2023		2024	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Anlagevermögen	92,19	0,2	101,98	0,1	163,39	0,1
Umlaufvermögen	41.518,53	99,7	196.612,43	99,9	150.485,17	99,9
Rechnungsabgrenzungsposten	50,45	0,1	64,98	0,0	53,46	0,0
Bilanzsumme	**41.661,16**	**100,00**	**196.779,38**	**100,00**	**150.702,02**	**100,00**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	5.601,79	13,4	7.620,77	3,9	10.599,13	7,0
Rückstellungen	4.566,40	11,0	15.236,16	7,7	17.429,16	11,6
Verbindlichkeiten	31.472,88	75,5	173.917,93	88,4	122.669,28	81,4
Rechnungsabgrenzungsposten	20,10	0,0	4,52	0,0	4,45	0,0
Bilanzsumme	**41.661,16**	**100,00**	**196.779,38**	**100,00**	**150.702,02**	**100,00**

bb) GuV

	2022	2023	2024
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	879.919,05	1.554.192,48	1.396.156,82
sonstige betriebliche Erträge	179,07	277,72	252,05
Materialaufwand	872.941,05	1.546.345,12	1.387.368,86
Personalaufwand	2.901,83	2.945,73	3.563,57
Abschreibungen	44,00	31,81	49,22
sonstige betriebliche Aufwendungen	3.488,26	3.315,59	3.938,61
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		2.209,53	3.369,20
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	450,73	1.538,40	1.953,89
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	272,26	2.503,08	2.903,91
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	76,26	831,96	906,88
sonstige Steuern	0,17	0,74	6,19
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	195,83	1.670,38	1.990,85
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	195,83	1.670,38	1.990,85

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2022	31.12.2023	31.12.2024	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,02	0,11	0,14	%
Eigenkapitalrentabilität:	3,62	28,07	23,13	%
Cash-Flow:	239,83	1.702,19	2.040,07	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	33.849,93	64.769,59	43.637,78	T€
Personalaufwandsquote:	0,33	0,19	0,26	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2022	31.12.2023	31.12.2024	Angaben in
Sachanlagenintensität:	0,19	0,05	0,10	%
Eigenkapitalquote:	13,45	3,87	7,03	%
Fremdkapitalquote:	86,55	96,13	92,97	%
Anlagendeckungsgrad 2	6076,48	7472,88	6486,97	%
Verschuldungsgrad	643,71	2482,15	1321,83	%

e) Lagebericht

Grundlagen der Quantum GmbH

Geschäftsmodell

Die Quantum versteht sich als Dienstleister mit überregionalem Betätigungsfeld. Alle Dienstleistungen werden überwiegend für die Gesellschafter und Kunden aus dem kommunalen Umfeld erbracht.

Die Quantum bietet diverse Dienstleistungen an, die auf den wirtschaftlichen Erfolg und damit auf die Stärkung ihrer Gesellschafter und Kunden im wettbewerblichen Umfeld ausgerichtet sind. Das angebotene Dienstleistungsspektrum zielt darauf ab:

- die Eigenständigkeit der kommunalen Versorgungsunternehmen zu wahren,
- das Erreichen und Ausgestalten einer vorteilhaften Wettbewerbsposition zu ermöglichen, sowie
- die Professionalisierung und Verbesserung der Effektivität und Effizienz der Aufgabenerfüllung zu fördern.

Die Dienstleistungen der Quantum werden entsprechend der Marktentwicklung und den Kundenwünschen ständig verbessert und erweitert.

Die Basisdienstleistungen der Quantum decken dabei die Kernfunktionen eines professionellen Beschaffungsportfoliomanagements im Energiebereich ab.

Basisdienstleistungen

- Beschaffungsportfoliomanagement
- Beschaffungsabwicklung
- Kurzfristoptimierung 24/7
- Bilanzkreismanagement
- Prognosedienstleistung
- Risiko- und Vertragsmanagement
- Prozessdienstleistungen (MaBis / GaBi)
- Regulatorische Meldungen im Rahmen der REMIT Anforderungen

Um dem individuell auch weiterreichenden Unterstützungsbedarf der Gesellschafter und Partner entsprechen zu können, bietet die Quantum ausgewählte Zusatzdienstleistungen an, die ergänzend beauftragt werden können.

Zusatzdienstleistungen

- Absatzportfoliomanagement
- Erweitertes Prognosemanagement
- Erweitertes Bilanzkreismanagement
- Management von Überführungszeitreihen nach dem „erneuerbare-Energien-Gesetz"
- Planung und Optimierung von dezentralen Erzeugungsanlagen
- Kraftwerkseinsatzoptimierung
- Prozessdienstleistungen Vertriebs- und Netz-EDM
- Unterstützung im Geschäftskundenvertrieb
  (White Label-Vertriebsstrategie „Tranche Komfort")
- Umsetzung BEHG (Brennstoffemissionshandelsgesetz)
- Umsetzung Redispatch 2.0
- Direktvermarktung
- Unterstützung bei der Entwicklung einer Vision und Strategie für die dezentrale, „grüne" Energiewelt sowie darauf basierender Geschäftsmodelle

Das Unternehmen steht als Kooperation im kommunalen Umfeld weiteren Gesellschaften und Kunden offen. Im Zuge ihrer kontinuierlichen Bemühungen, den Gesellschafterkreis zu erweitern, hat die Quantum mit Wirkung zum 1. Januar 2024 mit Stadtwerke Dinslaken GmbH und Stadtwerke Wülfrath GmbH zwei weitere kommunale Unternehmen als Gesellschafter aufgenommen.

Im Geschäftsjahr hat die Quantum die Weiterentwicklung ihrer Aktivitäten in Richtung Dekarbonisierung und Integration der Erneuerbaren Energien in die Portfolien ihrer Gesellschafter und Kunden konsequent fortgeführt. Im Rahmen des hierzu im ersten Quartal 2024 gestarteten Projektes wird sowohl das Anlagenportfolio im Bereich der Direktvermarktung weiter ausgebaut als auch die Beratung der Gesellschafter beim Bezug

bzw. der Vermarktung Erneuerbarer Energien ausgeweitet. Bis zum geplanten Projektende im Dezember 2025 wird die Quantum diese Angebote weiter ergänzen, um die Gesellschafter und Kunden auf allen relevanten Stufen der Wertschöpfungskette im Bereich der emissionsfreien, dezentralen Energiewelt zu unterstützen. Zu diesen erweiterten Aktivitäten zählt unter anderem die Flexibilitätsvermarktung im Zusammenhang mit Batterie- Energiespeichersystemen.

Strategien und Ziele

Quantum Beschaffungsstrategien

Auch wenn die Entwicklung der Energiemärkte im Berichtsjahr nicht mehr so turbulent wie in den Vorjahren verlief, sorgten vor allem die weiter bestehenden geopolitischen Risiken dafür, dass die Preise an den Großhandelsmärkten weiter von einer hohen Volatilität geprägt waren. Zusätzliche Risiken entstanden mit Winterbeginn 2024 aufgrund von Knappheitspreisen, die sich in Zeiten der sog. Dunkelflaute verstärkt ergaben. Mit den bewährten Beschaffungsstrategien war die Quantum jederzeit in der Lage, die von ihren Gesellschaftern und Kunden beauftragten Energiemengen auf wettbewerbsfähige Weise und ausgerichtet auf die jeweiligen Risikostrategien zu beschaffen. Wesentliche Stütze hierbei ist das Netzwerk der Quantum an verlässlichen Handelspartnern, welches im Berichtsjahr um weitere leistungsstarke in- und ausländische Unternehmen ergänzt werden konnte.

Kurzfristoptimierung

Die Quantum nutzte wie in den Vorjahren die Optimierungschancen am Kurzfristmarkt (Day- Ahead und Intraday-Spotmarkt an der EEX) durch die Glattstellung von ¼ h-Positionen im fortlaufenden Handel. Mithilfe des hierbei eingesetzten automatisierten Handelssystems werden solche Positionen 24/7 an 365 Tagen im Jahr am kurzfristigen Markt risikominimierend gehandelt. Als weiteres Ziel wird die Erwirtschaftung zusätzlicher Deckungsbeiträge verfolgt. Um den gestiegenen

Anforderungen im Bereich des Kurzfristhandels Rechnung zu tragen, hat sich die Quantum im Berichtsjahr in diesem Bereich personell verstärkt.

Kraftwerkseinsatzoptimierung

Im Geschäftsjahr erbrachte die Quantum diese Dienstleistung weiter bei insgesamt vier Gesellschaftern. Das eingesetzte Optimierungsmodell wird stetig weiterentwickelt, um die bestehenden Flexibilitäten bestmöglich im Sinne der Anlagenbetreiber am Markt einzusetzen. Die Gespräche mit einem weiteren Anlagenbetreiber konnten gegen Jahresende erfolgreich abgeschlossen werden, so dass sich das Portfolio der durch die Quantum optimierten Erzeugungsanlagen um ein zusätzliches komplexes Großsystem erweiterte.

Absatzportfoliomanagement

Die Dienstleistung Absatzportfoliomanagement wird aktuell von vier Quantum- Gesellschaftern in Anspruch genommen. Über die Dienstleistung werden rund 50 % des Gesamtabsatzes der Quantum abgewickelt. Die Software SE Sales unterstützt die Vertriebe bei der Kalkulation, Angebotslegung und Ausführung des Strom- / Gaseinkaufs am Großhandelsmarkt. Das integrierte Reporting verschafft einen detaillierten Ertrags- und Kostenüberblick einzelner Vertriebssegmente.

Quantum-Portal

Das Quantum-Portal dient als zentrales Bestell- und Informationssystem für unsere Kunden. Neben den Portfolioberichten wurde den Kunden mit den Geschäfts- und Auftragslisten für Strom und Gas der Bereich "Abrechnung und Controlling" im neuen Frontend zur Verfügung gestellt.

Mit dem Adminbereich zur Benutzerverwaltung und Konfiguration der Portfolioberichte sowie der Datenberechnung und -bereitstellung über das neu aufgesetzte Datawarehouse und die entsprechende Anbindung des Portals wurden wesentliche Bausteine für ein zukunftsorientiertes, flexibles und performantes Instrument für die Mitarbeiter und Kunden erstellt.

Prozessautomatisierung & Digitalisierung

Durch die Einführung eines Data Warehouse und einer BI-Lösung konnten Datensilos aufgelöst und die Datenqualität insgesamt verbessert werden. Die dadurch verbesserte Datenverfügbarkeit ermöglicht es, schnellere und genauere Analysen zu generieren und die Bereitstellung von Kennzahlen für das Quantum-Portal auf eine neue Basis zu stellen.

Organisation

Seit einigen Jahren wird die Organisation konsequent im Sinne des Arbeitens nach agilen Werten weiterentwickelt. Im Sinne des überarbeiteten Führungsleitbildes wurde das eigenverantwortliche unternehmerische Handeln und Entscheiden in den Teams weiter gefordert und gefördert. Um kosteneffizient mit einer möglichst geringen Mitarbeiterzahl Dienstleistungen in besserer Qualität schneller erbringen zu können, arbeiten Teams und so genannte Boards mit interdisziplinäreren Kompetenzen sowie klar fokussierten Aufgabenstellungen. Einzelne Mitarbeiter können je nach Kompetenz und Interesse in mehreren Teams, Boards und Kreisen mitwirken. Die Quantum arbeitet mit einer flachen Hierarchie. Abgesehen von den Teams bringt sich die Geschäftsführung in die Arbeit der Boards und Kreise mit ein. Die Wettbewerbsfähigkeit der Vertriebseinheiten unserer Gesellschafter sowie die bestmögliche Erfüllung der Bedürfnisse der Kunden steht im Zentrum und Fokus aller Bestrebungen und Aktivitäten der Quantum.

Berichterstattung gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 2 der Gemeindeordnung NRW

Die Quantum GmbH hat im Geschäftsjahr 2024 der aus ihrer gesellschaftsvertraglichen Aufgabenstellung folgenden öffentlichen Zwecksetzung und Zweckerreichung entsprochen.

Energie für Morgen

Der Bereich Forschung und Entwicklung wird bei der Quantum durch die Innovations-Plattform EFM („Energie für morgen") vorangetrieben, die den Gesellschaftern und Kunden als Zusatzdienstleistung zur Entwicklung verschiedener Zukunftsthemen zur Verfügung steht. Es entstehen wichtige Zukunftsimpulse für die Quantum aus ihrer Rolle als Initiator und Mitveranstalter einer jährlichen Konferenz für die emissionsfreie Daseinsvorsorge (Stadtwerke Impact Day).

2024 wurde die EFM-Plattform weiter ausgebaut und stärker auf den Wissensaustausch sowie die Förderung erneuerbarer Energien ausgerichtet. Ein zentrales Element war der EFM- Roundtable Erneuerbare Energien, den Quantum für EFM-Premium-Kunden vierteljährlich organisiert und moderiert.

Ein Schwerpunkt war die Weiterentwicklung von Prosumer- und Flexibilitätsmodellen. Nach Abschluss eines Vorprojekts mit 23 anderen Stadtwerken entstand ein Umsetzungskonzept für eine Prosumer-Plattform, das auf eine Einkaufsallianz mit einem führendem Anbieter einer Home-Energy-Management (HEMS)-Lösung setzte. Die gewonnenen Erkenntnisse fließen nun in die Bewertung künftiger Marktchancen für dynamische Tarife und Prosumer-Lösungen ein, insbesondere im Kontext einer Stadtwerke-App mit integrierten Anwendungsmöglichkeiten.

Ein anderer Fokus waren Batteriespeicher und Flexibilitätsmärkte. Neben Impulsen zu aktuellen Speichertechnologien und Geschäftsmodellen wurden die strategischen Potenziale für Stadtwerke diskutiert.

Mit diesen Entwicklungen hat die EFM-Initiative 2024 ihre Rolle als zentrale Wissens- und Innovations-Plattform für Stadtwerke weiter gefestigt und aktiv zur strategischen Entwicklung im Bereich nachhaltige Energieversorgung beigetragen.

Wirtschaftsbericht

Regulatorische Rahmenbedingungen

Die Entwicklungen der europäischen Finanz- und Energiemarktregulierung waren fortgesetzt wichtiger Beobachtungsgegenstand des Risikomanagements. Hier sind vor allem die Umstellung der Marktkommunikation im Strom auf das AS4 (Applicability Statement 4)- Protokoll, die Einführung der Regulation on Wholesale Energy Market Integrity and Transparency (REMIT) 2.0, die Vorbereitung auf die Umsetzung der Network and Information Security (NIS)-2-Richtlinie in nationales Recht sowie die Fortschritte bei der Einführung des Europäische Emissionshandelssystem 2 (EU ETS 2) zu nennen. Quantum hat die Umstellung auf das AS4-Protokoll innerhalb der gegebenen Frist vollzogen und operiert unter diesem neuen Standard ohne nennenswerte Vorkommnisse.

Am 07.05.2024 ist die REMIT 2.0 mit dem Zielen, einen offenen und fairen Wettbewerb auf den europäischen Energiegroßhandelsmärkten zu gewährleisten, die Markttransparenz zu stärken und den Anwendungsbereich auf den algorithmischen Handel auszuweiten, in Kraft getreten. Die neue Fassung hat für den Geschäftsbetrieb der Quantum nur unwesentliche über die REMIT 1.0 hinausgehende Auswirkungen.

Zur Vorbereitung auf die Umsetzung der europäischen NIS-2-Richtlinie in nationales Recht hat Quantum das interne Regelwerk überarbeitet, damit diese den gestiegenen regulatorischen Anforderungen entsprechen.

Geschäftsverlauf Gesellschafterangelegenheiten

Im Jahr 2024 wurden alle erforderlichen gesellschaftsrechtlichen Schritte einschließlich einer Kapitalerhöhung umgesetzt, sodass zwei weitere Gesellschafter als Gesellschafter aufgenommen werden konnten. Weitere Veränderungen im Gesellschafterkreis der Quantum GmbH haben 2024 nicht stattgefunden.

Strommarkt

Der Strommarkt in Deutschland wurde auch im Jahr 2024 maßgeblich von der Entwicklung des Gasmarktes geprägt, was sich in der hohen Korrelation der Großhandelspreise von Strom und Gas ausdrückte. Dies bedeutet, dass der Strommarkt ebenfalls von den Unsicher- heiten am Gasmarkt bestimmt wurde, die sich in einer weiterhin hohen Preisvolatilität und zu Jahresende verstärkt auch in einer steigenden Preistendenz niederschlug.

In fundamentaler Hinsicht konnte die Lage am Strommarkt von der Geschäftsführung insgesamt als entspannt bewertet werden. Die Strompreise in den Peakstunden fielen insbesondere im Sommer aufgrund der weiter zunehmenden Solareinspeisung. In Phasen hoher Solar- und Winderzeugung kam es verstärkt zu einem temporären Überangebot an Strom, was an der Spotbörse zu negativen Strompreisen führt. In 2024 gab es insgesamt 457 Stunden mit Strompreisen kleiner Null, verglichen mit 301 Stunden im Vorjahr. Ebenso profitierte der deutsche Strommarkt von hohen Stromimporten aus dem Nachbarland Frankreich, wo sich sowohl die Verfügbarkeit der Kernenergieanlagen als auch das Wasserkraftdargebot im Vergleich zu den Vorjahren verbesserte. Trotzdem war vereinzelt eine Knappheit im Stromsystem zu beobachten, die einzelne Stunden im Spotmarkt sehr stark verteuerten, sodass in der Day-Ahead-Auktion Spitzenpreise bis im vierstelligen Bereich erreicht wurden. Dieses Phänomen trat vor allem im November und Dezember in Phasen der sog. Dunkelflaute auf, also bei geringer Solar- und Windenergieeinspeisung bei gleichzeitig saisonal hohem Bedarf auf. Diese Entwicklung trug dazu bei, dass auch im Terminmarkt die Risikoprämien für die Frontjahre deutlich anstiegen.

Im Vorjahresvergleich lagen die deutschen Strompreise an der EEX-Börse im Jahr 2024 bezogen auf das Baseload-Frontjahresprodukt bei 88,71 €/MWh, was einem Rückgang gegenüber dem Vorjahr von 35,5 % entspricht. Im Jahresverlauf zeigte sich allerdings eine steigende Tendenz - von 91,50 €/MWh am ersten Handelstag des Jahres 2024 (02.01.2024) auf 98,31 €/MWh zum Börsenschluss am 27.12.2024 (Anstieg von 7,4 %).

Gasmarkt

Angesichts eines Gasspeicherstands von gut 90 % zu Beginn des Jahres 2024 und aufgrund des milden Verlaufs des Winters war die Versorgungslage am Gasmarkt zu Jahresanfang zunächst entspannt. Verlässliche Pipeline-Flüsse insbesondere aus Norwegen sowie ausreichende LNG-Importe führten im späteren Jahresverlauf dazu, dass die Gasspeicher bis zum Beginn der Heizsaison wieder die gesetzlichen Mindestfüllstände erreichten. Nichtsdestotrotz führten die weiter bestehenden allgemeinen Unsicherheiten bezüglich der Gasversorgung zu einer anhaltend volatilen Preisentwicklung und sorgten insbesondere gegen Ende des Jahres aufgrund wieder wachsender Risikoprämien für Preissteigerungen. So wurde die Entwicklung des nordwesteuropäischen Gasmarkts insbesondere durch das Auslaufen des Transitvertrags zwischen Russland und der Ukraine zum 31.12.2024 beeinflusst. Hinzu kamen die Aktivitäten der spekulativ orientierten Marktteilnehmer, die ihre Longpositionen in der zweiten Jahreshälfte deutlich ausbauten und so für weitere Preissteigerungen sorgten.

Auf der Nachfrageseite wirkte sich im Berichtsjahr die schlechte konjunkturelle Lage in Deutschland und den meisten Nachbarländern aus. Zum Jahresende sorgte jedoch der zunehmende Gaseinsatz in der Verstromung, aufgrund von kühlen und windarmen Wetterbedingungen, für einen deutlichen Nachfragezuwachs. Dies führte dazu, dass die Gasspeicher schneller als in den Vorjahren geleert wurden. So lag der Füllstand der deutschen Speicher zum 31.12.2024 mit 79,8 % ca. 11,3 %-Punkte niedriger als im Vorjahr (91,0 %).

Im Gesamtjahresverlauf legte der Frontjahres-Gaskontrakt für das Marktgebiet THE an der EEX-Börse um 38,6 % auf eine Schlussnotierung von 47,88 €/MWh zu. Im Vergleich zum Jahr 2023 fiel der durchschnittliche Preis dieses Kontraktes allerdings um 29,5 % auf 37,78
€/MWh (2023: 53,59 €/MWh).

Ertragslage

Auch im Geschäftsjahr 2024 hat die Quantum GmbH ihre wirtschaftlichen Ziele der Wirtschaftsplanung erreicht. Da gemäß dem Geschäftsmodell der Quantum GmbH alle am

Großhandelsmarkt realisierten Preiskonditionen grundsätzlich „1:1" an die Kunden weitergegeben werden, ist sie von den Auswirkungen der allgemeinen Marktpreisentwicklung nicht unmittelbar betroffen.

Die Umsatzerlöse, welche fast ausschließlich mit Gesellschaftern erzielt wurden, betrugen in 2024 1.396,16 Mio. €. Die Planungsprognose für das Geschäftsjahr 2024 wurde um ca. 29,9 % überschritten, gleichzeitig bedeutet dies im Vergleich zum Vorjahr Mindererlös von 10,2 %. Bei der Elektrizität haben sich die Umsätze von 867,9 Mio. € auf 723,1 Mio. € vermindert (-16,7 %), die Gasumsätze verminderten sich von 600,5 Mio.€ auf 557,2 Mio. € (-7,2 %). Die übrigen Erlöse gehen auf die Dienstleistungen und Zusatzdienstleistungen an Gesellschafter und Partner sowie auf Erlöse mit Zertifikaten (2024: 106,7 Mio. €) und Ähnlichem zurück.

	2024	**2023**	**Veränderung**	
	T€	**T€**	**T€**	**%**
+ Umsatzerlöse	1.396.157	1.554.192	-158.036	-10,2%
- Materialaufwand	1.387.369	1.546.345	-158.976	-10,3%
Rohertrag	**8.788**	**7.847**	941	12,0%
- Personalaufwand	3.564	2.946	618	21,0%
- Abschreibungen	49	32	17	54,7%
- Sonstige betriebliche Aufwendungen	3.939	3.315	623	18,8%
+ Sonstige betriebliche Erträge	252	278	-26	-9,2%
Betriebsergebnis	**1.489**	**1.832**	-344	-18,8%
+ Zinserträge	3.369	2.210	1.160	52,5%
- Zinsaufwendungen	1.954	1.538	415	27,0%
Finanzergebnis	**1415**	**671**	744	>100%
- Ertragsteuern	907	832	75	9,0%
Ergebnis nach Ertragsteuern	**1.997**	**1.671**	326	19,5%
- Sonstige Steuern	6	1	5	>100%
Jahresüberschuss	1.991	1.670	320	19,2%

Auf der Einkaufsseite unterhält die Quantum Handelsbeziehungen zu etablierten nationalen und internationalen Unternehmen der Energiebranche.

Der bedeutsamste finanzielle Leistungsindikator ist das Jahresergebnis. Die Gesellschaft hat einen Jahresüberschuss von 1.991 T€ erzielt und damit den Plan von 3,4 T€ um 1.987 T€ übertroffen.

Die Personalkosten sind im Berichtszeitraum um 21,0 % beziehungsweise um 0,62 Mio.€ auf 3,6 Mio.€ gestiegen. Grund hierfür ist die Einstellung zusätzlichen Personals.

Im Jahr 2024 sind die sonstigen betrieblichen Aufwendungen von 3.315 T€ auf 3.939 T€ (18,8 %) gestiegen.

Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Kundenzufriedenheit

Die Kundenzufriedenheit stellt einen zentralen nichtfinanziellen Leistungsindikator dar, der maßgeblich die Qualität unserer Produkte und Dienstleistungen widerspiegelt. Im Berichtsjahr konnten wir eine äußerst positive Rückmeldung unserer Kunden verzeichnen. Der Net Promoter Score (NPS) liegt bei 63 (Vorjahr 31), was auf eine hohe Weiter- empfehlungsbereitschaft hinweist, und unsere starke Kundenbindung unterstreicht. Dieser Wert zeigt, dass unsere Kunden mit unseren Produkten und Dienstleistungen sehr zufrieden sind und uns aktiv weiterempfehlen.

Zusätzlich verzeichnen wir eine Kundenzufriedenheit (KZI) von 98 % (Vorjahr 91 %). Dieser exzellente Wert spiegelt die hohe Zufriedenheit unserer Kunden mit unserem Service wider und bestätigt, dass wir die Erwartungen unserer Kunden weitestgehend erfüllen oder sogar übertreffen.

Diese Ergebnisse motivieren uns, unsere Bemühungen im Bereich Kundenservice kontinuierlich zu verstärken und die Kundenzufriedenheit weiter zu steigern. Wir sehen darin eine wichtige Grundlage für nachhaltigen Erfolg und eine positive Entwicklung unseres Unternehmens.

Mitarbeitende

Das Personal ist für den Erfolg unseres Unternehmens von zentraler Bedeutung. Im Berichtsjahr haben wir besonderen Wert auf die Entwicklung und das Wohlbefinden unserer Mitarbeitenden gelegt. Wir setzen auf eine nachhaltige Personalentwicklung, um die Qualifikationen unserer Mitarbeitenden kontinuierlich zu fördern und ihre Zufriedenheit zu steigern. Unsere Maßnahmen umfassen Weiterbildungsangebote, flexible Arbeitsmodelle und Initiativen zur Förderung der Work-Life-Balance. Dadurch konnten wir die Mitarbeitermotivation und -bindung stärken. Der geplante Personalaufbau konnte im Berichtszeitraum erfolgen. Hierdurch konnte die Arbeitsbelastung der einzelnen Mitarbeiter reduziert werden und die Effizienz der Arbeitsprozesse gesteigert.

Die Zufriedenheit unserer Mitarbeitenden spiegelt sich in positiven Rückmeldungen wider und ist ein wichtiger Indikator für die zukunftsorientierte Entwicklung unseres Unternehmens. Wir sind überzeugt, dass engagierte und zufriedene Mitarbeitende die Grundlage für langfristigen Erfolg sind.

Finanz- und Vermögenslage

	Kapitalflussrechnung (DRS 21)	**2024**	**2023**
		- T€ -	- T€ -
	Periodenergebnis (Jahresüberschuss)	1.991	1.670
±	Abschreibungen / Zuschreibungen auf das Anlagevermögen	49	32
±	Zunahme / Abnahme der Rückstellungen	2.193	10.670
±	Zunahme / Abnahme der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	25.119	-1.504
+/	Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen/Erträge	0	-11
±	Zunahme / Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-51.625	141.563
±	Gewinn/Verlust aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	2	1
±	Zinsaufwendungen / Zinserträge	-1.416	-671
±	Ertrtagsteuerzahlungen	-365	
=	**Cash-Flow aus laufender Geschäftstätigkeit**	**-24.052**	**151.750**
+	Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens	2	12
-	Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-115	-44
=	**Cash-Flow aus der Investitionstätigkeit**	**-113**	**-32**
±	Ein- / Auszahlungen aus Eigenkapitalzuführungen von Gesellschaftern	988	349
+	Einzahlung aus der Begebung von Anleihen und der Aufnahme von (Finanz-) Krediten	0	0
-	Gezahlte Zinsen	-1.416	-671
=	**Cash-Flow aus Finanzierungstätigkeit**	**-428**	**-322**
=	**Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds**	**-24.593**	**151.396**
+	Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	168.516	17.121
=	**Finanzmittelfonds am Ende der Periode**	**143.923**	**168.517**

Der Finanzmittelfond setzt sich zusammen aus dem Guthaben bei Kreditinstituten (24 Mio. €, Vorjahr 49 Mio. €)) und der Liquiditätsüberlassung an die SWK AG (120 Mio.€, Vorjahr 120 Mio.€).

Der Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit ist um 175.802 T€ gesunken. Diese Senkung resultiert im Wesentlichen aus den per Saldo gesunkenen Forderungen, denen gesunkene

Verbindlichkeiten aus Energielieferungen gegenüberstehen. Aus der Investitionstätigkeit ergab sich ein Mittelabfluss von 113 T€ (VJ 32 T€). Dieser resultiert aus Auszahlungen aus dem Sachanlagevermögen. Der Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit erhöht sich um 106 T€ auf 428 T€ und resultiert im Wesentlichen aus Zinsen zur Besicherung und aus Zinsen von Kreditinstituten. Zusammengefasst führte dies zu einer Verringerung des Finanzmittelfonds um 24.594 T€ auf 143.923 T€ (VJ: 168.517 T€).

Kapitalstruktur	**2024**	**2023**	**Veränderung**	
	T€	**T€**	**T€**	**%**
Summe Eigenkapital	10.559	7.620	2.939	38,6%
Summe Fremdkapital	140.143	189.159	-49.016	-25,9%
Bilanzsumme	**150.702**	**196.779**	**-46.077**	-23,4%

	%	**%**
Eigenkapitalquote	7,0	3,9
Fremdkapitalquote	93,0	96,1

Das Anlagevermögen der Quantum ist in voller Höhe durch das Eigenkapital gedeckt. Die Eigenkapitalquote verminderte sich aufgrund der gesunkenen Bilanzsumme auf 7,0 %.

Liquidität

Die Quantum verfügte im Geschäftsjahr 2024 stets über ausreichende Liquidität. Seit 2020 existiert ein Vertrag zur gegenseitigen Liquiditätsüberlassung mit der SWK Stadtwerke Krefeld AG. Ziel des Vertrages ist es, Kreditzinsen durch gegenseitige Liquiditätsüberlassung zu vermeiden.

Vermögenslage

Im Jahr 2024 führte die Kapitalerhöhung sowie die damit verbundene Aufstockung der Rücklagen zu einer nominalen Erhöhung des Eigenkapitals der Quantum durch Gewinnvorträge. Die bilanzierten eigenen Anteile der Quantum GmbH reduzierten sich von 49,5 T€ auf 33,0 T€. Legt man die EK-Quote zugrunde, wird die Höhe des Eigenkapitals durch Gesellschafter und Geschäftsführung für den allgemeinen Geschäftsbetrieb als ausreichend angesehen.

Organisation

Im Jahr 2024 waren alle Bereiche der Quantum mit insgesamt durchschnittlich 32 (Vorjahr 24) qualifizierten Mitarbeitern planmäßig besetzt, davon durchschnittlich 29 (Vorjahr 20) Vollzeitkräfte und 6 (Vorjahr 8) Teilzeitkräfte.

Risikobericht, Prognose- und Chancenbericht

Risikobericht

Die Quantum GmbH wurde gegründet, um ihren Gesellschaftern und Kunden einen transparenten, effizienten, synergienutzenden Zugang zu den Beschaffungsmärkten des Energie-Großhandelsmarktes zu ermöglichen. Entsprechend dem Gesellschaftervertrag können Gesellschafter nur Unternehmen werden, die zu mindestens 50 % in kommunalem Eigentum stehen.

Die Bonität der Gesellschafter erleichtert das Management der Kreditrisiken aus Energiebeschaffung und Energiepreissicherung. Für die Schwankungen der Energiemarktpreise begehren die Lieferanten Sicherheiten für ihr Wiederabsatz- und Zahlungsausfallrisiko.

Das Besicherungskonzept der Bürgschaft der Primärsicherungsgeber (PSG) zur Verstärkung der Eigenbonität der Quantum wurde fortgeführt. Bei Bedarf stehen ein oder mehrere Gesellschafter als Sicherheitengeber zur Verfügung. Nach dem starken Anstieg der Großhandelspreise im Jahre 2022 folgte im Jahr 2023 eine Phase der Preisrückgänge. In der Folge sind die Kreditrisiken auf Seiten der Quantum deutlich gesunken wohingegen der Besicherungsbedarf der Handelspartner einen beträchtlichen Anstieg verzeichnete. Diese Situation hielt auch in 2024 an. Gemeinsam mit den Handelspartnern und in Abstimmung mit dem Risikokomitee der Quantum wurden entsprechende Lösungen, wie beispielsweise die Erhöhung des von den PSG gestellten Besicherungsrahmens, erarbeitet, um auch in dieser außergewöhnlichen Phase am Energiemarkt handlungsfähig zu sein.

Das wesentliche Merkmal des Geschäftsmodells besteht darin, dass keine Marktpreis- und Kreditrisiken von der Quantum getragen werden. Auf dieser Grundlage entwickelt die Quantum die Produkte für ihre Gesellschafter und Kunden weiter. Potenzielle Produkte und Optimierungsstrategien durchlaufen einen definierten Freigabeprozess, der die vollständige Identifikation und das erforderliche Management der Risiken sowie ggf. die Bereitstellung eines erforderlichen Risikokapitals zum Gegenstand hat. Unverändert hält die Quantum keine Terminpositionen am Markt auf eigenes Risiko sondern gibt Energie zu den am Markt erzielten Konditionen an die Gesellschafter und Kunden weiter. Diese erhalten damit Zugriff auf die Großhandelspreise ohne Margenaufschläge. Die Betriebskosten der Quantum werden durch Dienstleistungsentgelte finanziert, deren Höhe die Gesellschafterversammlung im Zuge der Wirtschaftsplanung beschließt.

Rechtliche Risiken begrenzt die Quantum durch standardisierte Rahmenvertragswerke mit den Marktpartnern, die weitestgehend kongruent bzw. spiegelbildlich gegenüber den Kunden ausgestaltet sind. Im operativen Vertragsmanagement standen die Abschlüsse neuer Standardbeschaffungsverträge (EFET oder individuelle Rahmenverträge) an.

Im Risikohandbuch der Quantum sind die Grundsätze für die risikobewusste Ausgestaltung des Geschäftsbetriebs, sowie die Risikosteuerungsmaßnahmen beschrieben.

Die Umsetzung überwacht das Risikokomitee, das aus Vertretern der Gesellschafter, der Geschäftsführung und dem für Risikomanagement zuständigen Mitarbeiter der Quantum besteht. Alle wesentlichen Entwicklungen der Quantum erfolgen in enger Abstimmung mit dem Risikokomitee, dem Aufsichtsrat und der Gesellschafterversammlung.

Für die Quantum wesentliche Risiken liegen weiterhin im operativen Bereich. Zur Minimierung von Risiken bei der Bearbeitung - insbesondere von Beschaffungsvorgängen - sind die Prozesse in hohem Maße automatisiert. Die eingesetzten IT-Systeme werden ebenfalls ständig fortentwickelt und entsprechen den aktuellen Markt- und Regulierungsanforderungen.

Für das Geschäftsjahr 2024 wurde ein Audit über die Wirksamkeit des internen Kontrollsystems nach IDW PS 951, bezogen auf die Prozesse, welche die Quantum dienstleistend für Gesellschafter und Kunden leistet, durchgeführt. Im Rahmen des Audits wurde die Angemessenheit des internen Kontrollsystems sowie die Wirksamkeit der Kontrollen festgestellt.

Ausblick regulatorische Rahmenbedingungen

Die Bundesregierung arbeitet weiterhin an einer Anpassung des Strommarktdesigns. Diese dürfte großen Einfluss auf die Branche haben.
Die Umsetzung der NIS-2-Richtlinie in nationales Recht ist nach aktuellem Stand in 2025 angesetzt. Quantum ist auf die Umsetzung vorbereitet und wird ihren Verpflichtungen voraussichtlich nachkommen können.

Die Ausgestaltung des EU ETS 2 wird bis zum geplanten Start im Jahr 2027 weiter vorangetrieben. Quantum und seine Gesellschafter und Kunden werden voraussichtlich vom neuen Mechanismus betroffen sein und bereiten ihre Systeme und Prozesse auf den Wechsel vor.

Die Bedeutung von Power Purchase Agreements (PPA) werden mit dem stetigen Zubau von Erzeugungskapazitäten aus Erneuerbaren Energien weiter an Bedeutung gewinnen. Die Etablierung vertraglicher Standards wird folglich vorangetrieben werden.

Prognosebericht / Chancenbericht Wirtschaftliche Aussichten

Auf Grundlage der aktuellen Mengen- und Preiserwartungen erwartet die Quantum im Jahr 2025 Umsatzerlöse aus Energiegeschäften von ca. 977 Mio.€. Dabei wird davon ausgegangen, dass die Quantum GmbH im Geschäftsjahr 2025 ein ausgeglichenes Ergebnis nach Steuern erzielen wird.

Die Teams der Quantum ermitteln fortlaufend die Bedürfnisse der Kunden und beobachten die sich ändernden Rahmenbedingungen. Dies geschieht im Hinblick auf die bereits angebotenen Lösungen und die mögliche Entwicklung neuer Lösungen.

Nach Analyse und Bewertung werden bei erfolgsversprechenden Handlungsfeldern entsprechende Produktentwicklungsprozesse angestoßen. Diese laufende Überprüfung, Optimierung und Ergänzung des Produktportfolios stellt die maßgebliche Basis für die Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft dar. Für die Folgejahre wird ein moderates Wachstum, sowohl bei der Anzahl der Verträge als auch bei den erlösten Dienstleistungsentgelten erwartet.

Der mehrheitlich von der Bevölkerung gewünschte und politisch getriebene Umbau der Energieversorgung in Deutschland (Energiewende) setzt die gesamte Branche in Zugzwang. Auf die kommunalen Versorgungsunternehmen wird im zukünftigen Marktdesign weitere Verantwortung zukommen, die größere Risiken beinhaltet, aber auch Chancen eröffnet.

Bei der Umsetzung der sich immer komplexer gestaltenden Anforderungen an die Energiewirtschaft werden nach unserer Einschätzung insbesondere kleine und mittlere Versorgungsunternehmen zunehmend die Unterstützung von professionellen Dienstleistern in Anspruch nehmen oder über Kooperationen Synergieeffekte erzielen müssen.

Durch die jahrelange Erfahrung bei Dienstleistungen für Energieversorgungsunternehmen sieht sich die Quantum für die neuen Anforderungen im Markt gut positioniert und erwartet für ihre Dienstleistungen eine moderat steigende Nachfrage. Allerdings besteht vor allem im Markt für Portfolio-Dienstleistungen eine unverändert hohe Wettbewerbsintensität.

Weiterhin im Fokus stehen bei der Quantum die Entwicklung neuer Produkte und Dienstleistungen für Kunden, insbesondere im Bereich der Erneuerbaren Energien. Durch eine stetige Weiterentwicklung der IT-Systeme, Fortbildung der Mitarbeiter und organisatorische Anpassungen von Prozessen und Strukturen bereitet sich die Quantum auf zukünftige Herausforderungen vor, indem sie die Grundlagen für eine möglichst effiziente Erbringung ihrer Dienstleistung schafft.

Energie für morgen

Im Jahr 2025 wird die Innovations-Plattform EFM mit dem Roundtable-Format fortgeführt und bleibt eine zentrale Plattform für Wissensaustausch und strategische Weiterentwicklung im Bereich erneuerbarer Energien. Quantum nutzt dieses Format weiterhin, um Stadtwerken gezielte Impulse für den Ausbau erneuerbarer Erzeugung und neue Geschäftsmodelle zu bieten.

Ergänzend dazu steht das Fokus-Thema „Speicherlösungen und Flexibilität: Geschäftsmodelle für Stadtwerke und ihre Kunden" im Mittelpunkt der EFM-Plattform. Erfolgreiche Projekte, Best Practices sowie wirtschaftliche und technische Herausforderungen werden analysiert, um Stadtwerke durch Erfahrungsaustausch und praxisnahe Lösungsansätze bei der Entwicklung tragfähiger Geschäftsmodelle zu unterstützen.

Mit dieser Ausrichtung bleibt EFM auch 2025 ein entscheidendes Instrument, um Stadtwerke strategisch in der Energiewende zu positionieren und neue Geschäftsmodelle frühzeitig zu identifizieren.

Batteriespeicher

In der letzten Gesellschafterversammlung wurde der Bau und anschließende Betrieb eines 4 MWh Batteriespeichers durch die Quantum GmbH beschlossen. Der Speicher soll noch im Jahr 2025 fertiggestellt und vermarktet werden.
Batteriespeicher sind ein zentrales Instrument, um die Energiewende in Deutschland in den nächsten Jahren erfolgreich zu gestalten. Hierzu leisten wir als Quantum somit einen Beitrag. Weiterhin erwartet die Quantum in den Folgejahren Erlöse, die durch eine effiziente Vermarktung des Batteriespeichers generiert werden.

Die Quantum ist in der Lage dieses Projekt von der Planung bis zur Vermarktung eigenständig umzusetzen. Hieraus ergibt sich die Möglichkeit in Zukunft ein neues Geschäftsfeld "Batteriespeicher" zu entwickeln und weitere Projekte umzusetzen.

Quantum-Portal

Im Jahr 2025 sollen alle im bisherigen Portal verbliebenen Funktionalitäten, vor allem "Kalkulation und Bestellung" sowie "Marktinformationen", in die neue Technologie migriert werden. Das bestehende Portal wird damit vollständig abgelöst.

Prozessautomatisierung & Digitalisierung

Im Geschäftsjahr 2025 sollen alle Daten für die Kernprozesse Handel, Portfoliomanagement und Abrechnung in das Data Warehouse migriert werden. Damit wird die bisher genutzte Softwarelösung zur Datenhaltung und -verarbeitung abgelöst.

Gesellschafterangelegenheiten

Für 2025 sind derzeit keine weiteren Veränderungen im Gesellschafterkreis der Quantum GmbH absehbar.

Vergangene Entwicklungen zeigen, dass Stadtwerke, die zunächst als Kunden eingestiegen sind, häufig den Schritt zur Gesellschafterbeteiligung vollziehen. Vor diesem Hintergrund könnte auch für die Stadtwerke Geldern GmbH, die 2024 als Kunde gewonnen wurden, eine solche Option perspektivisch von Interesse sein.

Im Jahr 2025 wird die Weiterentwicklung der Basisdienstleistungen der Quantum konsequent vorangetrieben. Ein zentrales Projekt ist die Integration erneuerbarer Energien in die Stadtwerke-Portfolien. Ergänzend dazu wird das Angebot an Zusatzdienstleistungen durch den

gezielten Ausbau von Speicher- und Flexibilitätslösungen erweitert. Diese Maßnahmen die-nen sowohl der Stärkung der bestehenden Gesellschafter als auch der Ansprache neuer Stadtwerke-Kunden und möglicher -Gesellschafter.

Organisation

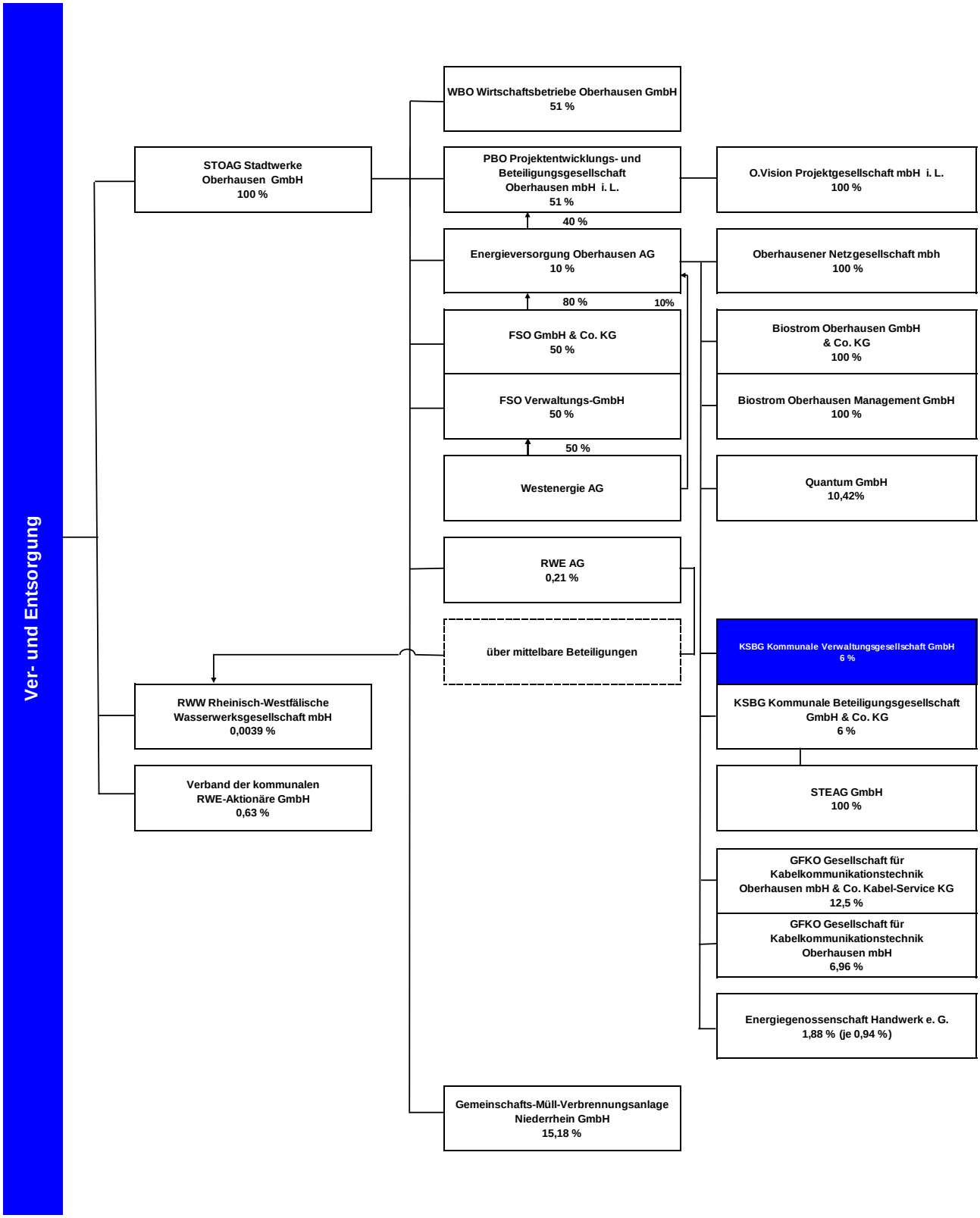
Zum Stichtag 31. Dezember 2024 beschäftigte die Quantum 29 (Vorjahr 20) Vollzeit- und 6 (Vorjahr 8) Teilzeitkräfte. In Abhängigkeit des Auftragseingangs für des neuen Geschäftsfeldes Batteriespeicher im Stadtwerkeumfeld wird ein Personalaufbau angestrebt, um diese Aufträge kundengerecht bedienen zu können. Für die neue Basisdienstleistung Erneuerbare Energien wurden für das Jahr 2024 fünf zusätzliche Stellen genehmigt.

Es liegen keine Anzeichen einer erheblichen Verschlechterung der Geschäftsaussichten für das Wirtschaftsjahr 2025 bei Quantum vor. Eine Anpassung der Ergebnisprognose erfolgt daher nicht.

Düsseldorf, 28. März 2025

Quantum GmbH

Dirk Hardt / Andreas Benz
Geschäftsführung


Ver- und Entsorgung
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH
51 %
STOAG Stadtwerke
Oberhausen GmbH
100 %
PBO Projektentwicklungs- und
Beteiligungsgesellschaft
Oberhausen mbH i. L.
51 %
O.Vision Projektgesellschaft mbH i. L.
100 %
40 %
Energieversorgung Oberhausen AG
10 %
Oberhausener Netzgesellschaft mbh
100 %
80 %
10%
FSO GmbH & Co. KG
50 %
Biostrom Oberhausen GmbH
& Co. KG
100 %
FSO Verwaltungs-GmbH
50 %
Biostrom Oberhausen Management GmbH
100 %
50 %
Westenergie AG
Quantum GmbH
10,42%
RWE AG
0,21 %
über mittelbare Beteiligungen
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft GmbH
6 %
RWW Rheinisch-Westfälische
Wasserwerksgesellschaft mbH
0,0039 %
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft
GmbH & Co. KG
6 %
Verband der kommunalen
RWE-Aktionäre GmbH
0,63 %
STEAG GmbH
100 %
GFKO Gesellschaft für
Kabelkommunikationstechnik
Oberhausen mbH & Co. Kabel-Service KG
12,5 %
GFKO Gesellschaft für
Kabelkommunikationstechnik
Oberhausen mbH
6,96 %
Energiegenossenschaft Handwerk e. G.
1,88 % (je 0,94 %)
Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage
Niederrhein GmbH
15,18 %

KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft mbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Rüttenscheider Straße 1 - 3
45128 Essen

Kontakt:

Telefon	0201/801-1280
Fax	0208/835 2620
e-Mail	info-ksbg@ksbg-gmbh.de
Internet	http://www.stadtwerke-konsortium.de

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 100,00

Gesellschafter:

	T€	%
Dortmunder Stadtwerke AG	36,00	36,00
evo Energieversorgung Oberhausen AG	6,00	6,00
Stadtwerke Bochum Holding GmbH	18,00	18,00
Stadtwerke Dinslaken GmbH	6,00	6,00
Stadtwerke Duisburg AG	19,00	19,00
Stadtwerke Essen AG	15,00	15,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Übernahme der Stellung als persönlich haftende Gesellschafterin und die Übernahme der Geschäftsführung der KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co. KG.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2024)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Spohn, Dietmar
	Geschäftsführer	Jacoby, Jörg
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Vorstand der evo AG
Aufsichtsrat:	Mitglied	Dr. Bartels, Ralf
	Mitglied	Hagemeier, Bernd
	Mitglied	Detemple, Andreas
	Mitglied	Gärtner, Verena
	Mitglied	Heim, Heike
	Mitglied	Neuland, Susanne
	Mitglied	Dr. Plathner, Jan Markus
	Mitglied	Dr. Schäfer, Peter
	Mitglied	Sievers, Verena

Mitglied	Thiel, Frank
Mitglied	Kremer, Josef
Mitglied	Wittig, Marcus

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2022		2023	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Anlagevermögen	4,79	1,0	3,16	0,6
Umlaufvermögen	489,81	99,0	525,68	99,4
Bilanzsumme	**494,60**	**100,00**	**528,84**	**100,00**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	156,40	31,6	161,40	30,5
Rückstellungen	35,42	7,2	83,75	15,8
Verbindlichkeiten	302,77	61,2	283,69	53,6
Bilanzsumme	**494,60**	**100,00**	**528,84**	**100,00**

bb) GuV

	2022	2023
	T€	T€
sonstige betriebliche Erträge	960,76	1.033,25
Personalaufwand	734,70	809,59
Abschreibungen	2,61	1,63
sonstige betriebliche Aufwendungen	222,07	184,16
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	1,38	37,88
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-3,86	32,94
sonstige Steuern	0,24	-0,06
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	5,00	5,00
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	5,00	5,00

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

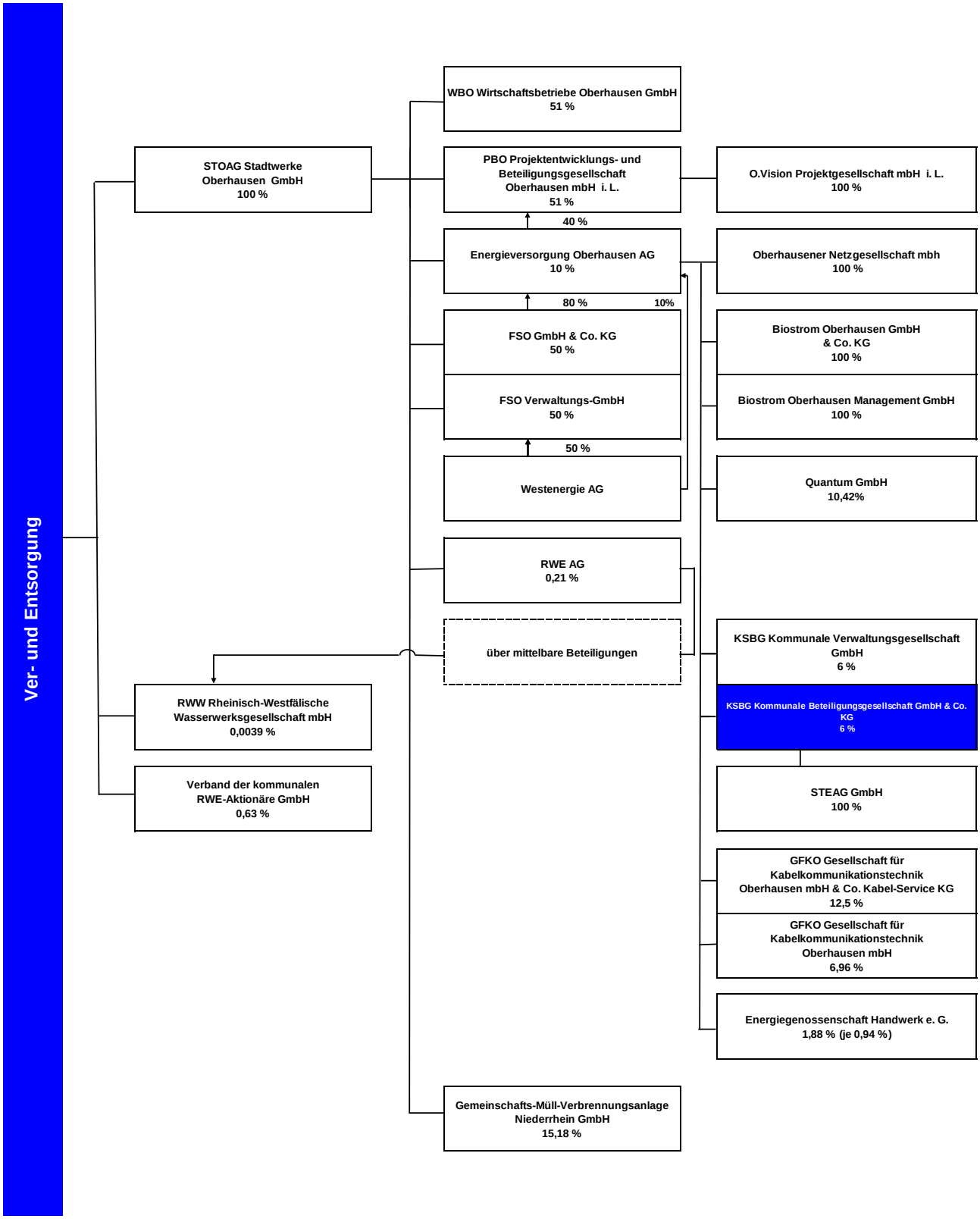
	31.12.2022	31.12.2023	Angaben in
Umsatzrentabilität:			%
Eigenkapitalrentabilität:	3,30	3,20	%
Cash-Flow:	7,61	6,63	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	320,25	344,42	T€
Personalaufwandsquote:	76,47	78,35	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2022	31.12.2023	Angaben in
Sachanlagenintensität:	0,97	0,60	%
Eigenkapitalquote:	31,62	30,52	%
Fremdkapitalquote:	68,38	69,48	%
Verschuldungsgrad:	216,23	227,65	%

e) Lagebericht

Zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Berichts lag der Jahresabschluss 2024 der Gesellschaft noch nicht vor.


Ver- und Entsorgung
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH
51 %
STOAG Stadtwerke
Oberhausen GmbH
100 %
PBO Projektentwicklungs- und
Beteiligungsgesellschaft
Oberhausen mbH i. L.
51 %
O.Vision Projektgesellschaft mbH i. L.
100 %
40 %
Energieversorgung Oberhausen AG
10 %
Oberhausener Netzgesellschaft mbh
100 %
80 %
10%
FSO GmbH & Co. KG
50 %
Biostrom Oberhausen GmbH
& Co. KG
100 %
FSO Verwaltungs-GmbH
50 %
Biostrom Oberhausen Management GmbH
100 %
50 %
Westenergie AG
Quantum GmbH
10,42%
RWE AG
0,21 %
über mittelbare Beteiligungen
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft
GmbH
6 %
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co.
KG
6 %
RWW Rheinisch-Westfälische
Wasserwerksgesellschaft mbH
0,0039 %
Verband der kommunalen
RWE-Aktionäre GmbH
0,63 %
STEAG GmbH
100 %
GFKO Gesellschaft für
Kabelkommunikationstechnik
Oberhausen mbH & Co. Kabel-Service KG
12,5 %
GFKO Gesellschaft für
Kabelkommunikationstechnik
Oberhausen mbH
6,96 %
Energiegenossenschaft Handwerk e. G.
1,88 % (je 0,94 %)
Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage
Niederrhein GmbH
15,18 %

KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co.KG

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Rüttenscheider Straße 1 - 3
45128 Essen

Kontakt:

Telefon	0201/801-1280
Fax	0208/835 2620
e-Mail	info-ksbg@ksbg-gmbh.de
Internet	http://www.stadtwerke-konsortium.de

Rechtsform: GmbH & Co. KG

Stammkapital in T€: 1,00

Gesellschafter:

	T€	%
Dortmunder Stadtwerke AG	0,36	36,00
evo Energieversorgung Oberhausen AG	0,06	6,00
Stadtwerke Bochum Holding GmbH	0,18	18,00
Stadtwerke Dinslaken GmbH	0,06	6,00
Stadtwerke Duisburg AG	0,19	19,00
Stadtwerke Essen AG	0,15	15,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Beteiligung an der Evonik Steag GmbH als Unternehmen der Energieversorgung, die Erbringung von Dienstleistungen gegenüber ihren Gesellschaftern und der Evonik Steag GmbH, sowie die Sicherung der nachhaltigen Energieversorgung durch Energieversorgungsunternehmen mit kommunaler Beteiligung.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2024)

Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung: Vorstand der evo AG

c) Beteiligungen

Unmittelbar	**T€**	**%**
STEAG GmbH	128.000,00	100,00
Mittelbar	**T€**	**%**
Fernwärmeversorgung Niederrhein GmbH	4.160,00	26,00
STEAG Fernwärme GmbH	20.500,00	100,00

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2022		2023	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Anlagevermögen	1.200.969,08	63,1	1.127,80	0,0
Umlaufvermögen	701.260,10	36,9	2.946.688,39	100,0
Rechnungsabgrenzungsposten	138,26	0,0		
Bilanzsumme	**1.902.367,44**	**100,00**	**2.947.816,19**	**100,00**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	1.177.113,17	61,9	1.599.695,89	54,3
Rückstellungen	69.071,64	3,6	39.746,36	1,3
Verbindlichkeiten	656.182,63	34,5	1.308.373,94	44,4
Bilanzsumme	**1.902.367,44**	**100,00**	**2.947.816,19**	**100,00**

bb) GuV

	2022	2023
	T€	**T€**
Umsatzerlöse	2.052,91	2.107,47
sonstige betriebliche Erträge	271.127,74	11.763,32
Materialaufwand	1.474,69	1.155,68
Abschreibungen	122,97	122,85
sonstige betriebliche Aufwendungen	6.696,14	439.641,56
Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	676.854,97	1.032.422,48
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	3.005,90	0,00
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	2.386,33	31.341,56
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	32.585,52	48.433,92
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	914.548,52	588.280,83
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	84.822,57	157.547,81
sonstige Steuern	0,78	8.150,29
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	829.725,18	422.582,72
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	829.725,18	422.582,72

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

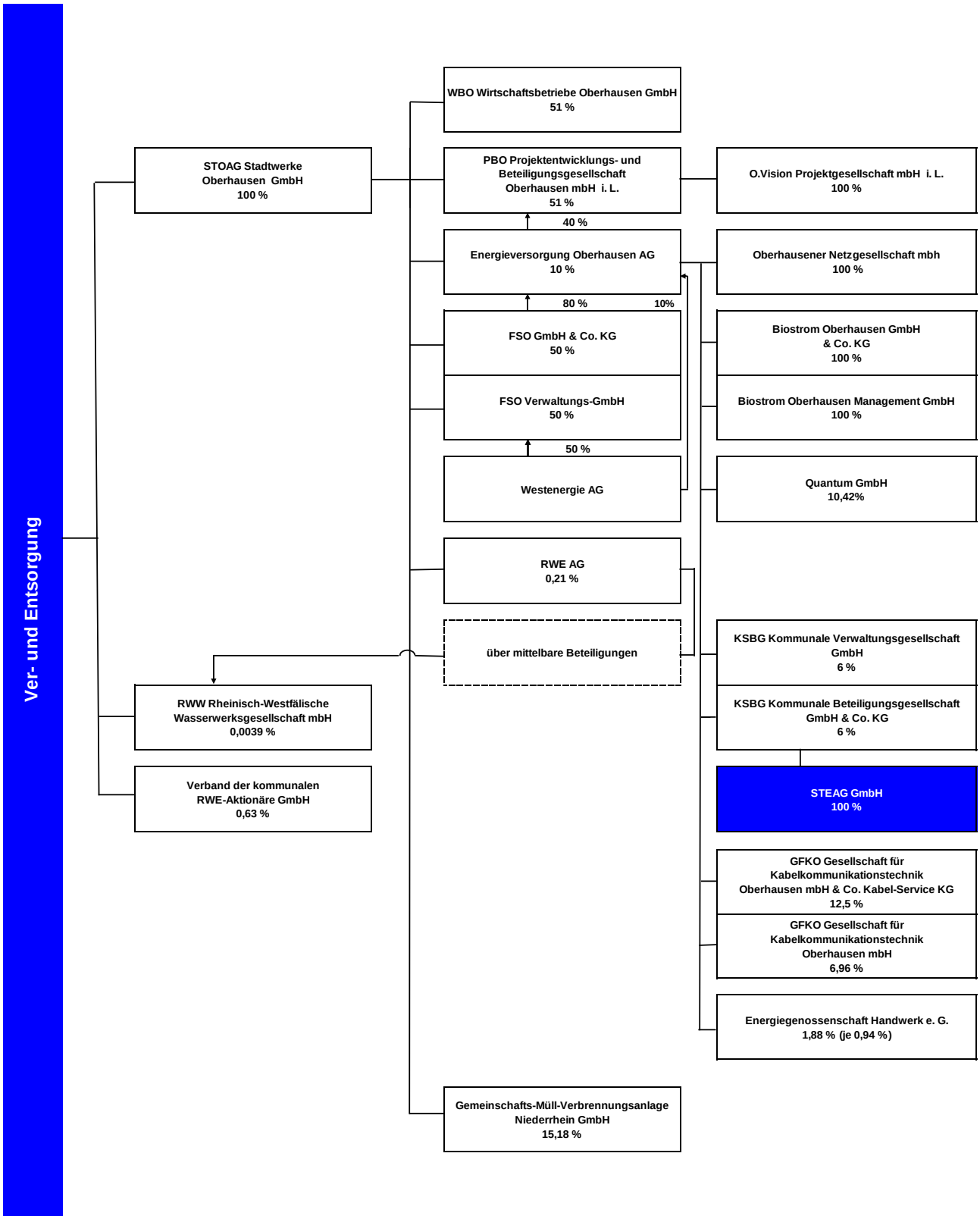
	31.12.2022	31.12.2023	Angaben in
Umsatzrentabilität:	40.416,95	20.051,62	%
Eigenkapitalrentabilität:	238,85	35,90	%
Cash-Flow:	829.848,15	422.705,57	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:			T€
Personalaufwandsquote:			%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2022	31.12.2023	Angaben in
Sachanlagenintensität:	0,06	0,04	%
Eigenkapitalquote:	61,88	54,27	%
Fremdkapitalquote:	38,12	45,73	%

e) Lagebericht

Zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Berichts lag der Jahresabschluss 2024 der Gesellschaft noch nicht vor.


Ver- und Entsorgung
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH 100 %
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH 51 %
PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH i. L. 51 %
O.Vision Projektgesellschaft mbH i. L. 100 %
40 %
Energieversorgung Oberhausen AG 10 %
Oberhausener Netzgesellschaft mbh 100 %
80 %
10%
FSO GmbH & Co. KG 50 %
Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG 100 %
FSO Verwaltungs-GmbH 50 %
Biostrom Oberhausen Management GmbH 100 %
50 %
Westenergie AG
Quantum GmbH 10,42%
RWE AG 0,21 %
über mittelbare Beteiligungen
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft GmbH 6 %
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co. KG 6 %
RWW Rheinisch-Westfälische Wasserwerksgesellschaft mbH 0,0039 %
STEAG GmbH 100 %
Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH 0,63 %
GFKO Gesellschaft für Kabelkommunikationstechnik Oberhausen mbH & Co. Kabel-Service KG 12,5 %
GFKO Gesellschaft für Kabelkommunikationstechnik Oberhausen mbH 6,96 %
Energiegenossenschaft Handwerk e. G. 1,88 % (je 0,94 %)
Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH 15,18 %

STEAG GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift:	Rüttenscheider Str. 1-3 45128 Essen
Kontakt:	
Telefon	+49 201 801-00
Fax	+49 201 801-6388
Internet	www.steag.com
Rechtsform:	GmbH
Stammkapital in T€:	128.000,00

Gesellschafter:	**T€**	**%**
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co.KG	128.000,00	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens sind
a) Planung, Errichtung, Erwerb und Betrieb von Kraftwerken und hiermit verbundene Dienstleistungen,
b) Beschaffung und Vermarktung von Energien, sonstigen Medien sowie Reststoffen und Herstellung, Anschaffung sowie Vorhaltung der diesen Zwecken dienenden Anlagen sowie verbundene Dienstleistungen.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2024)

Geschäftsführer	Dr. Reichel, Andreas
Geschäftsführer	Dehlke, Dieter
Geschäftsführer	Hildebrand, Nicole

Aufsichtsrat:

Vorsitzender	Wack, Philip
stellv. Vorsitzender	Vassiliadis, Michael
Mitglied	Dr. Bartels, Ralf
Mitglied	Ferrari, Gianluca
Mitglied	Satrústegui, Carmen
Mitglied	Schneider, Lamine
Mitglied	Sievers, Verena
Mitglied	Weber, Jörg
Mitglied	Wutte, Winniefried
Mitglied	Hagemeier, Bernd
Mitglied	Grabmeier, Gerhard
Mitglied	Peters, Gerrit

c) Beteiligungen

Unmittelbar	**T€**	**%**
STEAG Fernwärme GmbH	20.500,00	100,00
Mittelbar	**T€**	**%**
Fernwärmeversorgung Niederrhein GmbH	4.160,00	26,00

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2022		**2023**		**2024**	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Anlagevermögen	1.067.200,00	33,4	1.042.100,00	24,4	1.497.400,00	77,5
Umlaufvermögen	2.124.500,00	66,6	3.225.200,00	75,6	432.900,00	22,4
Rechnungsabgrenzungsposten	400,00	0,0			1.900,00	0,1
Bilanzsumme	**3.192.100,00**	**100,00**	**4.267.300,00**	**100,00**	**1.932.200,00**	**100,00**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	485.300,00	15,2	485.300,00	11,4	485.300,00	25,1
Rückstellungen	266.700,00	8,4	218.500,00	5,1	212.200,00	11,0
Verbindlichkeiten	2.440.100,00	76,4	3.563.500,00	83,5	1.234.700,00	63,9
Bilanzsumme	**3.192.100,00**	**100,00**	**4.267.300,00**	**100,00**	**1.932.200,00**	**100,00**

bb) GuV

	2022	2023	2024
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	2.196.500,00	135.500,00	300,00
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	68.700,00	0,00	
sonstige betriebliche Erträge	402.800,00	53.200,00	10.300,00
Materialaufwand	2.014.300,00	134.600,00	
Personalaufwand	101.300,00	2.100,00	4.800,00
Abschreibungen	34.200,00	200,00	
sonstige betriebliche Aufwendungen	464.400,00	137.000,00	21.400,00
Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	703.800,00	1.195.400,00	238.600,00
Erträge aus Beteiligungen	11.300,00	0,00	4.900,00
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	9.800,00	6.300,00	16.800,00
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	14.900,00	45.300,00	19.700,00
Aufwendungen aus Verlustübernahmen	21.700,00	0,00	169.300,00
Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufsvermögens	6.700,00		3.600,00
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	79.800,00	107.500,00	44.300,00
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	685.400,00	1.054.300,00	47.200,00
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	5.100,00	10.300,00	700,00
sonstige Steuern	3.400,00	11.600,00	-1.000,00
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	676.900,00	1.032.400,00	47.500,00
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	0,00	0,00	0,00
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0,00	0,00	0,00

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

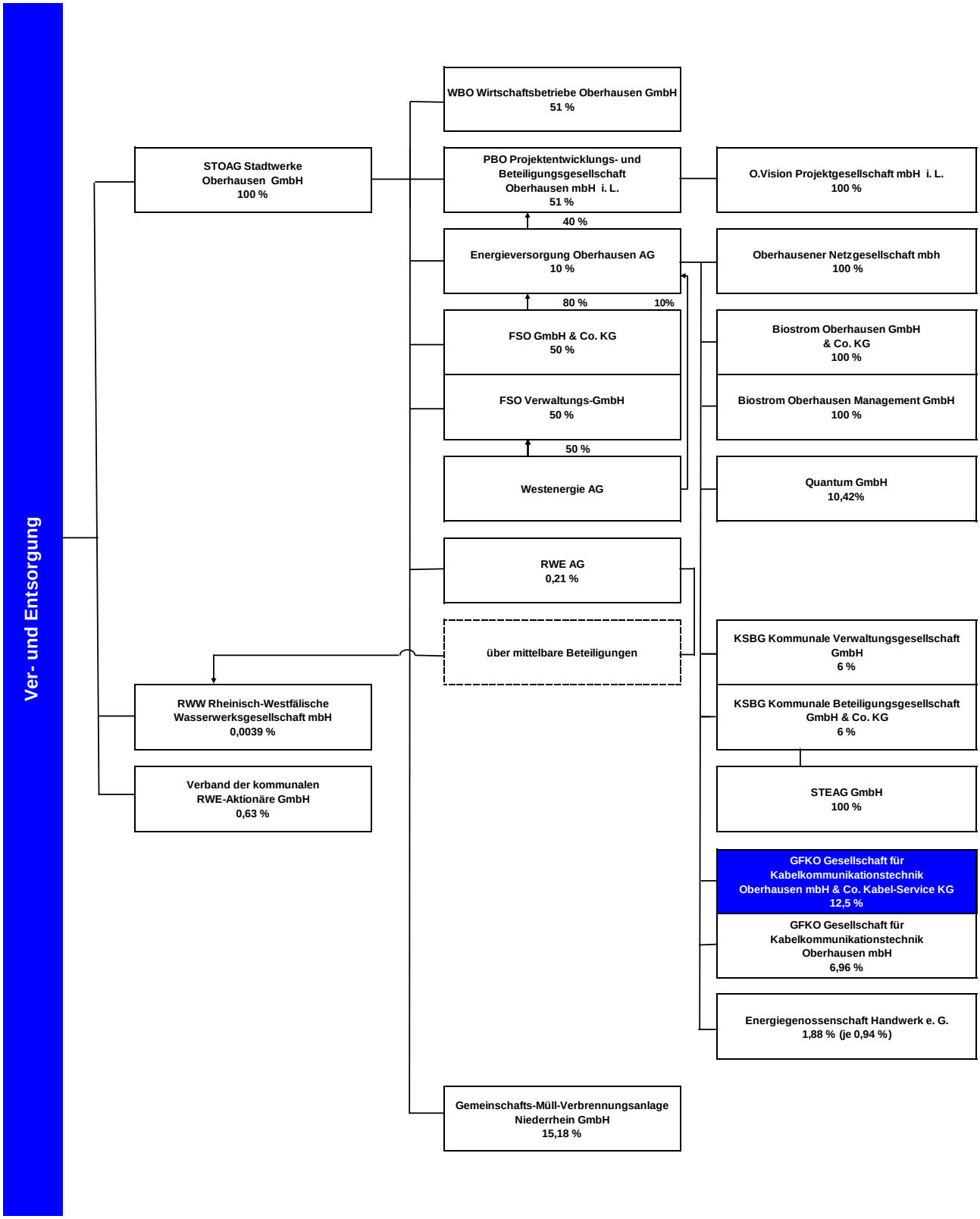
	31.12.2022	31.12.2023	31.12.2024	Angaben in
Umsatzrentabilität:	30,82	761,92	15.833,33	%
Eigenkapitalrentabilität:	139,48	212,73	9,79	%
Cash-Flow:	717.800,00	1.032.600,00	51.100,00	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	3.322,54	188.700,00	1.325,00	T€
Personalaufwandsquote:	3,80	1,11	45,28	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2022	31.12.2023	31.12.2024	Angaben in
Sachanlagenintensität:	0,00	0,00	0,00	%
Eigenkapitalquote:	15,20	11,37	25,12	%
Fremdkapitalquote:	84,80	88,63	74,88	%
Anlagendeckungsgrad 2:	45,77	46,91	32,81	%
Verschuldungsgrad:	557,76	779,31	298,15	%

e) Lagebericht

Der Lagebericht der STEAG GmbH wird auf Grund seines Umfangs nicht abgedruckt. Der Bericht ist im Internet unter https://www.steag-iqony-group.com unter dem Stichwort „Lagebericht" nachlesbar.


Ver- und Entsorgung
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH 100 %
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH 51 %
PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH i. L. 51 %
O.Vision Projektgesellschaft mbH i. L. 100 %
40 %
Energieversorgung Oberhausen AG 10 %
Oberhausener Netzgesellschaft mbh 100 %
80 %
10%
FSO GmbH & Co. KG 50 %
Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG 100 %
FSO Verwaltungs-GmbH 50 %
Biostrom Oberhausen Management GmbH 100 %
50 %
Westenergie AG
Quantum GmbH 10,42%
RWE AG 0,21 %
über mittelbare Beteiligungen
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft GmbH 6 %
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co. KG 6 %
RWW Rheinisch-Westfälische Wasserwerksgesellschaft mbH 0,0039 %
STEAG GmbH 100 %
Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH 0,63 %
GFKO Gesellschaft für Kabelkommunikationstechnik Oberhausen mbH & Co. Kabel-Service KG 12,5 %
GFKO Gesellschaft für Kabelkommunikationstechnik Oberhausen mbH 6,96 %
Energiegenossenschaft Handwerk e. G. 1,88 % (je 0,94 %)
Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH 15,18 %

GFKO Gesellschaft für Kabelkommunikationstechnik Oberhausen mbH & Co. Kabel-Service KG

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Lothringer Str. 9
46045 Oberhausen

Rechtsform: GmbH & Co. KG

Stammkapital in T€: 143,16

Gesellschafter:

	T€	%
evo Energieversorgung Oberhausen AG	17,90	12,50
Groesdonk und Holl GmbH	17,90	12,50
Günther Töller	17,90	12,50
Jürgen Schneider	17,90	12,50
Klaus Wilhelm Pütz	17,90	12,50
Norbert Albrecht	17,90	12,50
Ralf Günter Kock	17,90	12,50
Reinhold Jost	17,90	12,50
Ulrich Hütter	17,90	12,50

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist der Vertrieb von Breitbandverteilanschlüssen, insbesondere das Angebot aller im Zusammenhang mit dem Breitbandverteilanschluss und der Rundfunkprogramm-Versorgung stehenden Leistungen aus einer Hand. Hierzu zählt auch das Errichten und Betreiben der auf privatem und öffentlichem Grund liegenden Breitbandverteilanschlüsse und auf öffentlichem Grund liegenden Breitbandverteilnetze, außerdem die Kundengewinnung, Betreuung und Verwaltung.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

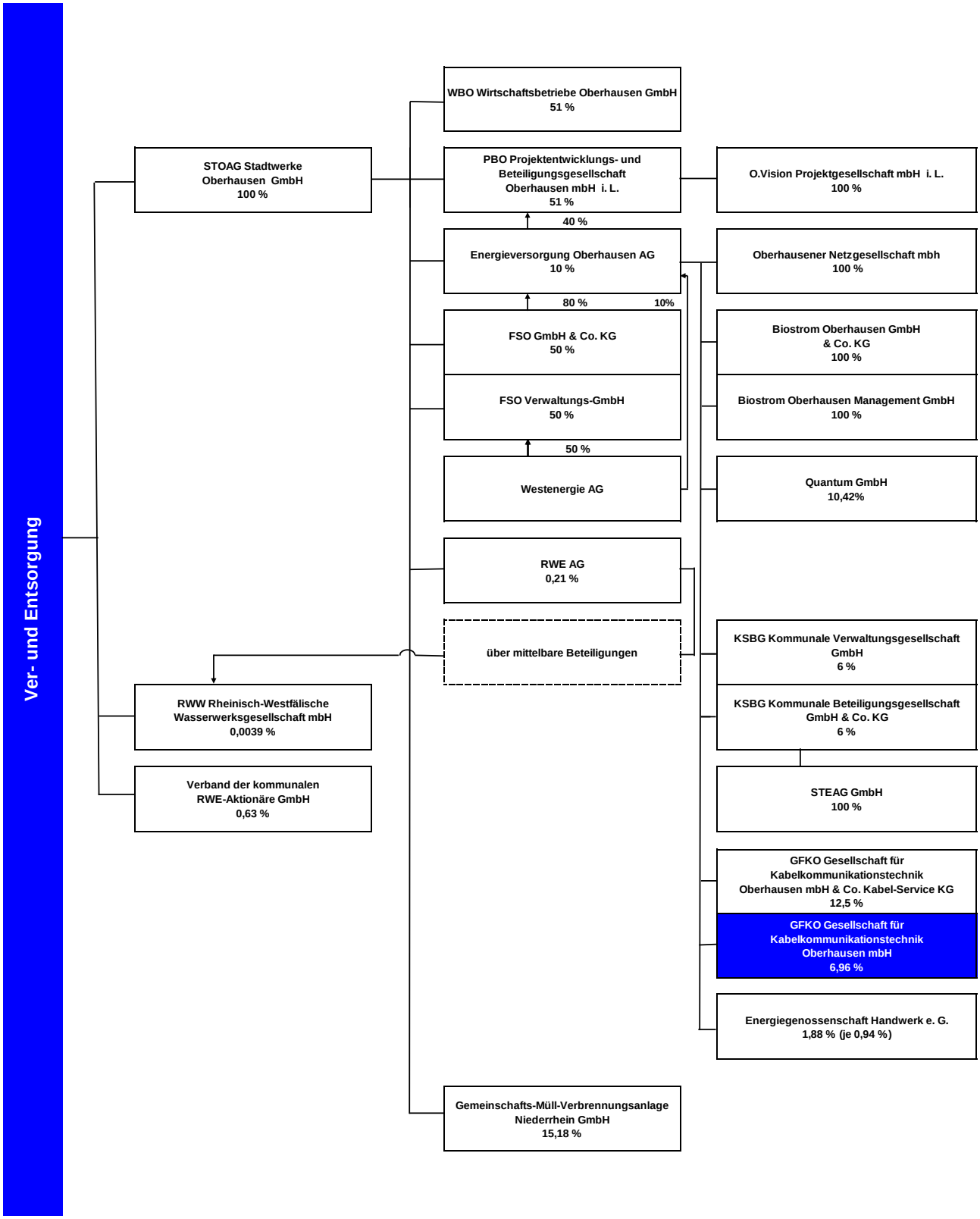
Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2024)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	GFKO Gesellschaft für Kabelkommunikationstechnik Oberhausen mbH

c) Lagebericht

Auf die Darstellung der wirtschaftlichen Daten wird auf Grund der untergeordneten wirtschaftlichen Bedeutung dieser Beteiligung für die Stadt Oberhausen verzichtet.


Ver- und Entsorgung
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH
51 %
STOAG Stadtwerke
Oberhausen GmbH
100 %
PBO Projektentwicklungs- und
Beteiligungsgesellschaft
Oberhausen mbH i. L.
51 %
O.Vision Projektgesellschaft mbH i. L.
100 %
40 %
Energieversorgung Oberhausen AG
10 %
Oberhausener Netzgesellschaft mbh
100 %
80 %
10%
FSO GmbH & Co. KG
50 %
Biostrom Oberhausen GmbH
& Co. KG
100 %
FSO Verwaltungs-GmbH
50 %
Biostrom Oberhausen Management GmbH
100 %
50 %
Westenergie AG
Quantum GmbH
10,42%
RWE AG
0,21 %
über mittelbare Beteiligungen
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft
GmbH
6 %
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft
GmbH & Co. KG
6 %
RWW Rheinisch-Westfälische
Wasserwerksgesellschaft mbH
0,0039 %
STEAG GmbH
100 %
Verband der kommunalen
RWE-Aktionäre GmbH
0,63 %
GFKO Gesellschaft für
Kabelkommunikationstechnik
Oberhausen mbH & Co. Kabel-Service KG
12,5 %
GFKO Gesellschaft für
Kabelkommunikationstechnik
Oberhausen mbH
6,96 %
Energiegenossenschaft Handwerk e. G.
1,88 % (je 0,94 %)
Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage
Niederrhein GmbH
15,18 %

GFKO Gesellschaft für Kabelkommunikationstechnik Oberhausen mbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Lothringer Straße 9
46045 Oberhausen

Rechtsform: GmbH

Stammkapital in T€: 25,30

Gesellschafter:

	T€	%
evo Energieversorgung Oberhausen AG	1,60	6,96
Groesdonk und Holl GmbH	2,30	10,00
Günther Töller	2,30	10,00
Jürgen Schneider	2,30	10,00
Klaus Wilhelm Pütz	2,30	10,00
Norbert Albrecht	2,30	10,00
Ralf Günter Kock	2,30	10,00
Reinhold Jost	2,30	10,00
Ulrich Hütter	2,30	10,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung, das Betreiben und die Vermietung von Kabelfernseh- und Kommunikationssystemen sowie die Entwicklung und Erarbeitung neuer technischer Lösungen in folgenden Bereichen: benutzerspezifische Monolog- und Dialogsysteme (Privatfernsehen o. ä.); Datenfernabfrage, z. B. Stromzähler, Wasserzähler, Gaszähler; hausinterne Datenerfassung, z. B. Heizkostenverteilung, Wasserverteilung; Energiespar- und Überwachungsmaßnahmen für weiträumig verteilte Unternehmen und Behörden.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

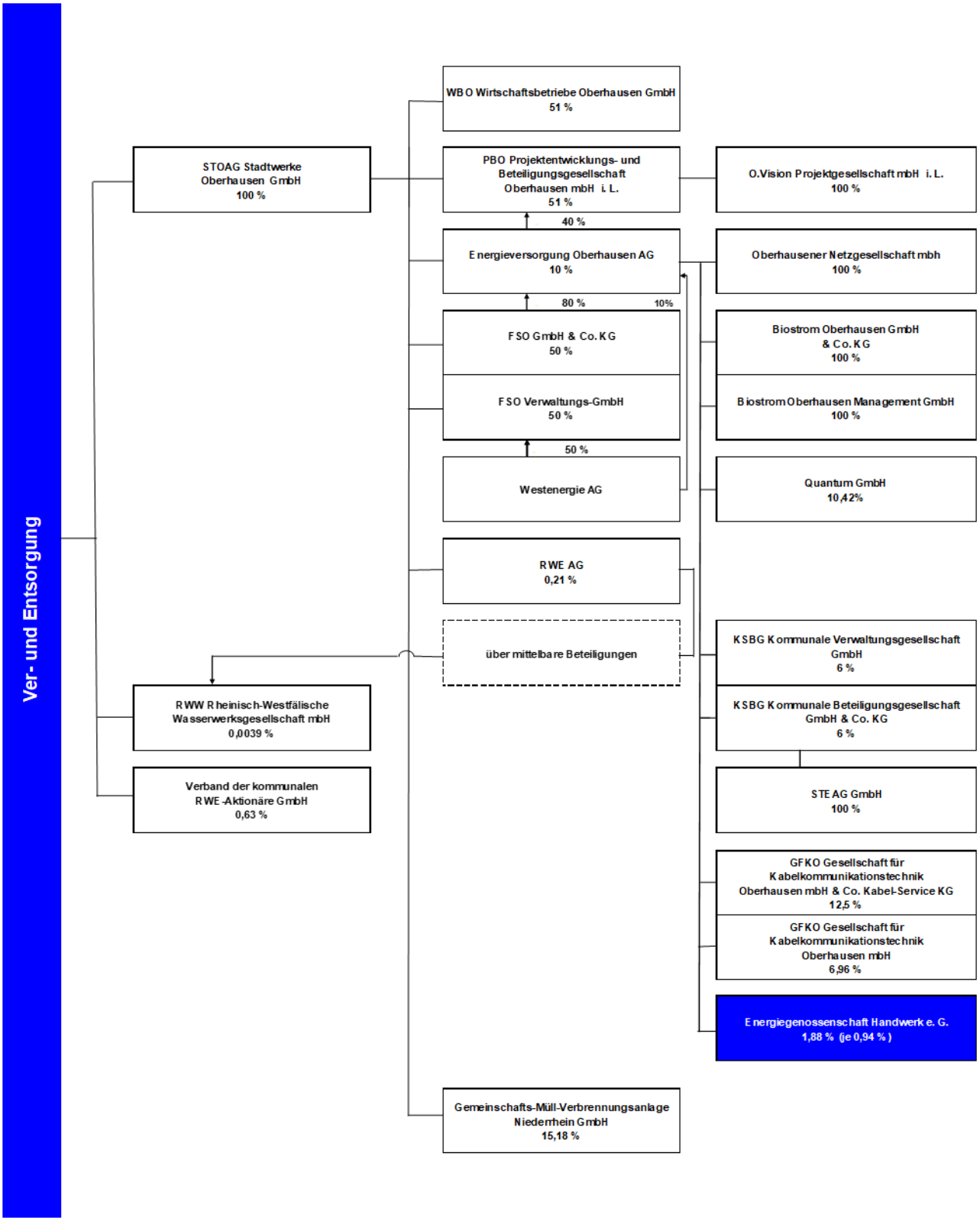
Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2024)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Schneider, Jürgen
Prokura:	Prokurist	Holl, Ulrich
	Prokurist	Pütz, Klaus Wilhelm

c) Lagebericht

Auf die Darstellung der wirtschaftlichen Daten wird auf Grund der untergeordneten wirtschaftlichen Bedeutung dieser Beteiligung für die Stadt Oberhausen verzichtet.


Ver- und Entsorgung
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH 100 %
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH 51 %
PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH i. L. 51 %
O.Vision Projektgesellschaft mbH i. L. 100 %
40 %
Energieversorgung Oberhausen AG 10 %
Oberhausener Netzgesellschaft mbh 100 %
80 %
10%
FSO GmbH & Co. KG 50 %
Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG 100 %
FSO Verwaltungs-GmbH 50 %
Biostrom Oberhausen Management GmbH 100 %
50 %
Westenergie AG
Quantum GmbH 10,42%
RWE AG 0,21 %
über mittelbare Beteiligungen
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft GmbH 6 %
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co. KG 6 %
RWW Rheinisch-Westfälische Wasserwerksgesellschaft mbH 0,0039 %
Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH 0,63 %
STEAG GmbH 100 %
GFKO Gesellschaft für Kabelkommunikationstechnik Oberhausen mbH & Co. Kabel-Service KG 12,5 %
GFKO Gesellschaft für Kabelkommunikationstechnik Oberhausen mbH 6,96 %
Energiegenossenschaft Handwerk e. G. 1,88 % (je 0,94 %)
Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH 15,18 %

Energiegenossenschaft Handwerk e.G.

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Zunftmeisterstraße 26
45468 Mülheim an der Ruhr

Kontakt:

Telefon	0208/960040
Fax	0208/9600429
e-Mail	info@energiegenossenschaft-handwerk.de
e-Mail	info@kh-mo.de
Internet	www.energiegenossenschaft-handwerk.de
Internet	www.kh-mo.de

Rechtsform: eG

Stammkapital in T€: 107,50

Gesellschafter:

	T€	%
evo Energieversorgung Oberhausen AG	1,00	0,93
OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH	1,00	0,93
Sonstige Genossenschaftsmitglieder	105,50	98,14

Gegenstand des Unternehmens:
a) die Errichtung und Unterhaltung von Anlagen zur Erzeugung und dem Verkauf von Energien
b) der Absatz von Energie in Form von Strom und/oder Wärme
c) die Unterstützung und Beratung in Fragen der regenerativen Energiegewinnung einschließlich einer Information von Mitgliedern und Dritten, sowie einer Öffentlichkeitsarbeit
d) gemeinsamer Einkauf von Anlagen zur Erzeugung regenerativer Energien für Mitglieder und Dritte
e) Contracting

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

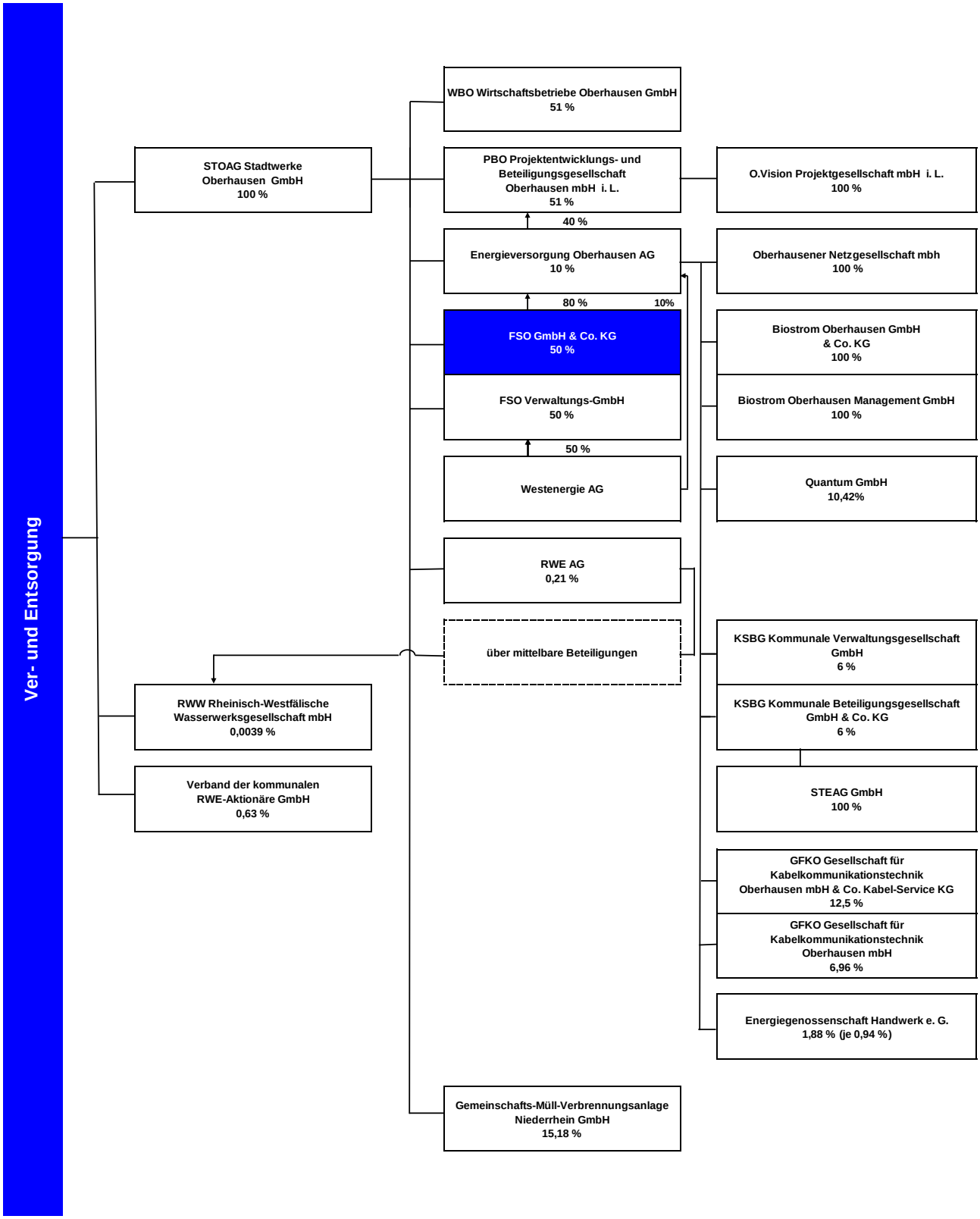
Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2024)

Vorstand:	Mitglied	Beucher, Steffen
	Mitglied	Yeboah, Barbara

c) Lagebericht

Auf die Darstellung der wirtschaftlichen Daten wird auf Grund der untergeordneten wirtschaftlichen Bedeutung dieser Beteiligung für die Stadt Oberhausen verzichtet.


Ver- und Entsorgung
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH
51 %
STOAG Stadtwerke
Oberhausen GmbH
100 %
PBO Projektentwicklungs- und
Beteiligungsgesellschaft
Oberhausen mbH i. L.
51 %
O.Vision Projektgesellschaft mbH i. L.
100 %
40 %
Energieversorgung Oberhausen AG
10 %
Oberhausener Netzgesellschaft mbh
100 %
80 %
10%
FSO GmbH & Co. KG
50 %
Biostrom Oberhausen GmbH
& Co. KG
100 %
FSO Verwaltungs-GmbH
50 %
Biostrom Oberhausen Management GmbH
100 %
50 %
Westenergie AG
Quantum GmbH
10,42%
RWE AG
0,21 %
über mittelbare Beteiligungen
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft
GmbH
6 %
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft
GmbH & Co. KG
6 %
RWW Rheinisch-Westfälische
Wasserwerksgesellschaft mbH
0,0039 %
STEAG GmbH
100 %
Verband der kommunalen
RWE-Aktionäre GmbH
0,63 %
GFKO Gesellschaft für
Kabelkommunikationstechnik
Oberhausen mbH & Co. Kabel-Service KG
12,5 %
GFKO Gesellschaft für
Kabelkommunikationstechnik
Oberhausen mbH
6,96 %
Energiegenossenschaft Handwerk e. G.
1,88 % (je 0,94 %)
Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage
Niederrhein GmbH
15,18 %

FSO GmbH & Co.KG

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Danziger Str. 31
46045 Oberhausen

Kontakt:

Telefon 0208/835-0

Fax 0208/835-2697

e-Mail service@evo-energie.de

Rechtsform: GmbH & Co. KG

Stammkapital in T€: 30,00

Gesellschafter:	**T€**	**%**
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH	15,00	50,00
Westenergie AG	15,00	50,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens sind
- das Erbringen von Dienstleistungen für die Energieversorgung Oberhausen AG, insbesondere die Pflege, Wartung und Reparatur des Wagenparks sowie die Reinigung des Werksgeländes
- das Halten einer Beteiligung an der Energieversorgung Oberhausen AG mit Sitz in Oberhausen und deren Verwaltung.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck gefördert werden kann.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2024)

Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:

Geschäftsführung der FSO Verwaltungs-GmbH

Bevollmächtigte/r der STOAG

c) Beteiligungen

Unmittelbar	**T€**	**%**
evo Energieversorgung Oberhausen AG	20.800,00	80,00
Mittelbar	**T€**	**%**
Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG	800,00	80,00
Biostrom Oberhausen Management GmbH	20,00	80,00
Energiegenossenschaft Handwerk Oberhausen e.G.	0,80	0,74
Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH – ENO	10,00	3,37
Fernwärmeversorgung Niederrhein GmbH	199,68	1,25
GFKO Gesellschaft für Kabelkommunikationstechnik Oberhausen mbH	1,28	5,57
GFKO Gesellschaft für Kabelkommunikationstechnik Oberhausen mbH & Co. Kabel-Service KG	14,32	10,00
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co.KG	0,05	4,80
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft mbH	4,80	4,80
Oberhausener Netzgesellschaft mbH	24,00	80,00

OVP O.Vision Projektgesellschaft mbH i.L.	8,00	32,00
PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH i.L.	81,81	32,00
Quantum GmbH	66,00	6,99
STEAG Fernwärme GmbH	984,00	4,80
STEAG GmbH	6.144,00	4,80

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2022		2023		2024	
Aktiva	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	21.561,84	72,0	21.561,84	40,6	21.561,84	48,0
Umlaufvermögen	8.404,16	28,0	31.585,52	59,4	23.395,23	52,0
Bilanzsumme	**29.965,99**	**100,00**	**53.147,36**	**100,00**	**44.957,07**	**100,00**

Passiva	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	28.093,85	93,8	49.574,68	93,3	36.882,68	82,0
Rückstellungen	899,77	3,0	2.363,58	4,4	4.462,95	9,9
Verbindlichkeiten	972,38	3,2	1.209,11	2,3	3.611,44	8,0
Bilanzsumme	**29.965,99**	**100,00**	**53.147,36**	**100,00**	**44.957,07**	**100,00**

bb) GuV

	2022	2023	2024
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	538,07	539,10	545,47
sonstige betriebliche Erträge	45,26	44,02	55,66
Materialaufwand	120,33	123,49	128,67
Personalaufwand	263,94	276,97	298,65
sonstige betriebliche Aufwendungen	88,06	87,75	91,87
Erträge aus Beteiligungen	5.814,70	29.877,31	20.246,04
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	60,46	490,27	449,43
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	58,35	409,95	0,00
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	5.927,80	30.052,52	20.777,40
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-604,21	2.039,68	5.456,56
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	6.532,01	28.012,84	15.320,84
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	6.532,01	28.012,84	15.320,84

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2022	31.12.2023	31.12.2024	Angaben in
Umsatzrentabilität:	1.213,98	5.196,26	2.808,77	%
Eigenkapitalrentabilität:	30,29	129,92	71,06	%
Cash-Flow:	6.532,01	28.012,84	15.320,84	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	145,83	145,78	150,28	T€
Personalaufwandsquote:	45,25	47,50	49,68	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2022	31.12.2023	31.12.2024	Angaben in
Sachanlagenintensität:	0,00	0,00	0,00	%
Eigenkapitalquote:	93,75	93,28	82,04	%
Fremdkapitalquote:	6,25	6,72	17,96	%
Anlagendeckungsgrad 2:	130,29	229,92	171,06	%
Verschuldungsgrad:	6,66	7,21	21,89	%

e) Lagebericht

Unternehmen, gesellschaftsrechtliche Situation und Rahmenbedingungen

Der **FSO-Konzern** umfasst neben der FSO GmbH & Co. KG (FSO) als Konzernmutter auch die Konzerntochter **Energieversorgung Oberhausen Aktiengesellschaft (evo)** sowie die Konzernenkelinnen **Oberhausener Netzgesellschaft mbH (OB-Netz)**, **Biostrom Oberhausen Management GmbH (BSO GmbH)** und **Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG (BSO KG)**.

Die **FSO** legt ihren Fokus auf die Erbringung von Dienstleistungen für die evo, insbesondere die Pflege, Wartung und Reparatur des Wagenparks sowie die Reinigung des Werksgeländes.

Die Energieversorgung Oberhausen Aktiengesellschaft **(evo)** nimmt im Stadtgebiet Oberhausen den Vertrieb von Energie (Strom, Erdgas, Fernwärme), die Erbringung energienaher Dienstleistungen sowie die Energieerzeugung im Kraft-Wärme-Kopplungsprozess wahr. Fernwärme für die Verteilung durch das eigene Netz und Strom werden in jeweils zwei eigenen Heizkraftwerken und KWK-Gasmotoren sowie in einem Biomasse-Heizkraftwerk, betrieben von der Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG (BSO KG) als 100-%ige Tochter der evo, erzeugt. Weitere Wärmebezugsquellen sind die Gemeinschafts-Müllverbrennungsanlage Niederrhein GmbH (GMVA) und die OQ Chemicals GmbH.

Die Energiebeschaffung der evo erfolgt über einen Dienstleister - die Quantum GmbH, Ratingen. Der von der evo erzeugte Strom wird ebenfalls über diesen Dienstleister am Großhandelsmarkt vermarktet. Die zu beschaffenden Erdgas- und Strommengen werden durch den prognostizierten Vertriebsabsatz bestimmt.

Der evo-Vertrieb bietet bundesweit Strom- und Gaslieferungen an.

Das Grundkapital der evo beträgt T€ 26.000 und ist eingeteilt in 64.000 Stückaktien. Aktionäre sind die Westenergie AG, Essen, und die STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH (STOAG), Oberhausen, mit je 6.400 Stückaktien sowie die FSO GmbH & Co. KG (FSO), Oberhausen, mit 51.200 Stückaktien. Diese repräsentieren ein Grundkapital von je T€ 2.600 für die West-energie AG und die STOAG sowie ein Grundkapital von T€ 20.800 für die FSO.

Die Oberhausener Netzgesellschaft mbH (OB-Netz) ist eine 100-%ige Tochter der evo und betreibt das ihr eigene Strom- und Gasverteilungsnetz.

Sowohl zur FSO als gewerblich geprägte Konzernmutter als auch mit der OB-Netz bestehen Beherrschungs- und Gewinnabführungsverträge; zusammen bilden diese eine ertragsteuerliche Organschaft.

Die Oberhausener Netzgesellschaft mbH **(OB-Netz)** ist eine 100-prozentige Tochter der Energieversorgung Oberhausen AG (evo). Das Kerngeschäft der Netzgesellschaft ist darauf ausgerichtet, das in ihrem Eigentum befindliche Strom- und Gasnetz entsprechend den Vorgaben des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG) diskriminierungsfrei zu betreiben, zu warten und bedarfsgerecht auszubauen. Die Netzgesellschaft übernimmt zudem die Funktion des grundzuständigen Messstellenbetreibers in Oberhausen. Um vorhandene Synergiepotenziale zu nutzen, ist in die Gesellschaft zusätzlich der Betrieb und der Ausbau für das Fernwärmenetz integriert. Darüber hinaus gehört der technische Betrieb der öffentlichen Beleuchtung für die Stadt Oberhausen zur Geschäftstätigkeit der Netzgesellschaft.

Die Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG **(BSO KG)** hat auf dem postalisch mit Friedrichstraße 37, 46145 Oberhausen, bezeichneten Grundstück ein Biomasse-Heizkraftwerk (im Weiteren „BMK“) errichtet, welches mindestens über den gesamten Förderzeitraum über eine Laufzeit von 20 Jahren bis 2031 betrieben werden soll.

Das BMK arbeitet nach dem Grundsatz der Kraft-Wärme-Kopplung. Im Biomassekessel wird Wasser zu überhitztem Dampf aufgeheizt, der dann in einer Turbine entspannt wird. Der durch die Dampfturbine produzierte Strom wird in das Stromnetz des örtlichen Netzbetreibers Oberhausener Netzgesellschaft mbH eingespeist. Die Vergütungssätze für die

Stromeinspeisung sind durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) über 20 Jahre gesichert. Die in der Turbine gleichzeitig anfallende Wärme, die im Dampf enthalten ist, wird zur Wärmeauskopplung genutzt und in das Fernwärmenetz der Energieversorgung Oberhausen AG (evo) eingespeist.

Die BSO KG verfügt über kein eigenes Personal und profitiert in erster Linie von der langjährigen Erfahrung der evo hinsichtlich technischer und wirtschaftlicher Betriebsführung von (Biomasse-)Kraftwerken. Sie stellt die qualifizierten Mitarbeiter, die den operativen Anlagenbetrieb gewährleisten und über Know-how im Betrieb von Dampfkesseln, Dampfturbinen sowie auf dem Gebiet der Strom- und Fernwärmeversorgung verfügen. Durch die Bündelung der kaufmännischen und technischen Aufgaben bei der evo stehen eine sichere Infrastruktur wie geprüfte Buchhaltungs- und andere Systeme sowie Risiko vermeidende Regelungen für die gesamte Geschäftsabwicklung zur Verfügung.

Als Brennstoff wird ausschließlich Material aus der Landschaftspflege/Grünschnitt (laut EEG-Positivliste) und insbesondere Holzhackschnitzel aus der Landschaftspflege eingesetzt. Die Brennstofflieferung ist ebenfalls über einen langfristigen Liefervertrag (20 Jahre) abgesichert.

Die Biostrom Oberhausen Management GmbH (BSO GmbH) ist die persönlich haftende Gesellschafterin der BSO KG und übernimmt deren Geschäftsführungsaufgaben; die weitere operative Tätigkeit - d. h. der Betrieb des BMK - obliegt der BSO KG.

Die evo ist 100%-ige Gesellschafterin beider Gesellschaften und übernimmt auf der Basis eines Dienstleistungsvertrages die kaufmännische Geschäftsbuchhaltung.

Herr Christian Basler ist Geschäftsführer der BSO GmbH und gleichzeitig technischer Vorstand der evo.

Rahmenbedingungen

Der Primärenergieverbrauch (PEV) in Deutschland ging im Jahr 2024 um 1,3 % auf 10.478 Petajoule (PJ) bzw. 357,5 Mio. t zurück. Damit liegt er knapp 30 % niedriger als bei seinem bisherigen Höchststand von 1990 mit 14.905 PJ. Nach dem deutlichen Rückgang im Jahr 2023 hat sich der Verbrauchsrückgang 2024 verlangsamt. Die weiterhin gedämpfte Konjunktur sowie mildere Temperaturen - vor allem in den Monaten Februar bis Mai 2024 - im Vergleich zum Vorjahr waren Ursachen für den Verbrauchsrückgang, wenngleich wieder niedrigere Energiepreise als in den Jahren 2022 und 2023 nachfragesteigernd wirkten. So haben insbesondere einige energieintensive Branchen ihre Produktion wieder erhöht, allerdings ausgehend von einem geringen Niveau.

2024 war die Stromwirtschaft in Deutschland geprägt von einer leichten Erholung des Stromverbrauchs, allerdings ausgehend von einem niedrigen Niveau 2023. Trotz weiterhin gedämpfter Konjunktur sorgte ein Rückgang der Strompreise im Vergleich zum Vorjahr für einen nachfragebedingten Anstieg des Verbrauchs in einigen Teilbereichen der Industrie. Das Preisniveau ist im Vergleich zu den Vorjahren unterdurchschnittlich.

Der Stromverbrauch (Bruttoinlandsstromverbrauch) nahm um 0,8 % auf 512 Mrd. kWh zu. Trotz Verbrauchszuwachs ging die Stromerzeugung (Bruttostromerzeugung) um 2,4 % zurück. Die Differenz aus Erzeugungsrückgang und Verbrauchsanstieg wurde durch höhere Stromimporte gedeckt. Der Stromaustauschsaldo Deutschlands verzeichnete einen Importüberschuss von 23,5 Mrd. kWh, nachdem dieser im Vorjahr noch 7,3 Mrd. kWh betrug. Damit ist Deutschland das zweite Jahr in Folge Netto-Importeur von Strom, da in windschwachen Phasen und sonnenarmen Stunden günstigere Erzeugungsoptionen im Ausland zur Strombedarfsdeckung beitragen.

Der Erdgasverbrauch 2024 in Deutschland stieg um 3,3 % auf 835 Mrd. kWh und hat sich damit ausgehend von einem sehr niedrigen Niveau wieder leicht erholt. Das im Vergleich zu 2023 wieder etwas niedrigere Preisniveau hat für einen höhere Nachfrage gesorgt. Trotz gedämpfter konjunktureller Entwicklung und der milden Witterung während der Heizperiode hat auch die Industrie wieder mehr Erdgas verbraucht. Der Erdgasabsatz an Letztverbraucher nahm 2024 in Summe um knapp 3 % zu.

Der Einsatz von Erdgas als Brennstoff in den Kraft- und Heizkraftwerken der Strom- und Wärmeversorger nahm im Laufe des Jahres aufgrund der im Vergleich zu anderen Energieträgern wiedererlangten preislichen Wettbewerbsfähigkeit weiter leicht zu. Er stieg um knapp 2 % auf 106 Mrd. kWh Erdgas. Begünstigt wurde dies auch durch den Rückgang der installierten Leistung und der Stromerzeugung aus der Braun- und Steinkohlekraftwerken, wobei der Großteil dieser Erzeugungsrückgänge durch die Stromerzeugung aus Erneuerbaren Energien sowie Stromimporten aus dem Ausland mit günstigeren Erzeugungsoptionen ersetzt wurden.

Insgesamt sind die Endkundenpreise der Haushalte für Strom und Gas gegenüber 2023 wieder gesunken, aber immer noch auf relativ hohem Niveau.

Für die Erzeugung von Wärme, die ins Fernwärmenetz eingespeist wird, wurden 62 Mrd. kWh Erdgas eingesetzt. Das entspricht einem Anstieg um knapp 4 %.

Dabei erzeugten die Heiz- und Heizkraftwerke der allgemeinen Versorgung im Jahr 2024 insgesamt 119 Mrd. kWh Wärme, 71 % davon in Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen. Zusätzliche 8 Mrd. kWh speisten weitere Marktteilnehmern in Wärmenetze ein. Insgesamt betrug damit das Fernwärmeaufkommen 2024 voraussichtlich 127 Mrd. kWh. Die Fernwärmeverwendung der Endkunden belief sich nach Abzug von Betriebsverbrauch, Netz- und Speicherverlusten sowie statistischen Differenzen auf 112,5 Mrd. kWh.

Die CO_2-Emissionen aller Stromerzeugungsanlagen in Deutschland einschließlich der Anlagen in der Industrie sanken 2024 um 9 % auf 156 Mio. t CO_2 (2023: 172 Mio. t CO2).

Die für 2045 durch den Gesetzgeber beschlossene Klimaneutralität wird unweigerlich die fortschreitende Dekarbonisierung beschleunigen und die Konnektivität der Energienetzte vorantreiben. Der Stromverbrauch und damit die Netzlast werden zunehmen.

In vertrieblicher Hinsicht werden bei der evo die notwendigen Energiemengen bereits vor Lieferbeginn entsprechend der Beschaffungsstrategie beschafft. Um den aktuellen Herausforderungen des Energiemarktes gerecht zu werden, unterliegt die Strategie der evo zur Energiebeschaffung einer kontinuierlichen Prüfung und Weiterentwicklung. Vorrangiges Ziel ist es, die Versorgungssicherheit zu gewährleisten und Risiken zu minimieren. Gleichzeitig soll der evo-Vertrieb wettbewerbsfähige Endkundenpreise anbieten können und große Preissprünge möglichst vermeiden.

Für die Herausforderungen des Wettbewerbs auf den Commodity-Märkten sieht sich der evo-Vertrieb gut gerüstet, insbesondere im Hinblick auf die überarbeiteten Produkte für Geschäfts- und Gewerbekunden. Aber auch die Fernwärme ist nach wie vor beliebt und wird im Rahmen der Energiewende eine bedeutende Rolle spielen können.

Die Fernwärmebereitstellung erfolgt über verschiedene Wärmequellen, die in Abhängigkeit von den geltenden Marktpreisen entsprechend ihrer spezifischen Erzeugungskosten optimiert werden und die zu möglichst geringen Kosten der Fernwärmebereitstellung führen sollen. Aufgrund eines Getriebeschadens wurde die Gasturbine im HKW II am 13.05.2024 außer Betrieb genommen. Nach diversen Reparaturarbeiten wurde uns die Maschine durch MAN am 23.08.2024 wieder übergeben.

Durch einen Schaden am Heizkondensator wurde die Turbine des Biomasse-HKW am 18.04.2024 vorzeitig vom Netz genommen. Der dazugehörige Heizkessel war noch bis zum 30.04.2024 in Betrieb. Nach der jährlichen Revision erfolgte die Stromerzeugung der Turbine des Biomasse-HKW erst wieder am 19.07.2024. Bedingt durch die Kraftwerksausfälle erfolgte eine Optimierung im Rahmen der täglichen Kraftwerkseinsatzplanung (Day-Ahead und Intraday).

Der Wettbewerb durch überregionale Anbieter bei Strom und Gas hat seit Ende des 3. Quartals 2023 wieder zugenommen und hielt auch im Berichtsjahr 2024 weiter an.

Einfluss auf die zukünftige Form des Wettbewerbs haben auch neue gesetzliche Rahmenbedingungen, insbesondere das Gesetz für faire Verbraucherverträge und die Einführung des 24-Stunden-Lieferantenwechsels zum 01.06.2025. Die Umstellung des Day-Ahead-Handels Strom auf 1/4-Stunden könnte den Wettbewerb verschärfen. Auf der einen Seite kann die etablierte Energiewirtschaft darauf hoffen, dass die unfairen und irreführenden Marktpraktiken, die in der Vergangenheit durch neue Marktteilnehmer im Markt eingeführt wurden, erschwert werden, auf der anderen Seite wird die Marktmacht zu Gunsten der Verbraucher verschoben. Somit ist grundsätzlich ein fairerer, aber auch ein intensiverer Wettbewerb in den Energiemärkten zu erwarten.

Für die evo sind dabei die Wärme- und die Stromwende von zentraler Bedeutung. Das Ziel der gesamten Energiewende ist es, den Verbrauch fossiler Brennstoffe drastisch zu reduzieren und im Idealfall Klimaneutralität zu erreichen. Es soll der mit der Verbrennung von fossilen Energieträgern verbundene Ausstoß von Treibhausgasen beendet und somit die weitere Erderwärmung verhindert werden. Für die evo ist die Mitwirkung an dem Ziel von zentraler und strategischer Bedeutung.

Die Elektromobilität ist eine zentrale Säule der Energiewende. Eine flächendeckende Ladeinfrastruktur ist dabei entscheidend für die Akzeptanz von Elektrofahrzeugen. Als lokaler Energieversorger übernimmt die evo eine wichtige Rolle, indem sie Ladesäulen bereitstellt und betreibt. Damit leistet sie einen wertvollen Beitrag zur Reduzierung von CO_2-Emissionen und zur Förderung nachhaltiger Mobilität. Gleichzeitig bringt der Ausbau der Ladeinfrastruktur sowohl Chancen als auch Herausforderungen mit sich. Angesichts der steigenden Nachfrage wird die Bedeutung kommunaler Anbieter wie der evo in diesem Bereich weiter zunehmen.

Im Geschäftsjahr 2024 hat die evo im gesamten Stadtgebiet Oberhausens 72 AC-Ladepunkte mit bis zu 22 kW für Elektrofahrzeuge errichtet; im Jahr 2025 folgen dann voraussichtlich 42 weitere Ladepunkte. Zusätzlich wurde gemeinsam mit der Stadt Oberhausen ein Pilotprojekt gestartet, bei dem 6 Laternen-Ladepunkte mit je 22 kW Ladeleistung realisiert wurden.

Zudem hat die evo mit dem Aufbau von zwei HPC-Standorten mit jeweils 6 Ladepunkten mit bis zu 400 kW begonnen: Der Standort an der Centroallee ging bereits im Dezember in Betrieb, während der Standort an der Danziger Straße voraussichtlich im ersten Quartal 2025 fertiggestellt wird. Abhängig von der Verfügbarkeit weiterer Standorte und der Wirtschaftlichkeit des jeweiligen Standortes planen wir, unser HPC-Netz kontinuierlich auszubauen.

Nach intensiver Überlegung und Prüfung aller denkbaren Handlungsoptionen hat die evo entschieden, das evo-Sharing zum Jahresende 2024 einzustellen. Trotz positiver Entwicklungen der Kundenzahlen, Fahrten und Buchungen in den letzten sieben Jahren konnte das Geschäftsfeld aufgrund der hohen laufenden Kosten keinen operativen Gewinn generieren. Daher wurde nun die Beendigung des Angebots beschlossen. Bis zum 20. Dezember 2024 wurden nun alle Sharing-Roller deaktiviert. Seit 2017 konnten die E-Roller als klimaneutrales Mobilitätsangebot gemietet werden. Das Besondere: Die Roller-Akkus und auch die Akkutausch-Fahrzeuge wurden bei der evo über die hauseigenen Photovoltaik-Anlagen geladen. In den rund sieben Jahren seit Einführung des Sharing-Angebots registrierten sich 25.745 Kundinnen und Kunden. Gemeinsam legten sie rund 1,1 Millionen Kilometer Fahrtstrecke zurück und vermieden so 210 Tonnen CO_2, die zum Beispiel bei Fahrten mit einem Verbrenner angefallen wären. Diese positiven Entwicklungen und Zahlen haben letztendlich aber leider nicht ausgereicht, um das E-Roller-Sharing zu einem rentablen Geschäftsfeld zu entwickeln

Die Zinssteigerungen an den Kapitalmärkten seit 2022 haben bei der evo zu höheren Refinanzierungskosten geführt und stellen eine wirtschaftliche Belastung dar. Im Laufe des Jahres 2024 waren wieder leichte Zinssenkungstendenzen für langfristige Kredite zu beobachten. Die Überwachung der finanziellen Stabilitätskennzahlen wird bei der evo weiter fortgesetzt, um die Einhaltung der zugesicherten Kennzahlen in Kreditverträgen sicherzustellen.

Aus den Kreditgesprächen mit den Banken ist zu erkennen, dass die gesamte Energiebranche als „Klumpen-/Ausfallrisiko“ betrachtet wird und sich weitere Kreditlinien nur mit hohen Berichtsauflagen akquirieren lassen, auch wenn sich singulär betrachtet - bezogen auf die evo - noch keine konkrete Bonitätsverschlechterung ergeben hat. Die Kreditinstitute analysieren die sog. Verschuldungskapazität auf Basis der vorliegenden Mittelfristplanung. Die evo hat dabei regelmäßig den Nachweis zu erbringen, dass die Verbindlichkeiten innerhalb einer akzeptablen Zeit (maximal sind dies 10 Jahre) aus nachhaltigen Cash-Flows bedient werden können. Daneben legen die Banken zunehmend großen Wert auf die Nachhaltigkeitsanstrengungen bei den Stadtwerken und berücksichtigen diese immer intensiver in ihren Kredit- und Konditionsentscheidungen.

Die Netzgesellschaft betreibt mit ihrem Strom- und Gasnetz eine sog. kritische Infrastruktur (KRITIS) von wesentlicher Bedeutung für die Aufrechterhaltung wichtiger gesellschaftlicher Funktionen im Sinne des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) und des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK).

Die operativen und wirtschaftlichen Herausforderungen aller Verteilnetzbetreiber sind durch die sich verändernden Rahmenbedingungen deutlich gestiegen. Die Energiewende hat sich u. a. durch die mit dem Ukrainekrieg ausgelösten Energiekrise beschleunigt. Es kommt zu einem verstärkten Ausbau dezentraler Stromerzeugung mit Photovoltaikanlagen und auch die Mobilitätswende mit einer steigenden Elektrifizierung ist durch Verteilnetzbetreiber strategisch zu berücksichtigen. Im Hinblick auf das Klimaschutzgesetz und die Verpflichtung Deutschlands zur der Treibhausgasneutralität werden die Investitionstätigkeiten im Bereich der Gasnetze deutlich vermindert. In der Vergangenheit wurde die sogenannte „Retrofit-Strategie“ im Bereich der Versorgungsnetze verfolgt; d.h. es wurde beispielsweise „vorbeugende“ Investitionen zur Modernisierung vorgenommen. In Anbetracht der aktuellen Entwicklungen wird der Fokus bei OB-Netz jedoch auf Instandhaltungsmaßnahmen gelegt, was zu verminderten Investitionsaktivitäten im Bereich der Gasnetze führt.

Im Geschäftsjahr 2024 wurden diverse Gesetzesentwürfe (u.a. ein Artikelgesetz zur Novellierung von EnWG, MsbG und EEG) veröffentlicht und sind aufgrund der Regierungskrise und des Austritts der FDP aus der „Ampel“-Regierung nicht mehr beschlossen. Zudem bestehen Unsicherheiten, inwieweit und wie lange die bereits beschlossenen Regelungen (z.B. Gebäudeenergiegesetz) Bestand haben werden, weil unklar ist, welche Impulse/Richtungswechsel eine neue vermutlich eher konservative Regierung setzen wird und welche Gesetze wieder rückabgewickelt werden.

Die Umsetzung des EuGH-Urteils zur Unabhängigkeit der Regulierungsbehörden (C-718/18) sorgte für eine Novellierung des EnWG. Die Behörden haben nun sehr große Handlungsspielräume durch Festlegungen zu regulieren. Die BNetzA hat eine Große Beschlusskammer (GBK) gegründet, in der die wesentlichen Festlegungen zusammen mit den Landesregulierungen erlassen werden sollen. Im Jahr 2024 hat diese GBK den sog. „NEST“ (Netze. Effizient. Sicher. Transparent.) Prozess gestartet, der zu einer Weiterentwicklung der Anreizregulierung unter Abschaffung diverser Verordnungen (ARegV, StromNEV, GasNEV, NAV, NDAV etc.) führen soll. Dieser Prozess soll lt. des Präsidenten der BNetzA, Herrn Müller, Ende 2025 abgeschlossen sein. Diese Änderungen werden ab der fünften Regulierungsperiode wirksam. In der derzeit laufenden 4. RP gelten hingegen weiterhin die bestehenden Verordnungen (insb. Netzzugangs-, Netzentgelt- und Anreizregulierungsverordnung).

Netzbetreiber haben durch die im November 2023 erlassene Festlegung der BNetzA zum § 14a EnWG zu den Steuerbaren Verbrauchseinheiten (SteuVE) eine anspruchsvolle Aufgabe erhalten. Ab dem Geschäftsjahr 2024 darf der Anschluss keiner neuen SteuVE, wie z. B. Wärmepumpen oder private Ladeinrichtungen, aus netztechnischen, insb. engpassbedingten Gründen mehr abgelehnt werden. Im Gegenzug können die Anlagen bei Netzengpässen aber gesteuert werden und der Betreiber einer SteuVE erhält dafür eine finanzielle Gegenleistung in Form einer Reduzierung auf die Netzentgelte. Dazu muss die Steuerbarkeit durch die Betreiber der Anlagen und den Netzbetreiber sichergestellt, die Messtechnik in den Niederspannungsnetzen (NSP-Netz) verbaut, Netzberechnungen automatisiert und Steuerungsbefehle zeitnah verteilt werden. Bis spätesten 2029 sind so alle kritischen Bereiche des NSP-Netzes auf die netzorientierte Steuerung auszulegen. Gleichzeitig besteht das Ziel des bedarfsorientierten Netzausbaus, um eine Überlastung des Niederspannungsnetzes zu vermeiden. Damit dieser gelingt, ist die Schaffung von Transparenz, die Erhebung von Daten aus der Niederspannung unerlässlich.

Die OB-Netz beteiligt sich am Gasnetzgebietstransformationsplan (GTP) unter der Leitung des DVGW, um mittels eines strukturierten Prozesses eine Transformation des Gasverteilnetzes zur Klimaneutralität zu erreichen. Dazu wurden im Jahr 2024 insb. die Gas RLM-Kunden im Netzgebiet Oberhausen hinsichtlich Ihrer zukünftigen energieträgerbezogenen Ausrichtung befragt. Über 50 % der Befragten haben an der Umfrage teilgenommen. Die zukünftige Ausrichtung der Gas RLM-Kunden in Oberhausen wird maßgeblich durch die Energiewende und die damit verbundenen Dekarbonisierungsziele geprägt. Es besteht eine überwiegende Zustimmung zur Verwendung von Wasserstoff und es lassen sich bereits erste Einschätzungen hinsichtlich der benötigten Leistungen und Bedarfe ableiten. Die Hauptanwendungsmöglichkeiten, die die Befragten identifizieren, sind die Nutzung von Wasserstoff für die Gebäudeheizung, die Stromerzeugung sowie die Erzeugung von Prozesswärme. Fast alle Befragten planen, zwischen 2030 und 2039 Wasserstoff in ihrem Unternehmen einzusetzen. Die treibenden Faktoren für diese Entwicklung sind der Druck zur Dekarbonisierung, hervorgerufen durch den EU-Emissionshandel und die EU-Taxonomie-Verordnung, sowie Aspekte der Nachhaltigkeit und der Verfügbarkeit sowie der Planbarkeit von Wasserstoff. Die Mehrheit der RLM-Kunden strebt zunächst eine gesicherte Versorgung und Planbarkeit an, gefolgt von grünen Marktanreizen.

Zudem beschäftigt sich die Netzplanung mit den Implikationen des Wasserstoffkernnetzes. Es wird eine Anbindung an das H2-Kernnetz im Norden Oberhausens projektiert, um eine Option zur zukünftigen Versorgung insbesondere von Industriekunden zu erhalten. Es fanden bereits erste Gespräche mit dem Vorlieferanten statt, in denen das vorgesehene T-Stück als Möglichkeit zur Errichtung einer GDRM-Anlage zur Verteilung von Wasserstoff im Oberhausener Norden identifiziert wurde. Der Vorlieferant wird den Grundstückseigentümer des von OB-Netz vorgesehenen Standorts kontaktieren und den ersten Austausch zwischen dem Grundstückseigentümer und der Oberhausener Netzgesellschaft initiieren. Ziel ist es, die bestehenden Kontakte zwischen dem Vorlieferanten und dem Grundstückseigentümer zu nutzen, um ein erstes Stimmungsbild hinsichtlich der Grunddienstbarkeit zur Errichtung unserer GDRM-Anlage einzuholen.

Ein wesentlicher Teil des Geschäftes der Netzgesellschaft wird in den regulierten Sparten Strom und Gas erzielt. Daher werden die wichtigsten regulatorischen Rahmenbedingungen im Folgenden dargestellt:

Kostenantrag Erdgas

Für jeweils eine Regulierungsperiode (RP) wird jedem Netzbetreiber eine individuelle Erlösobergrenze für seine Erlöse zugestanden, die er aus Netzentgelten erzielen darf. Für die Bestimmung der individuellen Erlösobergrenze für die vierte Regulierungsperiode wurde durch die Landesregulierungskammer (LRegK) NRW eine Kostenprüfung startend im Jahr 2021 durchgeführt. Man erzielte im Geschäftsjahr 2022 eine Übereinkunft über das als sachgerecht erachtete Ausgangsniveau nach § 6 Anreizregulierungsverordnung (ARegV) in Höhe von 17,1 Mio. €. Der Entwurf des Beschlusses der LRegK NRW wurde der OB-Netz am 27.01.2025 elektronisch zugestellt und enthält die vereinbarte Kostenbasis und den Effizienzwert, wir baten um die Einbeziehung der Anpassungszusage für die EK-Zinsen.

Die Daten zur Ermittlung des Effizienzwertes Gas wurden in einem aufwändigen Prozess erhoben. Es wurden im Erhebungsprozess vier Datenveröffentlichungen im Internet seitens der BNetzA (die letzte am 21.06.2023) vorgenommen sowie eine Branchenkonsultation durchgeführt. Die OB-Netz hat sich an dieser Konsultation beteiligt und die Bereinigung von großen Netzbetreibern gefordert, die in hohem Maße Transportnetzfunktionen innehaben und insbesondere Sonderanschlüsse wie Speicher und große Kraftwerke betreiben. Diese Netzbetreiber verfälschen den Benchmark und sollten entsprechend gesondert betrachtet werden.

Im Entwurf des Gutachtens der frontier economics vom 20.06.2023 im Auftrag der BNetzA wurde ein Best-of-four Effizienzwert von 87,94 % für die OB-Netz ausgewiesen (Verbesserung ggü. 82,75 % aus 3. RP). Am 26.09.2023 erging vor dem BGH ein Urteil zum Effizienzvergleich der 3. RP (EnVR 37/21), das wegen der Berücksichtigung von ehemaligen regionalen Fernleitungsnetzbetreibern (siehe vorheriger Abschnitt) in den Effizienzvergleich auch Auswirkungen auf die Kalkulation der Effizienzwerte für die 4. RP hat. Die BNetzA ist derzeit bei der Erstellung der Gutachten. Am 11.10.2024 erhielt die OB-Netz eine E-Mail-Nachricht der LRegK NRW mit einem Effizienzwert von 90,03 %. Dieser Wert wurde aber zwischenzeitlich durch ein neues Gutachten vom 27.11.2024 in Höhe von 89,96 % zur Anhörung gebracht und wird im Entwurf des Beschlusses ebenfalls zugrunde gelegt.

Kostenantrag Strom

Die Netzgesellschaft hat den Kostenantrag für die vierte Regulierungsperiode (2024 bis 2028) zum 30.06.2022 fristgerecht übermittelt. Der Beginn der offiziellen Anhörung erfolgte im Januar 2023, eine erste Stellungnahme wurde bis zum 10. Februar 2023 fristgerecht übermittelt. Nach ausführlicher Erörterung und Verhandlung konnte Anfang Juni eine Übereinkunft über die Ausgangsbasis für die 4. RP in Höhe von 35,5 Mio. € erzielt werden. Das finale Gutachten zum Effizienzvergleich wurde Ende April 2024 zur Verfügung gestellt, die OB-Netz erzielt hierbei 95,84 % (3. RP: 94,70 %). Ein Beschluss ist am 31.05.2024 von der Beschlusskammer 8 ergangen.

Beschwerden

Die Netzgesellschaft hat gegen die Festlegung der BNetzA zur Eigenkapitalverzinsung für Gas und Strom vom 20.10.2021 im Rahmen einer Prozesskostengemeinschaft der Kanzlei Becker Büttner Held beim OLG Düsseldorf Einspruch (Strom: VI-3 Kart 371/21 (V), Gas: VI-3 Kart 351/21 (V)) eingelegt. Das Verfahren vor dem OLG Düsseldorf wurde am 30.08.2023 mit der Aufhebung der Festlegungen der Bundesnetzagentur zu den Eigenkapitalzinssätzen und einer Neufestlegung abgeschlossen. Dagegen hat die BNetzA Rechtsbeschwerde beim Bundesgerichtshof (BGH) eingelegt. In der mündlichen Verhandlung am 17.12.2024 zu den EK-Zinsen im Stromnetz tendiert der BGH abermals dem Einspruch der BNetzA stattzugeben, so dass eine Niederlage in diesem Verfahren wahrscheinlich ist. Die Richter entscheiden dabei nicht inhaltlich, sondern auf formaler Ebene in der Form, dass der Behörde auch aufgrund des EuGH-Urteils Spielräume zur unabhängigen Entscheidung eingeräumt werden, die sie dann auch nutzen darf.

Flankierend zur Beschwerde zu den EK-Zinsen wurden im Dezember 2023 vorsorglich noch Anträge nach § 29 Abs. 2 EnWG bei der Bundesnetzagentur eingereicht mit dem Ziel der Neufestlegung der Zinssätze und insb. einer angemessenen Berücksichtigung der Zinswende ab 2022. Zum Zeitpunkt der Festlegung der Zinssätze ist die Nichteinbeziehung der Zinswende gem. OLG-Urteil rechtlich nicht zu beanstanden. Da sich aber in der Zwischenzeit die Verhältnisse am Kapitalmarkt deutlich verändert haben, würde eine erneute Festlegung diese Veränderungen mit einbeziehen müssen und den risikolosen Basiszinssatz als eine Komponente des EK-Zinses deutlich erhöhen. Die Verhandlung vor dem OLG Düsseldorf erfolgt im Jahr 2025.

Die OB-Netz strengte zudem eine Beschwerde gegen die Festlegung von Regelungen für die Bestimmung des kalkulatorischen Fremdkapitalzinssatzes für Betreiber von Verteilernetzen im Kapitalkostenaufschlag beim OLG Düsseldorf (VI-3 Kart 466/23 [V]) an.

Die Beschwerde gegen den X-Gen Strom für die 3. RP wurde seitens der OB-Netz im November 2023, nachdem das BGH-Urteil EnVR 28-22 die Beschwerde gegen die BNetzA Festlegung zurückgewiesen hatte, zurückgenommen.

Der Vorteil von Prozesskostengemeinschaften besteht darin, dass die Kosten überschaubar bleiben, da nur wenige Musterverfahren geführt werden und die Kosten auf alle Teilnehmer aufgeteilt werden. Das Chance-Risiko-Verhältnis ist hierbei sehr gut.

Leistungsindikatoren und Geschäftsverlauf der evo

Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Für die Unternehmenssteuerung wird ein quartalsweises, centerbezogenes Berichtswesen eingesetzt, das in eine differenzierte Erfolgsrechnung mündet.

Als wichtigste finanzielle Leistungskennzahl der evo wird - auch in Anbetracht der Gewinnerwartung der Anteilseigner - das Ergebnis vor Gewinnabführung beobachtet und analysiert.

Dieses wird maßgeblich durch die Energieverkaufserlöse und die Energiebezugskosten sowie durch weitere wesentliche Erlös- und Kostenpositionen bestimmt; hinzu kommen der Ergebnisbeitrag der OB-Netz, aber auch das Beteiligungsergebnis der BSO KG sowie weitere Bewertungs- und Steuereffekte.

Als wesentliche nichtfinanzielle Leistungsindikatoren werden der physikalische Energieabsatz an die Vertriebskunden insgesamt sowie die vertrieblichen Marktanteile im Bereich der Privat- und Gewerbekunden herangezogen.

Weitere Aspekte in Bezug auf die Umwelt, Soziales und Unternehmensführung („ESG - Environment Social Governance“) werden aktuell aufgenommen und werden künftig mit in die Berichterstattung einfließen.

Geschäftsverlauf und Ergebnis

Der Jahresüberschuss der evo vor Rücklageneinstellungen und Ergebnisabführungsvertrag für das Geschäftsjahr 2024 beträgt 65,6 Mio. € und liegt damit um 2,8 Mio. € über der Pla-nung von 62,8 Mio €. Im Vergleich zum Vorjahr steigt der Jahresüberschuss vor Rücklageneinstellungen und Ergebnisabführungsvertrag um 29,5 Mio. €, hauptsächlich bedingt durch einen außerordentlichen Ertrag von 48,1 Mio. € aus Ausschüttungen der KSBG aufgrund des Verkaufs der STEAG-Anteile durch die KSBG sowie höhere Roherträge im Strom-, Gas- und Wärmevertrieb von 64,6 Mio. € aufgrund gesunkener spezifischer Beschaffungskosten. Im Vorjahr gab es einen außerordentlichen Buchgewinn aus der Zuschreibung der Beteiligung an der KSBG von 22,3 Mio. €. Insgesamt ist für die Verkaufserlöse Strom, Erdgas und Wärme ein leichter Anstieg der Umsatzerlöse in Höhe von 0,4 Mio. € gegenüber der Planung zu verzeichnen. Dies resultiert vor allem aus gestiegenen Erlösen im Bereich Strom aufgrund einer Anpassung der Netzentgelte in 2024. Die Energiebezugskosten in Höhe von 181,8 Mio. € liegen um 13,0 Mio. € unter der Planung (194,8 Mio. €) bedingt durch gesunkene, spezifische Beschaffungskosten. Sonstige wesentliche Erlös- und Aufwandspositionen haben sich im Verlauf des Geschäftsjahres 2024 wie folgt entwickelt. Die sonstigen betrieblichen Erträge von 3,2 Mio. € umfassen unter anderem Rückstellungsauflösungen, Mieterträge und Weiterberechnungen und liegen mit -45,9 Mio. € unter der Planung (49,1 Mio. €); in der Planung war der Beteiligungsertrag aus der Ausschüttung der KSBG enthalten, welche im Ist 2024 jedoch im Finanzergebnis verbucht wird. Gegenüber der Planung von 25,6 Mio. € und dem Vorjahr belasten gestiegene Personalaufwendungen von 29,1 Mio. € das Ergebnis; diese Zunahme ist im Wesentlichen auf die Zuführung für Altersvorsorgerückstellungen in Folge von einem Anstieg des zu berücksichtigenden Gehaltstrends und Zuführungen bei den sonstigen Personalrückstellungen zurückzuführen. Zudem erhöhen sich die sonstigen betrieblichen Aufwendungen (28,1 Mio. €) durch Projektkosten für die Umsetzung der Digitalisierungsstrategie sowie weitere Maßnahmen zur Prozessoptimierung - insbesondere mit dem Ziel, die Kundenzufriedenheit zu steigern. Auch gegenüber der Planung erhöhte Pauschalwertberichtigungen (von 2,6 Mio. €) für Kundenforderungen belasten das Ergebnis, vorwiegend aufgrund des hohen Preisniveaus und der Altersstruktur der Forderungen.

Das Finanzergebnis von 52,3 Mio. € wird mit 48,1 Mio. € maßgeblich vom Beteiligungsertrag aus der Ausschüttung der KSBG aufgrund des Verkaufs der STEAG-Anteile über die KSBG geprägt und liegt aufgrund einer Ausweisverschiebung (siehe sonstige betriebliche Erträge) über dem Niveau der Planung. Zusätzlich verbesserte es sich durch um 0,4 Mio. € gegenüber der Planung höhere Zinserträge von 1,8 Mio. € aus der kurzfristigen Anlage von Liquiditätsreserven.

- **Absatz- und Preisentwicklung**

Der Geschäftsverlauf in einzelnen Bereichen stellt sich wie folgt dar:

Vertrieb Strom

Im Geschäftsjahr 2024 ist der Stromabsatz der evo insgesamt um 1,27 % auf 350,7 GWh gesunken. Dabei liegt der Stromabsatz im Stammgebiet an Privat- und Gewerbekunden mit 249,9 GWh um -3,0 % unter dem des Vorjahresniveaus (257,7 GWh). Im Segment der Oberhausener Geschäftskunden steigt der Absatz (80,4 GWh) um 1,6 %. Beim Vertrieb außerhalb von Oberhausen (20,4 GWh) konnte der Absatz um 11,2 % ausgebaut werden.

Die Entwicklung auf den Energiemärkten ermöglichte der evo zunächst eine Preissenkung von -2,26 ct/kWh zum 01.01.2024 in den Standardtarifen. Jedoch wurde die Erhöhung des Grundpreises der Netznutzung um 8 € zum 01.01.2024 an die Endkunden weitergegeben. Zum Jahresende 2023 hat die Bundesregierung – basierend auf einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Verfassungswidrigkeit des Nachtragshaushalts 2021 – entschieden, Zuschüsse für die Übertragungsnetzbetreiber in Höhe von 5,5 Milliarden € zu streichen. Daraufhin haben sich die Netzentgelte und die Umlage gemäß § 19 StromNEV erhöht (die Stromnetzentgeltverordnung oder kurz StromNEV ist die „Verordnung über die Entgelte für den Zugang zu Elektrizitätsversorgungsnetzen“). Aufgrund der Erhöhung der Netzentgelte sah sich die evo gezwungen, diese an die Endkunden mit einer Preisanpassung zum 01.04.2024 beim Arbeitspreis um 1,81 ct/kWh weiterzugeben. Der Marktanteil Strom liegt in Oberhausen mit ca. 75 % zum Jahreswechsel 2024/25 rund 3% unter dem Vorjahresniveau.

Vertrieb Erdgas und Fernwärme

Der Wärmeabsatz ist grundsätzlich im Wesentlichen von witterungsbedingten Einflüssen geprägt. Im Vergleich zum Vorjahr liegt die Gradtagzahl 2024 jedoch nahezu auf dem Niveau von 2023. Im 5-Jahresmittel sind es -7,5 % zum Zeitpunkt des Jahresabschlusses. Vor allem der Zeitraum von Februar bis Mai 2024 war milder als im langjährigen Mittel. So unterschreitet der Gasabsatz (512,2 MWh) witterungsbedingt sowie aber vor allem durch geändertes Verbraucherverhalten sowie Kundenverluste im hart umkämpften Markt den Vorjahreswert um -15,0 GWh (ca. -2,85 %). Der Endbestand der Kunden sinkt im Vergleich zum Vorjahr (-6,43 %). Bei den Privat- und Gewerbekunden (483,9 GWh) liegt der Absatz mit -2,9 % unter dem des Vorjahres. Im Bereich der Geschäfts- und Industriekunden (16,7 GWh) fällt der Absatz um -5,7 % niedriger aus. Außerhalb von Oberhausen ist ein leichter Anstieg des Gesamtabsatzes (11,5 GWh) im Vorjahresvergleich um +2,6 % zu verzeichnen.

Im Jahr 2024 haben sich die Energiebeschaffungsmärkte weiter beruhigt. Die noch im Jahr 2023 größeren Preisvolatilitäten und daraus resultierenden kostspieligen Beschaffungspreisen waren im Jahr 2024 nicht mehr so stark präsent. Auch mit der geänderten Beschaffungsstrategie sah sich die evo in der Lage, die Endkundepreise unserer Erdgaskunden zum 01.01.2024 in Höhe von (-1,5 ct/kWh) zu senken. Der Marktanteil Gas liegt in Oberhausen mit ca. 75 % zum Jahreswechsel -4 % unter Vorjahresniveau.

Auch der Fernwärmeabsatz ist im Wesentlichen von witterungsbedingten Einflüssen sowie durch das allgemeine Verbrauchsverhalten geprägt. Im Bereich der Fernwärme inkl. Dampflieferung liegt der Gesamtabsatz mit 392,3 GWh, bei einer Abweichung von +6,6 %, über dem des Vorjahres. Die Anpassung der Endkundenpreise unserer Wärmekunden unterliegt nach den aktuellen vertraglichen Regelungen einer Preisgleitklausel. So erfolgte die Preissenkung zum 01. Oktober 2024 für den Arbeitspreis bei einem Jahresverbrauch bis 20.000 kWh um
-1,68 ct/kWh sowie bei einem Jahresverbrauch größer 20.000 kWh um -1,61 ct/kWh, für die CO_2-Komponente um -0,13 ct/kWh und für das Preiselement der „Gasumlagen“ mit der anteiligen Gasspeicherumlage um 0,03 ct/kWh. Die mengenabhängige Preiskomponente sinkt damit in Summe um -1,71 ct/kWh.

Als eine Maßnahme zur Begrenzung der Folgen durch die Energiekrise wurde vorübergehend der Mehrwertsteuersatz für Gas und Fernwärme vom 01.10.2022 bis 31.03.2024 auf 7% reduziert. Zum 01.04.2024 erfolgte die Anhebung des Mehrwertsteuersatzes auf wieder 19%. Dies führte zu einer Erhöhung der Bruttopreise.

Dienstleistungen sowie Energielösungen

Die evo erbringt kaufmännische, technische und IT-Dienstleistungen für Dritte. Dazu gehören im Wesentlichen die BSO KG, die FSO KG, die InfraTec Duisburg GmbH, die OB-Netz, die Stadt Oberhausen mit ihren kommunalen Eigenbetrieben, die STOAG und die WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH.

Ferner bietet die evo Contracting-Leistungen im Bereich Wärmeversorgung für Privathaus-halte oder Gewerbetreibende an. Der Absatz in diesem Bereich Energielösungen liegt mit
15,97 GWh witterungsbedingt über dem Vorjahr (13,98 GWh).

- **Beteiligung KSBG - STEAG**

Gemeinsam mit fünf weiteren Stadtwerken war die evo seit 2014 mittelbar zu 100 % an der STEAG GmbH (STEAG) beteiligt. Die jeweiligen Anteile waren in der KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co. KG (KSBG) gebündelt; die Beteiligungsquote der evo an der KSBG beträgt 6 %. Mit dem Engagement an der STEAG waren für die Konsorten Erwartungen verbunden, die sich nicht mehr erfüllen ließen. Somit wurde durch die Konsorten im Jahre 2021 eine Grundsatzentscheidung getroffen, die STEAG wieder zu verkaufen. Durch die Energiekrise ab Februar 2022 hat das Geschäft für Investoren neue Attraktivität bekommen. In einem Verkaufsprozess fiel der Zuschlag im August 2023 auf den spanischen Infrastruktur-Investor Asterion Industrial Partners. Der Abschluss des Verfahrens, das so genannte „Closing“, erfolgte noch im Dezember 2023.

Im Geschäftsjahr 2024 konnte die evo mehrere Zahlungen von der KSBG von insgesamt 66,4 Mio. € vereinnahmen. Diese wurden verwendet, um das bestehende Gesellschafterdarlehen zzgl. aufgelaufener Zinsen in Höhe von 2,7 Mio. € zurückzuzahlen. In Höhe von 15,6 Mio. € erfolgte eine Kapitalrückzahlung, die zu einer erfolgsneutralen Reduzierung des Buchwerts der evo an der KSBG-Beteiligung auf rd. 6,7 Mio. € führte. Die übrigen Zahlungen erfolgten als Gewinnausschüttungen und führten zur Realisierung von einmaligen Gewinnen in Höhe von rd. 48,1 Mio. €, die als Beteiligungserträge vereinnahmt wurden.

Für das Jahr 2025 geht die KSBG-Wirtschaftsplanung von weiteren Zahlungen aus, die auch den verbleibenden Beteiligungsbuchwert der evo an an der KSBG von 6,7 Mio. € decken. Zudem besteht aus Sicht der evo die Chance, dass ein weiterer Gewinn von bis zu 9,5 Mio. € realisiert werden kann.

Auch anschließend soll die KSBG für mehrere Jahre fortgesetzt werden, bis alle steuerlichen Themen und Nachhaftungsansprüche aus dem Verkaufsprozess abschließend geklärt sind. Die für diese Zwecke erforderliche Liquidität wird zunächst in der KSBG vorgehalten und später - voraussichtlich ab 2030 - bei der Liquidation an die Konsorten ausgekehrt.

Leistungsindikatoren und Geschäftsverlauf der OB-Netz

Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Für die Unternehmenssteuerung wird ein quartalsweises, centerbezogenes Berichtswesen eingesetzt, das in eine differenzierte Erfolgsrechnung mündet.

Für die Einschätzung der wirtschaftlichen Lage der OB-Netz werden regelmäßig die Umsätze, die Kostenstruktur und das Ergebnis vor Gewinnabführung beobachtet sowie analysiert; all dies unter Beachtung der regulatorischen Rahmenbedingungen.

Als wesentliche nichtfinanzielle Leistungsindikatoren werden durchgeleitete Energiemengen und die Verfügbarkeit der Strom- und Gasnetze herangezogen.

Weitere Aspekte in Bezug auf die Umwelt, Soziales und Unternehmensführung („ESG - Environment Social Governance“) werden aktuell aufgenommen und künftig mit in die Berichterstattung einfließen.

Geschäftsverlauf und Ergebnis

Der Jahresüberschuss (nach Steuerumlage) vor Ergebnisabführung 2024 an die evo beläuft sich auf 4,2 Mio. € und sinkt um 2,6 Mio. € gegenüber dem Budgetansatz (6,8 Mio. €). Die Umsatzerlöse 2024 (121,4 Mio. €) liegen dabei mit +14,3 Mio. € über der Planung (107,1 Mio. €). Die Materialaufwendungen (70,6 Mio. €) des Geschäftsjahres unterschreiten dagegen den prognostizierten Betrag (65,4 Mio. €) um 5,2 Mio. €. Auf Grund der vergleichsweisen milden Witterung (Gas) und der gestiegenen vorgelagerten Netzkosten im Bereich Strom sind die Ergebnisbeiträge des regulierten Netzgeschäfts für das Jahr 2024 geringer als geplant ausgefallen. Dieser Rückgang kann teilweise durch gegenüber der Planung (18,5 Mio. €) um -0,6 Mio. € niedrigere Personalkosten (17,9 Mio. €) infolge unbesetzter Stellen kompensiert werden. Dagegen übersteigen die sonstigen betrieblichen Aufwendungen (28,9 Mio. €) die Planung für 2024 von 24,8 Mio. €.

- **Durchgeleitete Energiemengen und Verfügbarkeit**

Die Entwicklung der durchgeleiteten Energiemengen im Oberhausener Netzgebiet stellt sich für das Geschäftsjahr 2024 wie folgt dar:

	Gj. 2024 (in MWh)	**Vorjahr** (in MWh)
Stromnetz:	**645.985**	**632.415**
Gas an Kunden:	798.953	786.500
Gas an evo-Kraftwerke:	329.531	364.723
Gas gesamt:	**1.128.484**	**1.151.223**
Fernwärme an Kunden Heizwasser:	393.585	370.438
Dampf-Bereitstellung:	819	0
Fernwärme gesamt:	**394.404**	**370.438**
Energiebereitstellung gesamt	**2.168.873**	**2.154.076**

Die Zunahme der durchgeleiteten Energiemengen im Strom gegenüber 2023 ergibt sich im Wesentlichen im Bereich der Mittelspannung. Der Anstieg der durchgeleiteten Gasmengen an Kunden in 2024 ist auf ein geändertes Verbrauchsverhalten bei milder Witterung zurückzuführen. Im Bereich der Kraftwerke ergibt sich eine Abnahme im Vergleich zum Vorjahr; die evo-Kraftwerke wurden weniger zur Wärmeerzeugung eingesetzt, da externe Wärmequellen günstiger waren. Im Bereich der Fernwärme ist eine leichte Zunahme zu verzeichnen. Da in 2024 Turbinenprüfläufe durch die MAN Energy Solutions SE durchgeführt wurden, waren seitens evo Dampflieferungen erforderlich.

In Bezug auf die Verfügbarkeit im Stromnetz liegt die OB-Netz leicht über dem Branchen-durchschnitt, sodass im Qualitätselement ein Bonus entstanden ist. In allen Netzen war die Versorgungssicherheit zu keinem Zeitpunkt gefährdet.

Leistungsindikatoren und Geschäftsverlauf der BSO KG

Finanzielle und nicht finanzielle Leistungsindikatoren

Für die interne Unternehmenssteuerung wird im gesamten Konzernverbund ein quartalsweises, centerbezogenes Berichtswesen eingesetzt. Dieses Berichtswesen, das zugleich Steuerungsinstrument ist, mündet in eine differenzierte Erfolgsrechnung. Wesentliche finanzielle Steuerungsgrößen sind dabei die Volllastbenutzungsstunden der Anlage, die Einnahmen aus EEG-Strom- und Wärmevergütungen, die Brennstoffausgaben, das EBITDA und das Jahresergebnis.

Die Leistungsfähigkeit des evo-Verbunds zeigt sich nicht allein in finanziellen Kennzahlen. Als nicht finanzielle Leistungsindikatoren werden im evo-Verbund insbesondere Belange der Nachhaltigkeit und Umwelt im Handeln und Planen berücksichtigt.

Geschäftsverlauf und Technische Bestandsanalyse

Im Jahr 2024 wurden in der Anlage 36.285,48 Tonnen Holzhackschnitzel verbrannt. Der Anteil der Rostasche, im Verhältnis zur eingesetzten Brennstoffmenge, lag bei 2,37%, der Anteil der Feinasche bei 0,25%. Dies spricht aus Sicht der BSO KG für eine hinreichend gute Qualität des eingesetzten Brennstoffes.

Die Verfügbarkeit der Anlage im Jahr 2024 war - durch Störungen und den Revisionsstillstand - niedriger als prognostiziert, aber höher als im Jahr 2023. Die Zahl der Volllastbenutzungsstunden lag 2024 bei 6.445,50 Stunden, somit lag man im Vergleich zur letztjährigen Prognose (7.524 Stunden) unter dem angestrebten Zielwert. Dies ist auf die genannten Betriebsstörungen und die Revisionszeit zurückzuführen.

Die Bruttostromeinspeisung des Biomassekraftwerks lag im Jahr 2024 bei 15.576,73 MWh. Die dazu gehörende Fernwärmeerzeugung lag bei 60.466,17 MWh.

Die dazugehörigen Kosten für den Brennstoffeinsatz lagen bei TEUR 2.769,3.

Im Vergleich zur Planung konnte das geplante EBITDA (Ergebnis vor Zinsen, Steuern und Abschreibungen) von ca. 1,7 Mio. EUR mit 1,0 Mio. EUR nicht erreicht werden. Der Jahresüberschuss von TEUR 49,1 lag deutlich unter der Planung in Höhe von TEUR 625,0. Ursächlich für die Entwicklung war die geringere Anzahl an Betriebsstunden.

Während der Anlagenrevision im Juni/Juli 2024, lag der Fokus auf der Sanierung des Heizkondensators, welcher Bestandteil des Dampfturbinensystems ist. Hier wurde das defekte, irreparable Rohrbündel (Wärmetauscher) gegen ein identisch nachgebautes Neuteil ausgetauscht. Dadurch kann wieder ein sicherer Turbinenbetrieb gewährleistet werden.

Ertragslage der evo

In Ergänzung zu den Ausführungen im Anhang des Jahresabschlusses gehen wir auf die Veränderung der wesentlichen GuV-Positionen für das Geschäftsjahr 2024 im Vergleich zum Vorjahr wie folgt ein:

Die Umsatzerlöse belaufen sich auf 272,4 Mio. € und sinken im Vergleich zum Vorjahr um 10,4 Mio. € (Vorjahr 282,8 Mio. €).

Insgesamt ist für die Verkaufserlöse Strom (111,5 Mio. €), Erdgas (55,0 Mio. €) und Wärme (60,7 Mio. €) ein Rückgang der Umsatzerlöse in Höhe von -15,9 Mio. € gegenüber dem Vorjahr von 243,8 Mio. € zu verzeichnen. Die entsprechende Absatz- und Preisentwicklung wurde im Geschäftsverlauf erläutert. In den Energieumsätzen ist mit 3,1 Mio. € (Vorjahr 8,7 Mio. €) der Verkauf der Verlustenergie an die Netzgesellschaft enthalten, der sich negativ auf die Energieverkaufserlöse im Vergleich zum Vorjahr auswirkte.

Sonstige Umsatzerlöse resultieren u. a. aus der Direktvermarktung der Kraftwerke und des Intraday-Handels. Durch eine höhere Laufleistung der Kraftwerke und gestiegenen Marktpreisen an der Strombörse liegen diese Erlöse mit 19,3 Mio. € rund 3,6 Mio. € über dem Vorjahr (15,7 Mio. €).

Die Sonstigen betrieblichen Erträgen in Höhe von 3,1 Mio. € liegen um 24,8 Mio. unter dem Vorjahr (27,9 Mio. €). Im Geschäftsjahr 2023 waren in dieser Position die Erträge aus der Zuschreibung des Beteiligungsbuchwertes der KSBG-Anteile (22,3 Mio. €) enthalten, was einen wesentlichen Sachverhalt für die Abweichung darstellt.

Der Materialaufwand beträgt 193,9 Mio. € (Vorjahr 216,3 Mio. €) und unterschreitet das Vorjahr um 22,4 Mio. €. Im Materialaufwand sind im Wesentlichen die Energiebezugskosten enthalten, sie beliefen sich im Geschäftsjahr auf 181,8 Mio. € (Vorjahr 205,9 Mio. €). Sie verringerten sich hauptsächlich in Folge geringerer spezifischer Beschaffungspreise.

Der Personalaufwand übersteigt mit 29,1 Mio. € das Vorjahr um 1,9 Mio. € (Vorjahr 27,2 Mio. €). Dies resultiert im Wesentlichen aus der Tarifanpassung der Vergütungen sowie einem Anstieg der Mitarbeiterzahl.

Die Abschreibungen von 5,8 Mio. € (Vorjahr 5,7 Mio. €) liegen mit 0,1 Mio. € leicht über dem Vorjahr.

Die Sonstigen betrieblichen Aufwendungen in Höhe von 28,1 Mio. € übertreffen das Vorjahr um 6,4 Mio. € (Vorjahr 21,7 Mio. €). Dies ist u. a. auf höhere Wertberichtigungen auf Kundenforderungen für drohende Forderungsausfälle in Folge des gestiegenen Preisniveaus sowie der Altersstruktur zurückzuführen. Zur Steigerung der Kundenzufriedenheit, der Umsetzung der Digitalisierungsstrategie sowie weiterer Prozessoptimierungsmaßnahmen ist diese Position durch zusätzliche Dienstleistungskosten belastet.

Ertragslage der OB-Netz

In Ergänzung zu den Ausführungen im Anhang des Jahresabschlusses stellen sich die wesentlichen GuV-Positionen für das Geschäftsjahr 2024 m Vergleich zum Vorjahr wie folgt dar:

Die Umsatzerlöse betragen 121,4 Mio. €. Hierin sind Netznutzungsentgelte Strom (76,1 Mio. €) und die Netznutzungsentgelte Gas (21,1 Mio. €) enthalten. Der Anstieg der Umsatzerlöse um 9,5 Mio. € im Vergleich zum Vorjahr (111,9 Mio. €) ist u. a. auf höhere Erlöse im Stromnetz aufgrund gestiegener Preise zurückzuführen. Weiter enthält diese Position die Abrechnung von Fernwärme-Netz-Investitionsprojekten an die evo, Erlöse aus konzerninternen Vertragsbeziehungen und erfolgsneutrale Ökologietransfererlöse (Erstattungen im Rahmen des EEG; diese Erlöse liegen ebenfalls über dem Vorjahr.

Der Materialaufwand von 70,6 Mio. € (Vorjahr 68,4 Mio. €) ist maßgeblich durch die vorgelagerten Netzkosten bestimmt und umfasst neben den an die vorgelagerten Übertragungsnetzbetreiber abzuführenden Entgelte ebenso die Aufwendungen für die vermiedene Netznutzung an dezentrale Erzeuger, Umlagen (gleichlautend in den Netznutzungsentgelten enthalten) und Aufwendungen aus der Mehr-Mindermengenabrechnung. Ferner enthält die Position Kosten für abzurechnende Fernwärme-Investitionsprojekte an die evo, für die Unterhaltung sowie Reparaturen der Strom- und Gasnetze, interne Vertragsbeziehungen zur evo, die Kosten der Verlustenergie und die mit den Umsatzerlösen korrespondierenden Ökologietransferkosten für an Kunden gezahlte Vergütungen aus der Einspeisung erneuerbarer Energien. Der Anstieg um 2,2 Mio. € ist hauptsächlich auf höhere vorgelagerte Netzkosten im Bereich Strom zurückzuführen.

Der Personalaufwand mit 17,9 Mio. € erhöht sich im Vergleich zum Vorjahr um 0,2 Mio. € und liegen leicht über Vorjahresniveau (17,7 Mio. €). Der zugrunde liegende durchschnittliche Bestand der Beschäftigten liegt mit 173 auf Vorjahresniveau (171).

Die Abschreibungen betragen 3,1 Mio. €; der Anstieg zum Vorjahr (2,8 Mio. €) resultiert aus dem höheren Investitionsvolumen in 2024.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen in Höhe von 28,9 Mio. € erhöhen sich gegenüber dem Vorjahr um 2,0 Mio. € und enthalten vor allem die Fakturierung der internen Verträge für die Gebäude-, Fahrzeug- und Arbeitsplatzmiete sowie die Dienstleistungen der evo für die OB-Netz mit 16,9 Mio. € (Vj: 15,4 Mio €). Die an die Stadt Oberhausen abzuführenden Konzessionsabgaben belaufen sich auf 8,3 Mio. €. Für die OB-Netz ist dieser Aufwand erfolgsneutral, da die Konzessionsabgaben als Preiskomponente vom „Endkunden“ gezahlt und an die Stadt Oberhausen weitergeleitet werden. Zusätzlich werden die Anschaffungskosten für Smart Meter, Aufwendungen für Beratungsleistungen, Jahresabschlussprüfungen, Wirtschaftsprüfer-Testate, Mieten und Pachten, Qualifizierungsmaßnahmen, Verbandsbeiträge sowie übrige Aufwendungen in dieser Position ausgewiesen.

Aufgrund der Ergebnisentwicklung ergibt sich für die OB-Netz eine an die evo zu leistende Gewerbesteuerumlage in Höhe von 1,1 Mio. € (Vj: 0,004 Mio. €).

Das Ergebnis nach Steuern beträgt vor Gewinnabführung an die evo 4,2 Mio. € (Vorjahr -0,2 Mio. € Verlustübernahme durch die evo).

Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage der BSO KG

Für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2024 verzeichnet die Gesellschaft einen Jahresüberschuss nach Steuern von TEUR 49,1 (Vj. Jahresfehlbetrag TEUR 186,6). Das EBITDA beläuft sich auf 1,0 Mio. EUR (Vj. 0,8 Mio. EUR).

Die Umsatzerlöse steigen im Vergleich zum Vorjahr auf TEUR 5.520,7 (Vj. TEUR 5.003,1), davon entfallen auf die Stromeinspeisung TEUR 2.436,1 (Vj. TEUR 1.985,8), die Wärmeeinspeisung TEUR 2.619,6 (Vj. TEUR 2.346,5) sowie Entgelte für den Ausgleich von Preisschwankungen TEUR 465,0. Im Vorjahr waren Entgelte für erhöhte Brennstoffkosten (TEUR 670,8) enthalten. Die Erhöhung der Entgelte für Strom- und Wärmeeinspeisung ist auf höhere Betriebsstunden zurückzuführen. Die Zahl der Volllastbenutzungsstunden lag in 2024 bei 6.445,50 VBh (Vj. 4.996,5 VBh). Die Bruttostromeinspeisung des Biomassekraftwerks lag im Jahr 2024 bei 15.576,73 MWh (Vj. 12.389,89 MWh). Die dazu gehörende Fernwärmeerzeugung lag bei 60.466,17 MWh (Vj. 50.752,25 MWh).

Die Materialaufwendungen sinken um TEUR 461,2 auf TEUR 4.050,0. Die Aufwendungen für Energie-, Gas- und Wasserbezug steigen auf TEUR 491,7 (Vj. TEUR 206,4). Dagegen mindern sich die Aufwendungen für Brennstoffeisatz preisbedingt auf TEUR 2.769,3 und die Aufwendungen für Fremdleistungen auf TEUR 687,3.

Die Sonstigen betrieblichen Erträge lagen mit TEUR 397,5 unter dem Wert aus dem Vorjahr (TEUR 985,5); sie beinhalten im Wesentlichen eine Energiesteuererstattung (TEUR 38,8), eine Prämiengutschrift des Versicherers (TEUR 35,2) sowie Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen (TEUR 32,1) und Versicherungserstattungen (TEUR 291,4). Der Rückgang betrifft im Wesentlichen den im Vorjahr enthaltenen Zuschuss der evo für außerplanmäßige Instandhaltungsmaßnahmen (TEUR 901).

Die Sonstigen betrieblichen Aufwendungen steigen um TEUR 113,9 auf TEUR 828,6.

Zur Vermeidung von Liquiditätsengpässen hat die evo der Gesellschaft neben einem Gesellschafterdarlehen (TEUR 610) einen kurzfristigen Kreditrahmen von bis zu TEUR 400 eingeräumt. Das Gesellschafterdarlehen wird regelmäßig getilgt. Es wird weiterhin von einer guten Liquidität des Unternehmens ausgegangen.

Die Eigenkapitalquote der BSO KG liegt in 2024 bei 78,2 % (Vj. 73,6 %), daraus resultiert eine entsprechende Fremdkapitalquote in Höhe von 21,8 % (Vj. 26,4 %).

Zusammengefasste Konzern-Ertragslage

Die wesentlichen Angaben zu den Jahresabschlüssen der Einzelgesellschaften mit dem jeweiligen operativen Ergebnisbeitrag zum Konzernergebnis für das Geschäftsjahr 2024 stellen sich wie folgt dar:

Gesellschaft ——— **Position**	**FSO** **TEUR**	**BSO GmbH** **TEUR**	**BSO KG** **TEUR**	**evo** **TEUR**	**OB-Netz** **TEUR**	**Summe** **TEUR**	**Konzern** **TEUR**
Umsatzerlöse	545	0	5.521	272.404	121.377	399.847	291.462
Materialaufwand	129	0	4.050	193.923	70.605	268.707	178.807
Personalaufwand	299	0	0	29.067	17.870	47.236	47.236
Abschreibungen auf das Sachanlagevermögen	0	0	861	5.798	3.149	9.808	9.732
Konzessionsabgabe	0	0	0	0	8.321	8.321	8.321
Steuern vom Ertrag (einschl. Steuerumlage)	109	0	39	4.276	1.072	5.496	4.822
Ergebnis nach Steuern	422	2	49	65.834	4.199	70.506	68.474
Jahresüberschuss bzw. -fehlbetrag (vor Ergebnisabführung)	422	2	49	65.649	4.194	70.316	68.285
Mitarbeiter *(Köpfe im Jahres-durchschnitt)*	4	0	0	263	173	440	440

Zur Ermittlung des Jahresüberschusses für den FSO-Konzern sind die jeweiligen Einzelabschlüsse um die Leistungsinterdependenzen zwischen den Konzerngesellschaften - im Wesentlichen Netznutzungs- und Dienstleistungsentgelte, Strom- und Wärmeeinspeisung bzw. Bezug, verrechnete Personalkosten und Mieten - zu korrigieren.

Bis auf die BSO GmbH sind die Konzerngesellschaften nur gewerbesteuerpflichtig. Zur Berechnung wird ein Ertragssteuersatz von 20,3 % (Vorjahr 20,3 %) zugrunde gelegt.

Das Konzernergebnis wird auch weiterhin im Wesentlichen durch die evo und die OB-Netz geprägt.

Die Umsatzerlöse betreffen hauptsächlich die Erlöse aus Energieverkäufen (TEUR 277.487), im Vergleich zum Vorjahr ist eine Erhöhung um TEUR 217 zu verzeichnen.

Finanz- und Vermögenslage im Konzern

Finanzbewegung

Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit erhöht sich in 2024 deutlich um rund TEUR 98.219 auf TEUR 92.056. Dies resultiert aus einem deutlich erhöhten Jahresergebnis aufgrund einer Kapitalrückzahlung der KSBG-Gesellschaften sowie der Zunahme der Rückstellungen und Abschreibungen.

Die Investitionstätigkeiten innerhalb der Kapitalflussrechnung belaufen sich im Berichtsjahr auf TEUR -5.882 (Vorjahr TEUR -15.133). Hierbei können die Investitionen in das Sachanlage- und Finanzanlagevermögen nicht zu 100 % durch die Abschreibungen finanziert werden (siehe hierzu auch Punkt 5.2).

Der Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit beinhaltet neben der Ergebnisabführung aus dem Vorjahr (TEUR -28.013) ebenfalls die Kredittilgungen von TEUR -22.820 sowie die Neuaufnahme von Krediten (TEUR 12).

Es kommt zu einer Zunahme des Finanzmittelfonds am Ende des Geschäftsjahres von TEUR 33.495, dieser stellt sich mit TEUR 35.887 positiv dar.

Die tabellarische Kapitalflussrechnung ist in Anlage II Nr. 4 dargestellt.

Investitionen

Die Investitionen im Anlagevermögen des Konzerns sind durch Maßnahmen der evo und der Netzgesellschaft geprägt.

Die technisch-wirtschaftliche Optimierung in den Netzbereichen wurde im Berichtsjahr weiter vorangetrieben. Der Anteil der Netzinvestitionen in 2024 an den gesamten Investitionen des Sachanlagevermögens und der Immateriellen Vermögensgegenstände betrug 76,6 %.

	Budget 2024 in TEUR	**Ist 2024 in TEUR**	**Ist 2023 in TEUR**
Investitionen	30.229	23.277	15.691
Abschreibungen	9.200	9.747	9.376

Neben den Investitionen in Höhe von TEUR 20.249 zur Erneuerung der Netze sieht das Investitions-Budget 2024 weitere Erneuerungen im Bereich der Strom- und Wärmebereitstellung und der Gemeinsamen Anlagen von TEUR 9.980 vor. Die Investitionen im Geschäftsjahr betrugen TEUR 23.277 und teilen sich wie folgt auf:

			Ist 2024 in TEUR		**Ist 2023 in TEUR**
Immaterielle Vermögensgegenstände			1.103		161
Sachanlagen					
▪ Stromversorgung			10.441		7.454
▪ Erdgasversorgung			1.428		1.971
▪ Fernwärmeversorgung			6.179		3.716
▪ Energieservice			867		727
▪ Gemeinsame Anlagen			3.152		1.554
Finanzanlagen			107		108
Gesamtbetrag			**23.277**		**15.691**

Im Bereich der Finanzanlagen kam es zu Investitionen in Höhe von TEUR 107.

Wie in den Vorjahren wurde die Erneuerung der Netze der Strom- Gas- und Fernwärmeversorgung im Berichtsjahr vorangetrieben.

Auch im Berichtsjahr wurden zahlreiche Projekte im Bereich Contracting und Nahwärme umgesetzt. Diese Vertriebsprojekte bestehen aus Maßnahmen von einzelnen Heizkesseln (Kleinanlagen-Contracting) bis hin zu kleineren Nahwärmenetzen, bei dem Blockheizkraftwerke die angeschlossenen Häuser mit Wärme und Strom versorgen. Durch diese für die evo wirtschaftlich sinnvollen Neuinvestitionen wird zudem das Marktrisiko - insbesondere im Gasvertrieb - durch langfristige Kundenbindung reduziert.

In den kommenden Geschäftsjahren wird die vorhandene Liquidität nicht vollständig zur Deckung der erforderlichen Investitionen zur Einleitung der Energiewende ausreichen. Es ist geplant, zukünftig den dafür jährlich erforderlichen Anteil der Investitionen durch langfristige Darlehensaufnahmen sukzessive zu finanzieren. Bereits für das Frühjahr 2025 sind weitere Fremdkapitalaufnahmen geplant, um die anstehenden Sachinvestitionen anteilig zu finanzieren.

Finanzlage
Die Finanzlage des Konzerns wird im Wesentlichen durch die evo und die OB-Netz geprägt. Im Rahmen einer zentralen Anlagestrategie wurde eine Cash-Pooling-Vereinbarung zwischen der evo und der Netzgesellschaft sowie der FSO KG getroffen, wobei die Verzinsung von Darlehen zu Geldmarktsätzen am Frankfurter Bankenplatz erfolgt. Die Anlage von kurz- und mittelfristig freien liquiden Mitteln erfolgt zentral durch die evo in Tages- und Festgeldern.

Ein seit 2007 bei der evo bestehender Spezialfonds dient zur Deckung der mittelfristigen Rückstellungen, die im Wesentlichen Maßnahmen aus dem Personalbereich beinhalten. Weiterhin werden bei den Rückstellungen Verpflichtungen für noch ausstehende Rechnungen ausgewiesen. Hierbei handelt es sich vorwiegend um Rechnungen für erhaltene Energielieferungen aus den Bereichen Strom und Erdgas der evo.

Die wesentlichen Mittelabflüsse ergeben sich aus der Investitionstätigkeit, dem zahlungswirksamen Rückgang der Rückstellungen (vorwiegend der Personalrückstellungen) sowie der jährlichen Gewinnabführung.

Aus den Finanzplanungen der evo für die kommenden Jahre ergibt sich weiterhin - wie unter Vermögenslage erläutert - ein zusätzlicher Kapitalbedarf mit der Folge, dass zukünftig Teile der Investitionen durch Fremdkapital finanziert werden müssen. Ebenso ist geplant, die Bezugskostenspitzen in den Wintermonaten über kurzfristige Mittel im Rahmen der bestehenden Kreditlinien temporär zu bezahlen.

Dem betriebsnotwendigen Vermögen stehen nach Einschätzung der Geschäftsführung angemessene Passiva in Form von Eigenkapital oder langfristigen Rückstellungen bzw. Verbindlichkeiten gegenüber.

Zusammenfassend ist nach Einschätzung der Geschäftsführung eine solide Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage im Zeitpunkt der Aufstellung des Konzernabschlusses zu verzeichnen.

Risiko- und Chancenbericht

Zur Sicherung der Unternehmensziele, des künftigen Erfolges des Unternehmens sowie zur Senkung der Risikokosten führt die evo halbjährlich eine Risikoinventur durch. Diese Aufgabe wird auch für die OB-Netz und die BSO wahrgenommen. Damit Risiken frühzeitig erkannt und rechtzeitig angemessene Gegensteuerungsmaßnahmen ergriffen werden können, ist bei der evo ein Risikomanagementsystem gemäß dem Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) implementiert. Alle erfassten Risiken werden durch Risikopaten hinsichtlich ihrer Eintrittswahrscheinlichkeit (unmöglich bis akut) und Schadenshöhe (unbedeutend bis existenzvernichtend) eingestuft. Die Risiken werden dabei nicht nur auf die mit den Risiken verbundenen Kosten, Erlöseinbußen, Margenverluste oder Betriebsunterbrechungen untersucht, es wird auch der Einfluss auf Ressourcen, wie z. B. Personenschäden oder Imageverlust analysiert. Das bestehende Informationssicherheitsmanagementsystem (ISMS) für den Geltungsbereich Netzleittechnik wurde im März 2021 rezertifiziert. Weiterhin werden geeignete Steuerungsmaßnahmen ergriffen, um Netzausfälle zu vermeiden.

Risiko- und Chancenbericht der evo

In der letzten Risikoinventur auf Ebene der gesamten Unternehmensgruppe wurden zum 31. Dezember 2024 insgesamt 48 Risiken erfasst. Die Risiken wurden im Wesentlichen (44 Risiken) der niedrigsten Risikoklasse zugeordnet. Lediglich vier Risiken beinhalten ein mittleres Risiko. Dazu gehören der Ausfall des Stromnetzes und Haftung nach NAV (Niederspannungsanschlussverordnung), der Ausfall der Fernwärmeerzeugung, Cyberrisiken und unbeabsichtigter Datenabfluss.

Zu den Aufgaben der evo gehört es, die Versorgungssicherheit in Oberhausen unter allen Umständen sicherzustellen. Daher praktiziert die evo bereits seit 2011 ein Krisenmanagement, das durch regelmäßige Krisenübungen professionalisiert und kontinuierlich an die neuesten Erkenntnisse angepasst wird. Ein Unterweisungstool stellt sicher, dass alle Personen des Krisenstabes mit den Aufgaben der ihnen zugewiesenen Rolle vertraut sind.

Eine weitere wichtige Voraussetzung für das weitgehend reibungsfreie Arbeiten in der Krise ist eine verlässliche Kommunikation. Durch die Einbindung der Unternehmenskommunikation (intern, extern, Social Media) kann zu jeder Zeit sichergestellt werden, dass alle Informationen (z. B. über das Intranet) bei den Beschäftigten (u. U. auch täglich) ankommen. Kundenanliegen werden zudem über die etablierten Kommunikationskanäle proaktiv behandelt. Der Krisenstab der evo steht bei Bedarf in engem Austausch mit dem Krisenstab der Stadt Oberhausen. In diesem werden die sich aus der Energiekriese ergebenden Gefahren analysiert und Gegenmaßnahmen geplant; die Abstimmungen erfolgen in einem kontinuierlichen Austausch auch mit der städtischen Feuerwehr, der Polizei und weiteren Behörden. Das Ziel ist es, bei Versorgungsengpässen adäquat und abgestimmt zu reagieren.

Im Rahmen der halbjährlich durchgeführten Risikoinventuren wurden für den Berichtszeitraum auf Ebene der evo drei neue Risiken identifiziert, es wurden zwei Risiken abgemeldet.

Das Risiko „Risiken in der Position des Grundversorgers“ konnte geschlossen werden, da es sich hierbei um ein Risiko aus der Energiekrise handelte. Durch die Marktkonstellation mussten Energiemengen zu sehr hohen Preisen nachgekauft werden, wenn die Kunden kurzfristig zugeschrieben wurden. Das war der Fall, wenn die bisherigen Lieferanten die Belieferung gekündigt hatten. Wenn Kunden heute unerwartet in die Belieferung der evo geraten, kann die Energiemenge sogar zu günstigeren Bezugskosten beschafft werden. Entstünde eine erneute Krisensituation, werden die Risiken in den Preisanpassungen berücksichtigt. Somit besteht das Risiko nicht mehr. Zudem konnte das Risiko „Kosten der Wiederaufnahme von Rohrnetzen nach Einstellung der Gasversorgung aufgrund einer Gasmangellage“ geschlossen werden. Auch hierbei handelte es sich um ein Risiko der Energiekrise. Die Energieversorgung in Deutschland ist wieder gesichert.

Zu den neu hinzugekommenen Risiken zählen zum einen „Erhöhte Erzeugungskosten durch längere Instandhaltungszeit“. Die Zuverlässigkeit externer Dienstleister hat erkennbar abgenommen. Trotz frühzeitiger Planung und Beauftragung ist es möglich, dass Wartungs- und Instandhaltungsmaßnahmen an den Erzeugungsanlagen der evo nicht bis zur Heizperiode abgeschlossen werden. In diesem Fall müssen ggf. teurere Erzeugungsanlagen eingesetzt werden. Zum anderen ist das Risiko „Erhöhte Instandhaltungskosten aufgrund des Alters der Anlagen“ hinzugekommen. Hierbei kommt es vermehrt zu unerwartetem und nicht planbaren Instandhaltungsaufwand. Teilweise ist dieser jedoch über die Versicherung abgedeckt, zudem bestehen Rückstellungen für unterlassene Instandhaltungsmaßnahmen. Des Weiteren ist das Risiko „Unterdeckung in der Fernwärme“ im Geschäftsjahr 2024 hinzugekommen. Im Falle eines sehr kalten Winters und des Ausfalls der größten Erzeugungsanlage kann es zu einer Unterdeckung der Fernwärme kommen. Alle drei neu aufgenommenen Risiken wurden der niedrigsten Risikoklasse zugeordnet.

Absatzmarktrisiken

Das wesentliche Risiko bilden die vermehrten Wechselprozesse in den Geschäftsfeldern Strom- und Erdgasvertrieb. Hier ist für die Zukunft mit einer steigenden, zumindest aber mit einer gleichbleibend hohen Wechselbereitschaft der Kunden zu rechnen, getrieben u.a. durch von Kundenwechseln profitierenden neuen Marktteilnehmern in Form von Vergleichs- und Wechselportalen. Hinzu kommen Unsicherheiten hinsichtlich der zukünftigen Preisgestaltung insbesondere im Bereich des Stromvertriebs, die angesichts zunehmender gesetzlicher Eingriffe und Regulierungen nicht mehr allein unternehmerisch zu beeinflussen ist.

Einfluss auf die zukünftige Form des Wettbewerbs haben auch neue gesetzliche Rahmenbedingungen, insbesondere das Gesetz für faire Verbraucherverträge und die Einführung des 24-Stunden-Lieferantenwechsels zum 01.06.2025. Die Umstellung des Day-Ahead-Handels Strom auf 1/4-Stunden könnte den Wettbewerb verschärfen. Auf der einen Seite kann

die etablierte Energiewirtschaft darauf hoffen, dass die unfairen und irreführenden Marktpraktiken, die in der Vergangenheit durch neue Marktteilnehmer im Markt eingeführt wurden, erschwert werden, auf der anderen Seite wird die Marktmacht zu Gunsten der Verbraucher verschoben. Somit ist grundsätzlich ein fairerer, aber auch ein intensiverer Wettbewerb in den Energiemärkten zu erwarten.

Ein weiteres Risiko besteht in der strukturierten Energiebeschaffung. Da die evo als Energieversorger der Stadt Oberhausen auch der Versorgungssicherheit verpflichtet fühlt, werden zur Absicherung der bestehenden Lieferverträge im Rahmen der strukturierten Beschaffung Energiemengen sukzessive eingekauft. Dies kann auch bei sehr hohen Preisen auf den Beschaffungsmärkten erfolgen. Aggressivere, bundesweit agierende Anbieter haben diese Verpflichtung nicht erfüllt. Wenn die Preise auf den Beschaffungsmärkten auf ein deutlich niedrigeres Niveau sinken, können diese Konkurrenten wegen ihrer kurzfristigeren Einkaufsstrategie deutlich günstigere Endverbraucherpreise anbieten, was den Wettbewerb zusätzlich anfacht und aus Sicht der evo zu Kunden- und/oder Margenverlusten führen kann.

Der Preisverfall auf den Energiemärkten kann zu zunehmender Spreizung zwischen den Bestandskundenpreisen und Neuabschlüssen führen. Damit ist das zunehmende Risiko der Wechselbereitschaft sowohl in günstigere Tarife als auch zu fremden Versorgern begründet. Für die evo geht dies mit einem zunehmenden Rückvermarktungsrisiko einher.

Beschaffungsmarktrisiken

Bei der Energiebeschaffung verfolgt die evo eine risikoaverse Strategie. Die evo betreibt selbst keinen Energiehandel, sondern beschafft die Erdgas- und Strommengen für ihren geplanten Absatz über die Beteiligungsgesellschaft Quantum. Zur Vermeidung des Preisrisikos erfolgt die Beschaffung von Mengen für Großkunden „back to back“, d. h. die Menge wird erst bei Vertragsabschluss beschafft und unterliegt so nur einem geringen Preisrisiko. Für den größeren Teil der evo-Kunden (Haushalt und Kleingewerbe), die über Standardlastprofile beliefert werden, erfolgt die Beschaffung sukzessive und strukturiert. Der große Anteil dieser Kundengruppe kann anhand von Erfahrungswerten unter Berücksichtigung zukünftiger Kundenflüsse gut prognostiziert werden. Dies reduziert das gegebene Mengenrisiko. Operative Risiken werden durch Prozesse und interne Kontrollmechanismen sowohl bei der Quantum, als auch bei der evo minimiert.

Die evo hatte während der Energiekrise auf die extreme Situation auf den Energiemärkten reagiert und die Beschaffungsstrategie angepasst. Die Beschaffungsstrategie wurde in Hinblick auf Eindeckungsquoten, Beschaffungszeitraum und spezifische Beschaffungsstrategie geprüft und überarbeitet.

Die Fernwärmebereitstellung erfolgt über verschiedene Wärmequellen, die in Abhängigkeit von den geltenden Marktpreisen entsprechend ihrer spezifischen Erzeugungskosten optimiert werden. Dieser Prozess erfolgt im Rahmen der täglichen Kraftwerksoptimierung, die zu möglichst geringen Kosten der Fernwärmebereitstellung führen sollen.

Sollten die Wärmequellen der GMVA und von OQ nicht zur Verfügung stehen, besteht das Risiko eines Versorgungsengpasses, der nicht ohne Weiteres und/oder zu gleichen Preisen durch die eigenen Erzeugungsanlagen abgedeckt werden kann.

Betriebsrisiken

Grundsätzlich schützt sich die evo gegen Risiken, die im unmittelbaren Zusammenhang mit der unternehmerischen Tätigkeit stehen, durch adäquate Versicherungen. Haftungsrisiken werden durch eine entsprechende Betriebshaftpflichtversicherung abgedeckt.

Zu den Betriebsrisiken der evo gehören auch Risiken steigender Cyberkriminalität, die aufgrund der immer weiter voranschreitenden Digitalisierung entstehen. Hierzu gehören die Risiken, die sowohl die Verfügbarkeit der entsprechenden IT-Systeme, der damit zu verarbeitenden Daten und somit die Grundlage einer modernen, effektiven Prozessabwicklung bei evo, als auch die Verletzung der Vertraulichkeit und der Integrität von Informationen betreffen. Immer weiter in den Fokus rücken hier vor allem der unbeabsichtigte Datenabfluss - vor allem auch über mobile Kommunikationsgeräte und cloudbasierte Dienste, sowie die Nichtverfügbarkeit von Teilen der IT-Infrastruktur und -Services. Die evo begegnet diesen Risiken mit geeigneten Maßnahmen, die im Rahmen eines Informationssicherheits-Managementsystems (ISMS) identifiziert und in einem IT-Risikomanagement bewertet und behandelt werden. Hierzu gehören organisatorische und technische Maßnahmen, wie z. B. Zugangsregelungen, regelmäßige Updates, Datensicherungen, E-Mail- und Internet-Absicherung, die Analyse von Schwachstellen und deren Behebung, wenn solche aufgedeckt werden. Weiterhin erfolgt permanent eine Sensibilisierung der Mitarbeiter. Ein erhöhtes Risiko durch Cyberkriminalität ist bei der evo aufgrund des Betriebes kritischer Infrastrukturen für Oberhausen grundsätzlich zu sehen.

Finanzrisiken

Auf Basis einer rollierenden kurz- bis langfristigen Finanzplanung erfolgt die Liquiditätssteuerung innerhalb von genehmigten Banken-Kreditlinien. Durch das Kerngeschäft und die Vielzahl der Kunden ergeben sich neben den im Abschluss bereits berücksichtigten Einzel- und Pauschalwertberichtigungen, keine weiteren bedeutsamen Preis- und Adressausfallrisiken. Zahlungsstromschwankungen sind aufgrund bekannter Abrechnungszyklen und anhand von Gradtagzahlen weitestgehend planbar. Zur strategischen Ausrichtung hat die evo Finanzmittel in Wertpapieren (Spezialfonds) angelegt. Diese unterliegen marktbedingten Preisrisiken, die auch zu Kursverlusten und somit zu Schäden führen könnten. Das Investment wird als bewusst eingegangene unternehmerische Tätigkeit verstanden, wobei die große Diversifikation in eine Vielzahl von Rentenpapieren und Aktien zur Risikoverminderung beiträgt; unter Berücksichtigung der vereinbarten Anlagestrategie ist von einem maximal leichten Schaden auszugehen.

Gesamtrisiko

Die beiden halbjährlichen Risikoinventuren haben keine Risiken mit wesentlichen Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage und keine bestandsgefährdenden Risiken aufgezeigt. Auch für die Zukunft sind keine derartigen Risiken erkennbar.

Chancenbericht

Seit der Corona-Pandemie wurden vermehrt digitale Lösungen eingesetzt und geprüft, um mobil von zuhause und unterwegs zu arbeiten, Konferenzen werden per Video abgehalten und es wird zunehmend per Chat kommuniziert. Hieraus resultiert die Möglichkeit, sich dauerhaft weiterzuentwickeln und ein digitales Arbeitsumfeld zu schaffen, das den Mitarbeitern, Kunden und weiteren Beteiligten flexiblere Möglichkeiten der Arbeit und Kommunikation bietet. Zudem wäre es denkbar auf lange Sicht Büroflächen zu optimieren, wenn sich eine Lösung für die mobile Arbeit dauerhaft als praktikabel erweist.

Für die Herausforderungen des Wettbewerbs auf den Commodity-Märkten sieht sich der evo-Vertrieb gut gerüstet, insbesondere im Hinblick auf die überarbeiteten Produkte für Geschäfts- und Gewerbekunden. Aber auch die Fernwärme ist nach wie vor beliebt und wird im Rahmen der Energiewende eine bedeutende Rolle spielen können. Zudem tun sich neue Geschäftspotentiale auf. Die Thematik E-Mobilität rückt immer mehr in den Fokus der Bevölkerung. Damit einhergehend bietet sich für die evo die Chance, den Kunden passgenaue Produkte anzubieten sowie höheren Stromabsatz zu generieren. Zudem arbeitet die evo laufend daran, neue Produkte und Geschäftsfelder z. B. im Bereich dezentrale Erzeugung oder Energiedienstleistungen zu etablieren und damit nah an den Kundenwünschen zu agieren und vorhandene Potenziale weiter auszubauen.

Die für 2045 durch den Gesetzgeber beschlossene Klimaneutralität wird unweigerlich die fortschreitende Dekarbonisierung beschleunigen und die Konnektivität der Energienetzte vorantreiben. Der Stromverbrauch und damit die Netzlast wird zunehmen und der evo vertriebliche Opportunitäten bieten.

Zudem ergeben sich weitere Chancen aus der Dekarbonisierung der Stromversorgung sowie der Wärmewende als Teil der Energiewende. Diese bietet den größten Hebel zur Emissionsreduktion. Das übergeordnete Ziel ist hierbei, Bürger:innen im Versorgungsgebiet bis 2045 mit CO^2-neutraler Wärme zu versorgen. Um dieses Ziel zu erreichen, haben wir bereits bei der Bezirksregierung eine bergrechtliche Aufsuchungserlaubnis erwirkt, um in den nächsten Jahren durch Probebohrungen das genau tiefengeothermische Potenzial zu ermitteln. Tiefengeothermie ist ein Schlüssel zur sukzessiven Dekarbonisierung der Fernwärme. Auch die Nutzung industrieller Abwärme, die ebenfalls im Fernwärmenetz zum Einsatz kommt, soll weiter ausgebaut werden. Um auch dezentralere Lösungen anbieten zu können, werden wir in den nächsten Jahren außerdem vermehrt Quartierslösungen in Form von Nahwärmeinseln entwickeln. Im Bereich Wärme wollen wir Kund:innen weiterhin dabei unterstützen, autarker zu werden, zum Beispiel durch Technologien wie Wärmepumpen im Contracting-Modell. Bereits umgesetzte Maßnahmen enthalten die Modernisierung und Erweiterung unserer Fernwärmeerzeugungsanlagen sowie den Umbau alter Öltanks zu Wärmespeichern.

Durch die zunehmende Elektrifizierung des Stadtverkehrs planen wir auch im Bereich von emissionsfreien Mobilitätsdienstleistungen eine Vorreiterrolle in Oberhausen einzunehmen. Durch unsere Expertise im Bereich öffentlicher und privater Ladeinfrastruktur und Netzbetrieb werden wir hier wichtige Voraussetzungen schaffen. Mit städtischer Unterstützung wollen wir durch den Ausbau erneuerbarer Energien in unserem Gebiet den Anteil des eigenerzeugten, grünen Stroms in unserem Produktportfolio erhöhen.

Genau wie bei der Wärme spielt aber auch die dezentrale Versorgung eine große Rolle bei der Dekarbonisierung. Deshalb wollen wir unseren Kund:innen zu einem höheren Autarkiegrad verhelfen, indem wir entsprechende Solaraufdachmodule anbieten. Auf den Dächern Oberhausens könnten z. B. insgesamt 770 GWh Strom durch Photovoltaik Aufdachanlagen pro Jahr erzeugt werden. Außerdem planen wir eine Photovoltaik-Aufdach-Kampagne für städtische Liegenschaften.

Ein wichtiger Baustein im Bereich Infrastruktur ist die Digitalisierung der Netze. Es ist geplant, digitale Messtechnologien in die Netze zu integrieren, um Zustandsinformationen zu erhalten und daraus weitere Maßnahmen und Strategien zu entwickeln, die in Richtung Netzoptimierung abzielen. Bereits heute haben wir außerdem einige Smart-City-Projekte umgesetzt, so zum Beispiel zur Bewässerung junger Bäume. In Zukunft sollen Technologien im Bereich LoRaWAN genutzt werden, um datenbasiert und fundiert die Lebensqualität in der Stadt zu steigern. Projekte sind hierbei auch in den Bereichen Klimaanpassung und Katastrophenschutz denkbar.

Risiko- und Chancenbericht der OB-Netz

Risikobericht

In der letzten Risikoinventur wurden 11 Risiken erfasst. Die Risiken wurden bewertet und mit einer Ausnahme den niedrigen Risikoklassen zugeordnet. Das Risiko Ausfall der Stromnetze ist von rechtlich/technischer Art. Bei einem Ausfall bzw. Störfall könnte es unter bestimmten Umständen zu Schadensersatzansprüchen von einigen wenigen Kunden in unbegrenzter Höhe kommen. Die Eintrittswahrscheinlichkeit wird jedoch als gering erachtet, sodass es insgesamt zu einer mittleren Risikoeinstufung kommt. Im Rahmen des Netz-Asset-Managements wurden Maßnahmen zur Schadensminimierung und Reduzierung der Eintrittswahrscheinlichkeit definiert und laufend durchgeführt.

Bei den halbjährlich durchgeführten Risikoinventuren wurden für den Berichtszeitraum keine neuen Risiken erfasst und 1 Risiko abgemeldet. Hierbei handelt es sich um das Risiko „7,5 GWh (Delta zwischen Netznutzungsabrechnung und -netzlast/Regulierungskonto)“. Hierzu wurden mehrere Maßnahmen ergriffen und die Prozesse optimiert, wodurch die Differenz signifikant reduziert werden konnte und zukünftig kein nennenswertes Risiko mehr besteht.

Aus den Vorjahren bleiben folgende Risiken weiterbestehen:

Änderungen der regulatorischen Rahmenbedingungen, Ausfall Gasnetz und Haftung nach NDAV, Ausfall Stromnetz und Haftung nach NAV, Diebstahl von Kupferkabeln, Einführung Smart Meter Technologie, Forderungsausfälle durch Insolvenzen von Strom- oder Gashändlern, Leckageortung Fernwärme, grundsätzliche Änderung des Regulierungsrahmens aufgrund EuGH-Urteil C-718/18, Schaden an verschiedenen Anlagen des Netzes, Gasmangellage und Materialbeschaffung, Preissteigerungen und Lieferzeiten.

Der OB-Netz sind zurzeit keine erhöhten Umweltrisiken bekannt.

- **Gesamtrisiko**

Die beiden halbjährlichen Risikoinventuren haben keine Risiken mit wesentlichen Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage und keine bestandsgefährdenden Risiken aufgezeigt. Auch für die Zukunft sind keine derartigen Risiken erkennbar.

Chancenbericht

Neben den beschriebenen Risiken bestehen auch Chancen für das Geschäft. Diese können sich grundsätzlich aus regulatorischen Änderungen ergeben. Ferner ist durch den voranschreitenden Wechsel von Öl- auf Gasheizungen sowie Fernwärmeanschlüsse mit einer Steigerung von Netzanschlüssen zu rechnen. Dies trägt zu einer Stabilisierung der Netzlast bei. Die für 2045 durch den Gesetzgeber beschlossene Klimaneutralität wird unweigerlich die fortschreitende Dekarbonisierung beschleunigen und die Konnektivität der Energienetzte vorantreiben. Der Stromverbrauch und damit die Netzlast für die OB Netz werden dadurch zunehmen.

Die Netzgesellschaft arbeitet weiterhin intensiv an grundsätzlichen Strukturveränderungen mit dem Ziel einer deutlichen Effizienzsteigerung und gleichzeitiger Erhöhung der Kundenzufriedenheit.

Risiko- und Chancenbericht der BSO KG

In der letzten Risikoinventur auf Ebene der gesamten Unternehmensgruppe evo wurden zum 31. Dezember 2024 39 Risiken erfasst. Die Risiken wurden im Wesentlichen (36 Risiken) den niedrigen Risikoklassen zugeordnet. Lediglich drei Risiken beinhalten ein mittleres Risiko. Auf Ebene der BSO KG sind davon ausschließlich Risiken der niedrigen Risikoklassen relevant.

In den beiden halbjährlichen Risikoinventuren wurden keine bestandsgefährdenden Risiken für die BSO KG erkennbar. Auch für die Zukunft sind keine derartigen Risiken abzusehen.

Chancen ergeben sich aufgrund des Marktgeschehens durch hohe erzielbare Preise aus der Direktvermarktung, die bei der Gesellschaft zu höheren Umsatzerlöse führen können.

Prognosebericht der evo

Der Aufsichtsrat der evo hat am 21.11.2024 dem Budget sowie der Finanzplanung 2025 zugestimmt.

Die Planung 2025 geht von Umsatzerlösen in Höhe von 239,5 Mio. € und Materialaufwendungen von 168,7 Mio. € aus. Energieverkaufserlöse werden in Höhe von 211,4 Mio. € prognostiziert. Es wird hierfür ein erwarteter physikalischer Energieabsatz von 1.327 GWh zugrunde gelegt. Die evo geht von vertrieblichen Marktanteilen von 77 % im Bereich Strom und 79 % im Bereich Gas aus (Vorjahr 75 % Marktanteil sowohl im Strom- als auch im Gas-Bereich). Die geplanten Materialaufwendungen enthalten voraussichtliche Energiebezugskosten von 153,5 Mio. €. Die sonstigen Umsatzerlöse entwickeln sich im Planungszeitraum 2025 i. W. durch steigende Ergebnisbeiträge aus den energienahen Dienstleistungen der evo und sonstigen Erlösen im Rahmen des Fern- und Nahwärmeausbaus in Oberhausen (u.a. Hausstationen) positiv. Der Personalaufwand steigt im Planungszeitraum 2025 aufgrund allgemeiner Tarifsteigerungen und der Besetzung vakanter Stellen stetig an und wird mit 27,3 Mio. € prognostiziert. Der sonstige betriebliche Aufwand wird für 2025 mit 26,2 Mio. € erwartet. Eine Kostenspitze im sonstigen betrieblichen Aufwand im Jahr 2025 resultiert dabei i. W. aus den erwarteten Projektkosten für die IT-Umstellung auf SAP S4/Hana. Für das Jahr 2025 ist ein Jahresüberschuss vor Ergebnisabführung in Höhe von 13,1 Mio. € budgetiert.

Prognosebericht der OB-Netz

Die Gesellschafterversammlung der OB-Netz hat am 21.11.2024 dem Budget sowie der Finanzplanung 2025 zugestimmt. Auch im Jahr 2025 werden die Umsatzerlöse hauptsächlich durch die genehmigten Erlösobergrenzen in den regulierten Sparten Strom und Gas bestimmt. Es werden Umsätze in Höhe von ca. 119,0 Mio. € sowie eine Netzlast auf dem Niveau des Vorjahres erwartet. Unter Berücksichtigung von Personal- und sonstigen Kostensteigerungen wird für 2025 bei erwarteten Materialaufwendungen von 62,0 Mio. €, Personalaufwendungen von 20,1 Mio € und sonstigen betrieblichen Aufwendungen von 31,2 Mio. € ein Jahresüberschuss vor Gewinnabführung an die evo in Höhe von 4,8 Mio.€ angenommen. Für die Jahre 2026 und 2027 wird ein positiver Jahresüberschuss in Höhe von 2,7 bzw. 8,6 Mio. € erwartet.

Einen wesentlichen Einfluss auf die Kosten- und damit in der Folge auch Erlöspositionen kommt den kalkulatorischen Kostenbestandteilen zu. Dabei stellt die Eigenkapitalverzinsung als regulatorisch zugestandener Gewinn eine wichtige Position dar. Das Ergebnis der Netzgesellschaft ist im Kontext des Gesamtkonzerns zu betrachten. Die Netzgesellschaft

arbeitet zusammen mit der evo an Lösungen und Methoden, um auch weiterhin eine hohe Wirtschaftlichkeit zu gewährleisten.

Prognosebericht der BSO KG

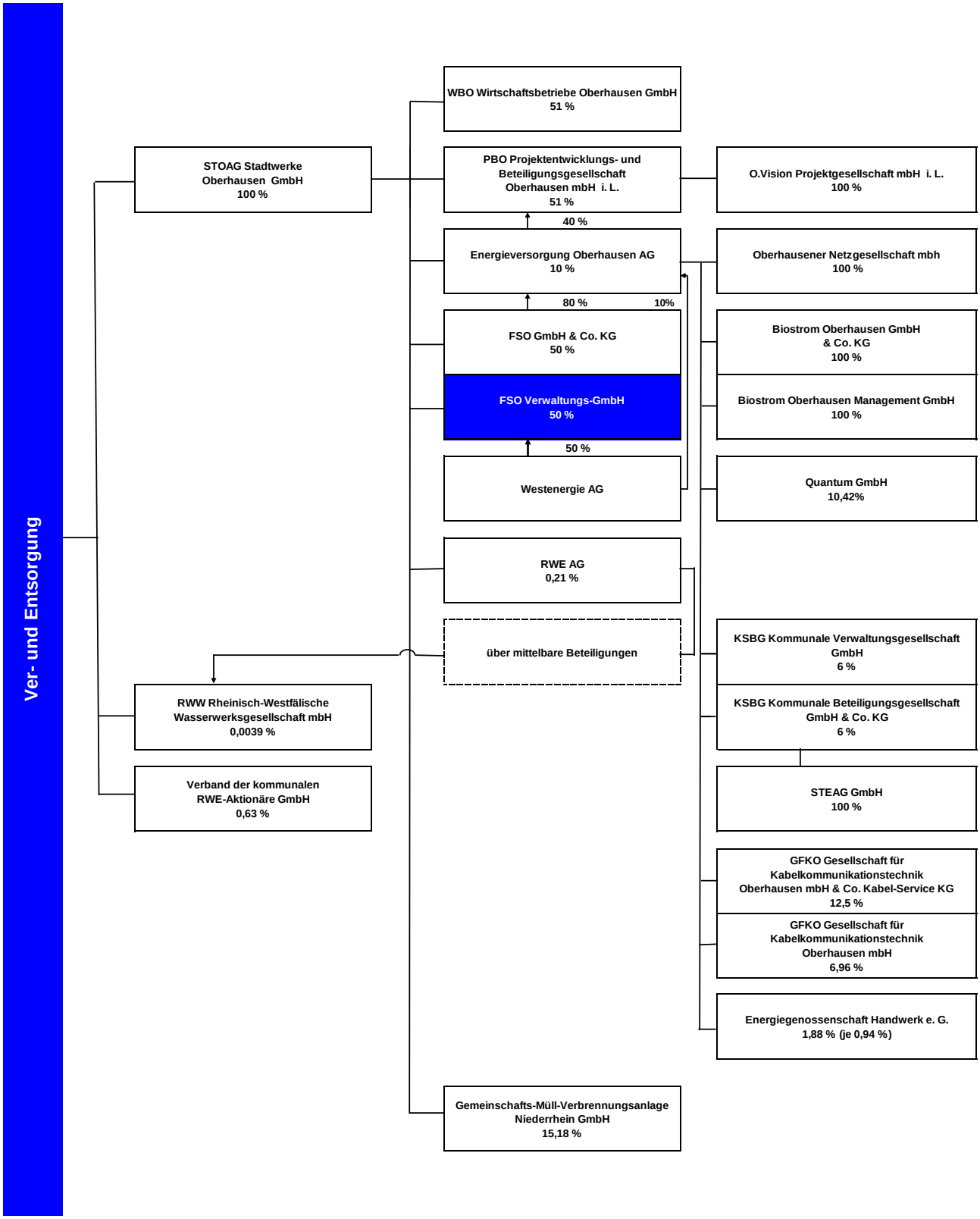
Für 2025 werden realistische Volllastbenutzungsstunden von 7.500 (Vj. 7.524 Stunden) angestrebt. Die Verfügbarkeit der Anlage soll im Jahr 2025 stabil gehalten werden. Geplanten Einnahmen aus Strom- und Wärmevergütung von TEUR 6.299 stehen geplante Brennstoffkosten von TEUR 3.471 gegenüber.

Unter diesen Rahmenbedingungen sieht die Wirtschaftsplanung 2025 für das folgende Geschäftsjahr ein Ergebnis vor Zinsen, Abschreibungen und Steuern von rd. 1,4 Mio. EUR vor. Der Jahresüberschuss 2025 wird auf TEUR 429 prognostiziert.

Oberhausen, 18. März 2025

FSO GmbH & Co. KG
vertreten durch die Geschäftsführung
der FSO Verwaltungs-GmbH

Timm Dolezych / Christian Basler


Ver- und Entsorgung
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH
51 %
STOAG Stadtwerke
Oberhausen GmbH
100 %
PBO Projektentwicklungs- und
Beteiligungsgesellschaft
Oberhausen mbH i. L.
51 %
O.Vision Projektgesellschaft mbH i. L.
100 %
40 %
Energieversorgung Oberhausen AG
10 %
Oberhausener Netzgesellschaft mbh
100 %
80 %
10%
FSO GmbH & Co. KG
50 %
Biostrom Oberhausen GmbH
& Co. KG
100 %
FSO Verwaltungs-GmbH
50 %
Biostrom Oberhausen Management GmbH
100 %
50 %
Westenergie AG
Quantum GmbH
10,42%
RWE AG
0,21 %
über mittelbare Beteiligungen
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft
GmbH
6 %
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft
GmbH & Co. KG
6 %
RWW Rheinisch-Westfälische
Wasserwerksgesellschaft mbH
0,0039 %
STEAG GmbH
100 %
Verband der kommunalen
RWE-Aktionäre GmbH
0,63 %
GFKO Gesellschaft für
Kabelkommunikationstechnik
Oberhausen mbH & Co. Kabel-Service KG
12,5 %
GFKO Gesellschaft für
Kabelkommunikationstechnik
Oberhausen mbH
6,96 %
Energiegenossenschaft Handwerk e. G.
1,88 % (je 0,94 %)
Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage
Niederrhein GmbH
15,18 %

FSO Verwaltungs-GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Danziger Str. 31
46045 Oberhausen

Kontakt:

Telefon 0208/835-0

Fax 0208/835-2697

e-Mail service@evo-energie.de

Rechtsform: GmbH

Stammkapital in T€: 30,00

Gesellschafter:

	T€	%
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH	15,00	50,00
Westenergie AG	15,00	50,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Beteiligung als persönlich haftende, geschäftsführende Gesellschafterin an der FSO GmbH & Co. KG.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck gefördert werden kann.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2024)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Basler, Christian
	Geschäftsführer	Dolezych, Timm
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Bevollmächtigte/r der STOAG
Prokura:	Prokuristin	Slomma, Claudia
	Prokurist	Seifert, Eckhard

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2022		2023		2024	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Umlaufvermögen	37,30	100,0	36,46	100,0	35,61	100,0
Bilanzsumme	**37,30**	**100,00**	**36,46**	**100,00**	**35,61**	**100,00**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	34,15	91,6	32,92	90,3	31,23	87,7
Rückstellungen	2,84	7,6	3,08	8,4	4,10	11,5
Verbindlichkeiten	0,30	0,8	0,47	1,3	0,28	0,8
Bilanzsumme	**37,30**	**100,00**	**36,46**	**100,00**	**35,61**	**100,00**

bb) GuV

	2022	2023	2024
	T€	**T€**	**T€**
sonstige betriebliche Erträge	5,33	5,36	5,35
sonstige betriebliche Aufwendungen	5,50	6,60	7,04
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,00	0,00	0,00
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-0,17	-1,24	-1,68
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,00	0,00	0,00
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	-0,17	-1,24	-1,68
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	-0,17	-1,24	-1,68

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2022	31.12.2023	31.12.2024	Angaben in
Umsatzrentabilität:				%
Eigenkapitalrentabilität:	-0,50	-3,63	-5,12	%
Cash-Flow:	-0,17	-1,24	-1,68	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	#DIV/0	#DIV/0	#DIV/0	T€
Personalaufwandsquote:				%

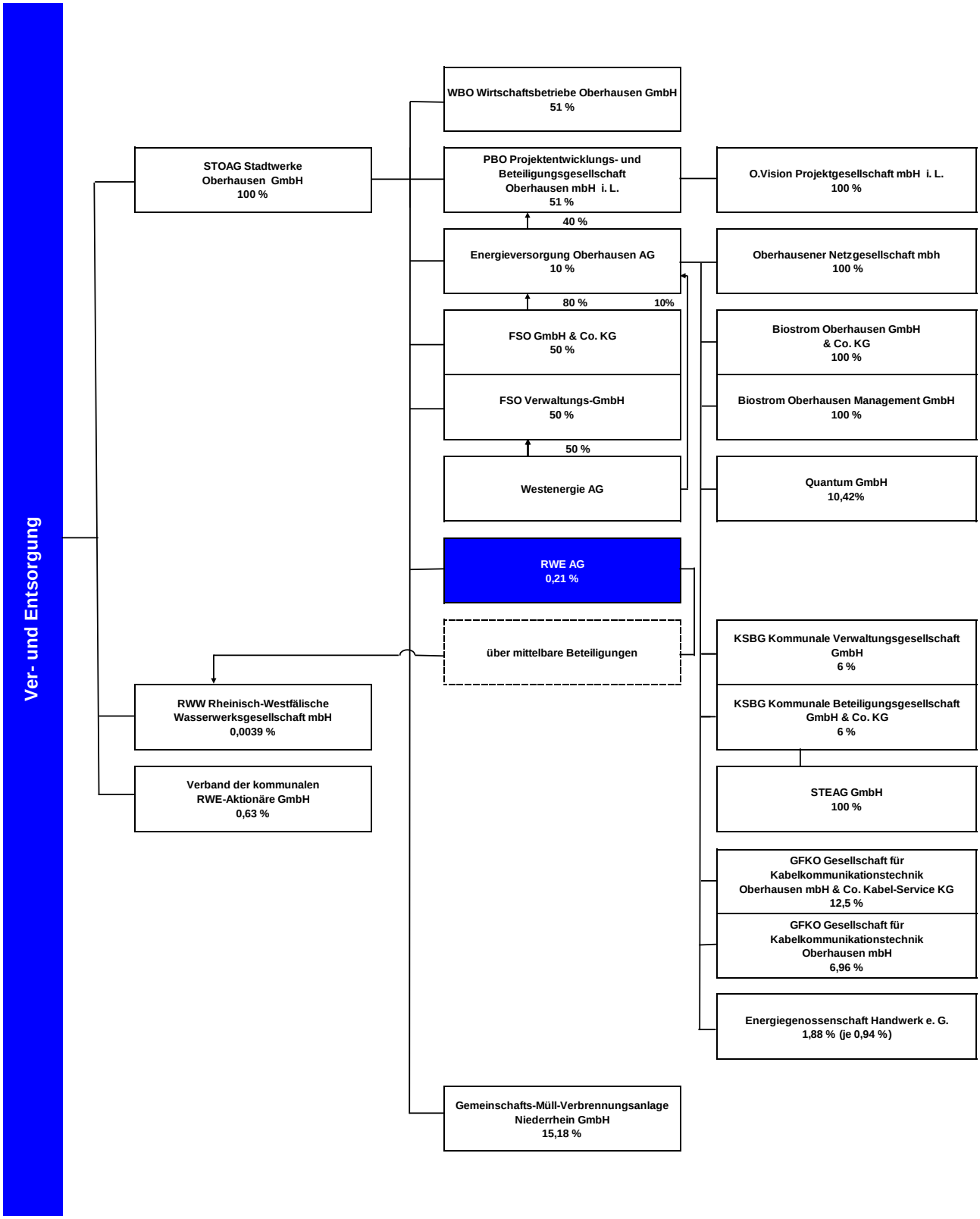
dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2022	31.12.2023	31.12.2024	Angaben in
Sachanlagenintensität:	0,00	0,00	0,00	%
Eigenkapitalquote:	91,57	90,28	87,71	%
Fremdkapitalquote:	8,43	9,72	12,29	%
Verschuldungsgrad:	9,20	10,76	14,01	%

e) Lagebericht

Ein Lagebericht wird nicht erstellt

.


Ver- und Entsorgung
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH
51 %
STOAG Stadtwerke
Oberhausen GmbH
100 %
PBO Projektentwicklungs- und
Beteiligungsgesellschaft
Oberhausen mbH i. L.
51 %
O.Vision Projektgesellschaft mbH i. L.
100 %
40 %
Energieversorgung Oberhausen AG
10 %
Oberhausener Netzgesellschaft mbh
100 %
80 %
10%
FSO GmbH & Co. KG
50 %
Biostrom Oberhausen GmbH
& Co. KG
100 %
FSO Verwaltungs-GmbH
50 %
Biostrom Oberhausen Management GmbH
100 %
50 %
Westenergie AG
Quantum GmbH
10,42%
RWE AG
0,21 %
über mittelbare Beteiligungen
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft
GmbH
6 %
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft
GmbH & Co. KG
6 %
RWW Rheinisch-Westfälische
Wasserwerksgesellschaft mbH
0,0039 %
STEAG GmbH
100 %
Verband der kommunalen
RWE-Aktionäre GmbH
0,63 %
GFKO Gesellschaft für
Kabelkommunikationstechnik
Oberhausen mbH & Co. Kabel-Service KG
12,5 %
GFKO Gesellschaft für
Kabelkommunikationstechnik
Oberhausen mbH
6,96 %
Energiegenossenschaft Handwerk e. G.
1,88 % (je 0,94 %)
Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage
Niederrhein GmbH
15,18 %

RWE Aktiengesellschaft

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Altenessener Straße 35
45141 Essen

Kontakt:

Telefon	0201/ 1200
Fax	0201/ 1215199
e-Mail	-
Internet	www.rwe.de/
Rechtsform:	AG
Stammkapital in T€:	1.573.748,48

Gesellschafter:	**T€**	**%**
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH	3.012,68	0,19

Gegenstand des Unternehmens:

Die Gesellschaft leitet eine Gruppe von Unternehmen, die insbesondere auf folgenden Geschäftsfeldern tätig sind:
a) Erzeugung und Beschaffung von Energie, einschließlich erneuerbarer Energien,
b) Gewinnung, Beschaffung und Verarbeitung von Bodenschätzen und anderen Rohstoffen,
c) Versorgung und Handel mit Energie,
d) Errichtung, Betrieb und Nutzung von Transportsystemen für Energie,
e) Versorgung mit Wasser und Behandlung von Abwasser,
f) Erbringung von Dienstleistungen auf den vorgenannten Gebieten, einschließlich Energieeffizienzdienstleistungen.

Die Gesellschaft ist berechtigt, alle Geschäfte vorzunehmen, die mit dem Gegenstand des Unternehmens zusammenhängen oder ihm unmittelbar oder mittelbar zu dienen geeignet sind. Sie kann auf den in Absatz 1 bezeichneten Geschäftsfeldern auch selbst tätig werden.

Die Gesellschaft kann auch andere Unternehmen gründen, erwerben und sich an ihnen beteiligen, insbesondere an solchen, deren Unternehmensgegenstände sich ganz oder teilweise auf die vorgenannten Geschäftsfelder erstrecken. Sie kann Unternehmen, an denen sie beteiligt ist, unter ihrer einheitlichen Leitung zusammenfassen oder sich auf die Verwaltung der Beteiligung beschränken. Sie kann ihren Betrieb ganz oder teilweise in verbundene Unternehmen ausgliedern oder verbundenen Unternehmen überlassen.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

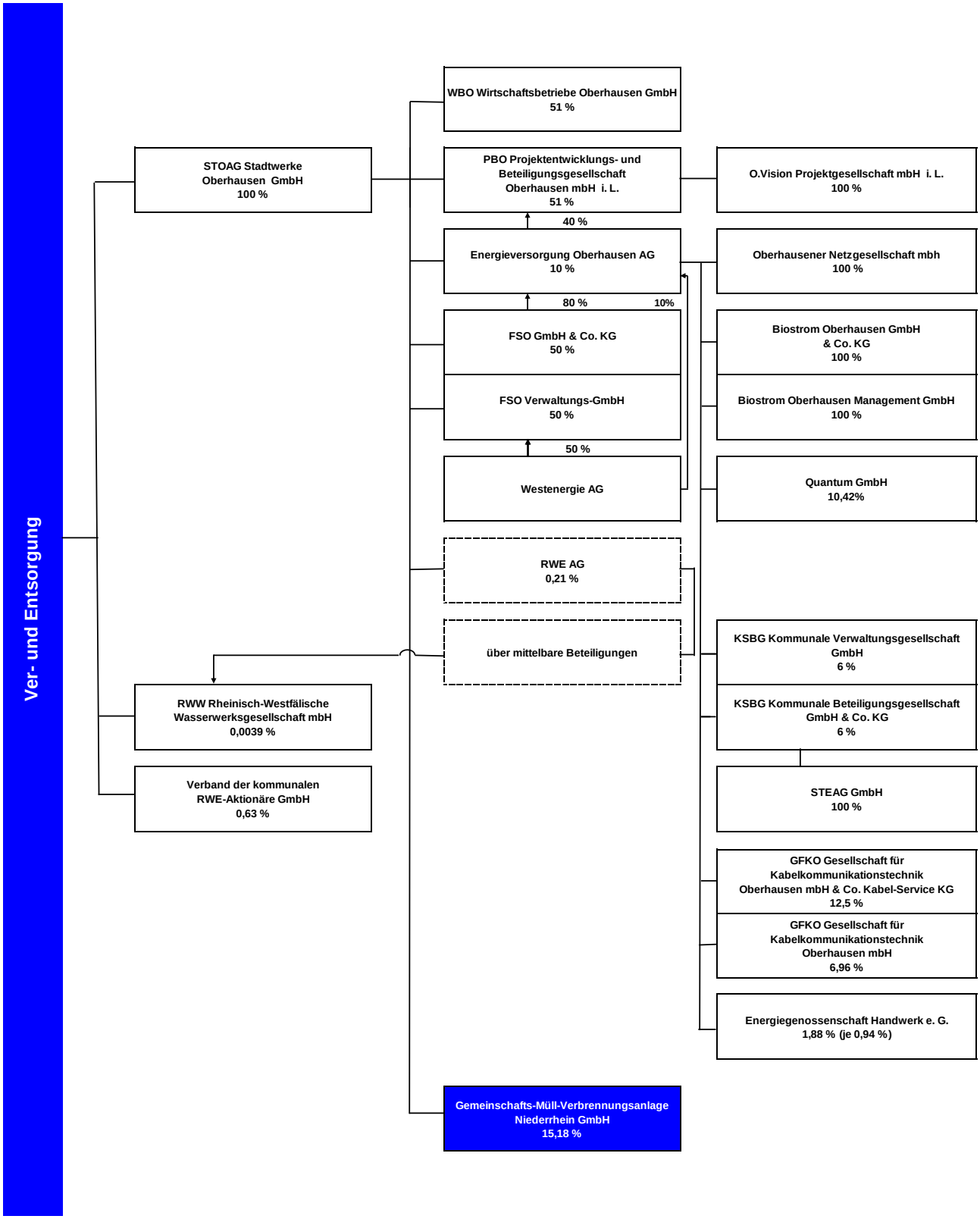
Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2024)

Vorstand:	Vorsitzender	Dr. Krebber, Markus
	Mitglied	van Doren, Katja
	Mitglied	Dr. Müller, Michael
Hauptversammlung:		Bevollmächtigte/r der STOAG

c) Lagebericht

Auf die Darstellung der wirtschaftlichen Daten wird auf Grund der untergeordneten wirtschaftlichen Bedeutungen dieser Beteiligung für die Stadt Oberhausen verzichtet. Der Lagebericht der RWE AG wird auf Grund seines Umfangs nicht abgedruckt. Der Bericht ist im Internet unter www.rwe.com unter dem Stichwort „Geschäftsbericht 2024“ nachlesbar.


Ver- und Entsorgung
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH
51 %
STOAG Stadtwerke
Oberhausen GmbH
100 %
PBO Projektentwicklungs- und
Beteiligungsgesellschaft
Oberhausen mbH i. L.
51 %
O.Vision Projektgesellschaft mbH i. L.
100 %
40 %
Energieversorgung Oberhausen AG
10 %
Oberhausener Netzgesellschaft mbh
100 %
80 %
10%
FSO GmbH & Co. KG
50 %
Biostrom Oberhausen GmbH
& Co. KG
100 %
FSO Verwaltungs-GmbH
50 %
Biostrom Oberhausen Management GmbH
100 %
50 %
Westenergie AG
Quantum GmbH
10,42%
RWE AG
0,21 %
über mittelbare Beteiligungen
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft
GmbH
6 %
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft
GmbH & Co. KG
6 %
RWW Rheinisch-Westfälische
Wasserwerksgesellschaft mbH
0,0039 %
STEAG GmbH
100 %
Verband der kommunalen
RWE-Aktionäre GmbH
0,63 %
GFKO Gesellschaft für
Kabelkommunikationstechnik
Oberhausen mbH & Co. Kabel-Service KG
12,5 %
GFKO Gesellschaft für
Kabelkommunikationstechnik
Oberhausen mbH
6,96 %
Energiegenossenschaft Handwerk e. G.
1,88 % (je 0,94 %)
Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage
Niederrhein GmbH
15,18 %

GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Liricher Straße 121
46049 Oberhausen

Kontakt:

Telefon	0208/8594-0
Fax	0208/8594-210
e-Mail	info@gmva.de
Internet	www.gmva.de/

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 255,65

Gesellschafter:

	T€	%
REMONDIS Kommunale Dienste West GmbH	125,27	49,00
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH	38,81	15,18
Wirtschaftsbetriebe der Stadt Duisburg AöR	91,57	35,82

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand der Gesellschaft sind die Errichtung und der Betrieb von Abfallentsorgungsanlagen. Dabei ist sie verpflichtet, vorrangig sämtliche in den Städten Duisburg und Oberhausen anfallenden und von diesen Städten angelieferten Abfälle im Rahmen ihrer technischen Möglichkeiten vorrangig zur Entsorgung anzunehmen. Die Abfallentsorgung durch die Gesellschaft dient vorrangig der Erfüllung des gesetzlichen Auftrages der an der Gesellschaft mittelbar oder unmittelbar beteiligten Städte zur Abfallentsorgung nach Maßgabe der jeweils geltenden kommunalen Abfallentsorgungssatzungen. Beim Betrieb der Anlage sind die gesetzlichen Ziele der Abfallentsorgung nach den für die Abfallentsorgung erlassenen Gesetzen und Verordnungen in der jeweils gültigen Fassung, der Immissionsschutzgesetzgebung sowie die im Einzelfall festgesetzten Auflagen und Bedingungen einzuhalten.

Die Gesellschaft kann sich an anderen Gesellschaften, die sich mit ähnlichen Aufgaben befassen, beteiligen und ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die zur Erreichung des Gesellschaftszweckes notwendig und nützlich sind.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

evo Energieversorgung Oberhausen AG	Fernwärmeliefervertrag zwischen der evo und GMVA vom 29.05.2009
Gesellschaft für Schlackenaufbereitung mbH	Vertrag zwischen der GMVA und der Gesellschaft für Schlackenaufbereitung (GfS) über die Müllschlackenabfuhr und -aufbereitung in der Fassung vom 10.09.1996
Kreis-Kleve-Abfallwirtschaftsgesellschaft mbh	Abfallanliefervertrag zwischen der GMVA und der Kreis-Kleve-Abfallwirtschaftsgesellschaft mbH vom 16.08.1996

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2024)

Geschäftsführung:

Geschäftsführer	Dr. Richter, Adrian
Geschäftsführerin	Schröder, Michaela
Geschäftsführer	Nachtsheim, Frank

Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:	Mitglied	Schranz, Daniel

Aufsichtsrat:	Vorsitzender	Susen, Thomas
	stellv. Vorsitzender	Bandel, Frank
	stellv. Vorsitzender	Hanning, Guido
	stellv. Vorsitzender	von Häfen, Werner
	Mitglied gem. § 113 GO	Motschull, Frank
	Mitglied	Erlenbach, Klaus
	Mitglied	Dr. Fendel, Ansgar
	Mitglied	Hähnke, Sascha
	Mitglied	Sahin, Bülent
	Mitglied	Patermann, Thomas
	Mitglied	Juchem, Timo
	Mitglied	Dr. Ritter, Sebastian
	Mitglied	Feldt, Thorsten
	Mitglied	Stallmann, Ulrich
	Mitglied	Wolters, Thomas
	Mitglied	Haak, Sebastian
	Mitglied	Hadrossek, Julia
	Mitglied (AN)	Meschede, Raphael
	Mitglied (AN)	Hoffmann, Andreas
	Mitglied (AN)	Brauner, Lukas

c) Beteiligungen

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2022		2023		2024	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Anlagevermögen	19.103,50	21,8	21.462,80	32,8	24.297,45	31,9
Umlaufvermögen	68.463,09	78,2	43.877,33	67,2	51.429,83	67,6
Rechnungsabgrenzungsposten					370,31	0,5
Bilanzsumme	**87.566,59**	**100,00**	**65.340,13**	**100,00**	**76.097,58**	**100,00**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	59.232,05	67,6	52.656,46	80,6	39.483,23	51,9
Rückstellungen	23.002,20	26,3	9.177,65	14,0	14.917,34	19,6
Verbindlichkeiten	5.332,35	6,1	3.506,02	5,4	21.697,02	28,5
Bilanzsumme	**87.566,59**	**100,00**	**65.340,13**	**100,00**	**76.097,58**	**100,00**

bb) GuV

	2022	2023	2024
	T€	**T€**	**T€**
Umsatzerlöse	113.213,20	98.722,01	103.105,84
sonstige betriebliche Erträge	731,56	530,64	516,70
Materialaufwand	31.897,52	30.760,70	49.624,03
Personalaufwand	16.079,88	14.604,54	15.279,87
Abschreibungen	2.971,68	2.828,22	2.898,30
sonstige betriebliche Aufwendungen	8.654,00	7.884,28	12.861,79
Erträge aus Beteiligungen	0,00		
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,54	721,75	466,25
Aufwendungen aus Verlustübernahmen	0,00		
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	19,38	34,56	19,08
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	54.322,84	43.862,11	23.405,71
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	19.033,61	15.028,55	7.645,46
sonstige Steuern	1.702,39	1.822,31	1.922,23
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	33.586,84	27.011,25	13.838,02
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	33.586,84	27.011,25	13.838,02

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2022	31.12.2023	31.12.2024	Angaben in
Umsatzrentabilität:	29,67	27,36	13,42	%
Eigenkapitalrentabilität:	130,97	105,33	53,96	%
Cash-Flow:	36.558,52	29.839,47	16.736,32	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	609,33	542,36	563,17	T€
Personalaufwandsquote:	14,11	14,71	14,75	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2022	31.12.2023	31.12.2024	Angaben in
Sachanlagenintensität:	21,43	31,27	30,79	%
Eigenkapitalquote:	67,64	80,59	51,88	%
Fremdkapitalquote:	32,36	19,41	48,12	%
Anlagendeckungsgrad 2:	311,23	246,28	163,25	%
Verschuldungsgrad:	47,84	24,09	92,73	%

e) Lagebericht

A. Darstellung des Geschäftsverlaufs einschließlich des Geschäftsergebnisses

1. Darstellung des Unternehmens

Die GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein Gesellschaft mit beschränkter Haftung (im Folgenden „GMVA“ genannt) mit Sitz in Oberhausen ist mit Wirkung vom 01. Januar 1984 durch Umwandlung eines seit 1968 bestehenden kommunalen Zweckverbandes gegründet worden. Die Gesellschaft betreibt die Müllverbrennungsanlage in Oberhausen, die 1972 ihren Betrieb aufgenommen hat.

Gegenstand der Gesellschaft sind die Errichtung und der Betrieb von Abfallent-sorgungsanlagen. Die GMVA ist verpflichtet, vorrangig sämtliche anfallenden andienungspflichtigen Abfälle ihrer Vertragspartner im Rahmen ihrer technischen Möglichkeiten zur Entsorgung anzunehmen.

Gesellschafter sind die Wirtschaftsbetriebe Duisburg AöR (35,82 %), die Stadtwerke Oberhausen GmbH (15,18 %) und die REMONDIS Kommunale Dienste West GmbH (49,0 %).

2. Entwicklung Gesamtwirtschaft und Branche

Im Jahr 2024 steht die Weltwirtschaft weiterhin unter dem Einfluss geopolitischer Spannungen, steigender Energiepreise und globaler Inflation. Die COVID-19-Pandemie hat zwar an unmittelbarer Bedeutung verloren, ihre Auswirkungen sind jedoch noch spürbar, insbesondere in Bezug auf die globalen Lieferketten und das Arbeitsmarktumfeld. Zusätzlich prägen geopolitische Krisen, wie der Krieg in der Ukraine und die Spannungen zwischen den USA und China, die internationale Wirtschaftslage. Diese Konflikte haben zu einer weiteren Fragmentierung der globalen Wirtschaft geführt, was sich insbesondere in den Bereichen Handel, Rohstoffpreise und Investitionsströme bemerkbar macht.

Die wirtschaftliche Erholung in vielen Schwellenländern bleibt lückenhaft, und die Unsicherheit hinsichtlich globaler Energiemärkte ist weiterhin hoch. Diese Unsicherheiten haben auch Auswirkungen auf die Rohstoffmärkte und die Verfügbarkeit von notwendigen Ressourcen, die in verschiedenen Industrien, einschließlich der Abfallwirtschaft, benötigt werden. Besonders bemerkenswert ist der anhaltend hohe Druck auf die Energiepreise, der durch die geopolitischen Spannungen und den Übergang zu einer grüneren Wirtschaft verstärkt wird. Die Umstellung auf erneuerbare Energien, obwohl langfristig notwendig, führt zu zusätzlichen Belastungen und Unsicherheiten in vielen Sektoren.

In Bezug auf den Klimawandel bleibt die weltweite Bemühung um eine Reduktion der Treibhausgasemissionen ein zentrales Thema. Trotz Fortschritten in einigen Ländern und der Einführung von Emissionshandelssystemen auf globaler Ebene sind die Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels nicht immer koordiniert. Diese globalen Klimamaßnahmen beeinflussen auch die Müllverbrennungsbranche, die zunehmend stärker in die Diskussion über CO_2-Reduktionen eingebunden wird.

In Europa zeigt sich 2024 eine heterogene wirtschaftliche Entwicklung. Die EU als Ganzes hat mit den Folgen des Ukraine-Konflikts und den damit verbundenen Energieengpässen zu kämpfen. Diese geopolitischen Spannungen haben die Energiepreise in die Höhe getrieben, was insbesondere energieintensive Industrien betrifft. Gleichzeitig ist die EU weiterhin entschlossen, die Klimaziele zu erreichen, und verstärkt ihre Bemühungen zur Förderung einer grünen Wirtschaft. Der europäische Green Deal bleibt das zentrale politisch-wirtschaftliche Projekt, mit dem Ziel, Europa bis 2050 klimaneutral zu machen.

Die Auswirkungen auf den Abfallwirtschaftssektor und die Müllverbrennung sind nicht zu unterschätzen: Die EU hat 2024 ihren Fokus auf die Reduzierung von CO_2-Emissionen weiter intensiviert und stellt zusätzliche Regulierungen vor, die die Müllverbrennung betreffen. Der Emissionshandel (EU ETS) wird ausgeweitet, um auch Sektoren wie die thermische Abfallbehandlung einzubeziehen, was zu einer stärkeren finanziellen Belastung für Betreiber von Müllverbrennungsanlagen führt. Die EU-Kommission fördert zunehmend Lösungen, die zu einer Kreislaufwirtschaft führen, was eine verstärkte Nutzung von Recycling und Abfallverwertung im Vergleich zur Verbrennung bedeutet.

Dennoch bleibt die wirtschaftliche Unsicherheit in Europa bestehen, da die Mitgliedsstaaten unterschiedlich stark von den Auswirkungen der geopolitischen und wirtschaftlichen Spannungen betroffen sind. Einige Länder erholen sich schneller, während andere, wie beispielsweise Italien und Spanien, weiterhin mit hohen Staatsverschuldungen und Inflationsraten kämpfen.

In Deutschland sieht sich die Wirtschaft 2024 einer leichten Rezession gegenüber. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) schrumpfte um 0,2 %, was die anhaltend schwierige wirtschaftliche Lage widerspiegelt. Besonders betroffen sind der Exportsektor und die energieintensive Industrie, die sowohl unter den hohen Energiepreisen als auch unter der anhaltend

schwachen globalen Nachfrage leiden. Die wirtschaftlichen Unsicherheiten können sich auf Inflation und Zinssätze auswirken und damit Konsum und Investitionen beeinflussen.

Die deutsche Industrie sieht sich angesichts der geopolitischen Spannungen und der Unsicherheiten in den globalen Lieferketten mit einer veränderten Wettbewerbslandschaft konfrontiert. Diese Unsicherheiten wirken sich auch auf den Abfallwirtschaftssektor aus, da Müllverbrennungsanlagen mit höheren Kosten für Ersatzteile und Betriebsmaterialien konfrontiert sind. Zudem müssen die Betreiber von Müllverbrennungsanlagen mit höheren CO_2-Abgaben und strengeren Umweltauflagen rechnen.

Insgesamt belief sich das angelieferte Abfallaufkommen im Jahr 2024 auf hohem Niveau. In der Kumulation zeigen die Kommunalmengen eine positive Mengenabweichung zum Vorjahr. Auch Drittmengen weichen positiv ab. Das Abfallaufkommen aus Industrie und Gewerbe lag gering unter dem Vorjahreswert. Die GMVA verfügt durch ihre bestehenden, langfristigen Lieferverträge über ausreichende Abfälle zur Auslastung der Anlage.

3. Umsatzentwicklung und Auftragsentwicklung

Die Umsätze stiegen von 98,7 Mio. € (2023) um 4,4 Mio. € bzw. 4,4 % auf 103,1 Mio. € im Jahr 2024. Das Abfallaufkommen der GMVA betrug im Jahr 2024 735.721 t, was eine Steigerung von 12.389 t gegenüber dem Jahr 2023 mit 723.332 t darstellt.

Die erstmalige Weiterberechnung der CO2-Abgabe hat einen wesentlichen Effekt auf die Umsatzerlöse gehabt. Diesen steht jedoch ein Aufwand in vergleichbarer Höhe gegenüber. Die Energieerlöse machen im Geschäftsjahr 2024 einen Anteil von 43,6 % des Umsatzes aus. Im Vergleich der Jahre 2023 zu 2024 zeichnet sich eine deutliche Steigerung der kommunalen Mengen in Höhe von 5.902 t ab. Die Veränderung zwischen den Städten war dabei sehr unterschiedlich ausgeprägt: Rückgänge bei den Mengen aus Steinfurth (-0,3 %) und Coesfeld (-3,3 %) standen Mengensteigerungen der kommunalen Mengen aus Duisburg (+3,6 %) und Oberhausen (+2,0 %) gegenüber. Die Mengen von Remondis verringerten sich hingegen um -0,4 % während Drittmengen um +1,8 % anstiegen.

4. Geschäftsergebnis

Das Jahr 2024 war mit einem Überschuss von 13,8 Mio. € ein erfolgreiches Geschäftsjahr. Im Vorjahr wurde ein Überschuss von 27,0 Mio. € ausgewiesen.

5. Analyse und Erläuterung von finanziellen Leistungsindikatoren

* inkl. passiver Rechnungsabgrenzungsposten (bis 2020)

Die Anlagenintensität ist, insbesondere bedingt durch die Steigerung der Bilanzsumme, auf 31,9 % gesunken. Die gestiegene Bilanzsumme resultiert insbesondere aus CO2-Zertifikaten, die in den Vorräten ausgewiesen werden, bzw. der Verpflichtung zur Abgabe der Zertifikate, die in den sonstigen Verbindlichkeiten passiviert wird, und aus höheren Rückstellungen (Steuern / Strompreisbremsegesetz (StromPBG)).

Der Personalaufwand ist im Vergleich zum Vorjahr um rd. 4,6 % auf 15,3 Mio. € gestiegen, was insbesondere auf den Tarifabschluss zurückzuführen ist.

6. Produktion

Die Durchsatzmenge im Jahr 2024 übertraf mit 735.721 t die Leistung des Vorjahres um 12.389 t. Die Mengenanlieferung des Jahres 2024 überstieg mit 733.497 t das Vorjahr (723.690 t) um 9.807 t. Der höhere Durchsatz beruht bei ähnlichem Heizwert wie im Vorjahr überwiegend auf einer besseren Anlagenverfügbarkeit. Die Abgabe an das Stromnetz stieg von 337,1 GWh auf 340,4 GWh.

7. Beschaffung

Ein sehr erheblicher Anteil des Abfallaufkommens war und ist durch Verträge mit dem Gesellschafter REMONDIS, den Gesellschafterkommunen Oberhausen und Duisburg, der Kreislaufwirtschaft Duisburg sowie der EGN, Viersen, gesichert. Die verbleibende Restmenge wurde durch Verträge mit Kunden aus dem Ausland, hier vor allem Belgien, gefüllt.

8. Investitionen

Größere Investitionen erfolgten insbesondere in Vorbereitungsarbeiten für den Neubau des Sozialgebäudes sowie für die Erneuerung der Entschlackung an Kessellinie 2.

9. Finanzierungsmaßnahmen / -vorhaben

Zum Bilanzstichtag bestehen keine Kreditfinanzierungen.

10. Personal- und Sozialbereiche

Am 31.12.2024 waren bei der GMVA 191 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, davon 7 Auszubildende (31.12.2023 = 188 Beschäftigte, davon 4 Auszubildende) beschäftigt.

11. Umweltschutz

Die geltenden Umweltvorschriften, insbesondere die strengen Vorgaben der 17. Bundes-Immissions-Schutz-Verordnung (BImSchV), wurden auch im Jahr 2024 bei allen Parametern deutlich unterschritten.

12. Sonstige wichtige Ereignisse und Entwicklungen im Geschäftsjahr

Die Zertifizierung als Entsorgungsfachbetrieb wurde 2024 erneut bestätigt.

B. Darstellung der Lage des Unternehmens

1. Ertragslage

Die Umsatzerlöse sind auf 103.106 T€ (Vj. 98.722 T€) gestiegen. Die Erlöse aus Abfallanlieferungen verzeichnen im Vergleich zum Vorjahr eine deutliche Steigerung, die hauptsächlich auf den gestiegenen Selbstkostenpreis bzw. gestiegene Verbrennungsentgelte zurückzuführen ist. Ein weiterer Treiber in den Erlösen ist die Weiterberechnung der CO2-Abgabe. Die Kosten basieren für 2024 auf einem Zertifikatepreis von 45 €/t CO2 für fossile Brennstoffe. Dagegen ist der Anteil der Energieerlöse am Gesamtumsatz im Vergleich zum Vorjahr gesunken. Diese Veränderung ist vor allem Ergebnis der im Jahr 2023 anhaltend hohen Energieerlöse, die sich insbesondere aufgrund der allgemeinen Preisentwicklung an der EEX, als auch im Terminmarkt, ergeben hat. Zum Jahreswechsel 2023 / 2024 war ein deutlicher Rückgang der von der GMVA durchschnittlichen erzielten Strompreise zu verzeichnen. Im Jahresverlauf 2024 haben sich die erzielten Strompreise sukzessive wieder auf ein stabiles, aber im Vergleich zu den beiden Vorjahren deutlichen niedrigeres Niveau eingependelt.

Die sonstigen betrieblichen Erträge sind im Jahr 2024 um 13,9 T€ oder 2,7 % auf 516,7 T€ gegenüber dem Vorjahr gesunken.

Der Materialaufwand, der sich aus den Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und bezogene Waren sowie den Aufwendungen für bezogene Leistungen zusammensetzt, stieg um 18.863,3 T€ auf 49.624,0 T€. Der Anstieg ist im Wesentlichen auf die Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und die dort ausgewiesenen Aufwendungen aus der Verpflichtung zur Abgabe von Emissionszertifikaten zurückzuführen. Diese Abgabeverpflichtung gilt erstmalig für das Geschäftsjahr 2024. Im Bereich der Aufwendungen für Fremdleistungen wurden 3.365,2 T€ mehr aufgewendet.

Der Personalaufwand stieg gegenüber dem Vorjahr um rd. 4,6 % und belief sich inklusive sozialer Abgaben und der Bildung von Rückstellungen auf 15.280 T€ (Vj 14.605 T€).

Die Abschreibungen stiegen leicht gegenüber dem Vorjahr von 2.828 T€ auf 2.898 T€ und sind Ausdruck der Investitionstätigkeiten der letzten Jahre.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen stiegen im Berichtszeitraum gegenüber dem Vorjahr um 4.978 T€ auf 12.862 T€. Rund 5.718 T€ betreffen hierbei die Rückstellung für das Risiko einer möglichen Nachzahlung in Bezug auf die Übererlösabschöpfung aus dem Strompreisbremsegesetz für den Zeitraum Dezember 2022 bis Juni 2023.

Das Zinsergebnis umfasst im Wesentlichen die Zinserträge aus den unterjährig angelegten Finanzmitteln sowie den Zinsaufwand für die Aufzinsung der Rückstellungen und betrug per Saldo 447,2 T€ (Vj. 687,2 T€).

Die sonstigen Steuern sind von 1.822 T€ im Vorjahr auf 1.923 T€ im Jahr 2024 leicht angestiegen. Der Posten weist die Stromsteuer für den sog. Kraftwerkseigenverbrauch der Anlage aus. Gegen die erlassenen Bescheide (2019-2024) wurde Einspruch eingelegt. Die Verfahren sind derzeit ruhend gestellt, da der gleiche Sachverhalt für andere Anlagen auch im Rahmen einer Musterklage gerichtsanhängig gestellt worden ist.

Infolge des hohen Jahresüberschusses und der vollen Steuerpflicht auf die Ergebnisse liegen die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag bei 7.645,5 T€ (Vj. 15.028,5 T€). Der Jahresüberschuss nach Steuern hat sich im Vergleich zum Vorjahr von 27.011 T€ um 13.173 T€ auf 13.838 T€ verringert (- 48,8 %).

2. Finanzlage

Das Fremdkapital (Rückstellungen und Verbindlichkeiten) ist von 12.684 T€ um 23.931 T€ auf 36.615 T€ gestiegen. Dies entspricht einer Fremdfinanzierungsquote von 48,1 % (Vj. 19,4 %). Ursächlich hierfür ist insbesondere der geringere Jahresüberschuss sowie die gestiegenen sonstigen Verbindlichkeiten für die Verpflichtung zur Abgabe von Emissionszertifikaten sowie der Anstieg der Sonstigen Rückstellungen.

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen betrugen 3.952 T€ (Vj. 1.793 T€). Sonstige Verbindlichkeiten bestanden in Höhe von 17.745 T€ (Vj. 1.713 T€). Es bestanden keine Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten.

Bargeld und Bankguthaben bei Kreditinstituten betrugen zum Bilanzstichtag 15.896 T€ und sind gegenüber dem Vorjahr um 7,9 % gesunken. Die Zahlungsfähigkeit war jederzeit gewährleistet.

Im Geschäftsjahr 2025 werden zur Aufrechterhaltung der Investitions- und Geschäftstätigkeit Fremdfinanzierungen erforderlich sein.

Die Eigenkapitalquote beträgt 51,9 % (Vj. 80,6 %).

3. Vermögenslage

Das langfristig gebundene Anlagevermögen hat sich von 21.463 T€ auf 24.297 T€ im Jahr 2024 erhöht. Neuinvestitionen inklusive Anzahlungen wurden vollständig aus Eigenmitteln finanziert. Die Abschreibungen auf das Anlagevermögen sind von 2.828 T€ im Vorjahr auf 2.898 T€ leicht gestiegen.

Die Vorräte erhöhten sich von 7.180 T€ gegenüber dem Vorjahr um 14.576 T€ auf 21.756 T€. Maßgeblich für den Anstieg sind die im Geschäftsjahr gekauften CO2- Zertifikate.

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen betrugen am Bilanzstichtag 12.818 T€ und lagen damit um 4.160 T€ unter dem Vorjahreswert. Die sonstigen Vermögensgegenstände verminderten sich um 1.508 T€ auf 960,1 T€.

Der Posten Guthaben bei Kreditinstituten ist im Vergleich zum Vorjahr um 1.355 T€ auf 15.896 T€ gesunken.

4. Gesamtaussage zur wirtschaftlichen Lage

In einem anspruchsvollen Umfeld, das von Unsicherheiten geprägt war und durch regulatorische Eingriffe in den Energiemarkt gekennzeichnet war, zeigt sich die Geschäftsführung äußerst zufrieden mit dem Verlauf des Geschäftsjahres und der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung. Das Unternehmen befindet sich in einer stabilen wirtschaftlichen Lage und war im Geschäftsjahr stets in der Lage, seinen finanziellen Verpflichtungen nachzukommen.

Das Planergebnis für das Geschäftsjahr 2024 von 1.453 T€ ist übertroffen worden. Ursächlich dafür ist insbesondere eine höhere Anlagenauslastung.

C. Chancen- und Risikobericht

1. Umfeldrisiken und Branchenrisiken

Die gesetzlichen Rahmenbedingungen für die thermische Abfallbehandlung unterliegen ständigen Veränderungen. Neue Umweltauflagen, insbesondere durch die Novellierung der 17. Bundesimmissionsschutzverordnung (BImSchV), ziehen strengere Emissionsgrenzwerte und erweiterte Überwachungspflichten nach sich. Fehlende Investitionen in moderne Technologien könnten dazu führen, dass bestehende Anlagen nicht mehr wirtschaftlich betrieben werden können. Innovationsdruck durch z.B. CO2-Abscheidungstechnologien ist zunehmend relevant.

Die Branche steht unter Druck durch die zunehmende Forderung nach Recycling- und Kreislauflösungen. Eine stärkere stoffliche Verwertung und der politische Wille zur Abfallvermeidung könnten langfristig die Inputmengen für Müllverbrennungsanlagen reduzieren. Gleichzeitig steigt die Konkurrenz durch alternative Abfallbehandlungsverfahren, insbesondere durch mechanisch-biologische Verfahren.

Internationale Krisen, steigende Energiepreise und Rohstoffverknappungen beeinflussen die Betriebskosten von Müllverbrennungsanlagen. Wir erwarten in einigen Segmenten eine anhaltend angespannte Beschaffungssituation. Preissteigerungen bei Betriebsstoffen und Vormaterialien haben sich inzwischen auf höherem Niveau stabilisiert. Allerdings bleibt die Verfügbarkeit einiger technischer Materialien und Komponenten schwierig. Gleichzeitig kann es schwierig sein, Investitionen in Modernisierungsmaßnahmen durchzusetzen, wenn die langfristige Wirtschaftlichkeit nicht gesichert ist.

Für die kommenden Jahre sind die notwendigen Mengen zur Auslastung der Anlage überwiegend mit den Gesellschaftern kontrahiert. Mit Blick auf die aktuellen Energiemärkte werden mit hoher Wahrscheinlichkeit die Höchststände bei den Energiepreisen aus den Jahren 2023 und 2022 nicht mehr erreicht werden. In Anbetracht der dadurch sinkenden Energieerlöse wird, bei weiterhin bestehender Volatilität, ein zumindest auskömmliches Umsatz- und Ergebnisniveau erwartet.

Eine weitere Steigerung der Abfallmengen, wie sie in den letzten Jahren zu erkennen war, halten wir für eher unwahrscheinlich: Preise für Sekundärrohstoffe werden sich vor dem Hintergrund von Dekarbonisierungsbemühungen und Ressourcenknappheit voraussichtlich erhöhen, was zu einer Verringerung der zu verbrennenden Abfallmengen führen dürfte. Darüber hinaus ist mit dem nationalen Brennstoffemissionshandelsgesetz eine zusätzliche Kostenkomponente geschaffen worden, welche die Entsorgung und Verbrennung der Abfallmengen sukzessive verteuern wird.

Angesichts der aufgezeigten Risiken ist es für Betreiber von Müllverbrennungsanlagen entscheidend, auf regulatorische Veränderungen vorbereitet zu sein, in moderne Technologien zu investieren und nachhaltige Strategien zur Emissionsminderung umzusetzen. Gleichzeitig muss verstärkt in Kommunikation und Akzeptanzmaßnahmen investiert werden, um das gesellschaftliche Vertrauen in die thermische Abfallbehandlung zu stärken. Eine enge Zusammenarbeit mit politischen Entscheidungsträgern, eine vorausschauende Marktanalyse und die Entwicklung innovativer Konzepte zur Energie- und Ressourcennutzung sind zentrale Ansätze zur Risikominimierung und langfristigen Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit. Eine Chance für Müllverbrennungsanlagen sehen wir neben der nachhaltigen und sicheren Abfallentsorgung in der Bedeutung als regionaler Anker für die Wärme- und Energieversorgung durch die effiziente Nutzung der unvermeidbaren Abwärme der Anlagen.

2. Unternehmensstrategische Risiken

Die Unternehmensstrategie ist weiterhin darauf ausgerichtet, durch konsequente technische und wirtschaftliche Optimierung der Müllverbrennungsanlage in Oberhausen sowie durch eine möglichst durchgehend hohe Auslastung die Stellung als eine der größten Anlagen in Nordrhein-Westfalen nachhaltig zu behaupten. Vor dem Hintergrund der Energie- und Wärmewende in Deutschland kommt der Entwicklung neuer Geschäftsfelder eine wachsende Bedeutung zu.

Die verschärfte Anwendung des Kreislaufwirtschaftsgesetzes birgt weiterhin Risiken für die thermische Abfallverwertung. Abfallvermeidungsmaßnahmen und eine verstärkte Abfalltrennung könnten das zur Verbrennung verfügbare Abfallaufkommen weiter reduzieren. Darüber hinaus könnten geplante Änderungen der EU-Abfallrahmenrichtlinie die Priorisierung stofflicher Verwertungswege weiter verstärken.

Mit der Einbeziehung der Müllverbrennungsanlagen in das nationale Emissionshandelssystem (nEHS) seit 2024 unterliegt die Branche zunehmenden wirtschaftlichen Unsicherheiten. Während die CO2-Abgabe in 2024 noch bei 45 € pro Tonne CO2 lag, wird sie in 2025 55 € betragen. Ab 2027 ist geplant, die Zertifikate in den freien Handel zu überführen. Die Müllverbrennungsbranche steht vor der Herausforderung, diese Kosten zu absorbieren oder durch effizientere Technologien und Prozesse zu kompensieren. Für die Betreiber von MVA bedeutet dies, dass sie ihre Betriebsabläufe und technischen Prozesse hinsichtlich CO_2-Emissionen überdenken müssen. Zudem besteht die Gefahr, dass im Bereich des Gewerbeabfalls die entstehenden Kosten nicht vollständig an Kunden weitergegeben werden können, wodurch eine Verlagerung der Abfallmengen ins benachbarte europäische Ausland begünstigt werden könnte. Aus der Überführung in den freien Handel können sowohl Chancen als auch Risiken hinsichtlich der Höhe des CO2-Preises erwachsen. Dieser ist nicht mehr im Vorfeld verlässlich abschätzbar und somit kann es zu Abweichungen zwischen den in Preisverhandlungen geschätzten und den tatsächlichen Aufwendungen für den Kauf der benötigten CO2-Zertifikate kommen.

Zusätzliche finanzielle Belastungen könnten sich durch geänderte Rechtsauslegungen ergeben, insbesondere im Bereich der Verbrauchssteuern. Der geplante Abbau von steuerlichen Privilegien, beispielsweise der steuerbefreite Kraftwerkseigenverbrauch, könnte direkte negative Auswirkungen auf die Ergebnissituation der Anlage haben. Aktuell läuft hier ein Musterklageverfahren einer Müllverbrennungsanlage.

3. Leistungswirtschaftliche Risiken

Durch sich verändernde Abfallfraktionen können leistungswirt¬schaftliche Risiken aus der Heterogenität der Abfälle entstehen. Erhöhtes stoffliches Recycling, auch im Bereich der Gewerbeabfälle, und die verstärkte Biomassenutzung in Deutschland verschlechtern die Qualität der thermisch zu behandelnden Abfälle. Die GMVA wird diesem Risiko weiterhin durch eine konsequente Kontrolle der Abfallströme begegnen.

Verstärkte Bemühungen, organische Abfälle aus dem Restmüll vermehrt über die Biotonne Vergärungsanlagen zuführen zu wollen, kann weiterhin dazu führen, dass sich der Anlagendurchsatz reduziert, da der Heizwert der verbleibenden thermisch zu behandelnden Abfälle steigt. Darüber hinaus entstehen zusätzliche CO2-Kosten für die sodann nachteiligere Zusammensetzung des Abfalls mit höheren fossilen Anteilen.

Der forcierte Ausstieg aus der Kohleverstromung könnte eine Umlenkwirkung auf die Entsorgungswege von Sekundärbrennstoffen oder Klärschlämme bedeuten, mit der Folge, dass diese Stoffe zunehmend in Müllverbrennungsanlagen angeliefert werden. Die abweichende Zusammensetzung dieser Abfallströme kann Schäden an der eingespielten Anlagentechnik verursachen.

Leistungswirtschaftliche Risiken können vor allem auf den Beschaffungsmärkten entstehen. Insbesondere technische Komponenten im IT- und Anlagenbereich sind nach wie vor schwierig sowie häufig nur zu deutlich gestiegenen Preisen zu beschaffen. Die GMVA begegnet diesem Risiko durch vertrauensvolle und auf Dauer ausgelegte Geschäftsbeziehungen mit den Lieferanten zur Sicherstellung qualitativ hochwertiger und zuverlässiger Beschaffungswege, um die Verfügbarkeit der Anlage sicherzustellen.

4. Personal-, IT und Finanzwirtschaft

Der Fachkräftemangel stellt weiterhin eine bedeutende Herausforderung für die Branche dar. Die Gewinnung und Bindung qualifizierter Mitarbeiter, insbesondere im technischen Bereich sowie in der Instandhaltung, bleibt schwierig. Zudem erschweren demografische Entwicklungen und ein zunehmender Wettbewerb um Fachkräfte die Personalplanung. Das Unternehmen begegnet diesen Risiken durch verstärkte Ausbildungsprogramme, gezielte Weiterbildungsmaßnahmen und strategische Kooperationen mit Bildungseinrichtungen.

Darüber hinaus bergen steigende Lohnkosten sowie tarifliche Anpassungen finanzielle Belastungen für das Unternehmen. Die Sicherstellung eines ausgewogenen Personalmanagements sowie flexible Arbeitsmodelle sollen dazu beitragen, die wirtschaftliche Tragfähigkeit langfristig zu sichern.

Die GMVA hat ein Informationssicherheitsmanagementsystem (ISMS) eingeführt, um den Schutz sensibler Daten und IT-Systeme zu gewährleisten. Dieses System stellt sicher, dass Risiken frühzeitig erkannt, bewertet und durch geeignete Maßnahmen minimiert werden.

Die zunehmende Digitalisierung und Automatisierung von Betriebsabläufen führt zu einer steigenden Abhängigkeit von IT-Systemen. Cyberangriffe, Datenverluste oder Systemausfälle stellen erhebliche Risiken für den reibungslosen Betrieb der Anlage dar. Insbesondere die kritische Infrastruktur erfordert einen verstärkten Schutz vor potenziellen Angriffen.

Die wirtschaftliche Lage bleibt angesichts steigender Kosten für Emissionszertifikate, Energiebeschaffung und Wartung anspruchsvoll. Die steigende CO_2-Bepreisung sowie unsichere Energiepreise haben direkte Auswirkungen auf die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Anlage. Zudem könnten regulatorische Änderungen, insbesondere im Steuer- und Abgabebereich, die finanzielle Planung weiter erschweren.

Um diesen Risiken entgegenzuwirken, setzt das Unternehmen auf eine strategische Kostensteuerung, langfristige Beschaffungsstrategien und eine kontinuierliche Optimierung der Betriebskosten. Zudem werden Investitionen in energieeffiziente Technologien und nachhaltige Geschäftsmodelle forciert, um die wirtschaftliche Resilienz zu stärken.

Die GMVA unterhält ausschließlich Geschäftsbeziehungen zu inländischen Banken mit entsprechenden Einlagensicherungssystemen. Die Personal-, IT- und finanzwirtschaftlichen Risiken erfordern ein vorausschauendes Risikomanagement sowie flexible Strategien zur Anpassung an veränderte Rahmenbedingungen. Durch gezielte Maßnahmen in den Bereichen Personalentwicklung, IT-Sicherheit und Finanzplanung wird angestrebt, langfristige Stabilität und Wettbewerbsfähigkeit der Müllverbrennungsanlage zu gewährleisten.

5. Sonstige Risiken

Die GMVA war aufgrund mehrerer Gerichtsentscheidungen, vor allem in Folge eines Urteils des Oberverwaltungsgerichtes Münster aus April 2015, und der Ergebnisse der Prüfung der Preisüberwachungsstelle der Bezirksregierung Düsseldorf zur Anpassung der Verbrennungsentgelte gegenüber der WBD-AöR bzw. der Stadt Oberhausen verpflichtet worden. Seitdem wird die Kalkulation der kommunalen Verbrennungsentgelte durch die Preisüberwachungsstelle oder eine drittähnliche Instanz geprüft. Aus dieser Prüfung heraus können sich grundsätzlich Umstände ergeben, die die Höhe oder den Umfang der anzusetzenden Kosten im Verbrennungsentgelt und somit die Finanzwirtschaft der GMVA beeinflussen. Die geprüften Verbrennungsentgelte werden laufend gegenüber den kommunalen Anlieferern abgerechnet.

Es besteht darüber hinaus ein Risiko, dass die GMVA aufgrund einer Mitteilung der BNetzA aus Januar 2025 zu den Abrechnungen der Übererlösabschöpfungen für den Zeitraum Dezember 2022 bis Juni 2023 eine Nachzahlung von bis zu 5,7 Mio. € wird leisten müssen. Aktuell findet dazu ein Anhörungsverfahren statt. Sofern dies nicht zu Gunsten der GMVA

entschieden wird, ist der Betrag zunächst zu zahlen. Wir streben an, in diesem Fall den Klageweg zu beschreiten. Für das Rückzahlungsrisiko ist im Jahresabschluss 2024 eine Rückstellung in Höhe von 5,7 Mio. € gebildet und damit das Risiko abgedeckt worden.

D. Prognosebericht

Die GMVA richtet ihr wirtschaftliches Handeln konsequent auf die langfristige Sicherstellung der Entsorgung aus. Im Mittelpunkt stehen dabei organisatorische Anpassungen sowie die fortschreitende Digitalisierung von Prozessabläufen – bspw. durch die Implementierung eines Dokumentenmanagementsystems, Optimierungen im Rechnungswesen sowie die Einführung von weiteren Managementsystemen und erweiterten Berichtspflichten mit Fokus auf Nachhaltigkeit. In Bezug auf den Innovationsdruck im Zusammenhang mit dem Umgang von CO2-Emissionen beteiligt sich die GMVA aktiv an Studien und Projekten zur Abscheidung und Nutzung von CO2.

Auch für das Geschäftsjahr 2025 erwarten wir eine hohe Anlagenauslastung, einschließlich kommunaler Mengen. Für das Geschäftsjahr 2025 sind Umsätze von 91,6 Mio. € geplant, die unterhalb der Erlöse des Geschäftsjahres 2024 von 103,1 Mio. € liegen. Grund dafür sind insbesondere geringere geplante Energieerlöse. Die Gesamtaufwendungen für das Geschäftsjahr 2025 (ohne Abschreibungen und Zinsen) sind mit 88,4 Mio. € geplant und übersteigen die Gesamtaufwendungen des Geschäftsjahres 2024 von 77,8 Mio. € deutlich. Im Ergebnis plant die GMVA ein Jahresergebnis für das Geschäftsjahr 2025 von -0,3 Mio. €. Trotz vorausschauender Materialwirtschaft könnten Engpässe auf den für die GMVA relevanten Beschaffungsmärkten die Versorgung der Anlage mit essenziellen Betriebsmitteln und Ersatzteilen erschweren.

E. Zuverlässigkeit des unternehmensinternen Planungssystems sowie der zugrunde gelegten Daten und Annahmen

Das Planungssystem der GMVA reagiert flexibel auf Veränderungen im rechtlichen Umfeld sowie auf Schwankungen im Abfall- und Strommarkt. Die bewährte Planungssicherheit und -tiefe des Systems hat sich auch in diesem Jahr als zuverlässig erwiesen.

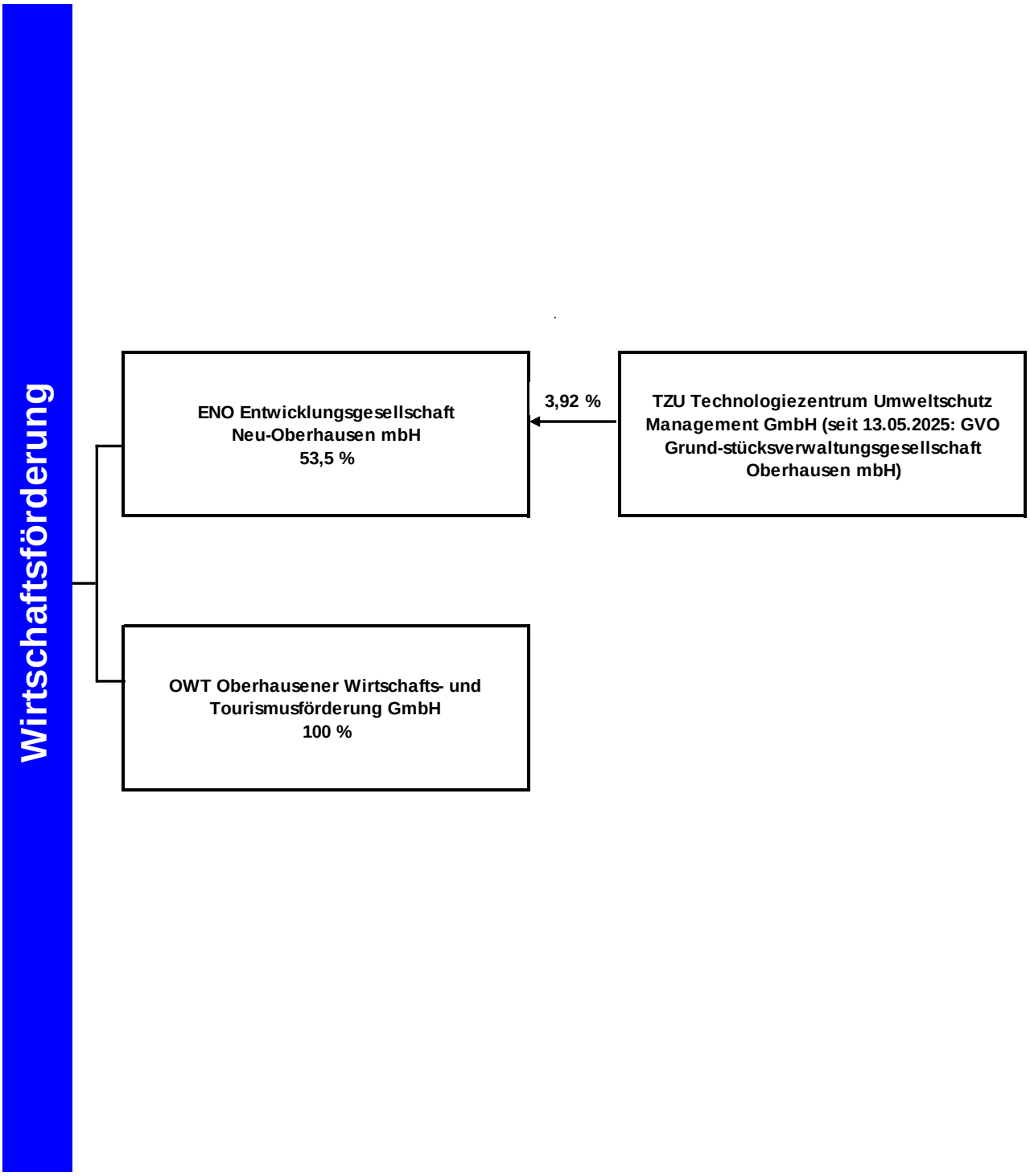
Die für die Planung notwendigen Daten werden durch eine kontinuierliche Beobachtung der rechtlichen Rahmenbedingungen sowie der Entwicklungen auf dem Abfall- und Strommarkt erhoben. Die Mitgliedschaft in der Interessengemeinschaft der thermischen Abfallbehandlungsanlagen in Deutschland (ITAD), die aktive Teilnahme an Veranstaltungen des vgbe energy e.V., dem europäischen Fachverband für Strom- und Wärmeerzeugung, sowie der regelmäßige Austausch mit Fachkreisen und der Besuch von Branchenevents unterstützen uns dabei, potenzielle Herausforderungen frühzeitig zu identifizieren und zu adressieren.

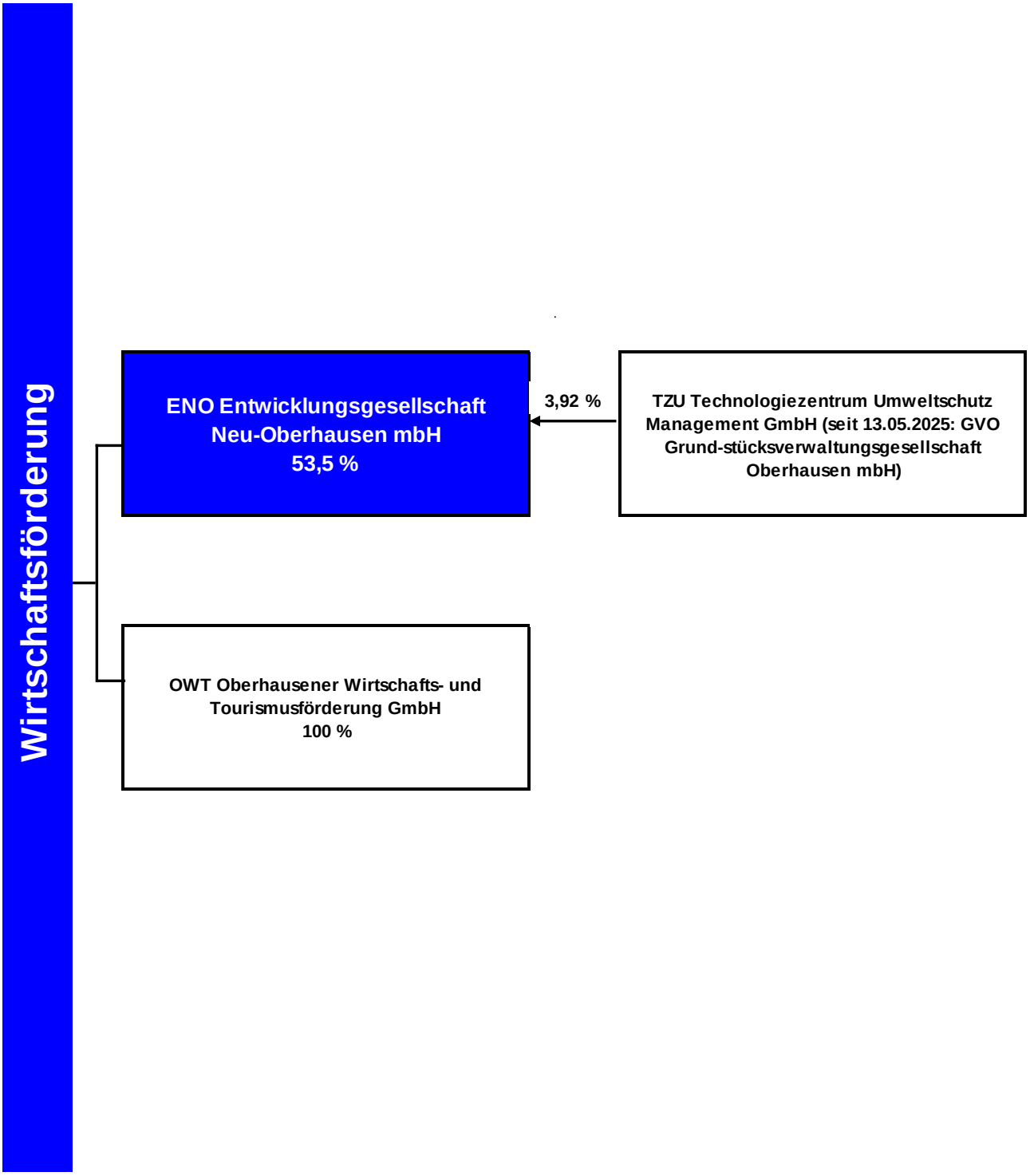
Oberhausen, 13. März 2025

Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH (GMVA)

Dr. A. Richter / M. Schröder / F. Nachtsheim
Geschäftsführung

Wirtschaftsförderung - unmittelbare Beteiligungen -




Wirtschaftsförderung
ENO Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH 53,5 %
3,92 %
TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH (seit 13.05.2025: GVO Grund-stücksverwaltungsgesellschaft Oberhausen mbH)
OWT Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung GmbH 100 %

ENO Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Centroallee 269
46047 Oberhausen

Kontakt:

Telefon 0208/85036-0
Fax 0208/8503610
e-Mail info@eno-gmbh.de
Internet http://www.eno-gmbh.de

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 318,80

Gesellschafter:

	T€	%
1&1 Versatel Deutschland GmbH	0,26	0,09
Albrecht GmbH & Co. Verpachtungs KG	0,26	0,09
August Heine Baugesellschaft AG i.L.	0,61	0,21
Autohaus Kruft GmbH	0,26	0,09
BDSK Handes gmbH & Co. KG	0,66	0,22
BECKERautomobile GmbH & Co. KG	0,61	0,21
B & H Elektro-Anlagenbau GmbH	0,51	0,17
Bioni CS GmbH	0,50	0,17
Contact gmbH	0,50	0,17
Der Baustoff-Mann Schneider KG	0,36	0,12
ECOVIS KSO Treuhand- u. Steuerberatungs-gesellschaft mbH & Co. KG	0,50	0,17
Evers GmbH	0,50	0,17
evo Energieversorgung Oberhausen AG	12,50	4,22
Gehring Group GmbH	0,51	0,17
GEWA GmbH	0,50	0,17
GSI - Gesellschaft für Schweißtechnik Interna-tional mbH	0,75	0,25
Gutehoffnungshütte Baugesellschaft mbH i.L.	0,61	0,21
Hermann Nottenkämper OHG	0,36	0,12
HOFFMANN Malerservice GmbH	0,50	0,17
Kreishandwerkerschaft	0,26	0,09
Lenord, Bauer & Co. GmbH	0,26	0,09
Lohmar & Meller oHG i.L.	0,61	0,21
MAN Energy Solutions SE	6,39	2,16
move elevator GmbH	0,31	0,10
Otto Horstmann GmbH	0,50	0,17
Plaßmeier GmbH	0,50	0,17
Prosperis Services GmbH & Co. KG	0,50	0,17
Radio NRW GmbH	0,26	0,09
RAG Montan Immobilien GmbH	0,51	0,17
REMONDIS Kommunale Dienste West GmbH	1,00	0,34
Ruhrwert Immobilien und Beteiligungs GmbH	0,30	0,10
RWW Rheinisch-Westfälische Wasserwerksge-sellschaft mbH	6,39	2,16
Sirius	1,50	0,51

Skaylink GmbH	0,50	0,17
Stadt Oberhausen	159,40	53,79
Stadtsparkasse Oberhausen	56,39	19,03
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH	12,50	4,22
TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH	12,50	4,22
UVRN-Unternehmensverband-Ruhr-Niederrhein e.V.	0,75	0,25
Volksbank Rhein-Ruhr eG	0,51	0,17
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH	12,50	4,22
Weiterbildungsinstitut WBi GmbH	0,25	0,08
ZAR Oberhausen Reha GmbH & Co. KG	0,50	0,17

Gegenstand des Unternehmens:

Verbesserung der räumlichen, sozialen und wirtschaftlichen Struktur der Stadt Oberhausen durch Entwicklung und Förderung von Industrien, Gewerbe, Handel, Handwerk und Dienstleistungen auf allen Gebieten und Entwicklung des Arbeitsmarktes.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

OWT Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung GmbH	Geschäftsbesorgungsvertrag vom 02.01.2007

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2024)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Dr. Henseler, Andreas
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Tsalastras, Apostolos
Aufsichtsrat:	Vorsitzender (Mitglied gem. § 113 GO)	Schranz, Daniel
	stellv. Vorsitzende	Kruft-Lohrengel, Jutta
	Mitglied	Basler, Christian
	Mitglied	Bongers, Sonja
	Mitglied	Gäng, Thomas
	Mitglied	Gödderz, Sandra
	Mitglied	Jacobs, Silke
	Mitglied	Lacum, Markus
	Mitglied	Lenz, Eugen
	Mitglied	Mebus, Oliver
	Mitglied	Dr. Schulte, Franz-Josef
	Mitglied	Simon, Michael
	Mitglied	Bletgen, David
	Mitglied	Steiner, Julia
Prokura:	Prokurist	Sprenger, Detlef

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2022		2023		2024	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Anlagevermögen	6,08	1,1	9,33	1,5	7,97	1,2
Umlaufvermögen	529,72	98,5	605,35	98,2	643,08	98,6
Rechnungsabgrenzungsposten	2,00	0,4	2,08	0,3	1,39	0,2
Bilanzsumme	**537,80**	**100,00**	**616,75**	**100,00**	**652,44**	**100,00**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	220,57	41,0	329,88	53,5	384,93	59,0
Rückstellungen	225,16	41,9	211,42	34,3	201,02	30,8
Verbindlichkeiten	92,06	17,1	75,45	12,2	66,49	10,2
Bilanzsumme	**537,80**	**100,00**	**616,75**	**100,00**	**652,44**	**100,00**

bb) GuV

	2022	2023	2024
	T€	**T€**	**T€**
Umsatzerlöse	1.008,64	1.071,00	1.019,62
sonstige betriebliche Erträge	3,83	5,64	16,98
Personalaufwand	267,88	217,05	255,32
Abschreibungen	1,47	1,92	2,35
sonstige betriebliche Aufwendungen	776,10	745,34	723,72
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,00	2,70	4,81
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	7,42	6,03	5,22
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-40,41	109,01	54,80
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	-40,41	109,01	54,80
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	-296,37	-336,78	-227,77
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	-336,78	-227,77	-172,97

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2022	31.12.2023	31.12.2024	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-4,01	10,18	5,37	%
Eigenkapitalrentabilität:	-7,25	19,55	9,82	%
Cash-Flow:	-38,93	110,93	57,15	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	506,24	538,32	518,30	T€
Personalaufwandsquote:	26,46	20,16	24,63	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2022	31.12.2023	31.12.2024	Angaben in
Sachanlagenintensität:	1,13	1,51	1,22	%
Eigenkapitalquote:	41,01	53,49	59,00	%
Fremdkapitalquote:	58,99	46,51	41,00	%
Anlagendeckungsgrad 2:	3626,68	3536,48	4827,32	%
Verschuldungsgrad:	143,82	86,96	69,49	%

e) Lagebericht

Ertragslage

Das Jahresergebnis der ENO des Geschäftsjahres 2024 weist einen Jahresüberschuss von T€ 55 aus. Gegenüber dem Jahresüberschuss 2023 in Höhe von T€ 110 bedeutet dies eine Verschlechterung von rd. T€ 55, die sich ausschließlich durch die im Vorjahr erfolgte Zahlung einer Vermittlungsprovision durch die Euro Auctions Immobilien GmbH (EAI) ergibt. Die Umsatzerlöse enthalten im Wesentlichen Gesellschafterzahlungen und Weiterberechnungen von Personal- und Sachaufwendungen an die OWT GmbH. Weiterberechnungen ohne Gewinnzuschlag sind hierbei unter den sonstigen betrieblichen Erträgen aufgeführt.

Als Ergebnis der in 2017 durchgeführten Betriebsprüfung sind die Gesellschafterzahlungen ab 2018 der Umsatzsteuer unterworfen. Die Zuschusszahlungen sind daher ab 2018 zuzüglich der sich hierauf errechnenden Mehrwertsteuer angefordert worden. Bei den Zahlungen der nicht vorsteuerabzugsberechtigten Gesellschafter ergibt sich durch die Steueranteile ein Fehlbetrag von rd. T€ 106, der durch Reduzierung des Auftragsvolumens mit der OWT um T€ 150 kompensiert werden konnte. In den sonstigen betrieblichen Aufwendungen in Höhe von insgesamt T€ 750 sind die mit der OWT geschlossenen Projektverträge mit T€ 600 enthalten. Im Rahmen der in 2020 durchgeführten Betriebsprüfung wurden die Feststellungen der Vorprüfung aufgegriffen und bestätigt.

Die Geschäftsführung schlägt vor, den Jahresüberschuss 2024 von T€ 55 mit dem bestehenden Verlustvortrag in Höhe von T€ -228 zu verrechnen.

Vermögenslage

Die Bilanzsumme zum 31.12.2024 ist bedingt durch den Jahresüberschuss gegenüber dem Vorjahr (T€ 617) um rund T€ 35 auf nunmehr T€ 652 angestiegen.

Das in den Vorjahren durch die Steuernachzahlung reduzierte Eigenkapital ist mit T€ 385 in 2024 gegenüber T€ 330 in 2023 angestiegen und liegt damit weiterhin über dem bilanzierten Stammkapital.

Die ENO verfügt unverändert über kein wesentliches eigenes Anlagevermögen. Die im Umlaufvermögen bilanzierten Forderungen ergeben sich beinahe vollständig durch die stichtagsbezogene Betrachtung. Bei den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen handelt es sich um zwischenzeitlich ausgeglichene Ansprüche auf Kostenverrechnung gegen OWT. Die Forderungen gegen Gesellschafter sind im Wesentlichen ebenfalls ausgeglichen. Mit einem Gesellschafter werden zurzeit Gespräche geführt. Hier geht die Geschäftsführung ebenfalls von einer kurzfristigen Zahlung aus.

Das Vermögen der Gesellschaft ist weiterhin durch ausreichende flüssige Mittel und eine positive Eigenkapitalquote geprägt. Die Gesellschaft war jederzeit in der Lage, ihren finanziellen Verpflichtungen nachzukommen.

Voraussichtliche Entwicklung der Gesellschaft

Es wird weiterhin angestrebt, das Jahresergebnis der ENO unter Berücksichtigung der ergebniswirksamen Gesellschafterzahlungen im Wesentlichen ausgeglichen zu gestalten. Über die jährliche Vereinbarung der Verträge mit der OWT ist die ENO in der Lage, auf finanzielle Herausforderungen zu reagieren. Aufgrund des inzwischen wieder gestärkten Eigenkapitals der ENO kommt eine Erhöhung des jährlichen Geschäftsbesorgungsbetrags an die OWT kurz- bis mittelfristig in Frage.

Das laufende Geschäftsjahr 2025 soll gemäß des vom Aufsichtsrat am 19.12.2024 beschlossenen Wirtschafts- und Erfolgsplans mit einem Jahresüberschuss von T€ 36 enden. Mit diesem Überschuss soll das Eigenkapital weiter gestärkt werden.

Eine vorratsweise Erhöhung des Stammkapitals ist weiterhin nicht beabsichtigt, da die Gesellschaft zum 31.12.2024 über eigene Anteile in Höhe von rd. T€ 22 verfügt, die für eine Weiterveräußerung zur Verfügung stehen und die Übernahme neuer Stammeinlagen ermöglichen.

Um zukünftig die Ansiedlung neuer Arbeitsplätze mit beeinflussen zu können, ist es notwendig, ausreichende Grundstücks- und Immobilienangebote inkl. der begleitenden Serviceleistung anzubieten. Da die Wirtschaftsförderung über keine eige-

nen Flächen verfügt, ist es dringend notwendig, weiterhin mit Partnern Gewerbegrundstücke zu entwickeln und Immobilienflächen zu vermarkten. Hier bietet sich ab dem laufenden Geschäftsjahr auch die im Zuge der Umsetzung des Immobilienkonzeptes im Konzern Stadt gegründete Stadtentwicklungsgesellschaft (aktuell noch TZU GmbH) an, die auch Gesellschafterin der ENO ist.
Auf der Grundlage des zum 01.01.2007 geschlossenen Geschäftsbesorgungsvertrages zwischen der ENO und der OWT (ehemals Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH (WFO)) wurde die OWT seitens der ENO mit der Realisierung der Wirtschaftsförderungsprojekte beauftragt.

Die zum Teil bereits 2007 initiierten und bis heute erfolgreich weitergeführten Einzelprojekte werden in enger Kooperation zwischen ENO und OWT realisiert. Impulse aus Politik und Wirtschaft werden aufgegriffen und setzen in den Projekten und Veranstaltungen wichtige Eckpunkte.

Im Wesentlichen handelt es sich dabei um folgende Inhalte:
- Projektentwicklung, Immobilienvermarktung, Flächenvermarktung, Akquisition und Neuansiedlung, Flächenmanagement örtlich und überörtlich
- Unternehmensservice, Bestandsentwicklung, Bestandspflege und Potenzialberatung, Leitmärkte, Kreativwirtschaft, Kreislaufwirtschaft, Innovationsförderung, Wissenstransfer
- Weiterbildung, Qualifizierung, Fachkräftesicherung
- Kooperation mit anderen Unternehmensnetzwerken z. B. Business Partner Club, Unternehmerverbandsgruppe, Startercenter NRW, BMR, Interessens- und Werbegemeinschaften, Wirtschaftsjunioren
- Zentrenmanagement
- Auslandsmärkte
- Betreuung von jungen Unternehmen: Intensivberatung, Durchführung von regelmäßigen Workshops, Seminaren und Treffen
- Standortmarketing sowie Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
- Teilnahme an nationalen Immobilienmessen

Die Darstellung ist weder abschließend noch auf das laufende Geschäftsjahr beschränkt.

Berichterstattung über Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung der Gesellschaft

Generell ist es der ENO möglich, für die Vermittlung oder Zuführung von Käufern oder Mietern an Grundstückseigentümer Provisionseinnahmen zu erhalten. Insgesamt ist aufgrund der geringen freien Flächenpotenziale im Stadtgebiet sowie einer zunehmend professionalisierten Eigenvermarktung der Eigentümergesellschaften, zum Teil unterstützt durch gewerbliche Anbieter auch aus dem Gesellschafterkreis der ENO, das Geschäftsfeld der provisionsbasierten Vermittlung stark rückläufig. Überwiegend erfolgt das Vermittlungsgeschäft zwischen Flächen-/ Immobilieneigentümern und Interessenten als Serviceleistung zur Standortsicherung, selten noch auf Basis von Provisionsvereinbarungen. Künftig ist im Binnenverhältnis zwischen der in 2024 neu gegründeten Stadtentwicklungsgesellschaft (derzeitige Firmierung TZU GmbH) und der ENO zu klären, wie eine Übernahme von Vermittlungs- und Vermarktungstätigkeiten durch die ENO im Auftrag der TZU GmbH aussehen kann.

Nach wie vor stehen für die Erledigung der Aufgaben der Wirtschaftsförderung im Unternehmensverbund ENO/OWT durch die seit 2018 geänderte Umsatzbesteuerung ca. T€ 100 per anno weniger zur Verfügung.

Abschließend lässt sich aber auch festhalten, dass durch die Vergabe von Projektverträgen - von ENO an OWT - über das PPP-Modell eine entsprechend positive Einflussnahme der Privatwirtschaft hinsichtlich der operativen Inhalte ermöglicht wird. Zur Erhaltung dieses Einflusses ist es das Ziel, die Gesellschafterstruktur zu festigen und wo möglich auszubauen. In 2024 konnte ein zusätzliches Unternehmen in den Gesellschafterkreis aufgenommen werden, zwei weitere sind zum 01.01.2025 beigetreten. Demgegenüber steht die die Kündigung eines Gesellschafters zum 31.12.2024.

Auch durch die stadtinternen Umstrukturierungen im Bereich der Immobilien wird zusätzlich deutlich, dass sich die Aufgaben der Wirtschaftsförderung immer stärker verändern. So haben in den vergangenen Jahren vor allem die Themen Nachhaltigkeit, Digitalisierung und Fachkräftemangel für die Unternehmen an Bedeutung gewonnen. Gleichzeitig sind die Gründungsunterstützung und das Zentrenmanagement durch Entscheidungen des Rates der Stadt wieder in das Aufgabenportfolio zurückgekehrt. Beide Themen waren mit der Neustrukturierung in 2016 auf Empfehlung des beauftragten Gutachters aus dem Aufgabenkanon der neuen OWT gestrichen worden.

Die demografischen Veränderungen, im Wesentlichen gekennzeichnet durch weniger junge Menschen, einer erhöhten Zuwanderung aus dem Ausland und einer stark alternden Gesellschaft machen das Thema Fachkräfteentwicklung in seiner gesamten Bandbreite von der Ausbildung über die Integration von Zugewanderten, die Flexibilisierung und familienfreundliche Gestaltung der Arbeitswelt bis hin zur Weiterbildung und möglichst langen Weiterbeschäftigung auch rentenberechtigter Personen zu einem immer relevanteren Arbeitsfeld der Wirtschaftsförderung. Der zunehmende Mangel an zur Verfügung stehenden Wirtschaftsflächen sowie insgesamt durch globalen Protektionismus und konjunkturelle Schwierigkeiten in Deutschland ungünstiger werdende wirtschaftliche Rahmenbedingungen sowie sich günstiger entwickelnde Standortkosten im direkten Umland werden zusätzliche Entwicklungsimpulse durch Neuansiedlungen künftig immer weniger spürbar werden lassen.

Um diese Entwicklungen aufzugreifen, hat die Wirtschaftsförderung sich bereits 2021 strategisch neu ausgerichtet. So wurden die bisherigen Arbeitsschwerpunkte um die Themenfelder „Nachhaltiges Wirtschaften“ und „Arbeit und Fachkräfte“

ergänzt. Im Jahr 2024 wurde die Branchenstruktur in Oberhausen durch die Strategieberatung Moduldrei GmbH untersucht und Handlungsempfehlungen für eine künftige Ausrichtung der Arbeit von ENO und OWT gemacht. Neben der Weiterentwicklung des Leitmarktes Shopping/Entertainment/Tourismus gehören auch die Bauwirtschaft, die Themen Circular Economy und Gründerökosystem sowie eine Betrachtung der Gesundheitswirtschaft als starkem Arbeitgeber in Oberhausen auf die Agenda. Insgesamt sollte nach den Vorstellungen der Gutachter der Netzwerkarbeit innerhalb der Stadt sowie im regionalen und überregionalen Maßstab seitens der Wirtschaftsförderung mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden.

Die Teilnahme der ENO am Mitte 2023 gestarteten Modellvorhaben des Deutschen Instituts für Urbanistik (DIfU) zum Thema „Kreislaufstadt“ wurde über das Jahr hinweg fortgesetzt. In verschiedenen Workshops wurden Prozesskenntnisse zum Aufbau einer kommunalen Kreislaufwirtschaftsstrategie als Instrument der Wirtschaftsförderung für Oberhausen vermittelt. Der Projektabschluss erfolgte im Februar 2025 und mündete in einer OWT-Workshopreihe für Unternehmen rund um das Thema Circular Economy.

Die Entwicklungsflächen in der Neuen Mitte sind gemäß des Masterplans Neue Mitte und des städtebaulichen Rahmenplans für das Stahlwerksgelände Ost ein wichtiger Bestandteil für die Etablierung innovativer und zukunftsorientierter Gewerbe- und Wohnformen. Um eine Vermarktung des Gesamtareals insbesondere auf der EXPO REAL in München zu ermöglichen, wurde in 2024 im Auftrag der ENO ein Narrativ und ein Kommunikationskonzept für die Neue Mitte entwickelt, welches sich in seinen Inhalten und seinem Design auf der Projekthomepage sowie den Printprodukten wiederfindet.

Die Errichtung einer Informationsplattform als Grundlage für die stärkere Etablierung eines Gründerökosystems in Oberhausen unter Einbeziehung institutioneller und privater Partner bildete ebenfalls einen wesentlichen Aktivitätsschwerpunkt. Die Sichtbarkeit der Angebote für Oberhausener Gründerinnen und Gründer soll gegenüber dem aktuell dezentralen Informationsmuster dadurch deutlich erhöht werden.

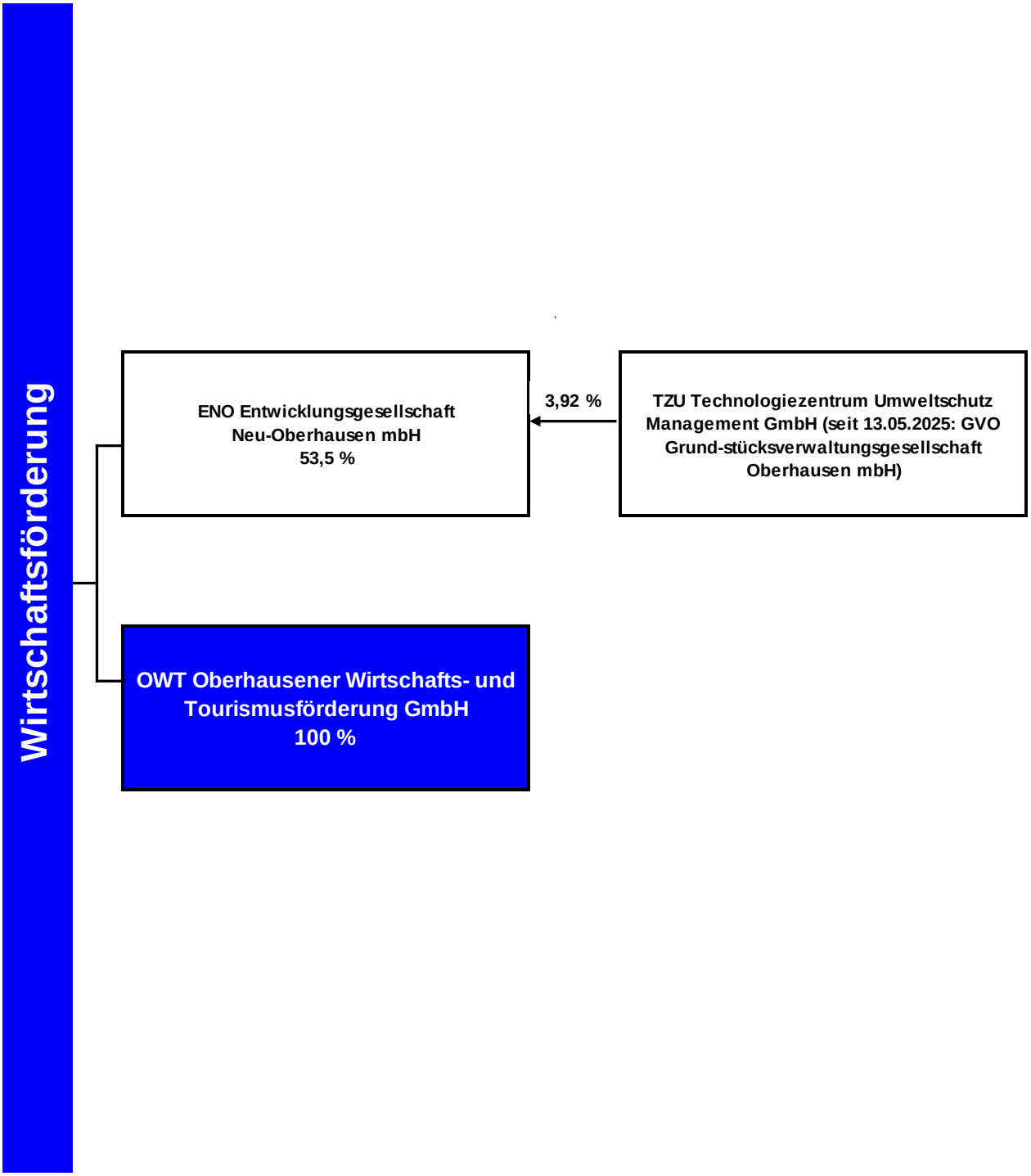
Mit dem Fachkräftebündnis Oberhausen Mülheim soll künftig auch die Abstimmung und Sichtbarkeit von Weiterbildungs-, Praktikums- und Ausbildungsmöglichkeiten erhöht werden. Hier bringt sich die OWT gemeinsam mit Arbeitsagentur, IHK, Kreishandwerkerschaft und Weiterbildungseinrichtungen in unterschiedlichen Projekten ein. Besonders die Gruppe der migrantisch geprägten Unternehmen soll stärker für das Thema Ausbildung sensibilisiert werden. Die Gründungssituation von migrantischen Unternehmen und Zugewanderten wurde in 2024 in einem gemeinsamen Projekt des städtischen Büros für Interkultur, dem Zentrum für Türkeistudien und Integrationsforschung aus Essen, der KAUSA-Landesstelle und der OWT zusammen mit der Partnerstadt Mersin (TR) in den Blick genommen.

Für 2025 ist die Diskussion über eine strukturelle Ausrichtung der Arbeit der OWT zu erwarten, da sich die wirtschaftliche Ausgangssituation auch in Folge der Umsetzung des Immobilienkonzeptes des Stadt Oberhausen verändert hat.

Oberhausen, den 27. März 2025

Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH (ENO)

Dr. Andreas Henseler
Geschäftsführer


Wirtschaftsförderung
ENO Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH 53,5 %
3,92 %
TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH (seit 13.05.2025: GVO Grund-stücksverwaltungsgesellschaft Oberhausen mbH)
OWT Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung GmbH 100 %

OWT Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift:	Centroallee 269 46047 Oberhausen
Kontakt:	
Telefon	0208/85036-0
Fax	0208 / 8503610
e-Mail	info@owtgmbh.de
Internet	http://www.owtgmbh.de
Rechtsform:	GmbH
Stammkapital in T€:	25,00

Gesellschafter:	**T€**	**%**
Stadt Oberhausen	25,00	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

1. Die Verbesserung der räumlichen, sozialen, touristischen und wirtschaftlichen Struktur der Stadt Oberhausen durch Entwicklung und Förderung von Industrie, Gewerbe, Handel, Handwerk, Tourismus und Dienstleistungen auf allen Gebieten und Entwicklungen des Arbeitsmarktes. 2. Zur Verwirklichung des Unternehmensgegenstandes der Gesellschaft gehören insbesondere folgende Aufgaben:
a) Förderung des touristischen Marketings für die Stadt Oberhausen durch Netzwerkmanagement für die Neue Mitte Oberhausen und die touristischen Leistungsträger, Koordination, Entwicklung und Vertriebsunterstützung von touristischen Angeboten sowie Information und Betreuung von Touristen vor Ort,
b) Service für Oberhausener Unternehmen, erweitert um eine Schlüsselkundenbetreuung für ausgewählte Unternehmen; insbesondere zu den Themen: räumliche Standortentwicklung, Sicherung von Fachkräften, Förderung des Netzwerkmanagements und Beratung über die Möglichkeiten zur Inanspruchnahme von Fördermitteln,
c) Ressourcenschonende Entwicklung von Flächen und Immobilien für Industrie, Gewerbe und Büro in der Stadt Oberhausen, insbesondere durch Einleitung und Koordinierung von Maßnahmen zur Baureifmachung und Erschließung in Zusammenarbeit mit Dritten,
d) die Mitwirkung an der Entwicklung von Nutzungskonzepten für Industrie- und sonstige Grundstücke auf dem Gebiet der Stadt Oberhausen sowie die Aufbereitung der Grundstücke zum Zwecke der Vermarktung einschließlich aller damit in Zusammenhang stehenden Tätigkeiten,
e) Gewinnung von Unternehmen zur An- und Umsiedlung in Oberhausen,
f) Beantragung und Verwirklichung von Fördermaßnahmen im Bereich der Infrastrukturförderung, insbesondere unter Beteiligung Dritter sowie Mitwirkung an Fördermaßnahmen Dritter,
g) Marketing für den Wirtschaftsstandort Oberhausen im In- und Ausland.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH	- Geschäftsbesorgungsvertrag vom 02.01.2007
ENO evo Energieversorgung Oberhausen AG	Geschäftsbesorgungsvertrag vom 28.11.2006 über die Erbringung der gesamten Geschäftsbuchführung für OWT (vormals WFO) und deren Tochtergesellschaften

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2024)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Dr. Henseler, Andreas
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Tsalastras, Apostolos
Aufsichtsrat:	Vorsitzender	Tüzün, Saadettin
	stellv. Vorsitzender	Bischoff, Jörg
	Mitglied gem. § 113 GO	Schranz, Daniel
	Mitglied	Ingendoh, Holger
	Mitglied	Kruft-Lohrengel, Jutta
	Mitglied	Mebus, Oliver
	Mitglied	Wischermann-Bruckschlegel, Ursula
	Mitglied	Scherer, Axel
	Mitglied	Janetzki, Maximilian
	Mitglied	Küsters, Andrea
	Mitglied	Bletgen, David
	Mitglied	Schindelasch, Ralf
Prokura:	Prokurist	Suhr, Rainer
	Prokurist	Sprenger, Detlef

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2022		2023		2024	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Anlagevermögen	1.794,43	30,1	1.681,82	31,5	148,63	5,8
Umlaufvermögen	4.146,82	69,6	3.656,43	68,4	2.416,72	94,2
Rechnungsabgrenzungsposten	17,20	0,3	7,74	0,1	0,89	0,0
Bilanzsumme	**5.958,45**	**100,00**	**5.345,99**	**100,00**	**2.566,24**	**100,00**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	3.660,95	61,4	3.314,07	62,0	1.638,30	63,8
Rückstellungen	152,05	2,6	172,25	3,2	192,75	7,5
Verbindlichkeiten	2.141,17	35,9	1.855,17	34,7	734,19	28,6
Rechnungsabgrenzungsposten	4,28	0,1	4,50	0,1	1,00	0,0
Bilanzsumme	**5.958,45**	**100,00**	**5.345,99**	**100,00**	**2.566,24**	**100,00**

bb) GuV

	2022	2023	2024
	T€	**T€**	**T€**
Umsatzerlöse	2.595,17	2.627,13	2.488,16
andere aktivierte Eigenleistungen	194,48	173,05	
sonstige betriebliche Erträge			249,95
Materialaufwand	883,95	1.041,33	917,44
Personalaufwand	2.251,77	2.240,17	2.265,30
Abschreibungen	171,55	119,38	41,22
sonstige betriebliche Aufwendungen	964,02	1.061,16	1.324,99
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,29	27,53	29,48
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	11,88	10,28	9,81
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-1.493,24	-1.644,60	-1.791,17
sonstige Steuern	64,28	64,86	64,86
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	-1.557,52	-1.709,46	-1.856,03
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	-3.391,31	-4.948,83	
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	-4.948,83	-6.658,29	-1.856,03

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2022	31.12.2023	31.12.2024	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-60,02	-65,07	-74,59	%
Eigenkapitalrentabilität:	-18,09	-17,14	-53,12	%
Cash-Flow:	-1.385,97	-1.590,08	-1.814,81	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	77,49	77,78	85,57	T€
Personalaufwandsquote:	80,72	80,00	82,73	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2022	31.12.2023	31.12.2024	Angaben in
Sachanlagenintensität:	5,78	4,40	5,79	%
Eigenkapitalquote:	61,44	61,99	63,84	%
Fremdkapitalquote:	38,56	38,01	36,16	%
Anlagendeckungsgrad 2:	212,01	202,55	1102,26	%
Verschuldungsgrad:	62,76	61,31	56,64	%

(Hinweis: Die oben gezeigten Vergleichszahlen zur Geschäftsentwicklung aus den Jahren 2022 und 2023 sind den Jahresabschlüssen der OWT Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung GmbH (OWT) vor Abspaltung des OWT-Immobilienbesitzes, der Herauslösung der beiden Tochtergesellschaften TZU GmbH und Gasometer GmbH sowie vor dem Betriebsübergang auf die neu gegründete WT Oberhausen GmbH entnommen, die dann wieder zurück in OWT firmiert wurde und sind insofern nur bedingt vergleichbar. Sie stellen insofern nur eine zusätzliche Information dar.)

e) Lagebericht

I. Grundlagen des Unternehmens

Gegenstand der OWT Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung GmbH (OWT) ist die Verbesserung der räumlichen, sozialen, touristischen und wirtschaftlichen Struktur der Stadt Oberhausen durch Entwicklung und Förderung von Industrie, Gewerbe, Handel, Handwerk, Tourismus und Dienstleistungen auf allen Gebieten und Entwicklungen des Arbeitsmarktes.

Mit dieser Aufgabenstellung erfüllt die Gesellschaft Aufgaben im Rahmen der öffentlichen Daseinsvorsorge gemäß § 107 Abs. 2 Gemeindeordnung NRW (nichtwirtschaftliche Betätigung).

II. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen

Im Jahr 2024 verzeichnete die deutsche Wirtschaft einen Rückgang. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) sank nach ersten Berechnungen des Statistischen Bundesamtes um 0,2 % im Vergleich zum Vorjahr. Dies stellte das zweite aufeinanderfolgende Jahr mit einer schrumpfenden Wirtschaftsleistung dar. Die wirtschaftliche Entwicklung variierte dabei je nach Branche. Das verarbeitende Gewerbe, insbesondere energieintensive Industrien wie die Chemieindustrie und der Maschinenbau, verzeichneten Produktionsrückgänge. Hohe Energiekosten und eine schwächere Nachfrage in wichtigen Exportmärkten trugen zu dieser Entwicklung bei. Im Gegensatz dazu blieben einige Dienstleistungsbereiche, wie die Informationstechnologie und das Gesundheitswesen, stabil oder wiesen leichte Zuwächse auf.

Der Bausektor war von steigenden Baukosten und höheren Zinsen betroffen, was zu einer Zurückhaltung bei Bauvorhaben führte. Besonders der Wohnungsbau stagnierte, während Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen aufgrund von Förderprogrammen für Energieeffizienzmaßnahmen teilweise stabil blieben.

Im Freizeitsektor und Tourismus setzte sich die Erholung nach den pandemiebedingten Einbrüchen fort. Die im Sommer in Deutschland stattgefundene Europameisterschaft war eine der Treiber dieser Entwicklung. Besonders der Städtetourismus verzeichnete Zuwächse, ebenso wie innerdeutsche Reiseziele. Gleichzeitig führten steigende Preise und veränderte Konsumgewohnheiten zu einer erhöhten Preissensibilität bei den Gästen.

Der Arbeitsmarkt gab unter der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung, insbesondere aufgrund der starken Umstrukturierungen insbesondere im Bereich Automotive, spürbar nach. Die Arbeitslosenquote stieg im Jahresdurchschnitt auf 6,0 % (2023: 5,7 %). Auch wenn die Zahl der Erwerbstätigen mit rund 46,1 Millionen Personen ein Rekordniveau erreichte, ließ die Arbeitskräftenachfrage insgesamt spürbar nach. Die weiter anhaltende Fachkräftenachfrage in einem Großteil der Branchen ist ein Hinweis auf die zunehmend schwieriger werdende Passung von verfügbaren Arbeitskräftequalifikationen und angebotenen Tätigkeitsprofilen.

Auf politischer Ebene kam es zu intensiven Diskussionen über wirtschafts- und energiepolitische Maßnahmen, welche in einer Auflösung des Deutschen Bundestages und der Festlegung von Neuwahlen im Februar 2025 mündeten. Die seit Sommer spürbaren politischen Differenzen in der Regierung bei einer anhaltend volatilen internationalen Wirtschaftslage (u.a. Ukrainekrieg, US-Präsidentschaftswahl) führten zu zunehmender Verunsicherung und Investitionszurückhaltung bei den Unternehmen.

Insgesamt war das Jahr 2024 somit von vielfältigen externen Einflussfaktoren und strukturellen Herausforderungen geprägt. Eine insbesondere aufgrund hoher Energiekosten und Unternehmenssteuern verringerte Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Deutschland führte zu einer hohen Verunsicherung und forcierte die Investitionszurückhaltung in der Wirtschaft.

Die Unternehmen fokussierten sich auf Konsolidierung, interne Transformation und die Weiterentwicklung ihrer Geschäftsmodelle. Themen wie Digitalisierung, Ressourceneffizienz und Personalgewinnung blieben zentrale Schwerpunkte in vielen Branchen.

Diesen gesamtwirtschaftlichen Entwicklungen können sich die Unternehmen in Oberhausen nicht entziehen. Der sich verschärfende Rückzug von Thyssenkrupp aus der Stahlproduktion sowie eine insgesamt dramatisch schwache Automobilindustrie hinterlassen bei Zulieferern oder unternehmensnahmen Dienstleistern deutliche Spuren. Der Arbeitsmarkt in Oberhausen gab auf bereits hohem Niveau leicht nach. Gleichzeitig wurde sichtbar, dass Ausbildungssuchende eine geringer werdende Zahl an Ausbildungsstellen zur Verfügung haben. Dabei spielt auch die hohe Zahl an zugewanderten Jugendlichen eine Rolle, die nach Verlassen der Schule nun dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen und den aktuellen Jahrgang im Verhältnis zu Vorjahren personell überdurchschnittlich stark machen. Aus dieser Stapelkrisenlage heraus bildeten besonders die Themen Nachhaltiges Wirtschaften und Fachkräftesicherung sowie die grundsätzliche Beratung zu Förderprogrammen wesentliche Grundlagen für die Beratungs- und Veranstaltungsangebote der OWT.

Die internationale Wirtschaftslage bleibt auch im Jahr 2025 von Unsicherheiten geprägt. Das globale Wachstum entwickelt sich verhalten, vor allem aufgrund geopolitischer Spannungen, fortbestehender Lieferkettenrisiken und restriktiver Geldpolitik in vielen Industrienationen. Seit dem Amtsantritt von Donald Trump als US-Präsident wird eine unvorhersehbarere aber zunehmend protektionistische Handelspolitik erkennbar. Durch die im April 2025 festgelegten Zollregelungen seitens der USA erhöht sich für exportorientierte Unternehmen das Risiko wachsender Handelsbarrieren. Gleichzeitig bleibt der globale Wettbewerbsdruck hoch, während Investitionsentscheidungen zunehmend von stabilen und planbaren Rahmenbedingungen abhängen.

Die durch die sich abzeichnende Koalition aus CDU/CSU und SPD künftige Ausrichtung der Bundespolitik, zu der auch eine finanzielle Beteiligung an einer Altschuldenlösung für Kommunen gehören soll, sowie der konkrete Einsatz der noch durch den alten Bundestag verabschiedeten Sondervermögen für Verteidigung und Infrastruktur wird sich maßgeblich auf die wirtschaftliche Situation der Unternehmen auch in Oberhausen auswirken. Ob eine Trendwende geschafft werden kann, wird entscheidend davon abhängen, ob verlässliche und unternehmensfreundliche wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen geschaffen werden können.

2. Geschäftsverlauf

Im Geschäftsjahr 2024 standen insbesondere Fragen zur Förderung von Maßnahmen der IT-Sicherheit, klimaschonender Energieerzeugung, zur Gründung, der Begleitung von Genehmigungsverfahren für An- und Umsiedlungen sowie eine Intensivierung der touristischen Netzwerkaktivitäten im Mittelpunkt.

Neben den inhaltlichen Arbeiten bestimmte insbesondere die im Zuge der Umsetzung des Immobilienkonzeptes im Konzern Stadt Oberhausen im Jahresverlauf erfolgte Abspaltung von Immobilien und Flächen aus dem Besitz der OWT sowie die Organisation des Betriebsübergangs der OWT GmbH (alt) auf eine neu gegründete WT Oberhausen GmbH als aufnehmende Gesellschaft des operativen Geschäfts der OWT GmbH (alt) den Ressourceneinsatz.

Die Präsenz- und Netzwerkveranstaltungen stießen auf anhaltend hohen Zuspruch. Die OWT richtete im Jahresverlauf 67 Veranstaltungen mit über 2.000 Teilnehmenden aus. Darunter fanden sich Premiumformate wie das MEO-Gründungsforum, das Wirtschaftsforum und der Wirtschaftsempfang im wiedereröffneten Metronom-Theater, die zweitägige KEDi-Roadshow und der Unternehmertag im Berufsförderungswerk. Auch die Präsentation des Standortes Oberhausen auf der Immobilienmesse Expo Real in München, der ITB in Berlin, der Vakantiebeurs in Utrecht sowie im Rahmen der Investorentour Ruhr konnte durch die OWT erneut erfolgen.

Angesichts des trotz der wirtschaftlichen Stagnation anhaltenden Fach- und Arbeitskräfteengpasses wurde diesem Themenfeld mit verschiedenen Veranstaltungen und Produkten besonders Rechnung getragen. Mit dem im November gegründeten Fachkräftebündnis Mülheim-Oberhausen, welches sich für eine Verbesserung der Weiterbildungszugänge und einen Ausbau der Informationsbereitstellung für die Unternehmen in den beiden Kommunen einsetzt, wurde eine verbesserte Sichtbarkeit der Angebote aller Partner erreicht. Hier wurde von Arbeitsagentur, Jobcentern, IHK, Kreishandwerkerschaft, den beiden Wirtschaftsförderungen sowie dem Weiterbildungsnetzwerk Oberhausen-Mülheim e.V. eine gemeinsame Charta erarbeitet, die am 13. November durch die beiden Oberbürgermeister sowie die SpitzenvertreterInnen der Einrichtungen unterzeichnet wurde. Unter das Dach dieses Bündnisses fallen künftig die Aktivitäten der OWT, wie die Oberhausen-Lounge für 10 Unternehmen auf der katapult-Ausbildungsmesse, die Nacht der Ausbildung, das gemeinsame Beratungsangebot mit der Arbeitsagentur oder das Netzwerk:Personal. Die Beteiligung an der im August veröffentlichten Praktikumsbörse und die Mitwirkung an der 2. Oberhausener Arbeitsmarktkonferenz waren weitere Aktivitäten mit starker Außenwahrnehmung.

Neben den regelmäßigen Treffen des WirtschaftsNetzwerks UnternehmerInnen mit Einwanderungsgeschichte Oberhausen (WiNEO) war dieses ein wichtiger Bestandteil des Projektes „Migrant entrepreneurship and municipal measures to support migrant start-ups and their impact on local economic structures“, welches unter Leitung des Büros für Interkultur gemeinsam mit der Partnerstadt Mersin durchgeführt wurde. Im Rahmen der Delegationsbesuche unterzeichnete die OWT ein Memorandum zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit. Insgesamt band das Thema Migrantenökonomie auch in der zweiten Jahreshälfte durch gemeinsame Veranstaltungen mit der IHK, der Arbeitsagentur und der Business Metropole Ruhr deutlich Ressourcen.

Für die Oberhausener Unternehmen gewann das Thema Nachhaltigkeit auch in 2024 weiter an Bedeutung. Nicht zuletzt aufgrund der Umsetzung der EU-Richtlinie zur Unternehmens-Nachhaltigkeitsberichterstattung (Corporate Sustainability Reporting Directive, CSRD) und der schließlich Ende 2024 verabschiedeten Nationale Kreislaufwirtschaftsstrategie. Durch die Teilnahme an überregionalen Netzwerken wie der Circular Economy Allianz Ruhr oder die aktive Mitwirkung im Oberhausener HydrOB-Verein baute die OWT weitere Kompetenz und Informationsangebote in diesem Bereich auf. In enger Zusammenarbeit mit den Fraunhofer Umsicht wurde eine Veranstaltungsreihe rund um die Themen Nachhaltigkeit und Kreislaufwirtschaft ins Leben gerufen, durch die den Unternehmen in Oberhausen Handlungshinweise für die eigene Betriebsausrichtung gegeben werden sollen. Die Reihe wird auch in 2025 fortgesetzt.

Für Gründungsinteressierte und junge Unternehmen konzipierte die OWT eine Plattform „Gründen in Oberhausen", welche künftig die Angebote verschiedener öffentlicher und privater Partner bündeln wird. Gemeinsam mit den Startercenter NRW MEO-Partner wurde das MEO-Gründungsforum mit rd. 100 Teilnehmenden im Zentrum Altenberg zum Thema SocialMedia-Marketing für Kleinunternehmen durchgeführt. Bei der Gründermesse am 5. September konnten sich elf junge Unternehmen präsentieren. Auch weitere Formate wie „Erfolgsgeschichten in der Theater BAR" im Rahmen der Gründungswoche Deutschland oder der Walk&Talk, welcher erstmals auch in Sterkrade stattfand, ergänzen die klassische OWT-Gründungsberatung, welche auch Teil des 2024 im Rat der Stadt verabschiedeten Serviceversprechens der Stadtverwaltung ist.

Im Digitalisierungsfeld entfaltete die OWT zahlreiche Aktivitäten. Beim Kongress „Unternehmen-sicher-digital", der gemeinsam mit der Wirtschaftsförderung Mülheim und Digital.Sicher.NRW durchgeführt wurde, stand die Gefahr von Cyberangriffen auf der Tagesordnung. Zusammen mit der VHS Oberhausen wurde eine Workshopreihe zum Einsatz von AR- und VR Technologien durchgeführt. Der zweitägige Halt der Roadshow des Kompetenzzentrums für Energieeffizienz durch Digitalisierung und der Deutschen Energieagentur informierte darüber, wie Digitalisierung im Gebäudesektor und in der Industrie eingesetzt werden kann. Es war der einzige Halt der Roadshow in NRW. Die Veranstaltung „KI als Gamechanger? Wie ChatGPT und Co. Personalgewinnung und Arbeitswelt verändern" bildete den Auftakt für die stärkere Auseinandersetzung mit dem Einsatz künstlicher Intelligenz in Unternehmen. Neben künftig verstärkten Angeboten für die Oberhausener Betriebe wurden bei der OWT auch intern weitere Digitalisierungsschritte eingeleitet, um KI in die Arbeit zu integrieren und Prozessverbesserungen zu erreichen.

Initiiert durch die IHK zu Essen, die Stadt Oberhausen und die OWT wurde gemeinsam mit den Innenstadtakteuren aus Alt-Oberhausen, Sterkrade und Osterfeld unter der Leitung des Dortmunder Büros Stadt+Handel ein Zentrenmanagementkonzept für Oberhausen erarbeitet. Im Jahresverlauf 2024 wurde das Konzept konkretisiert. Mit Beschluss des Rates vom 19.12.2024 wurde eine Basisversion eines Zentrenmanagements ab 01.01.2025 an die OWT übertragen. Nach Umbau der Büroräumlichkeiten an der Centroallee 269 wird mit Besetzung der beiden Stellen die konkrete inhaltliche Ausgestaltung des Arbeitsbereichs in Angriff genommen.

Im Jahr 2024 herrschte eine unveränderte Nachfrage nach Gewerbe- und Industrieflächen. Das vom Rat der Stadt Ende 2022 verabschiedete Wirtschaftsflächenkonzept diente als Grundlage für die Flächenzuschlüsselung. Unter Berücksichtigung der darin beschriebenen Flächen, erweist sich die Tatsache, dass die OWT bzw. die Stadt Oberhausen derzeit über keine eigenen oder städtischen Flächen zur Vermarktung mehr verfügt, weiterhin als Hemmnis für die Standortvermarktungstätigkeit der OWT. Die starke Abhängigkeit von Dritten mit ihren jeweiligen Einzelinteressen gilt somit unverändert weiter. Derzeit ist noch unklar, wie die Zusammenarbeit und Arbeitsteilung im Gewerbeflächensegment zwischen OWT und der neuen Stadtentwicklungsgesellschaft künftig aussehen wird.

Die Tourismus- und Freizeitwirtschaft in Oberhausen hat sich 2024 nach Rekordwerten im vorausgegangenen Berichtsjahr auf hohem Niveau stabilisiert. Nach Mitteilung von IT.NRW ist die Zahl der Übernachtungsgäste von 272.601 um 2,5 Prozent auf 279.454 gestiegen. Noch nie gab es so viele Gäste-Ankünfte binnen eines Jahres. Im Vergleich zum Rekordjahr 2023 ist die Zahl der Übernachtungen in den hiesigen Beherbergungsbetrieben vom damaligen Rekordwert (608.456) zwar geringfügig um 1,2 Prozent auf 601.438 gesunken. Angesichts des deutlich überproportionalen Wachstums von über 18 Prozent in 2023 gegenüber 2022 zeigte sich der Übernachtungsmarkt unter anhaltend schwierigen Rahmenbedingungen jedoch erfreulich robust. Damit hat Oberhausen zum zweiten Mal hintereinander in seiner noch jungen Geschichte als Städtereiseziel die Marke von jährlich 600.000 Übernachtungen übertroffen und unterstreicht so seine führende Position in der NRW-weiten Tourismusentwicklung. Seit 2010, als Essen und das Ruhrgebiet Kulturhauptstadt Europas waren, legten die Übernachtungen landesweit um 29 Prozent, im Ruhrgebiet um 40 Prozent und in Oberhausen um mehr als 87 Prozent zu.

Profitiert hat das Übernachtungsgeschäft in Oberhausen von der überaus erfolgreichen Ausstellung „Planet Ozean" im Gasometer und der Fußball-Europameisterschaft in den Sommermonaten Juni und Juli. Daneben trugen weitere Großveranstaltungen in der Umgebung, aber auch Oberhausener Attraktionen wie Topgolf, das Westfield Centro und die Rudolf-Weber-Arena sowie saisonale Events wie die Centro Weihnachtswelt, die Eisskulpturen-Ausstellung und gegen Ende des Jahres die Wiedereröffnung des Metronom Theaters zur positiven Tourismusbilanz 2024 bei.

Mit einem stabilen Volumen von 120.676 Übernachtungen und einem Plus von 6,3 Prozent bei den Ankünften auf 63.544 trugen ausländische Gäste zu einem Fünftel zur touristischen Gesamtentwicklung in Oberhausen bei. Den größten Anteil hatten traditionell Übernachtungsgäste aus den Niederlanden (43.815 Übernachtungen), gefolgt von Belgien (8.536), Österreich (6.540), Polen (6.296) und Großbritannien (6.008).

Nachdem die Bettenauslastung 2023 mit 42,9 Prozent erstmals seit 2019 wieder auf dem Niveau von Gesamt-NRW gelegen hatte, entwickelte sich die Belegung im Berichtsjahr 2024 in Oberhausen wieder ungünstiger: Mit 41,0 Prozent gegenüber 43,0 Prozent im Landesschnitt lag die Bettenauslastung um zwei Prozentpunkte unter dem NRW-Mittel. In ihrer 2024 veröffentlichten Untersuchung „Die TOP 100 Städte und Ferienstandorte“ des deutschen Beherbergungsmarkts sieht die renommierte Schollen Hotelberatung GmbH & Co. KG für Oberhausen aktuell ein „Angebots/Nachfrage-Delta“, weil die Bettenzahl seit 2019 deutlich stärker als die Nachfrage gestiegen ist. Die OWT steht mit Stadtentwicklung und Stadtplanung in einem Austausch, um den Aufbau zusätzlicher Hotelkapazitäten möglichst verträglich zu gestalten.

Einen wesentlichen Arbeitsschwerpunkt im Berichtsjahr bildete die Umsetzung der touristischen Digital-Strategie: Seit Mitte 2024 gibt es mit www.oberhausen-tourismus.de ein komplett neues Erlebnis- und Freizeitportal für Oberhausen, das den sich ständig ändernden Anforderungen des Nutzerverhaltens im Internet folgt und für mobile Anwendungen mit Smartphones oder Tablets optimiert ist. Dazu gehören unter anderem Echtzeit-Daten für die möglichst reibungslose Anreise, eine KI-gestützte Übersetzungsfunktion sowie die Integration von Drittanbietern einschließlich direkt buchbarer Übernachtungsmöglichkeiten, Rundfahrten und Führungen. Neu dabei sind außerdem Restaurant-Empfehlungen und ein Onlinekalender für touristische Veranstaltungen in der Stadt. Dieses Angebot ist Teil des landesweiten touristischen OpenData-Systems, was Aktualität und Datenqualität garantiert.

Ebenfalls komplett in das landesweite OpenData-System integriert ist der zur Internationalen Tourismus Börse ITB 2024 veröffentlichte neue Oberhausener CityGuide. Er kann als sogenannte „Progressive Web App“ (PWA) kostenlos auf Smartphones und Tablets geladen und entsprechend genutzt werden. Mit dieser Web-Anwendung erhalten Touristen die Möglichkeit, sich Orts- und Echtzeit-basiert über Sehenswürdigkeiten, Infostellen, Restaurants, Routen für Spaziergänger, ausgewählte Veranstaltungen oder auch Übernachtungsmöglichkeiten zu informieren – abhängig vom eigenen individuellen Standort im Stadtgebiet. Ein Routenplaner, die Anzeige dynamischer Öffnungszeiten, ein Screenreader, umfangreiche Sharing-Funktionen für die eigenen Social-Media-Kanäle sowie eine digitale Merkliste für persönliche Favoriten ergänzen das neue Digital-Angebot der OWT. Im neuen Reisejahr wird die Digitalisierungs-Strategie der Tourismus-Sparte mit der Veröffentlichung einer B2B-Seite unter www.oberhausen-convention.de pünktlich zur ITB 2025 in Berlin und eines Oberhausener-Reise-Blogs im Sommer ihre Fortsetzung finden. Im Auslandsmarketing, insbesondere im wichtigen Quellmarkt Niederlande, aber auch im flämischen Teil Belgiens hat die OWT erneut bei Messen, durch Mailings, mit gezielten Print- und Onlinekampagnen sowie mit facebook- und Instagram-Profilen in niederländischer Sprache einen besonderen Schwerpunkt gesetzt.

Auch im Tagesausflugsverkehr meldeten die Betriebe im Oberhausener Netzwerk der Freizeitwirtschaft 2024 eine hohe Nachfrage und zum Teil sogar Rekordergebnisse. Namentlich die bislang mit weitem Abstand erfolgreichste Gasometer-Ausstellung „Planet Ozean“ und die Attraktionen von Merlin-Entertainments können hier genannt werden. Die Neueröffnung des VR-Erlebnisses Sandbox an der Osterfelder Straße unterstreicht und stärkt gleichermaßen die Attraktivität Oberhausens mit seinem immer dichteren Cluster aus Freizeit-Attraktionen.

Beide Tourist-Informationen – am Hauptbahnhof sowie im Westfield-Centro – profitierten 2024 erneut und gegen den allgemeinen Trend eines eher schwachen Konsumklimas von einer gestiegenen Nachfrage bei Geschenkartikeln, Souvenirs und vor allem beim Ticketing auf der Basis eines stabilisierten Veranstaltungsgeschäfts. Dazu trug im vierten Quartal auch die Wiedereröffnung des Metronom-Theaters als wichtige lokale Spielstätte bei. Gegenüber dem Geschäftsjahr 2023 konnten die Umsätze in der Summe beider Standorte um 12 Prozent gesteigert werden.

III. Lage des Unternehmens

Prägend für das Geschäftsjahr 2024 waren die Abspaltung des OWT-Immobilienbesitzes, die Herauslösung der beiden Tochtergesellschaften TZU GmbH und Gasometer GmbH sowie die Gestaltung des Betriebsübergangs auf die neu gegründete WT Oberhausen, deren Namen nach Verschmelzung der Altgesellschaft mit der LAH GmbH wieder in OWT geändert wurde, als künftige Wirtschafts- und Tourismusförderungsgesellschaft der Stadt Oberhausen. Neben der Ergebniswirksamkeit für 2024 werden die vorgenommenen Strukturveränderungen auch Auswirkungen auf die künftige Geschäftstätigkeit der Gesellschaft haben.

a) Ertragslage

Durch die im Rahmen der Neustrukturierung der Immobiliengesellschaften erfolgte Neugründung der OWT liegen vergleichbare Vorjahreszahlen nicht vor. Dies betrifft auch die nachfolgend dargestellte Vermögenslage. Trotz der zum 01.01.2024 rückwirkenden Abspaltung der immobilienbezogenen Aufgaben sind in einzelnen Finanzpositionen Beträge enthalten, die die übertragenen Geschäftsbereiche betreffen. Diese sind im Laufe des Jahres 2024 verbucht und nach den Beurkundungen entsprechend an die aufnehmenden Unternehmen weiterberechnet worden. Ab 2025 entfallen diese Positionen bei der OWT. Korrekturbuchungen für im Rahmen der Bilanzerstellungen notwendig gewordene Anpassungen sind unter den sonstigen betrieblichen Erträgen und den sonstigen betrieblichen Aufwendungen berücksichtigt.

Das Jahresergebnis der OWT des Geschäftsjahres 2024 weist einen Jahresfehlbetrag von T€ 1.856 aus.

Die Umsatzerlöse liegen bei insgesamt T€ 2.488. Hierin sind die Umsätze aus der Geschäftsbesorgung mit der ENO mit T€ 600 enthalten. Unter Berücksichtigung der finanziellen Möglichkeiten der ENO wurde die im Jahr 2019 erstmalig durchgeführte Reduzierung des Auftragsvolumens beibehalten. In dem genannten Gesamtbetrag sind unterjährig verbuchte Umsätze für Geschäftsbesorgungen gegenüber TZU GmbH und Gasometer GmbH mit T€ 443 enthalten.

Die sonstigen betrieblichen Erträge liegen bei T€ 250. Für bilanzielle Korrekturbuchungen gegenüber der LAH-Abspaltung sind hierin T€ 64 enthalten.

In den sonstigen betrieblichen Aufwendungen von insgesamt T€ 1.325 sind Korrekturbuchungen der Abspaltungsbilanzen LAH bzw. Stadt Oberhausen in einer Gesamthöhe von T€ 252 enthalten.

Der Zinsaufwand von T€ 10 betrifft in voller Höhe Darlehen, die im Rahmen der Umstrukturierung auf die Stadt Oberhausen übergegangen sind.

b) Vermögenslage

Die Bilanzsumme zum 31.12.2024 beträgt T€ 2.566. Der Jahresfehlbetrag soll auf neue Rechnung vorgetragen werden. Die Kapitalrücklage wurde durch die Zuschusszahlungen der Gesellschafterin Stadt Oberhausen gestärkt. Das Eigenkapital zum Bilanzstichtag beträgt T€ 1.638.

Unter den Guthaben bei Kreditinstituten sind noch T€ 5 für die Coronahilfe Stadtgutscheine enthalten, die die OWT treuhänderisch für die Stadt Oberhausen verwaltet.

Das Vermögen der OWT ist trotz der Abgabe des Immobilienbestands an die neuen Immobiliengesellschaften weiterhin durch umfängliche liquide Mittel und eine hohe Eigenkapitalquote von 63,84% geprägt. Die Gesellschaft war im Berichtszeitraum jederzeit in der Lage, ihren finanziellen Verpflichtungen nachzukommen.

Das von der Stadt Oberhausen über die OWT und die OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH an die PBO Projektentwicklungsgesellschaft Oberhausen mbH durchgereichte Liquiditätsdarlehen von T€ 1.240 wurde im Rahmen der Umstrukturierungen ebenfalls von den Immobiliengesellschaften übernommen. Bei der OWT wird dieses Darlehen nicht mehr bilanziert.

IV. Berichterstattung über Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung der Gesellschaft

Die demografischen Veränderungen, im Wesentlichen gekennzeichnet durch weniger junge Menschen, einer erhöhten Zuwanderung aus dem Ausland und einer stark alternden Gesellschaft machen das Thema Fachkräfteentwicklung in seiner gesamten Bandbreite von der Ausbildung über die Integration von Zugewanderten, die Flexibilisierung und familienfreundliche Gestaltung der Arbeitswelt bis hin zur Weiterbildung und möglichst langen Weiterbeschäftigung auch rentenberechtigter Personen zu einem immer relevanteren Arbeitsfeld der Wirtschaftsförderung. Auch und besonders die für Oberhausen sehr relevanten Betriebe der Tourismus- und Freizeitwirtschaft – insbesondere in der Gastronomie – beklagen in zunehmendem Maße einen Mangel an Fachkräften und Aushilfen.

Der zunehmende Mangel an zur Verfügung stehenden Wirtschaftsflächen sowie insgesamt durch globalen Protektionismus und konjunkturelle Schwierigkeiten in Deutschland ungünstiger werdende wirtschaftliche Rahmenbedingungen sowie sich günstiger entwickelnde Standortkosten im direkten Umland werden zusätzliche Entwicklungsimpulse durch Neuansiedlungen künftig immer weniger spürbar werden lassen.

Um diese Entwicklungen aufzugreifen, hat die Wirtschaftsförderung sich bereits 2021 strategisch neu ausgerichtet. So wurden die bisherigen Arbeitsschwerpunkte um die Themenfelder „Nachhaltiges Wirtschaften“ und „Arbeit und Fachkräfte“ ergänzt. Im Jahr 2024 wurde die Branchenstruktur in Oberhausen durch die Strategieberatung Moduldrei GmbH untersucht und Handlungsempfehlungen für eine künftige Ausrichtung der Arbeit der OWT gemacht. Neben der Weiterentwicklung des Leitmarktes Shopping/Entertainment/Tourismus gehören auch die Bauwirtschaft, die Themen Circular Economy und Gründerökosystem, das Zentrenmanagement sowie eine Betrachtung der Gesundheitswirtschaft als starkem Arbeitgeber in Oberhausen auf die Agenda. Insgesamt sollte nach den Vorstellungen der Gutachter der Netzwerkarbeit innerhalb der Stadt sowie im regionalen und überregionalen Maßstab seitens der Wirtschaftsförderung mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden. Beachtenswert ist, dass damit die bei der Gründung der OWT aus dem Aufgabenkanon gestrichenen Tätigkeiten der Gründerberatung des Citymanagements auch auf politischen Wunsch zumindest in ähnlicher Form wieder auf die OWT übertragen wurden.

Das seitens der Stadtverwaltung Oberhausen erarbeitete Konzept zur Strukturierung des Immobilienbesitzes innerhalb des „Konzerns Stadt“ wurde größtenteils in 2024 umgesetzt. Dadurch wurden die im Eigentum der Stadt und der städtischen Töchter befindlichen Immobilien und Grundstücke neu geordnet. Die OWT hat ihre bisher selbst gehaltenen Immobilien und Grundstücke u.a. an eine Stadtentwicklungsgesellschaft abgegeben. Der damit verbundene Einnahmeverlust wird künftig durch eine Erhöhung des Zuschusses kompensiert. In Folge dieser Umstrukturierungen, die zu einer Reduzierung des Eigenkapitals der OWT geführt haben, wird jedoch deutlich, dass die OWT bei konstanter Zuschusszahlung und den aus eigener Kraft zu erzielenden Einnahmen nur noch kurzfristig eine Ergebnisvakanz aus eigenen Mitteln ausgleichen kann. Die weiterhin bestehende Kürzung des Auftragsvolumens mit der Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH – ENO von insgesamt T€ 250 wirkt sich hierbei zusätzlich als problematisch aus. Da sich bei der ENO im Vergleich zu den Vorjahren inzwischen eine Verbesserung der Eigenkapitalausstattung eingestellt hat, besteht für die kommenden Jahre die Möglichkeit mit der ENO zu prüfen, ob eine Erhöhung des Geschäftsbesorgungsbetrages kurz- bis mittelfristig möglich ist.

Der Gesellschaft stehen durch die Zuführung der Gesellschafterin Stadt Oberhausen für die derzeitigen Aufgaben aktuell noch ausreichende Mittel zur Verfügung, um die finanziellen Risiken tragen zu können. Die gemäß des städtischen Haushaltssicherungskonzeptes ab 2024 vorgesehenen Kürzung des Zuschusses an die OWT in Höhe von 120.000 € beschleunigt den Verzehr des Eigenkapitals. Auch die für 2025 zu erwartende Erhöhung der Personalausgaben in Folge des anstehenden Tarifabschlusses im öffentlichen Dienst schränkt den finanziellen Handlungsspielraum weiter ein. Die mit Wirkung zum 1.1.2025 übertragene Zuständigkeit für das Zentrenmanagement in Alt-Oberhausen, Sterkrade und Osterfeld ist mit einer Zuschusserhöhung für Personal und Sachkosten verbunden. Sollten zukünftig zusätzliche Aufgaben wie zum Beispiel die Ausweitung von Gründungsaktivitäten, die Betreuung des Stadtmarketings oder eine Ausweitung des neu gegründeten Convention-Bereichs übernommen werden, müsste je nach Umfang eine Aufstockung der personellen und finanziellen Ressourcen erfolgen. Spätestens im Verlauf des Jahres 2026 ist es zur Erhaltung des derzeitigen Leistungsspektrums der OWT erforderlich, die strukturell vorhandene Deckungslücke durch eine Erhöhung des Zuschusses zu schließen sowie eine dynamische Erhöhung des Zuschusses, um die tatsächliche Kostensteigerung vorzusehen.

Die aufgrund der in den vergangenen Jahren signifikant gestiegenen Kosten für Papier, Verteilung und Personal führten zu einem steigenden Defizit bei der Erstellung des Stadtmagazins Oh!, welches von der OWT herausgegeben wird. Durch eine deutliche Erhöhung der Kostenbeteiligung der beteiligten Kooperationspartner sowie Kostenoptimierungen konnte das Defizit für die Jahre 2024 und 2025 reduziert werden. Bedingung seitens der Partner für die Erhöhung war eine Neukonzeptionierung des Magazins im Verlauf des Jahres 2025. Ein neu konzipiertes und wirtschaftlich stabilisiertes Magazin wird sich positiv auf das Standortimage auswirken und aufgrund der angestrebten Kostendeckung die finanzielle Situation der OWT entlasten.

Abgeschlossen hat die Tourismus-Sparte im Berichtsjahr ihre organisatorischen, personellen und inhaltlichen Vorbereitungen für ein eigenes Convention-Büro, das Anfang 2025 auch offiziell seine Arbeit aufgenommen hat. Der strategische Ausbau des Convention- und Incentive-Geschäfts soll nachhaltig zur Profilierung Oberhausens als Kongress- und Veranstaltungsdestination für Firmen, Verbände und andere Organisationen beitragen. Die OWT blickt zuversichtlich auf das neue Reisejahr 2025. Die dynamische Entwicklung der vergangenen Monate stellt eine hervorragende Ausgangslage für die weitere touristische Entwicklung in Oberhausen dar. Die Neueröffnung der Ausstellungshalle OBEX sowie der geplante Baubeginn für Karls Erlebnisdorf im ehemaligen Centro-Park unterstreichen diese Perspektive. Bereits im Vorfeld der FISU World-Games im Juli 2025 in der Rhein-Ruhr-Region ist eine verstärkte Nachfrage im Übernachtungsgeschäft spürbar, die an die positive Entwicklung der Fußball-EM anknüpfen könnte.

Die erfolgreiche Bewerbung Oberhausens um den GTM Germany Travel Mart 2026, die größte und bedeutendste Veranstaltung für den internationalen Deutschland-Tourismus, die durch die DZT – Deutsche Zentrale für Tourismus in Oberhausen mit Unterstützung der OWT ausgerichtet wird, positioniert unsere Stadt noch einmal stärker auf der touristischen Landkarte. Die Ausrichtung des Kongresses birgt die Chance, in den darauffolgenden Monaten und Jahren noch einmal deutliche Steigerungen bei den Gästezahlen verzeichnen zu können. Auch die für Anfang 2026 avisierte Eröffnung von Karls Erlebnisdorf unterstützt diesen Positivtrend.

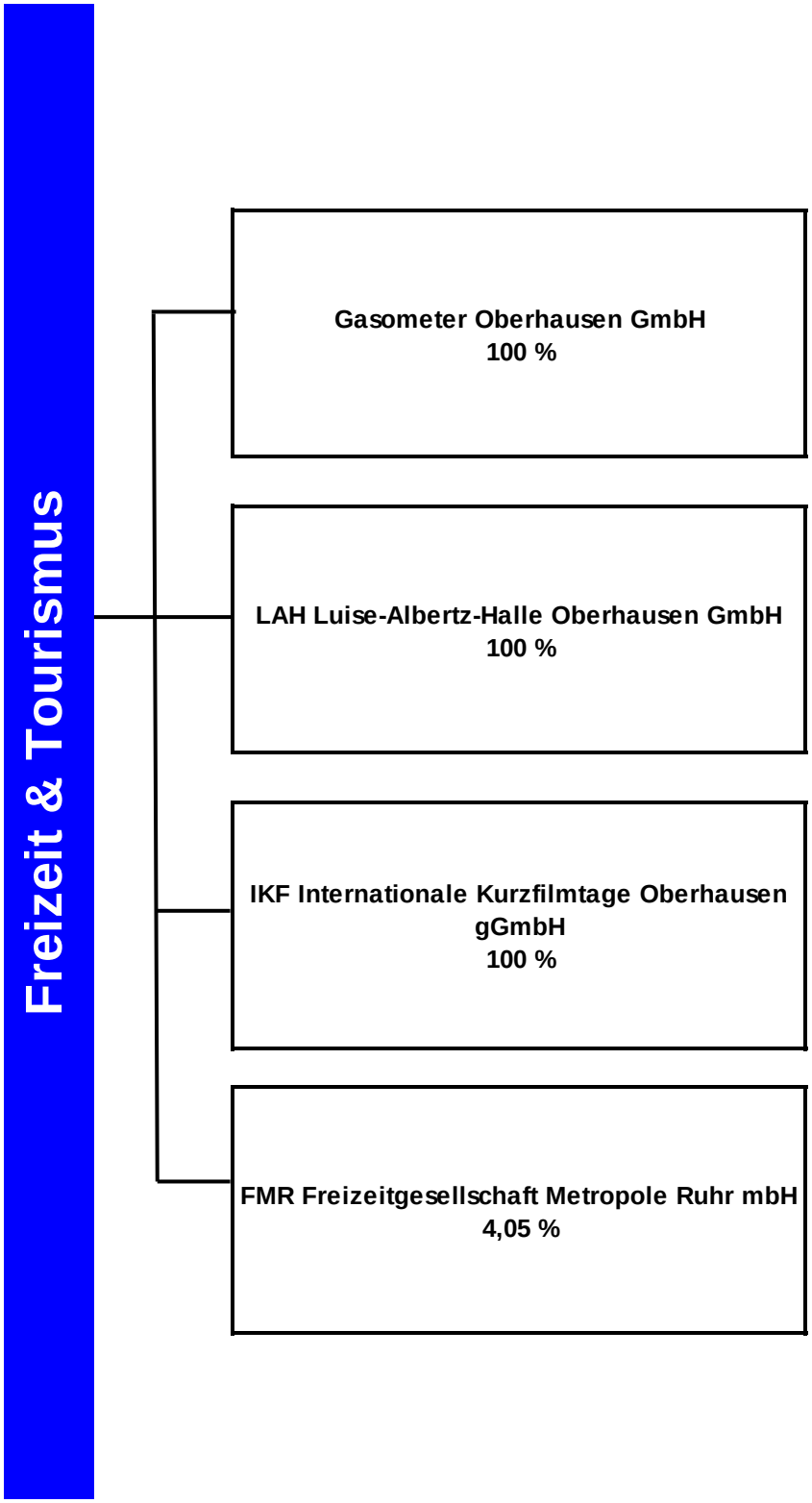
Die Geschäftsführung schlägt vor, den Jahresfehlbetrag 2024 von T€ 1.856 auf neue Rechnung vorzutragen.

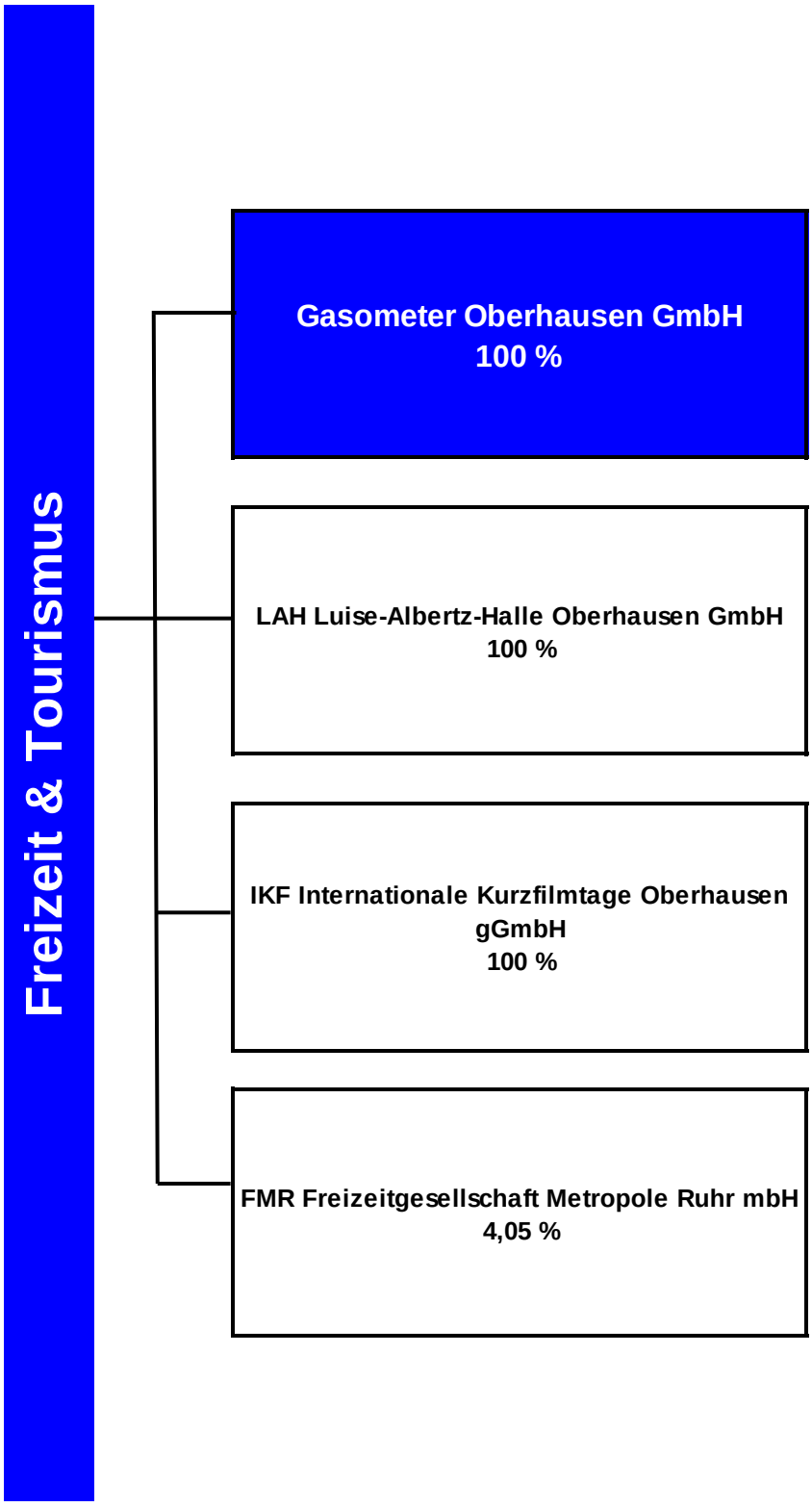
Oberhausen, 27. März 2025

Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung GmbH (OWT)

Dr. Andreas Henseler
Geschäftsführer

Freizeit und Tourismus - unmittelbare Beteiligungen -




Freizeit & Tourismus
Gasometer Oberhausen GmbH
100 %
LAH Luise-Albertz-Halle Oberhausen GmbH
100 %
IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH
100 %
FMR Freizeitgesellschaft Metropole Ruhr mbH
4,05 %

Gasometer Oberhausen GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift:	Essener Str. 3 46047 Oberhausen
Kontakt:	
Telefon	0208/85037-30
Fax	0208/85037-33
e-Mail	info@gasometer.de
Internet	http://www.gasometer.de
Rechtsform:	GmbH
Stammkapital in T€:	26,00

Gesellschafter:	**T€**	**%**
Stadt Oberhausen	26,00	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Betrieb und Verwaltung des Gasometers.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

Stadt Oberhausen	Mietvertrag Gasometer vom 17.12.2009/21.12.2009
Stadt Oberhausen	Überlassungsvertrag Gasometer vom 17.10.1995/18.10.1995
Stadt Oberhausen	Vertrag vom 25.10.1995 über den Betrieb und die Verwaltung des Gasometers

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2024)

Geschäftsführung:	Geschäftsführerin	Schmitz, Jeanette
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Tsalastras, Apostolos
Aufsichtsrat:	Vorsitzender	Janetzki, Maximilian
	stellv. Vorsitzende	Wolter, Marita
	Mitglied	Bruckhoff, Peter
	Mitglied	Schranz, Daniel
	Mitglied	Scherer, Axel
	Mitglied	Bajric, Albin
	Mitglied	Prellwitz, Marijke

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2022		2023		2024	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Anlagevermögen	607,42	9,7	864,90	10,7	767,29	5,4
Umlaufvermögen	5.683,50	90,3	7.183,82	89,2	13.364,76	94,6
Rechnungsabgrenzungsposten	3,11	0,0	0,71	0,0		
Bilanzsumme	**6.294,03**	**100,00**	**8.049,44**	**100,00**	**14.132,05**	**100,00**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	5.143,57	81,7	6.411,84	79,7	10.685,52	75,6
Rückstellungen	333,75	5,3	853,41	10,6	2.566,26	18,2
Verbindlichkeiten	766,71	12,2	320,65	4,0	880,27	6,2
Rechnungsabgrenzungsposten	50,00	0,8	463,54	5,8		
Bilanzsumme	**6.294,03**	**100,00**	**8.049,44**	**100,00**	**14.132,05**	**100,00**

bb) GuV

	2022	2023	2024
	T€	**T€**	**T€**
Umsatzerlöse	4.764,93	4.319,61	9.836,09
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	-512,40	298,03	231,49
sonstige betriebliche Erträge	969,87	555,16	957,74
Materialaufwand	983,27	1.887,72	2.439,72
Personalaufwand	808,85	812,74	939,76
Abschreibungen	71,23	105,27	151,27
sonstige betriebliche Aufwendungen	2.212,46	618,35	944,01
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,00	69,26	187,94
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	1.146,59	1.817,99	6.738,50
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		529,86	2.445,39
sonstige Steuern	19,86	19,86	19,86
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	1.126,73	1.268,27	4.273,25
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	2.575,41	3.702,14	4.970,41
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	3.702,14	4.970,41	9.243,66

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2022	31.12.2023	31.12.2024	Angaben in
Umsatzrentabilität:	23,65	29,36	43,44	%
Eigenkapitalrentabilität:	78,17	87,99	296,37	%
Cash-Flow:	1.197,97	1.373,54	4.424,51	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	1.740,80	862,13	1.837,55	T€
Personalaufwandsquote:	15,49	15,71	8,52	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2022	31.12.2023	31.12.2024	Angaben in
Sachanlagenintensität:	9,65	10,74	5,43	%
Eigenkapitalquote:	81,72	79,66	75,61	%
Fremdkapitalquote:	18,28	20,34	24,39	%
Anlagendeckungsgrad 2	846,80	741,34	1392,63	%
Verschuldungsgrad	22,37	25,54	32,25	%

e) Lagebericht

Das Geschäftsjahr 2024 wurde geprägt durch die erfolgreiche Ausstellung „Planet Ozean“, die am 14. März 2024 eröffnet wurde.

Ertragslage

Bis zum Ende des Geschäftsjahres 2024 konnten 916.156 Besucherinnen und Besucher in der Ausstellung „Planet Ozean“ gezählt werden. Damit ist „Planet Ozean“ die bislang erfolgreichste Ausstellung, die die Gasometer Oberhausen GmbH je durchgeführt hat. Gleichzeitig ist es die erfolgreichste Einzelausstellung in der Bundesrepublik im Jahr 2024.

Dementsprechend hoch waren auch die Einnahmen aus Eintrittsgeldern, die bei 9.168.243 € lagen und damit um 5.079.855,11 € über den Einnahmen aus dem Berichtsjahr 2023. Weitere Einnahmen wurden unter anderem aus der Vermietung der Gastronomie und des Bookshops erzielt sowie der Beteiligung an dem Verkauf der Audioguides. Insgesamt ergaben diese Positionen Einnahmen in Höhe von knapp 380.345 €. Hinzu kamen Einnahmen aus Sponsorengeldern, so dass die Umsatzerlöse für das Geschäftsjahr 2024 insgesamt 9.836.088 € betrugen. Die sonstigen betrieblichen Erträge in Höhe von 957.738 € setzten sich in erster Linie aus dem Zuschuss des RVR zur Gebäudeunterhaltung in Höhe von 370.134 €, der Vorverkaufsgebühr aus dem Verkauf der Tickets im Onlineshop in Höhe von 269.407 € sowie der Auflösung der Rückstellung (303.000 € = 2 % der Fördermittel) für potenzielle Rückforderungen aus der Förderung für die Sanierung, zusammen. Die Prüfung des Verwendungsnachweises durch das Bundesministerium hatte keinerlei Beanstandungen ergeben.

Auch die Aufwandseite zeigt gegenüber dem Vorjahr erhebliche Veränderungen. Insbesondere die Aufwendungen für bezogene Leistungen sind mit 2.364.631 € um 517.347 € höher als im Jahr 2023, was in erster Linie auf Produktionskosten für „Planet Ozean“ in Höhe von 1.210.674 € (2023: 875.047 €) zurückzuführen ist. Die Strom-kosten stiegen aufgrund des höheren Verbrauchs in der Ausstellung und der gestiegenen Kosten um 28.030 € auf 71.315 €.

Die sonstigen Aufwendungen für bezogenen Leistungen, die unabhängig von einer Ausstellung anfallen und somit den Gesellschaftskosten zuzuordnen sind, beliefen sich auf 502.279 € und lagen damit um ca. 90.000 € über den Vergleichskosten im letzten Jahr. Kostensteigerungen hier bezogen sich insbesondere auf den Wach- und Hausmeisterdienst sowie Reparaturkosten.

Durch die tariflichen Abschlüsse, die Erhöhung des Mindestlohns und dem Einsatz von mehr Personal aufgrund des großen Besucherandrangs stieg der Personalaufwand um 127.022 € gegenüber dem Vorjahr. Insgesamt wurden sieben festangestellte Mitarbeiter*innen und 68 Aushilfskräfte beschäftigt.

Die Abschreibungen auf Sachanlagen stiegen um 46.689 € auf 151.266,80 €, bedingt durch den Kauf von acht Projektoren der Firma Epson im Vorjahr.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen lagen mit 944.011 € deutlich über den Kosten des Vorjahres in Höhe von 618.353 €. Ursache hier ist der wesentlich höhere Aufwand für den Zahlungsverkehr (225.436 € über dem Vorjahr) aufgrund des großen Besucherandrangs.

Das Ergebnis der Gesellschaft ist im Geschäftsjahr 2024 mit 2.445.393 € mit Ertragsteuern belastet (Vorjahr: 529.858 €).

Laut der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2024 liegt der Gewinn der Gesellschaft nach Steuern bei 4.273.247 €.

Vermögenslage

Das Anlagevermögen auf der Aktivseite beläuft sich zum Stichtag auf 767.292 € und damit -aufgrund von Abschreibungen- um knapp 100.000 € unter dem Ergebnis des Vorjahres.

Die unfertigen Leistungen in Höhe von 1.148.486 € beinhalten in erster Linie die Produktionskosten für die Ausstellung „Planet Ozean“ in Höhe von 1.113.764 €.

Die Position Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände lag im Vergleich zum Vorjahr um ca. 533.000 € höher. Dies ist insbesondere auf erhöhte Forderungen aus Lieferungen und Leistungen der Reseller und Partner, der Ruhrtopcard und einer USt-Rückforderung zurückzuführen, die aufgrund des Gesellschafterwechsels und der damit verbundenen Auflösung der USt-Organschaft mit der OWT entstanden ist.

Der Bestand an flüssigen Mitteln hat sich auf 11.085.121 € erhöht.

Der Bilanzgewinn auf der Passivseite beläuft sich auf 9.243.659 €. Die Rückstellungen sind geprägt von Steuerrückstellungen in Höhe von 2.534.912 €. Sie betreffen die Veranla-gungszeiträume 2023 und 2024.

Die Verbindlichkeiten liegen bei 880.270 €. Insbesondere die sonstigen Verbindlichkeiten in Höhe von 665.876 € schlagen hier zu Buche, die aus der USt-Verbindlichkeit aufgrund des Gesellschafterwechsels resultieren.

Für die Gasometer Oberhausen GmbH war das Geschäftsjahr 2024 überaus erfolgreich. Die Geschäftsführung wird der Gesellschafterversammlung vorschlagen, den Gewinn in Höhe von 4.273.247 € auf neue Rechnung vorzutragen.

Finanzlage

Die flüssigen Mittel zum 31.12.2024 belaufen sich auf 11.085.121 € und betragen damit 78,44 % der Bilanzsumme. Das Eigenkapital beträgt 75,61% der Bilanzsumme.

Die Gesellschaft hat durch den großen Erfolg der Ausstellung „Planet Ozean“ in den ersten 9 Monaten so hohe Einnahmen erzielen können, dass die Finanzierung der nächsten Ausstellung schon heute gesichert ist.

Ausblick

Die aktuelle Ausstellung „Planet Ozean“ wurde verlängert und läuft nun noch bis zum 30. November 2025. Gleichzeitig wird an einer neuen Ausstellung mit dem Titel „Mythos Wald“ gearbeitet. Die neue Ausstellung soll im Frühjahr 2026 eröffnet werden und wird mit der Internationalen Gartenausstellung Ruhrgebiet (IGA), die in 2027 im Ruhrgebiet stattfinden wird, kooperieren.

Der Verwendungsnachweis für die Sanierung des Gasometers wurde geprüft und nicht beanstandet. Damit ist die Sanierung des Gasometers offiziell abgeschlossen. Bei der laufenden Überprüfung des Gasometers wurden jedoch wieder kleinere Korrosionsschäden an diversen Umläufen und am alten Aufzug gefunden. Diese wurden der Korrosions-schutzfirma Rodopi angezeigt und sollen im Rahmen der Gewährleistung beseitigt werden.

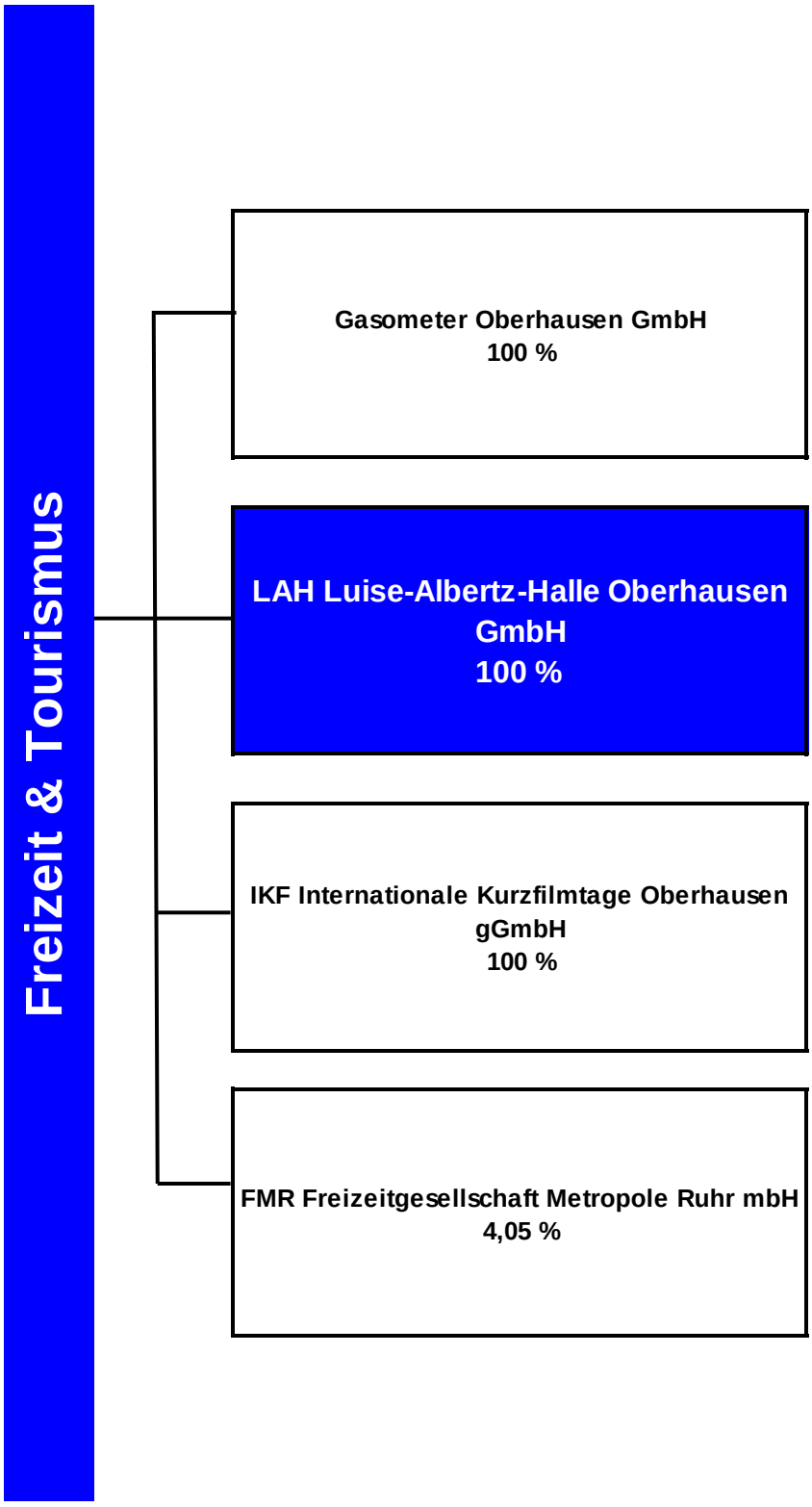
Die überaus große Besucherresonanz bei „Planet Ozean“ hat gezeigt, dass die sanitären Anlagen auf dem Gasometer-Gelände nicht ausreichend sind und dringend erweitert werden müssen. Das Architektur-Büro LLA (Lindner Lohse Architekten) wurde mit einer ersten Planung eines ergänzenden Sanitärgebäudes beauftragt. Der Bau eines solchen Gebäudes könnte während der Aufbauphase zur nächsten Ausstellung erfolgen. Nachgedacht wird auch über die Errichtung eines Verwaltungsgebäudes für die Gesellschaft auf dem Gelände der Lagerhalle. Die Baumaßnahmen könnten aus den Eigenmitteln der Gasometer Oberhausen GmbH finanziert werden.

Anhand des Jahresabschlusses 2024 ist erneut deutlich geworden, wie eng die wirtschaftliche Situation der Gesellschaft mit dem Erfolg der jeweiligen Ausstellung verknüpft ist und wie schnell eine weniger erfolgreiche Ausstellung oder eine Zeit ohne Ausstellungen die Gesellschaft in finanzielle Schwierigkeiten bringen kann. Umso wichtiger ist es, dass bei erfolgreichen Ausstellungen die generierten Einnahmen im Unternehmen verbleiben und einer Rücklage zugeführt werden können. Nur so kann gesichert werden, dass in wirtschaftlich schwierigen Jahren die Gasometer Oberhausen GmbH nicht sofort in ihrer Existenz bedroht ist.

Oberhausen, 07. April 2025

Gasometer Oberhausen GmbH

Jeanette Schmitz
Geschäftsführerin


Freizeit & Tourismus
Gasometer Oberhausen GmbH
100 %
LAH Luise-Albertz-Halle Oberhausen GmbH
100 %
IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH
100 %
FMR Freizeitgesellschaft Metropole Ruhr mbH
4,05 %

LAH Luise-Albertz-Halle Oberhausen GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Düppelstraße 1
46045 Oberhausen

Kontakt:

Telefon	0208 / 859080
Fax	0208 / 8590811
e-Mail	info@luisealbertzhalle.de
Internet	www.luisealbertzhalle.de
Rechtsform:	GmbH

Rechtsform:	GmbH
Stammkapital in T€:	25,00

Gesellschafter:	**T€**	**%**
Stadt Oberhausen	25,00	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

1. Der Betrieb von Veranstaltungshäusern und Veranstaltungs-Einrichtungen in Oberhausen, insbesondere der Luise-Albertz-Halle.
2. Die Luise-Albertz-Halle ist eine öffentliche Einrichtung im Sinne des § 8 GO NRW. Sie dient als Veranstaltungs-, Versammlungs-, Kultur- und Bildungsstätte und steht allen Bürgerinnen und Bürgern der Stadt zu diesen Zwecken zur Benutzung offen.
3. Zu den Aufgaben des Unternehmens gehören kulturelle, wirtschaftliche, wissenschaftliche, gesellschaftliche, sportliche und unterhaltende
Veranstaltungen, sowie Märkte, Ausstellungen und Messen und die Durchführung von Veranstaltungen aller Art im eigenen und im fremden Namen.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

CCO Eventgastronomie GmbH	Verlängerung vom 22.06.2023
Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH	Pachtvertrag über die Luise-Albertz-Halle vom 14.02.2025 (mit Rückwirkung zum 01.01.2024)

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2024)

Geschäftsführung:		Schaugg, Willi
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Tsalastras, Apostolos
Aufsichtsrat:	Vorsitzende	Bongers, Sonja
	stellv. Vorsitzender	Broß, Klaus Dieter
	Mitglied	Bruckhoff, Peter
	Mitglied	Willecke, Thomas
	Mitglied	Girrullis, Sebastian

Mitglied	Höppner, Chris
Mitglied	Salwik, Claudia

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

bb) GuV

	2024
	T€
Umsatzerlöse	1.027,74
sonstige betriebliche Erträge	21,82
Materialaufwand	882,58
Personalaufwand	544,38
Abschreibungen	52,11
sonstige betriebliche Aufwendungen	469,21
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	6,27
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-905,00
sonstige Steuern	95,49
Erträge aus Verlustübernahmen	915,98
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	-84,51
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	-84,51

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2024	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-97,35	%
Eigenkapitalrentabilität:	-1.183,83	%
Cash-Flow:	-948,38	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	116,62	T€
Personalaufwandsquote:	51,87	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	Angaben in
Sachanlagenintensität:	%
Eigenkapitalquote:	%
Fremdkapitalquote:	%

e) Lagebericht

Die im Jahr 1962 eingeweihte Luise-Albertz-Halle wurde als öffentliche Einrichtung im Sinne des §8 der GO NRW als Veranstaltungs- und Tagungszentrum sowie als Erholungs-, Versammlungs-, Kultur- und Bildungsstätte gewidmet. Bis zum 31.12.2023 wurde das Kongresszentrum von der Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH (LAH) betrieben. Durch den Abspaltungs- und Übernahmevertrag vom 20.08.2024 wurde der Betrieb der Veranstaltungsstätte rückwirkend zum 01.01.2024 auf die neu gegründete LAH Luise-Albertz-Halle Oberhausen GmbH übertragen. Die bisherige LAH Tagungs- und Veranstaltungszentrum OB GmbH übernimmt Im Rahmen des Konzeptes zur Neuordnung von Immobilien im Konzern Stadt Oberhausen mit dem Jahr 2024 die Funktion einer Stadtentwicklungsgesellschaft (künftige GEO Grundstücksentwicklungsgesellschaft Oberhausen GmbH).

Das Eigentum an der Stadthalle, für die ein Erbbaurecht der Stadt Oberhausen besteht, verbleibt bei der zukünftigen GEO. Rückwirkend zum 1.1.2024 wurde ein Pachtvertrag zur Überlassung des Gebäudes zwischen der Luise-Albertz-Halle Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH (zukünftig GEO) als Verpächterin der LAH und der Luise-Albertz-Halle Oberhausen GmbH (LAH neu) als Pächterin abgeschlossen.

Alleinige Gesellschafterin der LAH (neu) ist die Stadt Oberhausen. Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb von Veranstaltungshäusern und Veranstaltungs-Einrichtungen in Oberhausen, insbesondere der Luise-Albertz-Halle. Zu den Aufgaben der LAH Luise-Albertz-Halle Oberhausen GmbH gehören kulturelle, wirtschaftliche, wissenschaftliche, gesellschaftliche, sportliche und unterhaltende Veranstaltungen, sowie Märkte, Ausstellungen und Messen und die Durchführung von Veranstaltungen aller Art im eigenen und im fremden Namen. Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck gefördert werden kann.

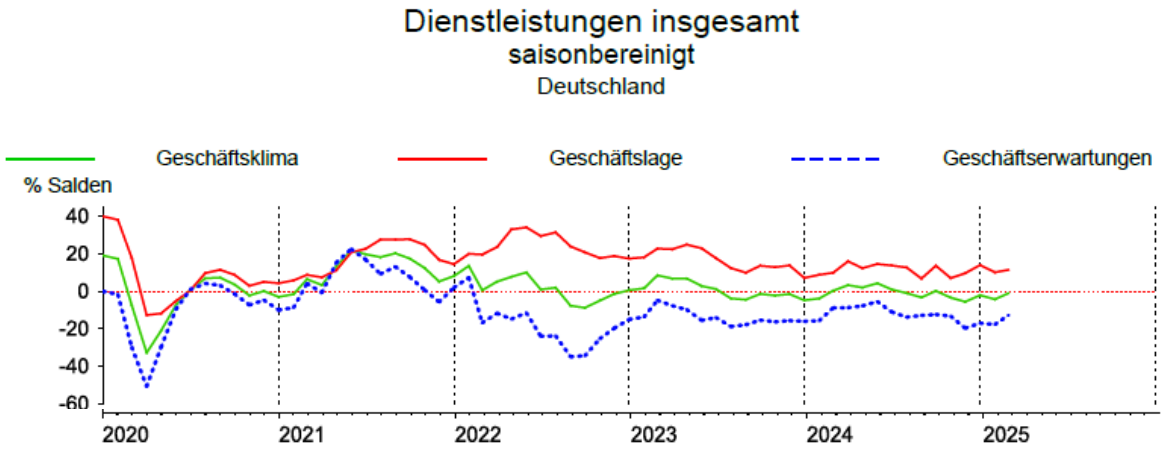
Mit dieser Aufgabenstellung erfüllt die Gesellschaft Aufgaben im Rahmen der öffentlichen Daseinsvorsorge gemäß § 107 Abs. 2 Gemeindeordnung NRW (nichtwirtschaftliche Betätigung). Der Zwecksetzung nach dem Gesellschaftsvertrag ist die Gesellschaft in allen Geschäftsfeldern nachgekommen.

A. Gesamtwirtschaftliches Umfeld und Geschäftsverlauf

Deutschland befindet sich weiter in einer Rezession: Im Jahr 2024 liegt das deutsche Bruttoinlandsprodukt (BIP) preisbereinigt um 0,2 Prozent niedriger als im Vorjahr. Schon im Vorjahr ging die Wirtschaftsleistung um 0,3 Prozent zurück. Dass die Wirtschaft in Deutschland zwei Jahre in Folge schrumpft, kam zuletzt vor 20 Jahren vor.

Nach Aussage des statistischen Bundesamtes sind die Probleme, mit denen die deutsche Wirtschaft kämpft, vielfältig. Deutschland sei als exportorientierte Volkswirtschaft besonders von der allgemeinen weltwirtschaftlichen Schwäche der letzten Jahre betroffen, welche unter anderem durch die Folgen des Krieges in der Ukraine und anderen geopolitischen Spannungen verstärkt würden. Auch die Folgen der in den letzten beiden Jahren hohen Inflation belasteten die deutsche Wirtschaft weiterhin. Zudem müssten die deutschen Unternehmen den Umbau hin zu einer CO2-neutralen Wirtschaft bewältigen und sich an die Folgen des demografischen Wandels anpassen.

Der Dienstleistungssektor Handel, Verkehr, Gastgewerbe, dem die Veranstaltungswirtschaft zugerechnet wird, stagniert im Jahr 2024 gegenüber dem Vorjahr sowohl in Hinsicht auf das BIP als auch bei der Bruttowertschöpfung. (Quelle: ifo Schnelldienst, Sonderausgabe Dez. 2024). Als kleinen Lichtblick vermerkt die ifo-Analyse eine Stabilisierung beim privaten Konsum, hervorgerufen durch ein Sinken der Inflation mit der Folge einer gesteigerten Kaufkraft. Das würde im Programm der LAH vor allem den Bereich der Tournee- und Konzertveranstaltungen sowie Bälle und Events stärken.

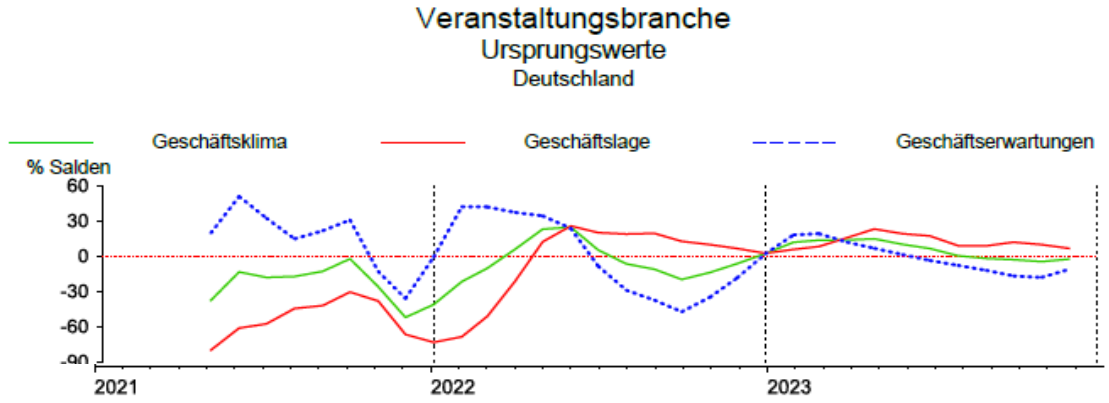


Das Geschäftsklima im Dienstleistungssektor zeigt sich über das gesamte Jahr 2024 ohne einheitliche Tendenz. Die aktuelle Geschäftslage wird dabei stets besser eingeschätzt als die Geschäftserwartung. Das Geschäftsklima entwickelt sich mit einer leicht negativen Tendenz zwischen den beiden Werten.

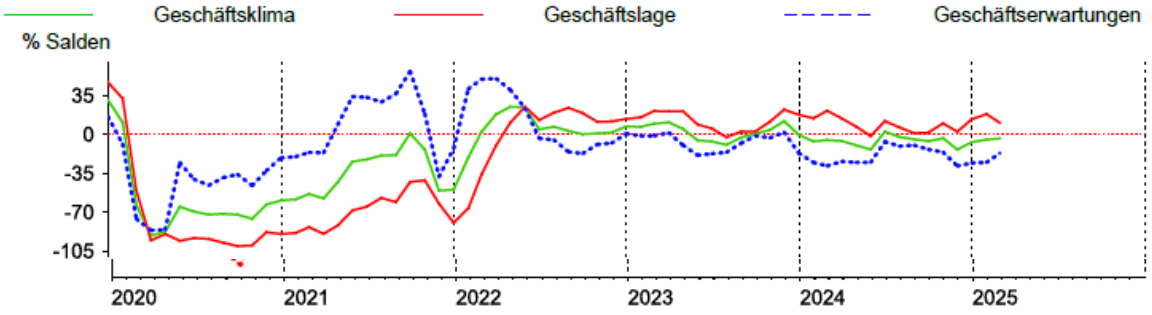
Branchenspezifische Rahmenbedingungen

Seit Mai 2021 gibt es den ifo-Geschäftsklimaindex für die Veranstaltungsbranche. In der ersten Jahreshälfte 2023 fallen die Geschäftserwartungen der Unternehmen noch mehrheitlich zuversichtlich aus, auch das Geschäftsklima liegt im positiven Bereich. Mitte 2023 trüben sich die Erwartungen jedoch spürbar ein, seit September 2023 ist das Geschäftsklima in den

negativen Bereich gefallen. Die gesamtwirtschaftliche Eintrübung spiegelt sich in einer vermehrten Konsumzurückhaltung wider, die auch die Veranstaltungsbranche zu spüren bekommt (Quelle: ifo Schnelldienst 11/2023).



Nach der letzten Auswertung aus dem März 2025 ist das Geschäftsklima in der Veranstaltungsbranche im ersten Quartal 2024 noch in den positiven Bereich angestiegen, um seither kontinuierlich abzusinken. Der Wert für den Dezember 2024 liegt bei – 16,7, der Ausgangswert im Januar lag bei + 1,4. Dabei wird die aktuelle Geschäftslage (- 3,1) noch besser beurteilt als der Erwartungswert für die Zukunft (- 15,1).



Die Luise-Albertz-Halle Oberhausen GmbH erzielt den Großteil ihres Geschäftsvolumens mit Tagungsveranstaltungen. Dazu zählen Kongresse, Tagungen, Seminare, Bildungs- und Prüfungsveranstaltungen. Weitere Schwerpunkte im Jahresprogramm sind Social-Events wie Bälle, Empfänge, Feiern oder Karnevalsveranstaltungen. In geringerem Umfang tragen Kultur- und Konzertveranstaltungen sowie Messen und Ausstellungen zum Ergebnis bei.

Während der Pandemie haben der große Anteil an Ausbildungs- und Prüfungsveranstaltungen sowie städtische Sitzungen das Geschäft der LAH nachhaltig gestützt. Im Verlauf des Jahres 2022 konnte mit dem Auslaufen der Corona-Einschränkungen schrittweise das übliche Geschäftsmodell wieder aufgenommen werden. Das Geschäftsjahr 2023 war geprägt von Unsicherheiten wegen multipler Krisen und von zurückhaltendem Buchungsverhalten wegen stark gestiegener Preise und Kosten. Im Geschäftsjahr 2024 wurde bei einer guten Belegungsprognose eine Normalisierung im Veranstaltungsgeschäft prognostiziert.

Die Branchenentwicklung im Tagungsbereich wird durch das jährlich vom Europäischen Institut für Tagungswirtschaft GmbH (EITW) erhobene Meeting- und Eventbarometer (MEBA) dargestellt. Die aktuelle Erhebung aus dem Mai 2025 stellt aktuelle Daten aus dem Berichtsjahr 2024 zur Verfügung. Nach einem starken Aufschwung im Jahr 2023 sinkt die Zahl der Veranstaltungen im Berichtsjahr auf 2,02 Mio. Die „Recovery Rate“, also die Erholungsrate der Industrie im Vergleich zum Vor-Corona-Geschäft 2019 beträgt demnach 70 % (2023: 74 %). Dagegen ist die Zahl der Besucher:innen von Veranstaltungen erheblich angestiegen: Von 311 Mio. im Jahr 2023 auf 378 Mio. Beteiligte im Jahr 2024, das bedeutet eine Recovery Rate von 89,3 %.

Über alle Veranstaltungsarten und Veranstaltungshäuser ermittelt das MEBA die durchschnittliche Zahl der Belegtage pro Veranstaltungshaus. Diese liegt bei 141,8 Belegtagen (= Veranstaltungstage + Auf- und Abbautage). Für Veranstaltungszentren wie die LAH wurde die Zahl mit 138,8 Belegtagen ausgewiesen, die durchschnittliche Veranstaltungsdauer im Branchensektor liegt bei 1,5 Tagen. Die LAH erzielt nach der internen Statistik 228 Veranstaltungstage bei einer durchschnittlichen Veranstaltungsdauer von 1,61 Tagen.

Die mit Abstand wichtigste Veranstaltungsart in den deutschen Veranstaltungsstätten ist die Kategorie Kongresse, Tagungen und Seminare. Im Vergleich zu 2023 verliert der Bereich 3,1 Prozentpunkte auf 54,4 %. Höhere Anteile entfallen 2024 auf Festivitäten und Social-Events. Bei den Größenklassen von Tagungen und Seminaren setzt sich die Verschiebung zu den größeren Veranstaltungen fort.

Die im MEBA befragten Betriebe gehen für das Jahr 2024 von Umsatzsteigerungen in Höhe von durchschnittlich 4,7 % aus. Bei den Einschätzungen für die Umsatzentwicklung im Folgejahr gehen rund die Hälfte der Betriebe von einer Zunahme des Umsatzes aus. Jeweils rund 25 % erwarten einen gleichbleibenden oder sinkenden Umsatz. Bei den Veranstaltern (Eventagenturen und Tagungsveranstalter) wird mit einem Zuwachs der Budgets in Höhe von 11,4 % für das Jahr 2025 beziehungsweise 15 % für das Jahr 2026 gerechnet. Insgesamt kann der Branchenausblick damit als verhalten optimistisch bezeichnet werden.

Geschäftsverlauf LAH GmbH

Die Belegungsprognose der Luise-Albertz-Halle für das Geschäftsjahr 2024 war sehr positiv. Für das Jahr 2023 waren 216 VA-Tage angelegt, für das Geschäftsjahr 2024 wurden 212 VA-Tage prognostiziert. Die wirtschaftliche Erwartung war positiv, da die gebuchten Veranstaltungen ein höheres Umsatzvolumen garantierten.

Im ersten Quartal fanden erstmals seit der Covid-Pandemie zwei wichtige medizinische Kongresse statt, der Gefäßchirurgie-Kongress und das Hebammen-Symposium. Beide Kongresse waren vor der Pandemie regelmäßige Kunden der LAH. Im zweiten Quartal gastierten mit dem Bundeskongress der Logopäden und dem Landesparteitag der Grünen zwei neue Großveranstaltungen in Oberhausen.

Im Geschäftsjahr 2024 werden insgesamt 142 Veranstaltungen mit 228 Belegungstagen durchgeführt. Im Vorjahr verbuchte die LAH inklusive der Durchführung eines Teils der städtischen Sitzungen noch 211 Veranstaltungen an 265 Veranstaltungstagen. Die Zahl der genutzten Räume (Tag-Raum-Buchungen) liegt bei 1023, ein Plus von 103 gegenüber dem Vorjahr (920; + 11,2 %).

Allerdings wächst der Aufwand überproportional zur Auslastung. Verantwortlich dafür sind einerseits die Kosten für die Gebäudeunterhaltung, die wegen hoher Strom- und Wärmekosten und außerordentlichen Instandhaltungsmaßnahmen deutlich ansteigen. Im Wirtschaftsplan war noch von einer Verlängerung der Energiepreisbremse ausgegangen worden, tatsächlich wurde die Preisbremse zu Beginn des Geschäftsjahres abgeschafft. Fast zu gleicher Zeit erhöhte der Energieversorger den Leistungspreis bei der Strombeschaffung. Da sich parallel sowohl die Wärmepreise als auch – wegen der höheren Belegung – der Energiebezug erhöhten, musste im aktuellen Geschäftsjahr 2024 mit einer erheblichen Kostensteigerung gegenüber den Planzahlen gerechnet werden.

Andererseits steigen die variablen Veranstaltungskosten um 38,8 % gegenüber dem Vorjahresergebnis. Wegen der höheren technischen und personellen Anforderungen insbesondere der Großveranstaltungen und der gestiegenen Einkaufskosten in allen Bereichen übertrifft die relative Steigerung des direkten Aufwands das Umsatzwachstum. Die Umsatzerlöse aus Veranstaltungen erhöhen sich um 33,5 % gegenüber dem Vorjahr und liegen damit auch deutlich (25,7 %) über den Planzahlen.

Die Gastronomieumsätze erhöhen sich in der aktuellen Periode von 84 TEUR auf 140 TEUR. Die sonstigen betrieblichen Erträge belaufen sich auf 21 TEUR. Der Gesamtumsatz ohne SBE übertrifft damit erstmals die Millionen-Euro-Grenze (1.027 TEUR).

Die bezogenen Leistungen im Bereich Gebäudeunterhaltung liegen rund 65 TEUR über den Planzahlen. Durch den Wegfall der gesetzlichen Strom- und Gaspreisbremsen und die Aufschläge auf die Energiekosten durch die Versorger entstehen Kostensteigerungen in erheblicher Höhe. Gegenüber dem Vorjahr ergibt sich ein Anstieg des Aufwands in Höhe von 18 %. Die Personalkosten liegen im Bereich der Planzahlen.

Durch die Veränderung der Firmenstruktur im Zuge der Unternehmensaufspaltung (städtisches Immobilienkonzept) ergeben sich signifikante Änderungen bei den Abschreibungen und den sonstigen Aufwendungen. Die Abschreibung sinkt in Folge der Abspaltung des Immobilienbesitzes auf 52 TEUR (VJ: 216 TEUR). Im Gegenzug wird durch den Pachtvertrag der neugegründeten LAH Luise-ALbertz-Halle Oberhausen GmbH mit der Grundbesitzgesellschaft GEO eine jährliche Pacht in Höhe von rund 288 TEUR erhoben. Die Pacht ermittelt sich aktuell als Summe aus Zinsen und Tilgung der Gebäudedarlehen. Die Summe ist um rund 90 TEUR höher als die bisherigen ergebniswirksamen Aufwendungen für Zins und Abschreibung (2024: 198 TEUR).

Im Jahr 2024 hat die Luise-Albertz-Halle Oberhausen GmbH unter Berücksichtigung des Ertrags aus Verlustausgleich in Höhe von TEUR 916 einen operativen Jahresverlust von TEUR 85 erzielt. Der Wirtschaftsplan ging von einem Ergebnis in Höhe von 13 TEUR aus, allerdings waren dabei die Veränderungen durch die Unternehmensaufspaltung nicht eingeplant.

B. Ertragslage der LAH

Die folgende Übersicht gibt einen Überblick über die Entwicklung einiger finanzieller Leistungsindikatoren:

LAH Oberhausen Erfolgsplanung in TEUR	**Ist 2023**	**Plan 2024**	**Ist 2024**
Umsatzerlöse	**746,29**	**815**	**1.027,75**
davon Halle	661,83	703	887,46
davon Gastronomie	84,46	112	140,29
sonstige Erträge	2,88	0	21,82
Erträge	**749,17**	**815**	**1.049,57**
Materialaufwand (Gebäude)	-390,08	-393	-459,23
davon Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	-21,59	-12	-13,08
davon Aufwand für bez. Leistungen	-368,49	-381	-446,15
Bezogene Veranstaltungsleistungen	-306,25	-280	-423,36
Personalaufwand	-486,64	-515	-545,06
Abschreibungen	-215,94	-225	-52,11
sonstige betriebliche Aufwendungen	-166,74	-181	-469,21
sonstige Steuern	-95,45	-95	-95,49
Aufwand	-1.661,10	-1.689,00	-2.044,46
EBIT	**-911,93**	**-874,00**	**-994,89**
Finanzergebnis	-25,73	-29	-6,27
davon Zinsertrag	0,00	0	0,00
davon Zinsaufwand	-25,73	-29	-6,27
Ergebnis gew. Geschäftstätigkeit	**-937,66**	**-903,00**	**-1.001,16**
Ertrag aus Verlustübernahme	915,98	916,00	915,98
Jahresüberschuss	**-21,68**	**13,00**	**-85,18**

Die Umsatzerlöse aus Vermietung erhöhen sich gegenüber dem Vorjahr um TEUR 225 (+ 34,1 %). Die Rückkehr zum normalen Veranstaltungsturnus ist mit der Durchführung zweiter regelmäßig stattfindender Medizinkongresse abgeschlossen. Zwei zusätzliche Großveranstaltungen und ein starker Anstieg bei Tourneeveranstaltungen sorgen für weiteres kräftiges Umsatzwachstum. Gegenüber dem Wirtschaftsplan hat sich der Vermietungserlös um 184 TEUR erhöht, ein Plus von 26,2 %.

Die Umsätze aus Gastronomiepacht und der Umsatzprovision steigen um 56 TEUR gegenüber dem Vorjahresergebnis (+ 66,1 %). Im Geschäftsjahr werden die Betriebskosten aus dem Vorjahr (2023) vollständig abgerechnet und ausgeglichen. Die Verrechnungen der aktuellen Betriebskosten verschieben sich wegen Abrechnungsverzögerungen bei den Lieferanten in die Folgeperiode.

Der Aufwand für bezogene Leistungen unterteilt sich in zwei ähnlich große Bereiche. Fixe Aufwendungen für den Gebäudeunterhalt, die Wartung sowie Energiekosten bilden den Materialaufwand für Gebäude. Die zweite Hälfte besteht aus variabel zugekaufte Veranstaltungsaufwendungen, wie Securitypersonal, Veranstaltungstechnik, Bestuhlungsarbeiten oder Ordnerdienste.

Im Berichtszeitraum erhöht sich der Materialaufwand für Gebäudeunterhaltung um 69 TEUR auf 459 TEUR (VJ 390 TEUR), eine Steigerung von 18 % gegenüber dem Vorjahr. Im Plan war mit einer stabilen Entwicklung der Gebäudekosten gerechnet worden, weil eine Fortsetzung der staatlichen Energiepreisbremsen erwartet worden war. Die Kostenerhöhung gegenüber dem Wirtschaftsplan beträgt 66 TEUR (17 %).

Der Veranstaltungsaufwand verteuert sich gegenüber dem Vorjahr deutlich um 117 TEUR. Im Vergleich zur Planung ergibt sich eine negative Abweichung von rund 51 % (143 TEUR). Die Kostensteigerung ergibt sich durch hohe Anforderungen bei technisch und zeitlich anspruchsvollen Veranstaltungen einerseits, sowie durch die stark gestiegenen Beschaffungspreise (Energie, Reinigung, Personal usw.) andererseits.

Der Personalaufwand erhöht sich planmäßig wegen tariflicher Lohnsteigerungen. Der gesamte Personalaufwand beträgt 545 TEUR (VJ 487 TEUR), ein Anstieg um 58 TEUR (+ 12 %). Gegenüber dem Planansatz ergibt sich eine Steigerung um 20 TEUR (+ 5,8 %).

Durch die Abspaltung der Alt-LAH wird der Immobilienanteil aus dem Anlagevermögen auf die zukünftige GEO Grundstücksentwicklungsgesellschaft OB übertragen. Dadurch reduziert sich die Abschreibung auf 52 TEUR (VJ: 216 TEUR). Durch eigene Investitionen in Höhe von TEUR 24 in das bewegliche Anlagevermögen erhöhen sich die Abschreibungen moderat. Die Sonstigen Betrieblichen Aufwendungen steigen vor allem wegen der Gebäudepacht (288 TEUR) auf insgesamt 469 TEUR an. Gegenüber dem Vorjahr steigen die SBA um 181 %, gegenüber dem Plan – der noch auf den Zahlen der Alt-LAH basiert – um 159 %.

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit bleibt im Jahr 2024 wie in den Vorjahren negativ und führt auch in Verbindung mit der fixen Zahlung des Gesellschafters Stadt Oberhausen in Höhe von 916 TEUR zu einem negativen Jahresergebnis in Höhe von – 85 TEUR. Im Wirtschaftsplan war ein positives Jahresergebnis in Höhe von 13 TEUR prognostiziert worden. Der maximale Verlustausgleich durch die Stadt Oberhausen war im Jahr 2023 um 100 TEUR abgesenkt worden. Die negative Planabweichung entsteht vorrangig durch die Auswirkungen der Aufspaltung und Neugründung der Gesellschaft.

C. Vermögens- und Finanzlage der LAH

Die LAH hat in den vergangenen Jahren stets ein deutlich negatives Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit erzielt. Die Hauptursachen liegen in der Belastung der Gesellschaft durch Zinsen und Kapitaldienst an der Immobilie. Die Bau- und Sanierungskosten aus den Jahren 1999/2000 wurden vollständig über Darlehen der Gesellschaft finanziert. Die Eigenkapitalausstattung der Gesellschaft war dafür nicht ausreichend und Erträge aus der eigenen Geschäftstätigkeiten waren zu keiner Zeit ausreichend, um die Belastung auszugleichen.

Die Stadt Oberhausen zahlt zum Ausgleich des Ergebnisses jedes Jahr einen seit dem Geschäftsjahr 2023 auf maximal TEUR 916 begrenzten Verlustausgleich. In den Jahren 2017 und 2018 wurde durch eine Kapitaleinlage von insgesamt 1,5 Mio. EUR der bis 2017 ausgewiesene „Nicht durch Eigenkapital gedeckte Fehlbetrag“ ausgeglichen. Seit dem Geschäftsjahr 2018 weist die LAH GmbH ein positives Eigenkapital aus. Durch die nachhaltige Reduzierung der Zinsbelastung aus den Darlehensverträgen kann die Kapitalausstattung der Gesellschaft in den letzten Geschäftsjahren kontinuierlich verbessert werden.

Die Vermögenslage war bis zum Berichtsjahr durch die hohe Anlagenintensität geprägt. Das Sachanlagevermögen beträgt im Jahr 2023 TEUR 4.806 und entspricht 88,5 % der Bilanzsumme. Mit den Änderungen, die mit der Spaltung und Neugründung der Gesellschaft einhergehen, verändert sich die Bilanzstruktur erheblich. Das Sachanlagevermögen reduziert sich im Wesentlichen auf die beweglichen Wirtschaftsgüter und beträgt noch TEUR 297, das sind rund 6 % des bisherigen Vermögens. Die gesamte Bilanzsumme verkürzt sich auf TEUR 740 (VJ: TEUR 5.427). Dem gebundenen Kapital stehen TEUR 129 in mittel- und langfristigen Verbindlichkeiten gegenüber.

Die Geschäftsführung schlägt vor, den Jahresfehlbetrag in Höhe von - 89 TEUR auf neue Rechnung vorzutragen.

E. Wesentliche Veränderungen

Zur Verbesserung der Bilanzstruktur hat die Stadt Oberhausen als Gesellschafterin der LAH GmbH am 13.02.2017 eine Kapitalerhöhung in einer Gesamthöhe von TEUR 1.500 beschlossen. Dieses Kapital diente zur Ablösung des bestehenden Liquiditätssicherungsdarlehens. Der bis 2017 ausgewiesene „Nicht durch Eigenkapital gedeckte Fehlbetrag“ konnte durch die Zuführung zur Kapitalrücklage ausgeglichen werden. Seit dem Geschäftsjahr 2018 weist die LAH GmbH ein positives Eigenkapital aus.

Als Ergebnis einer im Jahr 2017 durchgeführten steuerlichen Betriebsprüfung wird der Verlustausgleich seit dem Geschäftsjahr 2017 als ertragswirksame Einnahme verbucht. Dieser Ertrag ist nach Einschätzung der Betriebsprüfer nicht umsatzsteuerpflichtig, da eine eindeutige Zuordnung von Zahlungsbestandteilen zu einzelnen Leistungen nicht möglich ist.

In den Jahren 2008 bis 2017 wurde der Verlustausgleich jeweils in der maximalen Höhe von TEUR 1.176 gezahlt. Seit dem Jahr 2018 erfolgte eine Reduzierung um TEUR 60 als Beitrag der LAH GmbH zur Haushaltssanierung der Gesellschafterin Stadt Oberhausen. In den zurückliegenden Geschäftsjahren kann auf Grund der positiven Geschäftsentwicklung und guter Liquidität die Ausgleichszahlung auf zunächst 1.016 TEUR reduziert werden, im GJ 2023 nochmal um TEUR 100 auf 916 TEUR.

Im Rahmen des Konzeptes zur Neuordnung von Immobilien im Konzern Stadt Oberhausen soll die (ehemalige) Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH die Funktion einer Stadtentwicklungsgesellschaft (künftige GEO Grundstücksentwicklungsgesellschaft Oberhausen GmbH) übernehmen. Die LAH (neu) wird als reine Veranstaltungsgesellschaft zum 1.7.2024 neu gegründet (Beschluss im Rat der Stadt am 19.06.2023/Drucksache Nr. B/17/2510) und der Geschäftsbetrieb auf die neue Gesellschaft übertragen.

Der Geschäftsbetrieb einschließlich des Personals und des Inventars ist durch den Abspaltungs- und Übernahmevertrag vom 20.08.2024 auf die neu gegründete LAH Luise-Albertz-Halle Oberhausen GmbH mit Wirkung zum 01.01.2024 übertragen worden. Zwischen den Gesellschaften GEO und LAH (neu) wird ein Pachtvertrag zur Überlassung und Nutzung der Luise-Albertz-Halle durch die LAH (neu) vereinbart.

Der Pachtvertrag wird mit einer Laufzeit von 10 Jahren rückwirkend zum 01.01.2024 abgeschlossen und kann um jeweils 5 Jahre verlängert werden. Der Zweck der Überlassung ist auf den Gesellschaftszweck der LAH Luise-Albertz-Halle Oberhausen GmbH ausgerichtet. Die Überlassung umfasst die Stadthalle und die Außenanlagen. Das Eigentum am Inventar ist durch den Abspaltungs- und Übernahmevertrag vom 20.08.2024 auf die LAH Luise-Albertz-Halle Oberhausen GmbH als Pächterin übergangen.

Der jährliche Pachtzins setzt sich grundsätzlich aus den Abschreibungen und den Zinsen aus Krediten für Investitionen zusammen. Wenn der Schuldendienst aus Zinsen und Tilgungen den vorgenannten Pachtzins übersteigt, ist der Pachtzins in Höhe des Schuldendienstes zu leisten. Der vorgenannte Umstand wird bei Abschluss des Pachtvertrages und voraussichtlich in den ersten fünf Jahren der Laufzeit des Pachtvertrages gegeben sein.

Mit dem Pachtvertrag verändern sich die ergebniswirksamen Zahlungen der LAH Luise-Albertz-Halle Oberhausen GmbH. Bisher hatten nur die Abschreibung auf das Gebäude sowie die Zinszahlungen für die entsprechenden Darlehen in Höhe von insgesamt rund 198 TEUR Auswirkungen auf das Jahresergebnis. Für die folgenden Perioden (voraussichtlich bis 2030) wird sich die Zusammensetzung der Pacht in Höhe von Tilgung und Zins (Schuldendienst) für die Investitionskredite in der Gewinn- und Verlustrechnung ergebniswirksam darstellen. Die Tilgung war bislang nur Gegenstand der Finanzrechnung. Die Summe des Schuldendienstes wird für das Jahr 2024 TEUR 288 betragen und damit rund 90 TEUR über dem bisherigen Aufwand liegen.

Unternehmenssteuerung und Risikomanagement

F 1. Organisation der Risikoanalyse

Regelmäßige Hochrechnungen für das laufende Jahr zeigen den Verlauf der Umsatzentwicklung im Verhältnis zu Vorjahres- und Planzahlen auf. Die unterjährige Erfolgsplanung, Liquiditätsanalyse und Kostenkontrolle bilden die Basis, den Fortbestand der Gesellschaft zu gewährleisten und gefährdende Entwicklungen frühzeitig zu erkennen. Zur Werterhaltung der Immobilie werden regelmäßig Instandhaltungsaufwendungen durchgeführt.

F 2. Ertrags-, Liquiditäts- und Ausfallrisiken

Die LAH ist abhängig von der Entwicklung des Veranstaltungsmarktes, insbesondere im regionalen Umfeld. Die große Zahl von Wettbewerbern – Veranstaltungszentren, Tagungshotels, Event-Locations im Großraum Rhein-Ruhr bedeutet grundsätzlich ein Risiko für den Bestand an Veranstaltungen, insbesondere bei Kongressen und Firmenveranstaltungen. Intensiver Kundenkontakt, kontinuierliche Marktrecherche und aktive Akquise von potenziellen Neukunden sollen dauerhaft für eine verbesserte Auslastung sorgen. Andererseits bietet die Lage im Zentrum des größten Ballungsraums Deutschlands mit über 5 Millionen Einwohnern auch erhebliche Vorteile bei der Gewinnung neuer Kunden oder von zusätzlichen Besuchern.

Die Sicherung der Liquidität (Zahlungsfähigkeit) hat höchste Priorität für die Gesellschaft. Durch die Kapitaleinlage der Gesellschafterin Stadt Oberhausen in 2017 / 2018 und die regelmäßige Verlustabdeckung ist die Liquiditätssicherung unabhängig von externen Finanzierungmitteln möglich. Ausfallrisiken bestehen branchentypisch, werden jedoch durch aktives Forderungsmanagement überwacht. Es besteht ein funktionierendes Mahnwesen. Im Bedarfsfall werden Forderungen per Anwalt bzw. gerichtlich beigetrieben.

G. Prognose-, Chancen und Risikobericht

Für das Geschäftsjahr 2025 wird eine vergleichbare Belegungsfrequenz wie im Vorjahr erwartet. Jedoch können bestehende und heraufziehende Krisen die aktuell gute Nachfrage beeinträchtigen. Das Branchenbarometer MEBA zeigt sich für das Jahr 2025 nur verhalten optimistisch (siehe Branchenspezifische Rahmenbedingungen).

Der im Vorjahr überproportional zur Auslastung gestiegene Aufwand für Gebäudeunterhaltung soll durch den im Jahr 2024 neu abgeschlossenen Stromliefervertrag stabilisiert werden. Bei den ebenfalls schnell gewachsenen externen Personalkosten wird im Geschäftsjahr 2025 mit einem Abflachen der Steigerung gerechnet. Die Belegung mit langen und technisch anspruchsvollen Veranstaltungen wird voraussichtlich geringer sein, weshalb im Personal- und Technikeinkauf ein ähnlicher Aufwand wie in den Vorjahren erwartet werden kann.

Durch die Veränderung der Firmenstruktur im Zuge der Unternehmensaufspaltung ergeben sich für die kommenden Jahre Pachtzahlungen in Höhe von mehr als 280 TEUR, die die bisherigen Aufwendungen für Zins und Abschreibung um rund 90 TEUR übersteigen.

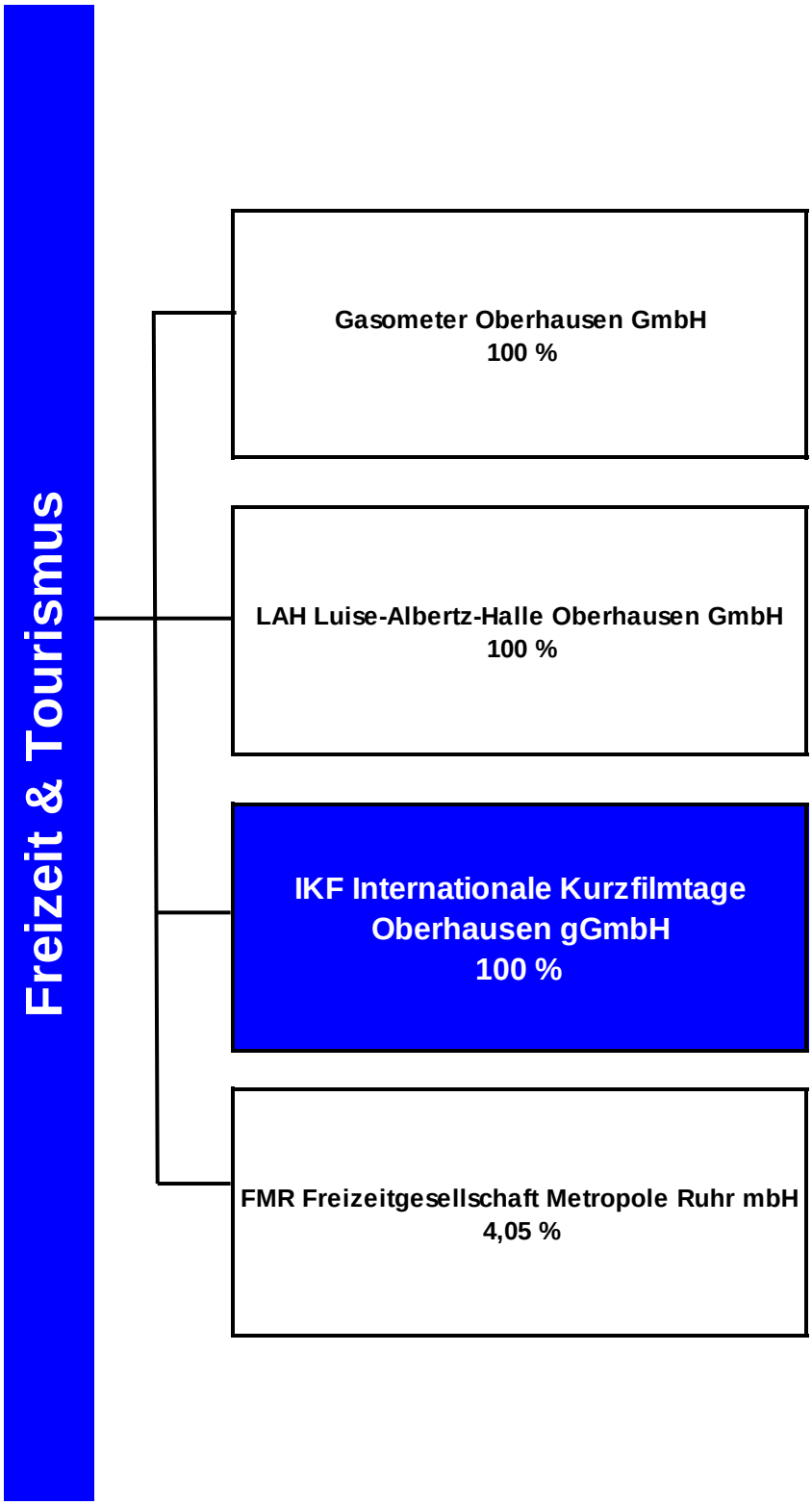
Die LAH wird 2025 weiterhin in bewegliches Vermögen investieren. Im kommenden Geschäftsjahr ist der vorläufige Abschluss der Umsetzung des grafischen Auftritts im Hallen-Innenbereich geplant. Weitere Maßnahmen sind ein externes Besucher-Leitsystem, Ersatzinvestitionen in der Veranstaltungstechnik und der Gastronomie, sowie effizienzverbessernde Investitionen in der Klimatechnik. Der geplante Aufbau einer PV-Anlage auf dem Dach der LAH verzögert sich zum Zeitpunkt dieses Berichtes noch wegen vertraglicher Absprachen mit der Eigentümergesellschaft GEO.

Zum 31.12.2024 ist die bisherige Verlustausgleichsvereinbarung mit der Stadt Oberhausen ausgelaufen. An die Stelle tritt der Betrauungsakt der Stadt Oberhausen, mit der die LAH GmbH mit Aufgaben u.a. des Betriebs der Luise-Albertz-Halle als öffentliche Daseinsfürsorge betraut wird. Der Betrauungsakt erlaubt der Stadt Oberhausen künftig die Verlustabdeckung der Gesellschaft variabel und in der jeweiligen Höhe des Jahresverlustes zu übernehmen.

Oberhausen, 02. Juni 2025

Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH (LAH)

Willi Joe Schaugg
Geschäftsführer


Freizeit & Tourismus
Gasometer Oberhausen GmbH
100 %
LAH Luise-Albertz-Halle Oberhausen GmbH
100 %
IKF Internationale Kurzfilmtage
Oberhausen gGmbH
100 %
FMR Freizeitgesellschaft Metropole Ruhr mbH
4,05 %

IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Grillostr. 34
46045 Oberhausen

Kontakt:

Telefon	0208 / 825 2420
Fax	0208 / 825 5413
Internet	info@kurzfilmtage.de
Internet	http://www.kurzfilmtage.de

Rechtsform: gGmbH
Stammkapital in T€: 25,57

Gesellschafter:	**T€**	**%**
Stadt Oberhausen	25,57	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung der Internationalen Kurzfilmtage Oberhausen sowie die Förderung des internationalen Kurzfilms und anderer kurzer Formen technischer Medien.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Rechtsgeschäften berechtigt, durch die der vorgenannte Gesellschaftzweck auch mittelbar gefördert werden kann.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

SBO Servicebetriebe Oberhausen (Eigenbetrieb der Stadt Oberhausen)	Leistungsvertrag mit der OGM Oberhausener Gebäudemanagement vom 03.12./18.12.2009 Der im Geschäftsjahr 2010/2011 angepasste Leistungsvertrag mit der OGM GmbH ging mit Gründung der SBO Servicebetriebe Oberhausen als Nachfolgegesellschaft zum 1.1.2022 auf diese über. Mit diesem Vertrag können folgende Leistungen bei der SBO beauftragt werden: - Beschaffung von Waren und Dienstleistungen - Dienstleistungen der Medienwerkstatt - Post- und Botendienste - Dienstleistungen im Bereich Druck und Grafik - Telekommunikations- und It-Dienstleistungen - Speditionsdienst - Arbeitssicherheitsleistungen gem. ß 19 AsiG Der Leistungsvertrag beinhaltet weiterhin eine automatische Verlängerung jeweils um ein Jahr. Er ist für jede Partei zum Ende eines Kalenderjahres unter Einhaltung einer Frist von 6 Monaten kündbar
Stadt Oberhausen	Überlassungsvertrag bezüglich des Film- und Videoarchivs
Stadt Oberhausen	Überlassungsvertrag bezüglich des Grundstücks Grillostr. 34 nebst aufstehendem Gebäude inkl. Inventar
Stadt Oberhausen	Überleitungsvertrag

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2024)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Dr. Gass, Lars Henrik
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Tsalastras, Apostolos
Aufsichtsrat:	Vorsitzender	Flore, Manfred
	stellv. Vorsitzende	Gödderz, Sandra
	Mitglied gem. § 113 GO	Hallen, Sandra
	Mitglied	Barwanietz, Thomas
	Mitglied	Broß, Klaus Dieter
	Mitglied	Dubbert, Karin
	Mitglied	Sahin, Bülent
	Mitglied	Wolter, Marita
	Mitglied	Schmidt, Georgis
	Mitglied	Höppner, Chris
	Mitglied	Scherer, Axel
	Mitglied	Gadde, Andreas
	Mitglied	Janetzki, Maximilian
	Mitglied	Bandel, Bärbel
	Mitglied	Hoff, Amelie
	Mitglied	Jankowski, René
	Mitglied	Kompa, Hartwig
	Mitglied	Noldus, Erich
	Mitglied	Racel, Britta
	Mitglied	Sauer, Florian
	Mitglied	Wilts, Silke
	Mitglied	Imlau, Hartmut
	stellv. Mitglied (gem. § 113 GO)	Kocks, Sandra
	stellv. Mitglied	Bennewa, Helmut
	stellv. Mitglied	Benter, Christian
	stellv. Mitglied	Brodrick, Helmut
	stellv. Mitglied	Hoff, Marc
	stellv. Mitglied	Jacobs, Silke
	stellv. Mitglied	Matzat, André
	stellv. Mitglied	Tüzün, Saadettin
	stellv. Mitglied	Willing-Spielmann, Ulrike
	stellv. Mitglied	Girrullis, Sebastian
	stellv. Mitglied	Dr. Schröer, Jörg
	stellv. Mitglied	Grothe, Helga
	stellv. Mitglied	Lange, Jörg
	stellv. Mitglied	Müller, Karl-Heinz
	stellv. Mitglied	Prohl, Manuel
	stellv. Mitglied	Tzscheppan, Wolfgang
	stellv. Mitglied	Völker, Andreas
	stellv. Mitglied	Dobnik, Tim
	stellv. Mitglied	Jarczewski, Iwona

stellv. Mitglied	Schäfer, Johanna
stellv. Mitglied	Schiller, Heidi
stellv. Mitglied	Waradarajah, Agilan

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2022		2023		2024	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Anlagevermögen	1,38	0,2	3,64	0,6	3,03	0,5
Umlaufvermögen	718,25	99,5	576,68	99,0	658,74	99,5
Rechnungsabgrenzungsposten	2,52	0,3	2,38	0,4		
Bilanzsumme	**722,15**	**100,00**	**582,70**	**100,00**	**661,77**	**100,00**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	322,07	44,6	277,41	47,6	335,57	50,7
Rückstellungen	308,45	42,7	281,24	48,3	309,38	46,8
Verbindlichkeiten	78,27	10,8	24,05	4,1	16,81	2,5
Rechnungsabgrenzungsposten	13,36	1,9				
Bilanzsumme	**722,15**	**100,00**	**582,70**	**100,00**	**661,77**	**100,00**

bb) GuV

	2022	2023	2024
	T€	**T€**	**T€**
Umsatzerlöse	1.474,99	1.466,79	1.508,34
sonstige betriebliche Erträge	85,56	46,53	81,67
Materialaufwand	797,10	760,39	797,98
Personalaufwand	680,61	699,73	651,21
Abschreibungen	8,18	3,90	1,38
sonstige betriebliche Aufwendungen	82,69	94,33	84,83
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,01	0,93	3,59
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-8,02	-44,10	58,21
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,26	0,56	0,05
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	-8,27	-44,66	58,16
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen	-8,27	-44,66	
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0,00	0,00	58,16

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.07.2022	31.07.2023	31.07.2024	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-0,56	-3,04	3,86	%
Eigenkapitalrentabilität:	-2,57	-16,10	20,97	%
Cash-Flow:	-0,09	-40,75	59,55	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	156,06	151,33	159,00	T€
Personalaufwandsquote:	43,61	46,24	40,96	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.7.2022	31.7.2023	31.7.2024	Angaben in
Sachanlagenintensität:	0,19	0,62	0,46	%
Eigenkapitalquote:	44,60	47,61	50,71	%
Fremdkapitalquote:	55,40	52,39	49,29	%

e) Lagebericht

Entwicklung

Die Gesellschaft hat seit ihrer Gründung im Jahr 1999 ihr Leistungsspektrum kontinuierlich erweitert. Durch Innovationen und stetige strategische Weiterentwicklung können sich die Kurzfilmtage in der immer größer werdenden Festivallandschaft seit mehr als sechs Jahrzehnten behaupten. Eine Herausforderung stellte und stellt weiterhin die rasante digitale Entwicklung im Filmbereich, aber auch der Datenverarbeitung dar sowie die mit der Digitalisierung einhergehenden rapiden Veränderung des Freizeit- und Besucherverhaltens. Wirtschaftlicher Mitteleinsatz sowie zusätzlich erreichte Mittel ermöglichten es, mit der Digitalisierung weitgehend Schritt zu halten. Allgemeine Kostensteigerungen übersteigen erreichte Zuschussanhebungen. Mit Auslaufen des EU-MEDIA Programms des Jahres 2014 wurde im Berichtsjahr ein neues, angepasstes EU-Förderprogramm bekannt gegeben. Die Gesellschaft ist bemüht, EU-Förderung auch unter den neuen Bedingungen zu erreichen und so die EU als dauerhaften Förderer zu halten. Mögliche Unterdeckungen in der Festivalfinanzierung können zukünftig nur durch öffentliche Zuschüsse vermieden werden, die zudem mittelfristig auch allgemeine Kostensteigerungen berücksichtigen. Sowohl Sponsoringerlöse als auch Stiftungszuwendungen können auf Grund ihrer Unsicherheit in weiten Teilen nur für einzelne Projekte und Programme herangezogen werden, die das regelmäßige Programmangebot er weitern und ergänzen. Sie eignen sich nicht, um den Kostensockel des Festivals, insbesondere regelmäßige Anpassungen der Gehälter, zu sichern.

1. Darstellung des Geschäftsverlaufs

Wie in den Vorjahren lag das Hauptaugenmerk der Gesellschaft auch im Geschäftsjahr 2023/24 in der Erfüllung des ihr vorgegebenen Satzungszwecks. Die anhaltende Bedeutung der Kurzfilmtage als eine der wichtigsten internationalen Plattformen für die kurze Form zeigen aber die knapp 800 Akkreditierungen bzw. Besuche aus weit über 50 Ländern und die überaus positiven Rückmeldungen der internationalen Festivalgäste und des Publikums, sowie die unvermindert hohe Zahl an Wettbewerbseinreichungen. Es wurden zuletzt über aus 6.500 Einreichungen 140 Arbeiten ausgewählt.

In der Aufsichtsratssitzung vom 20.04.2023 wurden die inhaltlichen und finanziellen Ziele für das Geschäftsjahr 2023/24 festgelegt. Der Wirtschaftsplan wurde im Geschäftsjahresverlauf fortgeschrieben und in der Aufsichtsratssitzung vom 16.04.2024 letztmalig den aktuellen Entwicklungen angepasst. Die im angepassten Wirtschaftsplan festgelegten finanziellen und inhaltlichen Ziele für das Geschäftsjahr 2023/24 konnten in einigen Bereichen nicht erreicht werden bzw. mussten wegen starken Kostensteigerungen angepasst werden.

Die Ergebnisse weichen in einigen Positionen von der angepassten Planung im April 2024 ab.

Die Sponsoringerlöse liegen unter den Planzahlen; trotz erhöhter Anstrengungen konnten keine neuen Sponsoren gewonnen werden. Erlöse aus dem Verkauf der Festivaltickets liegen unter den geplanten Eintrittserlösen. Neben Erlösminderungen haben Erlösverschiebungen Einfluss auf die Einnahmesituation. Unter Berücksichtigung erneuter Erlösverschiebungen sowie vorzunehmender Abgrenzungen liegt die Gesamtleistung unter den angepassten Planzahlen.

Ebenso wie bei den Erlösen weichen die vorläufigen Ergebnisse bei den Aufwendungen beinahe durchgehend von den Planzahlen ab. Sie werden in den meisten Fällen unterschritten oder sind in Gänze entfallen. Lediglich in wenigen Aufwandspositionen werden die Planansätze erreicht oder sogar überschritten. Auch unter Berücksichtigung der Zusatzvergütungen für Mehrstunden/Inflationsbonus liegen die Aufwendungen für Festangestellte über dem Planansatz. Zur Betreuung neuer Bereiche wie z.B. Expanded Cinema wurden zusätzlich Mitarbeiter befristet eingestellt.

Mit Ablauf des Geschäftsjahres beschäftigt die Gesellschaft 17 angestellte Mitarbeiter, inklusive des angestellten Geschäftsführers. Davon sind drei der Mitarbeiterinnen längerfristig erkrankt, eine Mitarbeiterin befindet sich in Elternzeit. Drei der Mitarbeiter sind auf Teilzeitbasis mit flexibler Jahresarbeitszeit eingestellt, einer auf Teilzeitbasis mit verringerter Wochenarbeitszeit. Eine weitere Mitarbeiterin wird auf Basis eines Werkvertrags für das Festival aktiv, zwei weitere Mitarbeiter sind befristet als Aushilfskräfte aktiv. Außerdem sind drei studentische Aushilfskräfte mit der Nachbereitung des Festivals betraut. Weiterhin beschäftigt die Gesellschaft stundenweise zwei freie Mitarbeiter im Bereich Archiv und Verleih.

Die Gesellschaft schließt zum Ende des Geschäftsjahres 2023/24 mit einem Überschuss ab. Der Überschuss soll satzungsgemäß der Rücklage zugeführt werden.

2. Darstellung der Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

Zur Finanzierung des Festivals über öffentliche Zuschussgeber wurden im Herbst/Winter 2023 Anträge auf Projektförderung gestellt, die durchgehend wie beantragt bewilligt wurden.

In den vorangegangenen Jahren wurde das Projektsponsoring weitgehend von Stiftungen übernommen, nachdem im Zuge der Wirtschaftskrise 2008ff Wirtschaftsunternehmen sich zunehmend aus der Kulturförderung zurückgezogen hatten. Mit der Zuordnung der Zuschüsse und ähnlichen Erträgen zu den Umsatzerlösen beträgt der Anteil der Umsatzerlöse an der Gesamtleistung im Berichtsjahr 94% (Vorjahr 95 %). Durch bewilligte Zuschüsse öffentlicher Geldgeber, Zuwendungen und erreichte Umsatzerlöse war das Festival zu jeder Zeit finanziell abgesichert.

Laut Freistellungsbescheid ist die Gesellschaft nach § 5 Abs. 1 Nr. 9 KStG von der Körperschaftssteuer und nach § 3 Nr. 6 GewStG von der Gewerbesteuer befreit, weil sie ausschließlich und unmittelbar steuerbegünstigten Zwecken im Sinne der §§ 51 ff. AO dient. Ausgenommen hiervon ist der von der Körperschaft unterhaltene wirtschaftliche Geschäftsbetrieb, der der Steuerpflicht unterliegt.

Die Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft ist geordnet und kann als solide betrachtet werden. Die Bilanzsumme beträgt 662 TEUR und weist einen Anteil an liquiden Mitteln von 64 % aus. Die Gesellschaft war im Berichtsjahr jederzeit in der Lage, ihre finanziellen Verpflichtungen zu erfüllen. Der Anstieg der Aktiva ist im Wesentlichen auf einen Anstieg der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen um T€ 136 auf T€ 157 zurückzuführen.Auf der Passivseite ist im Wesentlichen die Ergebnisverbesserung um T€ 103 auf einen Jahresüberschuss von T€ 58 zu nennen.

Die Kapitalstruktur ist ausgewogen. Das Eigenkapital in Höhe von 336 TEUR setzt sich zusammen aus gezeichnetem Kapital und zweckgebundenen Rücklagen nach § 62 AO und erreicht eine Quote von 50,7 % (Vorjahr 47,5%).

Die Ertragslage hat sich durch mehrere Effekte verbessert. Zum einen konnen Mehreinnahmen bei den Umsatzerlösen um T€ 42 auf T€ 1.508 und bei den sonstigen betrieblichen Erträgenum T€ 35 auf T€ 82 erzielt werden. Ebenso führten Kosteneinsparungen im Personalbereich um T€ 49 auf T€ 651 zu einer Ergebnisverbesserung. Die Materialaufwendungen haben sich jedenjedoch um T€ 38 auf T€ 798 erhöht. Im Ergebnis bleibt jedoch eine Ergebnisverbesserung um T€ 103 zu einem Jahresüberschuss von T€ 58.

3. Bericht über die Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung kommunaler Unternehmen gemäß § 108 Abs. 2 GO NRW

Durch die Wahrnehmung der unter 1. dargestellten Aufgaben wurde der Zweck der Gesellschaft gemäß § 2 des Gesellschaftsvertrages nachhaltig erfüllt.

4. Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres 2023/2024 haben sich nicht ereignet.

5. Voraussichtliche Entwicklung mit Hinweis auf wesentliche Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Hauptziel der Gesellschaft ist auch weiterhin die langfristige Sicherung und offensive Weiterentwicklung des Festivals. Dies bezieht sich zum einen auf die Akquise von Sponsoren und Medienpartnern, die Einbindung weiterer öffentlicher Zuschussgeber und Partner für Einzelprojekte, zum anderen auf die Erschließung von neuen Besuchergruppen sowie die Entwicklung neuer Projekte.

Das Festival hatte in der Vergangenheit im Vergleich mit der Festivallandschaft in Deutschland eine überproportionale Quote an privaten Mitteln erreicht. Eine intensive Ansprache der Privatwirtschaft bleibt auch weiterhin für das Festival unerlässlich. Die letzten wirtschaftlichen Ergebnisse zeigen jedoch, dass Sponsoring als Finanzierungsquelle für die Kernaufgaben des Festivals keine geeignete Perspektive darstellt und nur durch Fördermittel eine notwendige Planungssicherheit gegeben ist. Mit Sponsoringerlösen ebenso wie mit Stiftungszuwendungen können vor allem einzelne Projekte und (temporäre) Programme, die das regelmäßige Programmangebot erweitern und ergänzen, finanziert werden. Projektgebundene Förderungen bedeuten jedoch neben direkten Projektkosten oftmals innerbetrieblichen Mehraufwand bei Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Buchhaltung usw. Aus diesem Mehraufwand resultierten eindeutig Mehrkosten für die Gesellschaft durch Mehrstunden, die zum Jahresende vergütet werden müssen und die finanziell nur knapp von den Förderungen gedeckt sind. Bei allem Renommee, das auf diesem Wege erreicht werden kann, darf daher nicht aus dem Auge verloren werden, dass die Finanzierung des Kerngeschäftes der Kurzfilmtage immer schwieriger wird. Da Gehälter der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Gesellschaft, die naturgemäß einen großen und auch kontinuierlich anwachsenden

Teil der Gesamtkosten darstellen, in der Regel durch Fördermittel und Zuschüsse nicht anteilig abgerechnet werden können, droht allmählich zudem ein strukturelles Defizit für Gesellschaften in kommunaler Trägerschaft.

Bei stagnierenden Zuschüssen ist eine dauerhafte Finanzierung des Festivals in der bisherigen Form nicht denkbar und kann das Leistungsspektrum auch nicht aufrechterhalten werden. Allein durch die Zuschussanpassungen in den Vorjahren wurde der Gesellschaft mittelfristig der finanzielle Spielraum gegeben, notwendige Anpassungen und Erweiterungen im Bereich Personal und Sachmittel zu decken und unvorhersehbare Aufwendungen aufzufangen. Mit dem Einsatz neuer Kommunikationswege und angepassten modernen Arbeitsmethoden ist es in den letzten Jahren gelungen, in vielen Bereichen Kostensenkungen zu erreichen bzw. Aufwandssteigerungen zu verhindern. Die Kostensteigerungen der Gesellschaft sind überaus moderat. Es werden alle Anstrengungen unternommen, diesen Weg fortzusetzen. Langfristig kann die Festivalfinanzierung nur durch Zuschüsse gesichert werden, die allgemeine Kostensteigerungen zumindest annähernd ausgleichen.

Zur Sicherung des Festivals über öffentliche Zuschussgeber werden jährlich Anträge auf Projektförderung gestellt. Neben den bereits eingeführten Zuschussgebern werden je nach Projektstand auch weitere mögliche öffentliche Fördergeber angesprochen. Für das Festivaljahr 2025 werden alle Anträge auf öffentliche Förderung bis Jahresende 2024 gestellt. Eine Aussage zur Wahrscheinlichkeit der Bewilligungen kann gegenwärtig noch nicht getroffen werden. Auch das Land Nordrhein-Westfalen hat noch keine Verpflichtungsermächtigung für die folgenden Jahre ausgesprochen, auch wenn sie wahrscheinlich ist.

Die Stadt Oberhausen als alleinige Gesellschafterin hat im Festivaljahr 2010 nach zehn Jahren mit gleicher Zuschusshöhe eine Anpassung bewilligt, da auf Grund der rückläufigen Umsatzerlöse Personalkostensteigerungen nicht mehr wie in der Vergangenheit allein von der Gesellschaft aufgefangen werden konnten. Überfällige Gehalts- und Honoraranpassungen konnten vollständig umgesetzt werden. Will man einen Leistungsrückgang vermeiden, werden allein zur Deckung zukünftiger jährlicher Personalkostensteigerungen weitere Anpassungen notwendig. Die Geschäftsführung hat der Gesellschafterin vorgetragen, den Zuschuss, wie im Festivaljahr 2015 erstmalig geschehen, auch weiterhin jährlich um wenigstens 1% anzupassen.

Wegen der unsicheren Haushaltssituationen bei Bund, Ländern und Gemeinden und der angespannten wirtschaftlichen Situation sowie der anhaltenden Corona-Krise, kann die Gesellschaft kein aussagekräftiges Szenario zur möglichen Entwicklung der Zuschüsse erstellen. Derzeit erscheint eine Anhebung des Zuschusses der BKM für das Jahr 2025 nicht sehr wahrscheinlich, auch wenn seit Jahren bereits darum gerungen wird. Zumindest wurden bisher keine Kürzungen angekündigt. Sollten Anpassungen ausbleiben oder sich sogar Kürzungen bei öffentlichen Zuschussgebern ergeben, so werden voraussichtlich Leistungsspektrum und Leistungsbilanz des Festivals hiervon unmittelbar und deutlich betroffen sein.

Die Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH wird voraussichtlich zehn angestellte Mitarbeiter, inklusive des angestellten Geschäftsführers, beschäftigen. Die unmittelbare Festivalvorbereitung kann nach wie vor nur unter Zuhilfenahme von kurzfristigen Aushilfen, Zeitarbeits- und Honorarkräften sowie freien Mitarbeitern erfolgen. Um einen reibungslosen Festivalbetrieb mit stetig wachsenden Anforderungen zu gewährleisten und den Mehraufwand für projektbezogene Förderungen abzudecken, werden auch in diesem Bereich weitere Anpassungen notwendig.

An der Aufschlüsselung der steuerbegünstigten wirtschaftlichen Betätigungsfelder der Gesellschaft in die Zweckbetriebe „Festival“ und „Archiv & Verleih“ sowie dem steuerpflichtigen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb „Anzeigen, Sponsoring, Verkauf von Merchandising“ wird auch künftig festgehalten.

Die Geschäftsführung ist bestrebt, die internationale Bedeutung und Anerkennung des Festivals fortlaufend neu zu behaupten. Dabei steht die behutsame Weiterentwicklung der historischen Substanz des Festivals im Mittelpunkt der Bemühungen der Markenführung. Die Fähigkeit, gesellschaftliche Veränderungen frühzeitig wahrzunehmen, auf diese zu reagieren, sie in Programme zu übertragen und dafür auch neue Zielgruppen zu erschließen, hat in Oberhausen eine lange Tradition. Insbesondere im Bereich des Kurzfilms ist die ständige Regenerierung des Fachpublikums dringend erforderlich. Nur eine fortgesetzte strategische internationale Vernetzung mit wichtigen Partnern, ein Programmprofil, das höchsten Ansprüchen im internationalen Vergleich genügt, sowie eine anhaltend intensive und kreative Öffentlichkeitsarbeit können die Gesellschaft nachhaltig sichern. Weiterhin steht vor allem die strategische Weiterentwicklung der Bereiche Onlineauftritt, Filmbildung und Kunstmarkt auf der Agenda. Hier wurden in den letzten zehn Jahren bereits außerordentlich gute Ergebnisse erzielt.

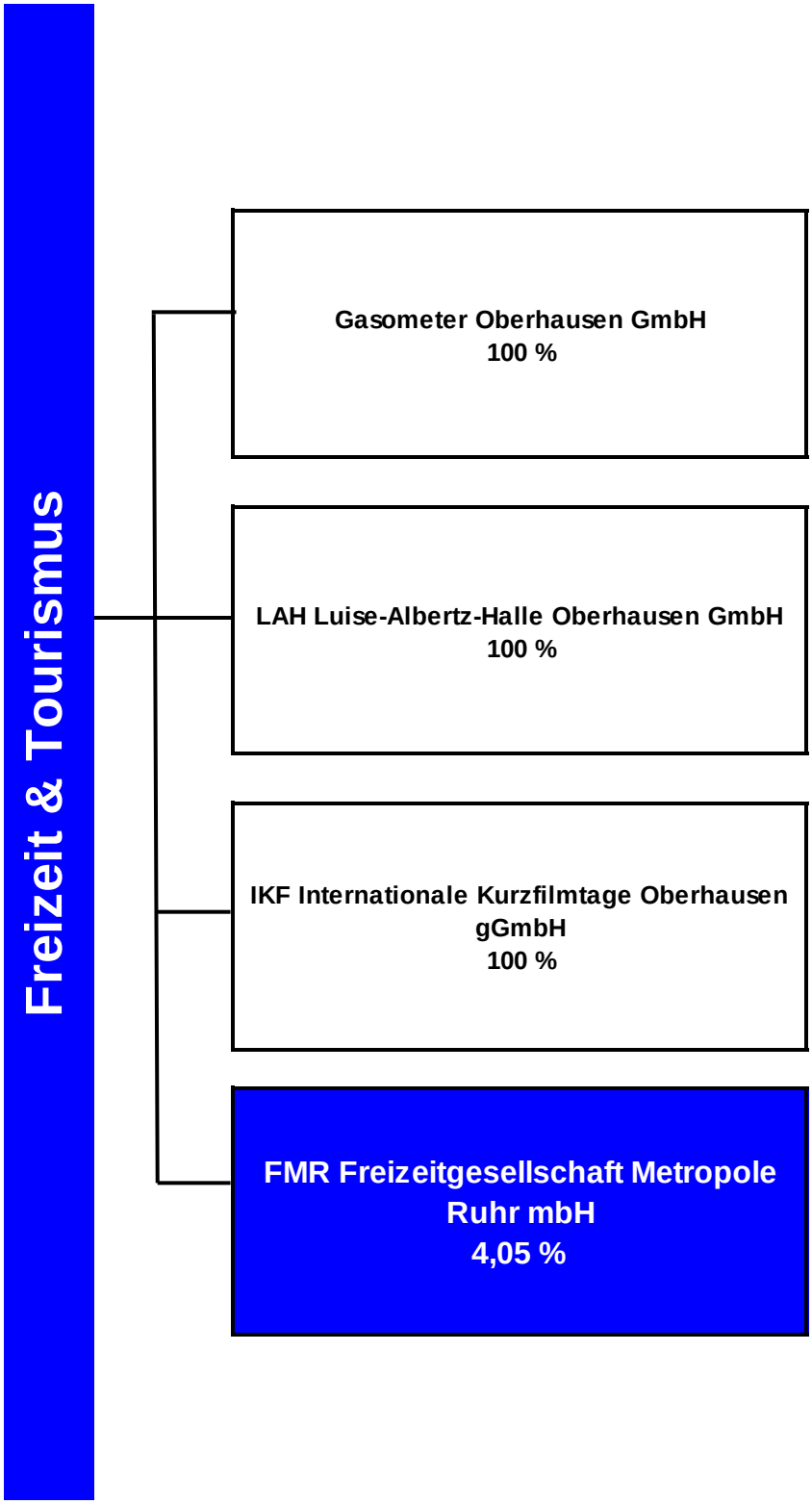
Die Datenbank der Kurzfilmtage wird künftig für externe Nutzer noch komfortabler. In diesem Bereich sind wegen der rasanten technischen Entwicklung stetig Aufwendungen nötig, insbesondere mit Blick auf die Vernetzung von Onlineauftritt und Datenbanken. Ende des Kalenderjahres 2020 erfolgte ein umfassender Relaunch der Website mit ganz erheblich erweiterten digitalen Angeboten, die einen Strukturwandel des Festivals von einer Veranstaltung zu einer Plattform einleiten sollten. Schon vor der Corona-Krise standen Festivals vor der Frage, wie die Klimabilanz durch digitale Angebote verbessert werden könnte, wie digitale Wege der Kommunikation und Verbreitung von Filmen erforscht und genutzt werden könnten, um Zielgruppen zu binden und neue zu erreichen.

Die Kurzfilmtage setzen mit Filmchief fortlaufend ein gemeinsames Online-Datenbank-Projekt mit internationalen Filmfestivals um. Durch die gemeinsame Entwicklung und Nutzung sollen Investitionen erheblich reduziert werden. Für Fachbesucher und Breitenpublikum entsteht so ein weitaus größeres und vor allem nutzerfreundliches Angebot mit vielfältigeren Serviceangeboten und Videos. Mit Filmchief wurden auch die Online-Ausgaben umgesetzt.
Oberhausen, den 13. November 2024

Oberhausen, 13. November 2024

Internationale Kurzfilmtage gGmbH (IKF)

Dr. Lars Henrik Gass
Geschäftsführer


Freizeit & Tourismus
Gasometer Oberhausen GmbH
100 %
LAH Luise-Albertz-Halle Oberhausen GmbH
100 %
IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH
100 %
FMR Freizeitgesellschaft Metropole Ruhr mbH
4,05 %

FMR Freizeitgesellschaft Metropole Ruhr mbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Querenburger Straße 29
58455 Witten

Kontakt:

Telefon 02302/20120

Fax 02302/201212

e-Mail verwaltung@freizeit.ruhr

Rechtsform: GmbH

Stammkapital in T€: 440,30

Gesellschafter:

	T€	%
Ennepe-Ruhr-Kreis	12,50	2,84
Regionalverband Ruhr	282,40	64,14
Stadt Bochum	31,50	7,15
Stadt Bottrop	17,85	4,05
Stadt Duisburg	35,95	8,16
Stadt Essen	11,75	2,67
Stadt Gelsenkirchen	11,75	2,67
Stadt Oberhausen	17,85	4,05
Stadt Witten	18,75	4,26

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Förderung der öffentlichen Gesundheitspflege, des Sports, der Kinder- und Jugendhilfe, der Kultur und des Landschaftsschutzes. Diese Zwecke werden verwirklicht durch den Betrieb von Freizeitanlagen mit überörtlicher Bedeutung, die als Betriebsstätten der Gesellschaft geführt werden und in denen als Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse (DAWI) in den öffentlichen Badbereichen und den sonstigen Einrichtungen das Jedermannschwimmen angeboten, verschiedene Angebote zur Sport- und Gesundheitsförderung, sonstige Programm- und Veranstaltungsangebote gemacht sowie Park-, Spiel- und Wassersportflächen bereitgestellt werden.
Von der Gesellschaft werden folgende Betriebsstätten geführt:
- das Freizeitzentrum Kemnade (Bochum),
- der Revierpark Nienhausen (Gelsenkirchen),
- der Revierpark Vonderort (Oberhausen) und
- der Revierpark Mattlerbusch (Duisburg).

Die Grundstücke der vier Betriebsstätten befinden sich mehrheitlich im Eigentum der Belegenheitskommunen. Es wird festgehalten, dass diejenigen Grundstücke/Grundstücksflächen, an denen die Gesellschaft weder Eigentum noch grundstücksgleiche Rechte besitzt, aufgrund getroffener Absprachen mit den Belegenheitskommunen weiterhin der Gesellschaft unentgeltlich zur Verfolgung des Gesellschaftszwecks zur Verfügung gestellt werden.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

Diverse	Verschiedene Pachtverträge bezüglich der gastronomischen Bereiche; Verschmelzungsvertrag vom 30.06.2017; Vertrag über die Errichtung, Verpachtung und Betrieb eines Blockheizkraftwerks (BHKW), sowie ein entsprechender

Vertrag über die Wartung der Anlage mit der Energieversorgung Oberhausen AG

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2024)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Hecht, Jürgen
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:	Mitglied	Schmidt, Jürgen
Aufsichtsrat:	Vorsitzender	Schlüter, Markus
	stellv. Vorsitzende	Ossowski, Silke
	stellv. Vorsitzende	Brosch, Alfred
	Mitglied gem. § 113 GO	Blumenthal, Heiko
	Mitglied	Rubin, Dirk
	Mitglied	Richter, Tim
	Mitglied	Boos, Thomas
	Mitglied	Schmück-Glock, Martina
	Mitglied	Brambora-Schulz, Susanne
	Mitglied	Föhse, Björn
	Mitglied	Günzel, Gabriele
	Mitglied	Krampitz, Christian
	Mitglied	Lilla-Oblong, Martina
	Mitglied	Purps, Christoph
	Mitglied	Sander, Hanna Marlene
	Mitglied	van Geister, Daniel
	Mitglied	Waßmann, Uwe
	Mitglied	Moenikes, Nicole
	Mitglied	Thieser, Dietmar
	Mitglied	Welsch, Philipp
	Mitglied	Maurer, Tanja
Beirat Revierpark Vonderort:	Mitglied	Krey, Thomas
	Mitglied	Schmidt, Jürgen
	Mitglied	Geise, Hans-Christian
	Mitglied	Müller, Klaus
	Mitglied	Scherer, Axel
	Mitglied	Wischermann, Hermann
	Mitglied	Berger, Frank
	Mitglied	Dr. Bunse, Antoinette
	Mitglied	Sander, Hanna Marlene
	Mitglied	Tepperis, Maria
	Mitglied	van Geister, Daniel
	Mitglied	Kohl, Doreen
Prokura:	Prokurist	Dümenil, Franz

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2022		2023		2024	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Anlagevermögen	22.646,54	93,3	21.968,99	86,9	22.361,85	86,7
Umlaufvermögen	1.612,88	6,6	3.311,70	13,1	3.420,96	13,3
Rechnungsabgrenzungsposten	2,52	0,0	7,32	0,0	15,10	0,1
Bilanzsumme	**24.261,94**	**100,00**	**25.288,00**	**100,00**	**25.797,91**	**100,00**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	6.953,72	28,7	10.469,08	41,4	10.774,57	41,8
Sonderposten mit Rücklagenanteil	10.529,20	43,4	10.371,63	41,0	11.050,93	42,8
Rückstellungen	317,86	1,3	686,04	2,7	783,17	3,0
Verbindlichkeiten	5.138,72	21,2	2.289,11	9,1	1.714,53	6,6
Rechnungsabgrenzungsposten	1.322,44	5,5	1.472,14	5,8	1.474,71	5,7
Bilanzsumme	**24.261,94**	**100,00**	**25.288,00**	**100,00**	**25.797,91**	**100,00**

bb) GuV

	2022	2023	2024
	T€	**T€**	**T€**
Umsatzerlöse	9.602,82	11.328,41	12.324,13
sonstige betriebliche Erträge	1.786,95	2.757,88	1.745,03
Materialaufwand	6.389,23	7.830,77	7.623,11
Personalaufwand	8.446,05	9.173,61	10.253,78
Abschreibungen	1.609,60	1.641,68	1.712,63
sonstige betriebliche Aufwendungen	1.052,90	1.102,30	1.152,25
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,13	0,45	2,24
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	48,70	55,45	17,30
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-6.156,58	-5.717,06	-6.687,67
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	27,18	8,74	-1,95
sonstige Steuern	38,19	35,75	34,83
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	-6.221,95	-5.761,54	-6.720,55
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen	-5.645,06	-5.761,54	-6.720,55
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	-576,89	0,00	0,00

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2022	31.12.2023	31.12.2024	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-64,79	-50,86	-54,53	%
Eigenkapitalrentabilität:	-82,62	-55,03	-62,37	%
Cash-Flow:	-4.612,35	-4.119,86	-5.007,92	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	62,93	77,82	75,24	T€
Personalaufwandsquote:	74,15	65,12	72,88	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2022	31.12.2023	31.12.2024	Angaben in
Sachanlagenintensität:	93,10	86,78	86,60	%
Eigenkapitalquote:	28,66	41,40	41,77	%
Fremdkapitalquote:	71,34	58,60	58,23	%
Anlagendeckungsgrad 2	30,71	47,65	48,25	%
Verschuldungsgrad	248,91	141,55	139,43	%

e) Lagebericht

1. Grundlagen des Unternehmens

Zweck der Gesellschaft ist die Förderung der öffentlichen Gesundheitspflege, des Sports, der Kinder-, Jugend- und auch der Altenhilfe sowie der Kultur und des Landschaftsschutzes.

Diese Zwecke wurden verwirklicht durch den Betrieb von Freizeitanlagen mit regionaler Bedeutung, die als Betriebsstätten der gemeinnützigen GmbH geführt werden.

Angebote der Gesellschaft sind u.a. öffentliche Badbereiche, sonstige Einrichtungen des Jedermannschwimmens, verschiedene Angebote zur Sport- und Gesundheitsförderung, zielgruppenorientierte Programm- und Veranstaltungsangebote, sowie Park-, Spiel-, Sport- und Wassersportflächen und dazu passende Gesundheits- und Well-nessdienstleistungen in den 2023 modernisierten Parkanlagen und öffentlichen Bädern der Gesellschaft.

Von der Gesellschaft werden folgende Betriebsstätten geführt:

- Freizeitzentrum Kemnade, Witten
- Revierpark Mattlerbusch, Duisburg
- Revierpark Nienhausen, Gelsenkirchen
- Revierpark Vonderort, Oberhausen

2. Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die Arbeitslosenquote beträgt zum Zeitpunkt der Berichtserstellung 6,4 Prozent. Die Quote ist damit abermals um 0,3% höher als im Vorjahr, seit 2022 ist die Arbeitslosenquote damit um 1,1% gestiegen. Dennoch ist es nach wie vor schwierig, Personal für die Aufrechterhaltung des Bäderbetriebs und der Verwaltung zu bekommen.

Auch das Jahr 2024 zeichnete sich durch eine Rezession aus, entgegen der Prognosen von 1% Wachstum für 2024. Der gesamtwirtschaftliche Rahmen ist den Vorhersagen nach, dennoch mittel- und langfristig eher positiv. Zum Zeitpunkt der Berichterstellung verkünden die USA weitreichende Zollbeschränkungen, ist der Ukrainekonflikt immer noch nicht gelöst und Deutschland befindet sich nach vorgezogenen Neuwahlen in Koalitionsverhandlungen.

3. Geschäftsverlauf und Lage der Gesellschaft und ihrer Betriebsstätten

3.a Einfluss der Corona- und Ukrainekrisen, hohe Energie- und Personalkosten als Postkrisen phänomene und mögliche Antworten.

Auch wenn es nach wie vor zu Coronaerkrankungen auch im Jahr 2024 gekommen ist, kann nicht mehr von einer Coronabelastung des Jahres 2024 gesprochen werden.

Die Energiepreise entspannten sich etwas. Mit ca. 4.121 TE wurden zwar 180 TE weniger für Gas, Strom und Fernwärme ausgegeben als 2023; die Vergleichszahl des Jahres 2019 ist mit 2.406 TE allerdings vergleichsweise gering. 71% mehr mussten wir also für Energie aufbringen. Ein Phänomen das sich auf die Personalkosten übertragen lässt: diese betrugen 2019 7.529 1E, 2024 mussten wir bei unwesentlich veränderter Mannschaft für Löhne, Gehälter und Sozialversicherungen 10.253 TE ausgeben, das entspricht einer Kostensteigerung von 36%.

Hohe Energie- und Personalkosten sind insofern Postkrisenphänomene, die bei dem energie- und personalintensiven Geschäftsmodell der FMR kritisch sind. Aber es gibt Antworten: diese finden wir in den geplanten Badprojekten in Vonderort sowie Mattler-busch und sehen wir am Beispiel Kemnade wo trotz hoher Energie- und Personalkosten vergleichsweise gute Ergebnisse erzielt werden.

3.b Die Lage im Freizeitzentrum Kemnade

Das Freizeitzentrum Kemnade schließt mit einem Ergebnis von minus **971.440,44 €** bei 325.160 Badbesuchern. Dieses Ergebnis ist abermals ca. 200 T€ besser als das um den Verkaufserlös von Haus Herbede korrigierte Ergebnis im Vorjahr.

Das kontinuierliche Steigern der Qualität der Angebote dürfte hierfür mitverantwortlich sein. Im Bad wurden zahlreiche kleine und große technische Upgrades vorgenommen und viele Detailverbesserungen für den Gästekomfort durchgeführt, Beispiele dafür sind:

- Im Februar wurden die beiden ursprünglich kleinen 80 und 90 Grad Saunen im Innenbereich durch unsere Mitarbeiter zu einer großzügigen Sauna, die Platz für rund 50 Gäste bietet, umgebaut. Besonders beeindruckend ist dabei der Einsatz eines modernen Aufgussofens mit 46 kW und die farbige LED-Beleuchtung trägt dabei nicht nur zur visuellen Inszenierung bei, sondern unterstützt den Aufbau einer Atmosphäre, die sowohl beruhigt als auch belebt. Die neu getaufte Aufguss Lounge bietet nicht nur mehr Raum und Komfort, sondern ermöglicht auch vielfältige Aufguss-Rituale, die den traditionellen Saunaaufenthalt neu interpretieren und ein intensives und stimmungsvolles Saunaerlebnis ermöglicht.
- Die Ergänzung der dringend benötigten Taschenablagen in der Saunalandschaft ist ein weiterer durchdachter Schritt, der nicht nur den ästhetischen Eindruck, sondern vor allem auch den Komfort für die Gäste deutlich erhöht. Diese praktische Aufwertung erlaubt es den Besuchern, ihre persönlichen Gegenstände sicher und bequem zu verstauen — ein oft unterschätzter, aber essenzieller Aspekt, um das Entspannungserlebnis zu perfektionieren.
- Die rechtzeitige Fertigstellung des neuen Daches der Liegehalle zu den Sommerferien sorgten dafür, dass die Gäste in der warmen Jahreszeit uneingeschränkt den Komfort und die Annehmlichkeiten des Badebereichs genießen konnten. Dass die Baukosten von über 800.000€ durch Zuschüsse der Gesellschafter abgedeckt wurden, unterstreicht außerdem das Engagement und die weitsichtige Planung im Sinne eines hochwertigen Ambientes. Besonders hervorzuheben ist die eigeninitiativ installierte 37 kWp PV-Anlage, die auf dem neuen Dach installiert wurde. Dieses nachhaltige Element liefert nicht nur einen Beitrag zur grünen Energiewende, sondern kann auch langfristig für Kosteneinsparungen und einen positiven ökologischen Fußabdruck sorgen. So wird hier gezeigt, wie technische Modernisierungen und ökologische Verantwortung Hand in Hand gehen können.
- Die Modernisierung der Küche in unserer Gastronomie mit Blick auf dem Kem-nader See ist wirklich ein starker Impuls für ein noch besseres Gästeerlebnis. Die Neueröffnung durch denselben Pächter der auch die Saunagastronomie betreibt fand am 07.06.2025 statt. Auch hier haben wir fast die gesamte Küchentechnik ersetzt, so werden dem Pächter auch neue Möglichkeiten für die effiziente Umsetzung der Speisenzubereitung gegeben und das aufgewertete Ambiente des Restaurants führt zu einer spürbaren Verbesserung der Aufenthaltsqualität.

Attraktivierung am Kemnader See

Wie im Vorjahr wurden neue Tretboote mit Tier- und Automotiven für den Hafen Heveney und den Hafen Oveney erworben. Diese wurden wiederum von den Seebesuchern sehr positiv angenommen, der erneut gesteigerte Umsatz 2024 im Verleihgeschäft zeigt dies deutlich.

Außerdem wurde ein neuer Polyvalk für den Kursbetrieb der Wassersportschule Kem-nade erworben. Die Praxiskurse Segeln und Motorboot waren fast vollständig ausgebucht und bei den Theoriekursen wurden bis auf einen Kurs alle sehr gut besucht.

In Vorbereitung für den neuen Pächter erfolgten die Abrissarbeiten durch das FMR-Team der fast 40 Jahre alten Minigolfbahnen in Oveney, damit der neue Pächter Adventure Golf Bochum fristgerecht zum 1. April 2025 eröffnen kann.

Die vielen Attraktivierungsmaßnahmen Kemnades wurden anfangs sehr kleinteilig und mit vielen finanziellen Klimmzügen möglich gemacht. Die Parkraumbewirtschaftung Kemnades hat im letzten Jahr fast 360 T€ erlöst.

Dies gibt dem Freizeitzentrum zunehmend Finanzkraft, so dass Attraktivierungsmöglichkeiten jetzt auch schneller und selbstbewusster vorgenommen werden können.

3.c Die Lage im Revierpark Mattlerbusch

Auch im Revierpark Mattlerbusch hatte die Corona Pandemie in 2024 kaum noch Auswirkungen. Besonders beliebt waren nach wie vor Veranstaltungen wie die Sauna- und Romantiknächte, Familienangebote in den Sommerferien, die beliebte Kindersauna und auch Veranstaltungen nur für Damen, die regelmäßig angeboten wurden.

Einen Tag konnte die Niederrhein-Therme nicht öffnen, häufige technische Ausfälle führten zu zeitweisen Angebotsausfällen oder zu Qualitätseinschränkungen und eine hohe Energiekostennachforderung in Höhe von über 500 T€ belasten das Ergebnis. Dennoch schneidet der Revierpark Mattlerbusch im Jahr 2025 mit einem Fehlbetrag von 1.632.922,67 € noch besser ab, als es geplant war. Strengste Kostendisziplin und ein mit 253.908 Besuchern fast unveränderter Besucherzuspruch machten dies möglich, wofür die Geschäftsführung den Verantwortlichen vor Ort und allen Mitarbeitern des Revierpark Mattlerbusch sehr dankbar ist.

Energiesituation in Mattlerbusch

Das Ergebnis des Revierparks Mattlerbusch war auch im Jahr 2024 durch die hohen Energiekosten negativ beeinflusst. Während sich in den anderen Betriebsstätten die Energiekosten auf einem niedrigeren Niveau stabilisierten, kam es in Mattlerbusch vor allem durch die im März 2025 erstellte Abrechnung mit einem Nachforderungsbetrag über ca. 550 T€ zu einem weiteren Anstieg der Energiekosten.

Zu dieser Nachforderung kam es hauptsächlich, da der Revierpark aktuell nur rund 30% Fernwärme erhält und der übrige Bedarf über zwei Gaskessel abgedeckt werden muss. Mit dem im Jahr 2012 abgeschlossenen Vertrag sollte eigentlich der komplette Wärmebedarf über eine Fernwärmeleitung und ein BHKVV abgedeckt werden. Das BHKVV ist jedoch störanfällig und konnte mehrere Monate des Jahres 2024 nicht genutzt werden. Für die Fernwärmeleitung und das BHKW wurde eine jährliche Contractinggebühr (Grundkosten) von ca. 285 T€ vereinbart.

Die FMR prüft derzeit die Richtigkeit der Abrechnung und weitere Möglichkeiten zur Reduzierung der Energiekosten sowie die Geltendmachung von eventuellen Gegenansprüchen unter Hinzuziehung eines externen Sachverständigen. Auch der Vertragspartner hat die erneute Prüfung der Abrechnung zugesagt.

Ersatzneubau Niederrhein-Therme

Um die Niederrhein-Therme für die kommenden Jahre betriebssicher, wirtschaftlich und energetisch sinnvoll aufzustellen, die Besucherzahlen zu steigern und neue Zielgruppen zu erschließen, bedarf es nicht nur einer vollumfänglichen Sanierung, sondern vielmehr auch einer Attraktivierung, einer Anpassung und Erweiterung des Gesamtkonzepts, und am wichtigsten, einer zukunftsfesten Energieversorgung.

Die Pläne für einen Ersatzneubau und eine Generalsanierung wurden im Laufe des Jahres immer weiterentwickelt und zu Beginn des Jahres 2025 auch dem Beirat und dem Aufsichtsrat vorgestellt. Die Pläne bilden das Konzept der Unternehmensberatung Altenburg ab und wurden durch Altenburg auch einem Controlling unterzogen.

Wesentliche Unterschiede bei den beiden Varianten liegen im Bereich der Solebecken (andere Form) und im Kellergeschoss. Das Kellergeschoss des Neubaus ist kleiner und kompakter.

Auf Basis der aktuellen Planung beläuft sich die Kostenschätzung für die Generalsanierung auf ca. 39 Mio. € zzgl. ca. 350.000 €, wenn man die Tinyhäuser in die Planung mitaufnimmt.

Die Kostenschätzung für die Neubauvariante beläuft sich auf ca. 45,8 Mio. €. Der Bau im Bestand ist somit ca. 6 Mio. € günstiger und mit einem $C0_2$-Ausstoß von 634 Tonnen attraktiver als der Neubau.

Das Meinungsbild des Aufsichtsrates in der ersten Sitzung 2025 ist einstimmig bei einer Enthaltung und beträgt 13 Stimmen für die Variante 1: energetische Generalsanierung und 0 Stimmen für die Variante 2: Ersatzneubau.

Die Gesellschafter des Revierparks Mattlerbusch werden gebeten, sich bis möglichst zur Aufsichtsratssitzung am 12.09.2025 für eine Variante zu entscheiden und dessen Finanzierung unter Berücksichtigung der Interessen, der nicht an der Betriebsstätte Revierpark Mattlerbusch beteiligten Gesellschafter, sicherzustellen und zur Akquise von Fördermitteln sowie zur Suche von Partnern für eine energetische Optimierung tätig zu werden.

Zukunft und Heimat: Revierparks 2020

Durch veränderte klimatische und gesellschaftliche Anforderungen ist sowohl die ökologische Aufwertung und Revitalisierung als auch die barrierearme und für alle frei zugängliche Gestaltung der Angebote in den Parkanlagen notwendig geworden, zeitgemäße Freizeitangebote ermöglichen nun besondere Erlebnisse und steigern die Attraktivität des Revierparks.

Die Parkpflege nach dem neuen Parkpflegekonzept erfolgt durch das bereits vorhandene Parkpflegeteam, welches im Jahr 2024 durch eine Fachkraft ergänzt werden konnte.

Das IHK ist ein richtungsweisendes Projekt für die FMR, sodass zu Beginn des Jahres 2025 ein Beschluss zur Übernahme der Parkpflege gefasst wurde. Die Verantwortung für den Erhalt der Anlagen ist damit vom RVR an die FMR übergegangen. Zur Finanzierung der Parkpflegekosten gab es im Jahr 2024 einen Sonderzuschuss der Gesellschafter in Höhe von 180.000,00 € pro Park.

Mattlerbusch: Palmengarten

Der Zustand der Dächer hat sich weiter massiv verschlechtert, insbesondere ist das Dach des Palmengartens in Mitleidenschaft geraten. Die Standsicherheit wurde bereits in den letzten Jahren durch Querbalken verstärkt, trotzdem verschlechterte sich der Zustand in 2024 stetig, sodass mit dem Einbau von 10 weiteren Stützpfeilern umgehend gehandelt werden musste. Die Aufenthaltsqualität leidet etwas, jedoch haben die Gäste diese Maßnahme gut angenommen. Eine nächste Überprüfung des Daches soll im Herbst erfolgen. Während der Maßnahme musste der komplette Bereich ca. 10 Tage lang gesperrt werden.

Baumbestand im Mattlerbusch

Bei einer durch den Mattlerbusch beauftragten Baumbegutachtung sind ca. 60 Bäume „aufgefallen". Es handelte sich offensichtlich um geschädigte/abgestorbene Bäume, die eine Gefährdung für die Parkbesucher darstellen können. Diese Bäume mussten umgehend gefällt werden. Ein weiteres Ergebnis der Begutachtung ist ein umfassendes Pflegekonzept für eine hohe Anzahl an Bäumen, die am Wegesrand stehen und hohe Gefahrenpotentiale darstellen.

Die Betriebsleitung stand und steht im engen Austausch mit der Unteren Naturschutzbehörde und dem Umweltamt der Stadt Duisburg. Der Revierpark benötigte für die Fällung keine gesonderte Genehmigung in Form einer Befreiung. Eine schnelle Beauftragung der Arbeiten wurde schriftlich durch die Behörde angeraten.
Ein Fachbetrieb wurde beauftragt, die Fäll- und Pflegearbeiten kurzfristig durchzuführen.

3.d Die Lage im Revierpark Nienhausen Veranstaltungen und Zirkus Probst (2024)

Vom 14.06.-14.07.2024 fand in Deutschland die Europameisterschaft im Fußball statt. Gelsenkirchen war unter anderem Ausrichter für vier Spiele in der Schalke-Arena. In diesem Zeitraum wurde auf der Festwiese und dem Reisemobilplatz ein Übernachtungsangebot mit einer Kapazität von 1.000 Personen für auswärtige Fans angeboten. Das wirtschaftliche Ergebnis ergab einen Überschuss von ca. 20 TE, die Veranstaltung verlief ohne Zwischenfälle.

Der Weihnachtszirkus Probst gastierte traditionell zum Jahreswechsel auf der Festwiese. Die Freizeitgesellschaft hat in diesem Zeitraum erstmalig eine Bewirtschaftung der Parkplätze mit eigenen Mitarbeitern durchgeführt. Der Erlös lag bei ca. 16 **-re**

3.e Die Lage im Revierpark Vonderort Bewegungshügel und Zukunft und Heimat (2024)

Der Bewegungshügel erfreut sich weiterhin großer Beliebtheit und soll zukünftig um eine Toilettenanlage ergänzt werden.

Die Parkumgestaltung aus dem Förderprogramm Zukunft und Heimat führte bei den Parkbesuchern ebenfalls zu einer großen Akzeptanz. Die zahlreichen Ausstattungsangebote und Neupflanzungen werden gut angenommen. Im südlichen Parkbereich gastiert in den Sommerferien traditionell die Fa. Funjoker mit einem großen Hüpfburgenangebot.

3.f Organisation und IT-Infrastruktur der FMR

Der Führungskreis der FMR bestand im Jahr 2024 aus fünf Führungskräften: Jürgen Hecht, Geschäftsführer; Franz Dümenil, Leiter der Betriebsstätten Vonderort und Ni-enhausen, Prokurist der FMR mit dem Themenschwerpunkt Technik; Dirk Clemens, Leiter der Betriebsstätte Kemnade mit dem Themenschwerpunkt Personal sowie Sandra Blat y Bränder, Leiterin der Betriebsstätte Mattlerbusch, mit dem Themenschwerpunkt Marketing und Belinda Zrno, Leitung Finanzbuchhaltung und Controlling. Es gibt nur eine Sekretariatsstelle für diesen Kreis, diese arbeitet vor allem dem Geschäftsführer zu.

Die Organisationsstruktur ist als schmal zu bezeichnen, vor allem vor dem Hintergrund des administrativ aufwändigen Rahmens der FMR und einer Vielzahl von externen Terminen in örtlichen Gremien.

Die IT-Infrastruktur wurde bereits im Jahr 2022 durch das Vertragsmanagementtool „ELO" erweitert. Dies wurde im Jahr 2024 weiter gepflegt, außerdem wurde damit begonnen, das Gremieninformationssystem „mo-rerubin" einzuführen.

Die Verwaltungsmitarbeiter können auch aus dem Home-Office vollumfänglich auf Dateien und Systeme zugreifen. Die Ausstattung der Verwaltungsmitarbeiter mit Notebooks, Monitoren und Telefonen ist als verhältnismäßig gut zu beurteilen.

Die FMR nutzt zwei Zoom-Lizenzen für Videokonferenzen.

Mit Beginn des Jahres 2023 hat die FMR die Finanzbuchhaltung des Revierparks Gy-senberg übernommen, dies wurde im Jahr 2024 ausgebaut und verstetigt.

3.g Gerichtsprozesse

Es gab im Jahr 2024 einen kleineren Arbeitsgerichtsprozess.

3.h Pachtverhältnisse

Sehr wesentlich war hier der neue Pachtvertrag für die Seegastronomie in Kemnade.

4. Wirtschaftliche Lage

4.a Entwicklungsbeeinträchtigende und bestandsgefährdende Tatsachen

Der über die Jahre entstandene Sanierungsstau war sicherlich bestandsgefährdend, wie das ausgefallene Solebecken in Vonderort gezeigt hat. Glücklicherweise wurden sowohl für Vonderort als auch Mattlerbusch mit den Bauprojekten eindeutige Antworten gefunden. Außerdem wurde in Kemnade und Nienhausen auch im Jahr 2024 mit einer Vielzahl von größeren Maßnahmen dem Sanierungstau entgegengewirkt. Im Kleinen wurden zahlreiche Maschinen und Reinigungsgeräte für die Technikteams angeschafft, sogar die Aktuelle Stunde im WDR hat darüber berichtet. Sehr erfreulich ist die Bereitschaft der Gesellschafter, der FMR beim Abbau des Sanierungsstaus finanziell zu helfen. So wurden auch kleinere Maßnahmen teilweise über Sonderinvestitionsmittel finanziert, teilweise aus eigener Kraft der FMR.

Entwicklungsbeeinträchtigend sind neben den hohen Energiekosten die immer höher werdenden Personalaufwendungen der Gesellschaft und die dennoch spürbare Personalknappheit. Die Bäder in ihrer jetzigen Ausgestaltung erfordern eine gewisse Personalausstattung, um Ertrinkungsfälle zu verhindern und den ordnungsgemäßen Anlagenbetrieb zu gewährleisten und z. B. die Freibäder in den Sommermonaten durchgehend öffnen zu können. Auch die wieder erblühten Parkanlagen bedürfen gerade nach Fertigstellung des Zukunft und Heimat Projekts mehr Pflege und Personal.

Mit einer deutlichen Verschlechterung der Ergebnisse ist nicht zu rechnen, falls der gesamtwirtschaftliche Rahmen stabil bleibt und keine neuen Krisen entstehen. Eventuell steigende Zinsen würden die Gesellschaft nur wenig belasten, da Bankverbindlichkeiten kaum noch bestehen. Allerdings soll die Klimatransformation der FMR hälftig mit Fremdkapital finanziert werden, hier würden steigende Zinsen natürlich belasten. Wesentliche Zahlungsausfälle sind nicht zu befürchten. Die Liquidität ist zum Berichtszeitpunkt mit 1,6 Mio. € bei ausstehenden Zuschüssen von über 600 T€ verhältnismäßig gut. Die Gefahr einer bilanziellen Überschuldung besteht aus Gesellschaftssicht bei Fortgewährung der Betriebskostenzuschüsse nicht.

4.b Strategieprozess der Freizeitgesellschaft Metropole Ruhr

Viele der in der Strategie beschlossenen Maßnahmen lassen sich nur mit erheblichen Investitionen erreichen. Diese wurde bei der Wirtschaftsplanung für das Jahr 2024 mit den Gesellschaftern diskutiert und konnten sehr umfangreich in die Investitionsplanung aufgenommen werden. Damit ist die Umsetzung der FMR Strategie auf einem guten Weg, eine Vielzahl von Maßnahmen sind bereits umgesetzt und initiiert.

Die Vision der FMR lautet:
Gesunde Naherholung und aktive Freizeitgestaltung für alle in der Metropole Ruhr.

Die Mission lautet:
Wir sind DER Motor für die Entwicklung nachhaltiger und vielfältiger Freizeitangebote zum Nutzen der Menschen in der Metropole Ruhr.

Das Leitbild der FMR lautet:

1. *Wir bieten allen Menschen der Metropole Ruhr Spaß, Spiel und Sport sowie Ruhe, Rast und Reflektion in naher Umgebung.*
2. *Unsere Angebote sind bürgernah und gut, sympathisch und bezahlbar.*
3. *Mit unseren Angeboten vermitteln wir unseren Gästen eine aktive, gesunde und nachhaltige Lebensweise.*
4. *Wir nutzen die Vorteile einer Zentralorganisation und steigern kontinuierlich unsere Qualität und Kompetenzen.*
5. *Wir handeln ausgewogen, kaufmännisch verantwortungsvoll und entscheiden wirtschaftlich.*
6. *Wir sind Vorbild in der pragmatischen Umsetzung von Nachhaltigkeit und Energieeffizienz.*
7. *Wir positionieren die FMR als Dachmarke, stellen die Alleinstellungsmerkmale der Standorte heraus und entwickeln unser Team.*
8. *Wir arbeiten gemeinsam und abgestimmt: Mit Kollegen, mit Kommunen und Institutionen der Metropole Ruhr.*

Die Qualitätsaussage der FMR lautet:
Sicher: *Angebote und Aufenthaltsmöglichkeiten entsprechen modernsten Standards und sind geprüft. Hauptwege und -parkplätze sind beleuchtet. Soziale Kontrolle ist Gestaltungsziel. Schwimmen in unseren Bädern ist sicher.*
Sauber: *Unsere Bäder sind vorbildlich sauber, unsere Anlagen und Immobilien sind gepflegt. Wir kümmern uns vorrangig selber darum.*
Sympathisch: *Wir sind freundlich und finden passende, pragmatische und preiswerte Lösungen. Unsere Angebote sind bezahlbar, gut und unkompliziert.*

4.c Ergebnis, Aufwands- und Ertragslage

Das **Jahresergebnis** vor Zuschüssen beträgt minus 6.720.546,93 € nach minus 5.761.544,48 € in 2023. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass das Geschäftsjahr 2023 durch den Verkauf von Haus Herbede in Höhe von 950 T€ entlastet wurde. Korrigiert um diesen Effekt hat sich das Ergebnis 2024 nur leicht um 9.002 € verringert.

Im Geschäftsjahr 2024 wurden **Umsatzerlöse** in Höhe von 12.324.133€ erzielt, nach 11.328.415€ im Vorjahr. In den Umsatzerlösen sind Pachterlöse in Höhe von 900.825 € enthalten.
Insgesamt kamen im letzten Jahr 842.293 Besucher in die FMR Bäder:

- Hallenbäder 205.341 Besucher
- Freibäder 39.301 Besucher
- Saunaanlagen 597.648 Besucher

Im Vergleich zum Wirtschaftsplan sind das 24.547 Besucher weniger, die vor allem Freibadbereich entstanden sind. Gegenüber dem Vorjahr liegt insgesamt ein Besucherplus von 13.949 vor. Der Saunabereich hat fast 20.000 Gäste mehr gehabt.

Der **Personalaufwand** betrug 10.253.388€ (9.173.605,96€ in 2023) und liegt damit deutlich über dem coronaunbelasteten Vergleichsjahr 2019 mit 7.529.593 €. Dies ist zwar auch auf die gestiegene Mitarbeiterzahl im Landschaftsparkbereich zurückzuführen, besonders maßgeblich, auch im Vergleich zum Vorjahr, sind aber die Lohnsteigerungen der letzten Jahre.

Der **Materialaufwand** fällt auf 7.623.112 €, davon entfallen 5.179.380 € oder 68% des Materialaufwands auf Energiekosten und Wasser.

Die **Abschreibungen** steigen aufgrund der in den Vorjahren getätigten Sonderinvestitionen abermals auf jetzt 1.712.631 € an. Sonderabschreibungen gab es im Berichtsjahr nicht.

4.d Vermögens- und Kapitalstruktur sowie Investitionen

Die **Bilanzsumme** stieg im Berichtsjahr um 509.904 € auf 25.797.908 €. Der Anteil des **Anlagevermögens** an der Bilanzsumme beträgt 86,7 % (Vorjahr 86,9 %).

Im Geschäftsjahr 2024 wurden **Investitionen** in das Anlagevermögen in Höhe von 2.132.678,63 € getätigt, in Kemnade 1.234.879,32 €: Mattlerbusch 358.482,27 €; Nienhausen 241.695,22 €, in Vonderort 285.793,78 € und in der Zentrale 11.828,04 €.

Die wesentlichen Investitionen im Geschäftsjahr betrafen die noch nicht abgeschlossenen Baumaßnahmen des Daches in Kemnade, des Solbads in Vonderort und der Niederrhein-Therme in Mattlerbusch.

Die **Eigenkapitalquote** beträgt zum Bilanzstichtag 41,8% nach 41,4 % im Vorjahr. Unter Einbeziehung der **eigenkapitalähnlichen Sonderposten für Investitionszuschüsse** ergibt sich eine Quote von 84,6 % (Quote des wirtschaftlichen Eigenkapitals).

Die um 574.576€ verringerten **Verbindlichkeiten** von 1.714.533€ ergeben sich im Wesentlichen aus einer Senkung der **Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten** um 167.983 €, der Tilgung von Gesellschafterdarlehen in Höhe von 315.785€ sowie im Vorjahr als **Verbindlichkeit gegen Gesellschafter** ausgewiesene rückzuzahlende Zuschüsse in Höhe von 289.094 €.

4.e Die Liquiditätslage, Zuschüsse

Zum Zeitpunkt der Berichtserstellung im April 2025 ist die Liquiditätssituation mit 1.600.503 € bei ausstehenden Zuschüssen von über 600 T€ vergleichsweise gut. Dennoch ist die Gesellschaft zur Aufrechterhaltung der **Liquidität** auch zukünftig auf Zuschüsse der Gesellschafter angewiesen.

Die **Verfügungslinie** beträgt insgesamt 500 T€.

Die **Zuschüsse für das Jahr 2024** betragen insgesamt 7.026.030,00 €, davon wurden 6.755.968,70 € in 2024 ausgezahlt. Seit dem Jahr 2023 werden die Zuschüsse monatlich bezahlt. Dies hat das Cash Management der Gesellschaft deutlich vereinfacht.

5. Bericht über die Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung kommunaler Unternehmen gem. § 108 Abs. 3 GO NW für das Geschäftsjahr 2024

Die Revierparks und das Freizeitzentrum Kemnade stellen ganzjährig besuchte, attraktive und eintrittsfreie Naherholungslandschaften für die Metropole Ruhr dar. Es kamen bei einem relativ schlechten Sommer fast 850.000 Menschen in die Bäder, Freibäder und Saunen der FMR, ein erfreulicher Besucherzuspruch.

Mut machen auch die unzähligen und nicht gezählten Besucher der Parklandschaften. Gerade an Wochenenden und in den Abendstunden sind unsere Parkanlagen gut besucht und Orte zum Auftanken und Sporttreiben. Dieser Zuspruch ist mit der Wiedereröffnung der renovierten Parks noch deutlicher spürbar.

Gesellschaftliche Großveranstaltungen wie z. B. das Zeltfestival erreichten im Spätsommer des Jahres bei bestem Wetter abermals Rekordbesucherzahlen.

Der Zweck der Gesellschaft gemäß § 2 des Gesellschaftsvertrages ist nachhaltig erfüllt.

6. Voraussichtliche Entwicklung, Chancen und Risiken

6.a Risiken der Gesellschaft

Die Gesellschaft ist in ihren Betätigungsfeldern unternehmerischen Chancen und Risiken ausgesetzt. Bei der Beurteilung der Einzelrisiken wird ein Einschätzungsraum von mindestens einem Jahr zugrunde gelegt. Die Risiken werden gemäß ihren geschätzten Eintrittswahrscheinlichkeiten und Auswirkungen als „hoch", „mittel" oder „gering" eingestuft und auch in dieser Reihenfolge nachfolgend beschrieben:
Das Risiko des **Ausfalls ganzer Anlagenteile** wie jüngst in Vonderort wird mittlerweile nur noch als mittel hoch eingeschätzt. Dieses Risiko gilt aber noch besonders für die Solebecken in Nienhausen und in Mattlerbusch, da Solewasser die technische Infrastruktur und die unmittelbare Umgebung stark belastet. Das Risiko besteht also unverändert, wird aber etwas geringer eingeschätzt.

Abgesehen von der Soleproblematik gibt es ebenfalls Probleme mit der **Dachkonstruktion** in Mattlerbusch. Dies ist ein hohes, sogar bestandsgefährdendes Risiko in Mattlerbusch; in Kemnade wurden die Dachsanierungsarbeiten der Liegehalle des Bades im Juli des Jahres 2024 abgeschlossen. Das Risiko einer Teilschließung ist damit abgewendet.

Das in den unsanierten Anlagen überall fortwährende Probleme mit den elektrischen Anlagen und der Wassertechnik wird als mittleres Risiko eingeschätzt, in Nienhausen als hoch auf Grund der hier sehr alten Anlagentechnik.

Daraus resultierende Instandhaltungsaufwendungen und auch gegebenenfalls erforderliche **außerplanmäßige Abschreibungen** würden übrigens das Ergebnis belasten.

Klar erkennbar ist der **Fachkräftemangel,** der für die FMR bei der Besetzung von Fachpersonal in allen Badbereichen deutlich spürbar ist. Das Risiko, künftig kein Personal mehr zu finden, wird als „hoch" eingeschätzt.

Für den Fall des Nichtbaus der **Komplettlösung** in Vonderort käme es zu einer aufwandswirksamen Auflösung der bisher unter Anlagen im Bau aktivierten Investitionen in das Projekt. Zum Zeitpunkt der Berichtserstellung freut sich die Gesellschaft über zugesagte Fördermittel. Die Gesamtfinanzierung ist geklärt, allerdings liegt der Zuwendungsbescheid noch nicht vor. Das Risiko, dass dieser wider Erwarten nicht erteilt wird, wird als niedrig eingeschätzt.

Nach wie vor bestehen Risiken aufgrund der Entstehung von weiterem lokalem Wettbewerb. In Witten Annen ist mit der Eröffnung eines generalsanierten Schwimmbades im Jahr 2026 zu rechnen. In Gelsenkirchen wird das Zentralbad neu gebaut. Die FMR Geschäftsführung ist der Ansicht, dass Investitionen, die ggf. über Sonderschulden des Staates **(Infrastrukturmittel)** finanziert werden, vorzugsweise für Generalsanierung oder Ersatzneubauten im Bäderbereich, nicht aber für Neubauten, eingesetzt werden sollten.

Außerdem besteht auch weiterhin der **Trend zu privaten Spas und deutlich aufgewerteten Wellnessanlagen in Hotels.** Die daraus möglichen Risiken werden als gering eingeschätzt. Dennoch nehmen diese Anlagen die etwas zahlungskräftigeren Kunden in den Saunaanlagen weg.

Das Thema **textillose Sauna** ist seit Jahrzehnten unter leichtem Druck. Auch wenn in diesem Bereich nach wie vor die Haupteinnahmequellen der Gesellschaft liegen, verzeichnet der Markt im langen Mittel eine Abnahme der Besucher von ca. 1,0 "/o pro Jahr in diesem Bereich. Diesem niedrigen Risiko könnte begegnet werden, indem die Saunaanlagen umgestellt werden auf Textilsaunen, zumindest in Teilbereichen.

Das EU-Beihilferecht kam 2023 erstmals nicht mehr bei der FMR zur Anwendung, die operative Arbeit wurde dadurch 2024 deutlich vereinfacht. Das Risiko einer nachträglichen Prüfung durch die Institutionen der EU mit Rückzahlungsforderungen betrachtet die Geschäftsführung mittlerweile als sehr niedrig.

6.b Chancen der Gesellschaft

Die Idee „Verschmelzung zur FMR" funktioniert. Nach Aufgabe der Beteiligung des Revierparks Wischlingen durch den RVR bliebe noch das Zusammengehen mit dem Revierpark Gysenberg. Hier könnten durch die Zusammenlegung wichtiger Quer-schnittsthemen deutliche Synergien gehoben werden, die nach Schätzungen im Bereich von ca. 200 T€ jährlich liegen könnten, was etwa 10% des Jahresfehlbetrags ausmacht.

Abgesehen von einer Verschmelzung funktioniert die Zusammenarbeit mit dem Revierpark Gysenberg im Bereich der Finanzbuchhaltung immer besser, so dass zum Zeitpunkt der Berichtserstellung diese auch für die Personalabrechnung geprüft wird. Ein besonderer Dank von Seiten der FMR an die immer konstruktive Zusammenarbeit mit der Geschäftsführung des Revierpark Gysenbergs.

Die Parkraumbewirtschaftung ist nach wie vor eine große ökonomische Chance, in Kemnade wurden weit über 300 T€ im Geschäftsjahr 2024 mit der Parkraumbewirtschaftung erlöst. Auch wenn die Bewirtschaftung der Parkplätze nicht die ökonomischen Herausforderungen der Gesellschaft lösen kann, ist doch jede einzelne Anlage ein wichtiger Schritt zur Verbesserung der Wirtschaftlichkeit.

Eine große Chance besteht außerdem für die FMR darin, die Bewirtschaftung aller Parkplätze an Freizeitstandorten des RVR zu übernehmen, die nicht in anderen Gesellschaften sind.

6.c Voraussichtliche Entwicklung

Der in der Gesellschafterversammlung vom 26. November 2024 genehmigte Wirtschaftsplan für das Jahr 2025 sieht Erträge von 12.431 1€, Aufwendungen von 18.924 T€ und einen Jahresfehlbetrag von ca. 6,5 Mio. € vor. Auch hier wurden Personalkostensteigerungen von 3% unterstellt. Insgesamt wurden Gesellschafterzuschüsse in Höhe von 6.127 T€ gewährt, darin enthalten sind 540 TE Parkpflegekostenzuschuss, je Revierpark 180 TE.

Abgesehen von den immer weiter steigenden Personalaufwendungen scheinen die Perspektiven der Gesellschaft positiv wie nie in den letzten Jahren, vielleicht sogar noch besser als zum Zeitpunkt der letzten Lageberichtserstellung:

Man erkennt, dass die weitere Konsolidierung greift. Für das Jahr 2025 wurden keine Preissteigerungen, Zuschusserhöhungen oder Parkplatzbewirtschaftungsmaßnahmen eingeplant. Und dennoch funktioniert die FMR zum Zeitpunkt der Berichtserstellung wirtschaftlich und organisatorisch besser denn je. Für das kommende Jahr wurden Preissteigerungen und weitere Parkraumbewirtschaftung bereits verbindlich mit den Gremien zumindest teilweise abgestimmt. Insofern haben wir bereits jetzt entsprechende Maßnahmen initiiert.

Mit dem Eintritt der geburtenstarken Jahrgänge ins Rentenalter wird es ab etwa dem Jahr 2026 **eine Bäderrenaissance** geben, diesen Effekt merken wir im Saunabereich jetzt, wir hatten 20.000 Saunagäste mehr als im Vorjahr. In den Ruhestand geht eine wirtschaftlich leistungsstarke Rentnergeneration, die Gesundheitsthemen hoch priorisieren wird, die Zeit sinnvoll füllen will und die die Bäder aus Ihrer Kindheit kennt. Für diese Kindergeneration wurden die Bäder einst gebaut. Jetzt stehen wir vor der Herausforderung für diese zahlenmäßig große Kohorte ein passendes, attraktives Angebot zu machen: Schwimmen mit den Enkelkindern, gemeinsame Zeit mit dem Freundeskreis in der Sauna und gemeinsame

Quality Time als Paar bei Wellness. Aktuellste Analysen von Freizeit- und Zukunftsforschern belegen eindeutig diesen Trend, wobei zusätzlich auch die heutige Familiengeneration als wieder interessierte Kundengruppe identifiziert wird. Denn Kinder lieben Pools, Rutschen und das Erlebnis im und am Wasser. Unter dem Stichwort **„elternreiche Kinder"** entsteht eine neue Zielgruppe der Patchworkkinder, die mit ihren Eltern, Stiefeltern, Großeltern und Urgroßeltern die Bäder besuchen wollen. Hierauf gilt es sich einzustellen mit Schwimmkursen und kombinierten Angeboten für alle Generationen, eine gesellschaftliche Entwicklung mit einer sehr großen Chance für Erlebnisbäder wie unsere.

Die Dekarbonisierung unserer Wirtschaft wird bis 2045 mit zahlreichen Fördermitteln unterstützt werden müssen. Im Sommer des Jahres 2023 wurde für die Realisierung der „Vonderorter Komplettlösung" ein zweiter Förderantrag mit dem Fokus „energetische Generalsanierung" gestellt. Trotz der Haushaltsprobleme in Berlin, die sich aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Übertragung nicht benötigter Coronamittel in den Klima- und Transformationsfonds ergaben, haben wir kurz vor Ostern des Jahres 2024 die Zusage des Förderhöchstbetrages von sechs Mio. € für das Vorhaben in Vonderort erhalten. Es gibt zum Zeitpunkt der Berichtserstellung Finanzierungsklarheit und es wird an der Abarbeitung der Auflagen des Zuwendungsbescheids gearbeitet.

Die Geschäftsführung sieht erhebliche Chancen, **überfällige Modernisierung mit ökologischer Transformation zu verbinden** (und so das Sanierungsstauproblem weiterhin und nachhaltig zu lösen). Und so wurde auch im Jahresverlauf 2024 die Sanierung der Niederrheintherme vorangetrieben, ein Architekt hat eine mittlerweile weiter fortgeschrittene Grundlagenplanung entworfen.

Insofern sieht die Geschäftsführung die demographische Entwicklung, den FMR Strategieprozess und die Klimatransformation als Chancen und geht, bestärkt durch sich bestätigend erfreuliche Besucherzahlen des Jahres 2024 und den mit über 12 Mio. € höchsten Umsatz, den die Gesellschaft je erzielt hat, davon aus, dass **die Entwicklungsperspektiven der Freizeitgesellschaft Metropole Ruhr noch positiver sind, als sie letztes Jahr beschrieben wurden. Dies wird bestärkt dadurch, dass die Wirtschaftlichkeitsberechnungen der Neubauprojekte zeigen, dass deutlich reduzierte Energiekosten und, neue, attraktive Aufenthaltsbereiche positive Deckungsbeiträge in den Bädern voraussichtlich bis zum Ende der 2030er Jahre bringen werden.**

7. Klimapolitische Verantwortung und Umweltschutz

Bereits im Winter 2019/2020 hat der Führungskreis den Schutz des Klimas als einen der vier Eckpfeiler der Strategie der FMR benannt, was der Aufsichtsrat jetzt auch im Strategieprozess bestätigt hat. Wesentlicher Teil der FMR Strategie ist der Erhalt der Anlagen und deren pragmatischer, klimawandelgerechter Umbau.

Die FMR betreibt einige der größten Bäder der Metropole Ruhr, die ganzjährig 16 Stunden täglich betrieben werden und die teilweise sogar beheizte Außenbecken auch im Winter den Gästen zur Verfügung stellen.

Der Energiebedarf der Anlagen ist mit fast 30 Mio. kWh hoch; der entsprechende CO2 Ausstoß von 8,3 Mio. Kg immens. Für Gas, Strom und Fernwärme haben wir im Jahr 2024 über 4,2 Mio. € ausgeben. Die energetische Generalsanierung unserer FMR Bäder ist wirtschaftliche und klimapolitische Pflichtaufgabe zugleich! Denn über eine Nutzungszeit von 50 Jahren pro Bad ließen sich ca. 150 Mio. € im Energieeinkauf einsparen und etwa 75% der CO2 Emissionen in dieser Zeit.

Im Jahr 2024 wurden ca. 70 kWh Photovoltaik von den FMR Mitarbeitern in Eigenregie aufgebaut, das ist nicht viel, wird aber jedes Jahr von uns selber im Kleinen aufgebaut werden. Im Großen steht die 1 MW PV Freilandanlage am Kemnader See kurz vor der Genehmigung, ist das Generalsanierungsprojekt in Vonderort kurz vor der Bauantragsreife und wird die Machbarkeit eines Windrades am Kemnader See zusammen mit der AGR geprüft. Zwar fühlen sich die Genehmigungsverfahren als lang und sehr schwierig an, wenn diese aber abgeschlossen sind, ergeben sich neue Perspektiven für eine sehr lange Zeit.

8. Schluss und Dank an die Gesellschafter

Abschließend wird versichert, dass in diesem Jahresabschluss und Lagebericht nach bestem Wissen der Geschäftsverlauf dargestellt, das Ergebnis richtig ermittelt und die Chancen und Risiken sowie die Entwicklungsperspektiven nach jetzigem Wissensstand beschrieben sind.

Die hier beschriebene Lage der Freizeitgesellschaft Metropole Ruhr mit ihren Betriebsstätten entspricht den heute bekannten, tatsächlichen Verhältnissen.

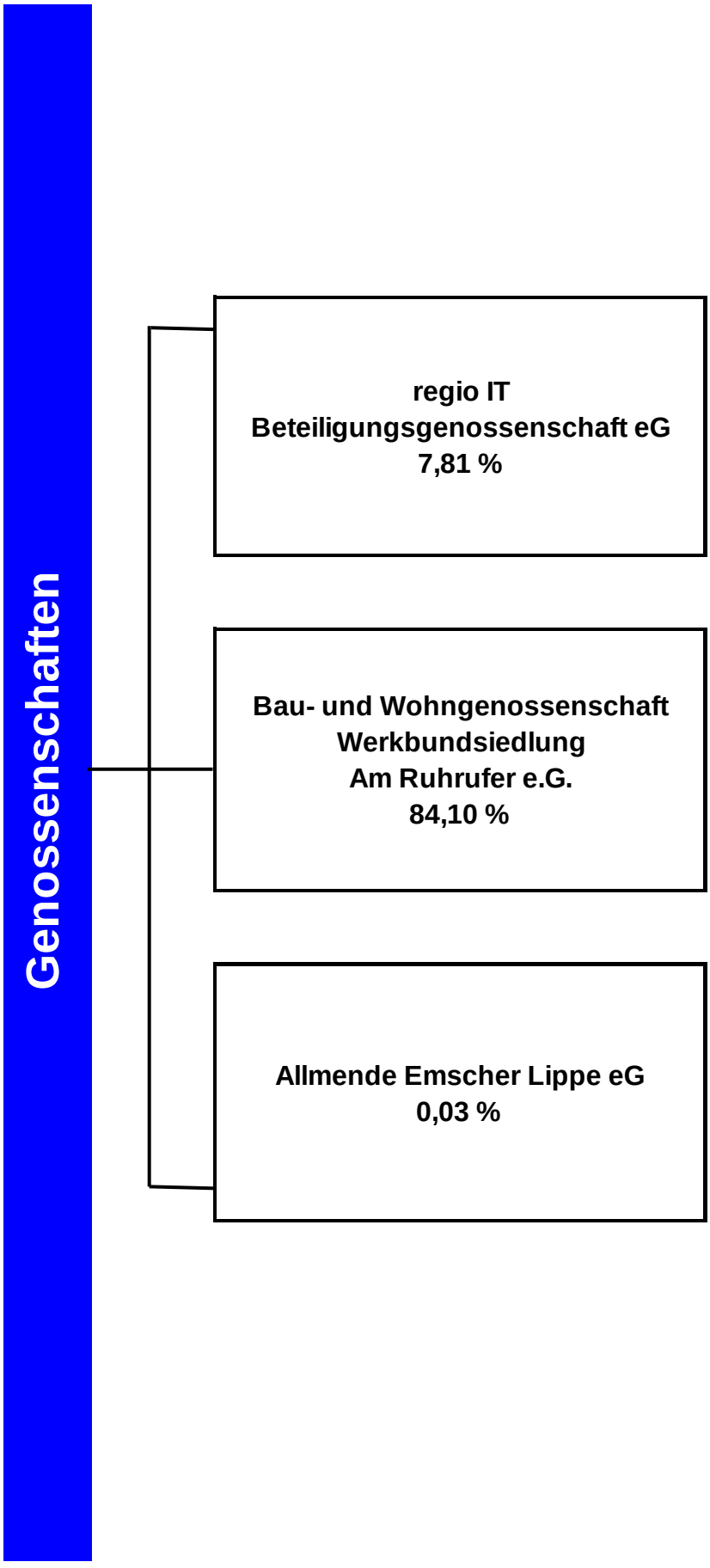
2024 war ein abermals besseres Jahr für die Gesellschaft. Erstmals wurde auch die Arbeit spürbar leichter und unbürokratischer. Dies ist das Resultat der in den Vorjahren gemeinsam gelösten Probleme. Danke an alle Beteiligten.

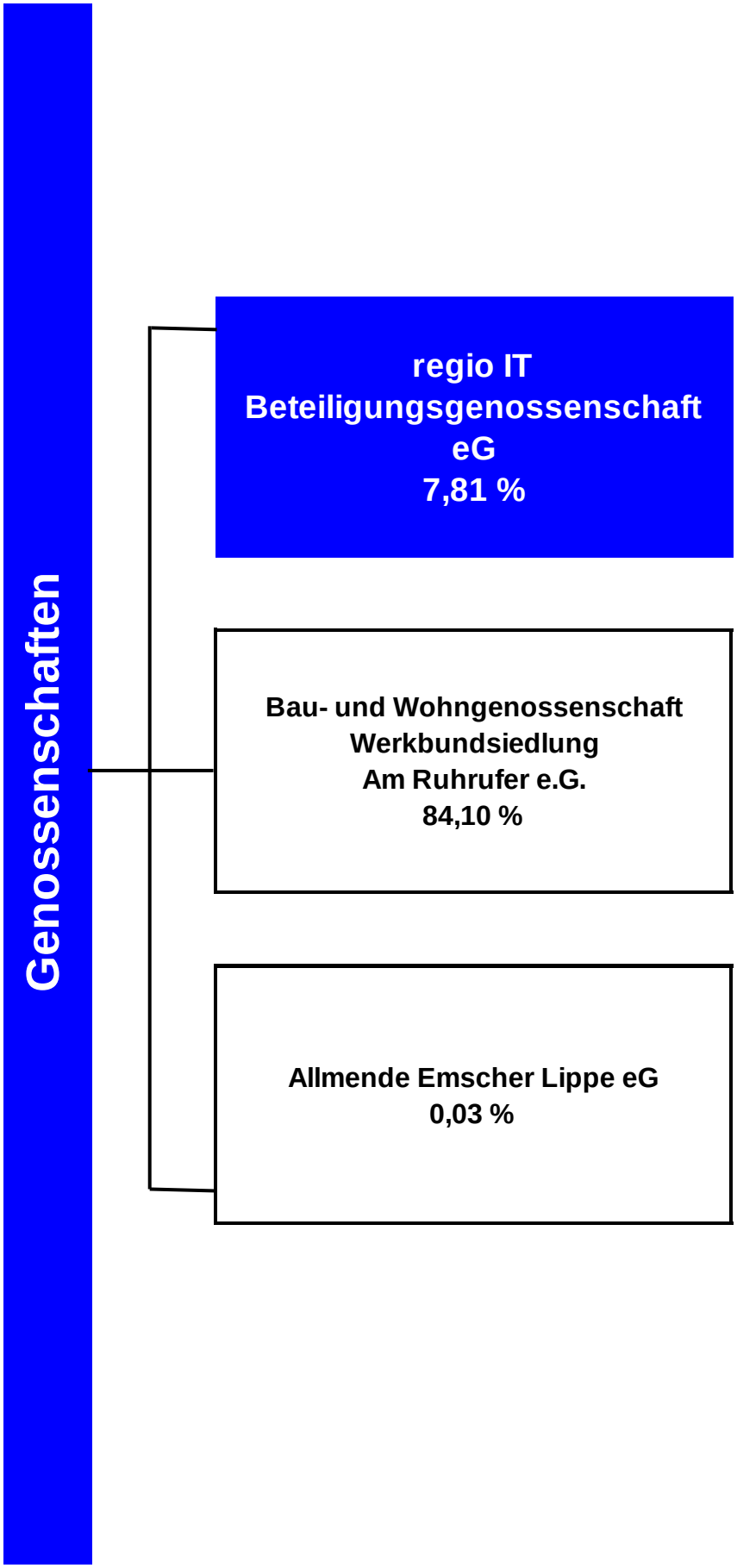
Witten, 23. April 2025

Freizeitgesellschaft Metropole Ruhr mbH (FMR)

Jürgen Hecht
Geschäftsführer

Genossenschaften




Genossenschaften
regio IT Beteiligungsgenossenschaft eG 7,81 %
Bau- und Wohngenossenschaft Werkbundsiedlung Am Ruhrufer e.G. 84,10 %
Allmende Emscher Lippe eG 0,03 %

regio iT Beteiligungsgenossenschaft eG

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Lombardenstraße 24
52070 Aachen

Rechtsform: eG

Stammkapital in T€: 768,00

Gesellschafter:	**T€**	**%**
Sonstige Genossenschaftsmitglieder	708,00	92,19
Stadt Oberhausen	60,00	7,81

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand der Genossenschaft ist die Schaffung von Verbundvorteilen für die Mitglieder über eine Beteiligung an der regio iT gesellschaft für informationstechnologie mbh sowie in diesem Rahmen das Angebot eigener Dienstleistungen für die Mitglieder, insbesondere die Beratung bei IT-Projekten und der gemeinsame Einkauf von IT-Produkten im Bereich Hard- und Software.
Die Genossenschaft kann sich im Rahmen ihres Zweckes soweit kommuanlrechtlich zulässig an Unternehmen beteiligen und Zweigniederlassungen errichten.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2024)

Vorstand:		Ludwigs, Dieter
		Kouhl, Jürgen
Aufsichtsrat:	1. Vorsitzender	Schneider, Philipp
	stellv. Vorsitzender	Prof. Dr. Wagener, Bert
	Mitglied	Willems, Guido
Generalversammlung:		van Benthem, Boris

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2022		2023		2024	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Anlagevermögen	516,00		516,00	69,9	519,15	55,0
Umlaufvermögen	139,67		222,51	30,1	424,77	45,0
Bilanzsumme	**655,67**		**738,51**	**100,00**	**943,92**	**100,00**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	548,96		712,89	96,5	917,33	97,2
Rückstellungen	11,56		22,27	3,0	25,76	2,7
Verbindlichkeiten	95,15		3,35	0,5	0,83	0,1
Bilanzsumme	**655,67**		**738,51**	**100,00**	**943,92**	**100,00**

bb) GuV

	2022	2023	2024
	T€	**T€**	**T€**
sonstige betriebliche Erträge	2,35	2,60	0,89
Personalaufwand	6,67	7,10	7,10
Abschreibungen			0,63
sonstige betriebliche Aufwendungen	12,83	15,27	10,09
Erträge aus Beteiligungen	49,20	84,05	49,18
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge			0,05
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1,47	0,75	
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	30,59	63,54	32,31
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	4,23	20,61	11,57
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	26,35	42,93	20,74
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	-17,49	8,60	51,10
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen	0,26	0,43	0,21
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	8,60	51,10	71,63

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

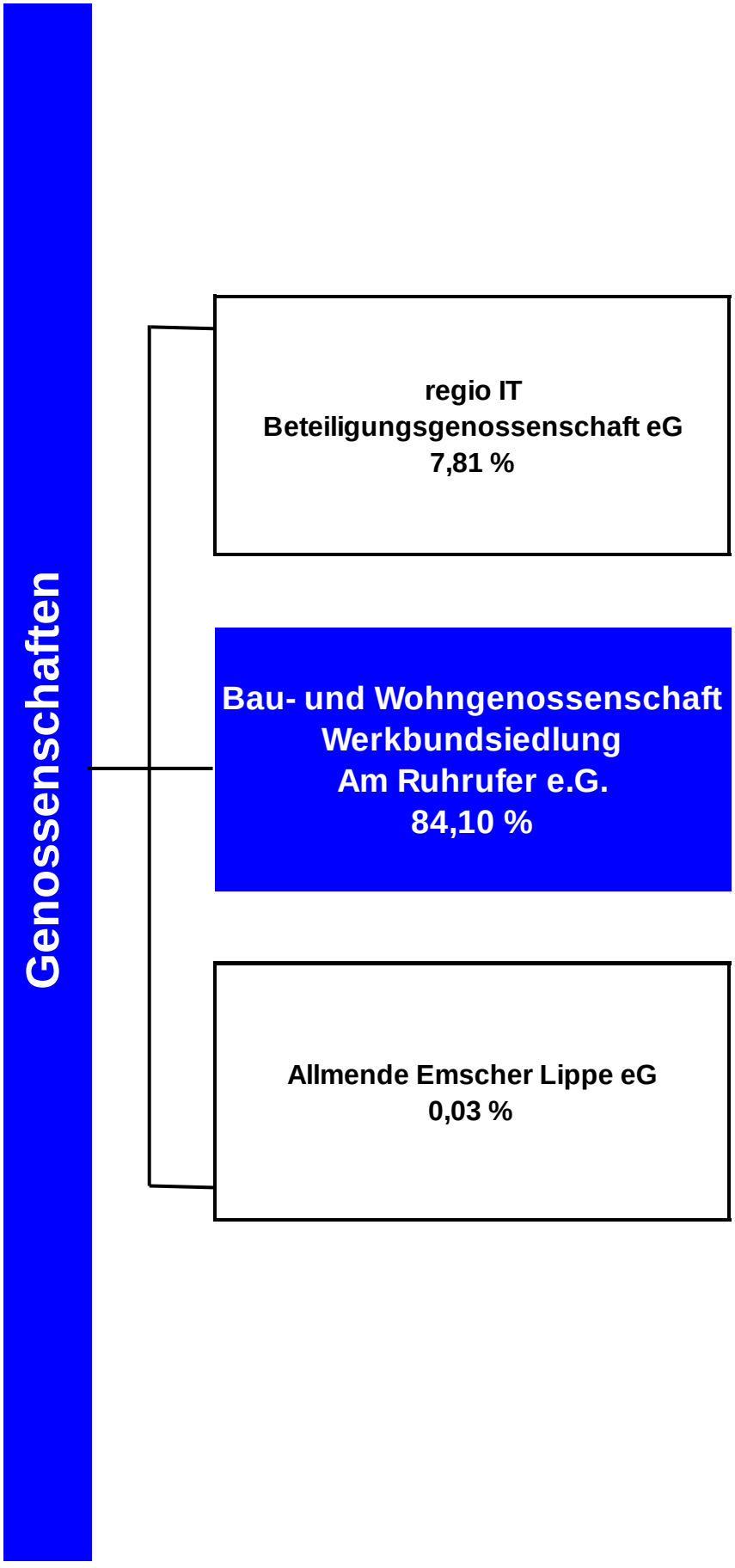
	31.12.2022	31.12.2023	31.12.2024	Angaben in
Umsatzrentabilität:				%
Eigenkapitalrentabilität:	4,88	6,49	2,45	%
Cash-Flow:	26,35	42,93	21,37	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:			0,89	T€
Personalaufwandsquote:	283,56	273,02	792,84	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2022	31.12.2023	31.12.2024	Angaben in
Sachanlagenintensität:	0,00	0,00	0,00	%
Eigenkapitalquote:		96,53	97,18	%
Fremdkapitalquote:		3,47	2,82	%
Anlagendeckungsgrad 2	106,39	138,16	176,70	%
Verschuldungsgrad	-100,00	3,59	2,90	%

e) Lagebericht

Ein Lagebericht wird nicht erstellt.


Genossenschaften
regio IT
Beteiligungsgenossenschaft eG
7,81 %
Bau- und Wohngenossenschaft
Werkbundsiedlung
Am Ruhrufer e.G.
84,10 %
Allmende Emscher Lippe eG
0,03 %

Bau- und Wohnungsgenossenschaft "Werkbundsiedlung Am Ruhrufer" e.G.

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Hauerweg 16
46049 Oberhausen

Rechtsform: eG

Stammkapital in T€: 199,41

Gesellschafter:	**T€**	**%**
Sonstige Genossenschaftsmitglieder	31,71	15,90
Stadt Oberhausen	167,70	84,10

Gegenstand des Unternehmens:
Errichtung und Bewirtschaftung von Wohneinheiten und Gemeinschaftsanlagen mit verschiedenen Rechts- und Nutzungformen im Bebauungsplangebiet Nr. 137 B - Behrensstr./Fährstr.'/Am Ruhrufer Sanierungsgebiet Zechengelände Alstaden.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2024)

Vorstand:	Vorsitzende	Schulz-Ebers, Carina
	Mitglied	Mühle, Stefan
	Mitglied	Perez, Ninovic
Aufsichtsrat:	Vorsitzende	Hammen-Schlünzen, Margret
	Mitglied	van Bremen, Harald
	Mitglied	van Suntum, Ute
	Mitglied	Vermöhlen, Nadine
	Mitglied	van Bremen, Nina
Generalversammlung:		Willecke, Thomas

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2022		2023		2024	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Anlagevermögen	1.372,35	88,2	1.345,95	86,3	1.336,26	89,4
Umlaufvermögen	183,52	11,8	213,95	13,7	159,06	10,6
Bilanzsumme	**1.555,87**	**100,00**	**1.559,90**	**100,00**	**1.495,33**	**100,00**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	672,42	43,2	712,54	45,7	692,69	46,3
Rückstellungen	11,05	0,7	6,60	0,4	9,80	0,7
Verbindlichkeiten	870,68	56,0	840,76	53,9	792,83	53,0
Rechnungsabgrenzungsposten	1,73	0,1				
Bilanzsumme	**1.555,87**	**100,00**	**1.559,90**	**100,00**	**1.495,33**	**100,00**

bb) GuV

	2022	2023	2024
	T€	**T€**	**T€**
Umsatzerlöse	144,32	161,61	163,76
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	-3,08	-1,14	0,50
sonstige betriebliche Erträge		2,15	
Materialaufwand	54,85	70,72	119,77
Abschreibungen	26,40	26,40	25,74
sonstige betriebliche Aufwendungen	17,76	5,42	15,81
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	13,86	13,14	12,39
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	28,37	46,94	-9,45
sonstige Steuern	7,33	7,33	7,33
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	21,04	39,61	-16,78
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	4,99	5,43	21,04
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen	20,60	24,00	
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	5,43	21,04	4,26

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

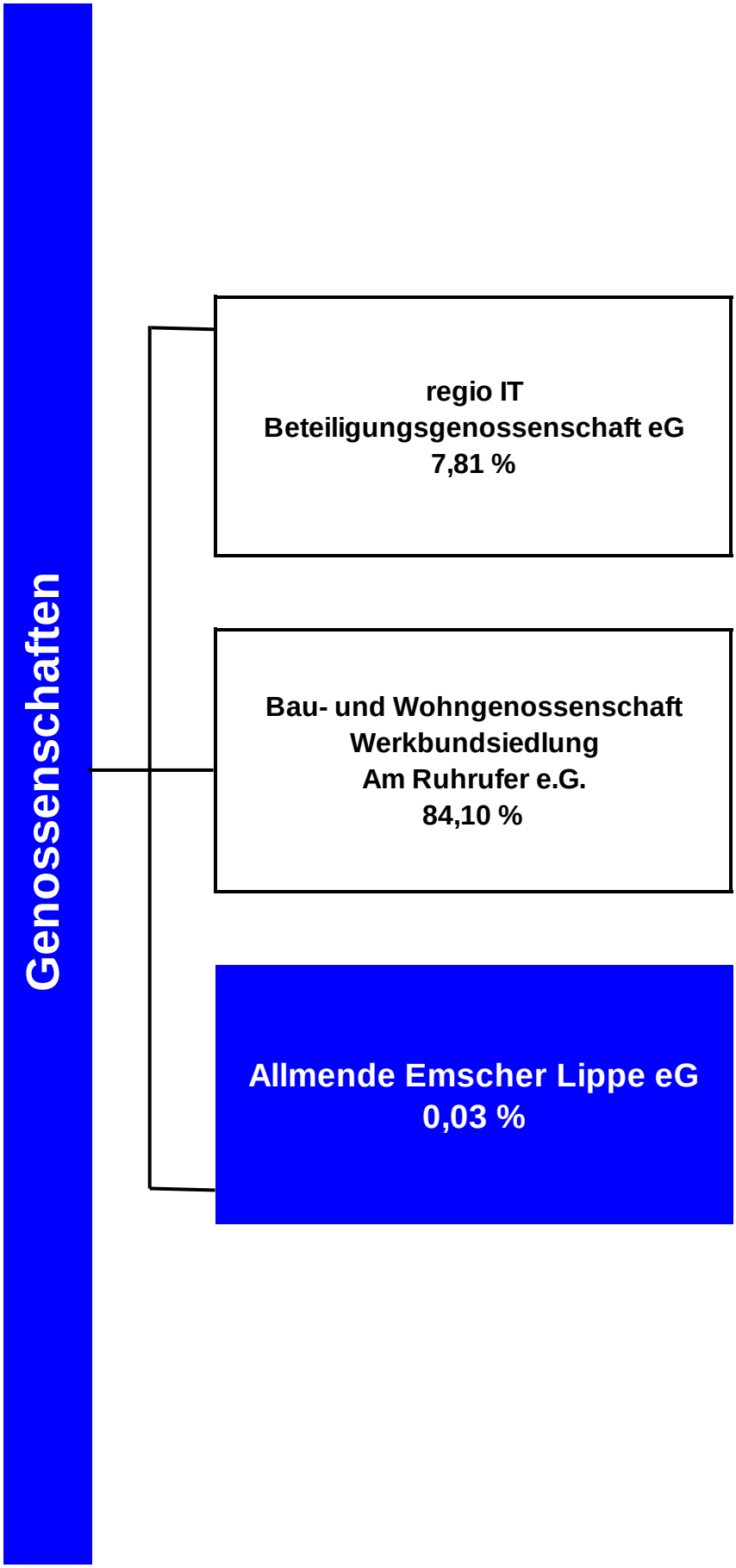
	31.12.2022	31.12.2023	31.12.2024	Angaben in
Umsatzrentabilität:	14,58	24,51	-10,24	%
Eigenkapitalrentabilität:	3,15	5,73	-2,44	%
Cash-Flow:	47,44	66,01	8,96	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:				T€
Personalaufwandsquote:				%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2022	31.12.2023	31.12.2024	Angaben in
Sachanlagenintensität:	88,20	86,28	89,36	%
Eigenkapitalquote:	43,22	45,68	46,32	%
Fremdkapitalquote:	56,78	54,32	53,68	%
Anlagendeckungsgrad 2:	94,69	92,27	88,08	%
Verschuldungsgrad:	131,38	118,92	115,87	%

e) Lagebericht

Ein Lagebericht wird nicht erstellt.


Genossenschaften
regio IT
Beteiligungsgenossenschaft eG
7,81 %
Bau- und Wohngenossenschaft
Werkbundsiedlung
Am Ruhrufer e.G.
84,10 %
Allmende Emscher Lippe eG
0,03 %

Allmende Emscher Lippe eG

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Rittershofer Str. 170
44577 Castrop-Rauxel

Rechtsform: eG

Stammkapital in T€: 737,80

Gesellschafter:

	T€	%
Sonstige Genossenschaftsmitglieder	737,60	99,97
Stadt Oberhausen	0,20	0,03

Gegenstand des Unternehmens:

a) Förderung, Regenerierung und Erhalt der Biodiversität terrestrischer und aquatischer Lebensräume durch ökologische, aber multifunktionale Entwicklung der Flächennutzung;
b) Flächenbereitstellung für Gewässer-, Hochwasser- und Naturschutz mit Hilfe multifunktionaler Flächennutzung und die Umsetzung von Naturschutzmaßnahmen;
c) Einhaltung hoher Standards für ökologische Bewirtschaftung, die einen natürlichen Wasserrückhalt und -haushalt unterstützt sowie stoffliche Belastungen der Gewässer durch diffuse Einträge von Dünger-, PST- und Medikamentenrückständen verhindert;
d) Aufbau nachhaltiger, lokaler Wertschöpfungsketten mit solidarischer Struktur und effektiver, ressourcenschonender Kreislaufwirtschaft rund um die Produkte die im Rahmen der ökologischen Flächenbewirtschaftung im Sinne der Nachhaltigkeit und im Einklang mit Naturschutzzielen entstehen können;
e) Förderung von Erfahrungs- und Wissensaustausch bei derr Entwicklung und großfolächigen Etablierung von innovativen Strategien in der gewässerrfreundlichen Flächenbewirtschaftung, auch unter Mitwirkung von Universitäten und Hochschulen;
f) Aufbau einer inklusiven Gemeinschaft durch Vernetz8ng partizipativer (Organisations-) Strukturen mit niederschwelligen Bildungs- und Weiterbildungsangeboten in allen Bereichen.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2024)

Vorstand:	Vorsitzender	Oberkönig, Berthold
		Krachten, Tina
Aufsichtsrat:	Vorsitzender	Dr. Grün, Emanuel
Generalversammlung:	Mitglied	Palotz, Thomas

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2024	
Aktiva	**T€**	**%**
Aufwendungen für die Ingangsetzung und Erweiterung des Geschäftsbetriebes	2,80	0,6
Anlagevermögen	124,98	27,1
Umlaufvermögen	333,22	72,3
Bilanzsumme	**461,00**	**100,00**

Passiva	**T€**	**%**
Eigenkapital	337,85	73,3
Rückstellungen	32,13	7,0
Verbindlichkeiten	91,03	19,7
Bilanzsumme	**461,00**	**100,00**

bb) GuV

	2024
	T€
Umsatzerlöse	185,03
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	31,37
sonstige betriebliche Erträge	10,14
Materialaufwand	116,08
Personalaufwand	247,34
Abschreibungen	11,02
sonstige betriebliche Aufwendungen	84,78
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,06
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-232,74
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	-232,74
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	-232,74

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2024
Umsatzrentabilität:	-125,78
Eigenkapitalrentabilität:	-40,79
Cash-Flow:	-221,72
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	56,64
Personalaufwandsquote:	109,18

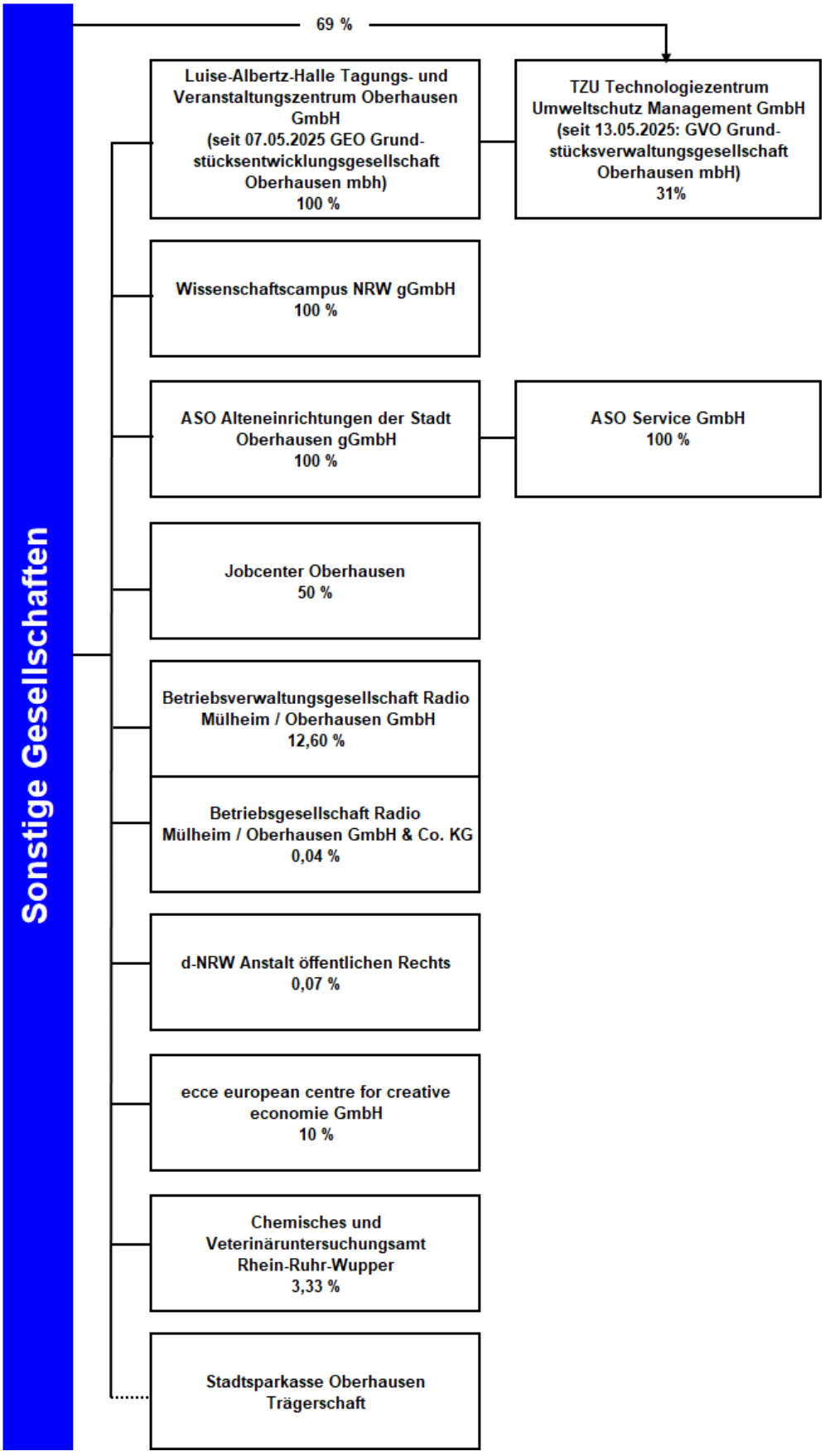
dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

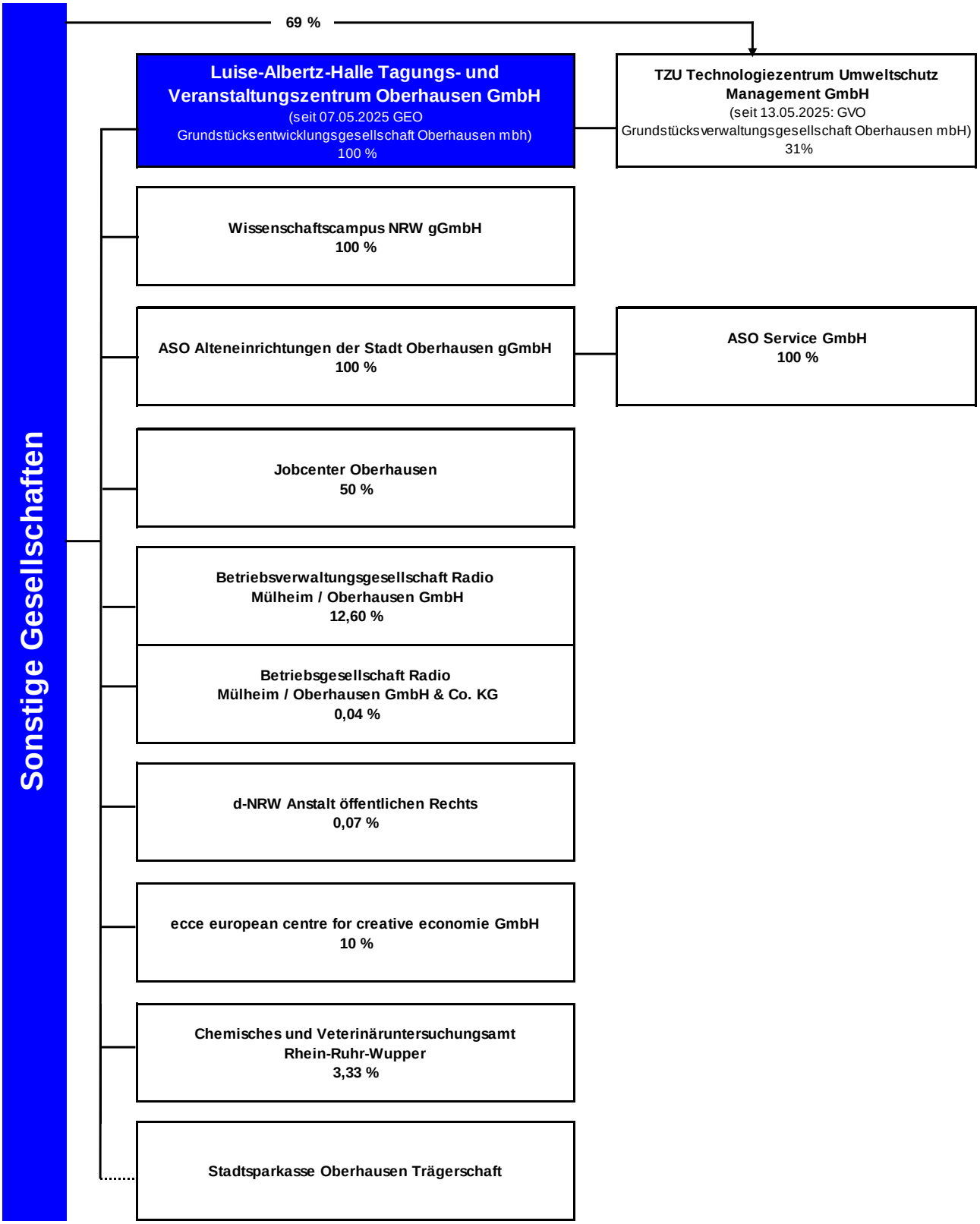
	31.12.2024	Angaben in
Sachanlagenintensität:	20,05	%
Eigenkapitalquote:	73,29	%
Fremdkapitalquote:	26,71	%

e) Lagebericht

Ein Lagebericht wird nicht erstellt.

Sonstige Unternehmen - unmittelbare Beteiligungen -




Sonstige Gesellschaften
69 %
Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH
(seit 07.05.2025 GEO Grundstücksentwicklungsgesellschaft Oberhausen mbh)
100 %
TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH
(seit 13.05.2025: GVO Grundstücksverwaltungsgesellschaft Oberhausen mbH)
31%
Wissenschaftscampus NRW gGmbH
100 %
ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH
100 %
ASO Service GmbH
100 %
Jobcenter Oberhausen
50 %
Betriebsverwaltungsgesellschaft Radio Mülheim / Oberhausen GmbH
12,60 %
Betriebsgesellschaft Radio Mülheim / Oberhausen GmbH & Co. KG
0,04 %
d-NRW Anstalt öffentlichen Rechts
0,07 %
ecce european centre for creative economie GmbH
10 %
Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper
3,33 %
Stadtsparkasse Oberhausen Trägerschaft

Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Düppelstraße 1
46045 Oberhausen

Kontakt:

Telefon	0208 / 859080
Fax	0208 / 8590811
E-Mail	info@luisealbertzhalle.de
Internet	www. luisealbertzhalle.de http://www.cc-oberhausen.de/

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 300,00

Gesellschafter:	**T€**	**%**
Stadt Oberhausen	255,65	85,22

Gegenstand des Unternehmens (gemäß Fassung des Gesellschaftsvertrages am 31.12.2024):

Gegenstand des Unternehmens ist die Verwaltung und der Betrieb der Luise-Albertz-Halle Oberhausen.

Die Luise-Albertz-Halle ist eine öffentliche Einrichtung im Sinne des § 8 GO: NW. Sie dient als Veranstaltungs- und Tagungszentrum sowie als Erholungs-, Versammlungs-, Kultur- und Bildungsstätte und steht allen Bürgerinnen und Bürgern der Stadt zu diesen Zwecken zu Benutzung offen.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Rechtsgeschäften berechtigt, durch die der vorgenannte Gesellschaftszweck auch mittelbar gefördert werden kann.

Die Gesellschaft ist berechtigt, zur Förderung ihres Unternehmenszwecks
Beteiligungen gleicher oder ähnlicher Art zu erwerben oder Tochtergesellschaften zu
gründen.

Die Gesellschaft kann den die Luise-Albertz-Halle betreffenden Grundbesitz erwerben, verwalten und veräußern.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

LAH Luise-Albertz-Halle Oberhausen GmbH	Pachtvertrag über die Luise-Albertz-Halle vom 14.02.2025 mit Rückwirkung zum 01.01.2024

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2024)

Geschäftsführung: Schaugg, Willi

Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung: Jehn, Michael

Aufsichtsrat:	Vorsitzende	Bongers, Sonja
	stellv. Vorsitzender	Broß, Klaus Dieter
	Mitglied gem. § 113 GO	Willecke, Thomas
	Mitglied	Blanke, Andreas
	Mitglied	Bruckhoff, Peter
	Mitglied	Höppner, Chris
	Mitglied	Salwik, Claudia

c) Beteiligungen

Unmittelbar	**T€**	**%**
TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH	153,39	30,68
Mittelbar	**T€**	**%**
Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH – ENO	3,83	1,29

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2022		**2023**		**2024**	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Anlagevermögen	4.869,98	89,1	4.857,71	89,9	4.376,85	76,4
Umlaufvermögen	593,54	10,9	544,04	10,1	1.350,42	23,6
Rechnungsabgrenzungsposten	1,00	0,0	4,50	0,1	0,0	0,0
Bilanzsumme	**5.464,52**	**100,00**	**5.406,26**	**100,00**	**5.727,27**	**100,00**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	1.936,42	35,4	1.914,74	35,4	1.412,56	24,7
Rückstellungen	22,96	0,4	28,69	0,5	25,00	0,4
Verbindlichkeiten	3.505,14	64,1	3.462,83	64,1	4.289,71	74,9
Bilanzsumme	**5.464,52**	**100,00**	**5.406,26**	**100,00**	**5.727,27**	**100,00**

bb) GuV

	2022	2023	2024
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	814,64	746,29	433,59
sonstige betriebliche Erträge	4,15	2,88	0,00
Materialaufwand	637,41	696,33	68,00
Personalaufwand	408,63	486,64	19,02
Abschreibungen	210,92	215,94	173,97
sonstige betriebliche Aufwendungen	140,38	166,74	54,85
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	26,59	25,73	28,58
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-605,14	-842,22	89,17
sonstige Steuern	95,44	95,45	3,78
Erträge aus Verlustübernahmen	1.015,98	915,98	0,00
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	315,40	-21,68	85,39
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	-134,63	180,77	-6.499,20
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	180,77	159,09	-6.413,80

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2022	31.12.2023	31.12.2024	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-86,00	-125,64	19,69	%
Eigenkapitalrentabilität:	-39,90	-53,41	1,09	%
Cash-Flow:	-489,66	-721,72	259,36	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	136,47	124,86	433,59	T€
Personalaufwandsquote:	49,91	64,96	4,39	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2022	31.12.2023	31.12.2024	Angaben in
Sachanlagenintensität:	88,36	88,90	76,05	%
Eigenkapitalquote:	35,44	35,42	24,66	%
Fremdkapitalquote:	64,56	64,58	75,34	%

e) Lagebericht

A. Grundlagen des Unternehmens

1. Allgemeines

Der Rat der Stadt Oberhausen hat am 26.09.2022 bzw. 19.06.2023 ein „Konzept zur Neuordnung von Immobilien im Konzern der Stadt Oberhausen“ beschlossen (im Folgenden „Immobilienkonzept“). Zweck des Immobilienkonzepts ist die Etablierung einer transparenten und effizienten Struktur zur Bündelung der Immobilienaktivitäten im Konzern der Stadt Oberhausen.

Unter dem Blickwinkel einer einheitlichen Steuerung, einer Reduzierung von Gesellschaften und einer steuerlichen Optimierung ist eine Zielstruktur entwickelt worden, die eine Wahrnehmung der immobilienwirtschaftlichen Aufgaben für die Stadt Oberhausen durch zwei unmittelbar bzw. mittelbar 100%-ige städtische Tochtergesellschaften vorsieht. Eine Gesellschaft soll als Grundstücksentwicklungsgesellschaft fungieren, während eine weitere Gesellschaft als Tochtergesellschaft Bestandsimmobilien zur langfristigen Eigennutzung und Vermietung hält. Aufgrund der vorhandenen steuerlichen Verlustvorträge wurde im Rahmen des Immobilienkonzepts die TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management Oberhausen GmbH („TZU“) als präferierte Bestands- bzw. Tochtergesellschaft und die Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH („LAH“) als Entwicklungsgesellschaft identifiziert.

Zur Erreichung der Zielstruktur und zur Aufnahme der Geschäftstätigkeit entsprechend der Zielsetzung des Immobilienkonzeptes hat darauf aufbauend der Rat der Stadt weitere Umsetzungsbeschlüsse gefasst.

2. Darstellung der Umsetzungsschritte des Immobilienkonzeptes und Geschäftsverlauf

In der Umsetzung des Immobilienkonzeptes der Stadt Oberhausen waren zum einen die LAH und zum zweiten die OWT Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung GmbH („OWT“) in entsprechenden Umwandlungsschritten einbezogen, die wie folgt vollzogen wurden:

Mit Abspaltungs- und Übernahmevertrag vom 20.08.2024 wurde das operative Veranstaltungsgeschäft der LAH rückwirkend zum 01.01.2024 („Spaltungsstichtag“) auf eine neu gegründete Betreibergesellschaft – die neue „LAH Luise-Albertz-Halle Oberhausen GmbH“ („LAH Neu“) – übertragen. Demnach besteht die LAH mit wesentlichen Teilen ihres Vermögens, hier im Besonderen der Immobilie der Luise-Albertz-Halle, nach der Abspaltung fort, damit die LAH sodann im Weiteren ihre neue Funktion und Geschäftstätigkeit im Sinne des Immobilienkonzeptes wahrnehmen kann. Zur Sicherstellung der Fortführung des Veranstaltungs- und Gastronomiegeschäfts durch die LAH Neu wurde ein Pachtvertrag beginnend am 01.01.2024 zwischen der LAH und der LAH Neu als der neuen Betreibergesellschaft geschlossen.

Des Weiteren wurde nach vorheriger Ausgliederung des operativen Geschäfts der Wirtschafts- und Tourismusförderung auf die neu gegründete WT Oberhausen GmbH („WTO“) rückwirkend zum 01.01.2024 („Spaltungsstichtag“) sowie der Übertragung des unmittelbar kommunalen Zwecken dienenden Immobilienbestands (einschließlich der Beteiligungen an der Gasometer Oberhausen GmbH und der ecce – european centre for creative economy GmbH) auf die Stadt Oberhausen die verbliebene OWT mit ihrem Restvermögen, das aus den verbliebenen Immobilien (Steigerhaus und Torhäuser) und der Beteiligung an der TZU bestand, durch Vertrag vom 26.08.2024 auf die LAH verschmolzen. Dies hatte zur Folge, dass die OWT als Gesellschaft erloschen ist. Die WTO konnte sodann wieder in OWT Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung GmbH umbenannt werden, um hier auch nach außen Kontinuität herzustellen.

Vor dem Hintergrund der vorbezeichneten und vollzogenen Umsetzungsschritte war die Geschäftstätigkeit der LAH im Berichtszeitraum vom 01.01. bis 31.12.2024 auf die Verwaltung und Vermietung des Immobilienbestandes beschränkt.

Zur Neuausrichtung der Geschäftstätigkeit und des Unternehmensgegenstands der LAH entsprechend der Zielsetzung des Immobilienkonzeptes wurde ferner eine Anpassung des Gesellschaftsvertrages der Gesellschaft erforderlich. Der Rat der Stadt hat am 23.09.2024 hinsichtlich der LAH die Umfirmierung in GEO Grundstückentwicklungsgesellschaft Oberhausen mbH („GEO“) sowie die Neufassung des Gesellschaftsvertrages beschlossen. Die Beschlussfassung ist der Bezirksregierung Düsseldorf als Kommunalaufsicht angezeigt worden. Im Rahmen des Anzeigeverfahrens hat die Kommunalaufsicht den Standpunkt vertreten, dass eine kommunalrechtliche Bestätigung ohne Durchführung einer Marktanalyse nicht erteilt werden kann. Aus diesem Grund wurden die gefassten Beschlüsse des Rates zur Änderung des Gesellschaftszwecks bzw. der Satzung der Gesellschaft im Berichtszeitraum bis 31.12.2024 nicht umgesetzt.

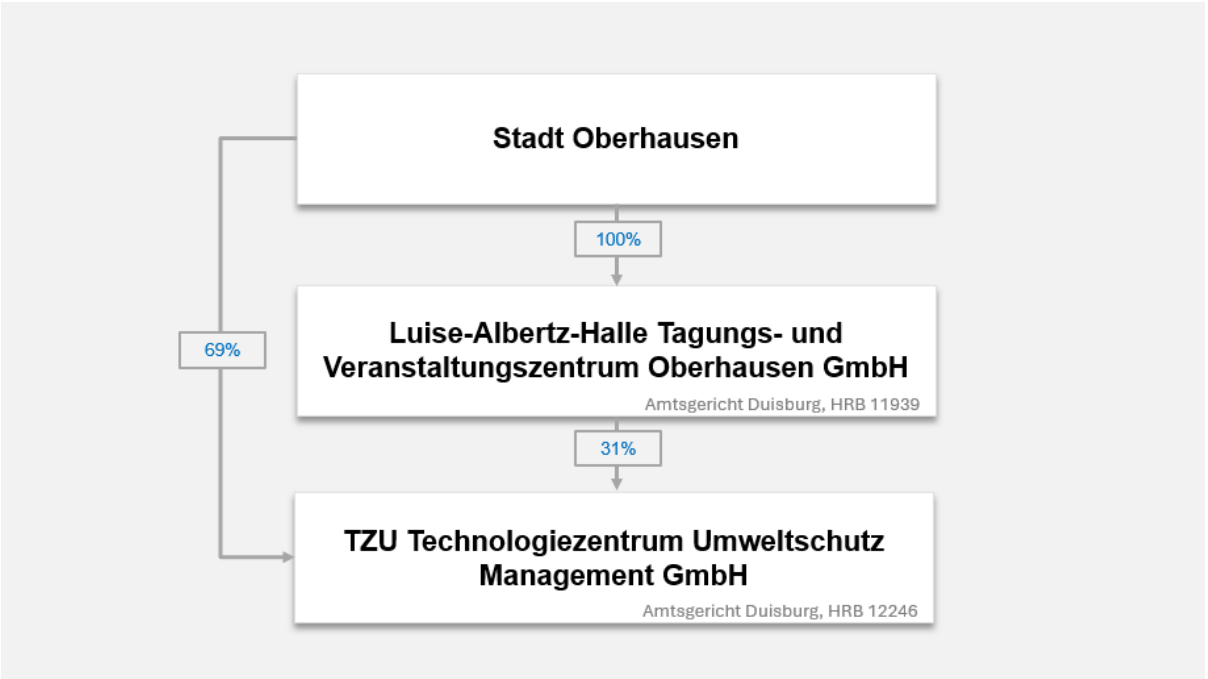
3. Gesellschaftsstruktur

Die Stadt Oberhausen ist alleinige Gesellschafterin der LAH mit Sitz in Oberhausen, eingetragen in das Handelsregister des Amtsgerichts Duisburg unter HRB 11939 mit der Geschäftsanschrift Düppelstr. 1, 46045 Oberhausen. Sie ist somit eine unmittelbar 100%-ige Tochtergesellschaft der Stadt Oberhausen.

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt EUR 300.000,00. Das Stammkapital ist eingeteilt in 2 Geschäftsanteile. Die Stadt Oberhausen ist mit dem Geschäftsanteil mit lfd. Nr. 1 im Nennwert von EUR 255.646,00 und dem Geschäftsanteil mit lfd. Nr. 2 im Nennwert von EUR 44.354,00 beteiligt.

Des Weiteren werden von der LAH rund 31 % der Geschäftsanteile der TZU, die zukünftig als Bestands- bzw. Tochtergesellschaft fungieren soll, gehalten. Die LAH hält die Geschäftsanteile mit lfd. Nr. 1 im Nennwert von EUR 127.823,00 und mit lfd. Nr. 2 im Nennwert von EUR 25.565,00, die gemäß Vertrag vom 28.06.2024 von der OWT auf die LAH übergegangen sind. Die Stadt Oberhausen hält ihrerseits an der TZU die übrigen rund 69 % der Geschäftsanteile, die sie im Rahmen der durchgeführten Neustrukturierungsschritte erhalten hat, mit lfd. Nr. 3 im Nennwert von EUR 215.647,00, mit lfd. Nr. 4 im Nennwert von EUR 30.965,00 und mit lfd. Nr. 5 im Nennwert von EUR 100.000,00. Das Stammkapital der TZU ist mithin aufgeteilt in 5 Geschäftsanteile und beträgt EUR 500.000,00 insgesamt. Weitere Gesellschafter existieren nicht. Die Stadt Oberhausen ist somit neben ihrer eigenen unmittelbaren Beteiligung an der TZU über die LAH auch mittelbare Gesellschafterin der TZU.

Die Beteiligungsstruktur nach der vom Rat der Stadt Oberhausen bislang vollzogenen Umsetzungsschritte entsprechend der Zielsetzung des Immobilienkonzeptes sah zum 31. Dezember 2024 vereinfacht wie folgt aus:



4. Personal

Die Gesellschaft beschäftigt zum 31. Dezember 2024 eine/en festangestellte/n Mitarbeiter/in. Das Arbeitsverhältnis ist im Zuge des Verschmelzungsvertrages vom 26.08.2024 mit der OWT auf die LAH übergegangen.

Die Vergütung erfolgt im Rahmen des Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst (TVöD / VKA).

Die LAH ist Mitglied der Rheinischen Zusatzversorgungskasse in Köln (RZVK), über die dem/der Mitarbeiter/in eine Zusatzversorgung vertraglich zugesichert ist.

5. Forschung und Entwicklung

Aus dem Aufgabengebiet des kommunalen Unternehmens ergibt sich für die LAH nicht die Notwendigkeit zu Forschungstätigkeiten oder Produktentwicklungen.

B. Darstellung der Lage – Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen im Jahr 2024 waren weiterhin geprägt von einem insgesamt herausfordernden wirtschaftlichen Umfeld. Nach den wirtschaftlichen Auswirkungen der Corona-Pandemie und den energiepreisbedingten Belastungen durch die Energiewende in den Vorjahren war das Jahr 2024 in Deutschland durch eine insgesamt stagnierende Konjunktur und eine nach wie vor spürbare Unsicherheit auf den Finanz- und Immobilienmärkten gekennzeichnet. Insbesondere steigende Zinsen, hohe Baukosten, verschärfte regulatorische Anforderungen (z. B. hinsichtlich Energieeffizienz und Klimaschutz) sowie eine insgesamt zurückhaltende Investitionstätigkeit haben sich auf die Immobilienwirtschaft ausgewirkt.

Im kommunalen Immobiliensektor zeigte sich insbesondere eine Verlagerung hin zu langfristig orientierten und strategisch gesteuerten Projektentwicklungen im öffentlichen Interesse. Die Bündelung immobilienwirtschaftlicher Aufgaben in städtischen Gesellschaften, wie sie mit dem Immobilienkonzept der Stadt Oberhausen verfolgt wird, entspricht einem bundesweit beobachtbaren Trend zu mehr Transparenz, Steuerbarkeit und Wirtschaftlichkeit bei der Bewirtschaftung öffentlichen Immobilienvermögens. Damit besteht die Möglichkeit einer höheren Einflussnahme auf den Immobilienmarkt und die Stadtentwicklung und damit der frühzeitigeren Begegnung von Fehlentwicklungen und Marktversagen.

Die branchenspezifischen Rahmenbedingungen der kommunalen Grundstücks- und Immobilienentwicklung wurden im Jahr 2024 durch eine zunehmende Fokussierung auf nachhaltige Stadtentwicklung, die Aktivierung von Problemimmobilien sowie die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum bestimmt. Auch in Oberhausen ist die angespannte Lage, insbesondere im Bereich der Modernisierung/ Sanierung und energetischen Ertüchtigung des Wohngebäudebestands, weiterhin spürbar. Die strategische Bündelung von Entwicklungs- und Bestandsaufgaben in kommunalen Gesellschaften wird daher als wichtiger Hebel zur aktiven stadt- und wohnungspolitischen Steuerung eingesetzt.

Die vorliegenden wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen zeigen, dass der Immobilienmarkt – insbesondere im Bereich der öffentlich verantworteten Entwicklung – aktuell vor einigen Herausforderungen steht. Gleichzeitig ergeben sich für kommunale Akteure wie die LAH Chancen, durch zielgerichtete Maßnahmen zur Verbesserung der Wohnraumversorgung, zur Aufwertung von Stadtquartieren und zur nachhaltigen Nutzung bestehender Immobilien beizutragen. Hierbei spielen nicht nur wirtschaftliche, sondern insbesondere auch soziale und ökologische Kriterien eine zentrale Rolle.

Für die Gesellschaft ergibt sich aus diesen Entwicklungen eine bedeutsame öffentliche Funktion, die eng mit den wohnungs- und stadtentwicklungspolitischen Zielen der Stadt Oberhausen verknüpft ist. Mit der begonnenen Neuausrichtung der Geschäftstätigkeit in zwei Gesellschaften bestehen langfristige Perspektiven für eine stabile wirtschaftliche Entwicklung innerhalb eines anspruchsvollen gesamtwirtschaftlichen und branchenspezifischen Umfelds.

2. Ertragslage

Im vorliegenden Lagebericht wird auf eine Bezugnahme zu Vorjahreswerten verzichtet. Eine Vergleichbarkeit der Geschäftsjahre ist aufgrund der Abspaltung des Veranstaltungsgeschäfts von der LAH auf eine neu gegründete Betreibergesellschaft (LAH Neu) sowie der nachfolgenden Verschmelzung der verbliebenden Vermögenswerte der ehemaligen OWT auf die LAH nicht gegeben. In der Vorperiode geplante Wirtschaftsdaten waren aufgrund der zuvor dargestellten strukturellen Maßnahmen nicht zutreffend.

Im Geschäftsjahr 2024 konnte aber trotz der zahlreichen Änderungen und Herausforderungen ein positives Gesamtergebnis erwirtschaftet werden.

Die Umsatzerlöse der LAH beruhen ausschließlich auf Erlösen aus der Vermietung und Verpachtung, welche neben der Luise-Albertz-Halle zusätzlich aus dem übergegangenen Immobilienvermögen der ehemaligen OWT resultieren. Die Umsatzerlöse belaufen sich im Berichtszeitraum 2024 auf insgesamt TEUR 433,6. Vor der Verschmelzung der OWT auf die LAH wurden Umsatzerlöse ausschließlich aus dem Veranstaltungs- und Gastronomiegeschäft der Luise-Albertz-Halle generiert, die nach Abspaltung des operativen Geschäfts auf eine neue Betreibergesellschaft, die LAH Neu, wegfallen und nunmehr durch Pachterlöse von der neuen Betreibergesellschaft abgelöst worden sind.

Dem gegenüber stehen Aufwendungen für bezogene Leistungen in Höhe von TEUR 68,0, Personalaufwendungen in einer Gesamthöhe von TEUR 15,1, Sozialabgaben und Aufwendungen für die Altersversorgung in Höhe von TEUR 4, Abschreibungen in Höhe von TEUR 174, sonstige betriebliche Aufwendungen in Höhe von TEUR 54,9 sowie Zinsen und ähnliche Aufwendungen von TEUR 28,6. In den Aufwendungen für bezogene Leistungen sind u. a. Aufwendungen für Energie, Grundbesitzabgaben, Kosten der Gebäudeunterhaltung, Gebäude- und Inventarversicherungen sowie weitere Dienst- und Fremdleistungen der Immobilienverwaltung enthalten, die auf die übergegangenen Immobilien der ehemaligen OWT und damit einen zusätzlichen Immobilienbestand zurückzuführen sind. Die Abschreibungen umfassen im Wesentlichen die Abschreibung auf die Luise-Albertz-Halle. In den sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind Rechts- und Beratungskosten sowie Abschluss- und Prüfungskosten enthalten.

Nach Abzug der Grundsteuer in Höhe von TEUR 3,8 ergibt sich ein Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 85,4.

3. Vermögens- und Finanzlage

Die Vermögenslage der Gesellschaft ist auch nach Abspaltung des operativen Geschäfts auf eine neue Betreibergesellschaft maßgeblich durch das Anlagevermögen geprägt. Zum 31. Dezember 2024 beträgt das Anlagevermögen TEUR 4.376,9 und entspricht 76,4 % der Bilanzsumme. Es besteht im Wesentlichen aus der Luise-Albertz-Halle, technischen Anlagen und Betriebs- und Geschäftsausstattung.

Dementsprechend entfallen 23,6 % der Bilanzsumme auf das Umlaufvermögen (TEUR 1.350,4). Es besteht im Wesentlichen in Forderungen aus der rückwirkend zum 01.01.2024 erfolgten Vermietung und Verwaltung der Immobilien der ehemaligen OWT (TEUR 14,6), Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht (TEUR 1.240), und sonstigen Vermögensgegenständen (TEUR 95,9). Die Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, beziehen sich auf eine Forderung gegen die TZU, die im Zusammenhang mit einem in Vorjahren gezahlten städtischen Liquiditätszuschuss an die PBO in Höhe von 1,24 Mio. EUR steht, der über die OWT an die OBG (verschmolzen auf OGM) weitergeleitet worden ist. Durch Ausgliederung der OGM zum 01.01.2023 auf die TZU besteht diese Forderung gegen die TZU. Durch Verschmelzung der OWT auf die LAH ist diese Forderung gegen die TZU auf die LAH übergegangen.

Das Eigenkapital der Gesellschaft beläuft sich auf TEUR 1.412,6 und entspricht 24,7 % der Bilanzsumme. In dem Eigenkapital der Gesellschaft sind dem gezeichneten Stammkapital (TEUR 300), Kapitalrücklagen (TEUR 7.521,8) und sonstigen Gewinnrücklagen der OWT (TEUR 4,5) Verlustvorträge in Höhe von TEUR 6.413,8 gegenübergestellt. In den Kapitalrücklagen enthalten sind TEUR 909,7 der LAH, die in einer Einzahlung der Gesellschafterin von EUR 1,5 Mio. in den Jahren 2017 und 2018 zur Stärkung des Eigenkapitals und der Liquidität der Gesellschaft begründet sind. Dieses Kapital diente zur Ablösung des bestehenden Liquiditätssicherungsdarlehens. Zudem sind in den Kapitalrücklagen TEUR 6.586,1 der ehemaligen OWT enthalten, die aus Einzahlungen bzw. Zuschüssen der Gesellschafterin in die Kapitalrücklage zur Verlustabdeckung resultieren. Der Gewinnvortrag der LAH 2023 (TEUR 159,1) und der Jahresüberschuss 2024 (TEUR 85,4) werden mit dem Verlustvortrag der OWT von TEUR 6.658,3 (Bilanzverlust OWT per 31.12.2023) verrechnet, der sich entsprechend mindert.

Die Hauptursachen der bestehenden Verlustvorträge liegen in der Belastung der Gesellschaft durch Zinsen und Kapitaldienst. Die Eigenkapitalausstattung der Gesellschaft war dafür nicht ausreichend und auch die Erträge aus der eigenen Geschäftstätigkeit waren bei weitem nicht ausreichend, um die Belastung auszugleichen. Mithin hat die LAH in den vergangenen Jahren stets ein deutlich negatives Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit erzielt.

Dem langfristig gebundenen Kapital stehen TEUR 4.314,7 oder in relativen Zahlen 75,3 % der Bilanzsumme in Rückstellungen und mittel- und langfristigen Verbindlichkeiten gegenüber. Die Rückstellungen (TEUR 25,0) beziehen sich auf Kosten für Jahresabschluss und Prüfung. Die Verbindlichkeiten bestehen im Wesentlichen gegenüber Kreditinstituten und gegenüber der Gesellschafterin, der Stadt Oberhausen. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (TEUR 2.927,9) sind begründet in der Belastung der Gesellschaft durch Kreditdienste für die Luise-Albertz-Halle, da die Bau- und Sanierungskosten aus den Jahren 1999/2000 vollständig über Darlehen der Gesellschaft finanziert wurden. Die Verbindlichkeit gegenüber der Gesellschafterin (TEUR 1.240,0) bezieht sich auf einen der OWT in 2005 gewährten Liquiditätskredit der Stadt Oberhausen, der durch die Verschmelzung der ehemaligen OWT auf die LAH übergegangen ist. Darüber hinaus bestehende sonstige Verbindlichkeiten (TEUR 121,8) resultieren aus übergegangenen Verbindlichkeiten gemäß Verschmelzungsvertrag und den rückwirkend zum 01.01.2024 von der OWT auf die LAH übergegangenen Immobilien.

Durch die erzielten Umsatzerlöse aus der Vermietung und Verpachtung der Immobilien und aufgrund der Abspaltung des operativen Geschäfts der LAH auf eine neue Betreibergesellschaft (daher sind keine relevanten betrieblichen Aufwendungen mehr angefallen), war die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft im Geschäftsjahr 2024 aus vorhandener Liquidität gegeben. Weitere Finanzierungsinstrumente wurden nicht eingesetzt.

4. Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Zur Steuerung der Unternehmensaktivitäten im Hinblick auf die Unternehmensziele werden verschiedene Kennzahlen genutzt. Im Bereich Finanzen werden die Umsatzerlöse und das Jahresergebnis als wesentliche Steuerungsgrößen betrachtet.

Im nichtfinanzbezogenen Bereich sollen die unternehmerischen Aktivitäten im Wesentlichen anhand der für die Stadt Oberhausen zukünftig umzusetzenden Entwicklungsprojekte gesteuert werden. Hierzu sind Geschäftstätigkeit und der Unternehmensgegenstand der LAH entsprechend ihrer Aufgaben nach der Zielsetzung des Immobilienkonzeptes neu auszurichten, der Gesellschaftsvertrag anzupassen sowie letzte Umsetzungsschritte zur Erreichung der Zielstruktur durchzuführen (siehe Kap. C.1).

In diesem Zusammenhang wird die Geschäftsführung ein Controlling aufbauen, auf dessen Basis regelmäßige Analysen von Plan-Ist-Vergleichen durchgeführt werden und damit eine zentrale wie zeitnahe Steuerung ermöglicht.

Für die interne Unternehmenssteuerung erfolgte eine regelmäßige Berichterstattung der Geschäftsführung an die Organe der Gesellschaft.

5. Öffentliche Zwecksetzung

Gegenstand der LAH war in 2024 die Verwaltung und der Betrieb der Luise-Albertz-Halle in Oberhausen. Mit dieser Aufgabenstellung erfüllte die Gesellschaft Aufgaben im Rahmen der öffentlichen Daseinsvorsorge gemäß Gemeindeordnung NRW. Der Zwecksetzung des Gesellschaftsvertrages ist die Gesellschaft in allen Geschäftsfeldern im Berichtsjahr 2024 nachgekommen.

Die Neuausrichtung der Geschäftstätigkeit und des Unternehmensgegenstandes der Gesellschaft wird sich streng an den verfolgten öffentlichen Zwecken orientieren. Im Vordergrund steht die Sicherung der Wohnraumversorgung. Das Handeln der Gesellschaft ist somit primär auf die Daseinsvorsorge ausgerichtet.

Zur Förderung des Unternehmenszwecks darf sich die Gesellschaft an Unternehmen gleicher oder ähnlicher Art beteiligen. Sie ist zu allen Maßnahmen und Rechtsgeschäften berechtigt, durch die der Unternehmenszweck gefördert werden kann.

Die im Anhang und Lagebericht gegebenen Erläuterungen und Daten legen dar, dass das Unternehmen der öffentlichen Zwecksetzung entspricht.

C. Hinweise auf wesentliche Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung - Prognose-, Chancen-, und Risikobericht

1. Zukünftige Entwicklung und wesentliche Veränderungen

Zur Erreichung der Zielstruktur und zur Aufnahme der Geschäftstätigkeit entsprechend der Zielsetzung des Immobilienkonzeptes sind weitere Umsetzungsschritte beschlossen und wie folgt durchgeführt worden:

Der Rat der Stadt hat am 23.09.2024 beschlossen, Herrn Dominik Erbelding als Geschäftsführer der LAH und der TZU ab dem 01.01.2025 zu bestellen. Die Bestellung ist vollzogen. Damit besteht für die miteinander verbundenen Unternehmen LAH und TZU seit Anfang des Jahres 2025 eine personenidentische Geschäftsführung.

Die Umfirmierung der Gesellschaft von Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungs-zentrum Oberhausen GmbH in GEO Grundstücksentwicklungsgesellschaft Oberhausen mbH („GEO"), Sitz und Geschäftsleitung in der Essener Straße 3, 46047 Oberhausen, wurde von der Gesellschafterversammlung am 11. April 2025 beschlossen und die Änderung am 7. Mai 2025 in das Handelsregister eingetragen.

Am 26.05.2025 hat – nach Durchführung einer Marktanalyse und kommunalrechtlicher Bestätigung – der Rat der Stadt die Anpassung des Gesellschaftszwecks in der Neufassung des Gesellschaftsvertrages (gem. Ratsbeschluss vom 23.09.2024) beschlossen. In der Gesellschafterversammlung vom 4. Juni 2025 wurde dann letztendlich die Neufassung des Gesellschaftsvertrages beschlossen und die Änderung am 1. Juli 2025 in das Handelsregister eingetragen.

In der Sitzung des Rates der Stadt Oberhausen am 07.07.2025 wurden weitere Umsetzungsschritte zur Finalisierung des Immobilienkonzepts beschlossen (Drucksache B/17/6864). Von Relevanz für die Gesellschaft sind dabei insbesondere zwei Kapitalerhöhungen bei der GEO, die durch Sacheinlage der Gesellschaftsanteile der Stadt an der GVO durchgeführt werden sollen. Im Rahmen der ersten Kapitalerhöhung werden die Anteile der Stadt an der GVO in Höhe von zum Zeitpunkt der Beschlussfassung gerundet 43 %, die durch den Eigenbetrieb der Stadt SBO Servicebetriebe Oberhausen (dort im BgA Bäder) gehalten werden, gegen Gewährung eines Geschäftsanteils in Höhe von 50.000,00 EUR an der GEO an die Gesellschafterin Stadt eingebracht. In einer weiteren Kapitalerhöhung werden dann die weiteren Anteile der Stadt an der GVO in Höhe von zum Zeitpunkt der Beschlussfassung gerundet 26 %, die im Hoheitsvermögen der Stadt Oberhausen gehalten werden, gegen Gewährung eines Geschäftsanteils in Höhe von 25.000,00 EUR an der GEO an die Gesellschafterin Stadt eingebracht.

Durch die zwei Stammkapitalerhöhungen und die Übertragung der zum Zeitpunkt der Beschlussfassung zusammen rd. 69 % der städtischen Anteile an der GVO auf die GEO gegen Gewährung neuer Anteile wird die in der Zielstruktur vorgesehene 100%-ige Mutter-Tochterbeziehung der beiden Gesellschaften GEO und GVO hergestellt.

Aufgrund der fehlenden Mehrheitsbeteiligung der GEO an der GVO (69 % der Anteile an der GVO bei der Stadt und nur 31 % der Anteile an der GVO bei der GEO) konnte bislang zwischen den beiden Gesellschaften kein steuerlich wirksamer Ergebnisabführungsvertrag geschlossen werden. Ein solcher Vertrag war von Anfang an als essentieller Bestandteil des Immobilienkonzeptes vorgesehen, da sich die GEO zu einem wesentlichen Teil aus den Ergebnissen der Immobilienbesitzgesellschaft, der GVO, finanziert.

Die Vorteile der neuen Beteiligungsstruktur und eines Ergebnisabführungsvertrages bestehen darin, dass einerseits eine sogenannte ertragsteuerliche Organschaft entsteht, welche die Gesamtsteuerlast senken kann. Des Weiteren können die Gewinne der GVO steuerlich der GEO zugerechnet werden, was zu einer steuerlichen Optimierung durch entsprechende Anrechnung von Verlustvorträgen der GEO führt. Durch einen Ergebnisabführungsvertrag fließen Gewinne der GVO zudem unmittelbar an die GEO, was die Liquidität auf Ebene der GEO verbessert.

Der Abschluss eines Ergebnisabführungsvertrages ist mit der entsprechenden steuerlichen Wirkung nur für volle Geschäftsjahre möglich, in denen eine Mehrheitsbeteiligung durchgehend besteht, ohne dass eine Rückwirkung zulässig ist. Daher ist der Vertrag zum 01.01.2026 abzuschließen und zu seiner Wirksamkeit in das Handelsregister einzutragen. Der Abschluss eines Ergebnisabführungsvertrages zwischen der GEO und der GVO wurde in der Sitzung des Rates der Stadt Oberhausen am 07.07.2025 neben den anderen oben dargestellten Maßnahmen beschlossen (Drucksache B/17/6864).

2. Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

In der zukünftigen Entwicklung und den wesentlichen Veränderungen (siehe Kap. C.1) bzw. in der Umsetzung des Immobilienkonzeptes im Allgemeinen liegen auch die Chancen und Risiken der Gesellschaft begründet.

Ziel der Stadt Oberhausen ist es, auf dem Wohnungsmarkt positiv steuernd Einfluss zu nehmen, um quantitativ und qualitativ Neubau- und Modernisierungsmaßnahmen zu ermöglichen und damit den Gebäudebestand sozial- und klimagerecht aufzustellen. Durch die Bündelung der Immobilien in den beiden Gesellschaften ergibt sich eine bisher nicht gegebene Transparenz des Immobilienbestandes einschließlich der Kosten und Erlöse der einzelnen Immobilien. Hierdurch wird erstmals eine effektive und nachhaltige Steuerung der immobilienwirtschaftlichen Tätigkeit für städtische Liegenschaften aus einer Hand ermöglicht. Durch die Zusammenfassung der Immobilien können aufgrund der Anzahl der zu verwaltenden Immobilien zudem Synergien in der Bewirtschaftung, Instandhaltung und Modernisierung der Immobilien genutzt werden.

Durch das Engagement und die Tätigkeiten der Gesellschaften sollen Anreize zur Aktivierung privater Investitionen geschaffen und damit auch mittelbar ein wirtschaftsfördernder Zweck verfolgt werden. Insbesondere durch die Entwicklungsgesellschaft GEO sollen Maßnahmen der Objektentwicklung bzw. der Herstellung von Grundstücken und Gebäuden zur Schaffung von Wohnraum und im Einzelfall für gewerbliche Nutzungsmöglichkeiten verwirklicht werden. Dabei geht es unter anderem auch um die Übernahme und Entwicklung von sogenannten Problemimmobilien, die einen erheblichen Sanierungs- und Erneuerungsbedarf haben oder die sich in Bereichen mit städtebaulichen Fehlentwicklungen bzw. Sanierungsbedarf befinden, welche von Eigentümern und am Markt agierenden Investoren nicht aufgegriffen oder beseitigt wird.

Für die Gesellschaften, die Kern des Immobilienkonzepts sind, sind mit der Unterstützung einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft detaillierte Planungen erstellt worden. Für jede einzelne Immobilie sind Erlöse und Kosten betrachtet worden. Auf dieser Grundlage ergibt sich in der Gesamtbetrachtung der Gesellschaften GEO und GVO ein prognostiziertes positives Ergebnis der Geschäftstätigkeit sowie eine angemessene Ausstattung mit Eigenkapital und Liquidität.

In der Geschäftstätigkeit liegen damit auch die Chancen der Gesellschaft begründet. Bei einer positiven Entwicklung der Geschäftstätigkeit und einer damit einhergehenden Liquidität der Gesellschaften können sowohl Investitionen zur Modernisierung des eigenen Immobilienbestands getätigt als auch neue Entwicklungsprojekte im Sinne der stadtentwicklungs- und wohnungspolitischen Ziele der Stadt Oberhausen realisiert und damit ein wesentlicher Beitrag zu einer aktiven Stadtentwicklung geleistet werden.

Den zuvor beschriebenen Chancen stehen bei einer negativen Entwicklung der Geschäftstätigkeit entsprechende Risiken gegenüber. Insbesondere den aus der Art der Tätigkeit der Gesellschaften resultierenden Risiken durch bspw. Bauzeitverzögerungen, Baukostensteigerungen, Zinsschwankungen, erhöhten regulatorischen Druck sowie unsichere geopolitische bzw. makroökonomische Rahmenbedingungen ist durch eine entsprechende Projektsteuerung zu begegnen.

Das Risikomanagement der Gesellschaft obliegt der Geschäftsführung. Risikopotenziale werden grundsätzlich regelmäßig identifiziert und erörtert. Bei Bedarf werden rechtzeitig entsprechende Maßnahmen zur Verminderung oder wenn möglich zur Vermeidung von Risiken eingeleitet und an die Gesellschafterin kommuniziert. Das Eintreten einzelner Risiken ist jedoch hierdurch nicht vollumfänglich ausgeschlossen.

Aus heutiger Sicht der Gesellschaft liegen keine bestandsgefährdenden Risiken vor.

3. Prognosebericht

Der Jahresüberschuss beträgt im Berichtsjahr TEUR 85,4.

Zum Zeitpunkt der Erstellung der Jahresabschlüsse für die beiden Gesellschaften GEO und GVO unter Berücksichtigung der jeweils auf den 01.01.2024 rückwirkenden Umwandlungsmaßnahmen und der damit verbundenen umfänglichen Datenaufbereitung werden auf dieser Basis derzeit unter einer seit 01.01.2025 einheitlichen Geschäftsführung die jeweils neuen Geschäftsfelder der Gesellschaften noch strukturiert und die Wirtschaftsplanung aufgestellt.

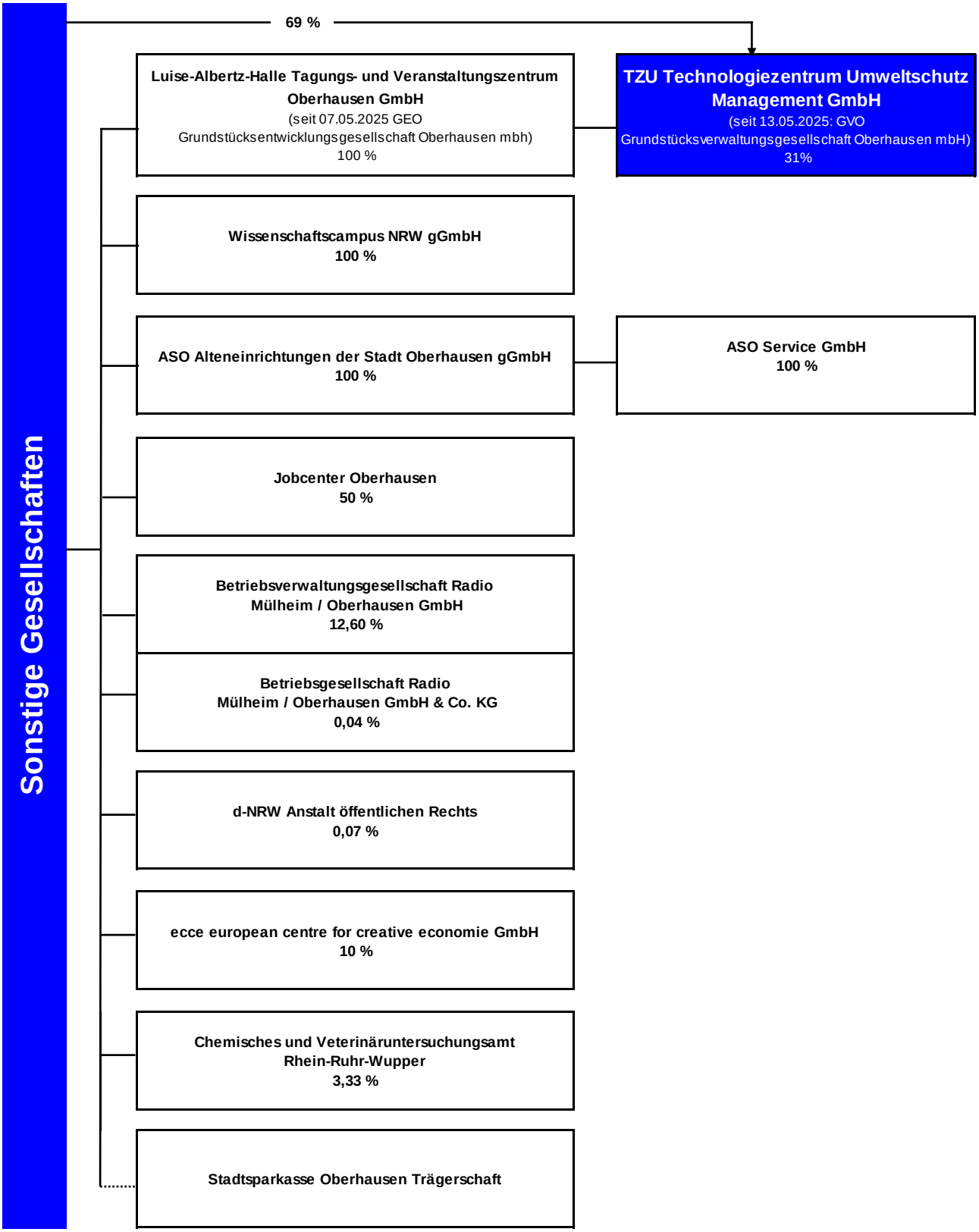
Im Geschäftsjahr 2025 wird für die GEO ein Jahresverlust von TEUR 300 bis 500 prognostiziert. Dies ist u. a. begründet in steigenden Betriebs- und Personalaufwendungen im Vergleich zum Vorjahr bei gleichbleibenden Umsatzerlösen aus der Vermietung und Verpachtung der Immobilien sowie entsprechend des Anlaufens des operativen Geschäfts der Gesellschaft durch Beginn erster Entwicklungsvorhaben.

Durch den Abschluss eines Ergebnisabführungsvertrages zwischen den Gesellschaften wird ab 2026 die Finanzierung der GEO aus den Ergebnissen der Immobilienbesitzgesellschaft der GVO sodann verbessert.

Oberhausen, 27. Juni 2025

Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH (LAH)

Dominik Johannes Fabian Erbelding
Geschäftsführer


Sonstige Gesellschaften
69 %
Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH
(seit 07.05.2025 GEO Grundstücksentwicklungsgesellschaft Oberhausen mbh)
100 %
TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH
(seit 13.05.2025: GVO Grundstücksverwaltungsgesellschaft Oberhausen mbH)
31%
Wissenschaftscampus NRW gGmbH
100 %
ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH
100 %
ASO Service GmbH
100 %
Jobcenter Oberhausen
50 %
Betriebsverwaltungsgesellschaft Radio Mülheim / Oberhausen GmbH
12,60 %
Betriebsgesellschaft Radio Mülheim / Oberhausen GmbH & Co. KG
0,04 %
d-NRW Anstalt öffentlichen Rechts
0,07 %
ecce european centre for creative economie GmbH
10 %
Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper
3,33 %
Stadtsparkasse Oberhausen Trägerschaft

TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Essener Str. 3
46047 Oberhausen

Kontakt:

Telefon	0208/85037-0
Fax	0208/851518
e-Mail	info@tzu.de
Internet	http://www.tzu.de

Rechtsform: GmbH

Stammkapital in T€: 500,00

Gesellschafter:

	T€	%
Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH	153,39	30,68
Stadt Oberhausen	346,61	69,32

Gegenstand des Unternehmens (gemäß Fassung des Gesellschaftsvertrages am 31.12.2024):

- die Weiterentwicklung und der Betrieb des Technologiezentrums Umweltschutz sowie die Förderung des Technologietransfers
- der Neu- und Umbau von Verwaltungs- und sonstigen Gebäuden der Stadt Oberhausen
- die Vermietung von Wohn- und Gewerbeimmobilien (bei Geschäftsraumvermietung je nach Fall einschließlich der Geschäftsausstattung); die Vermietung von Gewerbeimmobilien beschränkt sich auf die zum Stichtag 31.08.2023 in Bestand stehenden Immobilien
- die Entwicklung von Grundstücken mit allen damit zusammenhängenden Tätigkeiten, insbesondere die Erarbeitung von Nutzungskonzepten sowie die Aufbereitung und Vermarktung der Grundstücke
- die Entwicklung, Betreuung und der Betrieb von Projekten mit besonderer Strukturrelevanz für den Standort Oberhausen

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

SBO Servicebetriebe Oberhausen (Eigenbetrieb der Stadt Oberhausen)	Dienstleistungsvertrag: Inanspruchnahme von Dienstleistungen der SBO gegen Entgelt durch die TZU
SBO Servicebetriebe Oberhausen (Eigenbetrieb der Stadt Oberhausen)	Miet- und Betreibervertrag Vertragsgegenstände sind die Vermietung von Parkflächen von der TZU an die SBO sowie die Inanspruchnahme von Dienstleistungen (Betreibertätigkeit) der SBO gegen Entgelt durch die TZU

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2024)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Schmidt, Robert
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Jehn, Michael

c) Beteiligungen

Unmittelbar	**T€**	**%**
Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH – ENO	12,50	4,21

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2022		**2023**		**2024**	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Anlagevermögen	214,37	2,1	10.911,06	38,1	70.443,47	77,7
Umlaufvermögen	9.814,13	97,8	16.731,22	58,4	19.225,16	21,2
Rechnungsabgrenzungsposten	2,81	0,0	996,14	3,5	973,52	1,1
Bilanzsumme	**10.031,31**	**100,00**	**28.638,42**	**100,00**	**90.642,15**	**100,00**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	9.316,44	92,9	19.895,43	69,5	44.781,02	49,4
Sonderposten mit Rücklagenanteil					3.347,33	3,7
Rückstellungen	531,37	5,3	1.007,28	3,5	2.423,50	2,7
Verbindlichkeiten	158,50	1,6	7.495,11	26,2	39.863,17	43,9
Rechnungsabgrenzungsposten	25,00	0,2	240,60	0,8	227,13	0,3
Bilanzsumme	**10.031,31**	**100,00**	**28.638,42**	**100,00**	**90.642,15**	**100,00**

bb) GuV

	2022	**2023**	**2024**
	T€	**T€**	**T€**
Umsatzerlöse	849,58	3.323,75	10.491,18
sonstige betriebliche Erträge	51,13	508,26	569,13
Materialaufwand	701,33	1.739,31	4.591,87
Personalaufwand	215,05	338,30	336,04
Abschreibungen	10,61	375,25	2.973,07
sonstige betriebliche Aufwendungen	379,00	771,67	767,44
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,04	186,48	372,81
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	2,24	130,46	668,24
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-407,49	663,50	2.096,46
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		51,89	-47,93
sonstige Steuern	36,17	158,31	235,77
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	-443,66	453,30	1.908,62
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	-23.739,93	-24.183,59	-23.730,29
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	-24.183,59	-23.730,29	-21.821,68

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2022	31.12.2023	31.12.2024	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-52,22	13,64	18,19	%
Eigenkapitalrentabilität:	-1,32	1,04	2,87	%
Cash-Flow:	-433,05	828,55	4.881,69	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	300,24	958,00	2765,08	T€
Personalaufwandsquote:	23,88	8,83	3,04	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2022	31.12.2023	31.12.2024	Angaben in
Sachanlagenintensität:	1,14	37,78	77,64	%
Eigenkapitalquote (inkl.Sonderposten)	92,87	69,47	53,09	%
Fremdkapitalquote:	7,13	30,53	46,91	%
Anlagendeckungsgrad 2:	4576,08	187,01	64,29	%
Verschuldungsgrad:	7,67	43,94	-100,00	%

e) Lagebericht

A. Grundlagen des Unternehmens

1. Allgemeines

Der Rat der Stadt Oberhausen hat am 26.09.2022 bzw. 19.06.2023 ein „Konzept zur Neuordnung von Immobilien im Konzern der Stadt Oberhausen“ beschlossen (im Folgenden „Immobilienkonzept“). Zweck des Immobilienkonzepts ist die Etablierung einer transparenten und effizienten Struktur zur Bündelung der Immobilienaktivitäten im Konzern der Stadt Oberhausen.

Unter dem Blickwinkel einer einheitlichen Steuerung, einer Reduzierung von Gesellschaften und einer steuerlichen Optimierung ist eine Zielstruktur entwickelt worden, die eine Wahrnehmung der immobilienwirtschaftlichen Aufgaben für die Stadt Oberhausen durch zwei unmittelbar bzw. mittelbar 100%-ige städtische Tochtergesellschaften vorsieht. Eine Gesellschaft soll als Grundstücksentwicklungsgesellschaft fungieren, während eine weitere Gesellschaft als Tochtergesellschaft Bestandsimmobilien zur langfristigen Eigennutzung und Vermietung hält. Aufgrund der vorhandenen steuerlichen Verlustvorträge wurde im Rahmen des Immobilienkonzepts die TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH („TZU“) als präferierte Bestands- bzw. Tochtergesellschaft und die Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH („LAH“) als Entwicklungsgesellschaft identifiziert.

Zur Erreichung der Zielstruktur und zur Aufnahme der Geschäftstätigkeit entsprechend der Zielsetzung des Immobilienkonzeptes hat darauf aufbauend der Rat der Stadt weitere Umsetzungsbeschlüsse gefasst.

2. Darstellung der Umsetzungsschritte des Immobilienkonzeptes und Geschäftsverlauf

In der Umsetzung des Immobilienkonzeptes hat die Stadt Oberhausen mehrere Umwandlungsschritte vollzogen, von welchen auch die TZU erfasst war. Ausgangspunkt war die strategische Neuausrichtung der OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH („OGM“). Der operative Geschäftsbetrieb und das dazugehörige Vermögen der OGM wurde zum 01.01.2021 auf den Eigenbetrieb SBO Servicebetriebe Oberhausen übertragen. Daran anschließend wurden durch weitere Umwandlungsschritte im Jahr 2023 das bisher in der OGM betriebene Immobiliengeschäft von der Stadt Oberhausen im Wege einer Ausgliederung auf die TZU übertragen. In diesem Zuge erhielt die Stadt (erstmalig) neue Geschäftsanteile an der TZU in Höhe von ca. 58 %.

In der weiteren Konsequenz der Umsetzung des Immobilienkonzeptes wurde mit Vertrag vom 18. Juli 2024 die VZO Verwaltungszentren Oberhausen GmbH („VZO“) mit ihrem Immobilienvermögen rückwirkend zum 01.01.2024 auf die TZU verschmolzen. Dies hatte zur Folge, dass die VZO als Gesellschaft erloschen ist. Für das im Zuge der Verschmelzung von der VZO auf die TZU übergegangene Vermögen erhielt die Stadt Oberhausen einen neuen Geschäftsanteil, so dass die Stadt Oberhausen danach ca. 62 % der Geschäftsanteile an der TZU hielt.

Des Weiteren ist nach Maßgabe des Ausgliederungs- und Übernahmevertrages vom 26. August 2024 der wesentliche für Wohn- und gewerbliche Zwecke genutzte Immobilienbestand der Stadt Oberhausen ebenfalls auf die TZU als künftige Bestandsgesellschaft rückwirkend zum 01.01.2024 ausgegliedert worden. Zur Durchführung dieser Ausgliederung erhielt die Stadt Oberhausen wiederum einen neuen Geschäftsanteil, so dass die Stadt Oberhausen danach ca. 69 % der Geschäftsanteile an der TZU hielt.

Vor dem Hintergrund der vorbezeichneten und vollzogenen Umsetzungsschritte war die Geschäftstätigkeit der TZU im Berichtszeitraum vom 01.01. bis 31.12.2024 maßgeblich durch die Verwaltung und Vermietung des übergegangen Immobilienvermögens gekennzeichnet.

Zur Neuausrichtung der Geschäftstätigkeit und des Unternehmensgegenstands der TZU entsprechend der Zielsetzung des Immobilienkonzeptes wurde ferner eine Anpassung des Gesellschaftsvertrages der Gesellschaft erforderlich. Der Rat der Stadt hat am 18.11.2024 hinsichtlich der TZU die Umfirmierung in GVO Grundstücksverwaltungsgesellschaft Oberhausen mbH („GVO“) sowie die Neufassung des Gesellschaftsvertrages beschlossen. Die Beschlussfassung ist der Bezirksregierung Düsseldorf als Kommunalaufsicht angezeigt worden. Im Rahmen des Anzeigeverfahrens hat die Kommunalaufsicht den Standpunkt vertreten, dass eine kommunalaufsichtliche Bestätigung ohne Durchführung einer Marktanalyse nicht erteilt werden kann. Aus diesem Grund wurden die gefassten Beschlüsse des Rates zur Änderung des Gesellschaftszwecks bzw. der Satzung der Gesellschaft im Berichtszeitraum bis 31.12.2024 nicht umgesetzt.

3. Gesellschaftsstruktur

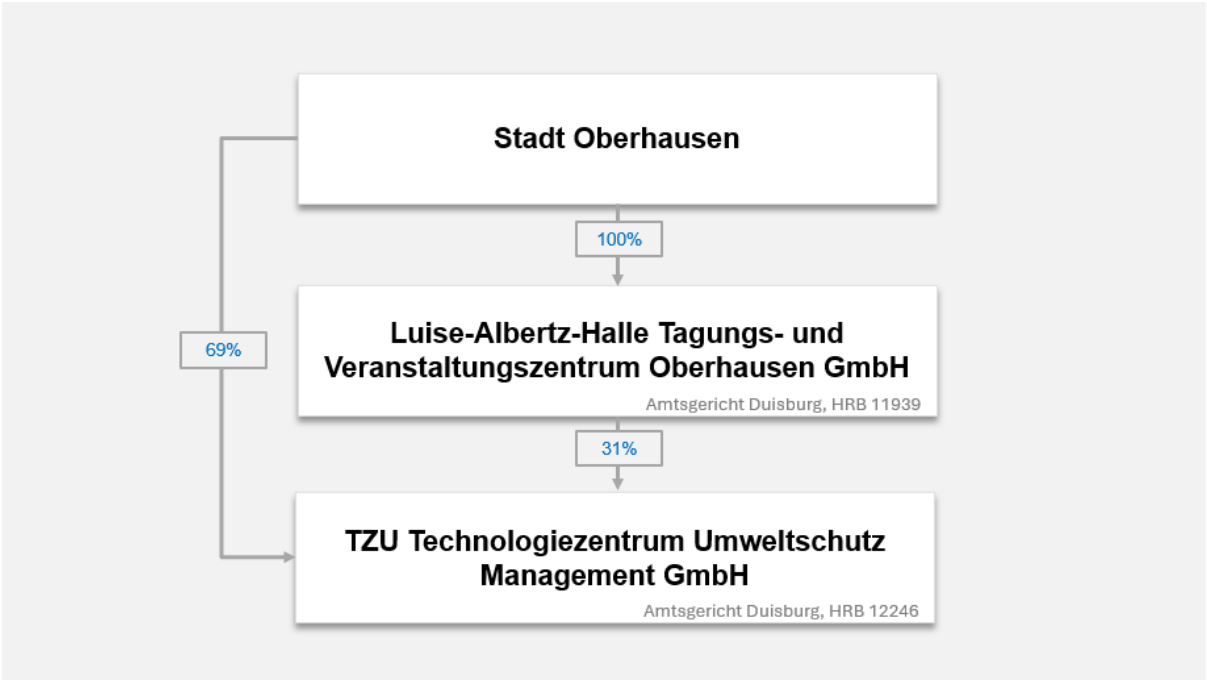
Die Stadt Oberhausen hält derzeit rund 69 % Geschäftsanteile der TZU mit Sitz in Oberhausen, eingetragen in das Handelsregister des Amtsgerichts Duisburg unter HRB 12246 mit der Geschäftsanschrift Essener Straße 3, 46047 Oberhausen.

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt EUR 500.000,00. Es ist aufgeteilt in fünf Geschäftsanteile mit den laufenden Nummern 1 bis 5. Die Stadt Oberhausen ist mit dem Geschäftsanteil mit lfd. Nr. 3 im Nennwert von EUR 215.647,00, mit lfd. Nr. 4 im Nennwert von EUR 30.965,00 und mit lfd. Nr. 5 im Nennwert von EUR 100.000,00 beteiligt, die sie im Rahmen der durchgeführten Umstrukturierungsschritte erhalten hat.

Die weiteren rund 31 % der Geschäftsanteile an der TZU werden von der LAH (zukünftig GEO) gehalten. Die LAH ist mit dem Geschäftsanteil mit lfd. Nr. 1 im Nennwert von EUR 127.823,00 und mit lfd. Nr. 2 im Nennwert von EUR 25.565,00, die gemäß Vertrag vom 28.06.2024 im Rahmen der Verschmelzung von der OWT auf die LAH übergegangen sind, beteiligt.

Weitere Gesellschafter existieren nicht. Die Stadt Oberhausen ist somit neben ihrer eigenen unmittelbaren Beteiligung an der TZU über die LAH auch alleinige mittelbare Gesellschafterin der TZU.

Die Beteiligungsstruktur nach der vom Rat der Stadt Oberhausen bislang vollzogenen Umsetzungsschritte entsprechend der Zielsetzung des Immobilienkonzeptes sah zum 31. Dezember 2024 vereinfacht wie folgt aus:



4. Beteiligungen

Die TZU hält eine Beteiligung an der Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH („ENO“). Die Beteiligungsquote liegt unter 20 %.

5. Personal

Die Gesellschaft beschäftigt im Geschäftsjahr 2024 durchschnittlich 4 Mitarbeiter/in (Vorjahr 5) exklusive der Geschäftsführung. Darunter waren keine Auszubildenden (Vorjahr: 0).

Der Hausmeister für das Technologiezentrum ist altersbedingt zum 01.08.2024 ausgeschieden. Zudem wurde auf Basis eines Vertrages vom 12.01.2010 eine Personalgestellung der OWT für die TZU zum 31.10.2024 beendet und ist im Zuge der Verschmelzung von der OWT auf die LAH übergegangen.

Zum 31. Dezember 2024 beschäftigte die Gesellschaft mithin zwei Mitarbeiter/innen. Ein Arbeitsverhältnis bestand für die technische Leitung des Technologiezentrums. Ein weiteres Arbeitsverhältnis ist zudem im Zuge der Übertragung des vormals in der OGM betriebenen Immobiliengeschäfts von der Stadt Oberhausen auf die TZU übergegangen.

Die TZU ist Mitglied der Rheinischen Zusatzversorgungskasse in Köln (RZVK), über die den Mitarbeiter/innen eine Zusatzversorgung vertraglich zugesichert ist.

6. Forschung und Entwicklung

Aus dem Aufgabengebiet des kommunalen Unternehmens ergibt sich für die TZU nicht die Notwendigkeit zu Forschungstätigkeiten oder Produktentwicklungen.

B. Darstellung der Lage - Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen im Jahr 2024 waren weiterhin geprägt von einem insgesamt herausfordernden wirtschaftlichen Umfeld. Nach den wirtschaftlichen Auswirkungen der Corona-Pandemie und den energiepreisbedingten Belastungen durch die Energiewende in den Vorjahren war das Jahr 2024 in Deutschland durch eine insgesamt stagnierende Konjunktur und eine nach wie vor spürbare Unsicherheit auf den Finanz- und Immobilienmärkten gekennzeichnet. Insbesondere steigende Zinsen, hohe Baukosten, verschärfte regulatorische Anforderungen (z. B. hinsichtlich Energieeffizienz und Klimaschutz) sowie eine insgesamt zurückhaltende Investitionstätigkeit haben sich auf die Immobilienwirtschaft ausgewirkt.

Im kommunalen Immobiliensektor zeigte sich insbesondere eine Verlagerung hin zu langfristig orientierten und strategisch gesteuerten Projektentwicklungen im öffentlichen Interesse. Die Bündelung immobilienwirtschaftlicher Aufgaben in städtischen Gesellschaften, wie sie mit dem Immobilienkonzept der Stadt Oberhausen verfolgt wird, entspricht einem bundesweit beobachtbaren Trend zu mehr Transparenz, Steuerbarkeit und Wirtschaftlichkeit bei der Bewirtschaftung öffentlichen Immobilienvermögens. Damit besteht die Möglichkeit einer höheren Einflussnahme auf den Immobilienmarkt und die Stadtentwicklung und damit der frühzeitigeren Begegnung von Fehlentwicklungen und Marktversagen.

Die branchenspezifischen Rahmenbedingungen der kommunalen Grundstücks- und Immobilienentwicklung wurden im Jahr 2024 durch eine zunehmende Fokussierung auf nachhaltige Stadtentwicklung, die Aktivierung von Problemimmobilien sowie die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum bestimmt. Auch in Oberhausen ist die angespannte Lage, insbesondere im Bereich der Modernisierung/ Sanierung und der energetischen Ertüchtigung des Wohngebäudebestands, weiterhin spürbar. Die strategische Bündelung von Entwicklungs- und Bestandsaufgaben in kommunalen Gesellschaften wird daher als wichtiger Hebel zur aktiven stadt- und wohnungspolitischen Steuerung eingesetzt.

Die vorliegenden wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen zeigen, dass der Immobilienmarkt – insbesondere im Bereich der öffentlich verantworteten Entwicklung – aktuell vor einigen Herausforderungen steht. Gleichzeitig ergeben sich für kommunale Akteure wie die TZU Chancen, durch zielgerichtete Maßnahmen zur Verbesserung der Wohnraumversorgung, zur Aufwertung von Stadtquartieren und zur nachhaltigen Nutzung bestehender Immobilien beizutragen. Hierbei spielen nicht nur wirtschaftliche, sondern insbesondere auch soziale und ökologische Kriterien eine zentrale Rolle.

Für die Gesellschaft ergibt sich aus diesen Entwicklungen eine bedeutsame öffentliche Funktion, die eng mit den wohnungs- und stadtentwicklungspolitischen Zielen der Stadt Oberhausen verknüpft ist. Mit der begonnenen Neuausrichtung der Geschäftstätigkeit in zwei Gesellschaften bestehen langfristige Perspektiven für eine stabile wirtschaftliche Entwicklung innerhalb eines anspruchsvollen gesamtwirtschaftlichen und branchenspezifischen Umfelds.

2. Ertragslage

Im Geschäftsjahr 2024 konnte nach erfolgter Umsetzung der benannten Umwandlungsschritte nach dem Immobilienkonzept ein positives Gesamtergebnis erwirtschaftet werden.

Vor der Übertragung des Immobilienvermögens der OGM und der VZO generiete die TZU ihre Erlöse ausschließlich aus der Büroflächenvermietung und der Vermietung von Veranstaltungsräumen des in ihrem Eigentum stehenden Gebäudes TZU I, dem sogenannten Werksgasthaus. Im Rahmen des Umstrukturierungsprozesses nach dem Immobilienkonzept der Stadt Oberhausen hat sich der Immobilienbestand wesentlich erhöht.

Die Umsatzerlöse der TZU beruhen nun im Wesentlichen auf Erlösen aus der Vermietung und Verpachtung des Immobilienbestandes, welcher aus dem übergegangenen Immobilienvermögen der OGM und der VZO sowie den städtischen Immobilien resultiert. Die Umsatzerlöse belaufen sich im Berichtszeitraum 2024 auf insgesamt TEUR 10.491,2 (Vorjahr TEUR 3.323,8). Im Vergleich zum Vorjahr ist dies eine Erhöhung um TEUR 7.167,4, welche maßgeblich begründet ist in der erhöhten Anzahl an Immobilienvermietungen aufgrund der übergegangenen Immobilien.

Eine Vergleichbarkeit mit Vorjahreswerten ist aufgrund der Verschmelzung der VZO auf die TZU sowie der Übertragung weiterer Immobilien der Stadt Oberhausen auf die TZU nicht ohne Weiteres gegeben. Im vorliegenden Lagebericht wurden daher die Vorjahreswerte zusätzlich um eine Darstellung angepasst, die die Vergleichbarkeit der Geschäftsjahre verbessern soll. Diese Vorjahreszahlen sind so dargestellt, als ob die VZO sowie die städtischen Immobilien bereits zum 1. Januar 2023 auf die TZU übertragen worden wären.

Im Vergleich zum angepassten Vorjahr (TEUR 10.320,4) haben sich die Umsatzerlöse um TEUR 170,8 erhöht. Hinzu kommen sonstige betriebliche Erträge von TEUR 569,1, welche sich aus der Auflösung von Rückstellungen bedingt durch die Umstrukturierungen und von Sonderposten für Investitionszuwendungen ergeben.

Dem gegenüber stehen Aufwendungen für Material und bezogene Leistungen in Höhe von TEUR 4.591,9 (Vorjahr angepasst TEUR 2.822,3), Personalaufwendungen in Höhe von TEUR 336,0 (Vorjahr angepasst TEUR 346,5), Abschreibungen in Höhe von TEUR 2.973,1 (Vorjahr TEUR angepasst 2.969,7) und sonstige betriebliche Aufwendungen in Höhe von TEUR 767,4 (Vorjahr angepasst TEUR 897,2). In dem Materialaufwand sind u. a. Aufwendungen für Energie, Kosten der Gebäudeunterhaltung, Gebäude- und Inventarversicherungen sowie weitere Dienst- und Fremdleistungen der Immobilienverwaltung enthalten. Die Erhöhung im Materialaufwand um TEUR 1.769,6 im Vergleich zum angepassten Vorjahr ist im Wesentlichen auf den abgeschlossenen Dienstleistungsvertrag mit der SBO Servicebetriebe Oberhausen GmbH („SBO“) für die Verwaltung und Vermietung der Bestandsimmobilien sowie auf höhere Gebäudeunterhaltungskosten zurückzuführen. Die Personalkosten von insgesamt TEUR 336,0 liegen um TEUR 10,4 unter dem angepassten Vorjahreswert. In den Sozialabgaben ist der Aufwand für die Bildung einer Rückstellung in Höhe von TEUR 50,0 für Beihilfeansprüche entsprechend den beamtenrechtlichen Vorschriften des Landes Nordrhein-Westfalen enthalten. Ferner sind Aufwendungen für Pensionsrückstellungen (Ruhegeld) für das Jahr 2024 in Höhe von TEUR 39,8 berücksichtigt. Die Abschreibungen umfassen im Wesentlichen die Abschreibung auf Gebäude. Die Abschreibungen sind im Vergleich zum angepassten Vorjahr annähernd gleichgeblieben. Bei den sonstigen betrieblichen Aufwendungen hat sich der Aufwand um TEUR 129,8 gegenüber dem angepassten Vorjahreswert verringert, was unter anderem in einem geringeren Aufwand für Rechts- und Beratungsleistungen begründet ist.

Insgesamt liegt das Betriebsergebnis mit einem Gewinn von TEUR 2.391,9 aus den oben benannten Gründen um TEUR 1.567,0 unter dem angepassten Vorjahreswert von TEUR 3.958,9. Im Vergleich zum unangepassten Vorjahres-Betriebsergebnis von TEUR 607,5 hat sich das Betriebsergebnis hingegen um TEUR 1.784,4 verbessert.

Das Finanzergebnis beläuft sich für das Geschäftsjahr 2024 auf TEUR -295,4 (Vorjahr angepasst TEUR -522,1). Im Vergleich zum angepassten Vorjahreswert hat sich damit das Finanzergebnis um TEUR 226,7 verbessert. Gründe hierfür liegen zum einen in größeren Geldanlagen bei verbesserter Zinsentwicklung sowie rückläufigen Aufwendungen für Darlehen aufgrund getätigter Tilgungen.

Nach Abzug der Steuern, hier insbesondere der Grundsteuer in Höhe von TEUR 235,8 (Vorjahr TEUR 158,3), ergibt sich für das Geschäftsjahr 2024 ein Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 1.908,6 (Vorjahr angepasst TEUR 2.835,1). Die Erhöhung in der Grundsteuer ist bedingt durch den übergegangenen Immobilienbestand. Der Jahresüberschuss liegt um TEUR 926,5 unter dem angepassten Vorjahreswert, was im Wesentlichen aus dem geschlossenen Dienstleistungsvertrag mit der SBO in Höhe von rd. EUR 1,0 Mio. jährlich resultiert. Im Vergleich zum unangepassten Vorjahresergebnis von TEUR 453,3 hat sich das Jahresergebnis um TEUR 1.455,3 verbessert.

3. Vermögens- und Finanzlage

Die Vermögenslage der Gesellschaft ist nach Übertagung weiteren Immobilienvermögens von der VZO und der Stadt maßgeblich durch das Anlagevermögen geprägt. Zum 31. Dezember 2024 beträgt das Anlagevermögen TEUR 70.443,5 und entspricht 77,7 % der Bilanzsumme. Es besteht im Wesentlichen aus Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten, technischen Anlagen sowie Betriebs- und Geschäftsausstattungen.

Das Anlagevermögen erhöht sich durch die im Jahr 2024 vollzogenen Umstrukturierungen im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 59.532,4. Im Vergleich zum angepassten Vorjahr ist das Anlagevermögen nur durch planmäßige Abschreibungen gesunken.

Dementsprechend entfallen 21,2 % der Bilanzsumme auf das Umlaufvermögen in Höhe von TEUR 19.225,2. Es besteht im Wesentlichen in Vorräte (TEUR 738,4), Forderungen und sonstigen Vermögensgegenständen (TEUR 1.668,3) und Guthaben bei Kreditinstituten (TEUR 16.818,5). Das Umlaufvermögen erhöht sich im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 2.494,0 und im Vergleich zum angepassten Vorjahr um TEUR 2.266,7.

Hinzu kommen aktive Rechnungsabgrenzungsposten in Höhe von TEUR 10,1 sowie latente Steuern in Höhe von TEUR 963,4.

Das Eigenkapital der Gesellschaft beläuft sich auf TEUR 44.760,7 und entspricht 49,4 % der Bilanzsumme. In dem Eigenkapital der Gesellschaft sind dem gezeichneten Stammkapital (TEUR 500,0) und Kapitalrücklagen (TEUR 66.602,7) Verlustvorträge in Höhe von TEUR 22.342,0 gegenübergestellt.

Das Eigenkapital erhöht sich im Geschäftsjahr 2024 im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 24.885,6. Im Vergleich zum angepassten Vorjahr ist das Eigenkapital annähernd unverändert.

Dem langfristig gebundenen Kapital von TEUR 35.643,0 oder in relativen Zahlen 39,3 % der Bilanzsumme stehen kurzfristige Rückstellungen und Verbindlichkeiten von TEUR 10.218,0 oder in relativen Zahlen 11,3 % der Bilanzsumme gegenüber. Die Rückstellungen insgesamt (TEUR 2.423,5) beziehen sich auf Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen, Steuer- und sonstige Rückstellungen. Die Verbindlichkeiten insgesamt (TEUR 39.863,2) bestehen im Wesentlichen gegenüber Kreditinstituten und gegenüber der Gesellschafterin, der Stadt Oberhausen. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (TEUR 34.752,3) sind begründet in der Belastung der Gesellschaft durch Kreditdienste für verschiedene Bau- und Sanierungsmaßnahmen. Die Verbindlichkeiten gegenüber der Gesellschafterin belaufen sich auf TEUR 3.155,0. Die darüber hinaus bestehenden sonstigen Verbindlichkeiten (TEUR 1.631,2) resultieren aus der Bewirtschaftung des Immobilienbestandes. Die Rückstellungen und Verbindlichkeiten im Geschäftsjahr 2024 erhöhen sich im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 33.784,3, wohingegen sie sich im Vergleich zum angepassten Vorjahreswert um TEUR 1.845,8 verringern.

Hinzu kommen Rechnungsabgrenzungsposten in Höhe von TEUR 227,1 sowie ein Sonderposten für Investitionszuwendungen zum Anlagevermögen in Höhe von TEUR 3.347,3.

Aufgrund des erhöhten Immobilienbestandes der Gesellschaft durch die übergegangenen Vermögensgegenstände von OGM, Stadt und VZO und der damit erzielten Umsatzerlösen aus der Vermietung und Verpachtung der Immobilien war die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft im Geschäftsjahr 2024 aus vorhandener Liquidität gegeben. Weitere Finanzierungsinstrumente wurden nicht eingesetzt.

4. Kapitalflussrechnung

Cashflowrechnung 2024	TEUR
1. Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	
Jahresergebnis	1.909
Abschreibungen/Zuschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	2.973
Zunahme (+) / Abnahme (-) der Rückstellungen und des Sonderpostens	944
Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen/Erträge	-47
Zunahme (-) / Abnahme (+) der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungs-tätigkeit zuzuordnen sind	150
Zunahme (+) / Abnahme (-) der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistun-gen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	1.208
Gewinn (-) / Verlust (+) aus dem Abgang von Gegenständen des Anlage-vermögens (saldiert)	0
Zinsaufwendungen/Zinserträge	295
Ertragsteueraufwand/-ertrag	-48
Ertragsteuerzahlungen	70
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	**2.454**
2. Cashflow aus Investitionstätigkeit	
Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens	0
Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-137
Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens	20
Erhaltene Zinsen	373
Cashflow aus Investitionstätigkeit	**256**
3. Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	
Einzahlungen aus der Begebung von Anleihen und der Aufnahme von (Finanz-) Krediten	0
Auszahlungen aus der Tilgung von Anleihen und (Finanz-) Krediten	-4.174
Gezahlte Zinsen	-643
Auszahlung an Gesellschafter	-500
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	**-5.317**
Finanzmittelfonds	
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds	**2.393**
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	10.909
Zugang durch Ausgliederungs- und Übernahmevertrag und Verschmelzung	3.516
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	**16.818**
Zusammensetzung des Finanzmittelbestands	
Liquide Mittel	16.818

5. Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Zur Steuerung der Unternehmensaktivitäten im Hinblick auf die Unternehmensziele werden verschiedene Kennzahlen genutzt. Im Bereich Finanzen werden die Umsatzerlöse und das Jahresergebnis sowie das Anlagevermögen als wesentliche Steuerungsgrößen betrachtet.

Die nachstehende Übersicht gibt einen Überblick über die Entwicklung einiger finanzieller Leistungsindikatoren sowie der Vermögens- und Kapitalstruktur:

	2023	2023 (angepasst)	2024
Umsatzerlöse (T€)	3.324	10.321	10.491
Materialaufwandsquote	52%	28%	44%
Personalintensität	10%	3%	3%
Jahresergebnis (T€)	453	2.835	1.909
Eigenkapital (T€)	19.895	43.372	44.781
Eigenkapitalquote	69%	48%	49%
Verschuldungsquote*	30%	48%	47%
Anlagevermögen (T€)	10.911	73.300	70.443
Anlagenintensität	38%	81%	78%
Abschreibungsintensität	10%	27%	28%

*=((Rückstellungen+Verbindlichkeiten)/Bilanzsumme)

Im nichtfinanzbezogenen Bereich sollen die unternehmerischen Aktivitäten im Wesentlichen anhand der für die Stadt Oberhausen zukünftig zu erfüllenden immobilienwirtschaftlichen Tätigkeiten gesteuert werden. Hierzu sind Geschäftstätigkeit und der Unternehmensgegenstand der TZU entsprechend ihrer Aufgaben nach der Zielsetzung des Immobilienkonzeptes neu auszurichten, der Gesellschaftsvertrag anzupassen sowie letzte Umsetzungsschritte zur Erreichung der Zielstruktur durchzuführen (siehe unten Kap. C.1).

In diesem Zusammenhang stellt die SBO Servicebetriebe Oberhausen, als Dienstleister der TZU, der TZU Controllingleistungen zur Verfügung, auf deren Basis in Zusammenarbeit mit der Geschäftsführung regelmäßige Analysen von Plan-Ist-Vergleichen durchgeführt werden und damit eine zentrale wie zeitnahe Steuerung ermöglicht wird.

Für die interne Unternehmenssteuerung erfolgte eine regelmäßige Berichterstattung der Geschäftsführung an die Organe der Gesellschaft.

6. Öffentliche Zwecksetzung

Gegenstand der TZU war in 2024 die Weiterentwicklung und der Betrieb des Technologiezentrums Umweltschutz sowie die Förderung des Technologietransfers, der Neu- und Umbau von Verwaltungs- und sonstigen Gebäuden der Stadt Oberhausen, die Vermietung von Wohn- und Gewerbeimmobilien, die Entwicklung von Grundstücken mit allen damit zusammenhängenden Tätigkeiten, insbesondere die Erarbeitung von Nutzungskonzepten sowie die Aufbereitung und Vermarktung der Grundstücke sowie die Entwicklung, Betreuung und der Betrieb von Projekten mit besonderer Strukturrelevanz für den Standort Oberhausen.

Mit dieser Aufgabenstellung erfüllte die Gesellschaft Aufgaben im Rahmen der öffentlichen Daseinsvorsorge gemäß Gemeindeordnung NRW. Der Zwecksetzung des Gesellschaftsvertrages ist die Gesellschaft in allen Geschäftsfeldern im Berichtsjahr 2024 nachgekommen.

Die Neuausrichtung der Geschäftstätigkeit und des Unternehmensgegenstandes der Gesellschaft wird sich streng an den verfolgten öffentlichen Zwecken orientieren. Im Vordergrund steht die Sicherung der Wohnraumversorgung. Das Handeln der Gesellschaft ist somit primär auf die Daseinsvorsorge ausgerichtet.

Zur Förderung des Unternehmenszwecks darf sich die Gesellschaft an Unternehmen gleicher oder ähnlicher Art beteiligen. Sie ist zu allen Maßnahmen und Rechtsgeschäften berechtigt, durch die der Unternehmenszweck gefördert werden kann.

Die im Anhang und Lagebericht gegebenen Erläuterungen und Daten legen dar, dass das Unternehmen der öffentlichen Zwecksetzung entspricht.

C. Hinweise auf wesentliche Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung – Prognose-, Chancen- und Risikobericht

1. Zukünftige Entwicklung und wesentliche Veränderungen

Zur Erreichung der Zielstruktur und zur Aufnahme der Geschäftstätigkeit entsprechend der Zielsetzung des Immobilienkonzeptes sind weitere Umsetzungsschritte beschlossen und wie folgt durchgeführt worden:

Der Rat der Stadt hat am 23.09.2024 beschlossen, Herrn Dominik Erbelding als Geschäftsführer der LAH und der TZU ab dem 01.01.2025 zu bestellen. Die Bestellung ist vollzogen. Damit besteht für die miteinander verbundenen Unternehmen LAH und TZU seit Anfang des Jahres 2025 eine personenidentische Geschäftsführung.

Die Umfirmierung der Gesellschaft von TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH in GVO Grundstücksverwaltungsgesellschaft Oberhausen mbH („GVO“), Sitz und Geschäftsleitung in der Essener Straße 3, 46047 Oberhausen, wurde von der Gesellschafterversammlung am 11. April 2025 beschlossen und die Änderung am 13. Mai 2025 in das Handelsregister eingetragen.

Am 26.05.2025 hat – nach Durchführung einer Marktanalyse und kommunalaufsichtlicher Bestätigung – der Rat der Stadt die Anpassung des Gesellschaftszwecks in der Neufassung des Gesellschaftsvertrages (gem. Ratsbeschluss vom 18.11.2024) beschlossen. In der Gesellschafterversammlung vom 4. Juni 2025 wurde dann letztendlich die Neufassung des Gesellschaftsvertrages beschlossen und die Änderung am 11. Juli 2025 in das Handelsregister eingetragen.

In der Sitzung des Rates der Stadt Oberhausen am 07. Juli 2025 wurden weitere Umsetzungsschritte zur Finalisierung des Immobilienkonzepts beschlossen (Drucksache B/17/6864). Das Vermögen der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung ASO Alteneinrichtungen (Unternehmen ASO), das Eigentümer von Immobilien ist, die mit Einrichtungen der Altenpflege sowie altengerechten Wohnungen bebaut sind und die an die ASO gGmbH vermietet und auch von dieser verwaltet werden, soll von der Stadt Oberhausen auf die GVO im Wege der Ausgliederung gegen Gewährung eines Geschäftsanteils in Höhe von 50.000,00 EUR an der GVO an die Gesellschafterin Stadt übertragen werden. Dem Vermögen des Unternehmens ASO der Logik des Immobilienkonzeptes folgend, wurden weitere 5 Grundstücke der Stadt Oberhausen zugeordnet. Die Ausgliederung des Vermögens soll rückwirkend zum 01.01.2025 erfolgen.

Des Weiteren sind zwei Kapitalerhöhungen bei der GEO gemäß o. g. Ratsbeschluss vorgesehen, die durch Sacheinlage der Gesellschaftsanteile der Stadt an der GVO durchgeführt werden sollen. Im Rahmen der ersten Kapitalerhöhung werden die Anteile der Stadt an der GVO in Höhe von zum Zeitpunkt der Beschlussfassung gerundet 43 %, die durch den Eigenbetrieb der Stadt SBO Servicebetriebe Oberhausen (dort im BgA Bäder) gehalten werden, gegen Gewährung eines Geschäftsanteils in Höhe von 50.000,00 EUR an der GEO an die Gesellschafterin Stadt eingebracht. In einer weiteren Kapitalerhöhung werden dann die weiteren Anteile der Stadt an der GVO in Höhe von zum Zeitpunkt der Beschlussfassung gerundet 26 %, die im Hoheitsvermögen der Stadt Oberhausen gehalten werden, gegen Gewährung eines Geschäftsanteils in Höhe von 25.000,00 EUR an der GEO an die Gesellschafterin Stadt eingebracht.

Durch die zwei Stammkapitalerhöhungen und die Übertragung der zum Zeitpunkt der Beschlussfassung zusammen rd. 69 % der städtischen Anteile an der GVO auf die GEO gegen Gewährung neuer Anteile wird die in der Zielstruktur vorgesehene 100%-ige Mutter-Tochterbeziehung der beiden Gesellschaften GEO und GVO hergestellt.

Aufgrund der fehlenden Mehrheitsbeteiligung der GEO an der GVO (69 % der Anteile an der GVO bei der Stadt und nur 31 % der Anteile an der GVO bei der GEO) konnte bislang zwischen den beiden Gesellschaften kein steuerlich wirksamer Ergebnisabführungsvertrag geschlossen werden. Ein solcher Vertrag war von Anfang an als essentieller Bestandteil des Immobilienkonzeptes vorgesehen, da sich die GEO zu einem wesentlichen Teil aus den Ergebnissen der Immobilienbesitzgesellschaft, der GVO, finanziert.

Die Vorteile der neuen Beteiligungsstruktur und eines dann möglichen Ergebnisabführungsvertrages bestehen darin, dass einerseits eine sogenannte ertragsteuerliche Organschaft entsteht, welche die Gesamtsteuerlast senken kann. Des Weiteren können die Gewinne der GVO steuerlich der GEO zugerechnet werden, was zu einer steuerlichen Optimierung durch entsprechende Anrechnung von Verlustvorträgen der GEO führt. Durch einen Ergebnisabführungsvertrag fließen Gewinne der GVO zudem unmittelbar an die GEO, was die Liquidität auf Ebene der GEO verbessert und sicherstellt.

Der Abschluss eines Ergebnisabführungsvertrages ist mit der entsprechenden steuerlichen Wirkung nur für volle Geschäftsjahre möglich, in denen eine Mehrheitsbeteiligung durchgehend besteht, ohne dass eine Rückwirkung zulässig ist. Daher ist der Vertrag zum 01.01.2026 abzuschließen und zu seiner Wirksamkeit in das Handelsregister einzutragen. Der Abschluss eines Ergebnisabführungsvertrages zwischen der GEO und der GVO wurde in der Sitzung des Rates der Stadt Oberhausen am 07. Juli 2025 neben den anderen oben dargestellten Maßnahmen beschlossen (Drucksache B/17/6864).

2. Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

In der zukünftigen Entwicklung und den wesentlichen Veränderungen (siehe oben Kap. C.1) bzw. in der Umsetzung des Immobilienkonzeptes im Allgemeinen liegen auch die Chancen und Risiken der Gesellschaft begründet.

Ziel der Stadt Oberhausen ist es, auf dem Wohnungsmarkt positiv steuernd Einfluss zu nehmen, um quantitativ und qualitativ Neubau- und Modernisierungsmaßnahmen zu ermöglichen und damit den Gebäudebestand sozial- und klimagerecht aufzustellen. Durch die Bündelung der Immobilien in den beiden Gesellschaften ergibt sich eine bisher nicht gegebene Transparenz des Immobilienbestandes einschließlich der Kosten und Erlöse der einzelnen Immobilien. Hierdurch wird erstmals eine effektive und nachhaltige Steuerung der immobilienwirtschaftlichen Tätigkeit für städtische Liegenschaften aus einer Hand ermöglicht. Durch die Zusammenfassung der Immobilien können aufgrund der Anzahl der zu verwaltenden Immobilien zudem Synergien in der Bewirtschaftung, Instandhaltung und Modernisierung der Immobilien genutzt werden.

Durch das Engagement und die Tätigkeiten der Gesellschaften sollen Anreize zur Aktivierung privater Investitionen geschaffen und damit auch mittelbar ein wirtschaftsfördernder Zweck verfolgt werden. Insbesondere durch die Entwicklungsgesellschaft GEO sollen Maßnahmen der Objektentwicklung bzw. der Herstellung von Grundstücken und Gebäuden zur Schaffung von Wohnraum und im Einzelfall für gewerbliche Nutzungsmöglichkeiten verwirklicht werden. Dabei geht es unter anderem auch um die Übernahme und Entwicklung von sogenannten Problemimmobilien, die einen erheblichen Sanierungs- und Erneuerungsbedarf haben oder die sich in Bereichen mit städtebaulichen Fehlentwicklungen bzw. Sanierungsbedarf befinden, welche von Eigentümern und am Markt agierenden Investoren nicht aufgegriffen oder beseitigt werden.

Für die Gesellschaften, die Kern des Immobilienkonzepts sind, sind mit der Unterstützung einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft detaillierte Planungen erstellt worden. Für jede einzelne Immobilie sind Erlöse und Kosten betrachtet worden. Auf dieser Grundlage ergibt sich in der Gesamtbetrachtung der Gesellschaften GEO und GVO ein prognostiziertes positives Ergebnis der Geschäftstätigkeit sowie eine angemessene Ausstattung mit Eigenkapital und Liquidität.

In der Geschäftstätigkeit liegen damit auch die Chancen der Gesellschaft begründet. Bei einer positiven Entwicklung der Geschäftstätigkeit und einer damit einhergehenden Liquidität der Gesellschaften können sowohl Investitionen zur Modernisierung des eigenen Immobilienbestands getätigt als auch neue Entwicklungsprojekte im Sinne der stadtentwicklungs- und wohnungspolitischen Ziele der Stadt Oberhausen realisiert und damit ein wesentlicher Beitrag zu einer aktiven Stadtentwicklung geleistet werden.

Den zuvor beschriebenen Chancen stehen bei einer negativen Entwicklung der Geschäftstätigkeit entsprechende Risiken gegenüber. Insbesondere den aus der Art der Tätigkeit der Gesellschaften resultierenden Risiken durch bspw. Bauzeitverzögerungen, Baukostensteigerungen, Zinsschwankungen, erhöhten regulatorischen Druck sowie unsichere geopolitische bzw. makro-ökonomische Rahmenbedingungen ist durch eine entsprechende Projektsteuerung zu begegnen.

Das Risikomanagement der Gesellschaft obliegt der Geschäftsführung. Risikopotenziale werden grundsätzlich regelmäßig identifiziert und erörtert. Bei Bedarf werden rechtzeitig entsprechende Maßnahmen zur Verminderung oder wenn möglich zur Vermeidung von Risiken eingeleitet und an die Gesellschafterin kommuniziert. Das Eintreten einzelner Risiken ist jedoch hierdurch nicht vollumfänglich ausgeschlossen.

Aus heutiger Sicht der Gesellschaft liegen keine bestandsgefährdenden Risiken vor.

3. Prognosebericht

Der Jahresüberschuss beträgt im Berichtsjahr TEUR 1.908,6.

Zum Zeitpunkt der Erstellung der Jahresabschlüsse für die beiden Gesellschaften GEO und GVO unter Berücksichtigung der jeweils auf den 01.01.2024 rückwirkenden Umwandlungsmaßnahmen und der damit verbundenen umfänglichen Datenaufbereitung werden auf dieser Basis derzeit unter einer seit 01.01.2025 einheitlichen Geschäftsführung die jeweils neuen Geschäftsfelder der Gesellschaften noch strukturiert und die Wirtschaftsplanung aufgestellt.

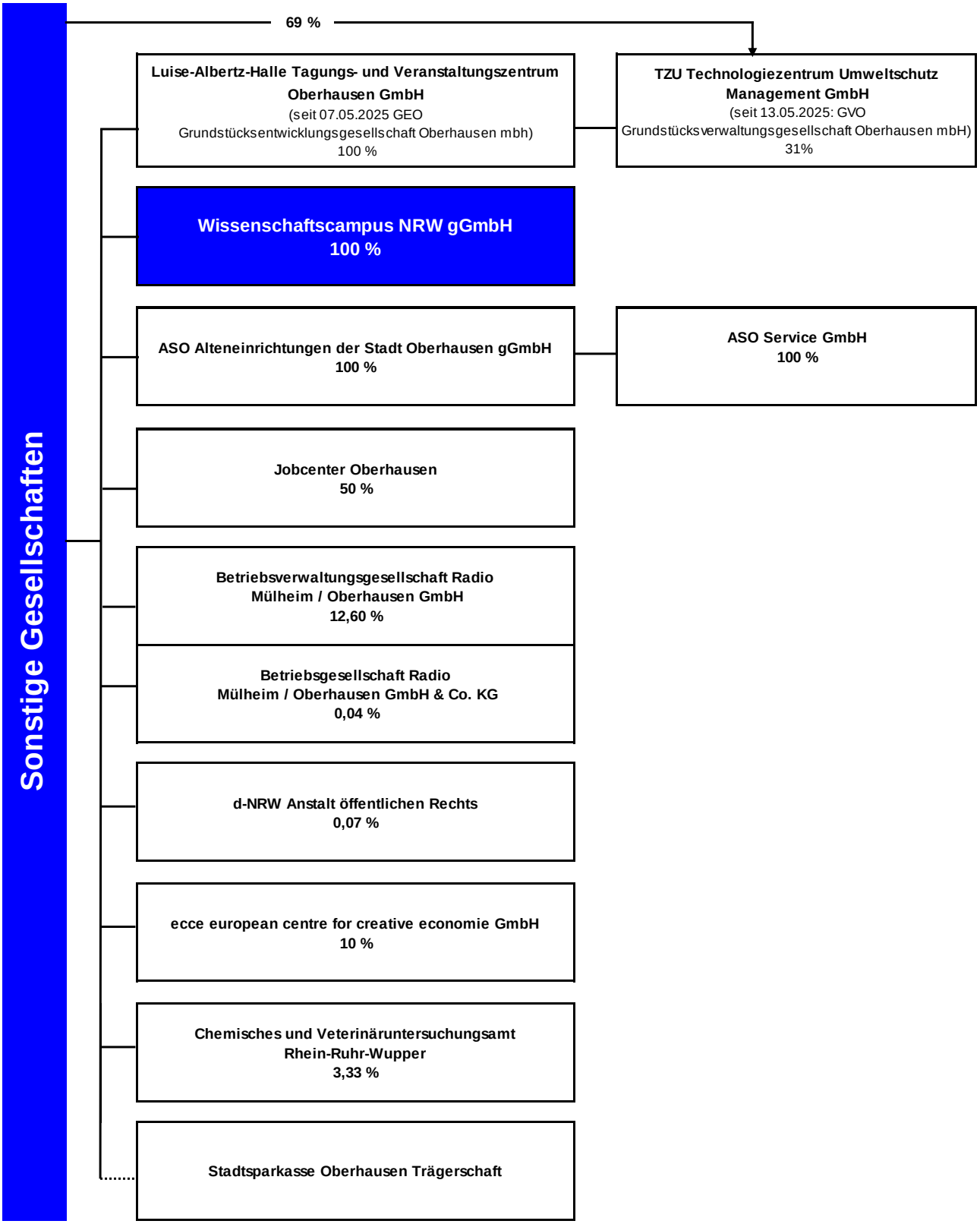
Im Geschäftsjahr 2025 wird für die GVO ein Jahresüberschuss von TEUR 600 bis 800 prognostiziert. Dieses im Vergleich zu 2024 deutlich schlechtere Ergebnis ist im Wesentlichen begründet in erhöhten Aufwendungen der Sanierung und Modernisierung der übergegangenen Immobilienbestände im Vergleich zum Vorjahr bei gleichbleibenden Umsatzerlösen aus der Vermietung und Verpachtung der Immobilien.

Durch den Abschluss eines Ergebnisabführungsvertrages wird zudem, wie von Anfang an im Immobilienkonzept der Stadt Oberhausen vorgesehen war, die Finanzierung der GEO zu einem wesentlichen Teil aus den Ergebnissen der Immobilienbesitzgesellschaft GVO erfolgen.

Oberhausen, 06. August 2025

TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH

Dominik Johannes Fabian Erbelding
Geschäftsführer


Sonstige Gesellschaften
69 %
Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH
(seit 07.05.2025 GEO Grundstücksentwicklungsgesellschaft Oberhausen mbh)
100 %
TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH
(seit 13.05.2025: GVO Grundstücksverwaltungsgesellschaft Oberhausen mbH)
31%
Wissenschaftscampus NRW gGmbH
100 %
ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH
100 %
ASO Service GmbH
100 %
Jobcenter Oberhausen
50 %
Betriebsverwaltungsgesellschaft Radio Mülheim / Oberhausen GmbH
12,60 %
Betriebsgesellschaft Radio Mülheim / Oberhausen GmbH & Co. KG
0,04 %
d-NRW Anstalt öffentlichen Rechts
0,07 %
ecce european centre for creative economie GmbH
10 %
Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper
3,33 %
Stadtsparkasse Oberhausen Trägerschaft

Wissenschaftscampus NRW gGmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Marktstraße 51-55
46045 Oberhausen

Rechtsform: gGmbH

Stammkapital in T€: 25,00

Gesellschafter:	**T€**	**%**
Stadt Oberhausen	25,00	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Förderung der Wissenschaft und Forschung sowie der Erziehung, Volks- und Berufsbildung einschließlich der Studentenhilfe sowie des bürgerschaftlichen Engagements zugunsten gemeinnütziger Zwecke

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2024)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Dr. Florack, Martin
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Willecke, Thomas
Beirat:	Vorsitzender	Prof. Dr. Korte, Karl-Rudolf
	stellv. Vorsitzende	Dr. Borgestedt, Silke
	Mitglied	Dr. Diermeier, Matthias
	Mitglied	Dr. Gehne, David
	Mitglied	Prof. Dr. Römmele, Andrea
	Mitglied	Prof. Dr. Thiele, Alexander
Prokura:	Prokuristin	Debo, Lisa
Kuratorium:	Mitglied	Bongers, Sonja
	Mitglied	Opitz, Stefanie
	Mitglied	Schranz, Daniel
	Mitglied	Stehr, Simone Tatjana

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2024	
Aktiva	**T€**	**%**
Anlagevermögen	1,85	1,3
Umlaufvermögen	137,29	98,7
Bilanzsumme	**139,14**	**100,00**

Passiva	**T€**	**%**
Eigenkapital	25,00	18,0
Rückstellungen	110,97	79,8
Verbindlichkeiten	3,16	2,3
Bilanzsumme	**139,14**	**100,00**

bb) GuV

	2024
	T€
Umsatzerlöse	0,00
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	31,37
sonstige betriebliche Erträge	61,76
Materialaufwand	0,00
Personalaufwand	40,67
Abschreibungen	2,32
sonstige betriebliche Aufwendungen	18,76
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	0,00
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	0,00
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0,00

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2024	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,00	%
Eigenkapitalrentabilität:	0,00	%
Cash-Flow:	1,85	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	12,35	T€
Personalaufwandsquote:	65,86	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2024	Angaben in
Sachanlagenintensität:	1,33	%
Eigenkapitalquote:	17,97	%
Fremdkapitalquote:	82,03	%

e) Lagebericht

1. Grundlagen des Unternehmens

Die Wissenschaftscampus NRW gGmbH (WICA) ist eine gemeinnützige Gesellschaft mit Sitz in Oberhausen. Sie ist 100%ige Tochtergesellschaft der Stadt Oberhausen.

Als gemeinnützige Gesellschaft verfolgt der WICA keine wirtschaftlichen Zwecke. Gesellschaftszwecke sind vielmehr die Förderung und die Durchführung eigener Aktivitäten in Forschung und akademischer Weiterbildung, sowie politische Bildung und die Förderung bürgerschaftlichen Engagements. Die Aktivitäten der Gesellschaft verteilen sich auf die drei Tätigkeitsfelder WICA.Reallabor, WICA.Transfer und WICA.Research.

Zur Verwirklichung des Gesellschaftszwecks arbeitet der WICA mit anderen wissenschaftlichen Einrichtungen der Region zusammen. Dazu gehören insbesondere die NRW School of Governance (an der Universität Duisburg-Essen) und das Institut für Journalismus & PR (an der Westfälischen Hochschule). Grundlage hierfür ist eine trilaterale Kooperationsvereinbarung zwischen beiden Instituten und der Stadt Oberhausen aus dem Jahr 2023.

Es gibt darüber hinaus einen festen Stamm von Partnerinstitutionen, welche den WICA aktiv unterstützen. Diese sind formal über das Kuratorium in die Aktivitäten der Gesellschaft involviert. Das Kuratorium wird am 13. März 2025 konstituiert und setzt sich wie folgt zusammen:

- Universität Duisburg-Essen (vertreten durch die Rektorin, Prof. Dr. Barbara Albert)
- Hochschule Ruhr-West (vertreten durch die Präsidentin, Prof. Dr. Susanne Staude)
- Westfälische Hochschule (vertreten durch Prof. Dr. Jan Hofer)
- Fraunhofer Institut Umsicht (vertreten durch den Geschäftsführer, Prof. Dr. Manfred Renner)
- Deutscher Hochschulverband (vertreten durch die Geschäftsführerin, Yvonne Dorf)
- Hochschule Rhein-Waal (Vertreten durch den Präsidenten, Prof. Dr. Oliver Locker-Grütjen)
- Center for Advanced Internet Studies (CAIS) (vertreten durch die Wissenschaftliche Direktorin, Prof. Dr. Christiane Eilders)
- Wuppertal Institut (vertreten durch den Wissenschaftlichen Geschäftsführer, Prof. Dr. Manfred Fischedick)
- Stadt Oberhausen (vertreten durch den Oberbürgermeister, Daniel Schranz, sowie drei Stadtverordnete, Simone Tatjana-Stehr, Sonja Bongers und Stefanie Opitz)

Ein Wissenschaftlicher Beirat, unter Leitung von Prof. Dr. Karl-Rudolf Korte, ergänzt das Portfolio der Beratungsgremien der Gesellschaft. Dieser versammelt Persönlichkeiten mit einschlägiger Expertise und unterstützt die Geschäftsführung und die übrigen Gremien beratend.

Operativ wird die Gesellschaft durch den Geschäftsführer, Prof. Dr. Martin Florack, sowie die Prokuristin, Lisa Debo, geführt.

Vertreter der Stadt Oberhausen in der Gesellschafterversammlung war seit Januar 2024 zunächst Ralf Güldenzopf, im November 2024 wurde Thomas Willecke, Bereichsleiter Beteiligungen, zu seinem Nachfolger bestimmt.

2. Wirtschaftsbericht
2.1 Rahmenbedingungen

Die Gesellschaft erfährt auf der Grundlage einer mit der Stadt Oberhausen geschlossenen Verlustausgleichsvereinbarung eine institutionelle Förderung in Höhe von maximal 230.000,00 EUR jährlich. Diese Vereinbarung sieht zudem eine jährliche Dynamisierung dieses Betrages von jeweils 1% vor. Die Verlustausgleichsvereinbarung ist auf unbestimmte Zeit mit Zustimmung des Rates der Stadt Oberhausen abgeschlossen und die entsprechenden Mittel Teil der mittelfristigen Finanzplanung der Stadt Oberhausen. Die hierdurch garantierten Mittelzuweisungen an die Gesellschaft sichern die langfristige Existenz der Gesellschaft. Aufgrund dieser Grundfinanzierung sind grundlegende Aktivitäten des WICA auskömmlich finanziert.

Weitergehende und neue Aktivitäten der Gesellschaft werden mit Hilfe zusätzlich akquirierter Fördermittel (aus den Feldern Forschung, Lehre, Demokratiebildung, Reallaboranwendungen, Drittmittelförderung usw.) möglich.

2.2 Geschäftsverlauf

Der Geschäftsverlauf des Jahres 2024 ist insbesondere dadurch geprägt, dass sich die Gesellschaft im Jahr 2024 sowohl organisatorisch als auch operativ im Aufbau befand. Gleichzeitig führte die enorm verzögerte Fertigstellung der von der Gesellschaft künftig genutzten Immobilie zu eingeschränkten Aktivitäten.

Die Erträge der Gesellschaft beschränkten sich daher 2024 im Wesentlichen auf die Betriebskostenzuschüsse der Stadt Oberhausen, die Kosten waren in erster Linie durch Personal- und Verwaltungskosten geprägt. Die benötigten Zuschüsse waren durch die entsprechende Verlustausgleichsvereinbarung mit der Stadt Oberhausen in vollem Umfang gedeckt.

Es ist darauf hinzuweisen, dass die Gesellschaft als gemeinnützige Einrichtung keinen Gewinnerzielungsabsicht aufweist und viele Aktivitäten nicht zwangsläufig zu Umsatzerlöse oder sonstigen Erträgen führen werden. Der Erfolg der Gesellschaft kann daher nur eingeschränkt durch finanzielle Kennzahlen abgebildet werden. Vor diesem Hintergrund wird auf die Darstellung wesentlicher wirtschaftlicher Kennzahlen verzichtet.

2.3 Ertragslage

	01.01.2024 -31.12.2024	
	T€	%
Umsatzerlöse	0	0
Sonstige betriebliche Erträge	62	100
Gesamtleistung	62	100
Personalaufwand	41	66
Abschreibungen	2	3
Sonstige betriebliche Aufwendungen	19	31
	62	100
Betriebsergebnis	0	0
Zinsergebnis	0	0
Jahresfehlbetrag/-überschuss	0	0

Die Gesamtleistung in Höhe von T€ 62 resultiert zu T€ 56 = 90% aus Betriebskostenzuschüssen durch die Stadt Oberhausen. Insgesamt hat die Gesellschaft im Geschäftsjahr 2024 T€ 163 an Betriebskostenzuschüssen von der Stadt Oberhausen vereinnahmt. Davon sind jedoch T€ 106 als nicht benötigte Zuschüsse im Jahr 2025 an die Stadt Oberhausen zurückzuzahlen.

Darüber hinaus hat die Gesellschaft im Jahr 2024 im Rahmen des Projekts "Förderung Schulwettbewerb NRW" eine weitere Förderung in Höhe von T€ 5 erhalten.

Im Jahr 2024 hat die Gesellschaft neben dem Geschäftsführer durchschnittlich vier Mitarbeiter/innen beschäftigt. Die Anstellungen erfolgten jeweils im Rahmen eines geringfügigen Beschäftigungsverhältnisses.

Die Abschreibungen betreffen zeitanteilige Abschreibungsbeträge für die erstmalige EDV-Ausstattung.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind geprägt von Kosten für die Erstellung der Finanzbuchführung, der Erstellung und der Prüfung des Jahresabschlusses und damit zusammenhängendem Beratungsbedarf (T€ 9) sowie von Werbe- und Reiseaufwendungen (T€ 5) und Aufwendungen für Versicherungen und Beiträge (T€ 2).

Durch die Rückerstattung zu viel erhaltener Betriebsmittelzuschüsse ergibt sich ein ausgeglichenes Betriebsergebnis, das nicht mit Steuer belastet ist.

2.4 Vermögens- und Finanzlage

AKTIVA	31.12.2024	
	T€	%
Anlagevermögen	2	2
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	0	0
Flüssige Mittel	137	98
Umlaufvermögen	137	98
GESAMTVERMÖGEN	139	100

PASSIVA	31.12.2024	
	T€	%
Eigenkapital = Anlagekapital	25	18
Kurzfristige Rückstellungen und Verbindlichkeiten (incl. RAP)	114	82
Umlaufkapital	114	82
GESAMTKAPITAL	139	100

Das Vermögen der Gesellschaft besteht zum 31.12.2024 fast ausschließlich aus flüssigen Mitteln. Dies resultiert im Wesentlichen daraus, dass die endgültige Abrechnung mit der Stadt Oberhausen im Zusammenhang mit den erhaltenen Betriebskostenzuschüssen für das Jahr 2024 noch nicht erfolgt ist. Es ist davon auszugehen, dass im Jahr 2025 Betriebskostenzuschüsse in Höhe von T€ 106 an die Stadt Oberhausen zurückzuzahlen sind.

Entsprechend hat die Gesellschaft zum 31.12.2024 eine Rückstellung für zurückzuzahlende Betriebskostenzuschüsse in Höhe von T€ 106 gebildet. Zusammen mit der Rückstellung für die Erstellung und Prüfung des Jahresabschlusses bilden die sonstigen Rückstellungen den wesentlichen Teil des Gesamtkapitals.

2.5 Kapitalflussrechnung

	2024 T€
Jahresfehlbetrag/ -überschuss	0
Abschreibungen auf Anlagevermögen	2
Verluste aus Anlagenabgängen	0
Veränderung der Rückstellungen	111
Cash flow	**113**
Veränderung der Forderungen	0
Veränderung der Verbindlichkeiten	3
Geldsaldo aus Geschäftstätigkeit	**116**
Investitionen im Sachanlagevermögen	-4
Geldsaldo aus Investitionstätigkeit	**-4**
Geldsaldo aus Kapitaleinzahlungen	**25**
Veränderung der Liquidität	137
Liquidität am Anfang des Geschäftsjahrs	0
Liquide Mittel am Ende des Jahres	**137**

Die Kapitalflussrechnung zeigt, dass der Bestand an liquiden Mitteln zum 31.12.2024 neben der Kapitalzufuhr durch den Gesellschafter im Rahmen der Einzahlung des Stammkapitals insbesondere durch den Geldsaldo aus der Geschäftstätigkeit geprägt ist. Diese wiederrum resultiert in erster Linie aus hohen Betriebsmittelzuschüssen der Stadt Oberhausen.

Die Rückzahlung der nicht benötigten Zuschüsse wird im Jahr 2025 zu einem entsprechenden Liquiditätsabfluss führen.

Investitionen sind im Geschäftsjahr 2024 nur in geringen Umfang in die EDV-Ausstattung getätigt worden.
Insgesamt war die Gesellschaft im Jahr 2024 vollumfänglich in der Lage, ihren finanziellen Verpflichtungen nachzukommen.

3. Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Deutliche Einschränkungen haben die geplanten Aktivitäten der Gesellschaft im Jahr 2024 durch die enorm verzögerte Fertigstellung der vom WICA künftig genutzten Immobilie erfahren. Diese Verzögerungen hat der Vermieter und Bauherr zu verantworten, die Einflussmöglichkeiten auf Seiten der Gesellschaft und der SBO als Hauptmieter waren stark begrenzt. Dies wird sich ab dem Jahr 2025 grundlegend ändern. Mit der zeitnah erwarteten Fertigstellung der WICA-Räumlichkeiten auf der Marktstraße 51-55 entsteht endlich Spielraum für die Durchführung von den Gesellschaftszwecken dienenden Veranstaltungen und Aktivitäten vor Ort. Zudem eröffnet die Übernahme der Immobilie Spielraum, das Netzwerk des WICA weiter deutlich zu erweitern.

Die finanziellen Risiken der Gesellschaft sind angesichts der oben beschriebenen städtischen Grundfinanzierung sehr gering. Das Kerngeschäft der Gesellschaft ist langfristig gesichert. Alle Aktivitäten der Gesellschaft werden folglich darauf ausgerichtet sein, über die Akquise zusätzlicher Mittel weitergehende Aktivitäten und Projekte zu ermöglichen. Hier liegen angesichts der insgesamt herausragend positiven Resonanz auf die Gründung der Gesellschaft in den einschlägigen fachlichen Netzwerken deutliche Entwicklungschancen des WICA für die Zukunft. Gleichwohl spricht die Entwicklung öffentlicher Förderprogramme dafür, dass künftig öffentliche Förderkulissen eher ab- als aufgebaut werden. Folglich gilt es, auch andere Finanzierungsquellen stärker in den Blick zu nehmen. Vor diesem Hintergrund konnte eine stärkere Zusammenarbeit des WICA mit der für das zentrale Fördermanagement zuständigen Organisationseinheit der Stadt Oberhausen verabredet werden. Hiervon erwarten wir zusätzliche Impulse und Unterstützung bei der weiteren finanziellen Konsolidierung der Gesellschaft.

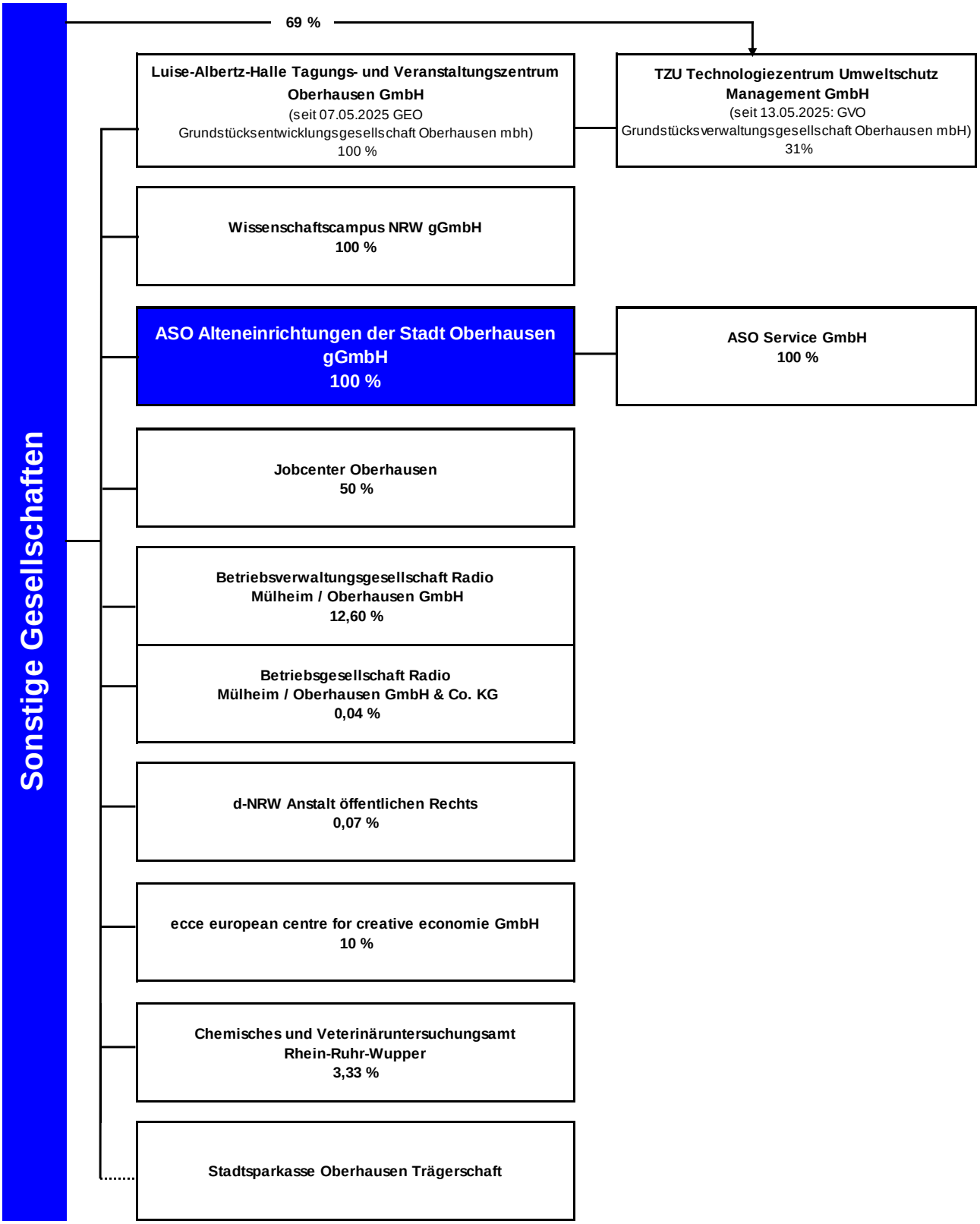
Von herausragender Bedeutung wird auch weiterhin die Gewinnung wissenschaftlicher Hilfskräfte sowie ggf. künftiger wissenschaftlicher Projektmitarbeiter sein. Für die Zukunft erwarten wir hier angesichts einer Stärkung der institutionellen Verbindungen insbesondere zur Universität Duisburg-Essen positive Entwicklungen hinsichtlich der künftigen Personalrekrutierung.

Die Gesellschaft ist seit der Gründung Mitglied im Verband kommunaler Unternehmen e.V. (VKU). Der WICA profitiert von der verbandlichen Rechtsberatung, Informationsbereitstellung sowie den Einschätzungen relevanter wirtschaftlicher und politischer Entwicklung.

Oberhausen, 07. März 2025

Wissenschaftscampus NRW gGmbH

Prof. Dr. Martin Florack
Geschäftsführer


Sonstige Gesellschaften
69 %
Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH
(seit 07.05.2025 GEO Grundstücksentwicklungsgesellschaft Oberhausen mbh)
100 %
TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH
(seit 13.05.2025: GVO Grundstücksverwaltungsgesellschaft Oberhausen mbH)
31%
Wissenschaftscampus NRW gGmbH
100 %
ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH
100 %
ASO Service GmbH
100 %
Jobcenter Oberhausen
50 %
Betriebsverwaltungsgesellschaft Radio Mülheim / Oberhausen GmbH
12,60 %
Betriebsgesellschaft Radio Mülheim / Oberhausen GmbH & Co. KG
0,04 %
d-NRW Anstalt öffentlichen Rechts
0,07 %
ecce european centre for creative economie GmbH
10 %
Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper
3,33 %
Stadtsparkasse Oberhausen Trägerschaft

ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Elly-Heuss-Knapp-Straße 3
46145 Oberhausen

Kontakt:

Telefon	0208/691200
Fax	0208/691770
e-Mail	petra.stecker@aso-ggmbh.de
Internet	http://www.aso-ggmbh.de

Rechtsform: gGmbH
Stammkapital in T€: 25,00

Gesellschafter:	**T€**	**%**
Stadt Oberhausen	25,00	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Zweck der Gesellschaft ist die Unterbringung, Betreuung, Versorgung sowie die ambulante und stationäre Pflege in der Regel alter Menschen. Zu diesem Zweck betreibt die Gesellschaft Altenpflegeheime. Darüber hinaus bewirtschaftet die Gesellschaft Alten- und Betreuerwohnungen und betreibt eine Tagespflegeeinrichtung.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	Pachtverträge mit der ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH
ASO Service GmbH	Dienstleistungsvertrag mit der ASO Service GmbH
Diverse	Heimverträge, Pachtverträge, Mietverträge, Betreuungsverträge
Stadt Oberhausen	Dienstleistungsvertrag mit der Stadt Oberhausen vom 27.05.2002
Stadt Oberhausen	Überleitungsvertrag vom 17.12.2001

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2024)

Geschäftsführung:	Geschäftsführerin	Stecker, Petra
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Motschull, Frank
Aufsichtsrat:	Vorsitzende	Bongers, Sonja
	stellv. Vorsitzende	Willing-Spielmann, Ulrike
	Mitglied gem. § 113 GO	Bohnes, Frank
	Mitglied	Bennewa, Helmut
	Mitglied	Broß, Klaus Dieter

	Mitglied	Koch, Lühr Otto Werner Klaus
	Mitglied	Lampe, Siegfried
	Mitglied	Opitz, Stefanie
	Mitglied	Telli, Ercan
	Mitglied	Girrullis, Sebastian
	Mitglied	Lange, Jörg
	Mitglied	Domberger, Benedikt
	Mitglied	Dr. Schröer-Tebbe, Jörg
	Mitglied	Korbar, Ulrike
	Mitglied	Horn, Denise
	Mitglied	Rubin, Finn
	Mitglied	Bletgen, David
Prokura:	Prokurist	Middendorf, Michael

c) Beteiligungen

unmittelbar	**T€**	**%**
ASO Service GmbH	25,00	100,00

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2022		2023		2024	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Anlagevermögen	8.356,93	56,6	8.182,16	54,1	8.621,91	54,2
Umlaufvermögen	6.396,34	43,3	6.911,80	45,7	7.271,01	45,7
Rechnungsabgrenzungsposten	12,66	0,1	17,39	0,1	17,78	0,1
Bilanzsumme	**14.765,94**	**100,00**	**15.111,35**	**100,00**	**15.910,70**	**100,00**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	5.166,14	35,0	5.472,26	36,2	5.809,11	36,5
Sonderposten mit Rücklagenanteil	52,43	0,4	43,71	0,3	31,46	0,2
Rückstellungen	2.689,91	18,2	2.529,27	16,7	2.924,33	18,4
Verbindlichkeiten	6.422,66	43,5	6.530,37	43,2	6.526,01	41,0
Rechnungsabgrenzungsposten	434,80	2,9	535,72	3,5	619,79	3,9
Bilanzsumme	**14.765,94**	**100,00**	**15.111,35**	**100,00**	**15.910,70**	**100,00**

bb) GuV

	2022	2023	2024
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	23.965,86	24.954,69	27.204,18
sonstige betriebliche Erträge	1.158,60	863,77	882,33
Materialaufwand	7.578,02	6.235,02	6.040,66
Personalaufwand	12.255,78	13.810,55	15.427,69
Abschreibungen	343,47	362,18	491,66
sonstige betriebliche Aufwendungen	4.822,07	5.084,52	5.772,47
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,12	3,21	4,51
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	25,54	21,93	20,79
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	99,70	307,47	337,77
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,68	1,35	0,92
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	99,02	306,12	336,84
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	99,02	306,12	336,84

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2022	31.12.2023	31.12.2024	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,41	1,23	1,24	%
Eigenkapitalrentabilität:	1,95	5,93	6,16	%
Cash-Flow:	442,49	668,30	828,50	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	134,99	125,95		T€
Personalaufwandsquote:	48,78	53,49	54,93	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2022	31.12.2023	31.12.2024	Angaben in
Sachanlagenintensität:	53,26	50,99	51,35	%
Eigenkapitalquote:	34,99	36,21	36,51	%
Fremdkapitalquote:	65,01	63,79	63,49	%
Anlagendeckungsgrad 2:	61,82	66,88	67,38	%
Verschuldungsgrad:	185,82	176,14	173,89	%

e) Lagebericht

I. Grundlagen der Gesellschaft

Die ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH ist eine gemeinnützige Gesellschaft mit der Zielausrichtung, für ältere Bürger/innen aus Oberhausen und Umgebung barrierefreien Wohnraum mit Betreuungsangeboten sowie Pflege und Beratung in vollstationären und ambulanten Einrichtungen vorzuhalten.

Dazu betreibt das Unternehmen 234 altengerechte Wohnungen, 3 Dauerpflegeeinrichtungen mit 389 Plätzen und 2 Tagespflegen sowie einen ambulanten Pflegedienst.

Verpächter der stationären Einrichtungen Louise Schroeder Quartier sowie Haus Bronkhorstfeld ist der Eigenbetrieb ASO. Die Seniorenresidenz am OLGA-Park ist langfristig von INP Control GmbH, Hamburg, gepachtet.

Organe der gemeinnützigen Gesellschaft sind gemäß Satzung die Gesellschafterversammlung, der Aufsichtsrat sowie die Geschäftsführung. Der Aufsichtsrat besteht aus 16 stimmberechtigten Mitgliedern, die auf Vorschläge der Fraktionen und Gruppen in der Sitzung des Rates der Stadt Oberhausen am 16. November 2020 gewählt wurden. Ein Sitz im Aufsichtsrat entfällt auf ein Mitglied gemäß § 113 Abs. 2 GO NRW. Der Aufsichtsrat der ASO gGmbH hat in seiner konstituierenden Sitzung am 21.12.2020 einem Mitglied des Betriebsrats der ASO gGmbH, einem Mitglied des Bereiches 9-5/Beteiligungen der Stadt Oberhausen sowie dem Betriebsleiter des Eigenbetriebs ASO ein dauerhaftes Gastrecht eingeräumt.

Die Geschäftsleitung besteht aus der Geschäftsführerin Frau Petra Stecker und dem Prokuristen Herrn Michael Middendorf. Die Aufgabenverteilung ist gemäß Geschäftsordnung und Organigramm in zwei Geschäftsbereiche aufgeteilt.

II. Wirtschaftsbericht

1. Branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die gesamtwirtschaftliche Lage der Altenpflege in Deutschland muss man weiterhin als angespannt bezeichnen. Zwar hat sich die Auslastung in den Häusern nach der Corona-Pandemie wieder stabilisiert und dementsprechend werden mehr Umsatzerlöse generiert, jedoch reichen diese oftmals nicht aus, die stetig steigenden Kosten durch den anhaltenden Personalmangel, den hohen Energiebedarf sowie die Investitionen in die Digitalisierung auszugleichen. Neben den nicht ausreichend refinanzierten Pflegeentgelten in den stationären sowie ambulanten Einrichtungen durch die Kostenträger sind überbordende, bürokroatische Prozesse ein zentrales Problem, die die wirtschaftliche Situation der Träger negativ beeinflussen. Unbeglichene Rechnungen der Sozialhilfeträger bzw. Bearbeitungszeiten von bis zum einem Jahr verschärfen zusätzlich die Liquidität der Träger erheblich. Der Personalmangel führt dazu, dass die vollstationären Dauerpflegeeinrichtungen zwischen Bettenschließung oder Beschäftigung von kostenintensivem Fremdpersonal im Bereich der Pflege abwägen müssen.

Dies führt zu einem Minderangebot der Plätze in Oberhausen und Umgebung, so dass man weiterhin Anfragen aus den umliegenden Städten, Duisburg, Mülheim, Essen bis hin nach Düsseldorf und Recklinghausen erhält. Durch das Entlassungsmanagement der Krankenhäuser werden vermehrt Kurzzeitpflegeplätze nachgefragt. Eine schnelle nach Aktenlage durchgeführte Begutachtung und Erteilung des Pflegegrades 2 erfüllt die notwendigen (Mindest)vor-aussetzungen einer Aufnahme zum Zeitpunkt der Krankenhausentlassung. Die notwendigen Beratungsaufgaben, Antragstellungen und Entscheidungen über den weiteren Verlauf überfordert die Betroffenen bzw. ihre Angehörige und die Berufsbetreuer dermaßen, dass der Beratungs- und Verwaltungsaufwand auf Seiten der Träger signifikant gestiegen ist.

Die Gesamtsituation der ambulanten Pflegedienste stellt sich noch etwas kritischer dar; 61 Prozent der Träger bezeichnen ihre Lage als instabil. Maßgeblichen Anteil haben auch hier die unterfinanzierten Leistungsbudgets und die mangelnde Zahlungsmoral der Kostenträger. Dem gegenüber stehen hohe Ausgaben für Fuhrpark, Personalgewinnung und -bindung sowie Verwaltung. Die Generation der Pflegebedürftigen, die sich aus der Baby-Boomer-Generation ergibt, wird für sich den Weg „ambulant vor stationär“ entscheiden. D.h. der Markt an ambulanten Settings, die Angebote der Tagespflegen sowie der Ausbau an altengerechten Wohnformen werden zukünftig vermehrt nachgefragt werden.

Grundsätzlich ist die Politik gefragt, die bestehenden Herausforderungen zu lösen, bezahlbare Pflege für alle zu schaffen, den hohen Bürokratieaufwand und die Regulierungsdichte zu reduzieren und den Trägern mehr unternehmerische Handlungsfreiheit zu gewähren. Der Beruf der Pflege muss attraktiv gestaltet werden. Dazu gehören eine gute Bezahlung, eine empathische Führungskultur und ein positives Wahrnehmen des Berufes durch die Gesellschaft.

2. Darstellung des Geschäftsverlaufs

Die wirtschaftliche Lage der Gesellschaft kann mit einem Jahresergebnis von 337 TEUR (306 TEUR Vorjahr) unter Berücksichtigungen der gegenwärtig herausfordernden Entwicklungen in der gesamten Pflegebranche als weiterhin gut bezeichnet werden. Der Gesellschaft ist es erneut gelungen, trotz der Kostenentwicklung und infolge der angespannten politischen und wirtschaftlichen Lage weltweit die Belegungszahlen stabil zu halten und somit die Erlöse zu sichern. Ausschlaggebend für die positive Entwicklung der Gesellschaft sind neben den erzielten Erhöhungen der Pflegesätze eine weiterhin stringente Kostenkontrolle.

<u>Belegungsentwicklung im Geschäftsjahr</u>

Die vollstationären Einrichtungen der ASO gGmbH waren im Geschäftsjahr 2024 durchschnittlich mit 89,6 % (Vorjahr: 89,6 %) belegt. Im Louise Schroeder Quartier, das größte Pflegeheim des Unternehmens mit 230 Plätzen, liegt die Belegung insgesamt mit 83,3 % (Vorjahr: 83,5 %) immer noch weit unter dem Niveau der anderen Einrichtungen. Dies ist nach wie vor der hohen Anzahl an Doppelzimmern im Louise Schroeder Haus (Altbau) geschuldet, die mittlerweile als Einzelzimmer vergeben werden. Damit erreicht das Haus eine nahezu 100 %ige Zimmerauslastung.

Das Haus Bronkhorstfeld mit 99 Plätzen hat im Jahr 2024 eine Auslastung von 98,9 % erreicht. Die Seniorenresidenz am OLGA-Park (60 Plätze) hat ebenfalls einen sehr guten Belegungsdurchschnitt in Höhe von 98,5 % erreicht.

Die Tagespflegeeinrichtungen Louise-Schroeder-Tagespflegezentrum sowie das Tagespflegezentrum Am Steigerhaus erfahren weiterhin eine hohe Nachfrage und lagen mit einem Belegungsdurchschnitt von insgesamt 95,4 % nur geringfügig unter dem Vorjahr.

Die Auslastung liegt für das Louise-Schroeder-Tagespflegezentrum bei 96,5 %; im Tagespflegezentrum Am Steigerhaus wurde eine Auslastung von 94,1 % erreicht.

Der ambulante Pflegedienst „Häuslicher Pflegedienst Elly Heus Knapp Quartier“ zählt mittlerweile zu den häufigsten nachgefragten Anbietern im Stadtgebiet. Mit einem moderaten Personalaufwuchs sind auch mehr Klienten beworben worden. Inzwischen betreut der Dienst knapp 300 Klienten. Die in 2024 etablierte Pflegeberatung führte 1.645 Beratungsgespräche nach § 37 SGB XI durch.

Der vermietete Wohnungsbestand war im Geschäftsjahr 2024 beinahe durchgängig vollständig vermietet. Mittlerweile besteht eine Wartezeit bis zum Bezug einer Wohnung im Elly Heuss Knapp Quartier von nahezu zwei Jahren.

Renovierungsmaßnahme Louise Schroeder Haus

Im Jahr 2023 hatte der Gesellschafter sowie der Aufsichtsrat der Geschäftsführung den Auftrag erteilt, im Louise Schroeder Haus sukzessive die Wohnbereichsetagen im Bestand zu modernisieren. Nach Abschluss der Vorbereitungen, zu denen auch die Einholung einer Genehmigung zur Belegung der Doppelzimmer mit Kurzzeitpflegen durch die Aufsichtsbehörde gehörte, wurden die dazugehörigen Ausschreibungen getätigt. Um die Belegung nicht um die Platzzahl eines Wohnbereichs im Durchschnitt zu minimieren wurde im anliegendem Haus 1 ein Ausweichquartier mit 13 Plätzen geschaffen. Auch hier liegt eine Ausnahmegenehmigung zur Betreibung als vollstationäre Plätze durch die WTG-Behörde vor. Ein detaillierter Bauzeitenplan konnte so umgesetzt werden, dass in 2024 die ersten drei Etagen (Erdgeschoss, 1. und 2. Etage) nahezu fertiggestellt wurden. Zusätzlich wurde der Empfangsbereich mit der sich anschließenden Wandelhalle modernisiert und offen gestaltet. Das Entree des Hauses bietet nun das Ambiente eines Hotels und Bewohner:innen, Besucher:innen sowie Gäste des Hauses fühlen sich Willkommen.

Die Maßnahme wird aus Eigenmitteln finanziert. Elektroarbeiten sowie die Umstellung der Beleuchtung auf LEDs werden im Rahmen der notwendigen Instandhaltung erbracht. Die Neueinrichtung der Gemeinschaftsräume und Bewohnerzimmer wird aus den liquiden Mittel finanziert. Dazu steht ein Kostenvolumen von insgesamt 2.500 TEUR zur Verfügung. Für die bisherigen Arbeiten wurden rd. 900 TEUR verausgabt. Dies lässt den Schluss zu, dass auch die weiteren Arbeiten im Kostenrahmen bleiben.

Zum jetzigen Zeitpunkt ist davon auszugehen, dass die Renovierungsmaßnahme im ersten Quartal 2026 abgeschlossen ist.

Entgeltverhandlungen und Investitionskostenfortschreibung

Die Entgeltverhandlungen für die vollstationären und teilstationären Betriebsteile für den Zeitraum 01.01.2024 bis 31.12.2024 wurden regelhaft im Oktober 2023 aufgenommen. Im Rahmen der pauschalen Entgeltfortschreibung ist eine Budgeterhöhung in Höhe von rd. 11 % über sämtliche Einrichtungen erreicht worden.

Zu den Entgeltverhandlungen für den Zeitraum ab 01.01.2025 bis 31.12.2025 ist fristgerecht im November 2024 aufgefordert worden. Bis Ende März 2025 waren die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen.

Mit dem novellierten – seit dem 5. September 2020 in Kraft getretenen – Alten- und Pflegegesetz Nordrhein-Westfalen (APG NRW) einschließlich der novellierten Verordnung zur Ausführung des Alten- und Pflegegesetzes Nordrhein-Westfalen (APG DVO NRW), sind mehrere Änderungen bei der Ermittlung der Investitionskosten vorgenommen worden.

Da sämtliche voll- und teilstationären Einrichtungen der Gesellschaft angepachtet wurden, finden im Rahmen der Investitionskostenfestsetzung die Regelungen nach dem Mietmodell Anwendung.

Die entsprechenden Investitionskostenbescheide des Landschaftsverbandes Rheinland sind für sämtliche Einrichtungen der ASO gGmbH mit Wirkung bis zum 31.12.2024 erlassen worden. Die Anträge für die Folgebescheide sind fristgerecht im Geschäftsjahr 2024 gestellt worden, sodass die Investitionskostenbescheide für den Zeitraum ab 1. Januar 2025 bereits vorliegen.

Schadensbeseitigung Objekt Haus 5 und 5a durch das verantwortliche Architektenbüro

Die Mängelbeseitigung an den Objekten Haus 5 und Haus 5a verzögerten sich und dauerten aufgrund von baulichen Gegebenheiten bis in den Februar 2025. Das zweckgebundene Kostenvolumen, das durch eine Zahlungsklage zur Ausführung der Arbeiten bereitgestellt wurde, deckt den tatsächlichen Aufwand nicht ab. Die ausstehenden Kosten werden nun entsprechend nachgefordert.

Umsetzung der neuen Personalbemessung (PeBeM) im Pflegebereich

Mit Einführung des § 113 c SGB XI wurde die Personalbemessung im Bereich der stationären Pflege grundlegend neu definiert. Bindend ist die Umsetzung ab dem 1. Juli 2023. Mit der Einführung wird die Fachkraftquote der 3-jährig examinierten Pflegepersonen von 50 Prozent auf 40 Prozent gesenkt. Die bisher zusammengefassten Qualifikationen der Kranken- und Altenpflegehelfer:innen sowie die angeleiteten Helfer:innen werden nun in Qualifikationsniveaus (QN): QN 1 (Servicemitarbeiter:innen mit Anleitung ohne Ausbildung), QN 2 (Pflegehelfer:innen mit 200 Stunden Basisschulung und mindestens 1 Jahr Berufserfahrung) sowie QN 3 (Pflegefachassistent:innen sowie Kranken- u. Altenpflegehelfer:innen im Bestandsschutz) unterschieden.

Um Mitarbeiter:innen, die keinen Anspruch auf den Bestandsschutz hatten, die Weiterbeschäftigung in der Pflege zu ermöglichen, wurden zahlreiche Qualifizierungsmaßnahmen im QN 2 veranlasst sowie bezahlte Ausbildungen zur Pflegefachassistenz angeboten. Diese wurden teilweise durch das Arbeitsamt Oberhausen im Rahmen von Weiterbildungsmaßnahmen gefördert.

Weiterentwicklung des Elly Heuss Knapp Quartiers

Noch sind die 230 Wohnungen auf dem Gelände des Elly Heuss Knapp Quartiers in der Oberhausener älteren Bevölkerung stark nachgefragt. Die 90 Wohnungen in den Bungalows auf dem Gelände sind aber nicht barrierefrei, sanierungsbedürftig und werden zukünftig sicherlich zu einem Risiko in der Auslastung führen, da im Stadtgebiet zahlreiche altengerechte, barrierefreie Wohnungen auf dem freien Wohnungsmarkt angeboten werden. Um es nicht zu einem Ausfall kommen zu lassen, wird die Geschäftsführung zeitnah auf den Verpächter zugehen und gemeinsam ein mögliches Zukunftskonzept entwickeln.

Die Nachfrage der Wohnungen beruht sicherlich nicht nur auf der zentralen Lage des Quartiers, sondern auch auf die Service- und niederschwelligen Betreuungsangebote, die die ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH an diesem Standort etabliert hat. Dazu gehören Angebote wie der Offene Mittagstisch sowie das Café im Haus Bronkhorstfeld, dass an drei Tagen wöchentlich geöffnet hat. Dies wird mit eigenem Personal betrieben. Freizeitangebote wie gemeinschaftliche Ausflüge, öffentlich zugängliche Konzerte wie das „Pappkammeraden-Konzert“ oder das „Rudelsingen im Advent“ tragen genauso dazu bei wie die neu eingegangene Kooperation mit dem Theater Oberhausen in Form der „Bustour“.

Digitalisierung für Seniorinnen und Senioren

Die Bestrebungen, Senior:innen die Möglichkeiten der Digitalisierung näherzubringen wird weiter vorangetrieben. Mittlerweile sind zwei Einrichtungen mit interaktiven Spieltischen ausgestattet, die in der täglichen Betreuung regelmäßig zum Einsatz kommen. Einzelbetreuungen werden mit iPads individuell gestaltet. Das schon in 2023 begonnene Projekt des „Smart-Treff“, eine selbstgeleitete Gruppe von Senior:innen, die sich untereinander helfen, die Möglichkeiten und Funktionen vom Smartphone und iPad zu erklären, ist mittlerweile ein fester Bestandteil des Angebotes.

Die ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH ist regelmäßig mit Beiträgen auf Facebook, Instargram und Tiktok vertreten.

Betriebsprüfung

Im Zeitraum von Dezember 2023 bis Februar 2024 wurde eine steuerliche Betriebsprüfung für die Jahre 2019 bis 2021 im Bereich der Körperschaft-, Gewerbe- und Umsatzsteuer durch das Finanzamt für Groß- und Konzernbetriebsprüfungen Bergisches Land durchgeführt. Es wurden keine Beanstandungen festgestellt und für die entsprechenden Steuerbescheide der Vorbehalt der Nachprüfung aufgehoben.

3. Aufwands- und Ertragslage

Unsere bedeutsamsten finanziellen Leistungsindikatoren sind das Jahresergebnis und die Umsatzerlöse. Für das Geschäftsjahr 2024 ergibt sich ein Jahresüberschuss in Höhe von 337 TEUR. Zum Vorjahresergebnis ergibt sich eine Verbesserung von 31 TEUR.
Insgesamt erhöhten sich die Umsatzerlöse um 9,0 % auf 27.204 TEUR infolge der erfolgreichen Entgeltverhandlung. Gegenüber dem Planansatz für das Jahr 2024 konnten um 450 TEUR höhere Umsatzerlöse erzielt werden.

Im Geschäftsjahr 2024 hat die ASO gGmbH finanzielle Mittel im Rahmen der Energiehilfen für Pflegeeinrichtungen in Höhe von 51 TEUR beantragt und erhalten. Durch die Bildung von Rückstellungen wurde auf die unsichere Rechtslage hinsichtlich der erhaltenen Mittel eingegangen.

Die sonstigen betrieblichen Erträge erhöhten sich geringfügig um 20 TEUR auf 870 TEUR. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass im Vorjahr diese Position durch den Einmaleffekt der ertragswirksamen Teilauflösung der Rückstellung für Rückzahlungsverpflichtungen von erhaltenen Mittel im Rahmen der Corona-Pandemie in Höhe 152 TEUR positiv beeinflusst wurde. Insbesondere durch höhere Ausgleichszuweisungen der Bezirksregierung Münster für die Pflegeberufeausbildung infolge erhöhter Ausbildungszahlen im Vergleich zum Vorjahr konnte dennoch das Ertragsniveau gehalten werden.

Der Materialaufwand verringerte sich um 194 TEUR auf 6.041 TEUR insbesondere durch den geringeren Einsatz von Fremdpersonal im Pflegebereich (-368 TEUR). Entgegen wirkten sich die nochmals gestiegenen Energieaufwendungen der Energieversorgung Oberhausen Aktiengesellschaft aus.

Der Personalaufwand für festangestelltes Personal stieg um 1.617 TEUR auf 15.428 TEUR. Ursächlich hierfür ist neben den tariflichen Zahlungen der Inflationsausgleichsprämie für Januar und Februar 2024 ebenfalls die ab 1. März 2024 geltende Tariferhöhung sowie die Neueinstellung von Beschäftigten.

Das Finanzergebnis hat sich gegenüber dem Vorjahr tilgungsbedingt nur geringfügig verändert.

Damit konnte das für das Geschäftsjahr 2024 geplante Ergebnis von -545 TEUR weit übertroffen werden. Gegenüber dem Planansatz konnten im Geschäftsjahr insgesamt +1.336 TEUR höhere Erträge bei höheren Gesamtaufwendungen in Höhe von +454 TEUR erzielt werden. Der Anstieg bei den Umsatzerlösen beruht im Wesentlichen auf eine höhere Auslastung im Louise Schroeder Quartier mit 83,3 % (Plan 2024: 80,6 %). Die Erhöhung bei den sonstigen Erträgen ist insbesondere auf höhere Erstattungen aus dem Ausgleichsfonds im Rahmen der Pflegeberufeausbildung sowie auf vermehrte Arbeitsentgeltzuschüsse für die berufliche Weiterbildung der Mitarbeitenden zu Pflegefachassistenten zurückzuführen.

Der Anstieg des Gesamtaufwandes um 454 TEUR im Vergleich zum Planansatz 2024 ist im Wesentlichen auf die Erhöhung im Personalbereich (+402 TEUR) infolge gestiegener Ausbildungszahlen sowie aufgrund der Einstellungen von Beschäftigten im Rahmen geförderter Weiterbildungsmaßnahmen zurückzuführen.

Auch die frühzeitige Auseinandersetzung der Geschäftsleitung mit dem für das Unternehmen ab 01.01.2024 geltenden Personalbemessungssystems gemäß §113 c SGB XI vor dem Hintergrund des Wegfalls starrer Personalanhaltewerte sowie der fixen Pflegepersonalfachkraftquote im Zusammenhang mit dem gestiegenen Bedarf an kostengünstigeren Pflegehilfskräften war maßgebend für die positive Entwicklung. Im Rahmen der gewöhnlichen Fluktuation freiwerdende Stellen wurden in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften zur neuen Personalbemessung weitestgehend mit Pflegehilfskräften besetzt. Hiermit verbunden ist die seitens der ASO gGmbH verstärkte Ausbildungsoffensive einschließlich der Prüfung und Beantragung von Arbeitsentgeltzuschüssen für die berufliche Weiterbildung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern.

4. Vermögens- und Finanzlage

Das Anlagevermögen wird durch langfristiges Kapital am Bilanzstichtag gedeckt. In Höhe der Überdeckung von 2.450 TEUR (Vorjahr 2.626 TEUR) ist das Umlaufvermögen mit langfristigem Kapital finanziert.

Das Eigenkapital erhöhte sich um den Jahresüberschuss auf 5.809 TEUR. Die Eigenkapitalquote (Anteil des Eigenkapitals am Gesamtkapital) erhöhte sich auf 36,5 % (Vorjahr 36,2 %).

Die kurzfristige Liquidität beträgt 2.311 TEUR (Vorjahr 2.513 TEUR) und deckt den betriebsgewöhnlichen monatlichen Finanzbedarf von 2.272 TEUR für 1,0 Monate (Vorjahr 1,2 Monate) ab. Die Finanzierung des laufenden Geschäftsbetriebs war durch die Liquidität jederzeit sichergestellt.

Der Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit in Höhe von 1.264 TEUR hat ausgereicht die Investitionen des Jahres (923 TEUR) zu finanzieren. Demgegenüber weist der Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit einen negativen Stand von 83 TEUR aus. Hierin enthalten ist der Kapitaldienst (Zins- und Tilgung) für die in Vergangenheit aufgenommenen Darlehen.

5. Nicht-Finanzielle Leistungsindikatoren

Die ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH strebt eine hohe Zufriedenheit bei den Bewohner:innen. Klient:innen und Mitarbeiter:innen an.

Um besonders der Gruppe der Mitarbeiter:innen wertschätzend zu begegnen, ist das Fehlzeitenkonzept in 2024 fest etabliert worden. Zudem werden die Mitarbeiter:innen über das Konzept der Ideenbörse an Prozessen, Verbesserungen und Neuerungen beteiligt. Für das zwischenmenschliche Miteinander fand im Oktober die zweite große Betriebsfeier für alle Mitarbeitenden der Gesellschaft und der Service GmbH statt. Eine Zufriedenheitsbefragung soll über eine Online-Befragung über die Intranetseite im zweiten Halbjahr 2025 erfolgen.

Das Bild über die Zufriedenheit der Zu-Pflegenden und deren Angehörige verschafft sich die Geschäftsleitung über eine detaillierte Beschwerdeerfassung und -auswertung. Eine anonyme Zufriedenheitsbefragung, die spezielle Fragen zu den unterschiedlichen Bedürfnissen hat, ist ebenfalls für 2025 geplant.

III. Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Nach wie vor gilt es zukunftsfähige Modelle, die die Aufgabe der Kommune in der Daseinsfürsorge für ältere und pflegebedürftige Menschen unterstützt, zu entwickeln. Dazu wird weiterhin der Grundgedanke, dass Louise Schroeder Quartier auszubauen verfolgt. Altengerechte Wohnungen mit Betreuungs- und Serviceangeboten sind im Rahmen der Sozialquartiersentwicklung unerlässlich und stark nachgefragt. Dieses Angebot mit digitalen und entlastenden Unterstützungsmöglichkeiten aus dem Bereich des Smart Livings auszustatten sichert langfristig die Nachfrage.

Im Elly Heuss Knapp Quartier muss mittelfristig ein Sanierungskonzept für den Altbestand an Wohnungen entwickelt werden. Nicht nur die energetische Sanierung sowie die mangelnde Barrierefreiheit sind hier ausschlaggebend. Auch die Attraktivitätssteigerung der kleinen Wohnungen durch digitale Unterstützungsmöglichkeiten sichert den Erfolg der Gesellschaft.

Das Konzept der vollstationären Betreuung alter und pflegebedürftiger in vier Einrichtungen muss mittel- bis langfristig – in Abhängigkeit der Belegung, Konkurrenz- und Wettbewerbsfähigkeit – überdacht werden. Je nach Entwicklung der Finanzierung der Pflegeversicherung ist das Modell „stambulant“ – eine Mischform zwischen ambulanter und stationärer Pflege in Pflege-Wohngemeinschaften – eine zukunftsorientierte Variante einer guten Versorgung für kommende Generationen.

Der Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2025 wurde mit einem negativen Jahresergebnis von insgesamt 485 TEUR bedingt durch die Fortsetzung der Renovierungsmaßnahme im Haus 2 des Louise Schroeder Quartiers geplant.

Bei der Planung der Erlöse aus allgemeinen Pflegeleistungen sowie für Unterkunft und Verpflegung sind in Anbetracht der Gewerkschaftsforderungen sowie der Pressestatements der kommunalen Arbeitgeber Entgelterhöhungen in Höhe von 5 % angesetzt worden. Die zugrunde gelegten Auslastungen im stationären Bereich liegen bei 80,60 % für das Louise

Schroeder Quartier infolge der Renovierungsmaßnahme sowie bei 98 % für das Haus Bronkhorstfeld und die Seniorenresidenz am OLGA-Park. Hierdurch erhöhen sich die Erlöse um 1.183 TEUR im Vergleich zum Vorjahresplan. Beim Planansatz 2025 sind die Personalaufwendungen anhand der Personalmenge im Zusammenhang mit den Auslastungsquoten einschließlich einer in 2025 angenommenen Tariferhöhung in Höhe von 5,0 % sowie der Erhöhung des Zusatzbeitrages zur gesetzlichen Krankenversicherung und der Anpassung der Beitragsbemessungsgrenze berücksichtigt worden. Im Planansatz 2025 sind unter den Personalaufwendungen 746 TEUR Aufwendungen für Fremdpersonal (Plan 2024: 799 TEUR) enthalten.

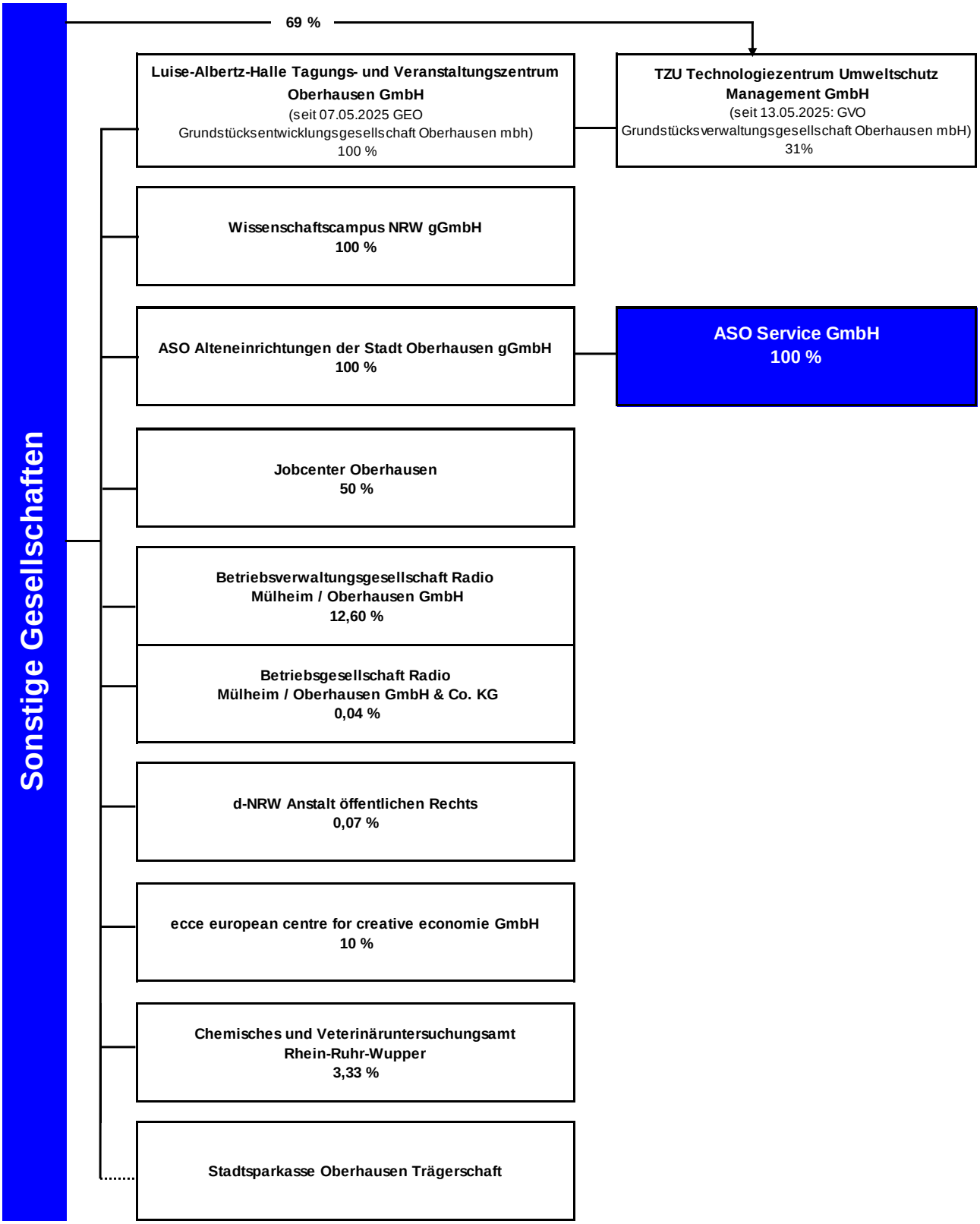
Im Bereich der Abschreibungen für das Anlagevermögen sind neben den laufenden Abschreibungen ebenfalls die Abschreibungen aus den Neuanschaffungen im Zusammenhang mit der Renovierungsmaßnahme des Louise Schroeder Hauses enthalten. Als weiteren negativen Effekt sind die für 2025 geplanten Renovierungsarbeiten des Louise Schroeder Hauses im Bereich der Instandhaltung und Instandsetzung mit geschätzten Kosten in Höhe von 374 TEUR kalkuliert worden.

Risiken, die den grundsätzlichen Fortbestand des Unternehmens gefährden, sind derzeit nicht erkennbar. Lediglich vor dem Hintergrund der umfangreichen Renovierungsmaßnahme von Haus 2 des Louise Schroeder Quartiers im laufenden Betrieb könnten negative Effekte eintreten.

Oberhausen, 31. März 2025

Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH (ASO)

Petra Stecker
Geschäftsführerin


Sonstige Gesellschaften
69 %
Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH
(seit 07.05.2025 GEO Grundstücksentwicklungsgesellschaft Oberhausen mbh)
100 %
TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH
(seit 13.05.2025: GVO Grundstücksverwaltungsgesellschaft Oberhausen mbH)
31%
Wissenschaftscampus NRW gGmbH
100 %
ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH
100 %
ASO Service GmbH
100 %
Jobcenter Oberhausen
50 %
Betriebsverwaltungsgesellschaft Radio Mülheim / Oberhausen GmbH
12,60 %
Betriebsgesellschaft Radio Mülheim / Oberhausen GmbH & Co. KG
0,04 %
d-NRW Anstalt öffentlichen Rechts
0,07 %
ecce european centre for creative economie GmbH
10 %
Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper
3,33 %
Stadtsparkasse Oberhausen Trägerschaft

ASO Service GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Elly-Heuss-Knapp-Straße 3
46145 Oberhausen

Kontakt:

Telefon	0208/691200
Fax	0208/691770
e-Mail	petra.stecker@aso-ggmbh.de
Rechtsform:	GmbH
Stammkapital in T€:	25,00

Gesellschafter:	**T€**	**%**
ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	25,00	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Zweck der Gesellschaft ist die ausschließliche Erbringung von Dienstleistungen aus den Bereichen Gebäudereinigung, Küchen-, Catering-, Wäscherei- und Stationshilfen für die ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	Dienstleistungsvertrag mit der ASO Service GmbH

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2024)

Geschäftsführung:	Geschäftsführerin	Stecker, Petra
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Motschull, Frank

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2022		2023		2024	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Umlaufvermögen	202,11	100,0	253,79	100,0	322,83	100,0
Bilanzsumme	**202,11**	**100,00**	**253,79**	**100,00**	**322,83**	**100,00**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	25,00	12,4	25,00	9,9	25,00	7,7
Rückstellungen	67,22	33,3	63,86	25,2	76,44	23,7
Verbindlichkeiten	109,89	54,4	164,94	65,0	221,38	68,6
Bilanzsumme	**202,11**	**100,00**	**253,79**	**100,00**	**322,83**	**100,00**

bb) GuV

	2022	2023	2024
	T€	**T€**	**T€**
Umsatzerlöse	1.235,75	1.282,74	1.366,73
sonstige betriebliche Erträge	146,41	189,91	272,82
Personalaufwand	1.348,14	1.435,02	1.597,99
sonstige betriebliche Aufwendungen	20,64	23,75	26,45
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	13,38	13,88	15,12
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	13,38	13,88	14,78
sonstige Steuern			0,33
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	0,00	0,00	0,00
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0,00	0,00	0,00

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2022	31.12.2023	31.12.2024	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,00	0,00	0,00	%
Eigenkapitalrentabilität:	0,00	0,00	0,00	%
Cash-Flow:	0,00	0,00	0,00	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	48,38	47,78	52,80	T€
Personalaufwandsquote:	97,54	97,44	97,46	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2022	31.12.2023	31.12.2024	Angaben in
Sachanlagenintensität:	0,00	0,00	0,00	%
Eigenkapitalquote:	12,37	9,85	7,74	%
Fremdkapitalquote:	87,63	90,15	92,26	%
Anlagendeckungsgrad 2	87,63	90,15	92,26	%
Verschuldungsgrad	708,42	915,17	1191,30	%

e) Lagebericht

I. Geschäft und Rahmenbedingungen

Die Gesellschaft wurde am 1. Februar 2003 als 100 %-tige Tochter der ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH gegründet. Sie soll insbesondere hauswirtschaftliche Dienstleistungen in den Pflegeeinrichtungen der Muttergesellschaft übernehmen. Die Gesellschaft ist unabhängig von der Entwicklung der Gesamtwirtschaft. Die Leistungen der Gesellschaft dienen der Versorgung von Pflegebedürftigen. Organe der ASO Service GmbH sind die Geschäftsführung sowie die Gesellschafterversammlung. Geschäftsführerin ist Frau Petra Stecker und als Prokurist ist Herr Michael Middendorf bestellt.

II. Darstellung des Geschäftsverlaufs
a. Umsatz- und Ertragsentwicklung

Die Umsatzerlöse beliefen sich im Geschäftsjahr 2024 auf 1.366.734,58 EUR. Dies bedeutet im Vergleich zur Planung eine Verbesserung von 25.337,58 EUR (Planung 2024: 1.341.397,00 EUR).

Der vorgenannte Betrag entspricht im Wesentlichen den tatsächlich entstandenen Personalkosten. Diese werden der ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH monatlich in Rechnung gestellt, und zwar aufgrund der umsatzsteuerlichen Organschaft ohne Umsatzsteuer. Gleiches gilt für den in Rechnung gestellten Betrag zur Abdeckung der entstandenen Allgemeinkosten, die ebenfalls von der ASO gGmbH getragen werden müssen. Da die ASO Service GmbH ihre Umsatzerlöse generiert, indem sie die entstandenen Personal- und Materialaufwendungen an die ASO gGmbH weiterberechnet, stellen die Umsatzerlöse den bedeutsamsten finanziellen Leistungsindikator dar.

b. Personalbereich

Im Jahresdurchschnitt 2024 waren in der ASO Service GmbH insgesamt 31,05 Vollkräfte beschäftigt. Gegenüber dem Vorjahr sind dies durchschnittlich 0,23 Vollkräfte mehr. Bei den Hauswirtschaftskräften befinden sich zwei Beschäftigte in Elternzeit und zwei Beschäftigte sind Langzeitkrank. Bei den Neueinstellungen handelt es sich insbesondere um Beschäftigte im Rahmen des Förderprogramms „Teilhabe am Arbeitsmarkt“. Auch auf diesem Weg versucht die ASO Service GmbH in Zusammenarbeit mit der Muttergesellschaft (ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH) ihr soziales Engagement voranzutreiben.

Auf den vorgenannten Vollkraftstellen wurden durchschnittlich 55 Mitarbeitende beschäftigt. Zum 31. Dezember 2024 waren insgesamt 29,75 Vollkraftstellen mit insgesamt 55 Mitarbeitenden besetzt.

c. Investitionen

Investive Maßnahmen wurden und werden aufgrund der rechtlichen Konstruktion der ASO Service GmbH nicht von dieser durchgeführt oder finanziert. Investitionen werden vielmehr ausschließlich über den ASO Eigenbetrieb bzw. die ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH abgewickelt. Auf deren Jahresabschlüsse wird insoweit an dieser Stelle verwiesen.

d. Vermögens- und Finanzlage

Das Eigenkapital nimmt einen Anteil von 7,7 % der Bilanzsumme ein. Am 31. Dezember 2024 errechnet sich eine kurzfristige Liquidität von 25 TEUR (Vorjahr 25 TEUR), der ein betriebsgewöhnlicher monatlicher Finanzbedarf von 137 TEUR (Vorjahr 123 TEUR) gegenübersteht.

Dadurch, dass die Leistungen ausschließlich an die ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH erbracht werden und die aus den Leistungen resultierenden Forderungen zeitnah beglichen werden, ist eine Vorfinanzierung eigener Betriebskosten grundsätzlich nicht erforderlich. Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft wird regelmäßig durch die Gesellschafterin sichergestellt und war im Geschäftsjahr jederzeit gesichert.

e. Betriebsprüfung

Anschließend an die steuerliche Betriebsprüfung im Jahre 2021 für die Geschäftsjahre 2016 bis 2018 wurde im Zeitraum von Dezember 2023 bis Februar 2024 für die Geschäftsjahre 2019 bis 2021 eine Betriebsprüfung im Bereich der Körperschaft- und Gewerbesteuer durch das Finanzamt für Groß- und Konzernbetriebsprüfungen Bergisches Land durchgeführt.

Hierbei ergaben sich wie bereits in der Betriebsprüfung im Jahre 2021 festgestellt wurde, lediglich für das Veranlagungsjahr 2019 Änderungen hinsichtlich der veranlagten Körperschaft- und Gewerbesteuer. Durch die bereits im Jahre 2021 gebildete Rückstellung ergaben sich keine Auswirkungen auf die Gewinn- und Verlustrechnung. In sämtlichen Steuerbescheiden ist vom Finanzamt der Vorbehalt der Nachprüfung aufgehoben worden.

III. Nicht-Finanzielle Leistungsindikatoren

Als nicht finanzieller Leistungsindikator wird die Auslastungsquote der drei stationären Einrichtungen der ASO gGmbH herangezogen. Während die Auslastung in der Seniorenresidenz am OLGA Park mit 98,5 % als auch beim Haus Bronkhorstfeld mit 98,8 % den Vorgaben der Pflegekassen entspricht, muss hinsichtlich des Louise Schroeder Quartiers (230 Plätze) erneut eine unzureichende Auslastung mit 83,3 % konstatiert werden. Deshalb sind in dieser Einrichtung auch unterjährig in Abstimmung mit der ASO gGmbH Personalanpassungen aufgrund der schwankenden Belegung notwendig. Die Ursachen dieser Entwicklung sind bekannt und liegen im Wesentlichen an dem hohen Doppelzimmeranteil im Bestandsgebäude (Haus 2) des Louise Schroeder Quartiers. Durch die umfassende Renovierungsmaßnahme wird aktiv auf die Auslastungsproblematik eingegangen. Neben Maler- und Bodenbelagsarbeiten wird auch die Beleuchtung erneuert. Zudem werden die Renovierungsarbeiten durch eine neue Möblierung in den Dienst- sowie Bewohnerzimmern ergänzt.

IV. Prognose-, Chancen und Risikobericht
a) Chancen- und Risikobericht

Da der überwiegende Teil der Beschäftigten der ASO Service GmbH im hauswirtschaftlichen Bereich des stationären Betriebszweiges der ASO gGmbH eingesetzt ist und dieser zugleich den Unternehmensschwerpunkt der Muttergesellschaft bildet, muss das besondere Augenmerk auf die wirtschaftliche Entwicklung der ASO gGmbH und die Auslastungsquoten der drei stationären Einrichtungen gerichtet werden.

Die ASO gGmbH hat in 2024 mit einer umfangreichen Renovierungsmaßnahme hinsichtlich der Zimmer bzw. Plätze in Haus 2 des Louise Schroeder Quartiers begonnen. Die Maßnahme liegt aktuell im Zeitplan und findet im laufenden Betrieb statt, um die maximale Anzahl an Pflegebedürftigen und somit an Beschäftigten der ASO Service GmbH zu erhalten. Auch nach Abschluss der Renovierungsmaßnahme ist nach jetzigem Stand nicht von einer Personalreduzierung bei der ASO Service GmbH auszugehen.

b) Prognosebericht

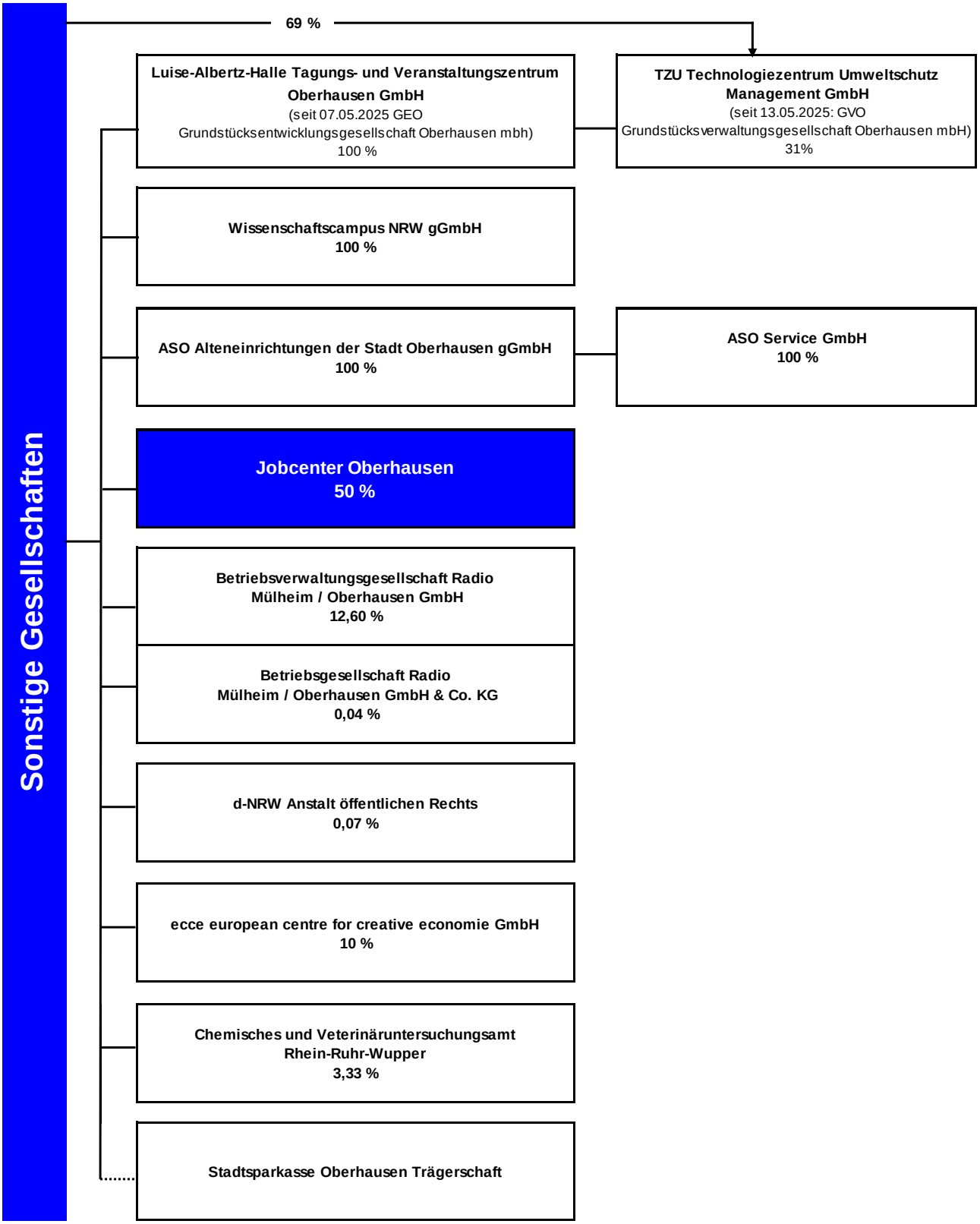
Aufgrund der umsatzsteuerlichen Organschaft und des Gesellschaftszwecks ist die Entwicklung der ASO Service GmbH untrennbar mit der Geschäftsentwicklung der ASO gGmbH als Muttergesellschaft verbunden.

Für das Geschäftsjahr 2025 wird mit einem ausgeglichenen Jahresergebnis sowie mit Umsatzerlöse in Höhe von TEUR 1.470 geplant.

Oberhausen, 31. März 2025

ASO Service GmbH

Petra Stecker
Geschäftsführerin


Sonstige Gesellschaften
69 %
Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH
(seit 07.05.2025 GEO Grundstücksentwicklungsgesellschaft Oberhausen mbh)
100 %
TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH
(seit 13.05.2025: GVO Grundstücksverwaltungsgesellschaft Oberhausen mbH)
31%
Wissenschaftscampus NRW gGmbH
100 %
ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH
100 %
ASO Service GmbH
100 %
Jobcenter Oberhausen
50 %
Betriebsverwaltungsgesellschaft Radio Mülheim / Oberhausen GmbH
12,60 %
Betriebsgesellschaft Radio Mülheim / Oberhausen GmbH & Co. KG
0,04 %
d-NRW Anstalt öffentlichen Rechts
0,07 %
ecce european centre for creative economie GmbH
10 %
Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper
3,33 %
Stadtsparkasse Oberhausen Trägerschaft

Jobcenter Oberhausen

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Marktstraße 31
46045 Oberhausen

Kontakt:

Telefon 0208-62134567

e-Mail Jobcenter-Oberhausen@jobcenter-ge.de

Internet http://www.jobcenter-oberhausen.de

Rechtsform: Gesellschaft öffentlichen Rechts sui generis

Stammkapital in T€: 0,00

Gesellschafter:

	T€	%
Agentur für Arbeit Oberhausen	0,00	50,00
Stadt Oberhausen	0,00	50,00

Gegenstand des Unternehmens:

Zur einheitlichen Wahrnehmung der Aufgaben der Grundsicherung für Arbeitssuchende bilden die Agentur für Arbeit und die Stadt Oberhausen als Träger der Grundsicherung für Arbeitssuchende eine gemeinsame Einrichtung gem. § 44 b Zweites Buch Sozialgesetzbuch (SGB II).

Das Jobcenter nimmt gemäß § 44 b Abs. 1 Satz 2 SGBII die Aufgaben der Träger wahr.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

Stadt Oberhausen	Vereinbarung zur Bildung und Ausgestaltung einer gemeinsamen Einrichtung gemäß § 44 b des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch (SGB II)

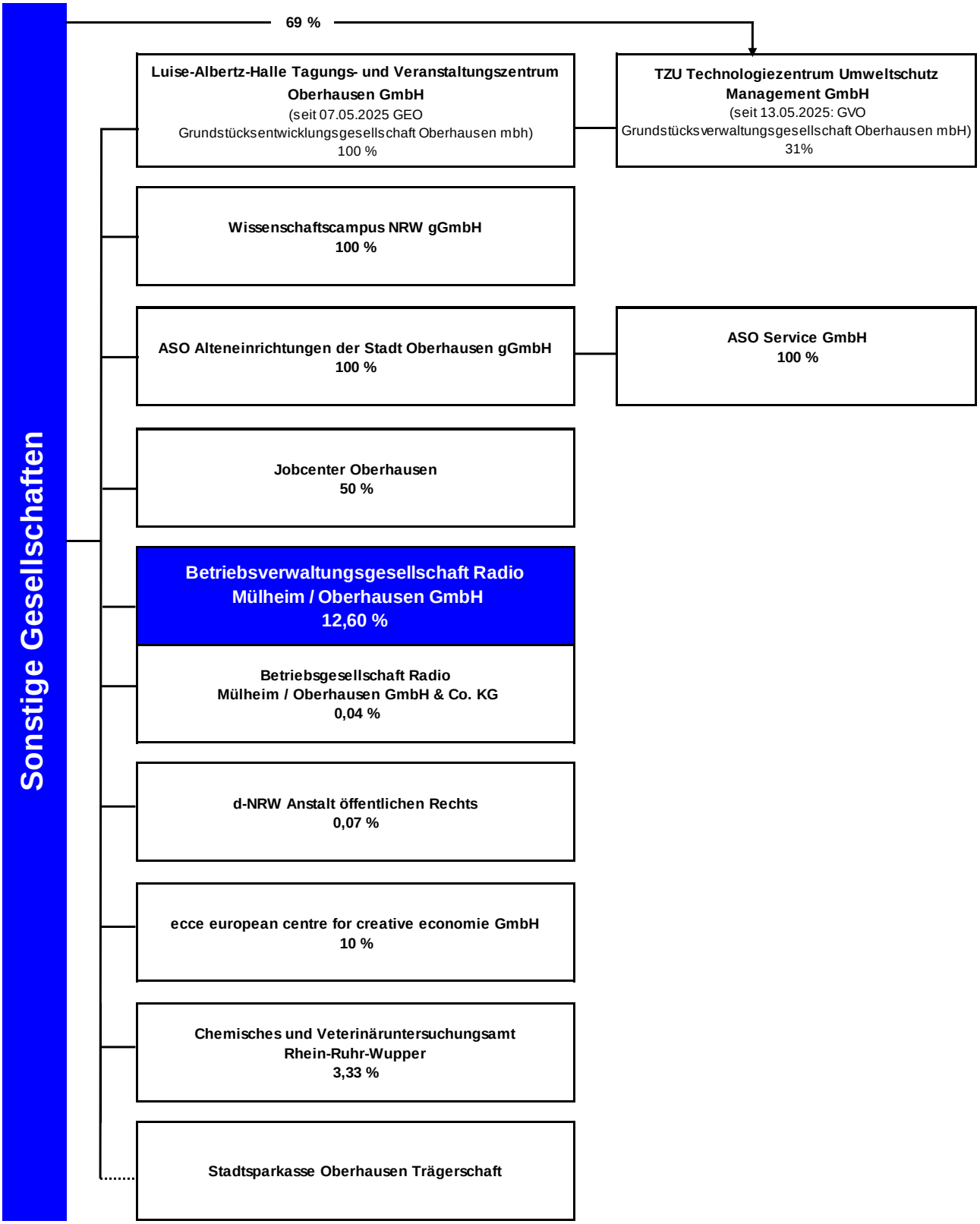
b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2024)

Geschäftsführung:	Geschäftsführerin	Hurraß, Valeska
Trägerversammlung:	Vorsitzender	Motschull, Frank
	stellv. Vorsitzender	Koch, Jürgen
	Mitglied	Telli, Ercan
	Mitglied	Willing-Spielmann, Ulrike
	Mitglied	Girrullis, Sebastian
	Mitglied	Sowa, Gabriele
	Mitglied	Janik, Damian
	Mitglied	Behre, Andreas
	stellv. Mitglied (gem. § 113 GO)	Bohnes, Frank
	stellv. Mitglied	Broß, Klaus Dieter
	stellv. Mitglied	Dimmek, Ulrich
	stellv. Mitglied	Fax, Rainer

	stellv. Mitglied	Muss, Ralf
	stellv. Mitglied	Opitz, Stefanie
	stellv. Mitglied	Seibert, Judith
Beirat:	Vorsitzende	Grothe, Helga
	Mitglied	Bischoff, Jörg
	Mitglied	Bohnes, Frank
	Mitglied	Cotta, Uwe
	Mitglied	Pusch, Jörg
	Mitglied	Schulte, Elisabeth
	Mitglied	Willing-Spielmann, Ulrike
	Mitglied	Girrullis, Sebastian
	Mitglied	Heistermann, Marc
	Mitglied	Roggemann, Franz
	Mitglied	Karschti, Albert
	Mitglied	Domeyer, Frank
	Mitglied	Gerritzen, Mauro
	Mitglied	Kreuzfelder, Michael
	Mitglied	Prystaw, Birgit
	Mitglied	Ottersbach, Dustin
	Mitglied	Beier, Uwe
	Mitglied	Schicktanz, Thomas
	Mitglied	Bletgen, David

c) Lagebericht

Ein Lagebericht wird nicht erstellt.


Sonstige Gesellschaften
69 %
Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH
(seit 07.05.2025 GEO Grundstücksentwicklungsgesellschaft Oberhausen mbh)
100 %
TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH
(seit 13.05.2025: GVO Grundstücksverwaltungsgesellschaft Oberhausen mbH)
31%
Wissenschaftscampus NRW gGmbH
100 %
ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH
100 %
ASO Service GmbH
100 %
Jobcenter Oberhausen
50 %
Betriebsverwaltungsgesellschaft Radio Mülheim / Oberhausen GmbH
12,60 %
Betriebsgesellschaft Radio Mülheim / Oberhausen GmbH & Co. KG
0,04 %
d-NRW Anstalt öffentlichen Rechts
0,07 %
ecce european centre for creative economie GmbH
10 %
Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper
3,33 %
Stadtsparkasse Oberhausen Trägerschaft

Betriebsverwaltungsgesellschaft Radio Mülheim/Oberhausen mbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Jakob-Funke-Platz 1
45127 Essen

Kontakt:

Telefon	0201/319390
Telefon	0208/4500794
Fax	0201/3193918
Fax	0208/4500739
e-Mail	-
Internet	www.106.2radiooberhausen.de
Internet	www.92.9radiomuelheim.de

Rechtsform: GmbH

Stammkapital in T€: 25,00

Gesellschafter:

	T€	%
Beteiligungsholding Mülheim an der Ruhr GmbH	3,10	12,40
Stadt Oberhausen	3,15	12,60
Zeitungsverlag Niederrhein GmbH & CO. Essen Kommanditgesellschaft	18,75	75,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Beteiligung an der Kommanditgesellschaft "Betriebsgesellschaft Radio Mülheim/Oberhausen mbH & Co. KG" als persönlich haftende Gesellschafterin sowie die Übernahme der Geschäftsführung und Vertretung dieser Gesellschaft.

Darüber hinaus sind Gegenstand des Unternehmens alle mit Satz 1 unmittelbar oder mittelbar zusammenhängenden Geschäfte.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

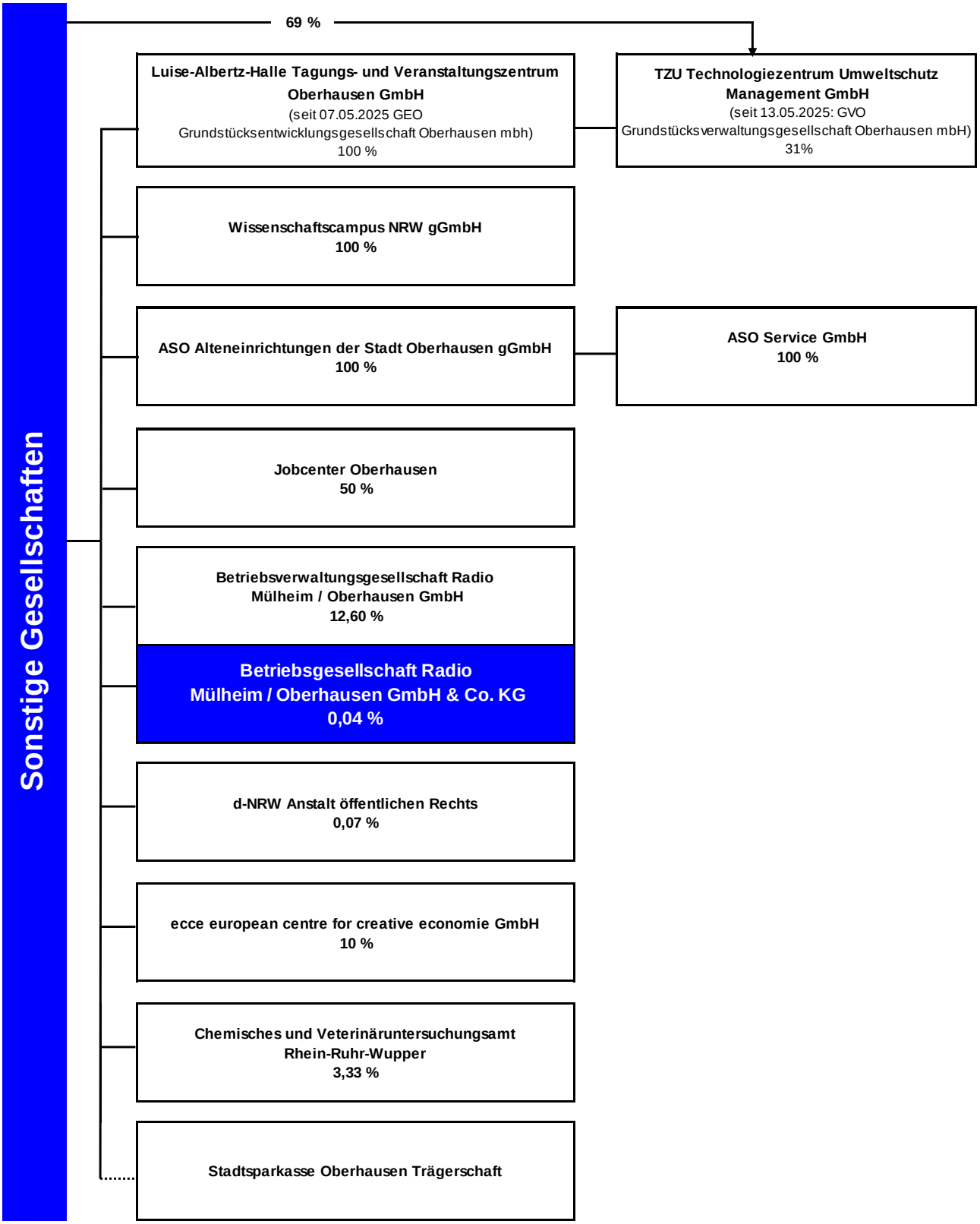
Veranstaltergemeinschaft Lokalfunk für die Städte
Mülheim an der Ruhr und Oberhausen e.V.

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2024)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Schindler, Axel
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Tsalastras, Apostolos
Prokura:	Prokurist	Schulte, Sebastian

c) Lagebericht

Ein Lagebericht wird nicht erstellt.


Sonstige Gesellschaften
69 %
Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH
(seit 07.05.2025 GEO Grundstücksentwicklungsgesellschaft Oberhausen mbh)
100 %
TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH
(seit 13.05.2025: GVO Grundstücksverwaltungsgesellschaft Oberhausen mbH)
31%
Wissenschaftscampus NRW gGmbH
100 %
ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH
100 %
ASO Service GmbH
100 %
Jobcenter Oberhausen
50 %
Betriebsverwaltungsgesellschaft Radio Mülheim / Oberhausen GmbH
12,60 %
Betriebsgesellschaft Radio Mülheim / Oberhausen GmbH & Co. KG
0,04 %
d-NRW Anstalt öffentlichen Rechts
0,07 %
ecce european centre for creative economie GmbH
10 %
Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper
3,33 %
Stadtsparkasse Oberhausen Trägerschaft

Betriebsgesellschaft Radio Mülheim/Oberhausen mbH & CO. KG

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Jakob-Funke-Platz 1
45127 Essen

Kontakt:

Telefon	0201/319390
Telefon	0208/4500764
Fax	0201/3193918
Fax	0208/4500739
e-Mail	-
Internet	www.106.2radiooberhausen.de
Internet	www.92.9radiomuelheim.de

Rechtsform: GmbH & Co. KG

Stammkapital in T€: 3.415,00

Gesellschafter:

	T€	%
Beteiligungsholding Mülheim an der Ruhr GmbH	1,24	0,04
MFS-Holding GmbH	851,27	24,93
Stadt Oberhausen	1,24	0,04
Zeitungsverlag Niederrhein GmbH & CO. Essen Kommanditgesellschaft	2.561,25	75,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Wahrnehmung folgender Aufgaben, die sich aus dem Landesrundfunkgesetz für den Betrieb lokalen Rundfunks ergeben:
Die zur Produktion und zur Verbreitung des lokalen Rundfunks erforderlichen technischen Einrichtungen zu beschaffen und dem Vertragspartner zur Verfügung zu stellen.
Dem Vertragspartner die zur Wahrnehmung seiner gesetzlichen und durch Vereinbarung bestimmten Aufgaben erforderlichen Mittel im vertraglich bestimmten Umfang zur Verfügung zu stellen.
Für den Vertragspartner Produktionshilfen zur Verfügung zu stellen.
Hörfunkwerbung zu verbreiten.

Darüber hinaus sind Gegenstand des Unternehmens alle mit Satz 1 unmittelbar oder mittelbar zusammenhängenden Geschäfte.

Zu diesem Zweck kann sich die Gesellschaft an anderen Unternehmen mit gleichem oder ähnlichem Gesellschaftszweck beteiligen, derartige Untrnehmen erwerben, Tochtergesellschaften gründen, Zweigniederlassungen errichten sowie alle sonstigen den Gesellschaftszweck fördernde Geschäfte vornehmen.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2024)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Schindler, Axel
Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:		Tsalastras, Apostolos

c) Lagebericht

Geschäftsmodell

Die Tätigkeit der Betriebsgesellschaft Radio Mülheim/Oberhausen mbH & Co. KG (nachfolgend auch Radio Mülheim und Radio Oberhausen) erstreckt sich im Wesentlichen auf die Verbreitung von Hörfunkwerbung, die Zurverfügungstellung von Sende- und Produktionstechnik für die vertraglich gebundene Veranstaltergemeinschaft Lokalfunk für die Städte Mülheim an der Ruhr und Oberhausen e.V., sowie die Erstattung der durch die Veranstaltergemeinschaft verursachten Kosten. Die Betriebsgesellschaft Radio Mülheim/Oberhausen mbH & Co. KG ist nach dem Landesmediengesetz verpflichtet, die Sende- und Produktionstechnik für die Veranstaltergemeinschaft Lokalfunk für die Städte Mülheim an der Ruhr und Oberhausen e.V. zur Verfügung zu stellen und die dort verursachten Kosten zu übernehmen.

Die Betriebsgesellschaft bedient sich zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben bei dem zentralen Dienstleister für den Hörfunkbereich der FUNKE MEDIENGRUPPE, der Westfunk GmbH & Co. KG. Das Kerngeschäft der Betriebsgesellschaft ist die Vermarktung von Hörfunkwerbung im lizenzierten Sendegebiet der Veranstaltergemeinschaft Lokalfunk für die Städte Mülheim an der Ruhr und Oberhausen e.V., der Lokalfunkmarken „Radio Mülheim“ und „Radio Oberhausen“. Diese Aufgabe wird im Wesentlichen von der FUNKE Media Sales NRW GmbH mit deren Verkaufs- und Marketingpersonal für die Betriebsgesellschaft Radio Mülheim/Oberhausen mbH & Co. KG im Sendegebiet durchgeführt.

Die radio NRW GmbH (nachfolgend auch radio NRW) produziert und liefert täglich das Rahmenprogramm, das im Anschluss an die originär im Sender produzierten Lokalstunden auf den Frequenzen von „Radio Mülheim“ und „Radio Oberhausen“ gesendet wird. Die radio NRW GmbH lässt die Werbeminuten vor der jeweils vollen Stunde von der Radio Marketing Service GmbH, Hamburg, national vermarkten und bestreitet daraus die Produktion des Rahmenprogramms. Nach Abzug der Kosten werden, neben einer Gewinnabschöpfung durch die Gesellschafter in Höhe von 15 %, die Überschüsse nach einem Umlageschlüssel der erzielten Reichweiten der Lokalfunksender in NRW verteilt.

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Das Geschäftsjahr 2024 war erneut geprägt von Unsicherheiten und Herausforderungen. Ursächlich hierfür sind vor allem die weiterhin hohen Energiekosten sowie die anhaltenden geopolitischen Spannungen. Dies verunsicherte gleichermaßen Produzenten, Investoren wie auch Konsumenten. Das Bruttoinlandsprodukt ging im Jahr 2024 um 0,2% gegenüber dem Vorjahr zurück. Somit ist die Wirtschaftsleistung im zweiten Jahr in Folge gesunken. Konjunkturelle und strukturelle Belastungen standen im Jahr 2024 einer besseren wirtschaftlichen Entwicklung entgegen. Die Konsumausgaben der privaten Haushalte stiegen im Jahr 2024 nur um 0,2% gegenüber dem Vorjahr. Die weiterhin hohen Verbraucherpreise sowie die Unsicherheit über die weitere wirtschaftliche Entwicklung führen zur Zurückhaltung bei den privaten Haushalten. Die Arbeitslosenquote lag im Geschäftsjahr 2024 bei 6,0% und war somit etwas höher als im Vorjahr (5,7%). Der ifo Geschäftsklimaindex lag zum Jahresende 2023 bei 86,7 und stieg bis April 2024 auf 89,0. Nach einer Seitwärtsbewegung im Mai sank der ifo-Index ab Juni stetig und lag zum Jahresende 2024 nur noch bei 84,7. Das war der niedrigste Wert seit dem Beginn der Coronakrise im Mai 2020. Der GfK-Konsumklima-Index hingegen lag im Dezember 2023 bei -27,6 und verbesser-te sich im Jahresverlauf 2024 leicht auf -23,1 im Dezember.

Der RMS-Werbetrend aus Dezember 2024 weist Werbeaufwendungen von insge-samt 36,1 Mrd. € im Jahr 2024 aus, ein Plus von 1,7 Mrd. € bzw. 4,9 %. Die Werbeausgaben für die Gattung Radio erhöhten sich um 6,4 %. Der Marktanteil der Gattung Radio ist gegenüber Vorjahr leicht auf 5,7 % gestiegen (VJ: 5,6%).

Ertragslage

Die Umsatzerlöse lagen im Geschäftsjahr 2024 mit 2.043 T€ um 197 T€ über dem Vorjahr.

Die Werbezeitenerlöse konnten im abgelaufenen Geschäftsjahr mit 1.591 T€ das Vorjahr deutlich übertreffen (+190 T€).

Die Umsätze der radio NRW GmbH lagen im Geschäftsjahr 2024 bei 300 T€ und somit nahezu exakt auf Vorjahresniveau (299 T€). Somit konnten die Verluste bei der Gesamtausschüttung seitens radio NRW in Folge der sehr schlechten MA-Audio II 2023 durch eine deutliche Reichweitensteigerung kompensiert werden. Die für die Berechnung des Senderanteils maßgebliche durchschnittliche Stundenreichweite (Mo.-Fr.) lag mit 7,9 % deutlich über der Vorjahresreichweite (E.M.A. I 2023 5,9 %).

Auf der Kostenseite verringerten sich v.a. die Kosten für Instandhaltung und Reparaturen um 28 T€ sowie die Aufwendungen aus Konzernumlagen (Westfunk) um 17 T€. Im Gegenzug erhöhten sich i.W. die Kosten der Veranstaltergemeinschaft um 207 T€ (v.a. Personal, Abfindungen und Gebäude), die Reise-, Bewirtungs- und Werbekosten um 35 sowie die Abschreibungen um 27 T€ (Investitionen Funkhaus).

Das Ergebnis nach Steuern liegt im Geschäftsjahr 2024 bei -325 T€ und damit um 139 T€ unter dem Vorjahresergebnis (-186 T€).

Das Planergebnis nach Steuern wurde um 106 T€ verfehlt. Die Werbezeitenumsätze (inkl. Erlöse Internet) konnten das Planziel um 204 T€ übertreffen. Zudem lag auch die Gesamtausschüttung durch radio NRW um 51 T€ über dem Ansatz im Wirtschafts- und Stellenplan. Auf der Aufwandsseite wurde der Plan 2024 um 258 T€ deutlich überschritten. Ursächlich hierfür waren v.a. höhere Kosten aus Gegengeschäften (Gegenposition in den Umsatzerlösen), höhere Verwaltungskosten

(i.W. nicht geplante Einmaleffekte wie Inflationsausgleichszahlungen und Urlaubsrückstellungen), höhere Marketing- und Technikkosten sowie höhere Gebäudekosten. Zudem war auch das Finanzergebnis um 100 T€ schlechter als geplant.

Finanzlage

Die Gesellschaft finanziert sich über Einnahmen aus der Vermarktung von Werbezeiten und Sonderwerbeformen (inklusive Onlineangeboten). Aufgrund der Einbeziehung in das inländische Cash-Pooling der FUNKE MEDIENGRUPPE ist die Liquidität jederzeit gesichert.

Vermögenslage

Die Bilanzsumme erhöhte sich um 484 T€ und liegt zum Ende des Geschäftsjahres 2024 bei 4.261 T€. Auf der Passivseite erhöhten sich v.a. die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen um 366 T€ sowie die übrigen Verbindlichkeiten um 142 T€. Auf der Aktivseite erhöhten sich v.a. der nicht durch Einlagen gedeckte Fehlbetrag um 244 T€, das Anlagevermögen um 122 T€ (Investitionen Funkhaus) sowie die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände um 115 T€.

Der Anteil des Anlagevermögens an der Bilanzsumme erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr und liegt bei 4,5 %. Hierbei handelt es sich um Anlagevermögen für Produktions- und Sendetechnik, Betriebs- und Geschäftsausstattung im Wert von insgesamt 193 T€.

Die Überschuldung der Betriebsgesellschaft Radio Mülheim/Oberhausen mbH & Co.KG in Höhe von 3.574 T€ wird durch bedingt rückzahlbare Gesellschafterdarlehen gem. § 6. Absatz 4 des Gesellschaftsvertrages sowie einer Patronatserklärung der Zeitungsverlag Niederrhein GmbH & Co. KG abgewendet.

Gesamtaussagen zum Geschäftsverlauf und zur Lage

Nach einem bereits negativen Ergebnis im Vorjahr wurde leider auch das Geschäftsjahr 2024 wieder mit einem deutlich negativen Ergebnis abgeschlossen. Das Ergebnis lag sowohl unter Vorjahr (-139 T€) als auch unter Plan (-106 T€). Die Planüberschreitung bei den Erlösen wurde durch höhere Kosten (v.a. in den Bereichen Gegengeschäfte, Verwaltung, Marketing und Technik) im Ergebnis kompensiert. Das deutlich schlechtere Finanzergebnis führte sodann zu einer Planunterschreitung im Gesamtergebnis. Die Geschäftsführung erarbeitet vor allem mit den Veranstaltergemeinschaften und den FUNKE-internen Dienstleistern Konzepte und Veränderungen, um die Gesellschaft weiterhin wirtschaftlich tragfähig zu halten. Die Relevanz von Hörfunk als Werbemedium ist weiterhin gegeben. Für die Zukunft wird es wichtig sein, digitale Geschäftsfelder stetig weiterzuentwickeln und die Chancen, die sich im Verbund mit weiteren Mediengattungen, v. a. innerhalb der FUNKE MEDIENGRUPPE, aber auch innerhalb des Lokalfunksystems ergeben, zu heben.

Chancen und Risiken

Chancen

Der Marktanteil der Gattung „Radio“ ist im Geschäftsjahr 2024 leicht gestiegen. Eine signifikante Veränderung in den kommenden Jahren ist hieraus nicht ablesbar. Der Aus- und Aufbau digitaler Auftritte und Produkte soll weiter vorangetrieben werden, mit dem Ziel, vor allem die werberelevante Zielgruppe 14-49 Jahre zu erreichen. Die Werbeangebote im Online Audio Bereich werden gut von den Werbetreibenden angenommen.

In Bezug auf die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen besteht die Hoffnung, dass sich sowohl der Energiepreis als auch der Inflationsanstieg in Deutschland weiterhin abschwächt, und durch ein mögliches Ende der Ukraine-Krise eine verhältnismäßige Normalisierung eintritt. Grundsätzlich ergibt sich im Jahre 2025 eine verbesserte Ausgangsposition im Vergleich zu den Jahren 2020 bis 2024 und es ist verhaltener Optimismus hinsichtlich einer Stabilisierung der Werbeeinnahmen gegenüber den Vorjahren angebracht. Darüber hinaus werden noch im Jahr 2025 Radio Mülheim und Radio Oberhausen auch über DAB+ empfangbar sein, einem terrestrischen Übertragungsweg, der bereits mit 30% zur Gesamthörfunknutzung beiträgt. Daher wird zumindest eine Reichweitenstabilisierung erzielt, sehr wahrscheinlich sogar Reichweitenzuwächse ermöglicht.

Risiken

Für den Prognosezeitraum des nächsten Geschäftsjahres identifizieren wir keine bestandsgefährdenden Risiken. Die Geschäftsführung beobachtet das wirtschaftliche Umfeld stetig und erarbeitet Maßnahmen, die die Entwicklung der Berichtsgesellschaft im Geschäftsjahr 2025 unterstützen. Damit soll einer negativen Entwicklung vorgebeugt und falls notwendig, entgegengetreten werden.

Die Geschäftsführung verfügt über ein implementiertes Risikomanagement. Durch geeignete Planungs-, Reporting- und Controlling-Systeme kann für die Be-triebsgesellschaft eine Risikobewertung vorgenommen werden und die Gesellschaft entsprechend gesteuert werden. Die Geschäftsführung hat damit die Möglichkeit, Risiken zu erkennen, abzuwenden und zu minimieren.

Prognosebericht

Im Wirtschafts- und Stellenplan der Gesellschaft wurden für das Geschäftsjahr 2025 Werbezeitenumsätze (inkl. Erlöse Internet) unter dem Vorjahresniveau eingestellt. Die Umsätze über die radio NRW GmbH wurden um 69 T€ deutlich über dem Vorjahr geplant. Dies resultiert v.a. aus einem zu erwartenden Gesamtausschüttungsbetrag seitens radio NRW, der wieder über dem Niveau des Vorjahres liegen wird. Ursächlich hierfür ist die positive MA-Audio II 2024, die einen deutlichen Reichweitenzuwachs für den NRW-Lokalfunk auswies. Die neuen Vermarktungsmöglichkeiten im Online-Audio-Bereich sollen verstärkt genutzt werden. Um für die Zukunft besser aufgestellt zu sein, bedarf es allerdings vor allem technischer Investitionen in die IT-Infrastruktur und der digitalen Auftritte des Senders.

Das Kostenniveau der Gesellschaft wurde deutlich unter Vorjahr geplant (-191 T€). Ursächlich hierfür sind i.W. geringere Verwaltungskosten, geringere Kosten aus Gegengeschäften (Gegenposition in den Umsatzerlösen) sowie geringere Marketing- und Gebäudekosten. Demgegenüber stehen v.a. höhere Kosten bei der Veranstaltergemeinschaft.

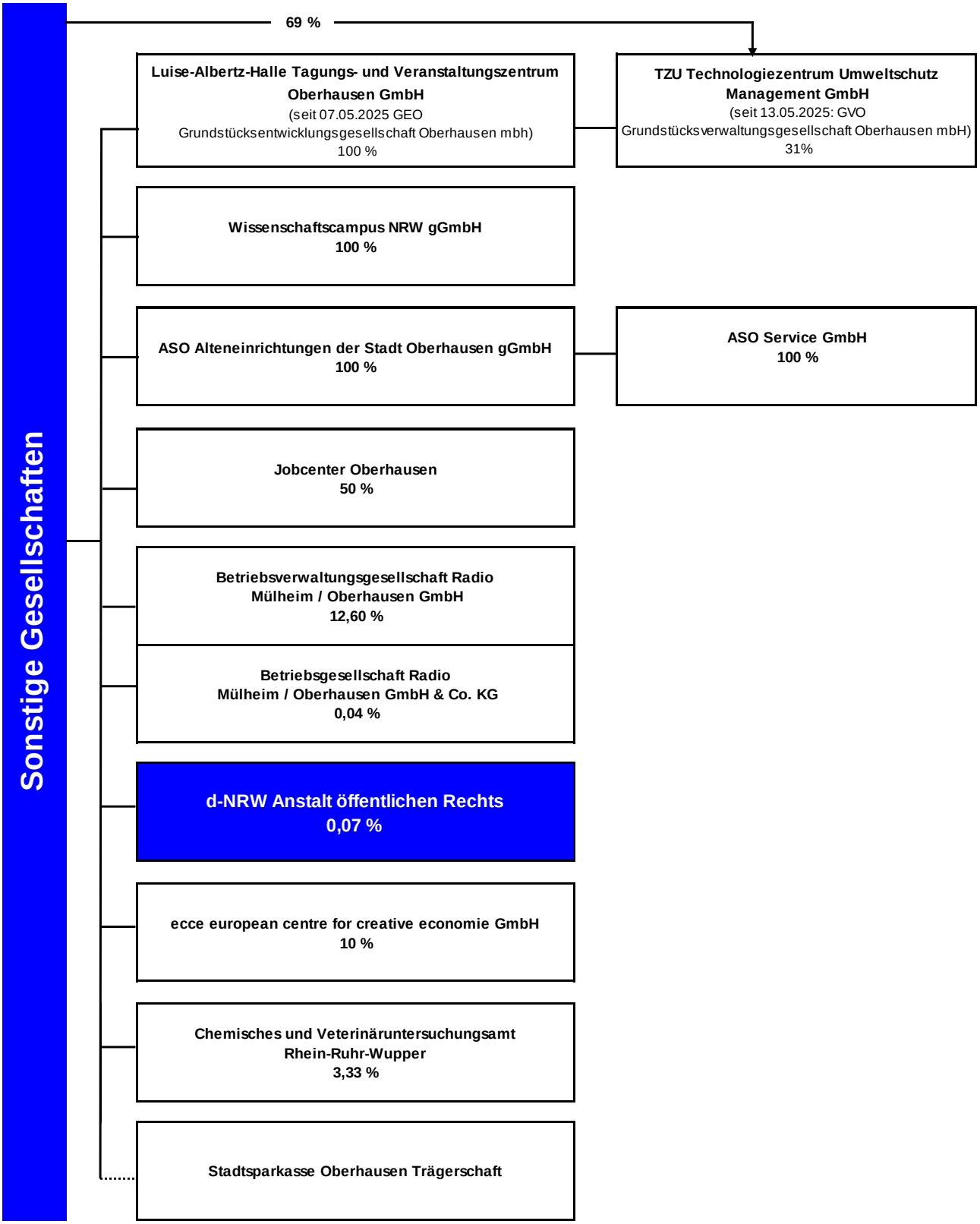
Die Reichweiten des Senders „Radio Mülheim/Oberhausen“ weisen in der E.M.A. 2024 I und E.M.A. 2025 I in der Zielgruppe 14-49 (Mo-Fr.) und 14+ (Mo-Fr.) eine durchschnittliche Stundenreichweite von 8,7 % (Planung 2025: 8,5 %) aus. Die Reichweite liegt somit leicht über dem Wert, welcher für den Wirtschafts- und Stellenplan berücksichtigt wurde. Die Betriebsgesellschaft wird die Veranstaltergemeinschaft soweit möglich unterstützen, um die Reichweiten zu verbessern.

Für das Geschäftsjahr 2025 erwartet die Geschäftsführung nach jetzigem Stand ein negatives Ergebnis nach Steuern in Höhe von ca. 110 T€ (Prognose 2025), welches über dem Ergebnis des Wirtschafts- und Stellenplans 2024 (-149 T€) und deutlich über Vorjahr (-325 T€) liegen wird.

Essen, 30. April 2025

Betriebsgesellschaft Radio Mülheim/Oberhausen mbH & Co. KG

Axel Schindler
Geschäftsführer


Sonstige Gesellschaften
69 %
Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH
(seit 07.05.2025 GEO Grundstücksentwicklungsgesellschaft Oberhausen mbh)
100 %
TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH
(seit 13.05.2025: GVO Grundstücksverwaltungsgesellschaft Oberhausen mbH)
31%
Wissenschaftscampus NRW gGmbH
100 %
ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH
100 %
ASO Service GmbH
100 %
Jobcenter Oberhausen
50 %
Betriebsverwaltungsgesellschaft Radio Mülheim / Oberhausen GmbH
12,60 %
Betriebsgesellschaft Radio Mülheim / Oberhausen GmbH & Co. KG
0,04 %
d-NRW Anstalt öffentlichen Rechts
0,07 %
ecce european centre for creative economie GmbH
10 %
Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper
3,33 %
Stadtsparkasse Oberhausen Trägerschaft

d-NRW Anstalt öffentlichen Rechts

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Rheinische Str. 1
44137 Dortmund

Kontakt:

Telefon 0231/222438-10

Fax 0231/222438-11

e-Mail info@d-nrw.de

Rechtsform: Anstalt des öffentlichen Rechts

Stammkapital in T€: 1.385,00

Gesellschafter:

	T€	%
div. Gebietskörperschaften des Landes NRW	382,00	27,58
Land NRW	1.000,00	72,20
Landschaftsverband Westfalen-Lippe	1,00	0,07
LVR Landschaftsverband Rheinland	1,00	0,07
Stadt Oberhausen	1,00	0,07

Gegenstand des Unternehmens:

Unterstützung ihrer Träger und, soweit ohne Beeinträchtigung ihrer Aufgaben möglich, andere öffentliche Stellen beim Einsatz von Informationstechnik in der öffentlichen Verwaltung. Informationstechnische Leistungen, die der Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben dienen, erbringt d-NRW AöR insbesondere im Rahmen von staatlich-kommunalen Kooperationsprojekten. Außerdem unterstützt die Anstalt den IT-Kooperationsrat bei der Erfüllung seiner Aufgaben nach § 21 EGovG NRW.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2024)

Geschäftsführung:	Vorsitzender	Dr. Lienenkamp, Roger
	stellv. Vorsitzender	Both, Markus
Verwaltungsrat:	Mitglied	Jägers, Diane
	Mitglied	Dr. Kuhn, Marco
	Mitglied	Dr. Oberheim, Heinz
	Mitglied	Dreyer, Simone
	Mitglied	Hamacher, Lee
	Mitglied	Kopietz, Sebastian
	Mitglied	Zillikens, Harald
	Mitglied	Jestaedt, Katharina
	Mitglied	Brügge, Dirk
	Mitglied	Wohland, Andreas

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2022		2023	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Anlagevermögen	139,70	0,5	178,61	0,4
Umlaufvermögen	25.942,50	99,4	48.888,74	99,4
Rechnungsabgrenzungsposten	10,16	0,0	110,71	0,2
Bilanzsumme	**26.092,36**	**100,00**	**49.178,06**	**100,00**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	2.896,75	11,1	2.913,75	5,9
Rückstellungen	5.607,39	21,5	8.044,57	16,4
Verbindlichkeiten	17.558,63	67,3	38.115,46	77,5
Rechnungsabgrenzungsposten	29,58	0,1	104,28	0,2
Bilanzsumme	**26.092,36**	**100,00**	**49.178,06**	**100,00**

bb) GuV

	2022	2023
	T€	**T€**
Umsatzerlöse	101.209,08	129.383,24
sonstige betriebliche Erträge	432,74	102,71
Materialaufwand	96.866,33	123.389,75
Personalaufwand	4.039,92	4.892,95
Abschreibungen	45,63	56,17
sonstige betriebliche Aufwendungen	676,09	1.147,07
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	13,84	
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	0,01	0,01
sonstige Steuern	0,01	0,01
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	0,00	0,00
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0,00	0,00

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

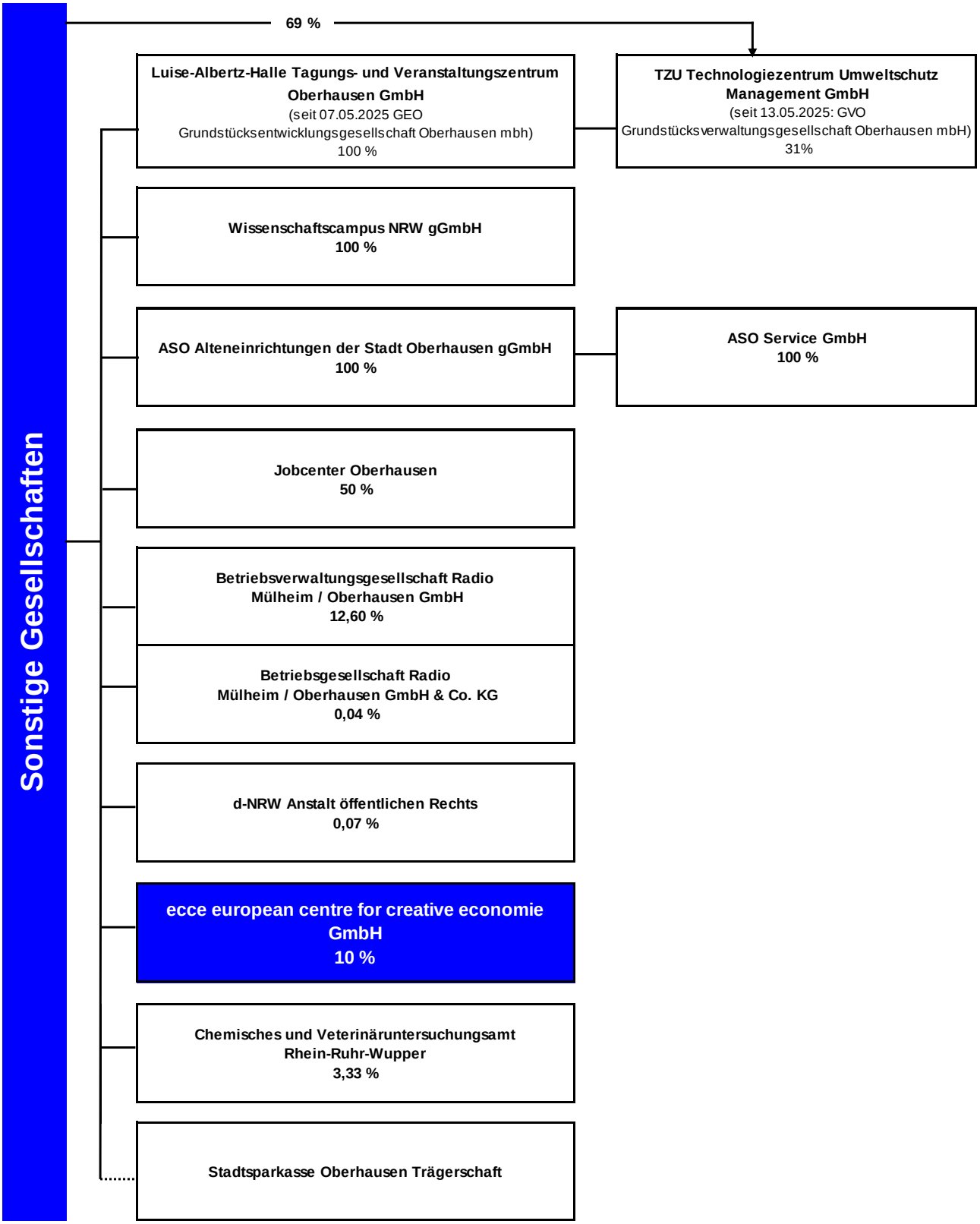
	31.12.2022	31.12.2023	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,00	0,00	%
Eigenkapitalrentabilität:	0,00	0,00	%
Cash-Flow:	45,63	56,17	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	1.473,07	1.523,36	T€
Personalaufwandsquote:	3,97	3,78	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2022	31.12.2023	Angaben in
Sachanlagenintensität:	0,29	0,12	%
Eigenkapitalquote:	11,10	5,92	%
Fremdkapitalquote:	88,90	94,08	%

e) Lagebericht

Zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Berichts lag der Jahresabschluss 2024 der Gesellschaft noch nicht vor.


Sonstige Gesellschaften
69 %
Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH
(seit 07.05.2025 GEO Grundstücksentwicklungsgesellschaft Oberhausen mbh)
100 %
TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH
(seit 13.05.2025: GVO Grundstücksverwaltungsgesellschaft Oberhausen mbH)
31%
Wissenschaftscampus NRW gGmbH
100 %
ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH
100 %
ASO Service GmbH
100 %
Jobcenter Oberhausen
50 %
Betriebsverwaltungsgesellschaft Radio Mülheim / Oberhausen GmbH
12,60 %
Betriebsgesellschaft Radio Mülheim / Oberhausen GmbH & Co. KG
0,04 %
d-NRW Anstalt öffentlichen Rechts
0,07 %
ecce european centre for creative economie GmbH
10 %
Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper
3,33 %
Stadtsparkasse Oberhausen Trägerschaft

ecce - european centre for creative economy GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Park der Parnerstädte 2
44137 Dortmund

Kontakt:

Telefon 0231/22227500

Internet http://www.e-c-c-e.de/

Rechtsform: GmbH

Stammkapital in T€: 25,00

Gesellschafter:

	T€	%
Business Metropole Ruhr GmbH	5,00	20,00
Folkwang Universität der Künste	2,50	10,00
Stadt Bochum	2,50	10,00
Stadt Dortmund	7,50	30,00
Stadt Essen	2,50	10,00
Stadt Gelsenkirchen	2,50	10,00
Stadt Oberhausen	2,50	10,00

Gegenstand des Unternehmens:

1. Zweck der Gesellschaft ist es, die Erfolge der Kulturhauptstadt RUHR.2010 nachhaltig abzusichern, die Kultur- und Kreativwirtschaft der Metropole RUHR zu fördern und deren europäische Potentiale weiterzuentwickeln.

2. Die Gesellschaft verwirklicht diesen Zweck durch
- die Unterstützung von kreativen Quartiersentwicklungen (z. b. Kreativ.Quartiere Ruhr);
- Maßnahmen zur Förderung kultureller Bildung sowie Projekte zum Aufbau und zur Etablierung von regionalen und überregionalen Netzwerken, wie bspw. Messen, Veranstaltungen und Wettbewerbe;
- die Stärkung und Bewerbung des Kreativstandortes Ruhr in Europa durch Veranstaltungen, internationale Foren, Fachkontakte und neue Kommunikationsformen (z.B. LABKULTUR.tv)

3. Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, die mit dem genannten Gesellschaftszweck zusammenhängen oder ihn fördern. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe errichten, erwerben oder pachten.

4. Die Gesellschaft ist verpflichtet, nach den Wirtschaftsgrundsätzen des § 109 GO NRW zu verfahren. Dabei ist die Gesellschaft so zu führen, dass der öffentliche Zweck nachhaltig erfüllt wird.

5. Die Gesellschaft wird sich im Rahmen des jährlich zu beschließenden Wirtschaftsplans zu wesentlichen Teilen aus Zuwendungen der öffentlichen Hand finanzieren. Darüber hinaus können Gelder für Projektfinanzierungen und Forschungsaufträge eingeworben werden. Die Gesellschaft wird alle ihr zu Verfügung stehenden Mittel ausschließlich für satzungsgemäße Zwecke verwenden. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck der Gesellschaft fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2024)

Geschäftsführung:	Geschäftsführer	Weyers, Christian

Vertreter der Stadt / der städt. Beteiligung in der Gesellschafterversammlung:	Mitglied	Tsalastras, Apostolos
Prokura:	Prokuristin	Edelhoff, Marion
Kuratorium:	Vorsitzender	Stüdemann, Jörg
	stellv. Vorsitzende	Reichart, Stefanie
	Mitglied gem. § 113 GO	Tsalastras, Apostolos
	Mitglied	Dustmann, Heinz Herbert
	Mitglied	Obereiner, Jörg
	Mitglied	Kufen, Thomas
	Mitglied	Al Ghusain, Muchtar
	Mitglied	Dieckmann, Dietmar
	Mitglied	Jacob, Andreas
	Mitglied	Völker, Andreas
	Mitglied	Lamest, Andrea
	Mitglied	Jeßel, Barbara
	Mitglied	Malsch, Sophie
	Mitglied	Marzen, Heike
	Mitglied	Prof. Dr. Flatten, Tessa
	Mitglied	Scherer, Axel Jakob
	Mitglied	Dr. Hülskamp, Nicola
	Mitglied	Gräfingholt, Lothar
	Mitglied	Reitemeyer, Michael

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2022		2023		2024	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Anlagevermögen	8,38	4,7	0,03	0,0	0,02	0,0
Umlaufvermögen	170,71	95,3	80,63	99,9	44,21	100,0
Rechnungsabgrenzungsposten	0,02	0,0	0,02	0,0		
Bilanzsumme	**179,11**	**100,00**	**80,67**	**100,00**	**44,23**	**100,00**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	25,00	14,0	25,00	31,0	25,00	56,5
Sonderposten mit Rücklagenanteil	8,39	4,7				
Rückstellungen	8,50	4,7	8,50	10,5	11,00	24,9
Verbindlichkeiten	137,22	76,6	47,17	58,5	8,23	18,6
Bilanzsumme	**179,11**	**100,00**	**80,67**	**100,00**	**44,23**	**100,00**

bb) GuV

	2022	2023	2024
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	0,00		
sonstige betriebliche Erträge	625,76	495,22	508,84
Materialaufwand	21,23	19,05	21,73
Personalaufwand	357,46	376,07	392,14
Abschreibungen	4,23	8,35	0,00
sonstige betriebliche Aufwendungen	242,84	88,33	93,35
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		0,06	0,35
Zinsen und ähnliche Aufwendungen		3,48	1,98
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	0,00	0,00	0,00
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	0,00	0,00	0,00
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0,00	0,00	0,00

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2022	31.12.2023	31.12.2024	Angaben in
Umsatzrentabilität:				%
Eigenkapitalrentabilität:	0,00	0,00	0,00	%
Cash-Flow:	4,23	8,35	0,00	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	69,53	55,02	63,60	T€
Personalaufwandsquote:	57,12	75,94	77,07	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2022	31.12.2023	31.12.2024	Angaben in
Sachanlagenintensität:	4,68	0,03	0,04	%
Eigenkapitalquote:	13,96	30,99	56,52	%
Fremdkapitalquote:	86,04	69,01	43,48	%
Anlagendeckungsgrad 2:	298,40	96.153,85	125.000,00	%
Verschuldungsgrad:	616,43	222,68	76,92	%

e) Lagebericht

1. Geschäftsentwicklung und Rahmenbedingungen

Nach Gründung durch die Stadt Dortmund als zunächst einzige Gesellschafterin hat die ecce GmbH am 28.11.2011 ihren Geschäftsbetrieb aufgenommen. Das Land NRW und der Regionalverband Ruhr (RVR) haben sich 2011 im Nachhaltigkeitspapier zur Kulturhauptstadt RUHR.2010 darauf geeinigt, dass *„die von RUHR.2010 begonnene Entwicklung der Kreativwirtschaft in einer gesicherten Trägerstruktur fortgeführt werden"* soll.

Zwischen dem Land NRW und dem RVR wurde mit der ecce GmbH eine Zielvereinbarung für die Jahre 2016-2018 abgeschlossen, die die Ziele der durchzuführenden Projekte festlegt und die Finanzierung der Betriebskosten für die Jahre 2016-2018 absicherte. Seit 2019 werden die Betriebskosten der ecce GmbH institutionell durch das Ministerium für Kultur und Wissenschaft NRW (MKW) und den Regionalverband Ruhr gefördert.

Die Gesellschafter-Struktur stellt sich zum 31.12.2024 beinahe unverändert dar, mit Wirkung zum 16.09.2024 wurden die Anteile der Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung GmbH (OWT) an die Stadt Oberhausen übertragen:

Stadt Dortmund	30 %
Stadt Bochum	10 %
Stadt Gelsenkirchen	10 %
Stadt Essen	10 %
Stadt Oberhausen	10 %
Business Metropole Ruhr GmbH	20 %
Folkwang Universität der Künste	10 %

Die ecce GmbH hat für das Geschäftsjahr 2024 durch das MKW und den RVR Bewilligungen für folgende Fördermittel und Projekte erhalten:

A. Betriebskosten in Höhe von 510.000 €, davon € 403.100 von MKW und 106.900,00 € vom RVR.
B. Im Rahmen von Kreativ.Quartiere Ruhr (KQR): Fördermittel zur Weiterleitung im Jahr 2024 in Höhe von 913.007,27 € sowie eine KQR-Kommunikations-/Overheadpauschale in Höhe von 20.000,00 €, die in den o.g. Betriebskosten (A.) enthalten ist.
C. Im Rahmen des Regionalen Kultur Programm (RKP): Personalkosten Büroleitung von Höhe von rd. 73.600 € sowie eine RKP-Kommunikations-/Overheadpauschale in Höhe von 20.000,00 €, die in den o.g. Betriebskosten (A.) enthalten sind.

Mit der Neuauflage des Förderprogramms Kreativ.Quartiere Ruhr und der Eröffnung des RKP-Büros Ruhrgebiet bei ecce in 2022 wurde das Angebot an Fördermaßnahmen für die Kultur- und Kreativwirtschaft in der Metropole Ruhr ausgeweitet. Die Förderung der Kreativ.Quartiere im Ruhrgebiet ist dabei das zentrale Handlungsfeld, in denen die Ziele von ecce eingelöst werden, die Arbeitsbedingungen von Kreativen und Künstler*innen zu verbessern und die lokale und regionale Kultur- und Kreativwirtschaft sowie deren entsprechende urbane Verortung zu stärken. Der Diskurs über die Fortführung einer europäischen Strategie wurde nach mehreren Diskussionen zwischen dem MKW und den Gesellschaftern bzw. dem Kuratorium ohne Verständigung eingestellt. Die Fördermittel für die beantragten Einzelprojekte werden gesondert vom Land bzw. dem MKW bereitgestellt.

Im Folgenden sind einige wesentliche Ergebnisse bzw. Kernfakten zusammengefasst:

- Nach einer Evaluation in 2018 wurde vom MKW eine Überarbeitung des Förderprogramms **Kreativ.Quartiere Ruhr** mit einer inhaltlichen Neuausrichtung erbeten. Nach dieser Überarbeitung hat ecce das vom MKW gewünschte spezifische Förderkonzept, konzentriert auf sieben starke Quartiere („Modellquartiere“), konkretisiert. ecce hatte eine Laufzeit von 1,5 bis zwei Jahren als Pilotphase empfohlen, die im Anschluss auf positive Effekte und Erfolge hin zu überprüfen sei.
- Diese Evaluation der Förderrunde 2022/23 wurde im Verlauf des Jahres 2024 von der ecce GmbH vorgenommen. Sie erfolgte zweistufig in Form einer schriftlichen Befragung, deren Ergebnisse in qualitativen Interviews mit Vertreter*innen der einzelnen Quartiere vertieft diskutiert wurden. Wesentliche Ergebnisse aus Sicht der Akteur*innen waren, dass neben künstlerischen Schwerpunkten 58% der Projekte auf Stadtentwicklung fokussieren. Dies macht einen integrierten, ressortübergreifender Ansatz für eine erfolgreiche Quartiersentwicklung entscheidend. Die Akteur*innen nahmen bei sich selbst einen Qualifizierungsbedarf im Projektmanagement als auch in Öffentlichkeitsarbeit und qualifizierte Zielgruppenansprache wahr. Weiterhin wurde der Bedarf an einem „Quartiersfonds" für aktuelle Projektideen beschrieben.
  Das Team Kreativ.Quartiere Ruhr erhielt positive Rückmeldungen für seine bedarfsgerechte Beratung und die Befragten unterstrichen die wichtige Vermittlerrolle der ecce zwischen Kultur- und Kreativschaffenden und diversen Stakeholdern.

Im Dezember 2020 erfolgte die Zusage des MKW NRW zur Förderung der Kreativ.Quartiere Ruhr im Rahmen einer institutionellen Förderung ab 2021. Im Juli 2021 hat das neue Kreativ.Quartiere-Ruhr-Team die Arbeit aufgenommen.

Diese sieben „Modellquartiere“ waren bereits in der ersten Förderphase 2022-2023 antrags- und förderberechtigt:

- Bochum Victoriaquartier
- Dortmund Unionviertel
- Essen City Nord
- Gelsenkirchen Ückendorf
- Hagen Wehringhausen
- Witten Wiesenviertel
- Oberhausen Mitte

Im Jahr 2023 stieg die Anzahl der förderfähigen Modell.Quartiere von sieben auf zehn, da sich drei weitere Quartiere erfolgreich beim MKW NRW qualifiziert haben:

- Duisburg Ruhrort
- Hamm Mitte
- Unna Lindenviertel
-

In der Bewerbungsphase wurden bis Ende Juli 2023 aus zehn Kreativ.Quartieren 49 Bewerbungen eingereicht, die alle an die Jury übergeben werden konnten. Es wurden 27 Projekte mit einem Fördervolumen von rd. 913.000 € für die Förderperiode 2024 ausgewählt. Die Projekte konnten ab Anfang 2024 mit der Umsetzung starten.

Im Mai und Dezember 2024 fanden zwei KQR-Netzwerktreffen statt, bei dem sich aktuell laufende Projekte präsentierten und mit den Teilnehmer*innen verschiedene Aspekte zur Quartiersentwicklung diskutiert wurden, wie z.B. zum nachhaltigen Netzwerken und zur Veränderung von Communitybuilding durch digitale Informations- und Kommunikationstechnologien. Im Mai begann das Treffen mit einem Rundgang durch verschiedene Projektorte im gastgebenden Kreativ.Quartier Gelsenkirchen Ückendorf.

Die ecce GmbH wurde 2021 vom MKW mit der Umsetzung des Förderprogramms **Regionales Kultur Programm RKP** für das Ruhrgebiet beauftragt. Wie in den anderen neun NRW-Kulturregionen hat das Ruhrgebiet seit Januar 2022 ein eigenständiges RKP-Kulturbüro, das für die Programmberatung sowie die Koordinierung und Betreuung der Antragsteller im Ruhrgebiet zuständig ist und die Projektträger im Rahmen der geförderten Projekte begleitet. Außerdem organisiert das RKP-Büro die Bildung regionaler Kooperationen und Netzwerke. Für das neue RKP-Büro wurde eine Online-Präsenz auf der ecce-Website geschaffen: https://www.e-c-c-e.de/rkp-ruhrgebiet.html. Das RKP-Kulturbüro Ruhrgebiet hat Ende Juni 2024 das zweite Netzwerktreffen im Kulturbahnhof Langendreer in Bochum organisiert, mit einer Keynote und Workshops zu Inklusions- und Diversitätsthemen.

Das von ecce initiierte europäische **NICE-Netzwerk** besteht in 2024 unverändert aus 41 Institutionen aus 18 EU-Mitgliedsstaaten.

ecce beobachtet kontinuierlich **EU-Aktivitäten** und neue Förderformate wie z.B. New European Bauhaus, um sowohl inhaltlich als auch förderseitig über die aktuellen Entwicklungen und über potentielle Anknüpfungspunkte zu bestehenden Aktivitäten als auch zu neuen Trends und Themenfeldern informiert zu sein.

2. Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Aufgrund der besonderen Finanzierungsform durch Fördermittel und nur geringfügiger Eigenerträge sind herkömmliche Betrachtungen des Jahresergebnisses bzw. daraus abzuleitender Kennzahlen auf die ecce GmbH nicht anwendbar. Die ecce GmbH erzielte in 2024 ein ausgeglichenes Jahresergebnis. Die Finanzierung des eigenen Geschäftsbetriebs ist durch die institutionelle Förderung und die der oben genannten Projekte war durch den Abruf der genehmigten Mittel aus den Förderbescheiden gesichert.

3. Risikobericht

Ein erhöhtes Betriebsrisiko ist für 2025 nicht festzustellen. Die Finanzierung der allgemeinen Betriebskosten der GmbH ist durch eine institutionelle Förderung abgesichert. Die Finanzierung der Projekte Kreativ.Quartiere Ruhr und Regionales Kultur Programm (RKP) ist durch eine Förderung des MKW gesichert.

4. Prognosebericht

Mit den Förderzusagen für die beiden Formate Kreativ.Quartiere Ruhr (KQR) und Regionales Kultur Programm (RKP) startete die Förderung für beide Programme mit dem 1. Januar 2024.

Bei KQR endet die Einreichung der Anträge Ende Juli, bei RKP stets Ende September.

Die anhaltende Schwächung der weltweiten Wirtschaft – weiterhin bedingt durch Auswirkungen der sich überlagernden Krisensituationen (abgeklungene Pandemie, Ukraine-Krieg, Inflation/Preisverteuerung usw.) wird nach Einschätzung der Geschäftsführung keine gravierenden Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft haben, da die Fördermittelvergabe kurz- bis mittelfristig unabhängig von der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung gesehen wird.

Nach Aussage der Geschäftsführung lassen sich die konkreten Auswirkungen der angespannten wirtschaftlichen Gesamtlage auf die geschäftliche Entwicklung und die Projekte derzeit nicht quantifizieren und es werden in enger Absprache mit dem Ministerium ggf. notwendige organisatorische Maßnahmen (wie z.B. die Änderung oder Verschiebung einzelner Maßnahmen) getroffen, um Auswirkungen zu minimieren.

Im April 2024 wurde die ecce GmbH zunächst mündlich darüber in Kenntnis gesetzt, dass die bisher gültige Nachhaltigkeitsvereinbarung zur Kulturhauptstadt RUHR.2010 in 2026 durch eine zwischen dem MKW und dem RVR neu zu verfassende „Regionale Kulturstrategie Ruhr“ abgelöst wird. Diese neue Kulturstrategie wurde nach entsprechenden Beschlüssen der Landesregierung und des Regionalverbandes durch die Ministerin Brandes und den Regionaldirektor Duin im Dezember 2024 unterzeichnet. Dies hat zur Folge, dass die institutionelle Förderung der ecce GmbH durch das Land Nordrhein-Westfalen zum 31.12.2025 eingestellt wird, was seitens des Ministeriums im Februar 2025 schriftlich bestätigt wurde. Für die Kontinuität bei der Betreuung der Förderprogramme in 2025 wurde zwischen Ministerium, Regionalverband und der Bezirksregierung Arnsberg ein Übergangsplan abgestimmt.

Über die Fortführung der GmbH ab 2026 – ggf. mit anderem/n Geschäftszweck/en und angepasster Gesellschafterstruktur - wird aktuell unter den Gesellschaftern gesprochen, die Überlegungen sind noch nicht abgeschlossen.

Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung gem. § 108 Absatz 3 Nr. 2 GO NW

Zweck der Gesellschaft ist es, die Erfolge der Kulturhauptstadt RUHR.2010 nachhaltig abzusichern, die Kultur- und Kreativwirtschaft der Metropole RUHR zu fördern und deren europäische Potentiale weiterzuentwickeln.

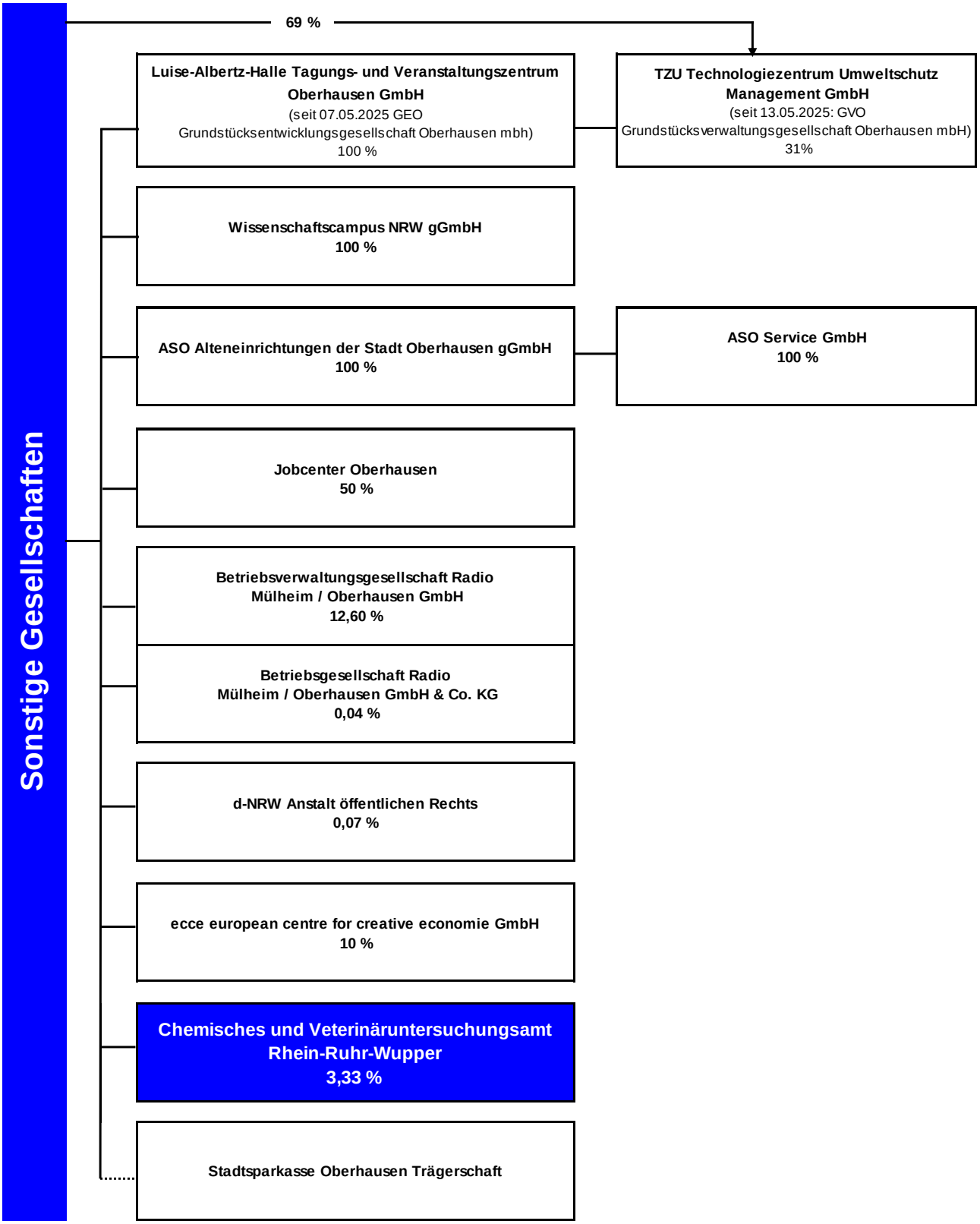
Dem Gebot der wirtschaftlichen Betriebsführung wurde konsequent gefolgt. Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Dieser wird durch eine entsprechende Aufgabenerledigung auch tatsächlich eingehalten. Zu § 108 Abs. 3 Nr. 2 GO NRW (Erfüllung der öffentlichen Zwecksetzung) wird festgestellt, dass die Gesellschaft im Berichtsjahr ihrer satzungsgemäßen Aufgabe nachgekommen ist.

Die Geschäfte der Gesellschaft wurden im Sinne des gültigen Gesellschaftsvertrages und des GmbH-Gesetzes durchgeführt.

Dortmund, 01. April 2025

european centre for creative economy GmbH (ecce)

Christian Weyers
Geschäftsführer


Sonstige Gesellschaften
69 %
Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH
(seit 07.05.2025 GEO Grundstücksentwicklungsgesellschaft Oberhausen mbh)
100 %
TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH
(seit 13.05.2025: GVO Grundstücksverwaltungsgesellschaft Oberhausen mbH)
31%
Wissenschaftscampus NRW gGmbH
100 %
ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH
100 %
ASO Service GmbH
100 %
Jobcenter Oberhausen
50 %
Betriebsverwaltungsgesellschaft Radio Mülheim / Oberhausen GmbH
12,60 %
Betriebsgesellschaft Radio Mülheim / Oberhausen GmbH & Co. KG
0,04 %
d-NRW Anstalt öffentlichen Rechts
0,07 %
ecce european centre for creative economie GmbH
10 %
Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper
3,33 %
Stadtsparkasse Oberhausen Trägerschaft

CVUA-RRW Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Deutscher Ring 100
47798 Krefeld

Kontakt:

Telefon	02151/849-0
Fax	02151/849-4042
e-Mail	poststelle@cvua-rrw.de
Internet	www.cvua-rrw.de

Rechtsform: Anstalt des öffentlichen Rechts

Stammkapital in T€: 450,00

Gesellschafter:

	T€	%
Kreis Kleve	15,00	3,33
Kreis Mettmann	15,00	3,33
Kreis Rhein-Kreis Neuss	15,00	3,33
Kreis Viersen	15,00	3,33
Kreis Wesel	15,00	3,33
Land NRW	225,00	50,00
Stadt Duisburg	15,00	3,33
Stadt Düsseldorf	15,00	3,33
Stadt Essen	15,00	3,33
Stadt Krefeld	15,00	3,33
Stadt Mönchengladbach	15,00	3,33
Stadt Mülheim	15,00	3,33
Stadt Oberhausen	15,00	3,33
Stadt Remscheid	15,00	3,33
Stadt Solingen	15,00	3,33
Stadt Wuppertal	15,00	3,33

Gegenstand des Unternehmens:

Die Untersuchungsanstalt führt für das Land und für die Kommunen nach Maßgabe der gesetzlichen Regelungen Probenahmen mit Ausnahme der Probenahmen, die von den Kreisordnungsbehörden durchgeführt werden, Untersuchungen und Kontrollen auf dem Gebiet des Lebensmittel- und Futtermittelrechts, der Tierseuchenbekämpfung, der Tiergesundheit und des Tierschutzes durch.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2024)

Vorstand:	Vorsitzende	Dr. Stappen, Martha
	Mitglied	Pöll, Reiner
Verwaltungsrat:	Vorsitzende	Dr. Bokelmann, Andrea
	stellv. Vorsitzender	Berensmeier, Ralf

Mitglied gem. § 113 GO	Ohletz, Horst
Mitglied	Lauxen, Sabine
Mitglied	Raskob, Simone
Mitglied	Nocke, Matthias
Mitglied	Reul-Nocke, Barbara
Mitglied	Welzel, Jan
Mitglied	Hanheide, Nils
Mitglied	Heil, Thomas
Mitglied	Dr. Schmitz, Ferdinand
Mitglied	Franke, Anja
Mitglied	Meyer, Klaus
Mitglied	Petrauschke, Hans-Jürgen
Mitglied	Scherbaum, Martina
Mitglied	Wagner, Linda

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2022		2023		2024	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Anlagevermögen	28.984,90	48,4	29.297,87	47,7	29.205,19	45,9
Umlaufvermögen	30.166,42	50,4	31.728,10	51,6	34.181,11	53,8
Rechnungsabgrenzungsposten	688,71	1,2	413,13	0,7	203,13	0,3
Bilanzsumme	**59.840,02**	**100,00**	**61.439,09**	**100,00**	**63.589,44**	**100,00**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	9.455,43	15,8	11.338,45	18,5	12.489,15	19,6
Rückstellungen	48.354,54	80,8	48.662,52	79,2	49.667,40	78,1
Verbindlichkeiten	1.822,65	3,0	1.089,51	1,8	1.332,66	2,1
Rechnungsabgrenzungsposten	207,40	0,3	348,61	0,6	100,23	0,2
Bilanzsumme	**59.840,02**	**100,00**	**61.439,09**	**100,00**	**63.589,44**	**100,00**

bb) GuV

	2022	2023	2024
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	28.326,28	28.227,11	28.643,74
sonstige betriebliche Erträge	117,76	33,69	44,84
Materialaufwand	7.448,68	7.016,09	6.729,98
Personalaufwand	12.027,46	11.565,76	13.059,79
Abschreibungen	1.437,48	1.390,07	1.471,15
sonstige betriebliche Aufwendungen	5.430,50	6.153,09	6.261,52
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	649,78	270,67	225,32
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1.446,84	523,44	240,76
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	1.302,86	1.883,02	1.150,70
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	1.302,86	1.883,02	1.150,70
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen	126,71		69,39
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	1.176,15	1.883,02	1.081,30

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2022	31.12.2023	31.12.2024	Angaben in
Umsatzrentabilität:	4,60	6,67	4,02	%
Eigenkapitalrentabilität:	15,74	19,91	10,09	%
Cash-Flow:	2.740,34	3.273,09	2.621,84	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	163,94	154,43	150,60	T€
Personalaufwandsquote:	42,28	40,93	45,52	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2022	31.12.2023	31.12.2024	Angaben in
Sachanlagenintensität:	9,88	10,05	9,81	%
Eigenkapitalquote:	15,80	18,45	19,64	%
Fremdkapitalquote:	84,20	81,55	80,36	%
Anlagendeckungsgrad 2:	2.192,49	197,45	206,23	%
Verschuldungsgrad:	532,86	441,86	409,16	%

e) Lagebericht

1. Überblick

1.1 Rechtlicher Rahmen

Basierend auf dem Gesetz zur Bildung integrierter Untersuchungsanstalten für Bereiche des Verbraucherschutzes (IUAG NRW) wurden in ganz NRW integrierte Untersuchungsämter (CVUÄ) gebildet. Mit der Verordnung zur Errichtung integrierter Untersuchungsanstalten für Bereiche des Verbraucherschutzes vom 13.11.2008 hat das damalige Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (MUNLV) zum 01.01.2009 das Chemische und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper (CVUA-RRW), Krefeld, als Anstalt des öffentlichen Rechts errichtet.

Träger der Anstalt waren im Berichtsjahr neben dem Land Nordrhein-Westfalen die Städte Duisburg, Düsseldorf, Essen, Krefeld, Mönchengladbach, Mülheim an der Ruhr, Oberhausen, Remscheid, Solingen, Wuppertal sowie die Kreise Kleve, Mettmann, Rhein-Kreis-Neuss, Viersen und Wesel. Jede dieser Trägerkommunen hat im Verwaltungsrat, dem höchsten Organ der Anstalt, einen Sitz und ist mit einer Stimme vertreten; das Land NRW hat zwei Sitze und ist mit der gleichen Anzahl aus der Summe der kommunalen Stimmen, also mit fünfzehn Stimmen, vertreten.

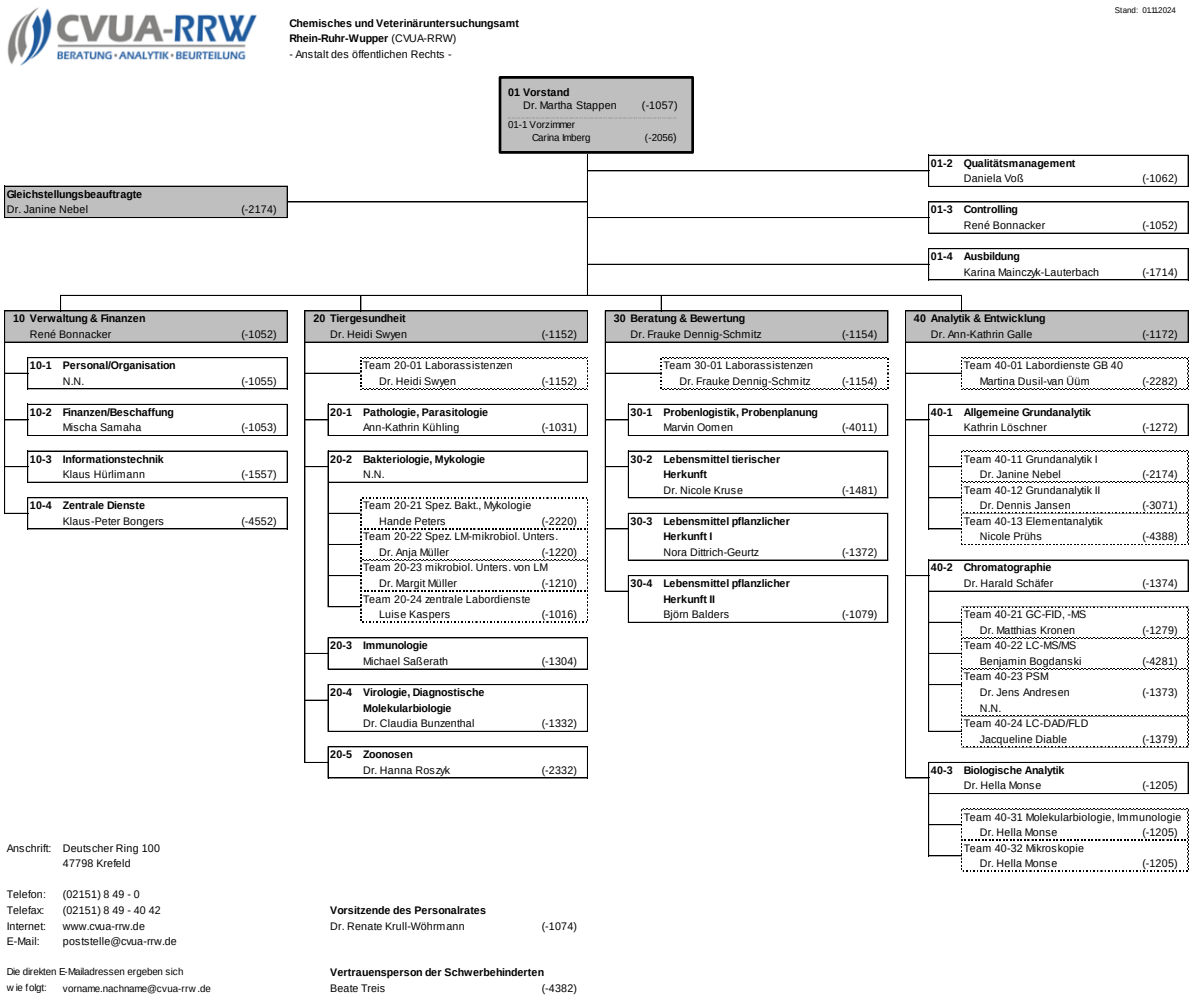
1.2 Organisation

Nach § 6 IUAG NRW sind der Verwaltungsrat und der Vorstand Organe der Untersuchungsanstalt. Der Vorstand leitet das Untersuchungsamt gemäß § 11 IUAG NRW in eigener Verantwortung, soweit nicht gesetzlich oder durch die Satzung der Anstalt etwas anderes bestimmt ist. Der Vorstand vertritt das CVUA-RRW gerichtlich und außergerichtlich und stellt somit das geschäftsführende Organ der Organisation dar.

Im Berichtsjahr waren folgende Mitglieder im Vorstand:

Vorstandsvorsitzende: Frau Dr. Martha Stappen
Vorstandsmitglied: Herr Reiner Pöll (bis zum 31.03.2025 in der passiven Phase der Altersteilzeit)

Das CVUA-RRW gliedert sich in vier Geschäftsbereiche, die jeweils in Fachgebiete unterteilt sind. Die Organisation im Berichtsjahr ist dem folgenden Organigramm zu entnehmen:



1.3 Finanzielle Rahmengrundsätze

Entsprechend den Regelungen des § 12 Abs. 1 IUAG NRW richten sich die Wirtschaftsführung, das Rechnungswesen und die Prüfung des CVUA-RRW nach den Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches. Die Grundsätze der Finanzierung des CVUA-RRW sind in einer Finanzsatzung fixiert.

1.4 Aufgabenkatalog

Die Aufgaben des CVUA-RRW ergeben sich aus § 4 IUAG NRW. Darüber hinaus wurden dem CVUA-RRW mit der v.g. Errichtungsverordnung weitere Aufgaben übertragen. Mit Änderung der Errichtungsverordnung wurde zum 01.01.2017 die landesweite Schwerpunktbildung für das CVUA-RRW über eine erweiterte Definition der jeweiligen Einzugsbereiche rechtlich neu manifestiert. Dabei wurde in der Anlage 1 „Einzugsbereiche für Untersuchungen in bestimmten Untersuchungsbereichen“ die Kompetenzzentren und in Anlage 2 „Einzugsbereiche für die Durchführung bestimmter Untersuchungen“ die Schwerpunktanalytik landesweit zugewiesen.

Das CVUA-RRW übt diese Tätigkeiten als amtlich benanntes Laboratorium gemäß Art. 37 (1) der VO (EU) 2017/625 aus.

In Angelegenheiten bzgl. des Aufgabenbereichs, insbesondere in Fragen der amtlichen Kontrolle, berät die Anstalt die Träger und auch Dritte.

Das CVUA-RRW wirkt mit bei:

- der Koordinierung und Durchführung europa-, bundes-, landesweiter oder regionaler Untersuchungsprogramme,
- Anerkennungsverfahren für Qualitätsmanagementsysteme in Laboratorien, die in der amtlichen Überwachung tätig sind,
- der Kontrolle von Betrieben und
- der Aus- und Weiterbildung von Beschäftigten im Rahmen ihres Aufgabenbereichs.

Die Untersuchungsanstalt führt im Rahmen ihrer Aufgaben wissenschaftliche Entwicklungsarbeiten und Maßnahmen zur Qualitätssicherung durch. Auch ist das CVUA-RRW verpflichtet, Aufträge eines Trägers oder mehrerer Träger auszuführen, soweit andere Regelungen dem nicht entgegenstehen und die Finanzierung durch den Auftraggeber gesichert ist. Das CVUA-RRW kann Aufträge Dritter ausführen, soweit andere Regelungen dem nicht entgegenstehen. Für die Ausführung von Aufträgen Dritter sind mindestens kostendeckende Gebühren und Entgelte zu erheben.

Die Untersuchungsanstalt führt ihre Aufgaben selbstständig aus. Soweit erforderlich, kann sie sich zur Erfüllung einzelner Aufgaben geeigneter Dritter oder anderer Untersuchungsanstalten bedienen.

1.5 Tätigkeitsfelder des CVUA-RRW

Dem integrativen Ansatz des IUAG NRW folgend, erstrecken sich die Aktivitäten des CVUA-RRW über den gesamten Bereich des Verbraucherschutzes von der Erzeugung gesunder Futtermittel, der Tierproduktion, der Erzeugung und Gewinnung der Lebensmittel in der Land- und Fleischwirtschaft über die Herstellung und den Vertrieb von Lebensmitteln, Bedarfsgegenständen und Kosmetika. Darüber hinaus führt das CVUA-RRW Untersuchungen zur Überwachung nach dem Gentechnikgesetz und seit 2024 nach dem Konsumcannabisgesetz durch. Dementsprechend ist die Untersuchungsanstalt im Berichtsjahr in sechs Tätigkeitsfeldern aktiv geworden:

Bereich des Lebensmittel- und Futtermittelgesetzbuches:
1. Lebensmittel,
2. Futtermittel,
3. Fleischhygiene

Bereich der Bekämpfung von Zoonosen und Tierseuchen sowie des Tierschutzes:
4. Tiergesundheit

Bereich Gentechnik:
5. Überwachung nach dem Gentechnikgesetz

Bereich Konsumcannabis
6. Untersuchungen nach dem Konsumcannabisgesetz

1.6 Überblick über die Branche

Im Berichtsjahr existieren in ganz NRW fünf integrierte Untersuchungsanstalten (CVUA Ostwestfalen-Lippe zum 01.01.2008, CVUA Rhein-Ruhr-Wupper zum 01.01.2009, CVUA Münsterland-Emscher-Lippe zum 01.07.2010, CVUA Rheinland zum 01.01.2011 und CVUA Westfalen zum 01.01.2014), die alle auf der Grundlage des IUAG NRW errichtet wurden.

2. Wirtschaftsbericht

2.1 Geschäftsverlauf

2.1.1 Situation in der Liegenschaft am Deutscher Ring

Am 22. Februar 2024 wurde ein Wassereinbruch im Tiefkeller des Verwaltungsgebäudes festgestellt. Seitdem strömt das Wasser kontinuierlich in die Räume des Tiefkellers. Betroffen sind diverse Archivräume, Lagerräume sowie ein Schulungsraum. Diese Räume können bis auf Weiteres nicht mehr benutzt werden. Der Vermieter hat folgende Maßnahmen durchgeführt:

- Herstellen einer Grundwassermessstelle und Grundwassermessungen,
- Ursachenforschung,
- Schadstoffuntersuchung für Boden und Wände veranlassen,
- Abdichten der Wände,
- und Wiederherstellen der Räumlichkeiten.

Die Maßnahmen sollen bis zum Ende des Jahres 2025 abgeschlossen sein. In der Zwischenzeit hat der BLB Ersatzräume zur Verfügung gestellt.

2.1.2 Neubau

Das CVUA-RRW wird seine gesetzlichen, sonderordnungsrechtlichen Aufgaben der amtlichen Lebensmittel- und Veterinäruntersuchungen in der Liegenschaft am Deutschen Ring 100 in Krefeld aufgrund gestiegener Anforderungen an die Labortechnik und der veralteten baulichen Gegebenheiten mittelfristig nicht mehr sicherstellen können. Mit der Zusammenführung der Standorte in Mettmann und Düsseldorf am Hauptstandort in Krefeld, ist die räumliche Situation für die Beschäftigten dort zudem herausfordernd. Da diese Entwicklungen vorhersehbar waren, haben sich der Vorstand und der Verwaltungsrat seit 2019 mit dem Thema intensiv befasst und sind nach diversen Machbarkeitsbetrachtungen zu dem Ergebnis gelangt, dass ein Neubau des CVUA-RRW am Standort Krefeld die einzige Handlungsoption ist. Gemeinsam mit dem BLB wurde das Neubauvorhaben geplant. Mitte 2023 hat der BLB ein überarbeitetes Mietangebot für das Neubauvorhaben vorgelegt. Danach liegt die Jahreskaltmiete für den Neubau nach Fertigstellung bei ca. 7 Mio. EUR. Dies entspricht einem Mietpreis von 49,45 EUR pro qm.

In seiner Sondersitzung am 21.02.2024 hat der Verwaltungsrat das Mietangebot beraten. Dabei wurde insbesondere die der Mietkalkulation des BLB zu Grunde gelegte Abschreibungsdauer (25+15 Jahre) kritisiert, die von der kommunalen Praxis einer Abschreibungsdauer von 40 Jahren abweiche und zu einer Erhöhung des Mietzinses führe. Zudem soll das CVUA-RRW für den nach Fertigstellung des Neubaus noch bis zum Jahr 2037 laufenden Mietvertrag für das alte Gebäude eine um ersparte Aufwendungen reduzierte Miete in Höhe von ca. 6,5 Mio. EUR tragen. In Gesprächen zwischen Ministerium für Landwirtschaft und Verbraucherschutz und Finanzministerium NRW auf Ebene der Abteilungsleitungen wurde ein Modell entwickelt, um die Mehrbelastung der Kommunen abzufedern. Nach eingehender Prüfung des Verwaltungsrates in seiner Sitzung am 21.11.2024 ist dieser zu dem Entschluss gekommen das Angebot des BLB vom 24.08.2023 endgültig abzulehnen.

2.1.3 Entgelte der Träger zur Finanzierung der laufenden Betriebskosten des CVUA-RRW

Der Vorstand hat der AG Entgelte in ihrer Sitzung am 12. September 2024 die für das Geschäftsjahr 2025 notwendigen Aufwendungen vorgestellt. Die AG Entgelte ist dem Vorschlag des Vorstandes einstimmig gefolgt und schlägt dem Verwaltungsrat vor, die Entgelte in 2025 um 1,0 % zu erhöhen. Diese Steigerung reicht aus, um unter Einbeziehung der noch zur Verfügung stehenden Finanzmittel in der Allgemeinen Rücklage und in der Kapitalrücklage den prognostizierten Fehlbetrag von ca. 987 T EUR zu decken.

2.1.4 Vorzeitige Standortschließung Düsseldorf

Mit Beschluss des Verwaltungsrates vom 14.06.2023 wurde die vorzeitige Überleitung der Aufgaben vom Standort Düsseldorf an den Standort Krefeld zum 31.12.2023 vollzogen. Der bis zum 31.12.2024 laufende Mietvertrag sollte aufgrund der bestehenden Mängel in der Liegenschaft in Düsseldorf vorzeitig aufgehoben werden. Im Rahmen einer Findung einer einvernehmlichen Lösung wurde das Mietverhältnis mit der Stadt Düsseldorf zum 30.11.2024 beendet.

2.1.5 Änderung der Errichtungsverordnung

Das Konsumcannabisgesetz ist zum 1. April 2024 in Kraft getreten. Die Verordnung zur Regelung von Zuständigkeiten nach dem Konsumcannabisgesetz (Zuständigkeitsverordnung Konsumcannabisgesetz – ZVO-KCanG) benennt in § 2 das Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz (LANUV) als zuständige Behörde für die Kontrolle der

1. stofflichen Anforderungen des in Anbauvereinigungen vorhandenen Cannabis und Vermehrungsmaterials und
2. Einhaltung von in einer Rechtsverordnung auf der Grundlage von § 17 Absatz 4 Nummern 1 oder 2 des Konsumcannabisgesetzes festgelegten Höchstgehalten durch die Entnahme von Stichproben und Untersuchungen.

Das LANUV, beabsichtigt die CVUÄ mit der Untersuchung zu beauftragen. Dabei beschränkt sich die Leistung der CVUÄ ausschließlich auf die Untersuchungen von Cannabinoiden. Zur Deckung des entstandenen Aufwandes können Dritte mit dem betreffenden Betrag belastet werden. Mit der Durchführung der Untersuchungen gem. KCanG ist in den CVUÄ in 2024 ein neues Tätigkeitsfeld erschlossen worden. Die Übertragung der Aufgaben ist durch eine Änderung der Errichtungsverordnung erfolgt.

2.2 Geschäftsergebnis

Das CVUA-RRW hat im Berichtsjahr im Rahmen der Gewinn- und Verlustrechnung mit einem Jahresüberschuss von ca. 1.151 Tsd. EUR abgeschlossen. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich das Jahresergebnis um rund 732 Tsd. EUR (Jahresüberschuss Vorjahr: rund 1.883 Tsd. EUR) verschlechtert.

2.2.1 Ertragslage

Die Umsatzerlöse des CVUA-RRW beliefen sich auf 28.644 Tsd. EUR und setzten sich wie folgt zusammen:

Bezeichnung	IST 2024	IST 2023	Differenz
Umsatzerlöse	28.643.735,30 EUR	28.227.114,12 EUR	416.621,18 EUR
Gebühren	1.236.116,86 EUR	1.092.153,43 EUR	143.963,43 EUR
Entgelte	27.297.927,00 EUR	27.027.680,00 EUR	270.247,00 EUR
Sonstige Umsatzerlöse	109.691,44 EUR	107.280,69 EUR	2.410,75 EUR

Die Umsatzerlöse im Berichtsjahr sind im Vergleich zum Vorjahr um 417 Tsd. EUR gestiegen. Der Anstieg bei den Gebühreneinnahmen um knapp 144 Tsd. EUR resultiert aus Gebühreneinnahmen im Rahmen der Tiergesundheit. Die unter den sonstigen Umsatzerlösen enthaltenen Beträge i.H.v. rund 107 Tsd. EUR sind Zuschüsse des Landes für die Finanzierung von Untersuchungsprojekten sowie zur Unterstützung der Ausbildung.

Die Entgelte gliedern sich wie folgt:

Bezeichnung	IST 2024	IST 2023	Differenz
Entgelte	27.297.927,00 EUR	27.027.680,00 EUR	270.247,00 EUR
Landesentgelt	12.276.186,00 EUR	12.154.639,00 EUR	121.547,00 EUR
Kommunales Entgelt	15.000.976,00 EUR	14.852.451,00 EUR	148.525,00 EUR
Sonstiges Entgelt	20.765,00 EUR	20.590,00 EUR	175,00 EUR

Die Umlagenquote (Verhältnis der Entgelte der Träger zu den Umsatzerlösen) betrug 95,30 %.

Neben diesen Erträgen sind im Berichtsjahr sonstige finanzwirksame Erträge in Höhe von rund 127 Tsd. EUR (Vorjahr: 58 Tsd. EUR) verbucht worden.

2.2.2 Aufwendungen

Die betrieblich bedingten Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe sind im Vergleich zum Vorjahr um ca. 267 Tsd. EUR auf rund 2,15 Mio. EUR gestiegen. Die Aufwendungen für bezogene Leistungen beinhalten hauptsächlich Personalkosten für das gestellte Personal. Der Anteil für das gestellte Personal und die Löhne und Gehälter des eigenen Personals sind im Vergleich zum Vorjahr um rund 149 Tsd. EUR auf rund 13,394 Mio. EUR gesunken. Die Aufwendungen für soziale Abgaben und für die Altersversorgung betragen im Berichtsjahr 4,2 Mio. EUR im Vergleich zu 3,1 Mio. EUR im Vorjahr. Der Veränderung ist hauptsächlich auf die Bewertung der Rückstellungen Pensionen und Beihilfen zurückzuführen.

Die Kosten für den Probentransport beliefen sich auf rund 35 Tsd. EUR (Vorjahr: 42 Tsd. EUR).

Der saldierte Zinseffekt für die Rückstellungen bei Pensionen und Beihilfen entsprach einem Aufwand i.H.v. 0,1 Mio. EUR (0,3 Mio. EUR im Vorjahr).

Die im Geschäftsjahr ermittelten Abschreibungen in der Höhe von ca. 1.471 Tsd. EUR liegen um rund 81 Tsd. EUR über den Abschreibungen des Vorjahres.

2.3 Vermögens- / Finanzlage

Die Bilanzsumme ist im Vergleich zum Vorjahr von 61.439 Tsd. EUR auf 63.589 Tsd. EUR gestiegen. Dies ist hauptsächlich durch die Zuführungen zu den Rückstellungen für Pensionen und Beihilfen und das positive Ergebnis des Jahresabschlusses 2023 begründet. Die Liquidität war während des gesamten Berichtsjahres und ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt gesichert; das CVUA-RRW kam im abgeschlossenen Geschäftsjahr jederzeit den Zahlungsverpflichtungen nach.

Die Finanzlage stellt sich wie folgt dar:

			2024 Tsd. EUR	2023 Tsd. EUR
1.		Jahresergebnis	1.151	1.883
2.	+	Abschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	1.471	1.390
3.	+/-	Zunahme/Abnahme (-) der Rückstellungen	988	56
4.	+/-	Sonstige zahlungsunwirksamen Aufwendungen/Erträge	0	0
5.	-/+	Gewinn(-)/Verlust(+) aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens (saldiert)	17	4
6.	+/-	Zinsaufwendungen (+)/ Zinserträge (-)	16	252
7.	-/+	Zunahme(-)/Abnahme (+) der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	285	1.063
8.	+/-	Zunahme(+)/Abnahme (-) der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-5	-592
9.		**Cashflow aus laufender Verwaltungstätigkeit**	3.923	4.056
10.	+	Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögen	6	0
11.	-	Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-1.384	-1.500
12.	-	Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	-18	-207
13.	+	Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens	0	0
14.	-	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	0	0
15.	+	Erhaltene Zinsen	0	0
16.		**Cashflow aus Investitionstätigkeit**	-1.396	-1.707
17.	+	Einzahlungen der Träger	0	0
18.	-	Auszahlungen an die Träger	0	0
22.		**Cashflow aus Finanzierungstätigkeit**	0	0
23.		Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds	2.528	2.349
24.		Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	11.390	9.041
25.		**Finanzmittelfonds am Ende der Periode**	13.918	11.390

2.4 Finanzielle Leistungsindikatoren

2.4.1 Kennzahlen zur Erfolgslage

A. Kennzahlen zur Erfolgslage

	IST 2024	Plan 2024	IST 2023
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	1.150.696,34 EUR	-1.240.318,03 EUR	1.883.019,98 EUR
Umsatzerlöse	28.643.735,30 EUR	28.430.648,25 EUR	28.227.114,12 EUR
Umsatzrendite in %	**4,02%**	**-4,36%**	**6,67%**

Die Umsatzrendite stellt den auf den Umsatz bezogenen Gewinnanteil dar. Diese Kennzahl lässt also erkennen, wieviel das Unternehmen in Bezug auf 1 EUR Umsatz verdient hat.

Das CVUA-RRW ist eine integrierte Untersuchungseinrichtung im Bereich des Verbraucherschutzes und finanzierte sich im Berichtsjahr zu knapp 96 % aus Trägerentgelten. Da der Betriebszweck der Anstalt nicht auf Ertragssteigerung ausgerichtet ist und die Finanzierung hauptsächlich aus Trägerentgelten besteht, ist eine Umsatzrendite von 0 % erstrebenswert. Denn Ziel ist es, die durch die Träger der Anstalt zu tragenden Kosten im ausgewogenen Verhältnis zu halten, ohne den gesetzlichen definierten Auftrag der Anstalt zu gefährden.

Das gute Jahresergebnis 2024 ist hauptsächlich darauf zurückzuführen, dass die Übergangsfrist für die Anwendung des § 2b UStG bis zum 31.12.2024 verlängert wurde und die anstehenden Mehrbelastungen im Rahmen der Gestellungsverträge anteilig schon zum 01.01.2024 mit in den Entgeltzahlungen einkalkuliert wurden. Des Weiteren haben sich die steigenden Leitzinsen positiv auf die Rückstellungen für Pensionen und Beihilfen ausgewirkt.

2.4.2 Kennzahlen zur Vermögenslage

B. Kennzahlen zur Vermögenslage

	IST 2024	Plan 2024	IST 2023
Eigenkapital	12.489.149,13 EUR	8.108.791,73 EUR	11.338.452,79 EUR
Bilanzsumme	63.589.438,31 EUR	59.921.510,73 EUR	61.439.094,41 EUR
Eigenkapitalquote in %	**19,64%**	**13,53%**	**18,45%**

Die Eigenkapitalquote zeigt, wie hoch der Anteil des Eigenkapitals am Gesamtkapital ist. Je höher die Eigenkapitalquote, umso höher ist die finanzielle Stabilität der Anstalt. Die Steigung der Eigenkapitalquote in 2024 im Vergleich zum Vorjahr ist auf das positive Jahresergebnis zurückzuführen. Das im Gegensatz zum Plan 2024 verbesserte Jahresergebnis führte zu einem Anstieg der Eigenkapitalquote.

	IST 2024	Plan 2024	IST 2023
Rückstellungen	49.667.398,00 EUR	49.615.719,00 EUR	48.662.520,00 EUR
Bilanzsumme	63.589.438,31 EUR	59.921.510,73 EUR	61.439.094,41 EUR
Rückstellungsquote in %	**78,11%**	**82,80%**	**79,20%**

Die Kennzahl Rückstellungsquote stellt den prozentualen Anteil der Rückstellungen am Gesamtkapital dar. Rückstellungen sind Verbindlichkeiten, die hinsichtlich ihrer Höhe oder ihres Auftretens ungewiss sind, aber mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit wirksam werden. Die Rückstellungen beim CVUA-RRW sind größtenteils Rückstellungen für Pensionen und Beihilfen. Die hohe Rückstellungsquote verdeutlicht, wie abhängig das Jahresergebnis von den Rückstellungsentwicklungen der Pensions- und Beihilfeverpflichtungen ist.

2.5 Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Zum 31. Dezember 2024 waren im CVUA-RRW 270 Personen beschäftigt (eigenes und gestelltes Personal), davon 204 weibliche und 66 männliche. Das Durchschnittsalter der Mitarbeitenden im CVUA-RRW beträgt 47,60 Jahre (Vorjahr: 48,44 Jahre) und schlüsselt sich wie folgt auf:

Alter	**20-29**	**30-39**	**40-49**	**50-60**	**>60**
Anzahl	19	67	51	96	37

3. Prognosebericht

3.1 Branchenbericht

3.1.1 Afrikanische Schweinepest (ASP)

Die Afrikanische Schweinepest (ASP) ist eine anzeigepflichtige Tierseuche, auf die sich die CVUÄ bereits 2019 vorbereitet haben. Die CVUÄ haben die Kosten berechnet, die für den Aufbau der zwingend erforderlichen Kapazitäten zur Bewältigung eines mittelschweren Ausbruchs der ASP entstehen. Diese Kosten von insgesamt ca. eine Million € an Investitionsmitteln sind vom Land getragen worden und gleichmäßig auf die betroffenen CVUÄ verteilt worden. Im CVUA-RRW bspw. wurde ein Extraktionsgerät angeschafft, das ebenfalls für die Untersuchungen auf das Coronavirus während der COVID-19-Pandemie zum Einsatz kam.

Bisher ist NRW von einem ASP-Ausbruch nicht betroffen. Allerdings ist die ASP mittlerweile bis Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und Hessen vorgedrungen. Die CVUÄ prüfen regelmäßig ihre Bereitschaft. So fand am 9. September 2024 anhand von vier fiktiven Proben zwischen der Wildtier-Vorsorge-GmbH (WSVG) und den CVUÄ in NRW eine erfolgreiche Übung zur Überprüfung des reibungslosen Datentransfers von der Wildtier-App über HI-Tier (Herkunftssicherungs- und Informationssystem für Tiere) zum CVUA und der Ergebnisse zurück an HI-Tier statt. Die Übung ist erfolgreich verlaufen, dennoch sind die Partner bemüht, die Prozesse noch weiter zu optimieren.

3.1.2 Vollständige Genomsequenzierung (WGS) - Brückenschlag zur One-Health-Überwachung von lebensmittelbedingten Krankheiten

Der Begriff „One Health“ beschreibt die Schnittstelle zwischen Tier, Mensch und Umwelt und basiert auf dem Verständnis, dass diese gegenseitig Einfluss aufeinander nehmen. Der Ansatz des One Health verfolgt insofern die Zusammenarbeit zwischen diesen Disziplinen. Bei den CVUÄ steht die Gesundheit von Nutz- und Haustieren und Wildtieren im Mittelpunkt. Allerdings sind Infektionskrankheit eine Bedrohung für Tier und Mensch. Seit der COVID-19-Pandemie nimmt die Bedeutung von One Health als wichtiger Ansatz im Gesundheitsschutz weiter zu.

Mit einer Kombination aus modernster Analysetechnik (WGS) und hoher bioinformatischer Expertise gestaltet das CVUA-RRW die Umsetzung des NRW-weiten Konzeptes zur genomischen Echtzeit-Überwachung für die amtliche Lebens- und Veterinärüberwachung mit. Durch die Verknüpfung von verschiedenen Genomdaten, die gerade bei Ausbruchsgeschehen

von besonderer Bedeutung sind, können so Ursachen aufgeklärt und Zusammenhänge erkannt werden. Die Koordinierung und Implementierung in NRW erfolgt über regelmäßige virtuelle Treffen in denen die neuen Kommunikationswege erarbeitet und aufgebaut werden und mit den ersten Erfahrungen wird das Konzept in den kommenden Jahren weiter ausgebaut und eingesetzt.

3.2 Unternehmensspezifische Entwicklungen

3.2.1 Entwicklung der finanziellen Leistungsindikatoren

A. Kennzahlen zur Erfolgslage

	Plan 2025	IST 2024	Plan 2024
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	-986.487,02 EUR	1.150.696,34 EUR	-1.240.318,03 EUR
Umsatzerlöse	28.278.072,08 EUR	28.643.735,30 EUR	28.430.648,25 EUR
Umsatzrendite in %	**-3,49%**	**4,02%**	**-4,36%**

B. Kennzahlen zur Vermögenslage

	Plan 2025	IST 2024	Plan 2024
Eigenkapital	10.253.665,45 EUR	12.489.149,13 EUR	8.108.791,73 EUR
Bilanzsumme	60.852.470,45 EUR	63.589.438,31 EUR	59.921.510,73 EUR
Eigenkapitalquote in %	**16,85%**	**19,64%**	**13,53%**

	Plan 2025	IST 2024	Plan 2024
Rückstellungen	48.967.805,00 EUR	49.667.398,00 EUR	49.615.719,00 EUR
Bilanzsumme	60.852.470,45 EUR	63.589.438,31 EUR	59.921.510,73 EUR
Rückstellungsquote in %	**80,47%**	**78,11%**	**82,80%**

Aufgrund des guten Jahresabschlusses 2023 und im Rahmen der Wirtschaftsplanerstellung 2025 ermittelte guten Prognose 2024 wurde nur mit leicht steigenden Entgelte für 2025 kalkuliert. Dies bewirkt sowohl den geplanten Rückgang der Umsatzrendite als auch den geplanten Rückgang der Eigenkapitalquote. Der Rückgang der Rückstellungen ist im Wesentlichen darauf zurückzuführen, dass in den kommenden Jahren vermehrt Beamten in den Ruhestand gehen.

3.2.2 Ausbildung im CVUA-RRW

Im CVUA wird erstmalig ein Ausbildungsplatz in dem Fachgebiet Informationstechnik angeboten. Die Ausbildung nach dem Berufsbildungsgesetz bereitet den Nachwuchs sehr gezielt auf die Aufgaben im Betrieb vor. Im besten Fall kann das CVUA-RRW der ausgebildeten Person anschließend einen Übernahmevertrag anbieten. Mit diesem Weg werden qualifizierte Fachkräfte intern ausgebildet; dies ist eine Maßnahme, um dem aktuellen Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Mit der Ausbildung in dem Fachgebiet Informationstechnik soll in 2025 begonnen werden. Hierzu wird mit der IHK Mittlerer Niederrhein zusammengearbeitet.

3.2.3 Entwicklung der nichtfinanziellen Leistungsindikatoren

Bei den nichtfinanziellen Leistungsindikatoren wird ein Ergebnis auf dem Niveau der Vorjahresentwicklung angestrebt.

4. Chancen- / Risikobericht

4.1 Branchenbericht

Umsatzsteuerverpflichtung der CVUÄ im Rahmen der Personalgestellung

Die Übergangsfrist für die Anwendung des § 2b UStG läuft am 31.12.2026 aus, deshalb ist davon auszugehen, dass ab dem 01.01.2027 voraussichtlich alle Träger, die Personal an das CVUA-RRW stellen, Umsatzsteuer auf die Personalkosten weiterbelasten werden. Dies führt zu einer erheblichen Mehrbelastung. Im Rahmen der jährlichen Wirtschaftsplanung sind diese zusätzlichen Personalkosten mitkalkuliert und in den Entgeltbeträgen der Träger mitberücksichtigt worden.

4.2 Unternehmensspezifische Entwicklungen

4.2.1 Neubau

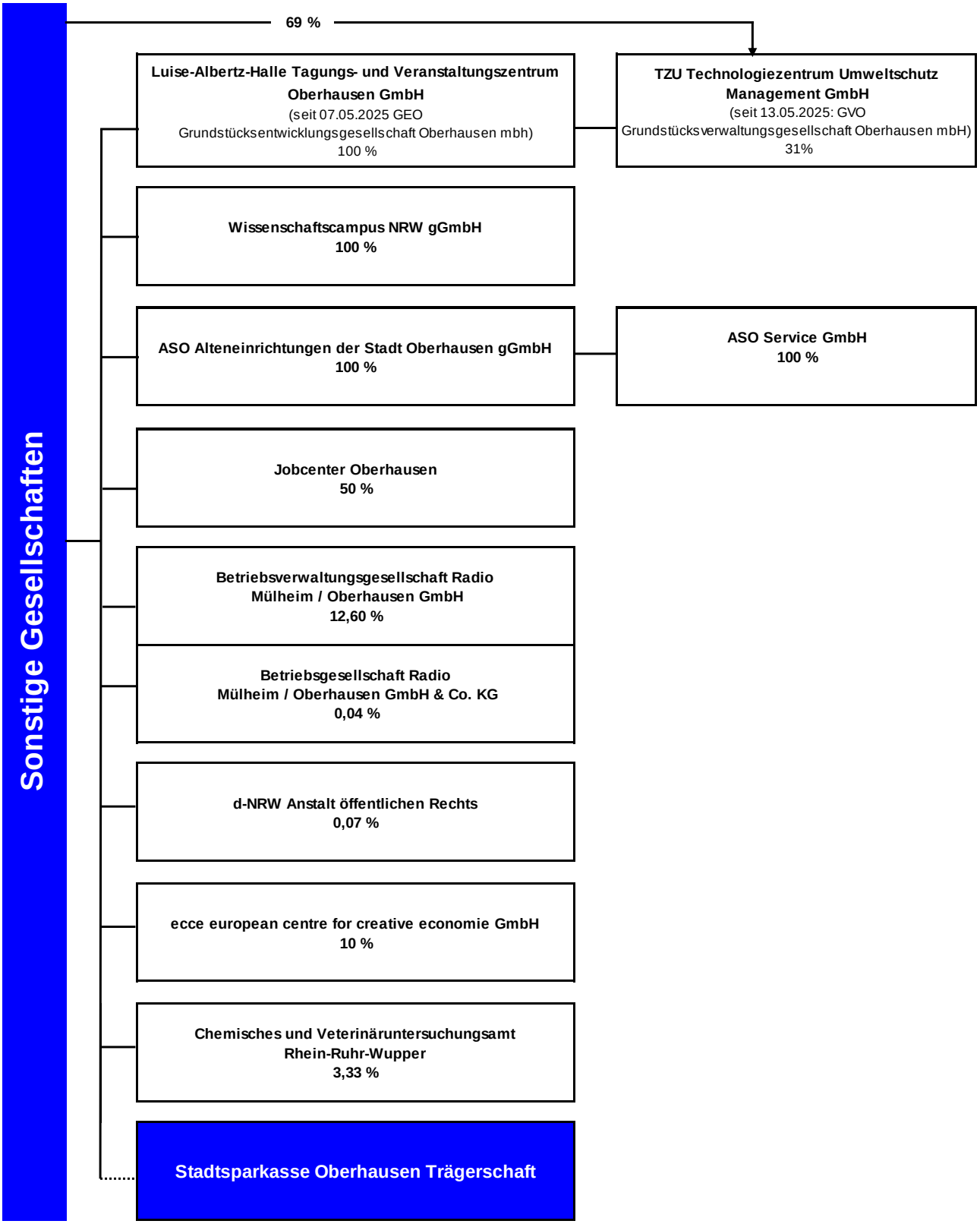
Der Verwaltungsrat hat am 21. November 2024 beschlossen, das letzte Angebot des BLB NRW vom 24.08.2023 abzulehnen und mit der Stadt Krefeld Möglichkeiten zu erörtern, um das Grundstück Fichtenhain für den Neubau zu sichern. Zur Verwaltungsratssitzung am 25.02.2025 ist ein Konzept für die Suche eines Investors im Wettbewerb vorgelegt worden, wie und unter welchen Voraussetzungen und Rahmenbedingungen ein Neubauvorhaben ohne Beteiligung des BLB NRW mit einem neuen Investor am voraussichtlichen Standort Fichtenhain realisiert werden könnte. Dabei wurden die hierfür notwendigen Personalressourcen, die Suche nach geeigneten Partnern zur Umsetzung, das Verfahren für den Investorenwettbewerb und die regelmäßige Einbindung des Verwaltungsrats in die verfahrensbegleitenden Entscheidungen thematisiert.

Der Investor soll das Gebäude planen, bauen, finanzieren, langfristig unterhalten und für einen möglichst langen Zeitraum (mindestens 25 Jahre) an das CVUA-RRW vermieten. Das CVUA-RRW beabsichtigt, das Gebäude nicht selbst zu errichten, sondern langfristig von einem Dritten anzumieten, der das Gebäude für das CVUA-RRW nach dessen Bedarf plant, baut, finanziert und langfristig unterhält. Dieses Projekt wird das CVUA-RRW in 2025 weiterhin verfolgen. Eine Schlussendliche Entscheidung steht dies bzgl. noch aus.

Krefeld, 04. April 2025

Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper
- Anstalt des öffentlichen Rechts - (CVUA-RRW)

Dr. Martha Stappen
Vorstand


Sonstige Gesellschaften
69 %
Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH
(seit 07.05.2025 GEO Grundstücksentwicklungsgesellschaft Oberhausen mbh)
100 %
TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH
(seit 13.05.2025: GVO Grundstücksverwaltungsgesellschaft Oberhausen mbH)
31%
Wissenschaftscampus NRW gGmbH
100 %
ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH
100 %
ASO Service GmbH
100 %
Jobcenter Oberhausen
50 %
Betriebsverwaltungsgesellschaft Radio Mülheim / Oberhausen GmbH
12,60 %
Betriebsgesellschaft Radio Mülheim / Oberhausen GmbH & Co. KG
0,04 %
d-NRW Anstalt öffentlichen Rechts
0,07 %
ecce european centre for creative economie GmbH
10 %
Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper
3,33 %
Stadtsparkasse Oberhausen Trägerschaft

Stadtsparkasse Oberhausen

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Wörthstraße 12
46045 Oberhausen

Kontakt:

Telefon	0208/8340
Fax	0208/8343231
e-Mail	info@stadtsparkasse-oberhausen.de
Internet	www.stadtsparkasse-oberhausen.de/

Rechtsform: Anstalt des öffentlichen Rechts
Stammkapital in T€: 0,00

Träger:	**T€**	**%**
Stadt Oberhausen	0,00	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Die Stadtsparkasse Oberhausen mit dem Sitz in Oberhausen ist eine mündelsichere dem gemeinsamen Nutzen dienende rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts. Sie führt ihre Geschäfte nach kaufmännischen Grundsätzen. Die Erzielung von Gewinn ist nicht Hauptzweck des Geschäftsbetriebs.

b) Besetzung der Organe (Stand: 31.12.2024)

Vorstand:	Vorsitzender	Mebus, Oliver
	Mitglied	Gäng, Thomas
Verwaltungsrat:	Vorsitzender	Schranz, Daniel
	2. stellv. Vorsitzender	Benter, Christian
	1. stellv. Vorsitzende	Bongers, Sonja
	Mitglied	Axt, Norbert
	Mitglied	Flore, Manfred
	Mitglied	Hausmann-Peters, Gundula
	Mitglied	Hoff, Marc
	Mitglied	Koch, Lühr Otto Werner Klaus
	Mitglied	Krey, Thomas
	Mitglied	Nakot, Werner
	Mitglied (AN)	Berg, Thorsten
	Mitglied (AN)	Ehrlich, Dietmar
	Mitglied (AN)	Nockmann, Thomas
	Mitglied (AN)	Zimmermann, Thomas
	Mitglied (AN)	Zorn, Klaus

c) Beteiligungen

unmittelbar	**T€**	**%**
Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO	56,39	19,01
Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe GmbH & Co. KG	10.570,00	0,28

Grüner Gewerbepark Gute Hoffnung GmbH & Co. KG	0,50	50,00
Grüner Gewerbepark Gute Hoffnung Verwaltungsgesellschaft mbH	12,50	50,00
PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH i.L.	23,01	9,00
ProEco Rheinland GmbH & Co. KG	245,38	1,55
Rheinischer Sparkassen- und Giroverband	28.182,82	1,42
RSL Rheinische Sparkassen-Leasingsbeteiligungsgesellschaft mbH & CO. KG	1.539,48	1,78
S Bargeldlogistik GmbH	300,00	30,00
S-Immobilien Oberhausen GmbH	6.355,00	100,00
S-International Rhein-Ruhr Beteiligungsgesellschaft mbH	8,29	6,63
S-International Rhein-Ruhr GmbH	65,00	10,40
Sparkassen Dienstleistung Rheinland GmbH & Co. KG	261,72	2,18
Sparkassen Vermietungs- und Immobilienvermittlungs GmbH Oberhausen	100,00	100,00
S-Service-Rhein-Ruhr GmbH	250,00	100,00
VKA Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH	0,51	0,40
mittelbar	**T€**	**%**
OVP O.Vision Projektgesellschaft mbH i.L.	2,25	9,00

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2022		2023		2024	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Barreserve	53.312,15	1,8	47.891,68	1,7	53.924,64	1,8
Forderungen an Kreditinstitute	349.045,69	12,0	408.778,49	14,2	526.614,00	17,4
Forderungen an Kunden	2.147.905,69	73,8	2.096.028,09	73,0	2.147.713,46	71,1
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	90.664,27	3,1	70.731,10	2,5	45.735,60	1,5
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	173.509,16	6,0	156.783,45	5,5	160.173,55	5,3
Beteiligungen	31.778,35	1,1	31.773,43	1,1	33.011,75	1,1
Anteile an verbundenen Unternehmen	6.705,00	0,2	6.705,00	0,2	6.705,00	0,2
Treuhandvermögen	9.003,16	0,3	7.568,20	0,3	6.037,67	0,2
Immaterielle Anlagewerte	20,99	0,0	30,79	0,0	41,18	0,0
Sachanlagen	33.837,26	1,2	32.609,37	1,1	31.354,25	1,0
Sonstige Vermögensgegenstände	2.227,62	0,1	1.046,40	0,0	1.399,32	0,0
Rechnungsabgrenzungsposten	193,49	0,0	360,90	0,0	228,01	0,0
Aktive latente Steuern	10.592,90	0,4	9.724,00	0,3	9.298,60	0,3
Bilanzsumme	**2.908.795,73**	**100,00**	**2.870.030,90**	**100,00**	**3.022.237,04**	**100,00**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	418.238,14	14,4	343.536,60	12,0	331.597,48	11,0
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	2.223.942,53	76,5	2.248.466,75	78,3	2.407.884,89	79,7
Verbriefte Verbindlichkeiten	23.895,30	0,8	10.178,03	0,4	6.144,82	0,2
Treuhandverbindlichkeiten	9.003,16	0,3	7.568,20	0,3	6.037,67	0,2
Sonstige Verbindlichkeiten	2.108,43	0,1	3.339,63	0,1	2.939,99	0,1
Rechnungsabgrenzungsposten	102,98	0,0	77,52	0,0	266,72	0,0
Rückstellungen	44.490,70	1,5	47.781,21	1,7	39.059,98	1,3
Genußrechtskapital	125,68	0,0				
Fonds für allgemeine Bankrisiken	52.415,24	1,8	69.615,24	2,4	86.815,24	2,9
Eigenkapital	134.473,59	4,6	139.467,73	4,9	141.490,25	4,7
Bilanzsumme	**2.908.795,73**	**100,00**	**2.870.030,90**	**100,00**	**3.022.237,04**	**100,00**

bb) GuV

	2022	2023	2024
	T€	T€	T€
Zinserträge	46.789,31	75.737,24	85.539,40
Zinsaufwendungen	10.689,77	28.201,26	32.513,09
Laufende Erträge	3.061,60	4.580,51	5.095,65
Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen	470,00	462,00	525,00
Provisionserträge	28.496,01	28.736,97	29.796,95
Provisionsaufwendungen	1.725,44	1.382,15	1.584,30
Sonstige betriebliche Erträge	7.328,75	4.116,19	6.506,38
Allgemeine Verwaltungsaufwendungen	51.787,12	54.264,96	56.439,92
hierin: Personalaufwand	33.852,00	34.281,61	36.670,54
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen	2.015,17	2.173,36	2.302,61
Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.779,56	1.930,70	2.393,61
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft	0,00		2.972,53
Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft	7.391,10	573,05	0,00
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere	16.080,04	0,00	0,00
Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren		5.183,24	3.615,74
Aufwendungen aus Verlustübernahmen			0,00
Zuführung/Entnahme Fond Bankenrisiken		17.200,00	17.200,00
Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	9.459,68	14.236,77	15.673,05
Steuern vom Einkommen und Ertrag	7.496,18	9.061,88	10.470,74
Sonstige Steuern	185,20	180,74	179,79
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	1.778,30	4.994,14	5.022,52
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	1.778,30	4.994,14	5.022,52

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2022	31.12.2023	31.12.2024	Angaben in
Umsatzrentabilität:	2,26	4,56	4,15	%
Eigenkapitalrentabilität:	1,34	3,71	3,68	%
Cash-Flow:	1.778,30	4.994,14	5.022,52	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	179.129,36	252.925,45	271.813,49	T€
Personalaufwandsquote:	42,95	31,30	30,32	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2022	31.12.2023	31.12.2024	Angaben in
Sachanlagenintensität:	1,16	1,14	1,04	%
Eigenkapitalquote:	4,62	4,86	4,68	%
Fremdkapitalquote:	95,38	95,14	95,32	%
Verschuldungsgrad	2063,10	1957,85	2036,00	%

e) Lagebericht

A. Grundlagen der Geschäftstätigkeit der Sparkasse

Die Stadtsparkasse Oberhausen ist gemäß § 1 des Sparkassengesetzes NRW eine Anstalt des öffentlichen Rechts. Sie ist Mitglied des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbands, Düsseldorf (RSGV), und über diesen dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband e. V. (DSGV), Berlin, angeschlossen. Die Sparkasse ist beim Amtsgericht Duisburg unter der Nummer A 8155 im Handelsregister eingetragen.

Träger der Sparkasse ist die Stadt Oberhausen. Satzungsgebiet der Sparkasse sind das Gebiet des Trägers sowie die Landkreise Wesel, Recklinghausen sowie die Städte Bottrop, Essen, Mülheim an der Ruhr und Duisburg.

Organe der Sparkasse sind der Vorstand und der Verwaltungsrat.

Die Sparkasse ist Mitglied im RSGV und über dessen Sparkassen-Teilfonds dem Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe angeschlossen. Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) hat das institutsbezogene Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe als Einlagensicherungssystem nach dem Einlagensicherungsgesetz (EinSiG) anerkannt. Das Sicherungssystem stellt im Entschädigungsfall sicher, dass den Kunden der Sparkassen der gesetzliche Anspruch auf Auszahlung ihrer Einlagen gemäß dem EinSiG erfüllt werden kann („gesetzliche Einlagensicherung“). Darüber hinaus ist es das Ziel des Sicherungssystems, einen Entschädigungsfall zu vermeiden und die Sparkassen selbst zu schützen, insbesondere deren Liquidität und Solvenz zu gewährleisten („diskretionäre Institutssicherung“).

Gemäß § 1 Abs. 1a der Satzung für den Sparkassen-Teilfonds des RSGV gliedert sich das Vermögen des Sparkassen-Teilfonds in zwei separate Vermögensmassen (Teilvermögen), die dem einheitlichen Stützungsfonds und dem Zusatzfonds zugeordnet sind. Die Mittel für die Teilvermögen werden von den Mitgliedssparkassen im Rahmen der Verbandsumlage aufgebracht. Das Zielvolumen für den Zusatzfonds ist bis spätestens 31.12.2032 zu erbringen.

Aufgabe der Sparkasse ist es gemäß § 2 des Sparkassengesetzes NRW, der geld- und kreditwirtschaftlichen Versorgung der Bevölkerung und der Wirtschaft, insbesondere des Geschäftsgebietes und ihres Trägers, zu dienen. Sie stärkt den Wettbewerb im Kreditgewerbe. Sie versorgt im Kreditgeschäft vorwiegend den Mittelstand sowie die wirtschaftlich schwächeren Bevölkerungskreise. Sie führt ihre Geschäfte nach kaufmännischen Grundsätzen unter Beachtung ihres öffentlichen Auftrags. Gewinnerzielung ist nicht Hauptzweck des Geschäftsbetriebes. Sie betreibt im Rahmen des Sparkassengesetzes NRW und den nach diesem Gesetz erlassenen Begleitvorschriften alle banküblichen Geschäfte.

Das Geschäftsmodell der Stadtsparkasse Oberhausen ist gemäß ihrer Geschäftsstrategie das einer „multikanalen Vertriebssparkasse“. Neben den stationären Vertriebskanälen und dem SB-Vertrieb stellen das Online-/Mobile-Banking sowie das Kunden-Service-Center (KSC), das Digitale Beratungs-Center (DBC) und das BusinessCenter (BC) weitere wichtige und auszubauende Vertriebskanäle dar.

Die Gesamtzahl der Beschäftigten hat sich bis zum 31. Dezember 2024 gegenüber dem Vorjahr leicht um 1,6 % auf 514 erhöht, von denen 195 teilzeitbeschäftigt sowie 30 in Ausbildung sind.

Die Gesamtzahl unserer Geschäftsstellen beläuft sich zum 31. Dezember 2024 auf 7 und hat sich gegenüber dem Vorjahr nicht verändert.

B. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

1.1 Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen 2024

Die Rahmenbedingungen für die deutsche Wirtschaft blieben auch im Jahr 2024 herausfordernd. Geopolitische Spannungen, darunter der anhaltende Krieg in der Ukraine, die instabile Sicherheitslage in mehreren Weltregionen sowie die wirtschaftlichen und politischen Differenzen zwischen den westlichen Industrieländern und China, beeinträchtigten die globalen Handelsbeziehungen und Investitionsflüsse. Zusätzlich führten der Ausgang der Präsidentschaftswahl in den USA und das Ende der Regierungskoalition in Deutschland zu einer weiteren Zunahme der Unsicherheit.

Die weltweite Produktion stieg nach Berechnungen des Internationalen Währungsfonds (IWF) im Jahr 2024 um 3,2 % (Vorjahr: +3,3 %). Damit entwickelte sich die Weltwirtschaft weniger dynamisch als im langjährigen Durchschnitt der „Vor-Corona-Jahre“ 2000 bis 2019 (+3,7 %). Der Welthandel nahm im Jahr 2024 wieder deutlich zu (+3,4 %), nachdem er im Vorjahr nur um 0,7 % gewachsen war. Haupttreiber der Weltkonjunktur waren die Dienstleistungen, während sowohl die weltweite Industrieproduktion als auch der Güterhandel schwach blieben. Nach Angaben der Welthandelsorganisation (WTO) sank der weltweite Warenhandel ab Anfang 2023 mehrere Quartale in Folge, während der Handel mit Dienstleistungen Wachstumsraten von 8 % bzw. 9 % verzeichnete. Die deutsche Wirtschaft, die stark auf den Export von Industriegütern ausgerichtet ist, konnte von dieser Entwicklung folglich nicht profitieren.

Deutschland verzeichnete im Jahr 2024 den zweiten Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Produktion in Folge. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) schrumpfte um 0,2 %, noch zum Jahreswechsel 2023/2024 waren die Prognosen von einer geringfügigen Zunahme ausgegangen. Hauptursache war der Rückgang der Bruttoanlageinvestitionen. Die staatlichen Konsumausgaben hingegen wurden um 3,5 % ausgeweitet und leisteten damit den einzigen größeren Wachstumsbeitrag (+0,8 Prozentpunkte). Die privaten Konsumausgaben, die das gesamtwirtschaftliche Wachstum im Vorjahr noch gedämpft hatten, stiegen leicht um 0,3 % und leisteten damit keinen signifikanten Wachstumsbeitrag (+0,1 Prozentpunkte). Die Exporte der deutschen Wirtschaft entwickelten sich im Jahr 2024 erneut rückläufig (-1,1 %). Da die Importe hingegen geringfügig um 0,2 % zunahmen, reduzierte der Außenbeitrag das gesamtwirtschaftliche Wachstum um 0,6 Prozentpunkte.

Die abnehmende Investitionstätigkeit dämpfte das BIP-Wachstum im Jahr 2024 spürbar um 0,6 Prozentpunkte. Der Rückgang der Bauinvestitionen setzte sich mit einer ähnlichen Rate wie in den drei Vorjahren fort (-3,3 %) und reduzierte das BIP um 0,4 Prozentpunkte. Die Ausrüstungsinvestitionen, die im Vorjahr ihren langjährigen Aufwärtstrend (unterbrochen nur durch den Ausbruch der Coronapandemie) beendet hatten (2023: -0,8 %), gingen 2024 deutlich um 5,5 % zurück. Ein Teil dieses Rückgangs war auf einen Sondereffekt bei den gewerblichen Pkw-Neuzulassungen zurückzuführen. Allerdings entwickelten sich auch die Investitionen in Maschinen und Geräte stark rückläufig (-5,9 %, nach -4,9 % im Jahr 2023).

Neben den konjunkturellen Problemen rückten die strukturellen Herausforderungen der deutschen Wirtschaft im Jahr 2024 zunehmend in den Fokus. Die Folgen des Energiepreisschocks wirken weiterhin nach; als weitere belastende Faktoren nennen Unternehmen die Bürokratie, aber auch den Fachkräftemangel, hohe Arbeitskosten und die steuerliche Belastung. Die deutsche Industrie verlor im internationalen Vergleich weiter an Wettbewerbsfähigkeit, während andere Volkswirtschaften, insbesondere China – vor allem in den für Deutschland zentralen Industriezweigen Automobil, Chemie und Maschinenbau – zulegen konnten.

Die schwierige Wirtschaftslage hinterließ im Berichtsjahr 2024 zunehmend Spuren auf dem Arbeitsmarkt. Die Zahl der Erwerbstätigen stieg im Jahresdurchschnitt 2024 noch leicht um 0,2 % auf 46,1 Millionen, der Anstieg kam jedoch im Jahresverlauf zum Erliegen. Die Arbeitslosenquote erhöhte sich von 5,7 % (2023) auf 6,0 % und erreichte damit den höchsten Stand seit 2016 (6,1 %). In Nordrhein-Westfalen lag die jahresdurchschnittliche Quote bei 7,5 % (Vorjahr: 7,2 %).

Die Verbraucherinsolvenzen nahmen 2024 zu (+8,5 % auf 72.100 Fälle). Hier wirkten gleich mehrere Faktoren negativ aus: Einerseits belasteten die stark gestiegenen Lebenshaltungskosten sowie höhere Zinsen – insbesondere bei Anschlussfinanzierungen – die Ausgabenseite der Haushalte. Andererseits verschlechterte sich die Einkommenssituation vieler Menschen, da die Chancen von Arbeitslosen auf eine Rückkehr in eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung ein historisches Tief erreichten.

Bei den Unternehmensinsolvenzen hatte, nach dem historischen Tiefststand im Jahr 2021, bereits im Jahr 2022 eine Trendwende eingesetzt. Im Jahr 2024 nahm das Insolvenzgeschehen nochmals an Dynamik zu (+24,3 % bzw. 22.400). Eine höhere Zahl an Unternehmensinsolvenzen wurde zuletzt im Jahr 2015 verzeichnet.

Alle Wirtschaftssektoren verzeichneten im Berichtsjahr zweistellige Zuwachsraten bei den Insolvenzzahlen. Besonders stark fiel der Anstieg im Dienstleistungsgewerbe und im Verarbeitenden Gewerbe aus. Das Baugewerbe bleibt jedoch der mit Abstand am stärksten von Insolvenz bedrohte Wirtschaftsbereich.

Die durch Unternehmensinsolvenzen verursachten Gläubigerschäden summierten sich im Jahr 2024 auf rund 56 Mrd. € und lagen damit deutlich über dem Vorjahreswert (31,2 Mrd. €). Der Anstieg der Schäden war sowohl auf die höhere Zahl der Insolvenzen als auch auf größere durchschnittliche Schadenssummen zurückzuführen, die insbesondere durch zahlreiche Großinsolvenzen verursacht wurden.

Die Inflation hat sich im Jahr 2024 deutlich abgeschwächt: Die Verbraucherpreise stiegen im Jahresdurchschnitt um 2,2 %, nach +5,9 % im Jahr 2023 und +6,9 % im Jahr 2022. Anders als in den beiden Vorjahren lag die Kerninflationsrate – ohne Energie und Nahrungsmittel – mit +3,0 % über der allgemeinen Inflationsrate. Der starke Anstieg der Energiepreise um fast 30 % im Jahr 2022 hatte sich im Folgejahr bereits abgeschwächt (+5,3 %), im Jahr 2024 gingen die Energiepreise dann um 3,2 % zurück. Im Jahresverlauf ging die Inflationsrate bis auf +1,6 % im September zurück. Im letzten Quartal 2024 nahm die Inflationsrate wieder zu. Im Dezember 2024 lagen die Verbraucherpreise 2,6 % über dem Niveau des Vorjahresmonats.

Angesichts des rückläufigen Anstiegs der Verbraucherpreise führte der Anstieg der nominal verfügbaren Einkommen um 4,2 % bei den privaten Haushalten zu Realeinkommenszuwächsen. Bei weiterhin verhaltener Konsumneigung stieg die Sparquote im Jahr 2024 deutlich um 1,0 Prozentpunkte auf 11,4 % und lag damit deutlich höher als im langjährigen Durchschnitt.

Die Situation in Immobiliensektor stellte sich im Jahr 2024 weiterhin schwierig dar, zeigte jedoch Anzeichen für eine Stabilisierung. In realer Rechnung gingen die Investitionen in Wohnbauten bereits das vierte Jahr in Folge zurück. Im vergangenen Jahr sanken die Wohnungsbauinvestitionen auch in nominaler Rechnung (-2,3 %), was zuletzt im Jahr 2009 der Fall war.

Die Zahl der Baugenehmigungen für Wohnungen sank im Jahr 2024 im Vergleich zum Vorjahr erneut deutlich um 43.700 (-16,8 %) auf 215.900 und erreichte damit den niedrigsten Stand seit 2010. Der Rückgang fiel damit jedoch geringer aus als im Vorjahr (-26,6 %) und schwächte sich im Jahresverlauf ab. Beim Neubau von Ein- und Zweifamilienhäusern erreichte

die monatliche Zahl der Baugenehmigungen in diesem Segment im Januar 2024 mit 3.900 den niedrigsten Stand seit Beginn der Zeitreihe im Jahr 1995, stabilisierte sich im Jahresverlauf aber auf niedrigem Niveau.

Die Preise für Wohnimmobilien stiegen im zweiten und dritten Quartal leicht an, der Häuserpreisindex legte um 1,5 % bzw. 0,3 % zu. Auf Jahressicht lagen die Preise jedoch weiterhin leicht unter dem Vorjahresniveau (-0,7 % im dritten Quartal). In Verbindung mit dem gesunkenen Zinsniveau hat sich die Erschwinglichkeit von Wohnimmobilien hierdurch im Vergleich zum Vorjahr verbessert. Im langfristigen Vergleich blieben die Wohnimmobilienpreise allerdings hoch, da der Preisrückgang seit 2022 nur einen Teil des vorherigen, langjährigen Preisanstiegs kompensierte.

Nachdem die Bekämpfung der Inflation in den beiden Vorjahren im Fokus gestanden hatte, lockerten die meisten Notenbanken der großen Industrieländer (mit Ausnahme Japans) ihren geldpolitischen Kurs im Berichtsjahr 2024. Die US-amerikanische Notenbank Federal Reserve (Fed) senkte den Leitzins im Jahresverlauf schrittweise von einer Bandbreite von 5,25 % - 5,50 % auf 4,25 % - 4,50 %.

Die Europäische Zentralbank (EZB) leitete mit einer ersten Zinssenkung um 0,25 Prozentpunkte im Juni 2024 die Zinswende ein. Dem folgten zwei weitere Schritte im September und Oktober. Zum Jahresende 2024 lag der Einlagesatz bei 3,0 % und der Zinssatz für Hauptrefinanzierungsgeschäfte bei 3,15 %. Gleichzeitig trieb die EZB den Abbau ihres Anleiheportfolios voran, was der Lockerung der monetären Rahmenbedingungen tendenziell entgegenwirkte. Trotz der Leitzinssenkungen blieb die Geldpolitik leicht restriktiv.

Die Anleihemärkte hatten diese Entwicklung bereits weitgehend vorweggenommen. Schon zum Jahreswechsel 2023/2024 war der weitgehende Erfolg der Inflationsrückführung absehbar. Die Kapitalmarktzinsen waren deshalb bereits deutlich gesunken. Die Renditen zehnjähriger Bundesanleihen, die auch für das Kundengeschäft eine wichtige Bezugsgröße darstellen, lagen zu Jahresbeginn 2024 kaum über der Zwei-Prozent-Marke. Nach einem kurzzeitigen erneuten Anstieg im zweiten Quartal des Jahres auf über 2,7 %, belief sich die Rendite der zehnjährigen Bundesanleihe zum Jahresende auf 2,39 %.

Nach einem guten Börsenjahr 2023 legten die großen Aktienindizes im vergangenen Jahr erneut deutlich zu. Insbesondere die US-Indizes Nasdaq 100 und S&P 500 verzeichneten einen kräftigen Zuwachs. Trotz der schwierigen gesamtwirtschaftlichen Lage in Deutschland verzeichnete der Deutsche Aktienindex (DAX) ein Plus von knapp 19 % im Jahresverlauf und stieg damit etwas stärker als der MSCI World. Ähnlich verlief die Entwicklung beim Dow Jones mit einem Jahresplus von rund 13 %, während der EUROSTOXX 50 um ca. 8 % zulegte.

Die dargestellte herausfordernde Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen im Jahr 2024 hatte auf den Geschäftsverlauf der Stadtsparkasse Oberhausen insgesamt nur einen überschaubaren Einfluss. Allerdings stieg die Zahl der Arbeitslosen auch in Oberhausen zum 31.12.2024 im Jahresvergleich deutlich um 6,3% auf 12.304, während die Arbeitslosenquote gegenüber dem Vorjahresende um 0,7%-Punkte auf 11,1% zunahm.

1.2 Branchenumfeld und rechtliche Rahmenbedingungen 2024

Branchenumfeld

Die Kreditinstitute in Deutschland verzeichneten in einem herausfordernden gesamtwirtschaftlichen Umfeld und vor dem Hintergrund der erneuten geldpolitischen Wende eine stabile Geschäftsentwicklung, bei jedoch zunehmenden Ertragsrisiken.

Im Aktivgeschäft zeigte sich eine Stabilisierung auf niedrigem Niveau. Der Bestand der Kredite an inländische Nichtbanken stieg von Ende 2023 bis Ende 2024 um 1,4 % (Vorjahr: + 1,0 %). Während die Kredite an öffentliche Haushalte überdurchschnittlich zunahmen, lag der Bestand an Unternehmenskrediten zum Jahresende 2024 nur 1,0% über dem Vorjahreswert. Bei den Krediten an wirtschaftlich unselbstständige und sonstige Privatpersonen verzeichneten die Kreditinstitute ein Plus von 0,9 % (Vorjahr: +0,7 %).

Im Jahresverlauf 2024 kam es zu einer Belebung der Kreditnachfrage, die sich jedoch im 4. Quartal abschwächte. Insbesondere Kredite zur privaten Baufinanzierung waren aufgrund des gesunkenen Zinsniveaus und besserer Aussichten auf dem Wohnimmobilienmarkt stärker gefragt. Das Neugeschäft im Bereich der privaten Baufinanzierung hat sich im Jahresverlauf 2024 sukzessive erhöht und lag 2024 insgesamt rund 23% über dem Vorjahr. Trotz dieser Steigerung war es – abgesehen vom Vorjahr – das geringste Neugeschäftsvolumen seit 2013.

Eine ähnliche Entwicklung verzeichneten auch die Sparkassen im Rheinland. Nach dem kräftigen Rückgang im Vorjahr zog das Kredit-Neugeschäft wieder deutlich an, blieb jedoch klar hinter dem Volumen früherer Jahre zurück. Im Neugeschäft mit Unternehmen und Selbständigen kam es zu einer Zunahme um 4,1 %. Die Nachfrage nach privaten Wohnungsbaukrediten stieg deutlich um 28,2 %, was jedoch nur einen Teil des Rückgangs im Vorjahr (-41,4 %) wettmachte.

Der Bestand der Kundenkredite nahm um 1,0 % zu und resultierte vor allem aus dem Kreditgeschäft mit öffentlichen Haushalten, das kräftig ausgeweitet wurde (+17,6 %). Im Firmenkundengeschäft und im Geschäft mit privaten Kunden hatte die anziehende Nachfrage bislang nur mäßige Bestandszuwächse von +0,4 % bzw. +0,1 % zur Folge.

Auf der Passivseite führte der Anstieg der Sparquote zu einer Zunahme der Einlagen von Nichtbanken bei Kreditinstituten im Inland um 4,2 % im Jahresverlauf 2024 (2023: +2,0 %). Dabei setzten sich die Umschichtungen von Sichteinlagen hin zu höher verzinsten Anlageprodukten im Gesamtjahr 2024 fort. Die Sichteinlagen von inländischen Nichtbanken nahmen nach einem Rückgang um 6,6 % im Vorjahr wieder zu (+3,5 %). Deutlichere Steigerungen gab es bei Termineinlagen (+8,6 %) sowie bei Sparbriefen, die sich nach der Vervierfachung im Vorjahr um weitere 11 % erhöhten. Zum Jahresende kehrte sich die Entwicklung jedoch teilweise um. Während die täglich fälligen Einlagen sowohl von Privatpersonen wie auch von Unternehmen stark zunahmen, kam es zu einem Rückgang bei den Sparbriefen. Insgesamt nahmen die Kundeneinlagen im Schlussquartal kräftig zu.

Auch das Einlagengeschäft der rheinischen Sparkassen war im Gesamtjahr 2024 durch kräftige Mittelzuflüsse und zinsinduzierte Umschichtungen geprägt. Der Gesamtbestand der Kundeneinlagen legte um 3,2 % zu, getrieben insbesondere durch das Privatkundengeschäft. Dabei setzte sich der Rückgang der Spareinlagen das dritte Jahr in Folge fort, während es hohe Mittelzuflüsse bei Eigenemissionen, Sparbriefen und Termineinlagen gab. Auch bei täglich fälligen Geldern, kam es nach dem Rückgang im Vorjahr wieder zu deutlichen Zuflüssen. Insgesamt reduzierte sich der Anteil der täglich fälligen Einlagen an den gesamten Kundeneinlagen jedoch weiter.

Das nicht bilanzwirksame Kunden-Wertpapiergeschäft der rheinischen Sparkassen hat sich erneut spürbar belebt. Der gesamte Wertpapierumsatz erreichte im Jahr 2024 den zweithöchsten jemals erreichten Wert. Der Nettoabsatz an Kunden ging jedoch – aufgrund eines hohen Verkaufsvolumens – deutlich zurück.

Die erste Zinswende der EZB, die das langjährige Null- bzw. Niedrigzinsumfeld beendet hatte, hatte im Jahr 2023 zu einem deutlichen Anstieg der Zinsüberschüsse geführt, ein Trend, der sich laut Bundesbank trotz der zwischenzeitlichen Leitzinssenkungen auch im Jahr 2024 noch positiv auf die Ertragssituation der Kreditinstitute mit einem starken Einlagen- und Kreditgeschäft ausgewirkt haben dürfte.

Bei den rheinischen Sparkassen ging die zentrale Ertragsquelle „Zinsüberschuss“ gegenüber dem Vorjahr leicht zurück. Beim Provisionsüberschuss konnte hingegen eine Zunahme verzeichnet werden. Auf der Aufwandsseite führten tarifliche Steigerungen zu höheren Personalkosten, während sich der deutliche Sachkostenanstieg des Vorjahres als Folge der geringeren Inflation deutlich abschwächte. Angesichts steigender Insolvenzzahlen und der allgemein schwierigen konjunkturellen Situation erhöhten die rheinischen Sparkassen die Risikovorsorge im Kreditgeschäft im abgelaufenen Jahr. Insgesamt bewegt sich diese jedoch weiterhin auf einem vergleichsweise noch moderaten Niveau.

Die zuvor getroffenen Aussagen zu der Branchenentwicklung treffen in weiten Teilen auch auf die Entwicklung der Stadtsparkasse Oberhausen zu. Im Vergleich zur Entwicklung im Rheinland insgesamt ergab sich in der Sparkasse allerdings eine noch deutlich stärkere positive Entwicklung der Kundeneinlagen, die im Kapitel 3 näher dargestellt wird.

Veränderungen der rechtlichen Rahmenbedingungen im Jahr 2024

Auch das Jahr 2024 war von weitreichenden aufsichtsrechtlichen Regulierungsmaßnahmen geprägt.

Hervorzuheben sind die Neureglungen der Capital Requirements Regulations (CRR III), die Aktualisierung der Mindestanforderungen an das Risikomanagement von Banken (8. MaRisk-Novelle), die Umsetzung der Anforderungen aus der bereits im Januar 2023 in Kraft getretenen Verordnung (EU) 2022/2554 über die digitale operationale Resilienz im Finanzsektor (Digital Operational Resilience Act, DORA) sowie das EU-Geldwäschepaket.

Im Fokus der ab dem 01. Januar 2025 umzusetzenden CRR III standen die grundlegende Überarbeitung zentraler Risikopositionsklassen bei der Ermittlung der risikogewichteten Aktiva sowie Änderungen bei den Eigenmittelanforderungen für operationelle Risiken.

Die wichtigsten Neuerungen aus der bis zum 31. Dezember 2024 umzusetzenden 8. MaRisk-Novelle betrafen die Marktpreisrisiken sowie die erstmals formulierten Anforderungen an das Risikomanagement von Kreditspreadrisiken im Anlagebuch. Deutlicher als bisher hat die Aufsicht herausgestellt, dass Kreditinstitute sowohl die kurzfristigen Auswirkungen von Zinsänderungsrisiken auf die Gewinn- und Verlustrechnung (ertragsorientierte Sicht) als auch die langfristigen Folgen dieser Risken auf die Vermögenssituation (Barwert) bewerten und steuern müssen.

Mit DORA hat die Europäische Union eine finanzsektorweite Regulierung für die Themen Cybersicherheit, Risiken der Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) und digitale operationelle Resilienz geschaffen. Die Regelungen sind ab dem 17. Januar 2025 anzuwenden und sollen wesentlich dazu beitragen, den europäischen Finanzmarkt gegenüber Cyberrisiken und IKT-Vorfällen zu stärken.

Im Juli 2024 ist das EU-Geldwäschepaket in Kraft getreten, das insbesondere die Richtlinie (EU) 2024/1640 („6. Geldwäsche – Richtlinie“) und die Verordnung (EU) 2024/1624 („Geldwäsche-Verordnung“) umfasst. Mit dem Geldwäschepaket rückt das Ziel näher, einen einheitlichen Rechtsrahmen zur Geldwäschebekämpfung innerhalb der EU zu schaffen. Sowohl die Mitgliedsstaaten als auch die Verpflichteten haben nun drei Jahre Zeit, sich auf die neuen Regelungen vorzubereiten. Des Weiteren wurde eine europäische Behörde zur Bekämpfung der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung, die „Anti-Money Laundering Authority“ (AMLA) mit Sitz in Frankfurt errichtet. Die AMLA wird Mitte 2025 ihre Tätigkeit aufnehmen.

Mit dem Ende der bisherigen Regierungskoalition ist die nationale Umsetzung der Corporate Sustainability Reporting Directive (CSRD) im Jahr 2024 nicht erfolgt. Damit besteht für das Geschäftsjahr keine CSRD-Berichtspflicht, da die EU-Richtlinie CSRD bei Nicht-Umsetzung keine unmittelbare Wirkung auf Unternehmen entfaltet. Somit gilt weiterhin der bisherige nationale Rechtsrahmen zur nicht-finanziellen Berichterstattung.

Die EU-Kommission hat am 26. Februar 2025 im Rahmen ihrer Vereinfachungsagenda das sog. Omnibuspaket zur Vereinfachung nachhaltigkeitsbezogener Anforderungen an Unternehmen vorgestellt. Dieses Paket umfasst Erleichterungen in den Bereichen Nachhaltigkeitsberichterstattung (CSRD), EU-Lieferkettengesetz (CS3D), EU-Taxonomie und CO2-Grenzausgleichmechanismus (CBAM). Die Vorschläge sind jedoch noch im ordentlichen Gesetzgebungsverfahren durch das Europäische Parlament und den Rat zu bestätigen.

Die weitere Entwicklung bleibt abzuwarten, erkennbar ist jedoch der Wille der Kommission, wirksame Erleichterungen für die berichtenden Unternehmen zu schaffen.

2. Bedeutsamste finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Folgende Kennzahlen, die der internen Steuerung dienen und in die Berichterstattung einfließen, stellen unsere bedeutsamsten finanziellen Leistungsindikatoren dar:

Kennzahlen
Gesamtkapitalquote nach CRR[1]
Kernkapitalquote nach CRR[2]
Betriebsergebnis vor Bewertung[3]
Jahresergebnis nach Steuern und Ausschüttung (ohne Effekte aus latenten Steuern) [4]
Liquiditätsdeckungsquote (Liquidity Coverage Ratio – LCR) nach CRR [5]
Strukturelle Liquiditätsquote (Net Stable Funding Ratio – NSFR) nach CRR [6]
NPL-Quote gemäß DSGV-Risikomonitoring [7]

[1] Gesamtkapitalquote nach CRR =
Verhältnis der angerechneten Eigenmittel bezogen auf die risikobezogenen Positionswerte (Adressenausfall-, operationelle, Markt- und CVA-Risiken)
[2] Kernkapitalquote nach CRR =
Verhältnis des Kernkapitals bezogen auf die risikobezogenen Positionswerte (Adressenausfall-, operationelle, Markt- und CVA-Risiken)
[3] Betriebsergebnis vor Bewertung =
Zins- und Provisionsüberschuss zuzüglich Saldo der sonstigen ordentlichen Erträge und Aufwendungen und abzüglich der Verwaltungsaufwendungen gemäß Abgrenzung des Betriebsvergleichs (bereinigt um neutrale und aperiodische Positionen)
[4] Jahresergebnis nach Steuern und Ausschüttung =
Zuführung zu den Reserven nach §§ 340f und 340g HGB, Jahresüberschuss sowie ggfs. Vorwegzuführung zur Sicherheitsrücklage (unter Herausrechnung der Veränderung der bilanzierten latenten Steuern)
[5] Liquiditätsdeckungsquote (LCR) nach CRR =
Verhältnis des Bestands an erstklassigen liquiden Aktiva zum gesamten Nettoabfluss von Barmitteln in den nächsten 30 Kalendertagen
[6] Strukturelle Liquiditätsquote (NSFR) nach CRR =
Verhältnis der – über einen Zeithorizont von einem Jahr – verfügbaren stabilen Refinanzierung zum erforderlichen Betrag an stabiler Refinanzierung
[7] NPL-Quote gemäß DSGV-Risikomonitoring
Verhältnis der notleidenden Darlehen und Kredite sowie außerbilanziellen Positionen zum Gesamtbestand der entsprechenden Positionen

Auf die Festlegung von bedeutsamsten nichtfinanziellen Leistungsindikatoren wurde verzichtet.

3. Darstellung, Analyse und Beurteilung der Geschäftsentwicklung

Die nachfolgende Übersicht zeigt wesentliche Bestandszahlen zur Geschäftsentwicklung:

	31.12.2024	31.12.2023	Veränderung	Veränderung	Anteil an der Bilanzsumme
	Mio. EUR	Mio. EUR	in Mio. EUR	in %	in %
Bilanzsumme	3.022,2	2.870,0	152,2	5,3	100,0
Geschäftsvolumen[1]	3.047,6	2.901,2	146,4	5,0	100,8
Barreserve	53,9	47,9	6,0	12,5	1,8
Forderungen an Kreditinstitute	526,6	408,8	117,8	28,8	17,4
Forderungen an Kunden / Kundenkreditvolumen[2]	2.147,7	2.096,0	51,7	2,5	71,1
Wertpapieranlagen	205,9	227,5	-21,6	-9,5	6,8
Beteiligungen / Anteilsbesitz	39,7	38,5	1,2	3,1	1,3
Sachanlagen	31,4	32,6	-1,2	-3,7	1,0
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	331,6	343,5	-11,9	-3,5	11,0
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	2.407,9	2.248,5	159,4	7,1	79,7
1. Eigenkapital	141,5	139,5	2,0	1,4	4,7

[1] Geschäftsvolumen: Bilanzsumme zuzüglich Eventualverbindlichkeiten
[2] Kundenkreditvolumen: Aktiva 4

Das Geschäftsjahr 2024 war geprägt von einem deutlichen Anstieg der Kundeneinlagen. Hervorzuheben sind dabei insbesondere folgende Aspekte, auf die wir im weiteren Verlauf näher eingehen:

- Veränderungen der Höhe sowie der Struktur der Kundeneinlagen
- Anstieg der Forderungen an Kreditinstitute als Folge der Entwicklung der Kundeneinlagen

Darüber hinaus kam es zu einem moderaten Anstieg des Kundenkreditvolumens.

Bilanzsumme und Geschäftsvolumen

Die Bilanzsumme sowie das Geschäftsvolumen haben sich im Jahr 2024 – nach einem leichten Rückgang im Vorjahr – deutlich um 152,2 Mio. EUR bzw. 146,4 Mio. EUR (= 5,3 bzw. 5,0 %) erhöht. Ursächlich für diese Entwicklung war eine massive Ausweitung der Verbindlichkeiten gegenüber Kunden. Die im Vorjahr getroffene Erwartung eines moderaten Rückgangs der Bilanzsumme ist somit nicht eingetreten.

i. Aktivgeschäft

Forderungen an Kunden / Kundenkreditvolumen

Nach der im Vorjahr zu verzeichnenden deutlichen Reduzierung der Kreditnachfrage hat diese im Jahr 2024 – insbesondere im Bereich der privaten Wohnungsbaufinanzierungen – wieder merklich angezogen.

Die Forderungen an Kunden (Aktiva 4) verzeichneten im Jahr 2024 einen spürbaren Anstieg um 51,7 Mio. EUR (= 2,5 %). Gleichzeitig kam es zu einer leichten Reduzierung der Treuhandkredite (Aktiva 9) um 1,5 Mio. EUR.

Zum Anstieg der Kundenforderungen beigetragen haben sowohl der Bereich der privaten Wohnungsbaufinanzierungen als auch die Forderungen gegenüber gewerblichen sowie öffentlichen Kreditnehmern. Unsere im Vorjahr getroffene Einschätzung bezüglich der erwarteten Entwicklung im Kreditgeschäft ist somit im Bereich der Kommunalkredite eingetreten, während die Prognose einer Seitwärtsentwicklung im Bereich des gewerblichen Kreditgeschäftes sowie bei den privaten Wohnungsbaukrediten leicht übertroffen wurde.

Das Wachstum der Forderungen an Kunden vollzog sich dabei im Wesentlichen im langfristigen Bereich.

Die Darlehenszusagen beliefen sich – ohne Berücksichtigung der o. g. Treuhandkredite – im Jahr 2024 auf 246,4 Mio. EUR und lagen damit um 15,7 % über dem Wert des Vorjahres. Die Darlehenszusagen zur Finanzierung des Wohnungsbaus erhöhten sich im Gesamtjahr deutlich um 49,8 % auf 155,0 Mio. EUR. Hierzu beigetragen hat auch ein leicht über dem Vorjahresniveau liegendes Vermittlergeschäft.

Barreserve, Forderungen an Kreditinstitute und Wertpapieranlagen

Zum Bilanzstichtag hat sich die Barreserve gegenüber dem Vorjahr um 6,0 Mio. EUR (= 12,5 %) erhöht. Gleichzeitig verminderte sich der Bestand an Wertpapieranlagen (Aktiva 5 und 6) aufgrund der Fälligkeit von Wertpapieren gegenüber dem Vorjahr um insgesamt 21,6 Mio. € (= -9,5 %) auf 205,9 Mio. €.

Demgegenüber haben sich die Forderungen an Kreditinstitute nochmals um 117,8 Mio. EUR (= 28,8 %) erhöht. Ursächlich hierfür war die Nutzung der Einlagenfazilität bei der Deutschen Bundesbank, bei der Einlagen bis zum nächsten Tag angelegt und als Forderungen an Kreditinstitute ausgewiesen werden. Insgesamt setzt sich der Bestand hauptsächlich aus bei Kreditinstituten unterhaltenen Liquiditätsreserven und kurzfristigen Geldanlagen zusammen.

Beteiligungen

Im Geschäftsjahr 2024 stieg das Volumen der Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen um 1,2 Mio. EUR auf 39,7 Mio. EUR.

Die Veränderung ergab sich aus einer Zuschreibung bei der Beteiligung an der Erwerbsgesellschaft S-Finanzgruppe GmbH & Co. KG ("Sondervermögen Berlin") i. H. v. 0,8 Mio. EUR sowie einer Erhöhung der Beteiligung an der RSL Rheinische Sparkassen Leasing Beteiligungsgesellschaft mbH & Co.KG i. H. v. 0,5 Mio. EUR. Letztgenannte resultiert aus der ersten Stufe der Kapitalerhöhung auf Ebene der RSL im Zusammenhang mit der Teilnahme an der Kapitalerhöhung der Deutschen Leasing. Diesen Effekten stand eine Reduzierung des Beteiligungsvolumens um 0,1 Mio. EUR durch den Verkauf der S-International Rhein-Ruhr GmbH gegenüber. Abschreibungen auf Beteiligungen waren nicht erforderlich.

Sachanlagen

Die Sachanlagen reduzierten sich in Folge der planmäßig vorzunehmenden Abschreibungen von 32,6 Mio. EUR auf 31,4 Mio. EUR.

ii. Passivgeschäft

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten reduzierten sich moderat um 11,9 Mio. EUR bzw. 3,5 % auf 331,6 Mio. EUR. Es handelt sich dabei größtenteils um Mittel, die der Finanzierung des langfristigen Kreditgeschäfts dienen.

Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden erhöhten sich deutlich um 159,4 Mio. EUR bzw. 7,1 % (Vorjahr: 1,1 %) auf 2.407,9 Mio. EUR. Hierbei kam es zu einem spürbaren Anstieg in allen Kundengruppen (Privatpersonen, Unternehmen sowie Öffentliche Haushalte).

Vor dem Hintergrund der unsicheren weiteren wirtschaftlichen Entwicklung bevorzugten unsere Kunden weiterhin liquide Anlageformen. Die täglich fälligen Einlagen machen nunmehr 52,1 % unserer Bilanzsumme aus. Die Spareinlagen haben sich im Jahr 2024 nochmals um 64,6 Mio. EUR bzw. 10,1 % reduziert. Im Gegenzug kam es zu einer Erhöhung der Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfristen um 123,6 Mio. EUR bzw. 93,2 %. Die im Vorjahr ausgesprochene Erwartung eines leichten Rückgangs der Einlagenbestände ist somit nicht eingetreten, während die Prognose von weiteren Bestandsverschiebungen innerhalb der Einlagenbestände erfüllt wurde.

iii. Dienstleistungsgeschäft

Das Geschäftsjahr 2024 war im Bereich der Dienstleistungen insbesondere geprägt durch das Wertpapier- sowie das Konsumentenkreditgeschäft.

Im Bereich der Konsumentenkredite konnte ein Anstieg des Vermittlungsvolumens um 2,9 Mio. EUR bzw. 18,2 % verzeichnet werden. Unsere im Vorjahr getroffene Einschätzung eines leichten Anstiegs im Jahr 2024 ist somit eingetreten.

Die Wertpapierumsätze haben sich gegenüber dem Vorjahr spürbar um 16,3 % auf einen Wert von 239,1 Mio. EUR erhöht. Die im Vorjahr getroffene Erwartung eines spürbaren Rückgangs der Bruttoabsätze im Wertpapiergeschäft wurde damit deutlich übertroffen. Hierbei kam es zu einer deutlichen Veränderung in der Struktur der Wertpapierumsätze. Während reduzierte Umsätze bei den festverzinslichen Wertpapieren zu verzeichnen waren, ergaben sich bei Aktien und insbesondere bei den Anteilen an Investmentvermögen spürbar erhöhte Umsätze.

iv. Derivate

Die derivativen Finanzinstrumente dienten ausschließlich der Sicherung der eigenen Positionen und nicht spekulativen Zwecken. Hinsichtlich der zum Jahresende bestehenden Geschäfte wird auf die Darstellung im Anhang verwiesen. Der Rückgang der beizulegenden Zeitwerte der derivativen Finanzinstrumente zum Bilanzstichtag ist maßgeblich durch das im Jahr 2024 tendenziell rückläufige Zinsniveau begründet.

4. Darstellung, Analyse und Beurteilung der Lage

4.1 Vermögenslage

Die zum Jahresende ausgewiesene Sicherheitsrücklage beträgt 136,5 Mio. EUR. Sie erhöhte sich durch die Zuführung eines Teils des Bilanzgewinns 2023 um 2,0 Mio. EUR. Insgesamt weist die Sparkasse inklusive des Bilanzgewinns 2024 vor Gewinnverwendung ein Eigenkapital von 141,5 Mio. EUR aus. Neben der Sicherheitsrücklage verfügt die Sparkasse über umfangreiche weitere aufsichtliche Eigenkapitalbestandteile. So wurde der Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB durch eine zusätzliche Vorsorge von 17,2 Mio. EUR auf 86,8 Mio. EUR erhöht. Hierin enthalten ist eine zusätzliche Vorsorge in Höhe von 7,9 Mio. EUR zur Absicherung des Risikos, das die Sparkasse während der voraussichtlich langfristigen Abwicklungsdauer der „Ersten Abwicklungsanstalt“ von 25 Jahren trägt; im Einzelnen verweisen wir auf die Angaben im Anhang zum Jahresabschluss 2024.

Die bedeutsamsten finanziellen Leistungsindikatoren für die Vermögenslage sind in der folgenden Tabelle aufgeführt:

	2024	2023
Gesamtkapitalquote nach CRR (%)	16,7 %	15,4 %
Kernkapitalquote nach CRR (%)	15,6 %	14,3 %
NPL-Quote	0,94 %	0,87 %

Die Gesamtkapitalquote gemäß Art. 92 CRR (Verhältnis der angerechneten Eigenmittel bezogen auf die anrechnungspflichtigen Positionen) beträgt am 31. Dezember 2024 16,7 % (Vorjahr 15,4 %) und übertrifft damit die aufsichtlichen Mindestanforderungen von 8,0 % gemäß CRR (zuzüglich SREP-Zuschlag sowie Kapitalerhaltungspuffer, antizyklischem Kapitalpuffer von 0,75 % der risikogewichteten Positionswerte und Systemrisikopuffer von 2,00 % für den Wohnimmobiliensektor). Die anrechnungspflichtigen Positionen zum 31. Dezember 2024 betragen 1.270,7 Mio. EUR und die aufsichtlich anerkannten Eigenmittel 212,0 Mio. EUR.

Auch die harte Kernkapitalquote und die Kernkapitalquote übersteigen die aufsichtlich vorgeschriebenen Werte deutlich. Die Kernkapitalquote beläuft sich zum 31. Dezember 2024 auf 15,6 % der anrechnungspflichtigen Positionen nach CRR (im Vorjahr: 14,3 %).

Die im Vorjahr getroffene Erwartung eines deutlichen Anstiegs der Gesamt- sowie der Kernkapitalquote ist somit eingetreten.

Die NPL-Quote als Verhältnis der notleidenden Kredite, Darlehen und außerbilanzielle Positionen zum Gesamtbestand der entsprechenden Positionen beläuft sich per Ende 2024 auf 0,94 % und hat sich damit – wie im Vorjahr prognostiziert – gegenüber dem Vorjahresende leicht um 0,07 %-Punkte erhöht.

Die Verschuldungsquote gemäß Artikel 429 CRR (Verhältnis des Kernkapitals zur Summe der bilanziellen und außerbilanziellen Positionen) beträgt am 31. Dezember 2024 6,56 % (im Vorjahr: 6,32 %) und liegt damit deutlich über der aufsichtlichen Mindestanforderung von 3,0 %. Der Anstieg der Verschuldungsquote ist hierbei nicht ganz so stark ausgefallen wie im Vorjahr prognostiziert.

Auf Grundlage unserer Kapitalplanung bis zum Jahr 2029 ist auch weiterhin eine Übererfüllung der aufsichtlichen Anforderungen an die Eigenmittelausstattung als Basis für die Umsetzung unserer Geschäftsstrategie zu erwarten.

4.2 Finanzlage

Die Zahlungsfähigkeit der Sparkasse war im abgelaufenen Geschäftsjahr aufgrund einer angemessenen Liquiditätsvorsorge jederzeit gegeben.

Die als bedeutsamer finanzieller Leistungsindikator definierte Liquiditätsdeckungsquote (Liquidity Coverage Ratio - LCR) hat sich im Jahr 2024 wie folgt entwickelt:

	2024	2023
Liquiditätsdeckungsquote (Liquidity Coverage Ratio – LCR) nach CRR (%)	198 %	182 %

Die LCR lag im Jahr 2024 mit 181 % bis 220 % deutlich oberhalb des zu erfüllenden Mindestwerts von 100 %. Die im Vorjahr formulierte Erwartung spürbar rückläufiger LCR-Quoten wurde aufgrund der positiven Entwicklung der Kundeneinlagen somit deutlich übertroffen. Zum 31. Dezember 2024 belief sich die LCR-Quote auf 198 %.

Die ebenfalls als bedeutsamer finanzieller Leistungsindikator definierte strukturelle Liquiditätsquote (Net Stable Funding Ratio – NSFR), die als Ergänzung zur kurzfristig ausgelegten LCR beurteilen soll, inwiefern die Sparkasse ihre Zahlungsfähigkeit innerhalb der nächsten 12 Monate aufrechterhalten kann, hat sich im Jahr 2024 wie folgt entwickelt:

	2024	2023
Strukturelle Liquiditätsquote (Net Stable Funding Ratio – NSFR) nach CRR (%)	145 %	135 %

Die NSFR lag im Jahr 2024 in einer Bandbreite von 134 % bis 145 %. Die im Vorjahr formulierte Erwartung leicht rückläufiger Werte, die aber weiterhin spürbar oberhalb der aufsichtlichen Mindestquote von 100 % liegen, wurde damit ebenfalls übertroffen.

Zur Erfüllung der Mindestreservevorschriften wurden Guthaben bei der Deutschen Bundesbank geführt. Dispositionslinien bestehen darüber hinaus u. a. bei der Landesbank Hessen-Thüringen. Diese wurden seitens der Sparkasse im Laufe des Jahres 2024 allerdings nicht in Anspruch genommen.

Die Sparkasse nahm 2024 am elektronischen Verfahren „MACCs (Mobilisation and Administration of Credit Claims)“ der Deutschen Bundesbank zur Nutzung von Kreditforderungen als notenbankfähige Sicherheiten teil. Das Angebot der Deutschen Bundesbank, Refinanzierungsgeschäfte in Form von Offenmarktgeschäften abzuschließen, wurde in 2024 hingegen nicht genutzt.

Die Zahlungsfähigkeit ist nach unserer Finanzplanung auch für die absehbare Zukunft gewährleistet. Deshalb beurteilen wir die Finanzlage der Sparkasse als stabil.

4.3 Ertragslage

Die wesentlichen Erfolgskomponenten der Gewinn- und Verlustrechnung laut Jahresabschluss sind in der folgenden Tabelle aufgeführt. Die Erträge und Aufwendungen sind nicht um periodenfremde und außergewöhnliche Posten bereinigt.

	31.12.2024	31.12.2023	Veränderung	Veränderung
	Mio. EUR	Mio. EUR	in Mio. EUR	in %
Zinsüberschuss[1]	58,6	52,6	6,0	11,4
Provisionsüberschuss[2]	28,2	27,4	0,8	2,9
Sonstige betriebliche Erträge	6,5	4,1	2,4	58,5
Personalaufwand	36,7	34,3	2,4	7,0
Anderer Verwaltungsaufwand	19,8	20,0	-0,2	-1,0
Sonstige betriebliche Aufwendungen[3]	4,7	4,1	0,6	14,6
Ergebnis vor Bewertung und Risikovorsorge	**32,2**	**25,7**	**6,5**	**25,3**
Ergebnis aus Bewertung und Risikovorsorge[4]	0,6	5,8	-5,2	-88,9
Zuführungen Fonds für allgemeine Bankrisiken	17,2	17,2	0,0	0,0
Ergebnis vor Steuern	**15,7**	**14,2**	**1,5**	**10,9**
Steueraufwand	10,7	9,2	1,5	16,3
Jahresüberschuss	**5,0**	**5,0**	**0,0**	**0,0**

[1] Zinsüberschuss: GuV-Posten Nr. 1 bis 4
[2] Provisionsüberschuss: GuV-Posten Nr. 5 und 6
[3] Sonstige betriebliche Aufwendungen: GuV-Posten Nr. 11, 12 und 17
[4] Ergebnis aus Bewertung und Risikovorsorge: GuV-Posten Nr. 13 bis 16

Zur Analyse der Ertragslage wird für interne Zwecke und für den überbetrieblichen Vergleich der bundeseinheitliche Betriebsvergleich der Sparkassenorganisation eingesetzt, in dem eine detaillierte Aufspaltung und Analyse des Ergebnisses unserer Sparkasse erfolgt. Zur Ermittlung eines Betriebsergebnisses vor Bewertung werden die Erträge und Aufwendungen um periodenfremde und außergewöhnliche Posten bereinigt, die in der internen Darstellung dem neutralen Ergebnis zugerechnet werden. Nach Berücksichtigung des Bewertungsergebnisses ergibt sich das Betriebsergebnis nach Bewertung. Unter Berücksichtigung des neutralen Ergebnisses und der Steuern verbleibt der Jahresüberschuss.

Die bedeutsamsten finanziellen Leistungsindikatoren für die Ertragslage sind in der folgenden Tabelle aufgeführt:

	2024	**2023**
Betriebsergebnis vor Bewertung in Mio. EUR	32,9	32,5
Jahresergebnis nach Steuern und Ausschüttung in Mio. EUR	19,6	20,1

Das Betriebsergebnis vor Bewertung lag mit 32,9 Mio. EUR um nochmals 0,4 Mio. EUR über dem Vorjahreswert. Ursächlich für diese Entwicklung waren gestiegene Zins- sowie Provisionsüberschüsse, die den Anstieg der Personalaufwendungen überkompensiert haben. Die im Vorjahr getroffene Einschätzung einer spürbar sinkenden ordentlichen Ergebnissituation ist somit nicht eingetreten.

Das Jahresergebnis nach Steuern und Ausschüttung – ohne Effekte aus latenten Steuern – belief sich im Vorjahr auf 20,1 Mio. EUR. Vor der noch ausstehenden Entscheidung der Vertretung des Trägers über die Verwendung des Jahresüberschusses beläuft sich der Wert im Geschäftsjahr mit 19,6 Mio. EUR auf einem ähnlich hohen Niveau. Die im Vorjahr prognostizierte Erwirtschaftung eines spürbar geringeren Jahresergebnisses wurde damit deutlich übertroffen.

Auf Basis der Daten der Gewinn- und Verlustrechnung haben sich die einzelnen Komponenten wie folgt entwickelt:

Im Geschäftsjahr hat sich der Zinsüberschuss als Summe der GuV-Posten Nr. 1 bis 4 nochmals spürbar um 11,4 % auf 58,6 Mio. EUR erhöht. Die Erhöhung des Zinsüberschusses ging primär auf eine marktzinsbedingte, nochmals spürbare Verbesserung des Zinsergebnisses aus Swapvereinbarungen zurück. Darüber hinaus leisteten der Anstieg der Kundeneinlagen auf der einen sowie kurzfristige Mittelanlagen bei der Zentralbank bzw. anderen Kreditinstituten auf der anderen Seite einen positiven Beitrag zum Zinsüberschuss. Auf Basis der Zahlen des Betriebsvergleiches der Sparkassen-Finanzgruppe hat sich der Zinsüberschuss um 3,7 % erhöht. Die im Vorjahr getroffene Einschätzung eines moderaten Rückgangs des Zinsüberschusses hat sich somit nicht bestätigt.

Entgegen unserer Vorjahreseinschätzung einer Seitwärtsentwicklung beim Provisionsergebnisses konnten wir in diesem Ertragsfeld eine leichte Steigerung erreichen. So konnte der Provisionsüberschuss gegenüber dem Vorjahr um 0,8 Mio. EUR bzw. 2,9 % gesteigert werden. Ursächlich hierfür sind in erster Linie Steigerungen des Provisionsertrages aus dem Wertpapiergeschäft mit Kunden.

Die sonstigen betrieblichen Erträge erhöhten sich hingegen deutlich um 58,5 % auf 6,5 Mio. EUR. Haupttreiber hierfür waren Auflösungen von Rückstellungen infolge des Todes eines ehemaligen Vorstandsmitgliedes.

Entsprechend unserer Vorjahrseinschätzung stieg der Personalaufwand deutlich um 7,0 % auf 36,7 Mio. EUR. Die Personalaufwendungen erhöhten sich insbesondere infolge der Belastung aus der zum 01. März 2024 in Kraft getretenen Tariferhöhung.

Die anderen Verwaltungsaufwendungen entwickelten sich entgegen der Erwartung eines spürbaren Anstiegs leicht rückläufig und reduzierten sich um 0,2 Mio. EUR bzw. 1,0 %. Ursächlich für die Abweichungen gegenüber der Prognose waren ursprünglich für das Geschäftsjahr geplante, aber noch nicht umgesetzte Gebäudeinvestitionen. Auf der Grundlage eines Beschlusses der zuständigen Gremien des RSGV wurde für den Aufbau des Zusatzfonds i. R. des Sparkassen-Teilfonds (vgl. Ausführungen unter 1. Grundlagen der Geschäftstätigkeit) vom voraussichtlichen anteiligen Zielvolumen im Jahr 2024 ein Betrag in Höhe von 0,8 Mio. EUR geleistet.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen als Summe der GuV-Posten 11, 12 und 17 erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um 0,6 Mio. EUR auf 4,7 Mio. EUR.

Das saldierte Ergebnis aus der Bewertung und Risikovorsorge (GuV-Posten Nr. 13 bis 16) weist – nach einem Ertrag von 5,8 Mio. EUR im Vorjahr – im Jahr 2024 einen Ertrag in Höhe von 0,6 Mio. EUR auf. Entsprechend der im Vorjahr ausgesprochenen Erwartungshaltung ergab sich als Folge der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen aus dem Kreditgeschäft ein negatives Bewertungsergebnis, während sich das Bewertungsergebnis aus den Wertpapieranlagen aufgrund der Zinsentwicklung erwartungsgemäß erneut positiv darstellte. Darüber hinaus konnte – entgegen der Vorjahresprognose – bei den Beteiligungen ebenfalls ein positives Bewertungsergebnis erzielt werden.

Der Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB wurde deutlich um 17,2 Mio. EUR aufgestockt.

Für das Geschäftsjahr 2024 war ein um 1,4 Mio. EUR auf 10,7 Mio. EUR gestiegener Steueraufwand auszuweisen. Hierin enthalten ist auch ein Aufwand von 0,4 Mio. EUR aus der Veränderung der Steuerabgrenzung nach § 274 HGB.

Die Vertretung des Trägers entscheidet nach der Feststellung des Jahresabschlusses über die Verwendung des Jahresüberschusses i. H. v. 5,0 Mio. EUR.

Die gemäß § 26a Absatz 1 Satz 4 KWG offenzulegende Kapitalrendite, berechnet als Quotient aus Nettogewinn (Jahresüberschuss) und Bilanzsumme, betrug im Geschäftsjahr 2024 0,17 %.

Gesamtaussage zum Geschäftsverlauf und zur Lage

Vor dem Hintergrund der konjunkturellen Rahmenbedingungen bewerten wir die Geschäftsentwicklung als sehr erfreulich. Dies insbesondere vor dem Hintergrund, dass die für das Jahr 2024 formulierten Ziele bzw. Planungen im Wesentlichen erreicht bzw. (oftmals deutlich) übertroffen werden konnten. Ursächlich für die positive Entwicklung von Geschäftsvolumen und Bilanzsumme war in erster Linie das überdurchschnittliche Wachstum unseres Mittelaufkommens von Kunden.

Mit der Ertragsentwicklung des Jahres 2024 ist der Vorstand insgesamt sehr zufrieden. Entgegen unserer Prognose konnten wir an das erfreuliche Betriebsergebnis vor Bewertung des Vorjahres anknüpfen und dieses sogar übertreffen, da nochmals gestiegene Zins- sowie Provisionsüberschüsse den Anstieg der Personalaufwendungen überkompensiert haben.

In Verbindung mit der weiterhin moderaten Kreditrisikovorsorge konnten wir unser wirtschaftliches Eigenkapital – noch umfangreicher als im Vorjahr prognostiziert – deutlich stärken.

C. Nachtragsbericht

Die Nachtragsberichterstattung erfolgt gemäß § 285 Nr. 33 HGB im Anhang.

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres zum 31.12.2024 haben sich nicht ergeben.

D. Risiko- und Chancenbericht

1. Risikomanagementsystem

Zur Sicherstellung der langfristigen Fortführung der Unternehmenstätigkeit auf Basis der eigenen Substanz und Ertragskraft setzt die Sparkasse ein Risikotragfähigkeitskonzept mit einer regelmäßigen Berechnung der Risikotragfähigkeit (ökonomische Perspektive) und einer Kapitalplanung (normative Perspektive) ein. Die Risikotragfähigkeit wird ergänzt um Stresstests, und es erfolgt eine prozessuale Verknüpfung mit den Strategien, der Risikoinventur und der Risikoberichterstattung.

Mit Veröffentlichung der 7. MaRisk-Novelle im Juni 2023 sind auch ESG-Risiken in das Risikomanagementsystem sukzessive zu integrieren. Die Auswirkungen von ESG-Risiken auf die Risikoarten wurden bisher überwiegend qualitativ in Form von physischen und transitorischen Szenarien untersucht und im Rahmen einer Risikoinventur berücksichtigt. Auf der Grundlage der durchgeführten Risikoinventur und der unterzeichneten „Selbstverpflichtung deutscher Sparkassen für klimafreundliches und nachhaltiges Wirtschaften“ hat die Sparkasse erste Nachhaltigkeitsgrundsätze und -ziele in die Geschäfts- und Risikostrategie aufgenommen und mit der Risikoberichterstattung verknüpft. Zusätzlich sollen die Verfahren zur Umsetzung von Szenarioanalysen u. a. hin zu einer quantitativen Betrachtung weiterentwickelt werden.

In der Geschäftsstrategie werden die Ziele des Instituts für jede wesentliche Geschäftstätigkeit sowie die Maßnahmen zur Erreichung dieser Ziele dargestellt. Die Risikostrategie umfasst die Ziele der Risikosteuerung der wesentlichen Geschäftsaktivitäten sowie die Maßnahmen zur Erreichung dieser Ziele.

Im Zentrum der Geschäftsaktivitäten der Sparkasse steht die Erwirtschaftung der benötigten Jahresüberschüsse zur Erreichung der angestrebten Eigenkapitalquoten. Einen Teilaspekt dieses Zieles stellt die rentable Nutzung des Eigenkapitals durch das bewusste Eingehen von Risiken, deren aktive Steuerung sowie die gezielte Transformation von Risiken dar. Hierbei verfolgt die Stadtsparkasse Oberhausen das Konzept der „einfachen und sicheren Sparkasse“, welches u. a. durch die Begrenzung von Kreditrisiken sowie eine konservative Vermögensanlage gekennzeichnet ist.

Ziel der Risikoinventur ist es, mindestens jährlich systematisch Risiken zu identifizieren, um deren Wesentlichkeit beurteilen zu können. Zudem werden regelmäßig quantitative und qualitative Analysen zur Bestimmung von Risiko- und Ertragskonzentrationen vorgenommen. Auf der Grundlage der zuletzt durchgeführten Risikoinventur wurden folgende Risiken in der ökonomischen und der normativen Perspektive als wesentlich eingestuft:

Risikoart	Risikokategorie
Adressenrisiko	Kundengeschäft
	Eigengeschäft
Marktpreisrisiko	Zinsänderungsrisiko
	Spreadrisiko
	Aktienrisiko
	Immobilienrisiko
Beteiligungsrisiko	
Liquiditätsrisiko	Zahlungsunfähigkeitsrisiko
	Refinanzierungskostenrisiko
Operationelles Risiko	

Für die frühzeitige Identifizierung von wesentlichen Risiken sowie von risikoartenübergreifenden Effekten wurden Indikatoren abgeleitet, die auf quantitativen oder qualitativen Merkmalen basieren.

Ziel der Ermittlung der Risikotragfähigkeit in der ökonomischen Perspektive ist die Gewährleistung des Gläubigerschutzes. Auf Basis des ermittelten ökonomischen Risikodeckungspotenzials hat der Vorstand ein Gesamtlimit abgeleitet und so auf die wesentlichen Risiken verteilt, dass eine angemessene Steuerung der Risiken ermöglicht wird. Die wesentlichen Risiken werden vierteljährlich ermittelt und den Limiten gegenübergestellt. Die bereitgestellten Limite reichten in Summe sowohl unterjährig als auch zum Bilanzstichtag aus, um die wesentlichen Risiken abzudecken. Im Berichtszeitraum wurde das Limit für Marktpreisrisiken unterjährig einmalig um 0,4 % überschritten. Als Reaktion hierauf wurde eine Limitanpassung vorgenommen, wobei der relative Anteil am Risikodeckungspotential nicht erhöht wurde.

Zur Berechnung des gesamtinstitutsbezogenen Risikos wurden für alle wesentlichen Risiken das Konfidenzniveau auf 99,9 % und der Risikobetrachtungshorizont auf ein Jahr rollierend festgelegt. Zwischen den wesentlichen Risikoarten werden keine risikomindernden Diversifikationseffekte berücksichtigt. Die Sparkasse berücksichtigt innerhalb des Adressenrisikos zwischen dem Kunden- und dem Eigengeschäft und innerhalb des Marktpreisrisikos zwischen den Risikofaktoren Zinsen, Spreads und Aktien risikomindernde Diversifikationseffekte.

Die prozentualen Anteile der Risiken sowie der Limite am Risikodeckungspotenzial stellen sich zum 31. Dezember 2024 wie folgt dar:

	Anteile am Risikodeckungspotenzial in %	
Risikoart	**Risiken**	**Limite**
Adressenrisiko	6,7	9,4
Marktpreisrisiko	19,0	25,8
Beteiligungsrisiko	2,7	3,0
Liquiditätsrisiko	11,4	14,1
Operationelles Risiko	6,4	8,0
SUMME	**46,2**	**60,3**

Die zuständige Abteilung steuert die Risiken im Rahmen der bestehenden organisatorischen Regelungen und der Limitvorgaben des Vorstands.

Ziel der Ermittlung der Risikotragfähigkeit in der normativen Perspektive ist die Fortführung der Sparkasse. Hierzu besteht ein zukunftsgerichteter Kapitalplanungsprozess bis zum Jahr 2029. Um einen Kapitalbedarf rechtzeitig identifizieren zu können, wurden Annahmen über die künftige Ergebnisentwicklung für das Planszenario sowie für ein adverses Szenario getroffen.

In der normativen Perspektive sind alle regulatorischen und aufsichtlichen Anforderungen sowie die darauf basierenden internen Anforderungen zu berücksichtigen. Relevante Steuerungsgrößen sind die Kernkapitalanforderung, die Gesamtkapitalanforderung (SREP-Gesamtkapitalanforderung, die kombinierte Pufferanforderung und die Eigenmittelempfeh-

lung) sowie die Strukturanforderungen hinsichtlich des Kapitals, die Höchstverschuldungsgrenze und die Großkreditgrenze.

Für den betrachteten Zeitraum von 5 Jahren können die aufsichtlichen Anforderungen im Planszenario vollständig erfüllt werden. Entgegen dem Planszenario wird das adverse Szenario entsprechend der aufsichtlichen Mindestanforderung für drei Jahre simuliert, da die zentralen Vorgaben (inklusive Standardparameter) der SR nur für diesen Zeitraum ausgelegt sind. Auch im Falle der Betrachtung adverser Entwicklungen, in dem jedoch nur die harten Mindestkapitalanforderungen zwingend einzuhalten sind, werden diese vollständig erfüllt.

Die der Risikotragfähigkeit zu Grunde liegenden Annahmen sowie die Angemessenheit der Methoden und Verfahren werden jährlich überprüft und bei Bedarf angepasst (Validierung).

Die Sparkasse setzt zur Steuerung der Zinsänderungsrisiken derivative Finanzinstrumente (Swapgeschäfte) ein. Sie wurden in die verlustfreie Bewertung des Bankbuches einbezogen. Daneben ist die Sparkasse an zwei Kreditbasket-Transaktionen der Sparkassen-Finanzgruppe beteiligt. Die hieraus resultierenden Kreditderivate werden sowohl in der Position des Sicherungsnehmers als auch als Sicherungsgeber gehalten. Dabei handelt es sich um in emittierte Credit Linked Notes eingebettete Credit Default Swaps. Die per 31.12.2024 bestehenden Finanzderivate können der Übersicht im Anhang zum Jahresabschluss entnommen werden.

Stresstests werden ergänzend zur Risikotragfähigkeit durchgeführt. Ziel ist die Abbildung außergewöhnlicher aber plausibel möglicher Ereignisse über Szenario- und Sensitivitätsanalysen. Als Ergebnis dieser Simulationen ist festzuhalten, dass auch bei Eintritt derartiger Ereignisse die Risikotragfähigkeit gegeben ist.

Die turnusmäßige Risikoberichterstattung an den Vorstand umfasst den Gesamtrisikobericht. Die Berichterstattung zur Geschäftslage ist in den Gesamtrisikobericht integriert. Der Bericht enthält neben quantitativen Informationen auch eine qualitative Beurteilung zu wesentlichen Positionen und Risiken. Auf besondere Risiken für die Geschäftsentwicklung und dafür geplante Maßnahmen wird gesondert eingegangen. Der Verwaltungsrat als Aufsichtsorgan der Stadtsparkasse Oberhausen hat einen Risikoausschuss gebildet, der die Grundsätze der Risikopolitik und Risikosteuerung der Sparkasse mit dem Vorstand berät. Der Risikoausschuss wird vierteljährlich über die Risikosituation auf der Grundlage des Gesamtrisikoberichts informiert. Die zentralen Aspekte aus dem Risikoreport werden dem gesamten Verwaltungsrat ebenfalls quartalsweise vorgestellt. Neben der turnusmäßigen Berichterstattung ist auch geregelt, in welchen Fällen eine Ad-hoc-Berichterstattung zu erfolgen hat.

Der Sicherung der Funktionsfähigkeit und Wirksamkeit von Steuerungs- und Überwachungssystemen (Interne Kontrollverfahren) dienen neben eingerichteten Funktionstrennungen bei Zuständigkeiten und Arbeitsprozessen auch die Tätigkeiten der Risikocontrolling-Funktion, der Compliance-Funktion und der Internen Revision.

Die Risikocontrolling-Funktion, die aufbauorganisatorisch von Bereichen, die Geschäfte initiieren oder abschließen, getrennt ist, hat die Funktion, die wesentlichen Risiken zu identifizieren, zu beurteilen, zu überwachen und darüber zu berichten. Der Risikocontrolling-Funktion obliegt die Methodenauswahl, die Überprüfung der Angemessenheit der eingesetzten Methoden und Verfahren sowie die Errichtung und Weiterentwicklung der Risikosteuerungs- und -controllingprozesse. Zusätzlich verantwortet die Risikocontrolling-Funktion die Umsetzung der aufsichtsrechtlichen und gesetzlichen Anforderungen, die Erstellung der Risikotragfähigkeitsberechnung und die laufende Überwachung der Einhaltung von Limiten. Sie unterstützt den Vorstand in allen risikopolitischen Fragen und ist an der Erstellung und Umsetzung der Risikostrategie maßgeblich beteiligt. Die Risikocontrolling-Funktion wird im Wesentlichen durch die Mitarbeiter der in der Abteilung Unternehmenssteuerung angesiedelten Gruppe Controlling wahrgenommen. Darüber hinaus werden einzelne Aufgaben (Pflege des Risikofrüherkennungsverfahrens sowie der im Kreditbereich eingesetzten Rating- und Scoring-Systeme, Verantwortung für die Ad-Hoc-Informationspflicht im Kundenkreditgeschäft) durch die Gruppe Kreditsekretariat in der Abteilung KreditService wahrgenommen. Die Leitung der Risikocontrolling-Funktion obliegt der Gruppenleitung Risikocontrolling der Abteilung Unternehmenssteuerung und ist in dieser Funktion dem Marktfolgevorstand direkt unterstellt.
Die Compliance-Funktion wirkt auf die Implementierung wirksamer Verfahren zur Einhaltung der für die Sparkasse wesentlichen rechtlichen Regelungen und Vorgaben und entsprechender Kontrollen hin. Ferner hat sie den Vorstand hinsichtlich der Einhaltung dieser rechtlichen Regelungen und Vorgaben zu unterstützen und zu beraten.

Die Interne Revision prüft und beurteilt risikoorientiert und prozessunabhängig die Wirksamkeit und Angemessenheit des Risikomanagements im Allgemeinen und des internen Kontrollsystems im Besonderen sowie die Ordnungsmäßigkeit grundsätzlich aller Aktivitäten und Prozesse. Sie ist dem Vorstand unmittelbar unterstellt und ihm gegenüber berichtspflichtig.

Verfahren zur Aufnahme von Geschäftsaktivitäten in neuen Produkten oder auf neuen Märkten (Neu-Produkt-Prozess) sind festgelegt. Zur Einschätzung der Wesentlichkeit geplanter Veränderungen in der Aufbau- und Ablauforganisation sowie den IT-Systemen bestehen Definitionen und Regelungen.

2. Strukturelle Darstellung der wesentlichen Risiken

2.1 Adressenrisiko

Unter dem Adressenrisiko wird ein Verlust in einer bilanziellen oder außerbilanziellen Position verstanden, der durch eine Bonitätsverschlechterung einschließlich Ausfall eines Schuldners bedingt ist. Dabei wird das Adressenrisiko in das Ausfall- sowie das Migrationsrisiko eines Schuldners unterteilt. Das Ausfallrisiko umfasst die Gefahr eines Verlustes, welcher aus einem drohenden bzw. vorliegenden Zahlungsausfall eines Schuldners entsteht. Das Migrationsrisiko bezeichnet die Gefahr eines Verlustes, der sich dadurch ergibt, dass sich die Bonitätseinstufung (Rating) des Schuldners verändert hat.

Das Länderrisiko umfasst neben dem bonitätsinduzierten Länderrisiko auch das politische Risiko z. B. durch einen Transferstopp. Das Länderrisiko im Sinne eines Ausfalls oder einer Bonitätsveränderung eines Schuldners ist Teil des Adressenrisikos im Kunden- bzw. Eigengeschäft. Der Schuldner kann ein ausländischer öffentlicher Haushalt oder ein Schuldner sein, der nicht selbst ein öffentlicher Haushalt ist, aber seinen Sitz im Ausland und somit in einem anderen Rechtsraum hat.

Der Value-at-Risk wird in der ökonomischen Perspektive über eine Monte-Carlo-Simulation in der Anwendung Credit Portfolio View (CPV) ermittelt. Dabei wird die Wertentwicklung der einzelnen Geschäfte in einem jeweils spezifischen ökonomischen Umfeld simuliert. Zur Bewertung werden neben den Portfoliodaten der Sparkasse Risikoparameter (z. B. Ausfallzeitreihen, Korrelationen, Migrations- und Shiftmatrizen, Verwertungs-, Neubewertungs- und Einbringungsquoten) verwendet, die aus historischen Daten aller Sparkassen ermittelt wurden. Die Risikomessung von Kunden- und Eigengeschäft erfolgt integriert.

Adressenrisiko im Kundengeschäft

Das Adressenrisiko im Kundengeschäft umfasst einerseits die Gefahr eines Verlustes durch einen drohenden bzw. vorliegenden Zahlungsausfall eines originären Kredites sowie von Eventualverbindlichkeiten wie beispielsweise Avale (Ausfallrisiko). Andererseits umfasst es auch die Gefahr, dass Sicherheiten teilweise oder ganz an Wert verlieren und deshalb zur Absicherung der Kredite nicht ausreichen oder überhaupt nicht beitragen können (Sicherheitenverwertungs- und -einbringungsrisiko).

Teil des Adressenrisikos im Kundengeschäft ist auch die Gefahr, dass sich im Zeitablauf die Bonitätseinstufung (Ratingklasse) des Kreditnehmers ändert und damit ein möglicherweise höherer Spread gegenüber der risikolosen Zinskurve berücksichtigt werden muss (Migrationsrisiko).

Die Steuerung der Adressenausfallrisiken des Kundengeschäfts erfolgt entsprechend der festgelegten Strategie unter besonderer Berücksichtigung der Größenklassenstruktur, der Bonitäten, der Branchen, der gestellten Sicherheiten sowie des Risikos der Engagements.

Der Risikomanagementprozess umfasst folgende wesentliche Elemente:

- Trennung zwischen Markt (1. Votum) und Marktfolge (2. Votum) bis in die Geschäftsverteilung des Vorstands
- regelmäßige Bonitätsbeurteilung und Beurteilung der Kapitaldienstfähigkeit auf Basis aktueller Unterlagen
- Einsatz standardisierter Risikoklassifizierungsverfahren (Rating- und Scoringverfahren) in Kombination mit bonitätsabhängiger Preisgestaltung und bonitätsabhängigen Kompetenzen
- interne, bonitätsabhängige Richtwerte für Kreditobergrenzen, die unterhalb der Großkreditgrenzen des KWG liegen, dienen der Vermeidung von Risikokonzentrationen im Kundenkreditportfolio. Einzelfälle, die diese Obergrenze überschreiten, unterliegen einer verstärkten Beobachtung
- regelmäßige Überprüfung von Sicherheiten
- Einsatz eines Risikofrüherkennungsverfahrens, das gewährleistet, dass bei Auftreten von signifikanten Bonitätsverschlechterungen frühzeitig risikobegrenzende Maßnahmen eingeleitet werden können
- festgelegte Verfahren zur Überleitung von Kreditengagements in die Intensivbetreuung oder Sanierungsbetreuung
- Berechnung der Adressenausfallrisiken für die Risikotragfähigkeit in der ökonomischen Perspektive mit dem Kreditrisikomodell „Credit Portfolio View“
- Einsatz von Sicherungsinstrumenten zur Reduzierung vorhandener Risikokonzentrationen
- Kreditportfolioüberwachung auf Gesamthausebene mittels regelmäßigem Reporting

Das Kreditgeschäft der Sparkasse gliedert sich in drei große Gruppen: Das Unternehmenskunden-, das Privatkunden- sowie das Kommunalkreditgeschäft.

Kreditgeschäft der Sparkasse	Buchforderungen	
	31.12.2024 Mio. EUR	**31.12.2023 Mio. EUR**
Unternehmenskundenkredite	845	842
Privatkundenkredite	892	880
Kommunalkredite	448	410
Sonstige Kredite[1]	35	33
Gesamt	**2.220**	**2.166**

[1] Kredite an Organisationen ohne Erwerbszweck sowie an ausländische Nichtbanken

Zum 31. Dezember 2024 wurden etwa 38 % der zum Jahresende ausgelegten Kreditmittel an Unternehmen und wirtschaftlich selbstständige Privatpersonen vergeben, 40 % an wirtschaftlich unselbstständige und sonstige Privatpersonen sowie 20 % an inländische öffentliche Haushalte. Damit weist die Stadtsparkasse Oberhausen im Vergleich zum Verbandsdurchschnitt einen stark überproportionalen Anteil an öffentlichen und korrespondierend dazu einen unterdurchschnittlichen Anteil an gewerblichen Kreditnehmern auf.

Die regionale Wirtschaftsstruktur spiegelt sich auch im Kreditgeschäft der Sparkasse wider. Die mit einem Anteil von 30,3 % mit Abstand größte (Ober-) Branche „Grundstücks- und Wohnungswesen“ setzt sich aus verschiedenen Teilbranchen zusammen, die wiederum den beiden Bereichen Gewerbe- oder Wohnungsbau zugeordnet werden können. Darüber hinaus entfallen 10,2 % auf Ausleihungen an Unternehmen im Kredit- und Versicherungswesen sowie 7,8 % auf Ausleihungen an Unternehmen der Branche Gastgewerbe.

Die Größenklassenstruktur zeigt insgesamt eine breite Streuung des Ausleihgeschäfts. 61,9 % des Gesamtkreditvolumens im Sinne des § 19 Abs. 1 KWG entfallen auf Kreditengagements mit einem Kreditvolumen bis 5,0 Mio. EUR. Der Anteil der Kreditengagements mit einem Kreditvolumen von mehr als 5,0 Mio. EUR, der sich per 31.12.2024 auf insgesamt 40 Kreditnehmer verteilt, wird maßgeblich durch den vergleichsweise hohen Anteil von Ausleihungen an inländische öffentliche Haushalte beeinflusst.

Die Kredit-Risikostrategie ist ausgerichtet auf Kreditnehmer mit guten Bonitäten bzw. geringeren Ausfallwahrscheinlichkeiten. Dies wird durch die Neugeschäftsplanung unterstützt. Hierdurch ergibt sich folgende Ratingklassenstruktur im Kundengeschäft:

Ratingklasse	**31.12.2024 Volumen in %**	**31.12.2023 Volumen in %**
1 bis 9	93,7	94,4
10 bis 15	5,1	4,5
16 bis 18	1,2	1,1

Für die Sparkasse stellt das Länderrisiko kein wesentliches Risiko dar. Zum einen ist der Anteil der Kundenkreditforderungen außerhalb Deutschlands an den gesamten Forderungen marginal. Zum anderen haben die Emittenten der erworbenen Unternehmensanleihen ihren Sitz überwiegend in der Eurozone.

Konzentrationen bestehen im Kreditportfolio im Bereich der regionalen, grundpfandrechtlichen Sicherheiten sowie hinsichtlich der Größenklassenstruktur.

Insgesamt sind wir dennoch der Auffassung, dass unser Kreditportfolio sowohl nach Branchen und Größenklassen als auch nach Ratinggruppen gut diversifiziert ist.

Zur Absicherung von Adressenausfallrisiken hat die Sparkasse 2 Einzelkreditnehmer mit einem Kreditvolumen von insgesamt 5,8 Mio. EUR in die Sparkassen-Kreditbaskets (über die Emission von Originatoren-Credit Linked Notes) eingebracht.

Risikovorsorgemaßnahmen sind für alle Engagements vorgesehen, bei denen nach umfassender Prüfung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Kreditnehmer davon ausgegangen werden kann, dass es voraussichtlich nicht mehr möglich sein wird, alle fälligen Zins- und Tilgungszahlungen gemäß den vertraglich vereinbarten Kreditbedingungen zu vereinnahmen. Bei der Bemessung der Risikovorsorgemaßnahmen werden die voraussichtlichen Realisationswerte der gestellten Sicherheiten berücksichtigt. Darüber hinaus haben wir angemessene Pauschalwertberichtigungen gebildet. Das Verfahren für die Bildung der Pauschalwertberichtigungen ist im Anhang zum Jahresabschluss erläutert.

Der Vorstand wird vierteljährlich über die Entwicklung der Strukturmerkmale des Kreditportfolios, die Einhaltung der Limite und die Entwicklung der notwendigen Vorsorgemaßnahmen für Einzelrisiken schriftlich unterrichtet. Eine ad-hoc-Berichterstattung ergänzt bei Bedarf das standardisierte Verfahren.

Die Entwicklung der Risikovorsorge in 2024 weist mit einem Bewertungsergebnis Kredit von -3,0 Mio. EUR im Vergleich zum Vorjahr eine Steigerung auf. Davon entfallen 50,8 % auf eine Einzelwertberichtigung und Rückstellungsbildung für einen Kreditnehmer. Das Risikolimit für unerwartete Adressenrisiken aus dem Kundenkreditgeschäft wurde im Jahr 2024 durchgängig eingehalten.

Adressenrisiko im Eigengeschäft

Das Adressenrisiko im Eigengeschäft umfasst die Gefahr eines Verlustes, der aus einem drohenden bzw. vorliegenden Zahlungsausfall eines Emittenten oder eines Kontrahenten (Ausfallrisiko) resultieren kann. Ebenso besteht die Gefahr, dass sich im Zeitablauf die Bonitätseinstufung (Rating) des Schuldners ändert und damit ein möglicherweise höherer Spread gegenüber der risikolosen Zinskurve berücksichtigt werden muss (Migrationsrisiko). Dabei unterteilt sich das Kontrahentenrisiko in ein Wiedereindeckungs-, ein Vorleistungs- und ein Erfüllungsrisiko. Zudem gibt es im Eigengeschäft das Risiko, dass die tatsächlichen Restwerte der Emissionen bei Ausfall von den prognostizierten Werten abweichen. Ferner beinhalten Aktien eine Adressenrisikokomponente. Diese besteht in der Gefahr einer negativen Wertveränderung aufgrund von Bonitätsverschlechterung oder Ausfall des Aktienemittenten.

Die Steuerung des Adressenrisikos des Eigengeschäfts erfolgt entsprechend der festgelegten Strategie unter besonderer Berücksichtigung der Größenklassenstruktur, der Bonitäten sowie des Risikos der Engagements.

Der Risikomanagementprozess umfasst folgende wesentliche Elemente:
- Festlegung von Limiten je Partner (Emittenten- und Kontrahentenlimite)
- Regelmäßige Bonitätsbeurteilung der Vertragspartner anhand externer Ratingeinstufungen sowie weiterer öffentlich zugänglicher Informationen
- Berechnung des Adressenausfallrisikos für die Risikotragfähigkeit in der ökonomischen Perspektive mit dem Kreditrisikomodell „Credit Portfolio View"

Die Eigengeschäfte umfassen zum Bilanzstichtag ein Volumen von 205,6 Mio. EUR (Vorjahr: 227,5 Mio. EUR). Wesentliche Positionen sind dabei die Schuldverschreibungen und Anleihen (45,4 Mio. EUR), Wertpapierspezialfonds (99,6 Mio. EUR), Immobilienspezialfonds (18,1 Mio. EUR), Aktienanlagen (5,8 Mio. EUR) und sonstige Investmentfonds (36,7 Mio. EUR). Als Folge der in der Sparkasse festgelegten Anlagerestriktionen ist die Struktur der Eigenanlagen geprägt durch öffentliche Anleihen, gedeckte Schuldverschreibungen sowie durch Inhaberschuldverschreibungen von deutschen Kreditinstituten und Unternehmensanleihen.

Die direkt durch die Sparkasse gehaltenen Schuldverschreibungen und Anleihen verfügen – mit Ausnahme der im Rahmen der Sparkassen-Kreditbaskets erworbenen Initiatoren-Credit Linked Notes – über ein Rating im Bereich des Investmentgrades. Bei den Anteilen an Wertpapierspezialfonds sowie den sonstigen Investmentfonds wird der Anteil der Positionen mit Ratings unterhalb des Investmentgrades durch die festgelegten Volumenslimite für die einzelnen Assetklassen sowie bei den Spezialfonds zusätzlich durch die definierten Wertuntergrenzen begrenzt.

Es existieren keine wesentlichen Konzentrationen hinsichtlich der Adressenausfallrisiken im Eigengeschäft.

Das Länderrisiko, das sich aus unsicheren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen eines anderen Landes ergeben kann, ist für die Sparkasse von untergeordneter Bedeutung.

Eine separate Limitierung des Adressenrisikos aus Eigenanlagen erfolgte für das Jahr 2024 nicht. Dieses wurde gemeinsam mit den Adressenrisiken aus dem Kundengeschäft zusammengefasst, deren Risikolimit in 2024 durchgängig eingehalten wurde.

2.2 Marktpreisrisiko

Das Marktpreisrisiko wird definiert als Verlust in einer bilanziellen oder außerbilanziellen Position, welcher sich aus der Veränderung von Risikofaktoren ergibt.

Für die Sparkasse weisen insbesondere das Zinsänderungs-, das Spread-, das Aktienkurs- und das Immobilienrisiko eine zentrale Bedeutung auf.

Die Steuerung der Marktpreisrisiken erfolgt entsprechend der festgelegten Strategien unter besonderer Berücksichtigung der festgelegten Limite und der vereinbarten Anlagerichtlinien für Spezialfonds.

Das festgelegte Limit für Marktpreisrisiken wurde im Jahresverlauf sowie per 31.12.2024 eingehalten. Per 30.09.2024 kam es zu einer Limitüberschreitung um 0,4 %, die hauptsächlich auf die Anwendung neuer Parameter zurückzuführen war. In Folge wurde das absolute Limit erhöht, wobei der relative Anteil des Limits am gesamten Risikodeckungspotential aufgrund des gestiegenen Risikodeckungspotentials stabil blieb.

Zinsänderungsrisiko

Das Zinsänderungsrisiko wird definiert als die Gefahr eines Verlustes in einer bilanziellen oder außerbilanziellen Position, welcher sich aus einer unerwarteten negativen Veränderung der risikolosen Zinskurve ergibt. Bestandteile des Zinsänderungsrisikos sind das Fristentransformations- und das Basisrisiko.

Das Fristentransformationsrisiko entsteht aus der Fristentransformation der Geschäfte und der Veränderung der Zinskurve. Bei der Veränderung kann es sich um eine parallele Verschiebung oder eine Drehung handeln, d. h. die Kurve wird flacher oder steiler. Die Veränderung kann sich auf die gesamte Kurve auswirken oder auf Teile davon.

Das Basisrisiko entsteht, wenn sich die Zinssätze an den identischen (oder annähernd gleichen) Stützstellen unterschiedlicher Zinskurven (ggf. auch von Kurven in verschiedenen Währungen) unterschiedlich entwickeln.

In einer periodischen Sicht bzw. in der normativen Perspektive können sich Veränderungen im Zinsüberschuss, im Bewertungsergebnis Wertpapiere sowie einer Bildung bzw. Veränderung einer Drohverlustrückstellung im Rahmen der verlustfreien Bewertung des Bankbuchs gemäß IDW RS BFA 3 n. F. ergeben. Schwankungen im Zinskonditionsbeitrag sind in die Betrachtung des Zinsänderungsrisikos in der normativen Perspektive integriert.

Der Risikomanagementprozess umfasst folgende wesentliche Elemente:

- Periodische Steuerung und normative Perspektive: Berechnungen auf Basis verschiedener Zinsszenarien mittels der von der SR entwickelten IT-Anwendungen „MPR“ und „GBS“. Betrachtung des laufenden Geschäftsjahres und der fünf Folgejahre bei der Bestimmung der Auswirkungen auf das handelsrechtliche Ergebnis
- Ökonomische Perspektive: Ermittlung des Value-at-Risk auf Basis des Varianz-Kovarianz-Ansatzes (Delta-Gamma-Ansatz) mittels der IT-Anwendung „MPR“
- Steuerung des wertorientierten Zinsänderungsrisikos auf Basis des Varianz-Kovarianz-Ansatzes. Der VaR wird mit einer Haltedauer von 250 Tagen mit einem Konfidenzniveau von 99,0 % berechnet. Zur Beurteilung des Zinsänderungsrisikos orientiert sich die Sparkasse an einer definierten Benchmark (angelehnt an die Struktur des gleitenden 10-Jahresdurchschnitts), wobei die Höhe des maximalen Risikos bei Eintritt des aufsichtsrechtlich vorgegebenen Zinsschocks von +/- 200 Basispunkten durch die Einhaltung der Obergrenze von 2,75 % der Risikoaktiva determiniert wird. Abweichungen zeigen ggf. einen Bedarf an Steuerungsmaßnahmen auf und dienen als zusätzliche Information für zu tätigende Geschäfte. Darüber hinaus wird die Kennzahl „Zinsbuchhebel“ betrachtet.
- Ermittlung der wert- und ertragsorientierten Perspektive auf Basis der DelVO (EU) 2024/856 und der DelVO (EU) 2024/857 jeweils vom 1. Dezember 2023
- Berücksichtigung von Risiken aus Fonds nach dem Durchschauprinzip

Zur Absicherung von Zinsänderungsrisiken wurden derivative Finanzinstrumente in Form von Zinsswaps eingesetzt (vgl. Angaben im Anhang zum Jahresabschluss).

Die Sparkasse berechnet die aufsichtlichen sechs IRRBB-Szenarien (Interest Rate Risk in the Banking Book). Die Auswirkungen bewegen sich zwischen -14,6 Mio. EUR bzw. -7,4 % des Kernkapitals (+200 Basispunkte) und +3,9 Mio. EUR bzw. 2,0 % des Kernkapitals (Kurzfristzins-Abwärtsschock) Barwertveränderung zum 31. Dezember 2024. In der ertragsorientierten Perspektive, in der der Nettozinsertrag aus den beiden Zinsschockszenarien von + bzw. -200 Basispunkte mit einem Basisszenario gleichbleibender Zinsen verglichen wird, ergeben sich zum 31. Dezember 2024 Auswirkungen in Höhe von -4,9 Mio. EUR bzw. -2,5 % des Kernkapitals (+200 Basispunkte) und 2,3 Mio. EUR bzw. 1,2 % des Kernkapitals (-200 Basispunkte).

Konzentrationen bestehen bei den Zinsänderungsrisiken in folgenden Bereichen:

- Laufzeitstruktur des Zinsbuches hinsichtlich möglicher Konzentrationen oder Ungleichverteilungen des Cashflows auf einzelne Laufzeitbänder.
- Anteil des Strukturbeitrages (= Ergebnis aus der Fristentransformation) am Zinsüberschuss

Um diese Konzentrationen zu begrenzen, werden Steuerungsmaßnahmen zur Anpassung bzw. Aussteuerung von Cashflow-Überhängen abgeschlossen, um die angestrebte Benchmarkstruktur mit einem entsprechenden Hebel zu erreichen.

Der Zinsrückgang im Jahr 2024 führte zu deutlich gestiegenen Bar- und Marktwerten zinstragender Geschäfte, die in die Bewertung des Zinsbuchs gemäß IDW RS BFA 3 n. F. eingehen. Zinsanstiege erhöhen das Risiko eines Verpflichtungsüberschusses und damit das Risiko zur Bildung einer Drohverlustrückstellung in künftigen Jahresabschlüssen.

Spreadrisiko

Das Spreadrisiko wird definiert als die Gefahr eines Verlustes in einer bilanziellen oder außerbilanziellen Position, welcher sich aus der Veränderung von Spreads bei gleichbleibendem Rating ergibt. Dabei wird unter einem Spread die Differenz zu einer risikolosen Zinskurve verstanden. Der Spread ist unabhängig von der zu Grunde liegenden Zinskurve zu sehen, d. h. ein Spread in einer anderen Währung wird analog einem Spread in Euro behandelt.

Der Risikomanagementprozess umfasst folgende wesentliche Elemente:
- Ökonomische Perspektive: Ermittlung des Value-at-Risk auf Basis des Varianz-Kovarianz-Ansatzes (Delta-Gamma-Ansatz) mittels der IT-Anwendung „MPR“
- Berücksichtigung von Risiken aus Fonds nach dem Durchschauprinzip

Eine Risikokonzentration besteht in der Höhe des Spreadrisikos. Dies ist auf die vorliegende Depot A-Struktur zurückzuführen, die zu 31,4 % in ungedeckte Titel (Unternehmensanleihen und Bankschuldverschreibungen) investiert ist und somit entsprechend auf Creditspreadausweitungen reagieren würde. Die Sparkasse hat Volumenlimite für die unterschiedlichen Assetklassen und Emittenten/Kontrahenten festgelegt, um eine Risikostreuung zu erzielen.

Aktienrisiko

Das Aktienrisiko wird definiert als die Gefahr eines Verlustes in einer bilanziellen oder außerbilanziellen Position, welche sich aus der Veränderung von Aktienkursen ergibt. Neben dem Marktpreisrisiko beinhalten Aktien auch eine Adressenrisikokomponente.

In der normativen Perspektive umfasst das Aktienrisiko darüber hinaus das Risiko, dass Dividendenerträge nicht in der erwarteten Höhe erzielt werden können.

Der Risikomanagementprozess umfasst folgende wesentliche Elemente:
- Ökonomische Perspektive: Ermittlung des Value-at-Risk auf Basis des Varianz-Kovarianz-Ansatzes (Delta-Gamma-Ansatz) mittels der IT-Anwendung „MPR“
- Berücksichtigung von Risiken aus Fonds nach dem Durchschauprinzip

Der sukzessive Aufbau eines Aktienbestandes über den regelmäßigen Kauf eines ETF wurde in 2024 fortgeführt. Per 31.12.2024 beträgt das Volumen 4,0 Mio. EUR. Zudem wurden im Rahmen der Liquidation einer Beteiligungsgesellschaft im Jahr 2019 entsprechende Aktien von der Beteiligungsgesellschaft an die Sparkasse ausgekehrt und in den Direktbestand übernommen (Buchwert per 31.12.2024 1,8 Mio. EUR).

Immobilienrisiko

Das Immobilienrisiko wird definiert als die Gefahr eines Verlustes in einer bilanziellen oder außerbilanziellen Position, welcher sich aus der Veränderung von Marktwerten aus Immobilien ergibt. Immobilieninvestitionen umfassen sowohl Direktinvestitionen (Renditeobjekte, Rettungserwerb) als auch indirekte Investitionen (Immobilienfonds, Beteiligungen in Immobiliengesellschaften).

In der normativen Perspektive umfasst das Immobilienrisiko darüber hinaus das Mietertragsrisiko aus eigenen, fremdgenutzten Immobilien.

Immobilieninvestitionen unter Renditegesichtspunkten erfolgen primär über die 100-%ige Tochtergesellschaft S-Immobilien Oberhausen GmbH, die die Aufgabe hat, einen eigenen und selbst verwalteten Immobilienbestand aufzubauen sowie Grundstücke zu entwickeln und zu vermarkten.

Weitere Immobilieninvestitionen erfolgen über vier Immobilienfonds mit einem Gesamtzeichnungsvolumen in Höhe von 19,2 Mio. EUR, die per 31.12.2024 in voller Höhe abgerufen wurden.

Der Risikomanagementprozess umfasst folgende wesentliche Elemente:
- Ökonomische Perspektive: Ermittlung des Value-at-Risk auf Basis des Varianz-Kovarianz-Ansatzes (Delta-Normal-Ansatz) mittels der von der SR bereitgestellten IT-Anwendung „caballito“
- Berücksichtigung von Risiken aus Fonds nach dem Durchschauprinzip

Besondere Risiken sind aus den Anlagen derzeit nicht erkennbar.

2.3 Liquiditätsrisiko

Das Liquiditätsrisiko setzt sich aus dem Zahlungsunfähigkeits- und dem Refinanzierungskostenrisiko zusammen. Das Liquiditätsrisiko umfasst in beiden nachfolgend definierten Bestandteilen auch das Marktliquiditätsrisiko. Dieses ist das Risiko, dass aufgrund von Marktstörungen oder unzulänglicher Markttiefe Finanztitel an den Finanzmärkten nicht zu einem bestimmten Zeitpunkt und/oder nicht zu fairen Preisen gehandelt werden können.

Das Zahlungsunfähigkeitsrisiko stellt die Gefahr dar, Zahlungsverpflichtungen nicht in voller Höhe oder nicht fristgerecht nachzukommen.

Das Refinanzierungskostenrisiko bildet die Gefahr ab, dass die Refinanzierungskosten über der in der Planung angesetzten Höhe liegen. Dies kann auf der Schwankung des institutseigenen Spreads sowie aus der unerwarteten Veränderung der Refinanzierungsstruktur beruhen.

Das Refinanzierungskostenrisiko in der ökonomischen Perspektive ergibt sich aus der negativen Veränderung des Liquiditätsbeitrages aufgrund von marktbedingten Spreadschwankungen.

In der normativen Perspektive wird die GuV-Auswirkung des Refinanzierungskostenrisikos in Form höherer Zinsaufwendungen abgebildet. Aufgrund des Einflusses von Bilanzbeständen und der Zinsentwicklung wird das Refinanzierungskostenrisiko zusammen mit dem Zinsänderungsrisiko betrachtet.

Die Steuerung der Liquiditätsrisiken erfolgt entsprechend der festgelegten Strategie.

Der Risikomanagementprozess umfasst folgende wesentliche Elemente:
- Regelmäßige Ermittlung und Überwachung der Liquiditätsdeckungsquote (LCR)
- Regelmäßige Ermittlung und Überwachung der strukturellen Liquiditätsquote (NSFR)
- Regelmäßige Ermittlung der Survival Period und Festlegung einer Risikotoleranz mittels der von der SR entwickelten IT-Anwendung „SVP-Rechner“
- Diversifikation der Vermögens- und Kapitalstruktur
- Regelmäßige Erstellung von Liquiditätsübersichten auf Basis einer hausinternen Liquiditätsplanung, in der die erwarteten Mittelzuflüsse den erwarteten Mittelabflüssen gegenübergestellt werden
- Tägliche Disposition der laufenden Konten
- Liquiditätsverbund mit Verbundpartnern der Sparkassenorganisation
- Definition eines sich abzeichnenden Liquiditätsengpasses sowie eines Notfallplans
- Erstellung einer Refinanzierungsplanung
- Ökonomische Perspektive: Ermittlung des Value-at-Risk auf Basis des Varianz-Kovarianz-Ansatzes (Delta-Normal-Ansatz) mittels der von der SR entwickelten IT-Anwendung „RKR“
- Regelmäßige Überwachung der Fundingkonzentration zur Ermittlung und Begrenzung des Anteils einzelner Kontrahenten an der Gesamtrefinanzierung

Unplanmäßige Entwicklungen, wie z. B. vorzeitige Kündigungen sowie Zahlungsunfähigkeit von Geschäftspartnern, werden dadurch berücksichtigt, dass im Rahmen der Risiko- und Stressszenarien sowohl ein Abfluss von Kundeneinlagen als auch eine erhöhte Inanspruchnahme offener Kreditlinien simuliert wird.

Die Survival Period der Sparkasse beträgt zum 31. Dezember 2024 16 Monate.

Konzentrationen bestehen bei dem Liquiditätsrisiko in folgenden Bereichen:
- Hoher Anteil von lediglich kurzfristig gebundenen Bilanzpassiva als Hauptrefinanzierungsquelle
- Existenz hoher Einzelkundeneinlagen
- Volumen der Wertpapiereigenanlagen in ungedeckten Finanzinstrumenten (Unternehmensanleihen und Bankschuldverschreibungen), die bei Bedarf ggf. schwieriger zu liquidieren sind
- Längerfristige Stützstellen (6 & 10 Jahre) zur Abbildung des Refinanzierungskostenrisikos

Zur Begrenzung dieser Konzentrationen erfolgt zum einen eine regelmäßige Auswertung über die Größenklassenstruktur der Kundeneinlagen. Zur Begrenzung des Refinanzierungskostenrisikos und zur weiteren Diversifikation der Refinanzierungsquellen treibt die Sparkasse zum anderen die Erschließung alternativer Refinanzierungsquellen voran. Hierzu wurden in 2024 die grundsätzlichen Voraussetzungen zur Nutzung einer Refinanzierung über das sogenannten Pfandbrief-Pooling mit der Landesbank Baden-Württemberg geschaffen. Des Weiteren hat die Sparkasse in ihrer Organisationsrichtlinie für Wertpapiereigenanlagen höhere Volumenslimite für gedeckte Schuldverschreibungen, die über eine vergleichsweise hohe Marktliquidität verfügen, definiert.

Die Zahlungsfähigkeit der Sparkasse war im Geschäftsjahr jederzeit gegeben.

Das festgelegte Limit für das Liquiditäts-/Refinanzierungskostenrisiko wurde im Jahresverlauf sowie per 31.12.2024 durchgängig eingehalten.

2.4 Operationelles Risiko

Das operationelle Risiko bedeutet die Gefahr eines Verlustes durch Schäden, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Mitarbeitern, der internen Infrastruktur oder in Folge externer Einflüsse eintreten.

Die Steuerung der operationellen Risiken erfolgt entsprechend der festgelegten Strategie.

Der Risikomanagementprozess umfasst folgende wesentliche Elemente:
- Jährliche Schätzung von operationellen Risiken auf Basis der szenariobezogenen Schätzung von risikorelevanten Verlustpotenzialen aus der IT-Anwendung „OpRisk-Szenarien"
- Systematische Sammlung und Analyse eingetretener Schadensfälle in einer Schadensfalldatenbank
- Periodische Steuerung und normative Perspektive: Berücksichtigung im adversen Szenario
- Ökonomische Perspektive: Ermittlung des Value-at-Risk auf Basis IT-Anwendung „OpRisk-Schätzverfahren“
- Erstellung von Notfallplänen, insbesondere im Bereich der IT

Im Bereich der operationellen Risiken wurden keine wesentlichen Konzentrationen identifiziert.

Das festgelegte Limit für operationelle Risiken wurde im Jahresverlauf sowie per 31.12.2024 durchgängig eingehalten.

2.5 Beteiligungsrisiko

Das Beteiligungsrisiko umfasst die Gefahr eines Verlustes durch eine negative Wertänderung einer Beteiligung.

Je nach Beteiligungsart unterscheidet man nach dem Risiko aus strategischen Beteiligungen, Funktionsbeteiligungen und Kapitalbeteiligungen.

Die Steuerung der Beteiligungsrisiken erfolgt entsprechend der festgelegten Strategie.

Der Risikomanagementprozess umfasst folgende wesentliche Elemente:
- Rückgriff auf das Beteiligungscontrolling des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes für die Verbundbeteiligungen
- In der normativen Perspektive wird die Auswirkung auf aufsichtliche Quoten durch Beteiligungen berücksichtigt.
- Ökonomische Perspektive: Ermittlung des Value-at-Risk auf Basis einer Szenarioanalyse
- Regelmäßige Auswertung und Beurteilung der Jahresabschlüsse der Beteiligungsunternehmen

Wertansätze für Beteiligungsinstrumente zum 31. Dezember 2024:

Gruppen von Beteiligungsinstrumenten	**Buchwert Mio. EUR**
Strategische Beteiligungen	32,7
Funktionsbeteiligungen	0,5
Kapitalbeteiligungen	6,5

Das Beteiligungsportfolio besteht vorwiegend aus strategischen Beteiligungen innerhalb der Sparkassen-Finanzgruppe. Daneben bestehen weitere Beteiligungen, die zur Förderung des Geschäftsgebietes sowie unter Renditegesichtspunkten gehalten werden. Hierzu gehört insbesondere die 100-%ige Tochtergesellschaft S-Immobilien Oberhausen GmbH, die die Aufgabe hat, einen eigenen und selbst verwalteten Immobilienbestand aufzubauen sowie Grundstücke zu entwickeln und zu vermarkten.

Eine Konzentration besteht im Beteiligungsportfolio insbesondere aufgrund der Bündelung strategischer Verbundbeteiligungen. Eine faktische Begrenzung dieser Konzentrationen ist kaum möglich.

Das festgelegte Limit für das Beteiligungsrisiko wurde im Jahresverlauf sowie per 31.12.2024 durchgängig eingehalten.

3. Chancenbericht

Die Chancen für unsere geschäftliche Entwicklung sind eng mit der Entwicklung des geopolitischen und wirtschaftlichen Umfelds verknüpft. Sofern sich dieses positiv entwickelt, erwarten wir auch eine Ausweitung der Nachfrage nach Krediten für den Wohnungsbau sowie eine steigende Investitionsbereitschaft von Unternehmen. Dies würde sich positiv auf unseren Zinsüberschuss auswirken.

Die Chance auf eine Stabilisierung bzw. Steigerung unserer Ertragskraft wollen wir nutzen, indem wir künftig unser Geschäft mit privaten und gewerblichen Kunden mit zusätzlichen Produkten und Dienstleistungen rund um das Thema „Nachhaltigkeit“ ausbauen. Große Chancen sehen wir hierbei auch in den notwendigen Transformationsfinanzierungen hin zu einer nachhaltigen und CO2-armen Wirtschaft und Energienutzung. Dies betrifft gewerbliche und private Kunden gleichermaßen.

Darüber hinaus arbeiten wir laufend daran, unsere Prozesse zu optimieren.

Die im Zusammenhang mit den derzeitigen Überlegungen über eine Reform der Schuldenbremse sowie die Schaffung eines Infrastruktur-Sondervermögens eingetretene Zinsentwicklung an den Geld- und Kapitalmärkten scheint eine Normalisierung der Zinsstrukturkurve einzuleiten. Hierin sehen wir Chancen, wieder Erträge aus Fristentransformation zu generieren.

Darüber hinaus wollen wir Chancen nutzen, indem wir neben der Filialpräsenz in der Fläche und der flächendeckend angebotenen SB-Technik die digitalen Vertriebskanäle weiter ausbauen.

4. Gesamtbeurteilung der Risikolage

Unser Haus verfügt über ein dem Umfang der Geschäftstätigkeit entsprechendes System zur Steuerung, Überwachung und Kontrolle der vorhandenen Risiken gemäß § 25a KWG. Durch das Risikomanagement und -controlling der Sparkasse können frühzeitig die wesentlichen Risiken identifiziert und gesteuert sowie Informationen an die zuständigen Entscheidungsträger weitergeleitet werden.

In 2024 bewegten sich die Risiken im Wesentlichen innerhalb der vom Vorstand vorgegebenen Limite. Lediglich an einem Stichtag kam es zu einer marginalen Überschreitung des Marktpreisrisikolimits um 0,4 %. Das Risikotragfähigkeitslimit (ökonomische Perspektive) war am Bilanzstichtag mit 76,7 % ausgelastet. Die Mindestanforderungen an die Einhaltung aufsichtlicher Kenngrößen der normativen Perspektive der Risikotragfähigkeit wurden sowohl im Planszenario als auch unter der Berücksichtigung adverser Entwicklungen vollständig erfüllt. Demnach war und ist die Risikotragfähigkeit derzeit gegeben. Die durchgeführten Stresstests zeigen, dass auch außergewöhnliche Ereignisse durch das vorhandene Risikodeckungspotenzial abgedeckt werden können.

Risiken der künftigen Entwicklung bestehen insbesondere in einer für die Ertragslage ungünstigen Zinsentwicklung, im Fall einer sich weiter eintrübenden Konjunktur, aufgrund des zu beobachtenden stetigen Wachstums im Bereich der Cyber-Kriminalität, hinsichtlich der zunehmenden regulatorischen Anforderungen wie auch bezüglich der steigenden Eigenkapitalanforderungen. Auf Basis der durchgeführten Kapitalplanung ist allerdings sowohl bei den bestehenden als auch unter Berücksichtigung der erwarteten, aufsichtsrechtlich tendenziell weiter steigenden Eigenmittelanforderungen bis zum Ende des Planungshorizonts keine Einschränkung der Risikotragfähigkeit zu erwarten.

Die Sparkasse nimmt am Risikomonitoring des Verbands teil. Die Erhebung erfolgt dreimal jährlich. Dabei werden die wichtigsten Risikomesszahlen auf Verbandsebene ausgewertet und die Entwicklungen beobachtet. Jede Sparkasse wird insgesamt bewertet und einer von vier Monitoringstufen zugeordnet. Die Sparkasse ist der besten Bewertungsstufe zugeordnet.

Insgesamt beurteilen wir unsere Risikolage als ausgewogen.

E. Prognosebericht

Die nachfolgenden Einschätzungen haben Prognosecharakter. Sie stellen unsere Einschätzungen der wahrscheinlichsten künftigen Entwicklung auf Basis der uns zum Zeitpunkt der Erstellung des Lageberichts zur Verfügung stehenden Informationen dar. Da Prognosen mit Unsicherheit behaftet sind bzw. sich durch die Veränderungen der zugrundeliegenden Annahmen als unzutreffend erweisen können, ist es möglich, dass die tatsächlichen künftigen Ergebnisse gegebenenfalls deutlich von den zum Zeitpunkt der Erstellung des Lageberichts getroffenen Erwartungen über die voraussichtlichen Entwicklungen abweichen.

Der Prognosezeitraum umfasst das auf den Bilanzstichtag folgende Geschäftsjahr.

Als Risiken im Sinne des Prognoseberichts werden künftige Entwicklungen oder Ereignisse gesehen, die zu einer für die Sparkasse negativen Prognose- bzw. Zielabweichung führen können.

Als Chancen im Sinne des Prognoseberichts werden künftige Entwicklungen oder Ereignisse gesehen, die zu einer für die Sparkasse positiven Prognose- bzw. Zielabweichung führen können.

Alle Angaben in diesem Prognosebericht basieren auf den Ergebnis-, Kapital- und Liquiditätsplanungen im Rahmen unserer internen Planungs- und Risikomanagementverfahren.

1. Ausblick 2025

Die ohnehin fragile geopolitische Lage hat sich seit der US-Präsidentschaftswahl weiter verschärft. Große Unsicherheit besteht insbesondere hinsichtlich der Handelspolitik und des außen- und verteidigungspolitischen Kurses. Der Krieg in der Ukraine dauert an, während Gespräche zwischen Russland und den USA über die Zukunft der Ukraine und die Finanzierung des Wiederaufbaus neue Besorgnis auslösen.

Der Internationale Währungsfonds (IWF) rechnet vor diesem Hintergrund mit einem vergleichbaren Wachstum der Weltwirtschaft wie im vergangenen Jahr. In seiner jüngsten Prognose hat der IWF seine Wachstumserwartung für die Weltproduktion (BIP) im laufenden Jahr 2025 um 0,1 Prozentpunkte auf 3,3 % angehoben und prognostiziert einen Anstieg des Welthandels um 3,2 % (2024: +3,4 %). Im Folgejahr erwartet der IWF eine unveränderte BIP-Wachstumsrate von 3,3 % und eine weitere Zunahme des Welthandels um 3,3 % im Jahr 2026.

Für Deutschland fällt der Ausblick verhaltener aus. Die Prognosen der großen deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute vom Dezember 2024 reichten von einer Stagnation der Wirtschaft (IfW) bis zu einem Anstieg des Bruttoinlandsprodukts (BIP) um +0,6 % (RWI). Für das Jahr 2026 erwarten die Wirtschaftsforscher ein leicht höheres Wachstum zwischen 0,8 % und 1,5 %.

Die stark exportorientierte deutsche Wirtschaft steht vor wachsenden internationalen Herausforderungen – darunter die zunehmende Konkurrenz in Schlüsselbranchen und protektionistische Tendenzen, insbesondere in den USA. Die künftige Handelspolitik ihres größten Handelspartners, insbesondere im Hinblick auf Zölle und andere Handelshemmnisse, ist dabei von besonderer Bedeutung. Forschungsinstitute prognostizieren eine weitgehende Stagnation der Exporte (-0,9 % bis +1 %) und eine leichte Zunahme der Importe um 0,8 % bis 2,9 %. Der Außenhandel dürfte das BIP-Wachstum damit reduzieren, die Prognosen liegen hier bei -0,6 bzw. -0,7 Prozentpunkten.

Über die direkten wirtschaftlichen Risiken für die deutsche Außenwirtschaft hinaus, wirkt sich die angespannte geopolitische Lage auch indirekt negativ aus. Die zunehmende Verunsicherung von Privatpersonen und Unternehmen belastet sowohl den inländischen Konsum als auch langfristige Investitionsentscheidungen. Gerade letztere werden zudem durch die Unsicherheit über die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen nach der Bundestagswahl erschwert.

Die Leitzinssenkungen der EZB – zuletzt am 06.03.2025 – haben in diesem Umfeld nur begrenzte Wirkung. Zwar können niedrigere Zinsen Investitionen von Unternehmen und Haushalten (Stichwort Wohneigentum) begünstigen, doch sie kompensieren nicht die strukturellen Herausforderungen der deutschen Wirtschaft. Hohe Energiepreise, der demografische Wandel, die digitale Transformation, notwendige Klimaschutzmaßnahmen und eine hohe Bürokratiebelastung bleiben zentrale Belastungsfaktoren.

Die Stimmungslage in der deutschen Wirtschaft blieb vor diesem Hintergrund auch zu Jahresbeginn 2025 von Skepsis geprägt, wie der ifo-Geschäftsklimaindex mit 85,2 Punkten im Januar und Februar 2025 zeigte. Während die Unternehmen etwas unzufriedener mit den laufenden Geschäften waren, hellten sich die Erwartungen aber leicht auf, insbesondere im Verarbeitenden Gewerbe. Lediglich die Dienstleistungsunternehmen blickten im Februar etwas skeptischer in die Zukunft. Allerdings beurteilten nach wie vor mehr Unternehmen in diesem Wirtschaftsbereich ihre aktuelle Geschäftslage eher positiv als negativ. In allen anderen Sektoren dagegen verharrte der entsprechende Indikator weiterhin tief im Minus.
Die Industrieproduktion erreichte im Dezember 2024 – nach dem Rückgang um 4,9 % im Gesamtjahr 2024 – den niedrigsten Stand seit Mai 2020. Der anhaltende Abwärtstrend setzte sich damit fort.

Bei den Auftragseingängen im Verarbeitenden Gewerbe gibt es am aktuellen Rand – trotz eines Rückgangs im Gesamtjahr 2024 – Anzeichen für eine Stabilisierung. Eine deutliche Trendwende zeichnete sich allerdings zum Jahreswechsel nicht ab.

Bei den Bauinvestitionen prognostizieren alle großen deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute eine nominale Zunahme der Bauinvestitionen (nach einem Rückgang im Vorjahr). Inflationsbereinigt ergibt sich daraus jedoch weiterhin ein Rückgang um -0,8 % bis -1,2 %. Im darauffolgenden Jahr erwarten die Institute dann auch eine reale Zunahme (zwischen 1,3 % und 2,9 %). Die Baukonjunktur wird nach wie vor durch die hohen Baukosten belastet. Zwar hat sich der Anstieg deutlich verlangsamt, doch das Niveau bleibt aufgrund der starken Steigerungen in den Vorjahren hoch. Während in den vergangenen Jahren insbesondere die Materialkosten teils drastisch stiegen, wirken inzwischen die Arbeitskosten stärker preistreibend, ein Effekt, der sich durch den Fachkräftemangel weiter verstärken dürfte, insbesondere bei steigender Nachfrage. Sowohl von den Ausrüstungs- wie auch den Bauinvestitionen erwarten die großen Wirtschaftsforschungsinstitute im laufenden Jahr 2025 daher keine bzw. leicht negative Wirkungen auf das gesamtwirtschaftliche Wachstum.

Positive Wachstumsimpulse werden dagegen von den Staatsausgaben erwartet, wobei die Prognoseunsicherheit angesichts der politischen Übergangszeit vor und nach der Bundestagswahl in diesem Jahr besonders hoch ist und sich inzwischen höhere Staatsausgaben insbesondere für Verteidigung und Infrastruktur abzeichnen.

Ein Wachstumsimpuls (0,4 – 0,5 Prozentpunkte) wird im laufenden Jahr auch von den privaten Konsumausgaben erwartet, die mäßig (< 1 %) zulegen dürften.

Zwar dürften Reallohnsteigerungen aufgrund höherer Tariflöhne und der nachlassenden Inflation einen positiven Einfluss haben. Allerdings wirken sich die zunehmende Arbeitslosigkeit und die allgemein schlechtere Stimmungslage dämpfend aus. Die Verbraucher hatten sich daher – nach einer temporären Aufhellung der Stimmungslage im ersten Halbjahr 2024 – in den letzten Monaten wieder skeptischer geäußert. Der GfK-Konsumklimaindex entwickelte sich zu Jahresbeginn zweimal in Folge rückläufig; während die Sparneigung steigt, werden größere Anschaffungen zurückgestellt.

Auf dem Arbeitsmarkt schlägt sich die eingetrübte Wirtschaftslage inzwischen in einer steigenden Arbeitslosigkeit sowie einer rückläufigen Nachfrage nach Arbeitskräften nieder. Für das Gesamtjahr 2025 erwarten die großen deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute mehrheitlich einen moderaten Anstieg der Arbeitslosenquote auf 6,1 % bis 6,3 % und erstmals seit mehreren Jahren wieder einen Rückgang bzw. eine Stagnation der Zahl der Erwerbstätigen (-0,2 % bis 0 %).

Nach dem deutlichen Rückgang der Inflationsrate im Jahr 2024, gehen die Wirtschaftsforschungsinstitute in ihren Prognosen davon aus, dass der Anstieg der Verbraucherpreise in Deutschland 2025 mit +2,0 % bis +2,3 % ähnlich ausfallen wird wie im Vorjahr und im Folgejahr mit +1,9 % bis +2,2 % noch etwas geringer sein wird. Damit würde die Inflationsrate ungefähr der EZB-Zielmarke von 2 % entsprechen.

Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen verharrte zu Jahresbeginn auf hohem Niveau. Daraufhin weist der IWH-Insolvenztrend hin, der gegenüber November/Dezember unverändert blieb, jedoch 24 % über dem Wert vor einem Jahr lag und 49 % über dem durchschnittlichen Januarwert der Vor-Corona-Jahre 2016 bis 2019.

Auch zu Jahresbeginn 2025 bleiben alle Einschätzungen zu den wirtschaftlichen Aussichten mit einer hohen Unsicherheit behaftet. Zu den bestehenden Risiken (insbesondere Ukraine, Nahostkonflikt) sind weitere hinzugekommen. Darüber hinaus steht die deutsche Wirtschaft unverändert vor strukturellen Herausforderungen. Wie eine neue Bundesregierung darauf reagieren wird, wird sich erst im weiteren Jahresverlauf zeigen.

Die EZB hat die Leitzinsen Anfang März 2025 zum sechsten Mal in Folge gesenkt. Es gab im Vorfeld der Zinsentscheidung Äußerungen, dass sich die Leitzinsen womöglich bereits in der Nähe des neutralen Zinsniveaus befinden. In der Presseerklärung der EZB zur Leitzinssenkung am 6. März 2025 hat sich die Wortwahl entsprechend geändert: es ist nun die Rede davon, dass die Geldpolitik spürbar weniger restriktiv wird.

Im bisherigen Jahr 2025 haben sich die Zinsen am Geldmarkt leicht rückläufig entwickelt. Am Kapitalmarkt war bei den zehnjährigen Bundesanleihen in Folge der Diskussionen um das geplante Finanzpaket für Infrastruktur und Verteidigung ein spürbarer Anstieg der Renditen festzustellen. Die Renditen der 10-Jährigen Bundesanleihen lagen zum Jahresbeginn bei 2,36 % und bis zum 21.03.2025 bei 2,76 %.

Nachdem sich die Ertragssituation der Kreditinstitute nach dem Ende der mehrjährigen Niedrigzinsphase im Jahr 2023 deutlich verbessert hatte, dürften sich der geänderte geldpolitische Kurs und anhaltende Umschichtungen von Kundeneinlagen in höher verzinste Anlageformen zunehmend negativ auf die zentrale Ertragsquelle „Zinsüberschuss“ auswirken. Darüber hinaus geht die Deutsche Bundesbank von weiterhin steigenden Investitionsbedarfen u.a. zur Verhinderung von Cyberkriminalität und zur verstärkten Digitalisierung aus, die die Ertragslage zunächst belasten.

Die Kreditnachfrage, die im vergangenen Jahr zunächst angestiegen war, hatte sich jedoch zuletzt abgeschwächt, insbesondere bei kleineren und mittleren Unternehmen, was die Bundesbank auf die hohe Unsicherheit aufgrund der wirtschaftlichen und (geo-)politischen Lage zurückführt.

Die bereits gestiegenen Wertberichtigungen könnten in den kommenden Quartalen weiter zulegen, so die Bundesbank im aktuellen Finanzstabilitätsbericht. Jedoch seien auch zusätzliche Verluste in einem Szenario mit einer schwächeren Konjunkturentwicklung angesichts der Kapitalreserven der deutschen Kreditinstitute verkraftbar. Bei einem besseren Konjunkturverlauf als in der „Basislinie“ angesetzt, könnte der Scheitelpunkt der Entwicklung der Wertberichtigungsquote dagegen bald überschritten sein, so die Bundesbank.

Die Aussichten der gesamten Finanzbranche gelten im Wesentlichen auch für die Sparkassen. Die Kreditnachfrage hat sich im vergangenen Jahr belebt. Die Tatsache, dass die privaten Haushalte die Lage auf dem Wohnungsmarkt wieder positiver einschätzen dürfte die Nachfrage nach privaten Wohnungsbaukrediten weiter befördern, zumal das Niveau früherer Jahre noch nicht wieder erreicht worden ist.

Auf der Passivseite ist mit weiteren Umschichtungen von den Sichteinlagen hin zu Termingeldern und Eigenemissionen zu rechnen, so dass sich aufgrund des stark zinsabhängigen Geschäftsmodells der Sparkassen der Trend eines rückläufigen Zinsüberschusses fortsetzen dürfte.

Ein Anstieg des Preisniveaus um etwas mehr als 2 % würde die Sachaufwendungen in der Tendenz steigen lassen, während die Entwicklung des Personalaufwands wesentlich von den Ergebnissen der laufenden Tarifverhandlungen abhängt.

Eine Einschätzung zur Entwicklung der Risikovorsorge im Kreditgeschäft unterliegt den gleichen Unsicherheiten wie die Prognose zur Wirtschaftsentwicklung. Vor dem Hintergrund der angespannten wirtschaftlichen Gesamtsituation kann es zu einem Anstieg der Risikovorsorge im Kreditgeschäft kommen.

2. Geschäftsentwicklung

Abgeleitet aus der Bestandsentwicklung des abgelaufenen Jahres sowie unter Berücksichtigung einzelner Sonderfaktoren rechnen wir für das Jahr 2025 mit einem leichten Rückgang für unser Kunden-kreditgeschäft. Der grundsätzlich moderaten Geschäftsausweitung in den zentralen Geschäftsbereichen (privater Wohnungsbau sowie gewerbliche Finanzierungen) steht dabei ein deutlicher Rückgang im Kreditgeschäft mit öffentlichen Kreditnehmern gegenüber. Hinsichtlich der Entwicklung der Einlagenbestände erwarten wir einen weiter spürbaren, gegenüber dem Jahr 2024 allerdings deutlich abgemilderten Anstieg sowie weitere Bestandsverschiebungen innerhalb der Einlagenbestände zugunsten von täglich fälligen Einlagen sowie Einlagen mit fester Laufzeit. Demgegenüber prognostizieren wir einen deutlichen Rückgang der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten.

Bei der Bilanzsumme erwarten wir aufgrund der vorgenannten erwarteten Entwicklungen im Bereich der Forderungen gegenüber öffentlichen Kreditnehmern sowie der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten für das Folgejahr insgesamt einen moderaten Rückgang.

Im Dienstleistungsgeschäft gehen wir im Bereich der Konsumentenkredite von einem weiteren leichten Anstieg des Vermittlungsvolumens aus. Im Bereich des Wertpapiergeschäftes erwarten wir – unterstützt durch die vorgenommenen Umstrukturierungen in unseren Vertriebsbereichen – einen weiteren spürbaren Anstieg der Bruttoabsätze.

3. Entwicklung der Lage

Finanzlage

Aufgrund unserer vorausschauenden Finanzplanung gehen wir davon aus, dass auch im Prognosezeitraum die Zahlungsfähigkeit gewährleistet ist und die bankaufsichtlichen Anforderungen eingehalten werden können.

Die als bedeutsamer finanzieller Leistungsindikator definierte Liquiditätsdeckungsquote (Liquidity Coverage Ratio - LCR) erwarten wir weiterhin deutlich oberhalb des zu erfüllenden Mindestwerts von 100 %.

Für die als bedeutsamer finanzieller Leistungsindikator definierte strukturelle Liquiditätsquote (Net Stable Funding Ratio – NSFR) erwarten wir im Jahr 2025 eine Seitwärtsentwicklung, die damit weiterhin spürbar oberhalb der aufsichtlichen Mindestquote von 100 % liegen würde.

Für das Jahr 2025 sind größere Investitionen in unsere Betriebsimmobilien, insbesondere hinsichtlich energetischer Sanierungen sowie den Umbau der ehemaligen Kantine in unserer Hauptstelle geplant.

Ertrags- und Vermögenslage

Vor dem Hintergrund der dargestellten Erwartungen hinsichtlich der Entwicklung der Rahmenbedingungen erwarten wir für das Geschäftsjahr 2025 folgende Entwicklung.

Auf Basis des Betriebsvergleichs der Sparkassen-Finanzgruppe rechnen wir auf Basis der Annahme eines zunächst – am kurzen Ende der Zinsstrukturkurve – weiter rückläufigen und ab dem vierten Quartal 2025 dann konstanten Zinsniveaus mit einem spürbaren Rückgang des Zinsüberschusses.

Beim Provisionsüberschuss gehen wir für das nächste Jahr von einem moderaten Anstieg aus, wofür insbesondere steigende Erträge aus dem Zahlungsverkehr verantwortlich sind.

Auf Basis unserer Aufwandsplanung beläuft sich der prognostizierte Verwaltungsaufwand für 2025 deutlich über dem Niveau des Vorjahres. Hierbei gehen wir unter Berücksichtigung der erwarteten Effekte aus dem Tarifabschluss, der allgemeinen Preissteigerung sowie den geplanten Gebäudeinvestitionen von einem spürbaren Anstieg sowohl beim Personalaufwand als auch beim Sachaufwand aus. Durch ein stringentes Kostenmanagement wollen wir allerdings insbesondere im Bereich der Sachkosten Einsparungen realisieren, um unter den Ansatz gemäß unserer Mittelfristplanung zu gelangen.

Bezüglich des als bedeutsamer finanzieller Leistungsindikator definierten Betriebsergebnisses vor Bewertung ergibt sich unter Berücksichtigung der vorgestellten Annahmen für das Jahr 2025 insgesamt ein spürbar sinkendes ordentliches Ergebnis von rund 0,80 % der jahresdurchschnittlichen Bilanzsumme.

Das Bewertungsergebnis im Kreditgeschäft ist aufgrund der konjunkturellen Entwicklung nur mit großer Unsicherheit zu prognostizieren. Bei der Risikovorsorge für das Kreditgeschäft erwarten wir auf Basis einer weiterhin risikoorientierten Kreditgeschäftspolitik ein insgesamt leicht rückläufiges negatives Bewertungsergebnis.

Aus den eigenen Wertpapieren sowie den weiteren Eigenanlagen in Spezial-, Publikums- und Immobilienfonds rechnen wir mit einem per Saldo leicht positiven Bewertungsergebnis.

Für das sonstige Bewertungsergebnis haben wir hinsichtlich unserer strategischen Beteiligungen eine Belastung in Höhe von 1,6 Mio. EUR eingeplant. Auch künftig können weitere Risiken in unserem Beteiligungsportfolio nicht ausgeschlossen werden.

Zusammenfassend gehen wir für das Jahr 2025 von einer deutlich rückläufigen ordentlichen Ergebnissituation aus. Die Entwicklung des – als bedeutsamer finanzieller Leistungsindikator definierten – Jahresergebnisses nach Steuern und Ausschüttung wird insbesondere durch die weitere Entwicklung des Zinsniveaus und die entsprechenden Auswirkungen auf den Zinsüberschuss sowie durch die Auswirkungen der wirtschaftlichen Entwicklung auf das Kredit-Bewertungsergebnis determiniert. Gegenüber dem Vorjahr wird ein spürbar geringeres Jahresergebnis erwartet, welches allerdings wiederum eine spürbare Erhöhung der Eigenmittel ermöglicht.

Hinsichtlich der als bedeutsame finanzielle Leistungsindikatoren definierten Kapitalquoten (Gesamt- sowie Kernkapitalquote nach CRR) erwarten wir folgende Entwicklung: Die prognostizierte Entwicklung der Ertragslage ermöglicht eine weitere Stärkung der Eigenmittel, so dass die aufsichtlichen Mindestanforderungen von 8 % gemäß CRR (zuzüglich SREP-Zuschlag sowie Kapitalerhaltungspuffer, antizyklischem Kapitalpuffer von 0,75 % der risikogewichteten Positionswerte und Systemrisikopuffer von 2,00 % für den Wohnimmobiliensektor) nach unserer Einschätzung auch künftig deutlich überschritten werden. Für das Jahr 2025 gehen wir unter Berücksichtigung der positiven Auswirkungen des Jahresabschlusses 2024 auf der einen sowie des erwarteten merkbaren Anstiegs der Risikoaktiva auf der anderen Seite von einem moderaten Anstieg der Gesamt- sowie der Kernkapitalquote aus.

Die ebenfalls als bedeutsamer finanzieller Leistungsindikator definierte NPL-Quote wird insbesondere durch die weitere wirtschaftliche Entwicklung und deren Auswirkungen auf unsere Kreditkunden determiniert. Für das Jahr 2025 gehen wir vor dem Hintergrund der zuvor dargestellten Annahmen tendenziell von einer Seitwärtsentwicklung der Quote aus.

Die Verschuldungsquote (Verhältnis des Kernkapitals zur Summe der bilanziellen und außerbilanziellen Positionen) wird zum 31. Dezember 2025 mit 7,3 % prognostiziert.

Insbesondere bei einer länger anhaltenden konjunkturellen Abschwächung bzw. einer verzögerten konjunkturellen Erholung könnten sich gleichwohl weitere Belastungen für die künftige Ergebnis- und Kapitalentwicklung ergeben.

Des Weiteren können sich aufgrund regulatorischer Verschärfungen für die Finanzwirtschaft (z. B. erhöhte Kapitalanforderungen, Meldewesen) weitere Belastungen ergeben, die sich auf die Ergebnis- und Kapitalentwicklung der Sparkasse negativ auswirken können.

4. Gesamtaussage

Unsere Perspektiven für das Geschäftsjahr 2025 beurteilen wir unter Berücksichtigung der von uns erwarteten Entwicklung der Rahmenbedingungen und unserer bedeutsamsten finanziellen Leistungsindikatoren zusammengefasst als günstig. Die Sicherstellung einer angemessenen quantitativen sowie qualitativen Personalausstattung stellt hierbei eine notwendige Voraussetzung für die Erreichung unserer Ziele sowie einen zentralen Risikofaktor dar.

Insgesamt rechnen wir zwar mit einer gegenüber dem Vorjahr deutlich negativen Entwicklung der Ertragslage, die aber dennoch eine spürbare Stärkung der Eigenmittel ermöglichen würde.

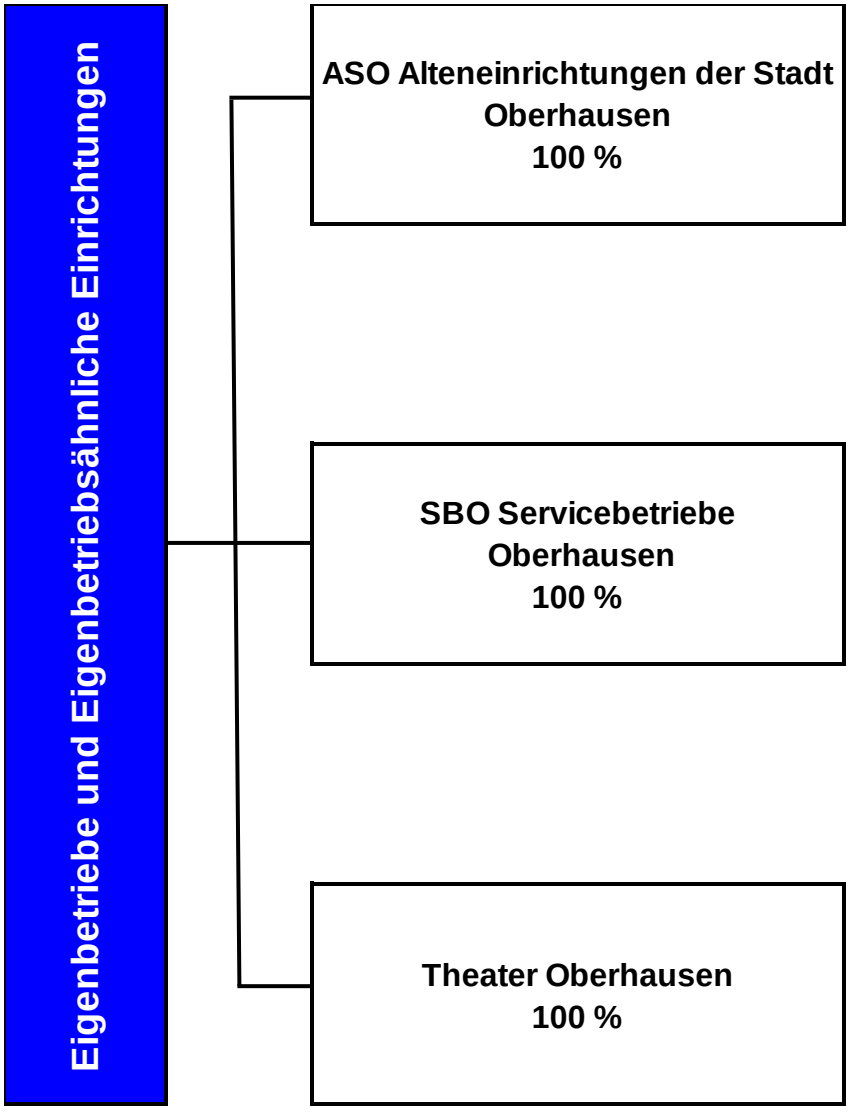
Auf Basis unserer Ergebnis-, Kapital- und Liquiditätsplanung gehen wir davon aus, dass auch im Prognosezeitraum die Risikotragfähigkeit und die Einhaltung aller bankaufsichtlichen Kennziffern durchgängig gewährleistet sind.

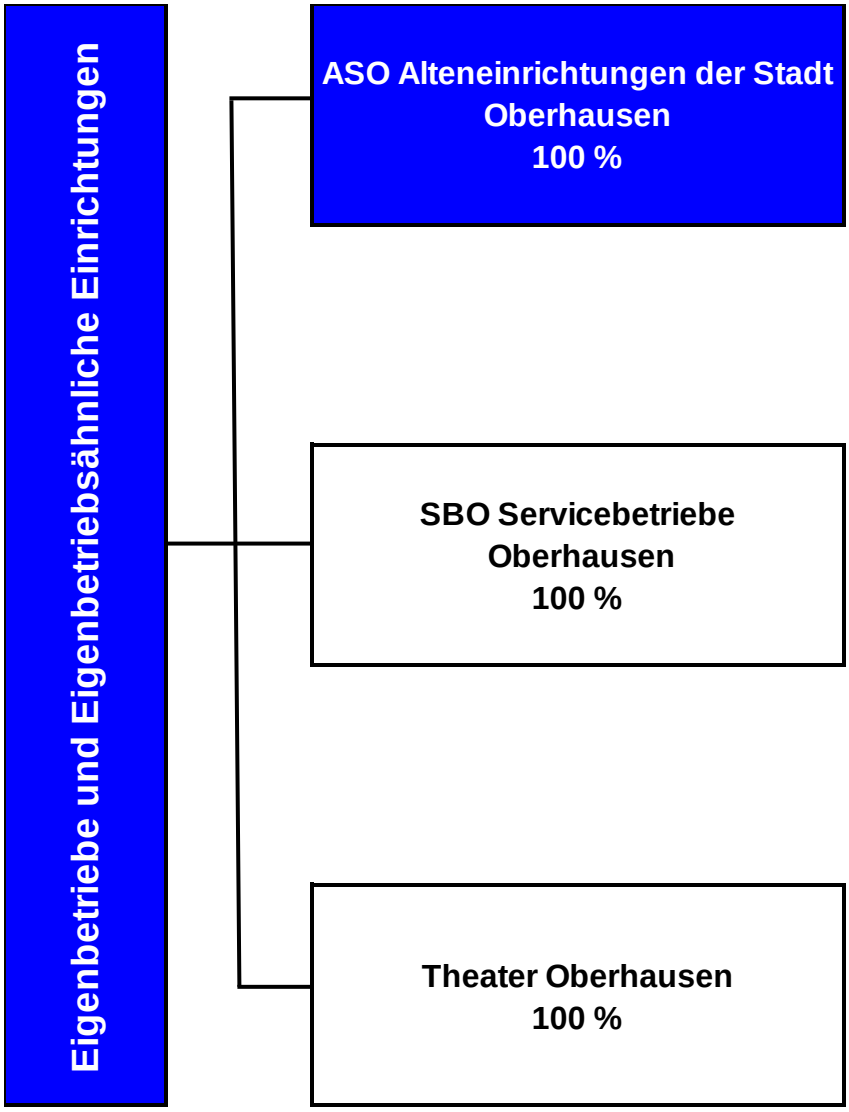
Oberhausen, 24. März 2025

Stadtsparkasse Oberhausen

Mebus / Gäng
Vorstand

Eigenbetriebe und Eigenbetriebsähnliche Einrichtungen




Eigenbetriebe und Eigenbetriebsähnliche Einrichtungen
ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen
100 %
SBO Servicebetriebe Oberhausen
100 %
Theater Oberhausen
100 %

Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Elly-Heuss-Knapp Str. 3
46145 Oberhausen

Kontakt:

Telefon	0208/8252665
Fax	0208/8255001
e-Mail	matthias.frerix@oberhausen.de
Internet	www.aso-ggmbh.de/

Rechtsform: Eigenbetriebsähnlicher Betrieb
Stammkapital in T€: 1.789,52

Gesellschafter:	**T€**	**%**
Stadt Oberhausen	1.789,52	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Zweck der ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen ist die vermögens-rechtliche Erhaltung, Verwaltung und Weiterentwicklung der Grundstücks- und Gebäudekomplexe zur Ermöglichung der Unterbringung, Betreuung, Versorgung sowie der ambulanten und stationären Pflege in der Regel alter Menschen (Personenkreis im Sinne des § 53 der Abgabenordnung).

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	Pachtverträge mit der ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH
Diverse	Mietverträge

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2024)

Geschäftsführung:	Betriebsleiter	Frerix, Matthias
Betriebsausschuss:	Vorsitzende	Bongers, Sonja
	stellv. Vorsitzende	Willing-Spielmann, Ulrike
	Mitglied	Bennewa, Helmut
	Mitglied	Broß, Klaus Dieter
	Mitglied	Kamps, Jochen
	Mitglied	Opitz, Stefanie
	Mitglied	Stelzer, Johannes
	Mitglied	Girrullis, Sebastian
	Mitglied	Heitmann, Dagmar
	Mitglied	Grothe, Helga
	Mitglied	Domberger, Benedikt
	Mitglied	Dr. Schröer-Tebbe, Jörg
	Mitglied	Büschken, Dieter
	Mitglied	Horn, Denise

Mitglied	Mumm, Birgit
Mitglied	Rubin, Finn
Mitglied	Schnettler, Jennifer
Mitglied	Imlau, Hartmut
Mitglied	Schäfer, Johanna
Mitglied	Babic, Robert
Mitglied	Prellwitz, Marijke
stellv. Mitglied	Dubbert, Karin
stellv. Mitglied	Flore, Manfred
stellv. Mitglied	Hausmann-Peters, Gundula
stellv. Mitglied	Kamps, Thorsten
stellv. Mitglied	Lenz, Eugen
stellv. Mitglied	Paß, Eugen
stellv. Mitglied	Pusch, Jörg
stellv. Mitglied	Sahin, Bülent
stellv. Mitglied	Tüzün, Saadettin
stellv. Mitglied	Wolter, Marita
stellv. Mitglied	Gadde, Andreas
stellv. Mitglied	Janetzki, Maximilian
stellv. Mitglied	Salwik, Claudia
stellv. Mitglied	Sauer, Florian
stellv. Mitglied	Bohnes, Kirsten
stellv. Mitglied	Both, Jutta
stellv. Mitglied	Dobnik, Tim
stellv. Mitglied	Jarczewski, Iwona
stellv. Mitglied	Becker, Christin
stellv. Mitglied	Gördes, Georg
stellv. Mitglied	Krauße, Maren
stellv. Mitglied	Müller-Böhm, Eva

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2022		2023		2024	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Anlagevermögen	29.442,03	95,9	28.353,69	94,9	27.284,57	94,9
Umlaufvermögen	1.248,19	4,1	1.532,64	5,1	1.477,57	5,1
Bilanzsumme	**30.690,22**	**100,00**	**29.886,33**	**100,00**	**28.762,14**	**100,00**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	8.101,45	26,4	8.329,05	27,9	8.538,14	29,7
Sonderposten mit Rücklagenanteil	507,33	1,7	485,72	1,6	464,12	1,6
Rückstellungen	68,93	0,2	65,85	0,2	69,25	0,2
Verbindlichkeiten	22.012,52	71,7	21.005,71	70,3	19.690,16	68,5
Rechnungsabgrenzungsposten					0,48	0,0
Bilanzsumme	**30.690,22**	**100,00**	**29.886,33**	**100,00**	**28.762,14**	**100,00**

bb) GuV

	2022	2023	2024
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	2.035,56	2.089,47	2.073,88
sonstige betriebliche Erträge	21,88	22,54	28,97
Abschreibungen	1.100,96	1.088,82	1.080,81
sonstige betriebliche Aufwendungen	333,43	357,51	408,03
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,01	0,46	0,65
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	451,54	416,80	383,81
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	171,53	249,34	230,84
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		-0,01	
sonstige Steuern	21,75	21,75	21,75
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	149,77	227,59	209,09
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	149,77	227,59	209,09

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2022	31.12.2023	31.12.2024	Angaben in
Umsatzrentabilität:	7,36	10,89	10,08	%
Eigenkapitalrentabilität:	1,88	2,81	2,51	%
Cash-Flow:	1.250,73	1.316,42	1.289,90	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:				T€
Personalaufwandsquote:				%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2022	31.12.2023	31.12.2024	Angaben in
Sachanlagenintensität:	95,93	94,87	94,86	%
Eigenkapitalquote:	26,40	27,87	29,69	%
Fremdkapitalquote:	73,60	72,13	70,31	%
Anlagendeckungsgrad 2:	27,52	29,38	31,29	%
Verschuldungsgrad:	278,82	258,82	236,87	%

e) Lagebericht

I. Geschäft- und Rahmenbedingungen

Der ASO-Verbund

Der ASO-Verbund besteht aus den beiden privatrechtlichen Gesellschaften „ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH“ (im Folgenden „ASO gGmbH“ genannt) und „ASO Service GmbH“ sowie aus der öffentlich-rechtlichen eigenbetriebsähnlichen Einrichtung „ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen“ (im Folgenden „ASO Eigenbetrieb“ genannt).

Dieser Lagebericht bezieht sich ausschließlich auf die eigenbetriebsähnliche Einrichtung.

Entsprechend der aktuellen Betriebssatzung vom Februar 2023 liegt der Geschäftsbetrieb des ASO Eigenbetriebs in der vermögensrechtlichen Erhaltung, Verwaltung und Weiterentwicklung der Grundstücks- und Gebäudekomplexe zur Ermöglichung der Unterbringung, Betreuung, Versorgung sowie der ambulanten und der stationären Pflege in der Regel alter Menschen. Der Zweck des ASO Eigenbetriebs liegt somit nicht im operativen Bereich der pflegerischen Dienstleistungspalette, sondern in der eigenen Vermögensverwaltung.

Organe des ASO Eigenbetriebs sind gemäß Eigenbetriebsverordnung und Betriebssatzung der Betriebsausschuss und der Betriebsleiter. Die Aufgaben des Betriebsausschusses werden vom städtischen Sozialausschuss wahrgenommen. Der Betriebsleiter war im Jahr 2024 Herr Matthias Frerix. Mit Beschlussfassung des Rates am 17.02.2025 ist Herr Michael

Middendorf mit Wirkung vom 01.03.2025 Betriebsleiter des ASO Eigenbetriebs.

Abgrenzung der Verantwortlichkeiten zwischen der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung und der ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH

Die Nutzung der sich über die eigenbetriebsähnliche Einrichtung im Eigentum der Stadt Oberhausen befindlichen Grundstücks- und Gebäudekomplexe an der Elly-Heuss-Knapp-Straße und an der Siepenstraße 30/30a richtet sich zunächst nach den Pachtverträgen, die zwischen der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung und der ASO gGmbH abgeschlossen worden sind. Danach ist die ASO gGmbH als Pächterin verpflichtet, die Substanz des gepachteten Anlagevermögens zu erhalten und zu erneuern. Dazu führt die Pächterin eigenverantwortlich Unterhaltungs- und Instandhaltungsarbeiten im Bereich der Einrichtungen auf eigene Rechnung durch und übernimmt somit sämtliche mit der Abwicklung dieser Baumaßnahmen verbundenen Aufwendungen. Die Bausubstanz betreffende Investitionen (Erweiterung, Neubau), soweit es sich nicht um sogenannte Pächtereinbauten handelt, sind alleinige Sache des ASO Eigenbetriebs als Verpächterin, die sich zur Umsetzung ihrer Projekte der Pächterin bedient. Pächtereinbauten sind vor Beginn der jeweiligen Maßnahme mit der Verpächterin abzustimmen.

Gebäudebezogene Investitionen im handels- und steuerrechtlichen Sinne sind über den vermögensverwaltenden ASO Eigenbetrieb abzuwickeln, da die ASO gGmbH die hierfür entstehenden Kosten nicht bilanziell aktivieren kann (Investition in fremdes Eigentum).

Weiterentwicklung der Gebäudestruktur an der Siepenstraße 30/30a

In den zurückliegenden Berichtsjahren wurde mehrfach auf die Notwendigkeit einer strategischen Neuausrichtung der zum Louise Schroeder Quartier gehörenden Gebäude-substanz hingewiesen. Der Fokus der Überlegungen richtete sich dabei auf Haus III, da dieser Gebäudeteil ohne eine umfassende Modernisierung und Brandschutzoptimierung nicht mehr als stationäre Pflegeeinrichtung genutzt werden durfte. Nach Abwägung aller Vor- und Nachteile der beiden denkbaren Alternativen „Modernisierung von Haus III“ oder „Ersatzneubau“ sahen Verwaltung der Stadt Oberhausen, Betriebsleitung des ASO Eigenbetriebs und Geschäftsführung der ASO gGmbH in dem „Ersatzneubau“ die zukunftsorientiertere Lösung und schlugen deshalb dem Rat der Stadt die Errichtung eines Ersatzneubaus mit 80 Plätzen vor. Diesem Vorschlag folgte der Rat am 21.11.2016. Nach einer intensiven Planungsphase wurde das neue Gebäude im August 2021 vom ASO Eigenbetrieb fertiggestellt und an die ASO gGmbH verpachtet.

Nach der Errichtung des Gebäudes zogen die Bewohner des Hauses III in den Neubau um. Hierbei konnte vollumfänglich berücksichtigt werden, dass die Gemeinschaften, welche sich in den einzelnen Wohnbereichen gebildet hatten, in der bestehenden Form zusammenbleiben. Für die Folgenutzung von Haus III wird die Betriebsleitung dem Betriebsausschuss zum gegebenen Zeitpunkt eine Machbarkeitsstudie vorlegen. Aktuell wird das Haus genutzt, um geflüchteten Menschen einen Wohnraum zu geben. Hierzu wurde die Brandmeldeanlage erneuert. Vorteilhaft erweist sich vor allem die vorhandene Privatsphäre, da jede abgeschlossene Wohneinheit über eine eigene Sanitäreinrichtung verfügt.

Zudem ist gemäß Beschluss des Aufsichtsrates im Jahr 2023 vorgesehen, die Attraktivität und die Wettbewerbsfähigkeit des Hauses II durch umfangreiche Modernisierung zu verbessern. Grundsätzlich hat die ASO gGmbH aufgrund des Pachtvertrages mit dem ASO Eigenbetrieb die Aufwendungen für die Instandhaltung zu tragen, während dem ASO Eigenbetrieb die Investitionen obliegen, welche die bauliche Substanz an Dach und Fach betreffen. Um die geeigneten Maßnahmen zu identifizieren, wurde eine externe Begutachtung der Gebäudestruktur durch das Planungs- und Beratungsunternehmen Soleo* GmbH vorgenommen. Diese gibt Aufschluss über den bautechnischen Zustand des Gebäudes, den Instandhaltungs- und Investitionsstau, sowie die landesspezifischen baulichen Anforderungen. Nach Abstimmung des Ergebnisses der Soleo* GmbH mit der Geschäftsleitung der ASO gGmbH und dem Betriebsleiter des ASO Eigenbetriebs wurden die Sanierungsvarianten im Aufsichtsrat der ASO gGmbH vorgestellt. Entsprechend der Beschlussfassung des Aufsichtsrates der ASO gGmbH vom 26.05.2023 begann die ASO gGmbH mit den Modernisierungsmaßnahmen, die planmäßig im Jahr 2026 abgeschlossen sein werden.

II. Wichtige Vorgänge des Berichtsjahres

Fassadenrisse am Haus Bronkhorstfeld

An der Fassade rundum das Haus Bronkhorstfeld wurden verschiedene Risse festgestellt. Im Herbst 2023 fand eine Begehung des Betriebsleiters mit dem Technischen Leiter der ASO gGmbH und einem externen Sachverständigen für den Bereich Bauwesen statt. In einem weiteren Ortstermin erfolgten insgesamt 15 Bauteilfreilegungen des Wärmedämm-verbundsystems verteilt über sämtliche Fassadenbereiche. Hierbei wurden Schäden wie z.B. Riss- und Blasenbildungen sowie Nässehinterläufigkeiten analysiert. Es wurde festgestellt, dass diese im Zusammenhang mit dem Mangelzustand des Wärmeverbundsystems stehen. Für die Sanierung der Gebäudefassade wurde ein geschätzter Aufwand in Höhe von ca. 140 – 160 TEUR ermittelt. Im Wirtschaftsplan 2025 wurden 100 TEUR für die Sanierung der Gebäudefassade berücksichtigt. Die Umsetzung der Maßnahme soll im Jahr 2025 nach vorheriger Beschlussfassung durch den Betriebsausschuss erfolgen. Hinsichtlich der Kosten für die Beseitigung der Schäden werden Ansprüche gegen die SBO Servicebetriebe Oberhausen als Rechtsnachfolgerin der untergegangenen OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH erhoben, welche das Gebäude errichtet hat und bis vor drei Jahren für die Instandhaltung verantwortlich war.

Begutachtung der Bungalows

Die Bungalows im Elly-Heuss-Knapp Quartier wurden durch die Soleo* GmbH begutachtet. Hierzu gab es mehrere Ortstermine unter Beteiligung des Technischen Leiters der ASO gGmbH. Die finale Erstellung des Gutachtens war zum Ende des Jahres 2024 noch nicht abgeschlossen.

III. Darstellung der Ertrags-, Vermögens- und Finanzlage

Ertragslage

Unsere bedeutendsten finanziellen Leistungsindikatoren sind der Jahresüberschuss und die Umsatzerlöse. Für das Wirtschaftsjahr 2024 ergibt sich ein Jahresüberschuss von 209 TEUR (Vorjahresüberschuss 228 TEUR).

Die Umsatzerlöse verringerten sich gegenüber dem Vorjahr um 15 TEUR von 2.089 TEUR auf 2.074 TEUR und entfallen dabei im Wesentlichen auf die Mieterlöse von der ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH mit 2.068 TEUR sowie Mieterlösen von Dritten mit 6 TEUR.
Die Abschreibungen verringerten sich geringfügig um 8 TEUR auf 1.081 TEUR.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind um 50 TEUR auf 408 TEUR gestiegen (Vorjahr 358 TEUR). Ausschlaggebend hierfür sind vor allem höhere Aufwendungen für Instandsetzungsmaßnahmen sowie höhere Abwassergebühren infolge der Dauerflüchtlingsunterkunft in Haus 3 des Louise Schroeder Hauses.

Das Finanzergebnis verbesserte sich tilgungsbedingt um 33 TEUR auf -384 TEUR.

Vermögens- und Finanzlage

Das Anlagevermögen wird durch langfristiges Kapital am Bilanzstichtag mit 149 TEUR (Vorjahr 67 TEUR) vollständig gedeckt.

Der Anteil des langfristigen Kapitals an der Bilanzsumme ist mit 95,4 % gegenüber dem Vorjahr nahezu unverändert (Vorjahr 95,1 %).

Die Liquidität auf kurze Sicht beläuft sich auf 149 TEUR (Vorjahr 66 TEUR).

Finanzielle und nicht finanzielle Leistungsindikatoren

Finanzielle Leistungsindikatoren

Der Finanzmittelbestand ist um 56 TEUR gestiegen. Einem Cashflow aus der operativen Geschäftstätigkeit von 1.597 TEUR steht ein negativer Cashflow aus dem Investitionsbereich von 12 sowie ein negativer Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit von 1.529 TEUR gegenüber.

Nicht finanzielle Leistungsindikatoren

Das Jahr 2024 wurde weiterhin durch die hohe Inflation im Zusammenhang mit dem Kriegsgeschehen in der Ukraine geprägt. Hiervon ist der ASO Eigenbetrieb jedoch nicht direkt betroffen.

IV. Risikobericht

Die zur eigenbetriebsähnlichen Einrichtung gehörende Gebäudesubstanz ist ausschließlich und langfristig an die ASO gGmbH verpachtet. Der vereinbarte Pachtzins stellt sich, dass die gesamten Erstellungskosten einmalig refinanziert werden.
Wegen der vertraglichen Bindung mit der ASO gGmbH ist die Beurteilung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der ASO gGmbH erheblich. Diese wurde erneut durch eine unzureichende Vermarktungssituation des Louise Schroeder Quartier und hier wiederum durch dessen Haus II belastet. Der Grund liegt vor allem in den baulichen Gegebenheiten des Hauses II, das im Gegensatz zu neuen Einrichtungen über einen sehr hohen Doppelzimmeranteil verfügt. Den Auslastungsproblemen und den damit verbundenen Belastungen des Betriebsergebnisses der Pächterin wurde jedoch mit dem Ersatzneubau und den beabsichtigten Modernisierungs-maßnahmen zur Verbesserung der Attraktivität von Haus II nachhaltig entgegengewirkt.

Die Pächterin wird gemäß dem bestehenden Pachtvertrag für Haus I und Haus II des Louise Schroeder Quartiers auch in den nächsten Jahren eine Pacht in Höhe der bilanziellen Gebäudeabschreibungen und der Zinsen entrichten. Aufgrund einer nicht mit der bilanziellen Nutzungsdauer übereinstimmenden Darlehensfinanzierung wird sich ein Delta zwischen den Zahlungen der ASO gGmbH und dem vom ASO Eigenbetrieb aufzubringenden Aufwand für noch zu leistende Tilgungs- und Zinszahlungen ergeben.

Die genannten Risiken sind aktuell für den ASO Eigenbetrieb nicht als bestandsgefährdend einzustufen.

V. Prognosebericht

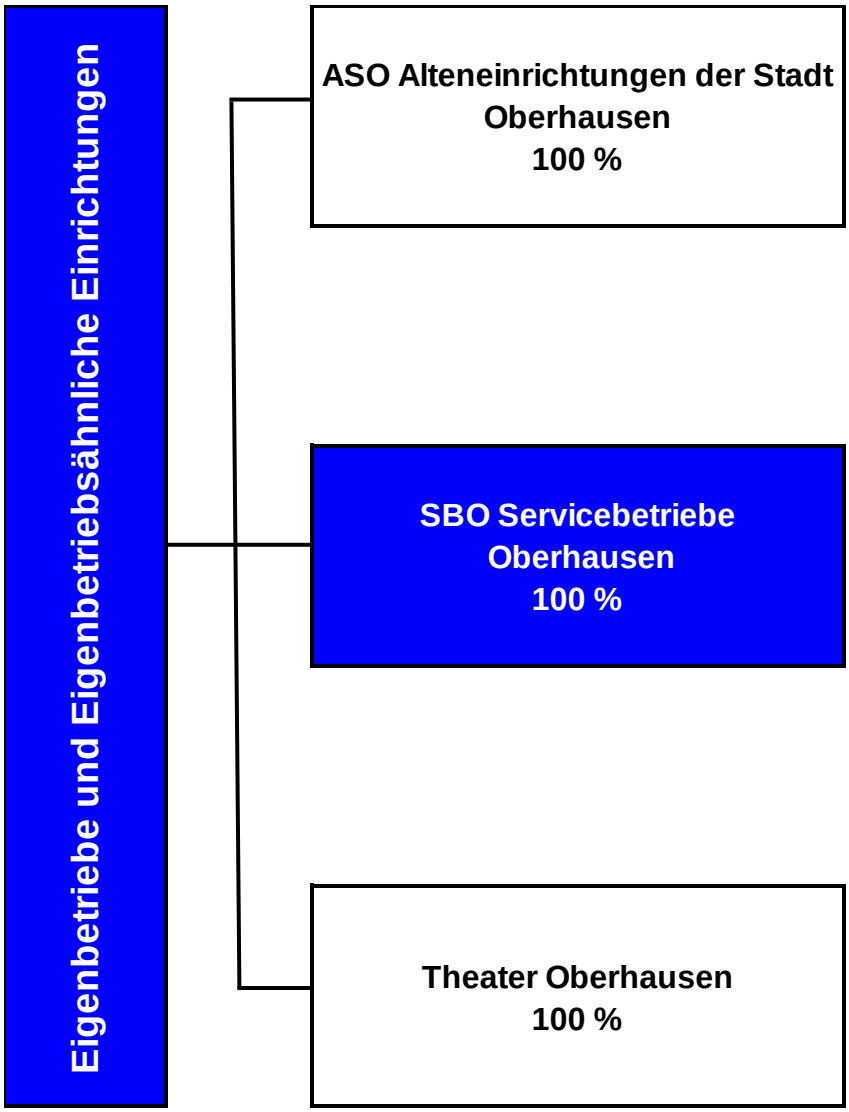
Die Betriebsleitung ist zuversichtlich, dass durch die vorgenommenen Weichenstellungen für das Louise Schroeder Quartier, infolge der umfangreichen Modernisierungsmaßnahme von Haus II, die Grundlage für eine finanziell positive Entwicklung des gesamten ASO Verbundes getroffen worden ist. Notwendig wird es jedoch, gemeinsam mit der Stadt Oberhausen eine Lösung für das sich abzeichnende negative Finanzierungsdelta des ASO Eigenbetriebs zu entwickeln. Für das Wirtschaftsjahr 2025 wird mit einem ausgeglichenen Ergebnis geplant.

Im Jahr 2025 soll der ASO Eigenbetrieb in den neu gegründeten Immobilienkonzern der Stadt Oberhausen übergehen. Grundlage der Verschmelzung wird der vorliegende Jahresabschluss sein.

Oberhausen, 31. März 2025

ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen

Michael Middendorf
Betriebsleiter


Eigenbetriebe und Eigenbetriebsähnliche Einrichtungen
ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen
100 %
SBO Servicebetriebe Oberhausen
100 %
Theater Oberhausen
100 %

SBO Servicebetriebe Oberhausen

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Bahnhofstr. 66
46145 Oberhausen

Kontakt:

Rechtsform: Eigenbetrieb

Stammkapital in T€: 2.000,00

Gesellschafter:	**T€**	**%**
Stadt Oberhausen	2.000,00	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Eigenbetriebes
1) Das Gebäudemanagement, die Grünflächenunterhaltung sowie weitere mit den vorgenannten Zwecken im Zusammenhang stehende oder vergleichbare Dienstleistungen für die Stadt Oberhausen werden als Eigenbetrieb auf der Grundlage der gesetzlichen Vorschriften und den Bestimmungen dieser Betriebssatzung geführt.
2) Zu den Aufgaben des Eigenbetriebes gehören insbesondere:
a) alle Dienstleistungen im Bereich des Immobilien- und Gebäudemanagement,
b) die Unterhaltung und Pflege städtischer Grün- und Sportflächen,
c) das Friedhofswesen,
d) Serviceleistungen für die Stadt Oberhausen und Unternehmen mit städtischer Beteiligung, insbesondere im Rahmen der Beschaffung sowie beim Erwerb oder der Veräußerung von Liegenschaften,
e) Planung und Realisierung von Neu-, Um- und Erweiterungsbauten für die Stadt Oberhausen als Bauherrin,
f) die Vermietung, Anmietung und Verpachtung von Liegenschaften und Räumen,
g) die bedarfsgerechte Versorgung aller Organisationseinheiten der Stadt mit städtischen oder angernieteten Räumen oder Grundstücken,
h) Bäderwesen, Marina,
i) Tiergehege,
j) Restabwicklung Baumaßnahmen,
k) Immobilien- und Mietwesen für Eigenobjekte der OGM GmbH.
3) Der Eigenbetrieb kann alle seinem Betriebszweck fördernden Hilfs- und Nebengeschäfte betreiben.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	Leistungsvertrag mit der OGM Oberhausener Gebäudemanagement vom 03.12./18.12.2009 Der im Geschäftsjahr 2010/2011 angepasste Leistungsvertrag mit der OGM GmbH ging mit Gründung der SBO Servicebetriebe Oberhausen als Nachfolgegesellschaft zum 1.1.2022 auf diese über. Mit diesem Vertrag können folgende Leistungen bei der SBO beauftragt werden: - Beschaffung von Waren und Dienstleistungen - Dienstleistungen der Medienwerkstatt - Post- und Botendienste - Dienstleistungen im Bereich Druck und Grafik - Telekommunikations- und It-Dienstleistungen - Speditionsdienst - Arbeitssicherheitsleistungen gem. § 19 AsiG Der Leistungsvertrag beinhaltet weiterhin eine automatische Verlängerung jeweils um ein Jahr. Er ist für jede Partei zum Ende eines Kalenderjahres unter Einhaltung einer Frist von 6 Monaten kündbar
Stadt Oberhausen	Vertrag über den Betrieb und die Unterhaltung des Freizeithafens am Rhein-Herne-Kanal in Oberhausen vom 28.09.2009
TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH	Dienstleistungsvertrag: Inanspruchnahme von Dienstleistungen der SBO gegen Entgelt durch die TZU
TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH	Miet- und Betreibervertrag Vertragsgegenstände sind die Vermietung von Parkflächen von der

TZU an die SBO sowie die Inanspruchnahme von Dienstleistungen (Betreibertätigkeit) der SBO gegen Entgelt durch die TZU

b) Besetzung der Organe (Stand: 31.12.2024)

Geschäftsführung:	Vorsitzende	Tannert, Anke
	stellv. Vorsitzender	Reeh, Florian
Betriebsausschuss:	Vorsitzende	Stehr, Simone Tatjana
	stellv. Vorsitzender	Look, Dietmar
	Mitglied	Cordes, Hubert
	Mitglied	Flore, Manfred
	Mitglied	Gadde, Andreas
	Mitglied	Ingendoh, Holger
	Mitglied	Karacelik, Yusuf
	Mitglied	Kempkes, Wolfgang
	Mitglied	Langnese, Ralf
	Mitglied	Völker, Andreas
	Mitglied (AN)	Diebels, Stefan
	Mitglied (AN)	Hauffe, Dagmar
	Mitglied (AN)	Heweling, Detlef
	Mitglied (AN)	Mandlburger, Nicole
	Mitglied (AN)	Mazura, Hubert
	stellv. Mitglied	Bandel, Frank
	stellv. Mitglied	Benter, Christian
	stellv. Mitglied	Bischoff, Jörg
	stellv. Mitglied	Derißen, Jörn
	stellv. Mitglied	Dobnik, Tim
	stellv. Mitglied	Dr. Schröer-Tebbe, Jörg
	stellv. Mitglied	Koch, Lühr Otto Werner Klaus
	stellv. Mitglied	Mumm, Hartmut
	stellv. Mitglied	Nakot, Werner
	stellv. Mitglied	Opitz, Stefanie
	stellv. Mitglied (AN)	Demond, Malte
	stellv. Mitglied (AN)	Papotto, Gaetano
	stellv. Mitglied (AN)	Peuten, Mirko
	stellv. Mitglied (AN)	Stevens, Dunja
	stellv. Mitglied (AN)	Visnjic, Goran

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2022		2023		2024	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Anlagevermögen	33.684,07	41,9	37.733,32	54,1	44.634,36	52,3
Immaterielle Vermögensgegenstände	5,62	0,0	15,75	0,0	255,56	0,3
Sachanlagen	33.678,45	41,9	37.717,57	54,1	44.378,80	52,0
Umlaufvermögen	46.597,88	58,0	31.972,52	45,8	40.553,86	47,6
Rechnungsabgrenzungsposten	57,26	0,1	56,59	0,1	86,68	0,1
Bilanzsumme	**80.339,21**	**141,93**	**69.762,43**	**154,09**	**85.274,89**	**152,34**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	7.379,94	9,2	9.674,46	13,9	11.944,49	14,0
Rückstellungen	6.177,75	7,7	6.355,97	9,1	7.417,42	8,7
Verbindlichkeiten	66.666,40	83,0	53.598,24	76,8	65.762,88	77,1
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	24.704,28	30,7	28.980,42	41,5	35.514,16	41,6
Sonstige Verbindlichkeiten	1.361,03	1,7	524,49	0,8	337,84	0,4
Rechnungsabgrenzungsposten	115,11	0,1	133,75	0,2	150,11	0,2
Bilanzsumme	**80.339,21**	**132,44**	**69.762,43**	**142,29**	**85.274,89**	**142,04**

bb) GuV

	2022	2023	2024
	T€	**T€**	**T€**
Umsatzerlöse	114.672,29	128.996,79	148.700,61
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	17.187,19	6.625,67	-6.011,03
sonstige betriebliche Erträge	244,58	431,03	1.223,32
Materialaufwand	85.163,29	87.114,47	90.353,33
Personalaufwand	29.637,80	31.525,16	34.284,20
Abschreibungen	2.636,61	2.876,81	3.319,32
sonstige betriebliche Aufwendungen	10.992,43	11.315,26	12.734,82
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	15,97	161,22	247,31
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	579,35	647,25	834,90
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	3.110,54	2.735,76	2.633,64
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	200,00	207,83	207,83
sonstige Steuern	247,20	233,41	233,41
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	2.663,34	2.294,51	2.294,51
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	2.663,34	2.294,51	2.294,51

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2022	31.12.2023	31.12.2024	Angaben in
Umsatzrentabilität:	2,3	1,8	1,5	%
Eigenkapitalrentabilität:	56,47	31,09	23,46	%
Cash-Flow:	5.299,94	5.171,33	5.589,36	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	30.529,09	13.370,96	-6.275,33	T€
Personalaufwandsquote:	12.117,91	7.313,85	2.802,55	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2022	31.12.2023	31.12.2024	Angaben in
Sachanlagenintensität:	41,92	54,07	52,04	%
Eigenkapitalquote:	9,19	13,87	14,01	%
Fremdkapitalquote:	90,81	86,13	85,99	%
Anlagendeckungsgrad 2:	40,68	26,15	27,17	%
Verschuldungsgrad:	988,62	621,10	613,93	%

e) Lagebericht

A. Grundlagen des Unternehmens

1. Allgemeines

Die SBO Servicebetriebe Oberhausen sind ein Eigenbetrieb der Stadt Oberhausen.

Die Gründung erfolgte zum 01.01.2021 und wurde am 16.07.2021 rechtskräftig ins Handelsregister eingetragen. Der Eigenbetrieb erbringt für die Stadt Oberhausen Dienstleistungen im Gebäudemanagement und der Grünflächenunterhaltung sowie damit im Zusammenhang stehende oder vergleichbare Leistungen.

Zum Eigenbetrieb gehören insbesondere folgende Aufgaben:
- alle Dienstleistungen im Bereich des Immobilien- und Gebäudemanagements
- die Unterhaltung und Pflege städtischer Grün- und Sportflächen
- das Friedhofswesen
- die Baumpflege und der Baumschutz
- Serviceleistungen für die Stadt oder deren Beteiligungen beim Erwerb oder der Veräußerung von Liegenschaften
- Planung und Realisierung von Neu-, Um- und Erweiterungsbauten für die Stadt
- Vermietung, Anmietung und Verpachtung von Liegenschaften und Räumen
- Versorgung des Bedarfs der Stadt mit Räumen oder Grundstücken
- Betrieb des Bäderwesens und der Marina
- Betrieb des Tiergeheges im Kaisergarten
- Immobilien- und Mietwesen TZU Management GmbH.

Neben dem angemieteten Bürostandort an der Geschäftsadresse betreibt der Eigenbetrieb einen zentralen Betriebshof in der Stadt, an dem die operativen Einheiten mit Fuhr- und Gerätepark untergebracht sind. Kleinere Dienststellen befinden sich auf den kommunalen Friedhöfen, im Kaisergarten und im Stadion Niederrhein. Zweigniederlassungen sind nicht vorhanden.

Aufsichtsgremien des Eigenbetriebes sind der Rat der Stadt Oberhausen nach § 4 der Betriebssatzung sowie der Betriebsausschuss nach § 5 der Betriebssatzung.

2. Forschung und Entwicklung

Aus dem Aufgabengebiet eines kommunalen Dienstleisters heraus ergibt sich für den Eigenbetrieb nicht die Notwendigkeit zu Forschungstätigkeiten oder Produktentwicklungen.

B. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die Servicebetriebe Oberhausen (SBO) sind als Eigenbetrieb keine eigenständige juristische Person, sondern Dienststelle der Stadt Oberhausen und damit überwiegend Dienstleister der Stadt. Da der maßgebliche Teil der Leistungen direkt für die Stadt erbracht wird, unterliegt der Eigenbetreib nur in begrenztem Maße gesamtwirtschaftlichen Einflüssen.

Einfluss haben Lohn- und Preissteigerungen, die jedoch im Wirtschaftsplan berücksichtigt werden und somit indirekt in den Haushalt der Stadt Oberhausen einfließen

2. Geschäftsverlauf

Mit Beginn der Geschäftstätigkeit am 1.1.2021 wurden im Wesentlichen die Leistungsbereiche der OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH (OGM) weitergeführt. Einige Teilbereiche wurden nicht übernommen, die Bereiche Friedhofsverwaltung der Stadt Oberhausen und Strategisches Immobilienmanagement kamen hinzu.

Der Wirtschaftsplan wurde basierend auf den Plandaten des Jahres 2023 und den laufenden Geschäftszahlen des Jahres 2023 für das Jahr 2024 aufgestellt.

3. Beteiligungen

Der Eigenbetrieb hält keine Beteiligungen.

C. Ertrags-, Vermögens- und Finanzlage

1. Wirtschaftliche Entwicklung

Die Umsatzerlöse werden im Wesentlichen durch die gezahlten Zuschüsse und Entgelte der Stadt Oberhausen geprägt.

Die Entgelte in EUR sind wie folgt zusammengesetzt und zeigen gegenüber ihrer Planung folgende Entwicklung:

	IST 2024 EUR	PLAN 2024 EUR	Abweichung EUR
Pauschalentgelte	79.248.553	80.100.000	-851.447
Umsatzerlöse Objektmanagement	29.006.945	30.000.000	-993.055
Umsatzerlöse Rechnungsjournale	20.776.850	23.445.657	-2.668.807
Mieterträge und Nebenkosten	5.451.772	5.575.706	-123.934
Versicherungserträge	4.699.877	1.541.944	3.157.933
Umsatzerlöse Bäderwesen	4.325.153	4.490.160	-165.007
Erlöse Nutzungsentgelt	918.109	993.200	-75.091
Umsatzerlöse Friedhöfe	211.679	204.994	6.685
Umsatzerlöse Tiergehege	141.224	150.500	-9.276
sonstige Allgemeine Umsatzerlöse	3.920.451	3.386.650	533.801
Summe Umsatzerlöse	**148.700.613**	**149.888.811**	**-1.188.198**

Bestandsveränderungen HF-Baumaßnahmen	-5.678.114	0	-5.678.114
Bestandsveränderungen BK Immobilien	-332.912	-214.109	-118.803

2. Plan- / Ist-Vergleich

<u>Umsatzerlöse</u>

Die Umsatzerlöse belaufen sich im Geschäftsjahr 2024 auf insgesamt 148,7 Mio. EUR. Der überwiegende Teil resultiert aus dem Pauschalzuschuss sowie geleisteten Einzelzuschüssen der Stadt Oberhausen. In der verabschiedeten Wirtschaftsplanung sind diese Zuschüsse unter den Positionen „Zuschuss Stadt Oberhausen (konsumtiver HH) bzw. „Zuschuss Stadt Oberhausen (Investiver HH)“ ausgewiesen. Drittumsätze ergeben sich hauptsächlich aus Mieterträgen sowie Umsätzen des Bäderbetriebs.

Der planmäßig vereinnahmte Pauschalzuschuss in Höhe von 80,1 Mio. EUR fließt um 0,9 Mio. EUR reduziert in die Umsatzerlöse des Geschäftsjahres 2024 ein. Aufgrund noch nicht verausgabter Anteile des Instandhaltungsbudgets für objektspezifische Maßnahmen ergibt sich zum Jahresende eine Aufwands- und Umsatzkorrektur, die noch nicht verwendete Budget-/ bzw. Zuschussanteile in gleichartiger Höhe in den bilanziellen Bestand verlagern.

Die geplanten Umsatzerlöse des Baumanagements in Höhe von 30,0 Mio. EUR werden um 1,0 Mio. € nicht erreicht. Die Unterschreitung korreliert mit verbuchten Bestandsveränderungen der Baumaßnahmen. Im Falle fehlender Abrechnungsreife wird ein Bestand gebildet bzw. im Falle der im Geschäftsjahr eingetretenen Abrechnungsreife wird der hierfür vorhandene Vorjahresbestand aufgelöst.

Eine Planabweichung der Rechnungsjournale mit 2,7 Mio. EUR ist zum einen auf den geringeren städtischen Abruf von Verbrauchsgütern und Dienstleistungen zurückzuführen. Darüber hinaus bleiben die über Rechnungsjournale geplanten Energieabrechnungen an städtischen Immobilien weit unter dem Planansatz.

Versicherungserträge in Höhe von 4,7 Mio. EUR liegen mit 3,2 Mio. über dem Planansatz. Die Erhöhung resultiert größtenteils mit 2,5 Mio. EUR aus der Wiederherrichtung nach einem Brandschaden.

Die sonstigen allgemeinen Umsatzerlöse ergeben sich durch zuschussrelevante Abrechnungen mit der Stadt Oberhausen für durch die SBO beschafftes, städtisch aktiviertes Anlagevermögen, diverse Umsätze aus SBO-Drittgeschäften und verbuchten Personalkostenerstattungen im Rahmen der Vereinbarung zur Sozialen Teilhabe. Des Weiteren enthält diese Umsatzposition Abrechnungsentgelte, die im Rahmen der ausgeübten Mietverwaltungstätigkeit für Immobilien Dritter bei der SBO entstehen.

Bestandveränderungen

Hauptsächlich schlägt sich in dieser Position die Bildung und Auflösung von Beständen im Rahmen der Abwicklung städtischer Baumaßnahmen nieder. In kleinerem Maße fließen Bestandsveränderungen ein, die sich aus der Abrechnung von Immobilienbetriebskosten ergeben.

Sonstige betriebliche Erträge

Sonstige betriebliche Erträge ergeben sich in Höhe von 1,2 Mio. EUR. Im Wesentlichen handelt es sich um 1,1 Mio. EUR ungeplanter Erträge aus dem Erdgas-Wärme-Preisbremsengesetz.

Materialaufwand

Der Materialaufwand zeigt sich mit rd. 7,0 Mio. EUR um 0,7 Mio. EUR unter Plan, was aus der Unterbeanspruchung von Materialbeschaffungen für die Stadt Oberhausen aus Ge- und Verbrauchsgüter resultiert.

Sonstige bezogene Leistungen

Die sonstigen bezogenen Leistungen in Höhe von 83,4 Mio. EUR bleiben hinter ihrem Planansatz von 85,5 Mio. EUR zurück. Die wesentlichste Planunterschreitung ergibt sich durch noch nicht verausgabte Baukosten mit rd. 6,8 Mio. EUR und bezogenen Leistungen für Energie mit rd. 0,6 Mio. EUR. Dem gegenüber stehen erhöhte Versicherungsvorleistungen in Höhe von 2,9 Mio. EUR.

Personalaufwand

Der Personalkostenaufwand beläuft sich auf 34,3 Mio. EUR und bleibt damit um rd. 2,7 Mio. EUR unterhalb des geplanten Aufwands von 37,0 Mio. EUR. Ausbleibende Lohnfortzahlungen aufgrund von Langzeiterkrankungen, ungeplante Austritte sowie verspätete oder nicht im Geschäftsjahr vorgenommene Neu-/ bzw. Ersatzeinstellungen führen im Wesentlichen zu dieser Planunterschreitung.

Weitere Abweichungen resultieren aus Kosten für die von der Stadt gestellten Beamten, welche im Materialaufwand dargestellt sind, aber in den Personalkosten geplant wurden.

Abschreibungen auf Sachanlagen

Die Abschreibungen liegen mit 3,3 Mio. EUR um 0,3 Mio. EUR unterhalb der geplanten Abschreibung mit 3,6 Mio. EUR. Bleiben die im Plan 2024 nicht abschreibungsrelevanten Sanierungsinvestitionen am Hallenbad Sterkrade unberücksichtigt, wird das geplante Investitionsvolumen für Beschaffungen von beweglichem Anlagevermögen nahezu vollständig in Anspruch genommen. Eine geringere Abschreibung ist vor diesem Hintergrund eher darin begründet, dass Investitionen zu einem späten Zeitpunkt des Geschäftsjahres getätigt wurden oder vermehrt Investitionsanschaffungen mit einer längeren Abschreibungsdauer gegenüber Plan erfolgten.

Sonstige betriebliche Aufwendungen

Sonstige betriebliche Aufwendungen belaufen sich auf 12,7 Mio. EUR. Sie umfassen im Wesentlichen Mietaufwendungen, Postaufwand, Grundbesitzabgaben, Versicherungsbeiträge und übrige sonstige Aufwendungen. Sie liegen im Geschäftsjahr in Höhe von 0,7 Mio. EUR unter Plan.

Finanz-Ergebnis

Der Zinsaufwand des Berichtsjahres liegt rd. 17% unter dem Planansatz, da Darlehen für die Investitionen 2024 sowie die Sanierung des Hallenbad Sterkrade zu günstigeren Konditionen aufgenommen werden konnten, als zum Planungszeitpunkt angenommen. Daraus resultierend sowie durch ungeplante Zinserträge, liegt das Finanzergebnis um rd. 0,4 Mio. EUR unter dem geplanten Aufwand.

Steuern vom Einkommen und Ertrag

Gebuchte Steuern vom Einkommen und Ertrag liegen für das Geschäftsjahr 2024 mit 0,2 Mio. EUR planmäßig.
Das Ergebnis nach Steuern beläuft sich auf 2,3 Mio. EUR (2,5 Mio. EUR).

Sonstige Steuern

Der verbuchte Aufwand für Grundsteuer und KFZ-Steuer verhält sich mit 0,2 Mio. EUR planmäßig gegenüber dem hierfür im Wirtschaftsplan 2024 hinterlegten Ansatz.

Jahresergebnis

Es ergibt sich für das Geschäftsjahr 2024 ein Jahresüberschuss in Höhe von 2,3 Mio. EUR. Der planmäßig vereinnahmte Pauschalzuschuss führt bei insgesamt geringer zu deckenden Kosten des Eigenbetriebes zu einer Verbesserung des Planergebnisses. Der Jahresüberschuss übersteigt den geplanten Überschuss mit 0,7 Mio. EUR.

Die folgende Übersicht gibt einen Überblick über die Entwicklung einiger finanzieller Leistungsindikatoren sowie der Vermögens- und Kapitalstruktur:

	2024	**2023**
Umsatzerlöse (TEUR)	148.701	128.997
Materialaufwandsquote	63%	64%
Personalintensität	24%	24%
Personalaufwand pro Kopf (TEUR)	58	54
Jahresergebnis (TEUR)	2.270	2.295
Eigenkapital (TEUR)	11.944	9.674
Eigenkapitalquote	14,01%	13,87%
Investitionen (TEUR)	10.236	6.952
Fremdkapitalquote	85,82%	85,94%
Anlagevermögen	44.634	37.733
Anlagenintensität	52,34%	54,09%
Abschreibungsintensität	2,36%	2,17%

Investitionsplan

Die Summe der Investitionen beläuft sich im Geschäftsjahr 2024 insgesamt auf 10,2 Mio. EUR. Für Sanierungsarbeiten am Hallenbad Sterkrade ergibt sich im Geschäftsjahr ein Investitionsvolumen von rd. 6,7 Mio. EUR, die Maßnahme soll geplant im März 2025 fertiggestellt werden.

Die Investitionen für bewegliches Anlagevermögen inklusive immaterieller Vermögensgegenstände belaufen sich im Geschäftsjahr auf rd. 3,5 Mio. EUR. Davon entfällt ein Investitionsvolumen in Höhe von 1,4 Mio. EUR auf das für die Stadt Oberhausen beschaffte und über Nutzungsentgelte abgerechnete bewegliche Anlagevermögen. Diese Investitionen übersteigen den für das Geschäftsjahr geplanten Ansatz um rd. 0,3 Mio. EUR. Getätigte Investitionen für die Beschaffung von

beweglichem Anlagevermögen der SBO belaufen sich auf rd. 1,7 Mio. EUR, davon sind rd. 0,4 Mio. EUR aus dem Investitionsplan 2023. Aus dem Volumen des Investitionsplans 2024 (rd. 2,3 Mio. EUR) wurde für rd. 1,1 Mio. EUR bewegliches Anlagevermögen angeschafft.

3. Sonstiges

Notwendige Finanzierungen im Berichtsjahr erfolgten durch Darlehensaufnahmen. Kontokorrentkredite wurden nicht in Anspruch genommen.

Weitere Finanzierungsinstrumente wurden nicht eingesetzt.

4. Kapitalflussrechnung

Cashflow-Rechnung 2024	
1. Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	**TEUR**
Jahresergebnis	2.270
Abschreibungen/Zuschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	3.319
Zunahme(+)/Abnahme (-) der Rückstellungen	861
Zunahme(-)/Abnahme (+) der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-4.052
Zunahme(+)/Abnahme (-) der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	5.647
Gewinn(-)/Verlust(+) aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens (saldiert)	-36
Zinsaufwendungen/Zinserträge	588
Ertragssteueraufwand/-ertrag	202
Ertragssteuerzahlungen	-2
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	**8.797**
2. Cashflow aus Investitionstätigkeit	
Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	-305
Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens	52
Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-9.931
Erhaltene Zinsen	247
Cashflow aus Investitionstätigkeit	**-9.937**
3. Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	
Einzahlungen aus der Begebung von Anleihen und der Aufnahme von (Finanz-) Krediten	11.250
Auszahlungen aus der Tilgung von Anleihen und (Finanz-) Krediten	-4.716
Gezahlte Zinsen	-835
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	**5.699**
Finanzmittelfonds	
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds	4.560
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	26.937
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	31.496
Zusammensetzung des Finanzmittelbestands	
Liquide Mittel	31.496

D. Prognose-, Chancen- und Risikobericht

1. Wirtschaftsplan 2025 ff.

Zur Erfolgsplanung wurden neben den Plandaten des Vorjahres 2024 insbesondere die Jahresergebnisse 2023 sowie die aus dem laufenden Geschäftsjahr 2024 bereits gewonnenen Geschäftsdaten als Basis herangezogen. Darüber hinaus wurden Maßnahmen aus dem Haushaltssicherungskonzept der Stadt Oberhausen berücksichtigt, sofern sie die Erfolgsrechnung der SBO betreffen.

Der Wirtschaftsplan 2025 bis 2029 wurde dem Gremium des Betriebsausschusses vorgelegt und vom Rat der Stadt am 18.11.2024 beschlossen.

Der Wirtschaftsplan weist für das Geschäftsjahr 2025 einen Jahresfehlbetrag in Höhe von TEUR 5.344 aus.

Aufgrund der Haushaltssicherungsmaßnahmen ist der Zuschuss insgesamt geringer als die Summe der zu deckenden Kosten. Dies führt zu einem negativen Jahresergebnis und gleichzeitig zu einem negativen Cash-Flow.

Unter Berücksichtigung aller Ergebnisse aus einfließenden Drittgeschäften der SBO ergibt sich für das Wirtschaftsjahr 2025 ein anzufordernder, städtischer Gesamtzuschuss in Höhe von insgesamt TEUR 138.267 (Vorjahr TEUR 140.881). Hierbei entfällt ein Betrag in Höhe von TEUR 79.740 (Vorjahr TEUR 80.100) auf den Pauschalzuschuss. Der Pauschalzuschuss ist im Rahmen der Einsparvorgaben zu Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen in seiner Höhe fixiert und wird den bei der SBO geplanten Bedarf, welcher im Zuge von Tarifsteigerungen im Personalbereich, vertraglich indizierten Preisanpassungen und allgemeinen Marktpreis-steigerungen zu höheren Planwerten führt, nicht decken.

Der für das Geschäftsjahr 2025 geringer geplante Ansatz im Einzelzuschussbereich in Höhe von rd. TEUR 58.527 (Vorjahr TEUR 60.781) gestaltet sich übereinstimmend zu den im städtischen Haushaltsplan 2025 beschlossenen Ansätzen.

Insgesamt reduziert sich der Gesamtzuschuss verglichen zum Vorjahr um TEUR 2.614.

Der Investitionsplan für das Wirtschaftsjahr 2025 zeigt ein geplantes Investitionsvolumen in Höhe von TEUR 4.344. Geplante Anschaffungen von beweglichen Anlagegütern, die der Stadt Oberhausen zur Nutzung zur Verfügung gestellt werden, machen hierbei einen Investitionsbetrag in Höhe von TEUR 1.565 aus. Eigene Ersatz- und Neubeschaffungen für bewegliches Anlagevermögen des Eigenbetriebs werden für das Jahr 2025 mit TEUR 2.689 veranschlagt. Für Investitionen in unbewegliches Anlagevermögen werden für die Herrichtung einer Remise im Grünbereich TEUR 89 planmäßig berücksichtigt.

Der im Vermögensplan der Jahre 2025 bis 2029 ausgewiesene Cash-Flow gestaltet sich aufgrund der Haushaltsrestriktionen und den damit für die SBO verbundenen, jährlich ansteigenden Einsparvorgaben in Form einer Pauschalzuschussfixierung zunehmend negativ. Es ist vorgesehen, den finanziellen Bedarf zunächst aus dem Bestand der liquiden Mittel zu finanzieren.

2. Risikomanagement

Die SBO hat als partielle Rechtsnachfolgerin der OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH das im Geschäftsjahr 2005 eingeführte Risiko-Chancen-Management übernommen. Es werden grundsätzlich alle vier Monate Risiko-Inventuren durchgeführt, in denen eine Beschreibung der jeweiligen Risiken sowie die Eintrittswahrscheinlichkeit und die möglichen finanziellen Auswirkungen, aber auch Chancen in der künftigen Entwicklung, erfasst werden.

Im Rahmen der Risiko-Inventuren werden alle bestehenden oder abzusehenden Risiken wirtschaftlicher, finanzieller, fachlicher und personeller Art erfasst, soweit sie sich nicht grundsätzlich aus dem Betrieb eines Objektes oder aus gesetzlichen und allgemeinen vertraglichen Regelungen ergeben.

Das auf dieser Basis erstellte Risiko-Chancen-Portfolio gibt der Betriebsleitung sowie den leitenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern einen regelmäßigen Überblick über die Chancen und Risiken in den einzelnen Bereichen und ermöglicht allen Verantwortlichen die Früherkennung und Steuerung der Risiken. Zum aktiven Einfluss auf ein Chancenpotential wird auf die einschränkenden Ausführungen zu A 1. verwiesen.

Risikoinventuren wurden im Januar, Mai und September 2024 und zuletzt zum 31. Januar 2025 durchgeführt.

Unternehmensgefährdende oder sonstige bestandsgefährdende Risiken wurden nicht festgestellt.

3. Steuerung des Unternehmens

Der Eigenbetrieb SBO verfügt über ein Controlling, das als Stabsstelle bei der Betriebsleitung angesiedelt ist. Hier erfolgen monatliche Analysen im Rahmen von Plan- / Ist-Vergleichen auf der Basis eines detaillierten Kostenstellen- und Auftragsnummernsystems sowie eine Überwachung des mit der Stadt Oberhausen vereinbarten Budgets. Das entsprechende Datenmaterial wird der Betriebsleitung und den leitenden Mitarbeitern/innen regelmäßig zur Verfügung gestellt und ermöglicht diesen eine zeitnahe Steuerung.

Darüber hinaus erfolgt im Bereich Finanzen eine tägliche Überwachung der Finanzströme und eine regelmäßige Liquiditätsanalyse.

E. Sonstige Angaben

1. Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung und Zielerreichung

Wie bereits unter Punkt A 1. ausgeführt wurde, ist der Eigenbetrieb in erheblichem Umfang direkt und indirekt für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Oberhausen tätig.

Diese Aufgaben wurden im Geschäftsjahr 2024 im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten des städtischen Haushalts erledigt.

2. Besetzung der Betriebsleitung

Die Betriebsleitung war/ist wie folgt besetzt:

Anke Tannert, Mülheim	Florian Reeh, Haan
Diplom Kauffrau	Bauass. Dipl.-Ing. Bauingenieurwesen

3. Angaben gemäß § 6 Abs. 7 Satz 4 Energiewirtschaftsgesetz (EnWG)

Die SBO betreiben auf dem eigenen Bergbau-Erlebnis-Bad AQUApark Photovoltaikanlagen. Die für das Bad nicht benötigte Energie wird in das Netz des örtlichen Energieversorgers, der Oberhausener Netzgesellschaft mbH, eingespeist. Ein Entgelt von 12 TEUR wurde im Geschäftsjahr vereinnahmt.

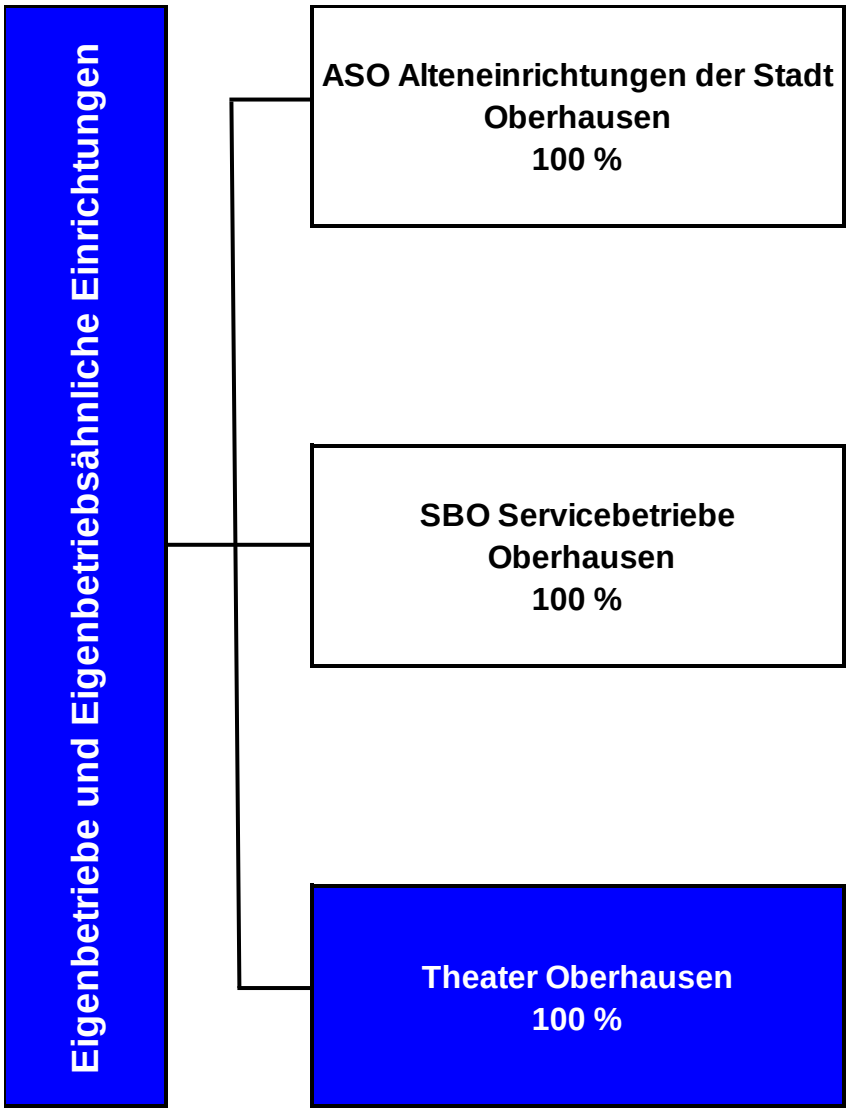
Weitere Tätigkeiten im Sinne von § 6 b Abs. 3 EnWG werden vom Eigenbetrieb nicht ausgeübt.

Es wird versichert, dass im Lagebericht nach bestem Wissen der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Eigenbetriebes so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird und dass die wesentlichen Chancen und Risiken beschrieben sind.

Oberhausen, 19. Februar 2025

SBO Servicebetriebe Oberhausen (SBO)

Anke Tannert	Florian Reeh
Kfm. Betriebsleitung	Techn. Betriebsleitung


Eigenbetriebe und Eigenbetriebsähnliche Einrichtungen
ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen
100 %
SBO Servicebetriebe Oberhausen
100 %
Theater Oberhausen
100 %

Theater Oberhausen

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Ebertstr. 82
46045 Oberhausen

Kontakt:

Telefon	0208/85780
Fax	0208/8578325
e-Mail	info@theater-oberhausen.de
Internet	www.theater-oberhausen.de/

Rechtsform: Eigenbetriebsähnlicher Betrieb

Stammkapital in T€: 100,00

Gesellschafter:	**T€**	**%**
Stadt Oberhausen	100,00	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Das Theater der Stadt Oberhausen bildet eine eigenbetriebsähnliche Einrichtung und wird auf der Grundlage der gesetzlichen Vorschriften und den Bestimmungen der Betreibssatzung geführt.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch entsprechende Aufgabenerfüllung der Gesellschaft wird die gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 7 GO NRW vorgeschriebene Ausrichtung auf den öffentlichen Zweck eingehalten.

Wichtige Verträge

OWT Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung GmbH	Vertrag über die Anmietung der Probebühne vom 01.10.1998
Stadt Oberhausen	Treuhandüberlassungsvertrag vom 01.12.1998 zur Nutzung des Grundstücks (inkl. Gebäude) Ebertstraße 82 einschließlich fest verbundener Einbauten sowie der Betriebs- und Geschäftsausstattung des Theaters

b) Besetzung der Organe / Vertretung der Gesellschaft (Stand: 31.12.2024)

Geschäftsführung:	Betriebsleiter	Frerix, Matthias
	Betriebsleiterin	Dr. Mädler, Kathrin
Betriebsausschuss:	Vorsitzender	Flore, Manfred
	stellv. Vorsitzende	Gödderz, Sandra
	Mitglied	Barwanietz, Thomas
	Mitglied	Broß, Klaus Dieter
	Mitglied	Dubbert, Karin
	Mitglied	Sahin, Bülent
	Mitglied	Wolter, Marita
	Mitglied	Schmidt, Georgis
	Mitglied	Höppner, Chris
	Mitglied	Scherer, Axel
	Mitglied	Gadde, Andreas

Mitglied	Janetzki, Maximilian
Mitglied	Bandel, Bärbel
Mitglied	Hoff, Amelie
Mitglied	Jankowski, René
Mitglied	Kompa, Hartwig
Mitglied	Noldus, Erich
Mitglied	Racel, Britta
Mitglied	Sauer, Florian
Mitglied	Wilts, Silke
Mitglied	Imlau, Hartmut
stellv. Mitglied	Axt, Birgit
stellv. Mitglied	Bennewa, Helmut
stellv. Mitglied	Benter, Christian
stellv. Mitglied	Brodrick, Helmut
stellv. Mitglied	Hoff, Marc
stellv. Mitglied	Jacobs, Silke
stellv. Mitglied	Matzat, André
stellv. Mitglied	Tüzün, Saadettin
stellv. Mitglied	Willing-Spielmann, Ulrike
stellv. Mitglied	Girrullis, Sebastian
stellv. Mitglied	Dr. Schröer, Jörg
stellv. Mitglied	Grothe, Helga
stellv. Mitglied	Lange, Jörg
stellv. Mitglied	Müller, Karl-Heinz
stellv. Mitglied	Prohl, Manuel
stellv. Mitglied	Tzscheppan, Wolfgang
stellv. Mitglied	Völker, Andreas
stellv. Mitglied	Dobnik, Tim
stellv. Mitglied	Schäfer, Johanna
stellv. Mitglied	Schiller, Heidi
stellv. Mitglied	Waradarajah, Agilan

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2022		2023		2024		Veränder-ungen
Aktiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€
Anlagevermögen					364,11	7,2	0,00
Umlaufvermögen	2.456,39	91,2	3.039,95	94,5	4.527,45	89,0	1.285,58
Rechnungsabgrenzungsposten	236,79	8,8	177,87	5,5	196,07	3,9	7,89
Bilanzsumme	**2.693,17**	**100,00**	**3.217,82**	**100,00**	**5.087,62**	**100,00**	**1.293,47**

Passiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€
Eigenkapital	1.636,54	60,8	1.901,00	59,1	3.079,35	60,5	1.278,61
Rückstellungen	767,00	28,5	953,95	29,6	923,88	18,2	221,67
Verbindlichkeiten	285,64	10,6	307,88	9,6	811,36	15,9	-159,17
Rechnungsabgrenzungsposten	4,00	0,1	55,00	1,7	273,03	5,4	-47,64
Bilanzsumme	**2.693,17**	**100,00**	**3.217,82**	**100,00**	**5.087,62**	**100,00**	**1.293,47**

bb) GuV

	2022	2023	2024
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	180,84	354,88	433,90
sonstige betriebliche Erträge	11.232,08	11.474,78	13.665,03
Materialaufwand	754,16	833,58	782,94
Personalaufwand	8.325,02	8.569,60	9.649,29
Abschreibungen			196,05
sonstige betriebliche Aufwendungen	2.206,15	2.162,03	2.292,31
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	127,59	264,46	1.178,35
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	127,59	264,46	1.178,35
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	127,59	264,46	1.178,35

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.07.2022	31.07.2023	31.07.2024	Angaben in
Umsatzrentabilität:	70,55	74,52	271,57	%
Eigenkapitalrentabilität:	8,46	16,16	61,99	%
Cash-Flow:	127,59	264,46	1.374,40	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	94,24	96,89	98,59	T€
Personalaufwandsquote:	72,94	72,44	68,44	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.7.2022	31.7.2023	31.7.2024	Angaben in
Sachanlagenintensität:			7,10	%
Eigenkapitalquote:	60,77	59,08	60,53	%
Fremdkapitalquote:	39,23	40,92	39,47	%

e) Lagebericht

Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Das Theater Oberhausen wird als öffentliche Einrichtung in der Rechtsform einer eigenbetriebsähnlichen Einrichtung betrieben und hat aufgrund seiner Satzung vom 19. Juni 2006 den Auftrag, die darstellende Kunst mit Durchführung von Theateraufführungen und mit der Öffnung zu anderen Kunstgattungen zu fördern. Es betreibt darüber hinaus ein Kinder- und Jugendtheater. Das Theater Oberhausen wird nach den Vorschriften der Eigenbetriebsverordnung des Landes Nordrhein-Westfalen (EigVO NRW) und nach den Bestimmungen der Betriebssatzung geführt. Das Theater Oberhausen wird überwiegend öffentlich finanziert und verfolgt ausschließlich gemeinnützige Zwecke im Sinne der Abgabenordnung (AO).

Das Stadttheater in Oberhausen versteht sich als offenes Haus der Zeitgenossenschaft: Neben dem Abendspielplan, der in einem emotionalen Gegenwartstheater große Geschichten mit politischer Haltung verbindet, fungiert die Sparte Open Haus als Vermittlungs- und Vernetzungszentrale. Mit dem Jungen Theater begreift sich das Stadttheater als interdisziplinär und divers in seinen ästhetischen Formen. Am Theater Oberhausen wird seit 2023 Urban Arts mit dem Schwerpunkt urbaner Tanz als ein Ort für die urbane Szene aufgebaut. Mit Tanztheaterstücken, Tanzsessions und Battles, offenen Angeboten, Familienstücken, Szenetreffen und Festivals für die Bühne und den Stadtraum erweitert das Theater seinen Outreach für die Stadtgesellschaft und arrondiert sein Profil als Stadttheater.

Mit rund 145 Mitarbeitenden entstehen pro Spielzeit bis zu 17 Neuproduktionen mit über 300 Veranstaltungen in den drei Spielstätten Großes Haus mit über 460 Plätzen, dem Studio und der Bar als wandlungsfähigen Veranstaltungsräumen, beide mit variabler Platzzahl.

Die Stadt Oberhausen ist eine moderne, lebenswerte Großstadt im westlichen Ruhrgebiet mit rd. 211.000 Einwohnern. Das Theater ist ein wichtiger kultureller Treffpunkt im direkten Lebensumfeld der Bürgerinnen und Bürger. Oberhausen in der Metropolregion Ruhr war in der Vergangenheit von einer großen Industrietradition geprägt und zeichnet sich heute vor allem durch eine breit gefächerte Wirtschaftsstruktur und vielfältige kulturelle Angebote aus. Der Umgang mit kultureller Vielfalt, die Kommunikation und das Zusammenleben von Menschen verschiedener Herkunft und Lebensweisen gehören hier zum Alltag.

Das Theater Oberhausen ist Gründungsmitglied des seit 2015 bestehenden Netzwerks der RuhrBühnen, einer Kooperation von 11 öffentlich getragenen Bühnen an 9 Städten in der Metropole Ruhr. Mit jährlich rund 200 Premieren, Ur- und Erstaufführungen in den Sparten Sprech-, Musik- und Tanztheater, Ballett, Performance, Modern Dance sowie Oper und Operette wird von den Bühnen ein Publikum aus der Region und dem gesamten Bundesgebiet erreicht.

Ertragslage

In Klammern: jeweils der Vorjahreswert

In der Spielzeit 2023/24 wurden in Oberhausen 370 (292) Veranstaltungen mit 50.136 (42.049) Besuchern durchgeführt. Die Platzausnutzung der eigenen Produktionen betrug 62,4 % (66 %) der angebotenen Plätze. Der Spielplan umfasste im Großen Haus 14 (10), im Studio (früher Saal 2, Malersaal) 12 (6) und in Außenspielstätten und Bar (früher Pool, Bar) 8 (6) Produktionen bzw. Veranstaltungsreihen. Ferner fanden 76 (49) Gastspiel- und Sonderveranstaltungen statt.

Das Theater Oberhausen gastierte mit 2 (0) eigenen Abstechern.

Das wirtschaftliche Ergebnis schloss mit einem Jahresüberschuss von EUR 1.178.348,39 (Vorjahr EUR 264.458,11) ab. Das deutlich positive Jahresergebnis beruht auf mehreren Sondereffekten, die überwiegend bilanztechnischer Natur sind und keine Auswirkungen auf die Liquidität haben bzw. wo kein zusätzliches Geld in das Theater geflossen ist. Die erstmalige Aktivierung des Anlagevermögens wirkte sich mit TEUR 355 positiv auf das Ergebnis aus. Eine Rückstellung in Höhe von TEUR 152 für einen Teil des Landeszuschusses wurde nach erteilter Bewilligung ertragswirksam aufgelöst. Zudem fiel der Landeszuschuss um TEUR 221 höher aus als im Vorjahr, da das Förderprogramm „Neue Wege“ durch das Land genehmigt wurde. Auch die Auflösung von Rückstellungen hinsichtlich der Sicherheitsbeleuchtung und elektrischer Anlagen, die über ein Förderprogramm abgewickelt werden konnten, führte zu einer Ergebnisverbesserung von ca. TEUR 60 - ohne das zusätzliche Liquidität geflossen ist.

Entwicklung der **Umsatzerlöse:**

	31.07.24 EUR	31.07.23 EUR
Eintrittseinnahmen und Abstecher	433.901,43	354.880,08

Der Umsatzanstieg gegenüber dem Vorjahr resultiert im Wesentlichen auf der Erweiterung des Spielbetriebs durch die Einführung der Urban Arts Tanzsparte.

Die **Erträge** lagen mit TEUR 603 um TEUR 369 höher als im Vorjahr. Im Wirtschaftsplan wurden TEUR 273 angesetzt. In der Position der sonstigen und außerordentlichen Erträge ist die erstmalige Bilanzierung des Anlagevermögens sowie die Auflösung der Rückstellung hinsichtlich des Landeszuschusses enthalten.

Auf der Kostenseite lagen die **Personalkosten** um TEUR 1.265 unter dem Planansatz, jedoch TEUR 1.079 über dem Vorjahreswert. Die Abweichungen begründen sich durch die neu verhandelten Tarifabschlüsse.

Die **Sachkosten** lagen um TEUR 335 über dem Planansatz und um TEUR 282 höher als in der vorherigen Spielzeit. Hier liegt die Ursache in den inflationsbedingten Kostensteigerungen.

Pauschale Zuschussreduzierungen in Höhe von TEUR 123 wurden im Rahmen des Jahresabschlusses vom Theater berücksichtigt.

Die Entwicklung im Bereich Personal stellt sich wie folgt dar:

Die Theaterleitung im Geschäftsjahr 2023/24 bestand aus Frau Dr. Kathrin Mädler, Intendantin und Frau Doris Beckmann, Verwaltungsdirektorin (bis 31.7.2024).

Zahl der Beschäftigten*	2023/24	2022/23	Veränderung
Schauspieler und künstlerische Leitung	45,3	39,2	+6,1
Techn. bzw. künstl.-techn. Personal und techn. Leitung	73,7	72,9	+ 0,8
Verwaltungspersonal	13,9	10,0	+3,9
Gesamt	**132,9**	**122,1**	+ 10,8

* andere Gruppierung als im Vorjahresbericht

Die Mitarbeiterzahl im Stellenplan erhöhte sich im Vergleich zur Vorjahresperiode vor allem durch die Integration der Tanzsparte Urban Arts sowie durch benötigte Aufstockungen im Verwaltungsbereich. Zu den oben angegebenen ständig Beschäftigten kommen nicht ständig Beschäftigte hinzu wie Regisseure, Bühnen- und Kostümbildner, Komponisten, Gäste und Performer:innen im Schauspiel, bei musikalischen Produktionen, im Jungen Theater sowie in Statisterie und Aushilfen. Es handelt sich dabei um selbstständige Honorargäste, nichtselbstständig beschäftige Personen sowie um nebenberuflich künstlerisch Beschäftigte.

Der Aufwand betrug TEUR 4.251 für Künstler:innen und BTT–Kräfte und TEUR 3.899 für Beschäftigte nach TVöD. Gesetzliche und tarifvertragliche Sozialaufwendungen beliefen sich auf TEUR 1851. Im Aufwand für das Künstlerische Personal sind auch Kosten für Gastschauspieler:innen, -Regisseur:innen und -Ausstatter:innen enthalten.

Vermögens- und Finanzlage

Die Vermögens- und Finanzlage stellt sich wie folgt dar:

	31.07.24		**31.07.23**		Veränderung
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR
Anlagevermögen	364	7,2	0	0	364
Unfertige Ausstattungen	147	2,9	69	2,2	78
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	10	0,2	4	0,1	6
Forderung gegenüber der Stadt Oberhausen	847	16,6	675	21,0	172
Übrige Vermögensgegenstände und Rechnungsabgrenzungsposten	1.099	21,6	950	29,6	149
Kasse / Bank	2.621	51,5	1.520	47,2	1.101
Gesamtvermögen	5.088	100	3.218	100	1.870
Gezeichnetes Kapital	51	1,0	0	0	51
Rücklagen	1.785	35,1	1.576	49,0	209
Gewinn	1.243	24,4	325	10,1	918
Eigenkapital	3.079	60,5	1.901	59,1	1.178
Sonstige Rückstellungen	924	18,2	954	29,6	-30
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	404	7,9	184	5,7	220
Verbindlichkeiten gegenüber der Stadt Oberhausen	0	0,0	0	0,0	0
Übrige Verbindlichkeiten und Rechnungsabgrenzungsposten	681	13,4	179	5,6	502
Kurzfristiges Fremdkapital	2.009	39,5	1.317	40,9	692
Gesamtkapital	5.088	100	3.218	100	1.870

Das **Eigenkapital** entwickelte sich wie folgt:

	31.07.2023	Zuführung	Auflösung	31.07.2024
Eingefordertes gezeichnetes Kapital	0,00	51.129,19	0,00	51.129,19
Allg. Rücklage	1.557.799,55	213.328,92	0,00	1.771.128,47
Zweckgebundene Rücklage	17.895,29	0,00	3.579,04	14.316,25
Gewinn	325.301,79			
Aufl. zweckgeb. Rücklage		13.293,53		
Einstellung Allg. Rücklage			213.328,92	
Jahresüberschuss		1.178.348,39		
Gewinn				1.242.771,11
	1.900.996,63	1.456.100,03	216.907,96	3.079.345,02

Entwicklung der Rückstellungen:

	01.08.2023	Verbrauch	Auflösung	Zuführung	31.07.2024
Erneuerung Rauchwärmeabzugsanlage	38.700	0,00	0,00	0,00	38.700
Zuwendung 13. Gehalt	130.319,68	130.319,68	0,00	148.681,47	148.681,47
Urlaubsrückstellung	100.550,27	100.550,27	0,00	349.596,86	349.596,86
Jahresabschlussprüfung	24.446,65	23.841,65	0,00	24.799,60	25.404,60
Übrige	659.930,32	369.262,11	211.425,22	282.255,73	361.498,72
	953.946,92	623.973,71	211.425,22	805.333,66	923.881,65

Nichtfinanzielle Erklärung Theater Oberhausen gemäß § 289c HGB

Über diese zusammengefasste nichtfinanzielle Erklärung

Das Theater Oberhausen möchte seiner Rolle als Stadttheater im Herzen der Ruhrgebietsstadt Oberhausen auch im Bereich der sozialen, ökologischen und ökonomischen Nachhaltigkeit gerecht werden und unternehmerische Verantwortung im Kulturbetrieb übernehmen. Seit dem Geschäftsjahr 2021/22 veröffentlicht das Theater Oberhausen eine zusammengefasste nichtfinanzielle Erklärung in Übereinstimmung mit den §§ 315c in Verbindung mit §§ 289c HGB. Sie stellt die wesentlichen Aspekte und Sachverhalte zu Umweltbelangen, Kundenbelangen, Arbeitnehmerbelangen, Geschäftsethik und Compliance inklusive der Bekämpfung von Korruption und Bestechung und der Achtung der Menschenrechte, Sozialbelangen sowie Nachhaltigkeit in der Lieferkette inhaltlich dar. Die Erklärung orientiert sich an den Global Reporting Initiative Standards (GRI 2016). Es ist geplant, die ESG Berichterstattung des Theaters in den Folgejahren weiterzuentwickeln.

Angaben darüber, ob und in welchem Umfang die Tätigkeit des Unternehmens mit Wirtschaftstätigkeiten verbunden sind, die als taxonomiefähig im Sinne der EU-Taxonomie-verordnung (2020/852) einzustufen sind, sind aufgrund der unterkritischen Unternehmensgröße nicht enthalten.

Geschäftsmodell und künstlerische Vision am Theater Oberhausen

Die künstlerische Handschrift der jeweiligen Intendanz prägt das Angebot und die Themenauswahl am Theater Oberhausen mit ihrer spezifischen Dringlichkeit.

Intendantin Dr. Kathrin Mädler leitet seit der Spielzeit 2022/2023 die künstlerischen Geschicke des Hauses und positioniert das Theater Oberhausen als offenes, herzliches und einladendes Haus für die Stadt Oberhausen und die Region: Als

Theater der Zeitgenossenschaft, ebenso politisch wie emotional, werden mit Haltung, Leidenschaft und Spielfreude große Geschichten für unsere Zeit erzählt.

Schwerpunkte liegen auf neuer Dramatik mit Ur- und Erstaufführungen und auf Klassikern mit starkem Zugriff für unsere Gegenwart. Jungen Regiehandschriften und jungen Dramatiker:innen gilt ein besonderes Interesse. Stückentwicklungen für Oberhausen sowie interdisziplinäre Formate und Projekte mit Bürger:innenbeteiligung gehören ebenso zum Profil des Hauses.

In der Stadtsparte Open Haus sind alle eingeladen, ihr Theater mitzugestalten, selbst zu spielen oder das Theater als Ort der Gemeinschaft und Vernetzung zu nutzen. Dem altersgerechten Repertoireaufbau im Kinder- und Jugendtheater gilt ein besonderer Fokus.

Mit den Urban Arts ist das Theater Oberhausen wieder ein Ort für zeitgenössischen Tanz. Als Zentrum für die urbane Szene des Ruhrgebiets mit einem umfangreichen Community-Programm für alle ergänzt die neue Sparte das künstlerische Angebot in den drei Spielstätten Großes Haus, Studio und Bar sowie im Stadtraum.

Wertorientierte Unternehmensführung und Arbeitsnehmerbelange als integrale Bestandteile am Theater Oberhausen

Das Theater Oberhausen ist Mitglied im Deutschen Bühnenverein, der als Interessen- und Arbeitgeberverband der Theater und Orchester alle künstlerischen, organisatorischen und kulturpolitischen Fragen thematisiert, welche die Theater und Orchester betreffen. Dazu gehören Themen wie die Bedeutung der Theater für die Städte, die Entwicklung des Publikums sowie die Gestaltung juristischer Rahmenbedingungen sowie der Arbeitsbedingungen für Künstlerinnen und Künstler. Aktuelle Schwerpunkte sind zudem die öffentliche Relevanz der Theater und Orchester, die Finanzierung der Häuser in kommunaler Trägerschaft, Stärkung demokratischer Prozesse sowie Digitalisierung und Führung, Arbeitgeberattraktivität und der Fachkräftemangel in spezifischen Theaterberufen.

Die Mitglieder des Deutschen Bühnenvereins vertreten einen Wertebasierten Verhaltenskodex, der am 28. Oktober 2021 verabschiedet wurde und der ein freiheitliches und respektvolles Miteinander in den Theaterbetrieben fördern und stärken soll. Zu den grundsätzlich geteilten gesellschaftlichen Werten zählen der Schutz der Menschenwürde, die Wahrung persönlicher Integrität und gegenseitigen Respekts, die Anerkennung von gesellschaftlicher Diversität sowie die Umsetzung von Geschlechtergerechtigkeit und Chancengleichheit. Die Theater tragen dafür Verantwortung, dass diese Werte in ihren öffentlichen Einrichtungen, insbesondere im Verhältnis zu den Beschäftigten, gelebt werden. Ein wertschätzender Umgang mit festangestellten ebenso wie mit freiberuflichen Mitarbeiter:innen und Arbeitspartner:innen schließt die Pflicht zur Einhaltung von zentralen Arbeitnehmerbelangen ein, v.a. faire Beschäftigung und gleicher Lohn für Frauen wie Männer auf der Basis sachlicher Kriterien, das Bekenntnis zu Vielfalt und Chancengleichheit in Bezug auf Herkunft, Geschlecht, Religion oder Weltanschauung, politischer Überzeugung, Behinderung, Alter, Familienstand, sexueller Identität oder Orientierung sowie sozialer Herkunft.

Das Theater Oberhausen fördert die Aus- und Weiterbildung seiner Beschäftigten und arbeitet partnerschaftlich mit städtischen Bildungspartnern sowie dem Bühnenverein in Fragen der Aus- und Fortbildung zusammen. Wissend um die Herausforderungen des bühnentechnischen Fachkräftemangels bildet das Theater Oberhausen seit Jahren im Beruf des/der Veranstaltungstechniker:in aus und fördert die Meisterqualifizierung von weiblichen Bühnentechniker:innen.

Verstärkte Ausrichtung der Unternehmensaktivitäten an Umweltbelangen seit 2020

Verantwortungsbewusstes und gesetzeskonformes Verhalten sind ein wesentlicher Bestandteil der Unternehmenskultur des Theaters Oberhausen. Die Theaterleitung bekennt sich zu den 2015 von den Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen verabschiedeten Sustainable Development Goals (SDGs) der Agenda 2030. Seit 2021/22 wurde das kleine Merchandising-Produktangebot komplett auf ausschließlich nachhaltige Rohstoffe (Papier, Porzellan, Holz, Bio-Baumwolle) umgestellt. Ende 2022/23 wurde mit dem Upcycling von Werbebannern aus vorherigen Spielzeiten für Accessoires wie Mäppchen, Taschen, Hüllen begonnen. An zentralen Standorten wurden für die Beschäftigten Wasserspender zur Trinkwasserversorgung installiert, um vollständig auf Kunststoff-Wasserflaschen im Kreislaufsystem verzichten zu können. Weitere Maßnahmen im Beschaffungswesen sollen schrittweise umgesetzt werden, wie der Ausbau einer regionalen Beschaffungsbasis, Reduzierung von Transportwegen, Beachtung von Öko-Siegeln und summarische Bewertung von Lieferanten hinsichtlich ökologischer sowie sozialer Aspekte.

Die Berücksichtigung von Nachhaltigkeitsaspekten trägt aus Sicht der Theaterleitung zunehmend zur Sicherung der finanziellen Resilienz bei. Als Haus mit begrenzten Ressourcen liegt der Schwerpunkt auf nachhaltigen und klimafreundlichen Ertüchtigungsmaßnahmen in die betriebstechnische Infrastruktur (Heizung, Klima, Lüftung, Beleuchtung) sowie auf der Akquise von zielgerichteten Förderprogrammen, welche auf das Ziel der ökologischen Nachhaltigkeit einzahlen. Im Rahmen des Bundesförderprogramms ZUG konnte in der Spielzeit 2023/24 die beleuchtungstechnische Modernisierung von Werkstatträume und Probebühnen im Probenzentrum größtenteils abgeschlossen werden. Im Mittelpunkt der Modernisierungsmaßnahmen stand die Umrüstung der Innenbeleuchtung auf LED-Technologie sowie die Instandsetzung der Sicherheitsbeleuchtung. Die Umrüstung auf LED-Technologie wird in Zukunft zu erheblichen Stromeinsparungen führen.

Im September 2022 hat eine unabhängige Fachjury der Kulturstiftung des Bundes im „Fonds Zero“-Programm ein ambitioniertes Projekt des Theaters Oberhausen ausgewählt. Diese Projekte werden darin unterstützt, klimaneutrale Produktionsformen und neue Ästhetiken einer ökologischen Nachhaltigkeit zu erproben und gemeinsam zu lernen, wie künstleri-

sche Arbeiten mit geringstmöglicher Klimawirkung realisiert werden können. Die Entwicklung und Umsetzung von künstlerisch innovativen und zugleich klimaneutralen Kunst- und Kulturprojekten in den Jahren 2023 bis 2024 soll Kultureinrichtungen und Künstler für ökologisch nachhaltiges Produzieren sensibilisieren und Veränderungen für einen aktiven Klimaschutz erwirken. Auch die Themen der Mitarbeiter- und Publikums-Mobilität sowie Energieverbrauch werden im Projekt betrachtet. Damit soll modellhaft ein Beitrag zu einer Neuorientierung in der deutschen Kulturlandschaft geleistet werden, um deren Ausstoß an Treibhausgasen langfristig zu reduzieren. Das Fraunhofer Umsicht-Institut begleitet das Projektteam am Theater bei der Analyse und Umsetzung und unterstützt die Anwendung ökologischer Standards im künstlerischen Prozess. Die Premiere der klimaneutralen Produktion wurde im Frühjahr der Spielzeit 2023/24 im Großen Haus des Theaters gezeigt. Im Zuge des „Fond Zero"-Projektes hat das Theater erstmals eine CO2-Bilanz für den Eigenbetrieb für die Jahre 2021 und 2022 nach den internationalen Standards gemäß Greenhouse-Gas Protocol erstellt.

Im März 2023 hat sich das Theater Oberhausen als Lead Partner für ein mittelgroßes EU-Projekt mit fünf weiteren europäischen Theatern im Rahmen des Programms „Creative Europe" um eine EU-Förderung beworben. Nach erfolgter Evaluation aller 282 Projektanträge der Kategorie „Mittlere Kooperationsprojekte" durch die Creative Europe Programme (CREA) Juroren, wurden 27 Projekte bewilligt, darunter auch das Projektkonzept „GREENSTAGE" des Theaters Oberhausen als Lead Partner zu ökologischer Nachhaltigkeitstransformation in den Performing Arts. Ziel des Projektes „GREENSTAGE" ist es, analytische Expertise als Best Practice kommunikativ zu bündeln und praktikable Konzepte für eine nachhaltigere Ressourcennutzung mittels Potentialen des Circular Designs für Bühnen- und Kostümbild zu erarbeiten. In dem Projekt werden vor allem SDG 12: Nachhaltige/r Konsum und Produktion sowie SDG 13: Maßnahmen zum Klimaschutz adressiert. Die Verträge mit der Europäischen Kommission wurden im Dezember 2023 geschlossen. Das Projekt ist im ersten Quartal 2024 gestartet.

Kundenbelange und soziale Verantwortung – der Mensch im Mittelpunkt

Kundenorientierung ist für einen künstlerischen Betrieb und Dienstleistungsunternehmen der Life Entertainment-Branche ein wesentlicher Erfolgsfaktor. Die künstlerische Spielplangestaltung prägt hierbei wesentlich die Darstellung und Wirkung des Theaters nach Außen und zum Publikum und wird von der jeweiligen Intendanz künstlerisch verantwortet. Das Erlebnis „Theaterbesuch" soll durch einen sehr persönlichen und herzlichen Service vom Ticketing bis zum Einlass mit Vor- und Nachgesprächen, Einführungen uvm. über sämtliche Points of Contact stets noch bedarfsgerechter, service-orientierter, einfacher und barriereärmer werden und begeistern. Das neue „Herz"-Logo des Theaters seit der Intendanz von Kathrin Mädler und der Spielzeit 2022/23 drückt auch das Bestreben aus, die besondere Herzlichkeit nach innen und außen zu zeigen.

Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz sind zentrale Handlungsfelder am Theater Oberhausen und behalten auch nach der Corona-Pandemie weiter Bedeutung. Die Mitarbeitergesundheit ist für stabile und erfolgreiche Unternehmensprozesse essenziell. Das Theater arbeitet eng mit den städtischen Bereichen für Arbeitssicherheit und dem Medizinischen Dienst sowie der Stabstelle für betriebliches Gesundheitsmanagement bei der Stadt Oberhausen zusammen. Seit Frühjahr 2023 bietet die Stadtverwaltung eine Reihe von Informationsveranstaltungen und Fortbildungen im Rahmen des betrieblichen Gesundheitsmanagements mit strukturierten Beratungsangeboten zur gesundheitlichen Prävention an.

Am Standort des Theaters in Oberhausen sind Sozialbelange seit Jahren zentral im Handeln der Stadtverwaltung und des Eigenbetriebs Theater. Das Theater pflegt den Dialog auf kommunaler und regionaler Ebene mit relevanten Akteuren der Stadtgesellschaft sowie mit der Stadtverwaltung und den betrieblichen Sozialpartnern. Die Achtung der Menschenrechte ist für uns selbstverständlich und drückt sich im klaren Bekenntnis zum Wertebasierten Verhaltenskodex des Deutschen Bühnenvereins aus. Als Theater verfügen wir über herausgehobene Möglichkeiten der Sichtbarmachung von Ungerechtigkeit, Menschenrechtsverletzungen und drücken dies regelmäßig in Solidaritätsaktionen aus. Die sensible Gestaltung von Spielplänen mit einer klaren politischen Haltung zu Demokratie und Würde des Menschen ist für das Theater Oberhausen Teil der künstlerischen DNA.

Zu Familienvereinbarkeit in den Darstellenden Künsten wurde am Theater Oberhausen in Zusammenarbeit mit dem Frauenkulturbüro NRW im Mai 2023 ein zweitägiges Symposium veranstaltet. Die Veranstaltung war Teil eines mehrjährigen Modellprojekts und einer wissenschaftlichen Studie. Die Themen der Familienvereinbarkeit und der Arbeitgeberattraktivität bleiben als Handlungsfelder für das Stadttheater auch in Zukunft relevant.

Geschäftsethik und Compliance im Verwaltungshandeln am Theater

Verantwortungsbewusstes und gesetzeskonformes Verhalten und die Vermeidung von Korruption und Bestechung sind grundlegend für Vertrauen in die ordnungsgemäße Führung der Geschäfte am Theater Oberhausen. Das Theater Oberhausen legt besonderen Wert auf ein respektvolles Miteinander. Dazu gehört auch, die Voraussetzungen für ein diskriminierungs- belästigungs- und benachteiligungsfreies Arbeitsumfeld für alle Mitarbeitenden zu schaffen. Die Theaterleitung praktiziert eine Haltung der „Null Toleranz" bei Vorfällen sexueller Belästigung und vermittelt über die Vertrauensstelle Themis, eine unabhängige und überbetriebliche Vertrauensstelle gegen sexuelle Belästigung und Gewalt in der Kultur- und Medienbranche in Berlin, bei Bedarf professionelle Unterstützungsangebote für Mitarbeitende, die entsprechende Erfahrungen gemacht haben. Von städtischer Seite werden derzeit Prozesse, Verfahren und Maßnahmen zu einer effektiven Bekämpfung von Korruption und Bestechung weiterentwickelt und schrittweise ausgerollt. Die Verwaltungsleitung des Theaters ist in diese Entwicklungsprozesse involviert.

Corporate Responsibility, das heißt für das Theater Oberhausen nachhaltiges und verantwortungsbewusstes künstlerisches wie unternehmerisches Handeln und ist ein integraler Bestandteil der Strategie des Theaters Oberhausen. Aus Überzeugung sehen wir uns in der Verpflichtung, für Besucher:innen, Beschäftigte, die Stadtgesellschaft und für unseren

Träger, die Stadt Oberhausen, künstlerischen Wert zu schaffen und unserer Verantwortung gegenüber Umwelt, Mensch und Gesellschaft gerecht zu werden. Daher verbessern wir die Klima- und Umweltvorsorge schrittweise, pflegen einen verantwortungsvollen und fairen Umgang mit unseren Mitarbeitenden und engagieren uns als Kulturinstitution in zahlreichen gesellschaftlichen Belangen.

Risikobericht

Die bestandsgefährdenden Risiken werden regelmäßig im Rahmen eines fokussierten Risikomanagements betrachtet und überprüft. Die Risiken am Theater Oberhausen lassen sich in mehrere Kategorien einteilen, die in spezifischen Prozessen betrachtet und bewertet werden. Zu den Risiken zählen:
a) Risiken aus dem laufenden Betrieb des Theaters
b) Risiken hinsichtlich der Finanzierung
c) Risiken durch Schadensereignisse und Baumaßnahmen
d) Risiken hinsichtlich der Personalbeschaffung
e) Risiken in Bezug auf externe Krisen und Umfeldentwicklungen.

a) Risiken aus dem laufenden Betrieb des Theaters

Ziel des Theaters Oberhausen ist es, ein breites künstlerisches Programm mit Schwerpunkt Schauspiel sowie Kinder- und Jungendtheater sicherzustellen und damit seinem kulturpolitischen Auftrag gerecht zu werden. Mit der Spartengründung der Urban Arts an einem Stadttheater beschreitet das Theater Oberhausen als Stadttheater künstlerisch wie organisatorisch Neuland in der deutschen Theaterszene. Spielplanbedingte Risiken aus publikumswirksamen Produktionen im Mix mit Uraufführungen und unkonventionellen, innovativen Formaten sind systemimmanent und kulturpolitischer Konsens. Das Managementziel des Theaters ist es folglich, eine nachhaltige Balance in der Angebotsstruktur zu gestalten, um sowohl ein Stammpublikum als auch neue Besuchergruppen zu erreichen.

b) Risiken hinsichtlich der Finanzierung

Das Theater Oberhausen ist die größte Kulturinstitution der Stadt Oberhausen und erhält zur Erfüllung seines kulturellen Auftrags der Versorgung der Bevölkerung mit kulturellen Angeboten einen kommunalen Zuschuss sowie Landeszuschuss. Die Höhe der Ausgleichsleistungen wird über den beschlossenen Wirtschaftsplan gesteuert. Das Theater Oberhausen ist langfristig im Finanzplan der Stadt Oberhausen als Zuschussbetrieb eingestellt. Die Theaterleitung konnte bislang von einer Progression der jährlichen Zuwendungen in Höhe von 2,5 % (bezogen auf die Personalkosten bzw. des jeweiligen Vorjahreszuschusses) ausgehen. Für die Spielzeit 2023/24 erhält das Theater einen einmaligen Ausgleich der Tarifsteigerungen TVöD und NV seitens der Stadt. Die Höhe des Landeszuschusses unterlag in den letzten Jahren ebenfalls einer Dynamisierung. Für das Jahr 2024 liegt dem Theater über das Online-Förderportal des Landes NRW die Bewilligung des dort beantragten Betriebskostenzuschusses sowie des Festbetrags der Verstetigung des Neue-Wege-Vorhabens „Theater in die Stadt“ vor.

Die krisenhaften Entwicklungen der letzten Jahre (Corona-Pandemie, russischer Angriffskrieg auf die Ukraine, Migration, Inflation, Tarifabschlüsse, Nahost-Konflikt), haben große Auswirkungen auf die öffentlichen Haushalte in Bund, Land und Stadt und damit auf die Finanzperspektiven für die Theater in kommunaler Trägerschaft. Im Zuge der angespannten Haushaltslage wurde ein Sparpaket vom Rat der Stadt beschlossen. Hiervon ist auch das Theater Oberhausen betroffen, in der Weise, dass in den kommenden Jahren 600.000 EUR einzusparen sind.

Die Kontrolle der Wirtschaftstätigkeit und Entwicklung des Theaters erfolgt durch regelmäßige Berichterstattung an den Kulturausschuss als Betriebsausschuss, um etwaigen Fehlentwicklungen rechtzeitig begegnen zu können.

Die Entwicklung des Besucherverhaltens und der Nachfrage je künstlerischer Produktion wird tagesaktuell berichtet, regelmäßig in interdisziplinär besetzen Besprechungen analysiert und von einem Marketing-Mix flankiert.

c) Risiken durch Schadensereignisse und Baumaßnahmen

Möglichen Folgen Höherer Gewalt (z.B. die Vernichtung eines Teils oder des gesamten Theatergebäudes, der Werkstätten und Probebühnen) wird durch regelmäßige Maßnahmen des Brandschutzes, turnusmäßige TÜV- bzw. Sachverständigenprüfungen und Wartungspläne für die maschinellen Anlagen begegnet. Den entsprechenden Maßnahmen wird durch Vorsorge im Wirtschaftsplan Rechnung getragen. Der Versicherungsschutz wird durch den Rechtsbereich der Stadt Oberhausen sichergestellt. Auch weniger gravierenden Risiken wird durch angemessene organisatorische Maßnahmen begegnet.

Für den Veranstaltungs- und Bühnenbetrieb ist ein umfangreiches Arbeitssicherheitsmanagement eingerichtet. Mittels fachlich begleiteter Betriebsbegehungen sowie regelmäßigen Wartungen und Instandsetzungen der Anlagen kann die Wahrscheinlichkeit eines Ausfalls der Anlagen verringert werden.

In den Jahren 2012 bis 2018 sind laufende Instandhaltungsmaßnahmen durchgeführt worden. Für weitere Modernisierungsmaßnahmen hat die Stadt Oberhausen seit dem Haushaltsjahr 2018 jährliche Mittel rückgestellt. Im Sommer 2020 wurde in derzeit drei aufeinanderfolgenden Bauabschnitten die Modernisierung der Bühnentechnik eingeleitet. Der gesamte Schnürboden, die Arbeitsgalerien und 16 Elektrozuganlagen sind erneuert worden. Die Arbeiten an der Bühnenmaschinerie sind mittlerweile abgeschlossen. Im 3. Bauabschnitt 2022 erfolgte die Erneuerung der bühnentechnischen Beleuchtung mit Lichtregie und Dimmerraum.

Im Wirtschaftsjahr 2018/19 hat ein beauftragtes Sachverständigenbüro damit begonnen, eine Schwachstellenanalyse für das gesamte Theatergebäude zu erstellen. Schwerpunkt der Untersuchung war der vorbeugende Brandschutz. Das Gutachten wurde sowohl mit dem Bereich Bauordnung als auch der Berufsfeuerwehr der Stadt Oberhausen abgestimmt und wird seither fortlaufend aktualisiert. Als Ergebnis des Gutachtens waren umfangreiche Arbeiten im Bereich des vorbeugenden Brandschutzes vorzunehmen. Die Umsetzung dieser Maßnahmen am Theatergebäude begann im Sommer 2020 und wurde seither baulich weiterverfolgt. Weitere Maßnahmen sind geplant, die aktuell auf Machbarkeit überprüft werden, sodass eine bauliche Umsetzung erfolgen kann. Die Ausführung erfolgt durch die SBO und wird vollständig von der Stadt Oberhausen finanziert.

Als eine der Auswirkungen der Corona-Pandemie ist zudem der Austausch der Klima- und Lüftungsanlagen notwendig geworden. Diese Arbeiten wurden schwerpunktmäßig in den Theaterferien im Sommer 2021 und 2022 durchgeführt. Ein Abschluss der erforderlichen arrondierenden Lüftungsanforderungen im Gebäudeensemble des Theaters ist für das Jahr 2025 vorgesehen. Die Finanzierung erfolgt auch hier durch die Stadt Oberhausen.

Auch in den kommenden Jahren sind bauliche Sanierungen am Theater Oberhausen erforderlich. Seit Juni 2024 wird der Gastronomiebereich baulich über mehrere Gebäudegeschosse saniert und soll im ersten Quartal des Jahres 2025 für Gäst:innen geöffnet werden. Parallel erfolgen die Planungs- und Genehmigungsarbeiten für einen Umbau des Großen Hauses am Theater Oberhausen im Rahmen des Bundesprogramms zur Förderung kommunaler Einrichtungen Sport, Jugend und Kultur (SJK). Hierzu wurde ein Fördervolumen in Höhe von 3,3 Mio. EUR mit Zuwendungsbescheid per 18.03.2022 vom Bund bewilligt. Der Schwerpunkt liegt auf der Verbesserung der Barrierefreiheit für die Hauptspielstätte des Theaters und der Bar sowie energetische Verbesserungen. Mit dieser baulichen Umsetzung soll nach aktueller Planung in 2025 begonnen werden; der Projektabschluss ist für 2026 terminiert. Diese Baumaßnahme wird eine temporäre Verlegung des Familienstücks aus dem Großen Haus an einem anderen Spielort vor allem im Kalenderjahr 2025 erforderlich machen, was bereits jetzt in die künstlerischen Überlegungen der nächsten Spielzeitplanungen einfließt.

d) Risiken hinsichtlich der Personalbeschaffung

Die adäquate Besetzung von vakanten Stellen im künstlerisch-technischen wie im nicht-künstlerischen Bereich der Angestellten und Arbeiter TVöD stellt sich für bestimmte Funktionen als herausfordernd dar. Der seit einigen Jahren verstärkt thematisierte Fachkräftemangel in Deutschland führt auch am Theater Oberhausen zu unbesetzten Stellen und teilweise hohen Arbeitsbelastungen beim Stammpersonal oder verursacht zusätzliche Kosten durch Aushilfspersonal oder Fremdfirmen. Vakante Stellen für Fach- und Führungspositionen müssen in Einzelfällen mehrmals ausgeschrieben werden, bis geeignetes Personal gefunden wird.

e) Risiken in Bezug auf externe Krisen und Umfeldentwicklungen

Im Publikum haben die letzten Jahre zu einem veränderten Besucherverhalten geführt, was sich wissenschaftlichen Studien zufolge in weniger Mehrfachbesuchen des Publikums widerspiegelt. Die Gewinnung von Gästen bleibt auch für die Zukunft kurz- bis mittelfristig wichtig, erfordert breite Image- und Marketing-Maßnahmen sowie eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit relevanten Stakeholdern des Theaters und Pflege des Abo-Publikums.

Das Theater Oberhausen erwartet, dass digitale Marketingkanäle gegenüber Print-Medien weiter an Bedeutung gewinnen und Influencer- sowie Networking-Strategien mit unterschiedlichen Communities weiter ausgebaut werden sollten, um langfristig relevante und stabile Publikumsnachfrage zu generieren.

Die gesamtwirtschaftlichen Entwicklungen im Zuge der Kriege in der Ukraine und in Nahost, die Inflationsentwicklungen, Energiekosten sowie Rezessionsängste und Tarifabschlüsse werden auch in Zukunft maßgeblich Auswirkungen auf den Theaterbetrieb und dessen Positionierung haben.

Chancenbericht

Der Ausbau neuer künstlerischer Formate am Theater eröffnet Chancen, zukünftig auch neue Zuschauergruppen zu erreichen. Besondere Wachstumsmöglichkeiten sieht das Theater sowohl in der Vermittlung vor Ort in Schulen als auch in attraktiven inhaltlichen Angeboten für Familien, Kinder und Jugendliche, um die Auseinandersetzung mit Kultur erlebbar zu machen und schon in frühem Alter die Wertschätzung für darstellende Kunst zu fördern.

Die Theaterleitung hat vom Ministerium für Wissenschaft und Kultur in Nordrhein-Westfalen in Verbindung mit dem NRWKultursekretariat die Zusage für eine dreijährige Neue Wege-Förderung zur Erweiterung der künstlerischen Profilbildung im Bereich der Urbanen Künste erhalten, um neue diverse Publikumsschichten zusätzlich zum Publikum für den Abendspielplan, für das Junge Theater sowie die partizipativ ausgerichteten Aktivitäten des Open Haus zu erreichen. Durch eine zusätzliche Sparte im Bereich Urbaner Tanz mit eigener künstlerischer, choreografischer Leitung sowie einem Tanz-Ensemble kann das Theater breiter und diverser aufgestellt werden und seinen Outreach erhöhen. Das Programm stärkt auch die finanzielle Resilienz des Theaters Oberhausen aufgrund einer weiteren Diversifizierung der Förderprogrammbasis für die nächsten Jahre. Es wird angestrebt – sofern möglich – das Programm nach drei Jahren zu verstetigen. Erstmalig fand das Pottclash-Festival statt. Dieses versammelte nicht nur internationale Künstler:innen der urbanen Tanzszene in Oberhausen, sondern etablierte einen neuen Tanzwettbewerb, der dem Publikum die künstlerische Vielfalt der urbanen Künste präsentieren soll. Weitere Festivals wie das Afro-Light-Festival sind in Planung.

Mit dem EU-Projekt GREENSTAGE hat das Theater Oberhausen bis 2026 die Chance eine qualifizierte Rolle hinsichtlich Transformation zu ökologischer Nachhaltigkeit in der deutschen (und europäischen) Theaterlandschaft einzunehmen. Diese Positionierung und damit einhergehende Kompetenzgewinn stärken die Gestaltungskräfte und Resilienz für das Theater Oberhausen.

Für die neue Spielzeit ist der Ausbau der Digitalisierung im Theater vorgesehen. Hierzu soll ein/e IT-Sytembetreuer:in eingestellt werden, welcher u.a. für verschiedene Digitalisierungprojekte sowie zur Optimierung der theaterinternen IT-Infrastruktur verantwortlich sein wird.

Prognosebericht

Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland rechnet für 2024 mit einem minimalen Wachstum des Bruttoinlandsprodukts von 0,2 % und einer Inflationsrate von rd. 2,4 Prozent. Die Wachstumsaussichten der deutschen Volkswirtschaft bleiben gemessen am Produktionspotenzial bis zum Ende des Jahrzehnts schwach. Für 2025 wird eine Inflation von rd. 2,1 Prozent sowie ein Wirtschaftswachstum von 0,9 % des Bruttoinlandsprodukts erwartet, wobei in Deutschland strukturelle Wachstumshemmnisse in den kommenden Jahren aufgrund von demografischer Alterung und geringerem Produktivitätswachstum die Prosperität schwächen. (Quelle: © Sachverständigenrat | 24-050-02-2 PRESSEMITTEILUNG)

Die Theater in Deutschland sehen nach coronabedingten Besucherrückgängen in den Jahren 2020 und 2021 seit 2022/23 eine gewisse Erholung der Nachfrageentwicklung, wenn auch bislang noch nicht alle Häuser an das Publikumsniveau vor Beginn der Pandemie anknüpfen konnten. Seit der Jahresmitte 2022 belasten hohe Preise für Energie und Lebensmittel die Kaufkraft des Publikums und haben sich auch auf den privaten Konsum von Freizeit- und Bildungsaktivitäten ausgewirkt, was sich im freien Ticketverkauf für Theaterveranstaltungen widerspiegelt. Diese Effekte, zusammen mit der ungelösten Altschuldenfrage für Kommunen, wird bei hohem Zinsniveau die finanziellen Spielräume der kommunalen Träger von Theaterbetrieben zunehmend reduzieren während Belastungen aus Sozialleistungen, Integrationsleistungen usw. für die kommunalen Haushalte weiterhin bleiben. Angesichts höherer Sachkosten für Energie, Dienstleistungen sowie Löhne und Gehälter im Öffentlichen Dienst/TVöD und künstlerischen Bereich bleibt eine nachhaltige Finanzierung kommunaler Theater eine große Herausforderung. Vor diesem Hintergrund wird die Frage nach ökologischer Nachhaltigkeit, energetischer Optimierung und betriebsökologischen Gebäudesanierungen der Kulturbetriebe an Relevanz und Fahrt gewinnen. In gleichem Maße stellen sich intern Fragen zu strukturellen, organisatorischen Maßnahmen, Ausbau der Digitalisierung und Weiterentwicklung der Führungs- und Arbeitskultur. Die Theaterleitung engagiert sich im Bühnenverein bei der Formulierung langfristiger Strategien zur Zukunft der Theaterlandschaft in Deutschland.

Für künstlerische Aktivitäten konnte das Theater Oberhausen für die Spielzeit 2023/24 Projektförderungen auf Bundes- bzw. Landesebene gewinnen und damit den Umfang an Fördermitteln stabilisieren bzw. sogar ggü. Vorjahren ausweiten. Die in der Spielzeit 2022/23 mit dem Festival „New Stages South East“ begonnene Zusammenarbeit mit Goethe-Instituten in Deutschland und Süd-Ost-Europa soll auch in den kommenden Jahren fortgesetzt und vertieft werden. In der aktuellen Spielzeit findet bereits eine Kooperation mit dem Nationaltheater Sofia statt, wo die Intendantin Kathrin Mädler selbst inszeniert und die Produktion im Rahmen eines erneut geplanten Festivals dem Oberhausener Publikum präsentieren wird.

Auch weiterhin stellt der kommunale Zuschuss durch die Stadt Oberhausen die Basisfinanzierung des kommunalen Theaters dar und wird vom Landeszuschuss NRW ergänzt. Für das Wirtschaftsjahr 2025/26 wird das Theater einen entsprechenden Wirtschaftsplan zur Beschlussfassung im Frühjahr 2025 in die zuständigen städtischen Gremien eingebringen. Dieser Wirtschaftsplan berücksichtigt die feststehenden und voraussichtlichen Tariferhöhungen 2025 und 2026 sowie gewisse Sachkostensteigerungen. Eine Deckung im Falle eines Jahresverlustes aufgrund ungeplanter Belastungen aus den Rücklagen des Theaters ist möglich.

Moderate Preissteigerungen erfolgen für die Spielzeit 2024/2025 und sind von den städtischen Gremien genehmigt worden.

Das Theater Oberhausen ist unverzichtbarer Bestandteil des kulturellen Lebens in Oberhausen sowie in der Metropolregion Ruhr. Es leistet einen wichtigen Beitrag für die kulturelle Bildung und soziale Entwicklung junger Menschen sowie für die städtische Bevölkerung und verbreitet gute Hoffnung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Die Anerkennung dessen und die Beibehaltung der wirtschaftlichen Voraussetzungen auch für die künftigen Jahre sind unabdingbare Basis dafür, dass das Theater diese Funktion weiterhin gut erfüllen kann.

Oberhausen, den 23. Dezember 2024

Theater Oberhausen

Matthias Frerix	Dr. Kathrin Mädler
Verwaltungsdirektor	Intendantin

Anlagen

Übersicht des Personalbestandes aller bedeutsamen Beteiligungen

Beteiligungen	Stichtag 31.12.2023		Stichtag 31.12.2024	
	Mitarbeiter	Auszubildende	Mitarbeiter	Auszubildende
Allmende Emscher Lippe eG	Daten liegen nicht vor	Daten liegen nicht vor	4	0
Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	0	0	0	0
ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	205	16	229	21
ASO Service GmbH	31	0	31	0
Bau- und Wohnungsgenossenschaft "Werkbundsiedlung Am Ruhrufer" e.G.	0	0	0	0
Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG	0	0	0	0
Biostrom Oberhausen Management GmbH	0	0	0	0
Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper (CVUA-RRW)	183	0	191	0
d-NRW Anstalt öffentlichen Rechts	85	0	Daten liegen nicht vor	Daten liegen nicht vor
ecce - european centre for creative economy GmbH	9	0	8	0
Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO	2	0	2	0
evo Energieversorgung Oberhausen AG	230	24	234	29
Freizeitgesellschaft Metropole Ruhr mbH	181	2	187	3
FSO GmbH & Co.KG	4	0	4	0
FSO Verwaltungs-GmbH	0	0	0	0
Gasometer Oberhausen GmbH	6	0	6	0
GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH	183	4	184	7
IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	10	0	10	0
LAH Luise-Albertz-Halle Oberhausen GmbH	in 2024 gegründet	in 2024 gegründet	9	0
Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH	6	2	1	0
Oberhausener Netzgesellschaft mbH	171	0	173	0
OVP O.Vision Projektgesellschaft mbH i.L.	0	0	0	0
OWT Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung GmbH	36	0	32	0
PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH i.L.	1	0	1	0
Quantum GmbH	24	0	32	0
regio iT Beteiligungsgenossenschaft eG	Daten liegen nicht vor	Daten liegen nicht vor	1	0
RWW Rheinisch-Westfälische Wasserwerksgesellschaft mbH	411	24	427	21
SBO Servicebetriebe Oberhausen (Eigenbetrieb der Stadt Oberhausen)	560	24	568	26
Stadtsparkasse Oberhausen	433	23	445	24
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH	451	9	470	9
Theater Oberhausen	122	0	143	0
TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH	4	0	4	0
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH	394	32	395	30
Wissenschaftscampus NRW gGmbH			5	0

Zusammensetzung der Management- und Aufsichtsgremien nach Geschlecht

Stand: 31.12.2024	Geschäftsführung/Vorstand/Betriebsleitung				Aufsichtsrat/Verwaltungsrat/Betriebsausschuss			
Name der städt. Gesellschaft	**insgesamt**	**Männer**	**Frauen**	**Fraueanteil in %**	**insgesamt**	**Männer**	**Frauen**	**Frauenanteil in %**
ASO gGmbH Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	1	0	1	100%	17	11	6	35%
ASO Service GmbH Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	1	0	1	100%	0	0	0	0%
ENO GmbH Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen GmbH	1	1	0	0%	14	9	5	36%
EVO AG Energieversorgung Oberhausen	2	2	0	0%	15	10	5	33%
FMR mbH Freizeitgesellschaft Metropole Ruhr	1	1	0	0%	21	13	8	38%
Gasometer Oberhausen GmbH	1	0	1	100%	7	5	2	29%
GMVA GmbH Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein	5	3	2	40%	20	19	1	5%
IKF gGmbH Internationale Kurzfilmtage	1	1	0	0%	22	14	8	36%
Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum (alt)	1	1	0	0%	7	5	2	29%
LAH Luise-Albertz-Halle Oberhausen GmbH (neu)	1	1	0	0%	7	5	2	29%
OWT GmbH Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung	1	1	0	0%	12	9	3	25%
PBO mbH i. L. Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen	1	1	0	0%	kein Aufsichtsrat			
SBO Servicebetriebe Oberhausen	2	1	1	50%	15	12	3	20%
SSK Stadtsparkasse Oberhausen	2	2	0	0%	15	13	2	13%
STOAG GmbH Stadtwerke Oberhausen	1	1	0	0%	15	13	2	13%
Theater Oberhauen	2	1	1	50%	21	14	7	33%
TZU GmbH Technologiezentrum Umweltschutz	1	1	0	0%	siehe OWT GmbH			
WBO GmbH Wirtschaftsbetriebe Oberhausen	2	1	1	50%	21	16	5	24%
Wissenschaftscampus NRW gGmbH	1	1	0	0%	Kuratorium erst ab 2025			
Gesamt	**28**	**20**	**8**	**29%**	**215**	**158**	**57**	**27%**

- Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent nicht erreicht
- Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent erreicht

Vergütungsbericht 2024

Mandatsträger	Funktion (HG)	Vergütung in EUR
Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen		
Geschäftsführung		
Middendorf, Michael	Betriebsleiter	0,00
ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH		
Geschäftsführung		
Stecker, Petra	Geschäftsführerin	168.000,00
ASO Service GmbH		
Geschäftsführung		
Stecker, Petra	Geschäftsführerin	9.000,00
Biostrom Oberhausen Management GmbH		
Geschäftsführung		
Basler, Christian	Geschäftsführer	0,00
Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper (CVUA-RRW)		
Vorstand		
Dr. Stappen, Martha	Vorsitzende	109.465,17
Reiner Pöll	Vorstandsmitglied	67.434.09
ecce - european centre for creative economy GmbH		
Geschäftsführung		
Weyers, Christian	Geschäftsführer	21.126,84
Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO		
Geschäftsführung		
Dr. Henseler, Andreas	Geschäftsführer	176.246,72
evo Energieversorgung Oberhausen AG		
Aufsichtsrat		
Schranz, Daniel	Vorsitzender (Mitglied gem. § 113 GO)	9.540,86
Prof. Dr. Schröder, Achim	1. stellv. Vorsitzender	8.884,61
Teigelkamp, Frank	2. stellv. Vorsitzender (AN)	7.875,00
Bockelmann, Cosima	Mitglied	5.250,00
Dr. Dilly, Mark	Mitglied	5.250,00
Dr. Schmidt, Lars	Mitglied	5.250,00
Dr. Schulte, Franz-Josef	Mitglied	5.250,00
Eckenroth, Lutz	Mitglied	5.250,00
Dr. Jacobs, Silke	Mitglied	5.250,00
Opitz, Stefanie	Mitglied	5.250,00
Stehr, Simone Tatjana	Mitglied	5.250,00
Cleven, Frank	Mitglied (AN)	3.288,46
Ludwig, Andreas	Mitglied (AN)	5.250,00
Püttmann, Uwe	Mitglied (AN)	1.975,96
van Laak, Dennis	Mitglied (AN)	5.250,00
Wolf, Britta	Mitglied (AN)	5.250,00
Vorstand		
Basler, Christian	Vorstand	254.179,20
Dolezych, Timm	Vorstand	288.193,44

Mandatsträger	Funktion (HG)	Vergütung in EUR
Freizeitgesellschaft Metropole Ruhr mbH		
Aufsichtsrat		
Schlüter, Markus	Vorsitzender	700,00
Brosch, Alfred	stellv. Vorsitzender	700,00
Ossowski, Silke	stellv. Vorsitzende	700,00
Blumenthal, Heiko	Mitglied gem. § 113 GO	560,00
Boos, Thomas	Mitglied	700,00
Brambora-Schulz, Susanne	Mitglied	140,00
Föhse, Björn	Mitglied	560,00
Günzel, Gabriele	Mitglied	560,00
Krampitz, Christian	Mitglied	420,00
Lilla-Oblong, Martina	Mitglied	700,00
Moenikes, Nicole	Mitglied	420,00
Purps, Christoph	Mitglied	700,00
Richter, Tim	Mitglied	420,00
Rubin, Dirk	Mitglied	700,00
Sander, Hanna Marlene	Mitglied	420,00
Schmück-Glock, Martina	Mitglied	560,00
Thieser, Dietmar	Mitglied	700,00
van Geister, Daniel	Mitglied	700,00
Waßmann, Uwe	Mitglied	560,00
Welsch, Philipp	Mitglied	700,00
Maurer, Tanja	Mitglied	560,00
Geschäftsführung		
Hecht, Jürgen	Geschäftsführer	190.943,52
Gasometer Oberhausen GmbH		
Geschäftsführung		
Schmitz, Jeanette	Geschäftsführerin	144.590,11
GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH		
Aufsichtsrat		
Susen, Thomas	Vorsitzender	6.000,00
Bandel, Frank	stellv. Vorsitzender	4.500,00
Hanning, Guido	stellv. Vorsitzender	4.500,00
von Häfen, Werner	3. stellv. Vorsitzender	5.355,00
Motschull, Frank	Mitglied gem. § 113 GO	3.000,00
Dr. Fendel, Ansgar	Mitglied	2.000,00
Dr. Ritter, Sebastian	Mitglied	3.000,00
Erlenbach, Klaus	Mitglied	3.000,00
Feldt, Thorsten	Mitglied	3.000,00
Haak, Sebastian	Mitglied	2.500,00
Hadrossek, Julia	Mitglied	3.000,00
Hähnke, Sascha	Mitglied	1.750,00
Juchem, Timo	Mitglied	3.000,00
Maaßen, Thomas	Mitglied	750,00
Meschede, Raphael	Mitglied	3.000,00
Patermann, Thomas	Mitglied	0,00
Sahin, Bülent	Mitglied	3.000,00
Stallmann, Ulrich	Mitglied	3.000,00
Wolters, Thomas	Mitglied	3.000,00
Brauner, Lukas	Mitglied (AN)	3.000,00
Hoffmann, Andreas	Mitglied (AN)	3.000,00
Geschäftsführung		
Dr. Richter, Adrian	Geschäftsführer	211.900,00
Dr. Sabac-el-Cher, Angela	Geschäftsführerin (ehemalige)	15.000,00
Nachtsheim, Frank	Geschäftsführer	234.400,00
Schröder, Michaela	Geschäftsführerin	211.100,00

Mandatsträger	Funktion (HG)	Vergütung in EUR
IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH		
Geschäftsführung		
Dr. Gass, Lars Henrik	Geschäftsführer	115.000,00
LAH Luise-Albertz-Halle Oberhausen GmbH		
Aufsichtsrat		
Bongers, Sonja	Vorsitzende	104,32
Broß, Klaus Dieter	stellv. Vorsitzender	52,16
Willecke, Thomas	Mitglied gem. § 113 GO	78,24
Blanke, Andreas	Mitglied	26,08
Bruckhoff, Peter	Mitglied	104,32
Höppner, Chris	Mitglied	104,32
Salwik, Claudia	Mitglied	78,24
Geschäftsführung		
Schaugg, Willi	Geschäftsführer	121.155,19
Oberhausener Netzgesellschaft mbH		
Geschäftsführung		
Hell, Bernd Paul	Geschäftsführer	204.365,01
PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH i.L.		
Geschäftsführung		
Herzog, Stefan	Liquidator	7.000,00
SBO Servicebetriebe Oberhausen (Eigenbetrieb der Stadt Oberhausen)		
Geschäftsführung		
Tannert, Anke	Vorsitzende	125.000,00
Reeh, Florian	stellv. Vorsitzender	116.383,00
Stadtsparkasse Oberhausen		
Verwaltungsrat		
Schranz, Daniel	Vorsitzender	18.683,00
Bongers, Sonja	1. stellv. Vorsitzende	11.757,20
Benter, Christian	2. stellv. Vorsitzender	9.880,00
Axt, Norbert	Mitglied	9.880,00
Flore, Manfred	Mitglied	13.940,00
Hausmann-Peters, Gundula	Mitglied	4.500,00
Hoff, Marc	Mitglied	4.940,00
Koch, Lühr Otto Werner Klaus	Mitglied	4.060,00
Krey, Thomas	Mitglied	4.060,00
Nakot, Werner	Mitglied	4.940,00
Berg, Thorsten	Mitglied (AN)	8.560,00
Ehrlich, Dietmar	Mitglied (AN)	4.940,00
Nockmann, Thomas	Mitglied (AN)	9.880,00
Zimmermann, Thomas	Mitglied (AN)	6.260,00
Zorn, Klaus	Mitglied (AN)	4.940,00
Driever, David	stellv. Mitglied	440,00
Prohl, Manuel	stellv. Mitglied	880,00
Stehr, Simone Tatjana	stellv. Mitglied	440,00
Vorstand		
Mebus, Oliver	Vorsitzender	421.551,42
Gäng, Thomas	Mitglied	384.412,13

Mandatsträger	Funktion (HG)	Vergütung in EUR
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH		
Aufsichtsrat		
Osmann, Denis	Vorsitzender	6.247,50
Real, Ulrich	1. stellv. Vorsitzender	3.940,00
Tsalastras, Apostolos	Mitglied gem. § 113 GO	2.625,00
Bischoff, Jörg	Mitglied	2.625,00
Blanke, Andreas	Mitglied	2.625,00
Brodrick, Helmut	Mitglied	2.625,00
Dobnik, Tim	Mitglied	2.650,00
Karacelik, Yusuf	Mitglied	2.625,00
Lütte, Ulrich	Mitglied	2.625,00
Müthing, Christa	Mitglied	2.625,00
Wolter, Marita	Mitglied	2.625,00
Pecheol, Sebastian	2. stellv. Vorsitzende (AN)	3.940,00
Kamps, Thorsten	Mitglied (AN)	2.625,00
Koca, Vedat	Mitglied (AN)	2.625,00
Michalik, Manfred	Mitglied (AN)	2.625,00
Ricken, Norbert	Mitglied (AN)	2.625,00
Geschäftsführung		
Overkamp, Werner	Geschäftsführer	237.967,28
Theater Oberhausen		
Geschäftsführung		
Beckmann, Doris	Betriebsleiter	131.000,00
Dr. Mädler, Kathrin	Betriebsleiter	103.000,00
TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH		
Geschäftsführung		
Schmidt, Robert	Geschäftsführer	5.000,00
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH		
Aufsichtsrat		
Willing-Spielmann, Ulrike	Vorsitzende	4.906,70
Hanning, Guido	stellv. Vorsitzender	4.160,01
Herrmann, Regina	stellv. Vorsitzende (AN)	3.840,00
Jehn, Michael	Mitglied gem. § 113 GO	2.560,00
Bletgen, David	Mitglied	2.560,00
Bongers, Sonja	Mitglied	2.560,00
Broß, Klaus Dieter	Mitglied	213,33
Dresen, Marga	Mitglied	2.560,00
Dr. Schröer, Jörg	Mitglied	2.560,00
Erlenbach, Klaus	Mitglied	2.560,00
Feldt, Thorsten	Mitglied	2.560,00
Ingendoh, Holger	Mitglied	2.346,67
Juchem, Timo	Mitglied	2.560,00
Prof. Dr. Hartwig, Peter	Mitglied	2.560,00
Rubin, Dirk	Mitglied	2.560,00
Woidtke, Karsten Bernard	Mitglied	2.560,00
Bohnes, Ralf	Mitglied (AN)	2.560,00
Brands, Pierre	Mitglied (AN)	2.560,00
Brinkert, Matthias	Mitglied (AN)	2.560,00
Froese, Anke	Mitglied (AN)	2.560,00
Horatz, Stefan	Mitglied (AN)	2.560,00
Geschäftsführung		
Hadrossek, Julia	Geschäftsführerin	157.335,06
Kußel, Andreas	Geschäftsführer	170.873,50
Wissenschaftscampus NRW gGmbH		
Geschäftsführung		
Dr. Florack, Martin	Geschäftsführer	6.240,00

Gründungshistorie

Gründungs-/ Beitrittsjahr	Gesellschaft	Sparte*
1898	RWE-Aktiengesellschaft	(V)
1900	Gemeinnützige Wohnungsgenossenschaft Oberhausen	(WB)
1904	Gemeinnützige Wohnungsgenossenschaft Osterfeld	(WB)
1912	RWW Rheinisch-Westfälische Wasserwerksgesellschaft	(V)
1922	Deutsche Städte Medien GmbH	(S)
1925	Gemeinnützige Wohnungsgenossenschaft Sterkrade	(WB)
1926	Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH	(S)
1937	STEAG GmbH	(V)
1946	ekz.bibliotheksservice GmbH	(S)
1952	Oberhausener Bauförderungsgesellschaft mbH	(WF)
1964	Stadtwerke Oberhausen AG (jetzt STOAG GmbH)	(V)
1965	LAH Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH	(F)
1967	STEAG Fernwärme GmbH	(V)
1968	Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein	(V)
1970	Landesentwicklungsgesellschaft mbH NW	(WF)
1970	Heimbau Gemeinnützige Wohnungsgenossenschaft	(WB)
1971	Energieversorgung Oberhausen AG	(V)
1972	Revierpark Vonderort GmbH (jetzt FMR)	(F)
1987	GFKO Gesellschaft für Kabelkommunikationstechnik Oberhausen mbH	(V)
1988	TZU Technologiezentrum Umweltschutz (früher EGO)	(WF)
1988	Bau- und Wohnungsgenossenschaft - Werkbundsiedlung Am Ruhrufer e. G.	(WB)
1989	GEG Grundstücksentwicklungsgesellschaft GmbH (jetzt OWT)	(WF)
1989	GFKO Gesellschaft für Kabelkommunikationstechnik Oberhausen mbH & Co. Kabel-Service KG	(V)
1990	HDO High Definition Technologiezentrum GmbH	(WF)
1990	Lokalfunk Radio Mülheim/Oberhausen	(S)
1991	FRIEDA Qualifizierungs- und Beschäftigungsgesellschaft für Frauen gGmbH	(S)
1992	UMSICHT-Institut-Immobilienverwaltung GbR	(WF)
1992	Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO	(WF)
1992	RZO-Recycling-Zentrum-Oberhausen GmbH	(V)
1992	RW Kommunale Finanzbeteiligungs GmbH	(V)
1992	RW Kommunale Verwaltungs- und Beteiligungs GmbH	(V)
1993	Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	(EB)
1993	Theater Oberhausen	(EB)

Gründungs-/ Beitrittsjahr	Gesellschaft	Sparte*
1994	Schloss Oberhausen GmbH	(F)
1994	Gasometer Oberhausen GmbH	(F)
1994	Stadion Niederrhein GmbH	(F)
1995	Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH	(V)
1997	TMO Tourismus & Marketing Oberhausen GmbH (jetzt OWT)	(F)
1997	Theatr*O*. Centr*O*. GmbH	(WF)
1997	PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft mbH	(WF)
1998	CPO Circus Park Oberhausen Betriebs GmbH	(F)
1998	IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	(F)
1999	VZS Verwaltungszentrum Sterkrade GmbH (jetzt VZO)	(WF)
1999	OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH	(V)
1999	O.Vision Zukunftspark Oberhausen GmbH	(WF)
1999	O.Vision Projektgesellschaft mbH	(WF)
1999	KOSTAT-DST (Kommunalstatistik-Deutscher Städtetag) GmbH	(S)
2000	BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	(S)
2002	ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	(S)
2002	World Games 2005 GmbH	(F)
2003	ASO Service GmbH	(S)
2003	meoline GmbH	(V)
2003	Marina Oberhausen am CentrO. GmbH	(V)
2004	FSO Verwaltungs-GmbH	(V)
2004	FSO GmbH & Co. KG	(V)
2004	ARGE SODA (Gesellschaft öffentlichen Rechts sui generis), ab 2011 Jobcenter Oberhausen	(S)
2006	evo Energie-Netz GmbH (jetzt Oberhausener Netzgesellschaft mbH)	(V)
2006	Public Konsortium d-NRW GbR (jetzt d-NRW AöR)	(S)
2009	Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper (CVUA RRW), Anstalt öffentlichen Rechts	(S)
2009	Quantum GmbH	(V)
2009	strasserauf GmbH	(V)
2009	Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG	(V)
2009	Biostrom Oberhausen Management GmbH	(V)
2010	KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co. KG	(V)
2010	KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft mbH	(V)
2013	Energiegenossenschaft Handwerk eG	(V)
2013	ecce european centre for creative economy GmbH	(WF)
2013	GMVA GmbH & Co. KG	(V)
2013	GMVA Verwaltungs-GmbH	(V)

Gründungs-/ Beitrittsjahr	Gesellschaft	Sparte*
2016	PD – Berater der öffentlichen Hand GmbH	(S)
2020	KDN - Dachverband Kommunaler IT Dienstleister Service GmbH	(S)
2021	SBO Servicebetriebe Oberhausen	(EB)
2023	Wissenschaftscampus NRW gGmbH	(S)
2024	Allmende Emscher-Lippe eG	(Gen)
2024	regio iT Beteiligungsgenossenschaften eG	(Gen)
2024	LAH Luise-Albertz-Halle Oberhausen GmbH	(F)
2024	WT Oberhausen GmbH (jetzt OWT Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung GmbH)	(WF)

V	Ver- und Entsorgung	WF	Wirtschaftsförderung
F	Freizeit und Tourismus	WB	Wohnungsgenossenschaften
S	Sonstige	EB	Eigenbetriebe

Beteiligungen der Stadt Oberhausen zum 31.12.2024

	Quote	Kapitalanteil vH
Allmende Emscher Lippe eG	direkt	0,0271
	Gesamtquote W	0,0271
ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	direkt	100,0000
	Gesamtquote W	100,0000
ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	direkt	100,0000
	Gesamtquote W	100,0000
ASO Service GmbH	durchgerechnet	100,0000
	Gesamtquote W	100,0000
Bau- und Wohnungsgenossenschaft "Werkbundsiedlung Am Ruhrufer" e.G.	direkt	84,0989
	Gesamtquote W	84,0989
Betriebsgesellschaft Radio Mülheim/Oberhausen mbH & CO. KG	direkt	0,0363
	Gesamtquote W	0,0363
Betriebsverwaltungsgesellschaft Radio Mülheim/Oberhausen mbH	direkt	12,6000
	Gesamtquote W	12,6000
Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG	durchgerechnet	50,0000
	Gesamtquote W	50,0000
Biostrom Oberhausen Management GmbH	durchgerechnet	50,0000
	Gesamtquote W	50,0000
Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper (CVUA-RRW)	direkt	3,3333
	Gesamtquote W	3,3333
d-NRW Anstalt öffentlichen Rechts	direkt	0,0722
	Gesamtquote W	0,0722
ecce - european centre for creative economy GmbH	direkt	10,0000
	Gesamtquote W	10,0000
Energiegenossenschaft Handwerk Oberhausen e.G.	durchgerechnet	1,3953
	Gesamtquote W	1,3953
Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO	direkt	53,7424
	durchgerechnet	31,5065
	Gesamtquote W	85,2489
Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe GmbH & Co. KG	durchgerechnet	0,2772
	Gesamtquote W	0,2772
evo Energieversorgung Oberhausen AG	durchgerechnet	50,0000
	Gesamtquote W	50,0000
Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr GmbH	durchgerechnet	11,0438
	Gesamtquote W	11,0438
Fernwärmeversorgung Niederrhein GmbH	durchgerechnet	0,7800
	Gesamtquote W	0,7800
Freizeitgesellschaft Metropole Ruhr mbH	direkt	4,0541
	Gesamtquote W	4,0541
FSO GmbH & Co.KG	durchgerechnet	50,0000
	Gesamtquote W	50,0000
FSO Verwaltungs-GmbH	durchgerechnet	50,0000
	Gesamtquote W	50,0000
Gasometer Oberhausen GmbH	direkt	100,0000
	Gesamtquote W	100,0000

	Quote	Kapitalanteil vH
GFKO Gesellschaft für Kabelkommunikationstechnik Oberhausen mbH	durchgerechnet	3,4783
	Gesamtquote W	3,4783
GFKO Gesellschaft für Kabelkommunikationstechnik Oberhausen mbH & Co. Kabel-Service KG	durchgerechnet	6,2500
	Gesamtquote W	6,2500
GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH	durchgerechnet	15,1800
	Gesamtquote W	15,1800
Grüner Gewerbepark Gute Hoffnung GmbH & Co. KG	durchgerechnet	50,0000
	Gesamtquote W	50,0000
Grüner Gewerbepark Gute Hoffnung Verwaltungsgesellschaft mbH	durchgerechnet	50,0000
	Gesamtquote W	50,0000
IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	direkt	100,0000
	Gesamtquote W	100,0000
Jobcenter Oberhausen	direkt	50,0000
	Gesamtquote W	50,0000
KDN - Dachverband Kommunaler IT Dienstleister	direkt	3,4483
	Gesamtquote W	3,4483
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co.KG	durchgerechnet	3,0000
	Gesamtquote W	3,0000
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft mbH	durchgerechnet	3,0000
	Gesamtquote W	3,0000
LAH Luise-Albertz-Halle Oberhausen GmbH	direkt	100,0000
	Gesamtquote W	100,0000
Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH	direkt	100,0000
	Gesamtquote W	100,0000
Oberhausener Netzgesellschaft mbH	durchgerechnet	50,0000
	Gesamtquote W	50,0000
OVP O.Vision Projektgesellschaft mbH i.L.	durchgerechnet	80,0000
	Gesamtquote W	80,0000
OWT Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung GmbH	direkt	100,0000
	Gesamtquote W	100,0000
PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH i.L.	durchgerechnet	80,0000
	Gesamtquote W	80,0000
ProEco Rheinland GmbH & Co. KG	durchgerechnet	1,5500
	Gesamtquote W	1,5500
Quantum GmbH	durchgerechnet	4,3674
	Gesamtquote W	4,3674
regio iT Beteiligungsgenossenschaft eG	direkt	7,8125
	Gesamtquote W	7,8125
Rheinischer Sparkassen- und Giroverband	durchgerechnet	1,4200
	Gesamtquote W	1,4200
RSL Rheinische Sparkassen-Leasingsbeteiligungsgesellschaft mbH & CO. KG	durchgerechnet	1,7767
	Gesamtquote W	1,7767
RWE Aktiengesellschaft	durchgerechnet	0,1914
	Gesamtquote W	0,1914

	Quote	Kapitalanteil vH
RWW Rheinisch-Westfälische Wasserwerksgesellschaft mbH	direkt	0,0039
	Gesamtquote W	0,0039
S Bargeldlogistik GmbH	durchgerechnet	30,0000
	Gesamtquote W	30,0000
SBO Servicebetriebe Oberhausen (Eigenbetrieb der Stadt Oberhausen)	direkt	100,0000
	Gesamtquote W	100,0000
S-Immobilien Oberhausen GmbH	durchgerechnet	100,0000
	Gesamtquote W	100,0000
S-International Rhein-Ruhr Beteiligungsgesellschaft mbH	durchgerechnet	6,6296
	Gesamtquote W	6,6296
S-International Rhein-Ruhr GmbH	durchgerechnet	10,4000
	Gesamtquote W	10,4000
Sparkassen Dienstleistung Rheinland GmbH & Co. KG	durchgerechnet	2,1810
	Gesamtquote W	2,1810
Sparkassen Vermietungs- und Immobilienvermittlungs GmbH Oberhausen	durchgerechnet	100,0000
	Gesamtquote W	100,0000
S-Service-Rhein-Ruhr GmbH	durchgerechnet	100,0000
	Gesamtquote W	100,0000
Stadtsparkasse Oberhausen	direkt	100,0000
	Gesamtquote W	100,0000
STEAG Fernwärme GmbH	durchgerechnet	3,0000
	Gesamtquote W	3,0000
STEAG GmbH	durchgerechnet	3,0000
	Gesamtquote W	3,0000
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH	direkt	100,0000
	Gesamtquote W	100,0000
Theater Oberhausen	direkt	100,0000
	Gesamtquote W	100,0000
TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH	direkt	69,3224
	durchgerechnet	30,6776
	Gesamtquote W	100,0000
VKA Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH	direkt	0,6280
	durchgerechnet	0,4000
	Gesamtquote W	1,0280
Wasserverbund Niederrhein GmbH	durchgerechnet	0,0010
	Gesamtquote W	0,0010
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH	durchgerechnet	51,0000
	Gesamtquote W	51,0000
Windenergie Schermbeck-Rüste GmbH & Co. KG	durchgerechnet	0,0008
	Gesamtquote W	0,0008
Windenergie Schermbeck-Rüste Verwaltungsgesellschaft m.b.H.	durchgerechnet	0,0006
	Gesamtquote W	0,0006
Wissenschaftscampus NRW gGmbH	direkt	100,0000
	Gesamtquote W	100,0000

Grundlagen: Beteiligungsquote direkt = Unmittelbare Beteiligung der Stadt
Beteiligungsquote durchgerechnet = Mittelbare Beteiligung der Stadt
Gesamtquote = Summe aus mittelbarer und unmittelbarer Beteiligung

Wesentliche gesetzliche Grundlagen der wirtschaftlichen Betätigung (Rechtsstand: 14.11.2025)

Art. 28 Abs. 2 Satz 1 Grundgesetz

Den Gemeinden muss das Recht gewährleistet sein, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln.

§ 107 GO NRW - Zulässigkeit wirtschaftlicher Betätigung

(1) Die Gemeinde darf sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben wirtschaftlich betätigen, wenn

1. ein öffentlicher Zweck die Betätigung erfordert,

2. die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zu der Leistungsfähigkeit der Gemeinde steht und

3. bei einem Tätigwerden außerhalb der Wasserversorgung, des öffentlichen Verkehrs sowie des Betriebes von Telekommunikationsleitungsnetzen einschließlich der Telekommunikationsdienstleistungen der öffentliche Zweck durch andere Unternehmen nicht besser und wirtschaftlicher erfüllt werden kann.

Das Betreiben eines Telekommunikationsnetzes umfasst nicht den Vertrieb und/oder die Installation von Endgeräten von Telekommunikationsanlagen. Als wirtschaftliche Betätigung ist der Betrieb von Unternehmen zu verstehen, die als Hersteller, Anbieter oder Verteiler von Gütern oder Dienstleistungen am Markt tätig werden, sofern die Leistung ihrer Art nach auch von einem Privaten mit der Absicht der Gewinnerzielung erbracht werden könnte.

(2) Als wirtschaftliche Betätigung im Sinne dieses Abschnitts gilt nicht der Betrieb von

1. Einrichtungen, zu denen die Gemeinde gesetzlich verpflichtet ist,

2. öffentlichen Einrichtungen, die für die soziale und kulturelle Betreuung der Einwohner erforderlich sind, insbesondere Einrichtungen auf den Gebieten

- Erziehung, Bildung oder Kultur (Schulen, Volkshochschulen, Tageseinrichtungen für Kinder und sonstige Einrichtungen der Jugendhilfe, Bibliotheken, Museen, Ausstellungen, Opern, Theater, Kinos, Bühnen, Orchester, Stadthallen, Begegnungsstätten),

- Sport oder Erholung (Sportanlagen, zoologische und botanische Gärten, Wald-, Park- und Gartenanlagen, Herbergen, Erholungsheime, Bäder, Einrichtungen zur Veranstaltung von Volksfesten),

- Gesundheits- oder Sozialwesen (Krankenhäuser, Bestattungseinrichtungen, Sanatorien, Kurparks, Senioren- und Behindertenheime, Frauenhäuser, soziale und medizinische Beratungsstellen),

3. Einrichtungen, die der Straßenreinigung, der Wirtschaftsförderung, der Fremdenverkehrsförderung oder der Wohnraumversorgung dienen,

4. Einrichtungen des Umweltschutzes, insbesondere der Abfallentsorgung oder Abwasserbeseitigung sowie des Messe- und Ausstellungswesens,

5. Einrichtungen, die ausschließlich der Deckung des Eigenbedarfs von Gemeinden und Gemeindeverbänden dienen.

Auch diese Einrichtungen sind, soweit es mit ihrem öffentlichen Zweck vereinbar ist, nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu verwalten und können entsprechend den Vorschriften über die Eigenbetriebe geführt werden. Das für Kommunales zuständige Ministerium kann durch Rechtsverordnung bestimmen, dass Einrichtungen, die nach Art und Umfang eine selbständige Betriebsführung erfordern, ganz oder teilweise nach den für die Eigenbetriebe geltenden Vorschriften zu führen sind; hierbei können auch Regelungen getroffen werden, die von einzelnen der für die Eigenbetriebe geltenden Vorschriften abweichen.

(3) Die wirtschaftliche Betätigung außerhalb des Gemeindegebiets ist nur zulässig, wenn die Voraussetzungen des Absatzes 1 vorliegen und die berechtigten Interessen der betroffenen kommunalen Gebietskörperschaften gewahrt sind. Die Aufnahme einer wirtschaftlichen Betätigung auf ausländischen Märkten ist nur zulässig, wenn die Voraussetzungen des Absatzes 1 Satz 1 Nr. 1 und Nr. 2 vorliegen. Die Aufnahme einer solchen Betätigung bedarf der Genehmigung.

(4) Die nichtwirtschaftliche Betätigung außerhalb des Gemeindegebiets ist nur zulässig, wenn die Voraussetzungen des Absatzes 1 Satz 1 Nr. 1 und Nr. 2 vorliegen und die berechtigten Interessen der betroffenen kommunalen Gebietskörperschaften gewahrt sind. Diese Voraussetzungen gelten bei in den Krankenhausplan des Landes aufgenommenen Krankenhäusern als erfüllt. Die Aufnahme einer nichtwirtschaftlichen Betätigung auf ausländischen Märkten ist nur zulässig, wenn die Voraussetzungen des Absatzes 1 Satz 1 Nr. 1 und Nr. 2 vorliegen. Die Aufnahme einer solchen Betätigung bedarf der Genehmigung.

(5) Vor der Entscheidung über die Gründung von bzw. die unmittelbare oder mittelbare Beteiligung an Unternehmen im Sinne des Absatzes 1 ist der Rat auf der Grundlage einer Marktanalyse über die Chancen und Risiken des beabsichtigten wirtschaftlichen Engagements und über die Auswirkungen auf das Handwerk und die mittelständische Wirtschaft zu unterrichten. Den örtlichen Selbstverwaltungsorganisationen von Handwerk, Industrie und Handel und der für die Beschäftigten der jeweiligen Branche handelnden Gewerkschaften ist Gelegenheit zur Stellungnahme zu den Marktanalysen zu geben.

(6) Bankunternehmen darf die Gemeinde nicht errichten, übernehmen oder betreiben.

(7) Für das öffentliche Sparkassenwesen gelten die dafür erlassenen besonderen Vorschriften.

§ 107a GO NRW - Zulässigkeit energiewirtschaftlicher Betätigung

(1) Die wirtschaftliche Betätigung in den Bereichen der Strom-, Gas- und Wärmeversorgung dient einem öffentlichen Zweck und ist zulässig, wenn sie nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zu der Leistungsfähigkeit der Gemeinde steht.

(2) Mit den Bereichen Strom-, Gas- und Wärmeversorgung unmittelbar verbundene Dienstleistungen sind zulässig, wenn sie den Hauptzweck fördern. Die Gemeinde stellt sicher, dass bei der Erbringung dieser Dienstleistungen die Belange kleinerer Unternehmen, insbesondere des Handwerks, berücksichtigt werden.

(3) Die Aufnahme einer überörtlichen energiewirtschaftlichen Betätigung ist zulässig, wenn die Voraussetzung des Absatzes 1 vorliegt und die berechtigten Interessen der betroffenen kommunalen Gebietskörperschaften gewahrt sind. Bei der Versorgung mit Strom und Gas gelten nur die Interessen als berechtigt, die nach den Vorschriften des Energiewirtschaftsgesetzes eine Einschränkung des Wettbewerbs zulassen. Die Aufnahme einer energiewirtschaftlichen Betätigung auf ausländischen Märkten ist zulässig, wenn die Voraussetzung des Absatzes 1 vorliegt. Die Aufnahme einer solchen Betätigung bedarf der Genehmigung.

(4) Vor der Entscheidung über die Gründung von bzw. die unmittelbare Beteiligung an Unternehmen im Sinne des Absatzes 1 ist der Rat über die Chancen und Risiken des beabsichtigten wirtschaftlichen Engagements zu unterrichten. Den örtlichen Selbstverwaltungsorganisationen von Handwerk, Industrie und Handel und der für die Beschäftigten der jeweiligen Branche handelnden Gewerkschaften ist Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben, sofern die Entscheidung die Erbringung verbundener Dienstleistungen betrifft.

§ 108 GO NRW - Unternehmen und Einrichtungen des privaten Rechts

(1) Die Gemeinde darf Unternehmen und Einrichtungen in einer Rechtsform des privaten Rechts nur gründen oder sich daran beteiligen, wenn

1. bei Unternehmen (§ 107 Abs. 1) die Voraussetzungen des § 107 Abs. 1 Satz 1 gegeben sind und bei Unternehmen im Bereich der energiewirtschaftlichen Betätigung die Voraussetzung des § 107 a Abs. 1 gegeben ist,

2. bei Einrichtungen (§ 107 Abs. 2) ein wichtiges Interesse der Gemeinde an der Gründung oder der Beteiligung vorliegt,

3. eine Rechtsform gewählt wird, welche die Haftung der Gemeinde auf einen bestimmten Betrag begrenzt,

4. die Einzahlungsverpflichtung der Gemeinde in einem angemessenen Verhältnis zu ihrer Leistungsfähigkeit steht,

5. die Gemeinde sich nicht zur Übernahme von Verlusten in unbestimmter oder unangemessener Höhe verpflichtet,

6. die Gemeinde einen angemessenen Einfluss, insbesondere in einem Überwachungsorgan, erhält und dieser durch Gesellschaftsvertrag, Satzung oder in anderer Weise gesichert wird,

7. das Unternehmen oder die Einrichtung durch Gesellschaftsvertrag, Satzung oder sonstiges Organisationsstatut auf den öffentlichen Zweck ausgerichtet wird,

8. bei Unternehmen und Einrichtungen in Gesellschaftsform gewährleistet ist, dass der Jahresabschluss in entsprechender Anwendung der Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches für Kapitalgesellschaften aufgestellt und geprüft wird, soweit nicht weitergehende oder andere gesetzliche Vorschriften, der Gesellschaftsvertrag oder die Satzung gelten; § 286 Absatz 4 des Handelsgesetzbuches ist nicht anzuwenden,

9. bei Unternehmen der Telekommunikation einschließlich von Telefondienstleistungen nach § 107 Absatz 1 Satz 1 Nummer 3 im Gesellschaftsvertrag die unmittelbare oder im Rahmen einer Schachtelbeteiligung die mittelbare Haftung der Gemeinde auf den Anteil der Gemeinde oder des kommunalen Unternehmens am Stammkapital beschränkt ist.

In Fällen des Satzes 1 Nummer 9 darf die Gemeinde für diese Unternehmen zur Wahrnehmung gleicher Wettbewerbschancen weder Kredite nach Maßgabe kommunalwirtschaftlicher Vorzugskonditionen in Anspruch nehmen noch Bürgschaften und Sicherheiten i.S. von § 87 leisten. Die Aufsichtsbehörde kann von den Vorschriften der Nummern 3 und 5 in begründeten Fällen Ausnahmen zulassen.

(2) Gehören einer Gemeinde mehr als 50 vom Hundert der Anteile an einem Unternehmen oder einer Einrichtung in Gesellschaftsform, muss sie darauf hinwirken, dass

1. in sinngemäßer Anwendung der für die Eigenbetriebe geltenden Vorschriften

   a) für jedes Wirtschaftsjahr ein Wirtschaftsplan aufgestellt wird,

   b) der Wirtschaftsführung eine fünfjährige Finanzplanung zugrunde gelegt und der Gemeinde zur Kenntnis gebracht wird,

   c) die Feststellung des Jahresabschlusses, die Verwendung des Ergebnisses sowie das Ergebnis der Prüfung des Jahresabschlusses unbeschadet der bestehenden gesetzlichen Offenlegungspflichten öffentlich bekannt gemacht werden und der Jahresabschluss bis zur Feststellung des folgenden Jahresabschlusses zur Einsichtnahme verfügbar gehalten werden; sofern ein Lagebericht nach Nummer 2 zu erstellen ist, erstreckt sich diese auch auf den Lagebericht,

2 in dem Lagebericht, sofern dieser in entsprechender Anwendung der Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches zu erstellen ist, oder in Zusammenhang damit zur Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung und zur Zweckerreichung Stellung genommen wird,

3. n dem Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes nach Nummer 2 darauf eingegangen wird, ob das von der Gemeinde zur Verfügung gestellte Eigenkapital angemessen verzinst wird, und

4. nach den Wirtschaftsgrundsätzen (§ 109) verfahren wird, wenn die Gesellschaft ein Unternehmen betreibt.

Gehört der Gemeinde zusammen mit anderen Gemeinden oder Gemeindeverbänden die Mehrheit der Anteile an einem Unternehmen oder an einer Einrichtung, soll sie auf eine Wirtschaftsführung nach Maßgabe des Satzes 1 hinwirken.

(4) Die Gemeinde darf unbeschadet des Absatzes 1 Unternehmen und Einrichtungen in der Rechtsform einer Aktiengesellschaft nur gründen, übernehmen, wesentlich erweitern oder sich daran beteiligen, wenn der öffentliche Zweck nicht ebenso gut in einer anderen Rechtsform erfüllt wird oder erfüllt werden kann.

(5) Die Gemeinde darf unbeschadet des Absatzes 1 Unternehmen und Einrichtungen in der Rechtsform einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung nur gründen oder sich daran beteiligen, wenn durch die Ausgestaltung des Gesellschaftsvertrags sichergestellt ist, dass

1. die Gesellschafterversammlung auch beschließt über

a) den Abschluss und die Änderungen von Unternehmensverträgen im Sinne der §§ 291 und 292 Abs. 1 des Aktiengesetzes,

b) den Erwerb und die Veräußerung von Unternehmen und Beteiligungen,

c) den Wirtschaftsplan, die Feststellung des Jahresabschlusses und die Verwendung des Ergebnisses sowie

d) die Bestellung und die Abberufung der Geschäftsführer, soweit dies nicht der Gemeinde vorbehalten ist, und

2. der Rat den von der Gemeinde bestellten oder auf Vorschlag der Gemeinde gewählten Mitgliedern des Aufsichtsrats Weisungen erteilen kann, soweit die Bestellung eines Aufsichtsrates gesetzlich nicht vorgeschrieben ist.

(6) Vertreter der Gemeinde in einer Gesellschaft, an der Gemeinden, Gemeindeverbände oder Zweckverbände unmittelbar oder mittelbar mit mehr als 25 vom Hundert beteiligt sind, dürfen

a) der Gründung einer anderen Gesellschaft oder einer anderen Vereinigung in einer Rechtsform des privaten Rechts, einer Beteiligung sowie der Erhöhung einer Beteiligung der Gesellschaft an einer anderen Gesellschaft oder einer anderen Vereinigung in einer Rechtsform des privaten Rechts nur zustimmen, wenn

- die vorherige Entscheidung des Rates vorliegt,

- für die Gemeinde selbst die Gründungs- bzw. Beteiligungsvoraussetzungen vorliegen und

- sowohl die Haftung der gründenden Gesellschaft als auch die Haftung der zu gründenden Gesellschaft oder Vereinigung durch ihre Rechtsform auf einen bestimmten Betrag begrenzt sind oder

- sowohl die Haftung der sich beteiligenden Gesellschaft als auch die Haftung der Gesellschaft oder Vereinigung, an der eine Beteiligung erfolgt, durch ihre Rechtsform auf einen bestimmten Betrag begrenzt sind;

b) einem Beschluss der Gesellschaft zu einer wesentlichen Änderung des Gesellschaftszwecks oder sonstiger wesentlicher Änderungen des Gesellschaftsvertrages nur nach vorheriger Entscheidung des Rates zustimmen.

In den Fällen von Satz 1 Buchstabe a) gilt Absatz 1 Satz 2 und 3 entsprechend. Als Vertreter der Gemeinde im Sinne von Satz 1 gelten auch Geschäftsführer, Vorstandsmitglieder und Mitglieder von sonstigen Organen und ähnlichen Gremien der Gesellschaft, die von der Gemeinde oder auf ihre Veranlassung oder ihren Vorschlag in das Organ oder Gremium entsandt oder gewählt worden sind. Beruht die Entsendung oder Wahl auf der Veranlassung oder dem Vorschlag mehrerer Gemeinden, Gemeindeverbände oder Zweckverbände, so bedarf es der Entscheidung nur des Organs, auf das sich die beteiligten Gemeinden und Gemeindeverbände oder Zweckverbände geeinigt haben. Die Sätze 1 bis 4 gelten nicht, soweit ihnen zwingende Vorschriften des Gesellschaftsrechts entgegenstehen.

(7) Die Gemeinde kann einen einzelnen Geschäftsanteil an einer eingetragenen Kreditgenossenschaft erwerben, wenn eine Nachschusspflicht ausgeschlossen oder die Haftungssumme auf einen bestimmten Betrag beschränkt ist.

§ 108 a GO NRW - Arbeitnehmermitbestimmung in fakultativen Aufsichtsräten

(1) Soweit im Gesellschaftsvertrag eines Unternehmens (§ 107 Absatz 1, § 107a Absatz 1) oder einer Einrichtung (§ 107 Absatz 2) in Privatrechtsform, an der die Gemeinde unmittelbar oder mittelbar mit mehr als 50 Prozent der Anteile beteiligt ist, ein fakultativer Aufsichtsrat vorgesehen ist, können diesem Arbeitnehmervertreter angehören. Arbeitnehmervertreter können von der Gemeinde in den fakultativen Aufsichtsrat entsandt werden, wenn diese mehr als zwei Aufsichtsratsmandate besetzt. In diesem Fall ist ein angemessener Einfluss der Gemeinde im Sinne des § 108 Absatz 1 Satz 1 Nummer 6 gegeben, wenn bei mehr als zwei von der Gemeinde in den Aufsichtsrat zu entsendenden Vertretern nicht mehr als ein Drittel der auf die Gemeinde entfallenden Aufsichtsratsmandate durch Arbeitnehmervertreter des Unternehmens oder der Einrichtung nach Maßgabe der folgenden Absätze besetzt werden.

(2) Wird ein Aufsichtsratsmandat oder werden zwei Aufsichtsratsmandate mit Arbeitnehmervertretern besetzt, so müssen diese als Arbeitnehmer im Unternehmen oder in der Einrichtung beschäftigt sein. Werden mehr als zwei Aufsichtsratsmandate mit Arbeitnehmervertretern besetzt, so müssen mindestens zwei Aufsichtsratsmandate mit Arbeitnehmern besetzt werden, die im Unternehmen oder in der Einrichtung beschäftigt sind.

(3) Der Rat der Gemeinde bestellt aus einer von den Beschäftigten des Unternehmens oder der Einrichtung gewählten Vorschlagsliste die in den fakultativen Aufsichtsrat zu entsendenden Arbeitnehmervertreter. Die Bestellung bedarf eines Beschlusses der Mehrheit der gesetzlichen Zahl der Mitglieder des Rates. Die Vorschlagsliste muss mindestens die doppelte Zahl der zu entsendenden Arbeitnehmervertreter enthalten. Der Rat hat das Recht, mit der Mehrheit der gesetzlichen Zahl seiner Mitglieder sämtliche Vorschläge der Liste zurückzuweisen und eine Neuwahl zu verlangen. In diesem Fall können die Beschäftigten eine neue Vorschlagsliste wählen; Sätze 1 bis 4 gelten entsprechend. Im Falle einer erneuten Zurückweisung der Vorschläge durch den Rat bleiben die für die Arbeitnehmervertreter vorgesehenen Aufsichtsratsmandate unbesetzt.

(4) § 113 Absatz 1 Satz 2 und 3 sowie § 9 des Drittelbeteiligungsgesetzes vom 18. Mai 2004 (BGBl. I S. 974), das zuletzt durch Artikel 2 Absatz 114 des Gesetzes vom 22. Dezember 2011 (BGBl. I S. 3044) geändert worden ist, gelten für die nach Absatz 3 für den fakultativen Aufsichtsrat vom Rat bestellten Arbeitnehmervertreter entsprechend. Verliert ein vom Rat bestellter Arbeitnehmervertreter, der als Arbeitnehmer im Unternehmen oder in der Einrichtung beschäftigt ist, die Beschäftigteneigenschaft in dem Unternehmen oder der Einrichtung, muss der Rat ihn entsprechend § 113 Absatz 1 Satz 3 aus seinem Amt im fakultativen Aufsichtsrat abberufen.

(5) Zur Wahl der Vorschlagsliste nach Absatz 3 sind alle Beschäftigten des Unternehmens beziehungsweise der Einrichtung wahlberechtigt, die am Tage der Wahl das 18. Lebensjahr vollendet haben. Nicht wahlberechtigt und nicht wählbar sind Geschäftsführer und Vorstände des Unternehmens beziehungsweise der Einrichtung. In die Vorschlagsliste können nur Personen aufgenommen werden, die das 18. Lebensjahr vollendet haben. Im Gesellschaftsvertrag, der Satzung oder dem Organisationsstatut des Unternehmens beziehungs-

weise der Einrichtung ist die Amtsdauer der Arbeitnehmervertreter zu regeln. Sie soll die regelmäßige Amtsdauer der nach § 113 Absatz 2 Satz 2 neben dem Bürgermeister oder dem von ihm benannten Bediensteten der Gemeinde in den fakultativen Aufsichtsrat bestellten weiteren Vertreter nicht überschreiten.

(6) Die Wahl der Vorschlagsliste erfolgt auf Grund von Wahlvorschlägen des Betriebsrats und der Beschäftigten. Die Wahlvorschläge der Beschäftigten müssen von mindestens einem Zehntel der Wahlberechtigten, jedoch mindestens von drei Wahlberechtigten unterzeichnet sein. Sieht der Gesellschaftsvertrag des Unternehmens oder der Einrichtung die Stellvertretung eines verhinderten Aufsichtsratsmitglieds vor, kann in jedem Wahlvorschlag zusammen mit jedem Bewerber für diesen ein stellvertretendes Mitglied vorgeschlagen werden. Ein Bewerber kann nicht zugleich als stellvertretendes Mitglied vorgeschlagen werden. Wird ein Bewerber gemäß Absatz 3 als Aufsichtsratsmitglied bestimmt, so ist auch das zusammen mit ihm vorgeschlagene stellvertretende Mitglied bestimmt. Das für Kommunales zuständige Ministerium bestimmt durch Rechtsverordnung das Verfahren für die Wahl der Vorschlagsliste, insbesondere die Vorbereitung der Wahl und die Aufstellung der Wählerlisten, die Frist für die Einsichtnahme in die Wählerlisten und die Erhebung von Einsprüchen gegen sie, die Wahlvorschläge und die Frist für ihre Einreichung, das Wahlausschreiben und die Frist für seine Bekanntmachung, die Stimmabgabe, die Feststellung des Wahlergebnisses und die Fristen für seine Bekanntmachung, die Anfechtung der Wahl und die Aufbewahrung der Wahlakten.

(7) Der Bürgermeister teilt dem zur gesetzlichen Vertretung berufenen Organ des Unternehmens oder der Einrichtung die Namen der vom Rat für den Aufsichtsrat bestellten Arbeitnehmervertreter und ihrer im Falle des Absatzes 6 Satz 5 bestimmten stellvertretenden Mitglieder mit. Gleichzeitig informiert er die für den Aufsichtsrat bestellten Arbeitnehmervertreter und die im Falle des Absatzes 6 Satz 5 bestimmten stellvertretenden Mitglieder.

(8) Wird ein Arbeitnehmervertreter von seinem Amt gemäß § 113 Absatz 1 Satz 3 abberufen oder scheidet er aus anderen Gründen aus dem Aufsichtsrat aus, ist gleichzeitig auch das zusammen mit ihm nach Absatz 6 Satz 5 bestimmte stellvertretende Mitglied abberufen oder ausgeschieden. Wird ein stellvertretendes Mitglied von seinem Amt gemäß § 113 Absatz 1 Satz 3 abberufen oder scheidet es aus anderen Gründen als stellvertretendes Mitglied aus dem Aufsichtsrat aus, bleibt die Position des stellvertretenden Mitglieds unbesetzt. Für den abberufenen oder ausgeschiedenen Arbeitnehmervertreter bestellt der Rat mit der Mehrheit der gesetzlichen Zahl seiner Mitglieder aus dem noch nicht in Anspruch genommenen Teil der Vorschlagsliste nach Absatz 3 einen Nachfolger. Kommt eine solche Mehrheit nicht zustande, können die Beschäftigten den noch nicht in Anspruch genommenen Teil der Vorschlagsliste um neue Vorschläge ergänzen. Für die Ergänzung der Vorschlagsliste gelten die Absätze 5 und 6 entsprechend. Kommt auch dann keine Mehrheit der gesetzlichen Zahl der Mitglieder des Rates für die Bestellung eines Nachfolgers zustande, bleibt das Aufsichtsratsmandat unbesetzt.

(9) Die Absätze 1 bis 8 gelten mit folgenden Maßgaben entsprechend in den Fällen, in denen an einem Unternehmen oder einer Einrichtung in Privatrechtsform zwei oder mehr Gemeinden unmittelbar oder mittelbar mit insgesamt mehr als 50 Prozent der Anteile beteiligt sind:

1. Die Bestellung der in den fakultativen Aufsichtsrat zu entsendenden Arbeitnehmervertreter bedarf übereinstimmender, mit der Mehrheit der gesetzlichen Zahl der Mitglieder zustande gekommener Beschlüsse der Räte mindestens so vieler beteiligter Gemeinden, dass hierdurch insgesamt mehr als die Hälfte der kommunalen Beteiligung an dem Unternehmen oder der Einrichtung repräsentiert wird. Kommen solche übereinstimmenden Beschlüsse nicht oder nicht im erforderlichen Umfang zustande, kann eine neue Vorschlagsliste gewählt werden. Kommen auch hierzu entsprechende übereinstimmende Beschlüsse der beteiligten Räte nicht oder nicht im erforderlichen Umfang zustande, bleiben die für die Arbeitnehmervertreter vorgesehenen Aufsichtsratsmandate unbesetzt.

2. Für die Bestellung eines Nachfolgers im Sinne des Absatzes 8 gilt Nummer 1 Satz 1 entsprechend. Kommen danach übereinstimmende Beschlüsse der beteiligten Räte nicht oder nicht im erforderlichen Umfang zustande, können die Beschäftigten den noch nicht in Anspruch genommenen Teil der Vorschlagsliste um neue Vorschläge ergänzen. Für die Ergänzung der Vorschlagsliste gelten die Absätze 5 und 6 entsprechend. Kommen auch dann übereinstimmende Beschlüsse der beteiligten Räte nicht oder nicht im erforderlichen Umfang zustande, bleibt das Aufsichtsratsmandat unbesetzt.

3. Für die nach § 113 Absatz 1 Satz 2 und 3 zu treffenden Entscheidungen bedarf es übereinstimmender Beschlüsse der Räte mindestens so vieler beteiligter Gemeinden, dass hierdurch insgesamt mehr als die Hälfte der kommunalen Beteiligung an dem Unternehmen oder der Einrichtung repräsentiert wird.

§ 108 b GO NRW - Regelung zur Vollparität

(1) Nach Maßgabe der folgenden Regelungen kann für die fakultativen Aufsichtsräte kommunal beherrschter Gesellschaften, die von den amtierenden kommunalen kommunalen Vertretungen zu bestellen sind, auf Antrag eine Ausnahme von der in § 108a geregelten Drittelparität zugelassen werden.

(2) Die Ausnahme ist von der Gemeinde, die die Gesellschaft beherrscht, bei der zuständigen Aufsichtsbehörde unter Beifügung eines entsprechenden Ratsbeschlusses und des vorgesehenen Gesellschaftsvertrages zu beantragen. Sind an der kommunal beherrschten Gesellschaft zwei oder mehr Gemeinden beteiligt, muss der Antrag von sämtlichen an der Gesellschaft beteiligten Gemeinden unter Beifügung der entsprechenden Ratsbeschlüsse gestellt werden.

(3) Die zuständige Aufsichtsbehörde hat die Ausnahme zuzulassen, wenn die in Absatz 2 genannten Unterlagen ordnungsgemäß vorliegen und der Gesellschaftsvertrag den sonstigen Anforderungen des § 108a und der nachfolgenden Absätze entspricht. Die Zulassung der Ausnahme durch die zuständige Aufsichtsbehörde bedarf vor ihrem Wirksamwerden der Genehmigung des für Kommunales zuständigen Ministeriums.

(4) Sind sämtliche Aufsichtsratsmandate von der Gemeinde zu besetzen, können abweichend von § 108a Absatz 1 Satz 3 bis zur Hälfte der Aufsichtsratsmandate mit Arbeitnehmervertretern besetzt werden. Wird die Hälfte der Aufsichtsratsmandate mit Arbeitnehmervertretern besetzt, muss der Gesellschaftsvertrag vorsehen, dass der Aufsichtsratsvorsitzende nicht zu dem von der Arbeitnehmerseite vorgeschlagenen Personenkreis gehört. Außerdem muss der Gesellschaftsvertrag für den Fall, dass eine Abstimmung im Aufsichtsrat Stimmengleichheit ergibt, regeln, dass noch in derselben Sitzung des Aufsichtsrats eine erneute Abstimmung über denselben Gegenstand herbeigeführt wird, bei der der Aufsichtsratsvorsitzende zwei Stimmen hat.

(5) Ist ein Teil der Aufsichtsratsmandate von Gesellschaftern zu besetzen, die die Vorschriften des 11. Teils nicht unmittelbar, sinngemäß oder entsprechend anzuwenden haben, muss der Gesellschaftsvertrag vorsehen, dass die Mehrzahl der auf die Gemeinde entfallenden Aufsichtsratsmandate mit Personen besetzt wird, die nicht von der Arbeitnehmerseite vorgeschlagen werden.

(6) Im Übrigen gelten die Regelungen des § 108a. Das für Kommunales zuständige Ministerium bestimmt durch Rechtsverordnung das Verfahren für die Wahl der Vorschlagsliste, insbesondere die Vorbereitung der Wahl und die Aufstellung der Wählerlisten, die Frist für die Einsichtnahme in die Wählerlisten und die Erhebung von Einsprüchen gegen sie, die Wahlvorschläge und die Frist für ihre Einreichung, das Wahlausschreiben und die Frist für seine Bekanntmachung, die Stimmabgabe, die Feststellung des Wahlergebnisses und die Fristen für seine Bekanntmachung, die Anfechtung der Wahl und die Aufbewahrung der Wahlakten.

§ 109 GO NRW - Wirtschaftsgrundsätze

(1) Die Unternehmen und Einrichtungen sind so zu führen, zu steuern und zu kontrollieren, dass der öffentliche Zweck nachhaltig erfüllt wird. Unternehmen sollen einen Ertrag für den Haushalt der Gemeinde abwerfen, soweit dadurch die Erfüllung des öffentlichen Zwecks nicht beeinträchtigt wird.

(2) Der Jahresgewinn der wirtschaftlichen Unternehmen als Unterschied der Erträge und Aufwendungen soll so hoch sein, daß außer den für die technische und wirtschaftliche Entwicklung des Unternehmens notwendigen Rücklagen mindestens eine marktübliche Verzinsung des Eigenkapitals erwirtschaftet wird.

§ 111 GO NRW - Veräußerung von Unternehmen, Einrichtungen und Beteiligungen

(1) Die teilweise oder vollständige Veräußerung eines Unternehmens oder einer Einrichtung oder einer Beteiligung an einer Gesellschaft sowie andere Rechtsgeschäfte, durch welche die Gemeinde ihren Einfluß auf das Unternehmen, die Einrichtung oder die Gesellschaft verliert oder vermindert, sind nur zulässig, wenn die für die Betreuung der Einwohner erforderliche Erfüllung der Aufgaben der Gemeinde nicht beeinträchtigt wird.

(2) Vertreter der Gemeinde in einer Gesellschaft, an der Gemeinden, Gemeindeverbände oder Zweckverbände unmittelbar oder mittelbar mit mehr als 50 v.H. beteiligt sind, dürfen Veräußerungen oder anderen Rechtsgeschäften i.S. des Absatzes 1 nur nach vorheriger Entscheidung des Rates und nur dann zustimmen, wenn für die Gemeinde die Zulässigkeitsvoraussetzung des Absatzes 1 vorliegt.

§ 112 GO NRW - Informations- und Prüfungsrechte

(1) Gehören einer Gemeinde unmittelbar oder mittelbar Anteile an einem Unternehmen oder einer Einrichtung in einer Rechtsform des privaten Rechts in dem in § 53 des Haushaltsgrundsätzegesetzes bezeichneten Umfang, so soll sie

1. die Rechte nach § 53 Abs. 1 des Haushaltsgrundsätzegesetzes ausüben,

2. darauf hinwirken, daß ihr die in § 54 des Haushaltsgrundsätzegesetzes vorgesehenen Befugnisse eingeräumt werden.

(2) Ist eine Beteiligung der Gemeinde an einer Gesellschaft keine Mehrheitsbeteiligung im Sinne des § 53 des Haushaltsgrundsätzegesetzes, so soll die Gemeinde, so weit ihr Interesse dies erfordert, darauf hinwirken, daß ihr im Gesellschaftsvertrag oder in der Satzung die Befugnisse nach § 53 des Haushaltsgrundsätzegesetzes eingeräumt werden. Bei mittelbaren Minderheitsbeteiligungen gilt dies nur, wenn die Beteiligung den vierten Teil der Anteile übersteigt und einer Gesellschaft zusteht, an der die Gemeinde allein oder zusammen mit anderen Gebietskörperschaften mit Mehrheit im Sinne des § 53 des Haushaltsgrundsätzegesetzes beteiligt ist.

§ 113 GO NRW - Vertretung der Gemeinde in Unternehmen oder Einrichtungen

(1) Die Vertreter der Gemeinde in Beiräten, Ausschüssen, Gesellschafterversammlungen, Aufsichtsräten oder entsprechenden Organen von juristischen Personen oder Personenvereinigungen, an denen die Gemeinde unmittelbar oder mittelbar beteiligt ist, haben die Interessen der Gemeinde zu verfolgen. Sie sind an die Beschlüsse des Rates und seiner Ausschüsse gebunden. Die vom Rat bestellten Vertreter haben ihr Amt auf Beschluss des Rates jederzeit niederzulegen. Die Sätze 1 bis 3 gelten nur, soweit durch Gesetz nichts anderes bestimmt ist.

(2) Bei unmittelbaren Beteiligungen vertritt ein vom Rat bestellter Vertreter die Gemeinde in den in Absatz 1 genannten Gremien. Sofern weitere Vertreter zu benennen sind, muss der Bürgermeister oder der von ihm vorgeschlagene Bedienstete der Gemeinde dazuzählen. Die Sätze 1 und 2 gelten für mittelbare Beteiligungen entsprechend, sofern nicht ähnlich wirksame Vorkehrungen zur Sicherung hinreichender gemeindlicher Einfluss- und Steuerungsmöglichkeiten getroffen werden.

(3) Die Gemeinde ist verpflichtet, bei der Ausgestaltung des Gesellschaftsvertrages einer Kapitalgesellschaft darauf hinzuwirken, daß ihr das Recht eingeräumt wird, Mitglieder in den Aufsichtsrat zu entsenden. Über die Entsendung entscheidet der Rat. Zu den entsandten Aufsichtsratsmitgliedern muß der Bürgermeister oder der von ihm vorgeschlagene Bedienstete der Gemeinde zählen, wenn diese mit mehr als einem Mitglied im Aufsichtsrat vertreten ist. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen.

(4) Ist der Gemeinde das Recht eingeräumt worden, Mitglieder des Vorstandes oder eines gleichartigen Organs zu bestellen oder vorzuschlagen, entscheidet der Rat.

(5) Die Vertreter der Gemeinde haben den Rat über alle Angelegenheiten von besonderer Bedeutung frühzeitig zu unterrichten. Die Unterrichtungspflicht besteht nur, soweit durch Gesetz nichts anderes bestimmt ist.

(6) Die Vertreterinnen und Vertreter der Gemeinde haben über die zur Wahrnehmung des Vertretungsamtes sowie die zur Beurteilung und Überwachung der Geschäfte, die das Unternehmen oder die Einrichtung betreibt, erforderliche betriebswirtschaftliche Erfahrung und Sachkunde zu verfügen. Die Gemeinde soll den nach Satz 1 entsandten Personen die Gelegenheit geben, regelmäßig an Fortbildungsveranstaltungen teilzunehmen, die der Wahrnehmung dieser Aufgaben dienlich sind. Die nach Satz 1 entsandten Personen haben sich regelmäßig zur Wahrnehmung dieser Aufgaben fortzubilden.

(7) Wird ein Vertreter der Gemeinde aus seiner Tätigkeit in einem Organ haftbar gemacht, so hat ihm die Gemeinde den Schaden zu ersetzen, es sei denn, daß er ihn vorsätzlich oder grob fahrlässig herbeigeführt hat. Auch in diesem Falle ist die Gemeinde schadensersatzpflichtig, wenn ihr Vertreter nach Weisung des Rates oder eines Ausschusses gehandelt hat.

§ 116 GO NRW – Gesamtabschluss

(1) Die Gemeinde hat in jedem Haushaltsjahr für den Abschlussstichtag 31. Dezember einen Gesamtabschluss aufzustellen. § 95 Absatz 1 gilt entsprechend.

(2) Der Gesamtabschluss besteht aus

1. der Gesamtergebnisrechnung,

2. der Gesamtbilanz,

3. dem Gesamtanhang,

4. der Kapitalflussrechnung und

5. dem Eigenkapitalspiegel.

Darüber hinaus hat die Gemeinde einen Gesamtlagebericht aufzustellen.

(3) Zum Zwecke der Aufstellung des Gesamtabschlusses sind die Jahresabschlüsse aller verselbständigten Aufgabenbereiche in öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Form mit dem Jahresabschluss der Gemeinde zu konsolidieren, sofern im Gesetz oder durch Rechtsverordnung nicht anderes bestimmt ist. Für mittelbare Beteiligungen gilt § 290 Absatz 3 des Handelsgesetzbuches entsprechend.

(4) Auf den Gesamtabschluss sind, soweit seine Eigenart keine Abweichung bedingt oder im Gesetz oder durch Rechtsverordnung nichts anderes bestimmt ist, die Vorschriften über den gemeindlichen Jahresabschluss entsprechend anzuwenden.

(5) Hat sich die Zusammensetzung der in den Gesamtabschluss einbezogenen verselbständigten Aufgabenbereiche gemäß Absatz 3 im Laufe des Haushaltsjahres wesentlich geändert, so sind in den Gesamtabschluss Angaben aufzunehmen, die es ermöglichen, die aufeinanderfolgenden Gesamtabschlüsse sinnvoll zu vergleichen.

(6) Die in den Gesamtabschluss einzubeziehenden verselbständigten Aufgabenbereiche nach Absatz 3 haben der Gemeinde ihre Jahresabschlüsse, Lageberichte, und wenn eine Abschlussprüfung stattgefunden hat, die Prüfungsberichte sowie, wenn ein Zwischenabschluss aufzustellen ist, einen auf den Stichtag des Gesamtabschlusses aufgestellten Abschluss unverzüglich einzureichen. Die Gemeinde kann von jedem verselbständigten Aufgabenbereich nach Absatz 3 alle Aufklärungen und Nachweise verlangen, welche die Aufstellung des Gesamtabschlusses und des Gesamtlageberichtes erfordert.

(7) Der Gesamtabschluss und der Gesamtlagebericht sind innerhalb der ersten neun Monate nach dem Abschlussstichtag aufzustellen, § 95 Absatz 5 findet für deren Aufstellung entsprechende Anwendung.

(9) Für die Prüfung des Gesamtabschlusses und des Gesamtlageberichtes gilt § 59 Absatz 3 entsprechend. Der Rat bestätigt den geprüften Gesamtabschluss durch Beschluss, § 96 Absatz 1 Sätze 1, 3 und 6 und Absatz 2 finden entsprechende Anwendung.

§ 116a GO NRW - Größenabhängige Befreiungen

(1) Eine Gemeinde ist von der Pflicht, einen Gesamtabschluss und einen Gesamtlagebericht aufzustellen, befreit, wenn am Abschlussstichtag ihres Jahresabschlusses und am vorhergehenden Abschlussstichtag jeweils mindestens zwei der nachstehenden Merkmale zutreffen:

1. die Bilanzsummen in den Bilanzen der Gemeinde und der einzubeziehenden verselbständigten Aufgabenbereiche nach § 116 Absatz 3 übersteigen insgesamt nicht mehr als 1 500 000 000 €,

2. die der Gemeinde zuzurechnenden Erträge aller vollkonsolidierungspflichtigen verselbständigten Aufgabenbereiche nach § 116 Absatz 3 machen weniger als 50 Prozent der ordentlichen Erträge der Ergebnisrechnung der Gemeinde aus,

3. die der Gemeinde zuzurechnenden Bilanzsummen aller vollkonsolidierungspflichtigen verselbständigten Aufgabenbereiche nach § 116 Absatz 3 machen insgesamt weniger als 50 Prozent der Bilanzsumme der Gemeinde aus.

(2) Über das Vorliegen der Voraussetzungen für die Befreiung von der Pflicht zur Aufstellung eines Gesamtabschlusses entscheidet der Rat für jedes Haushaltsjahr bis zum 30. September des auf das Haushaltsjahr folgenden Jahres. Das Vorliegen der Voraussetzungen nach Absatz 1 ist gegenüber dem Rat anhand geeigneter Unterlagen nachzuweisen. Die Entscheidung des Rates ist der Aufsichtsbehörde jährlich mit der Anzeige des durch den Rat festgestellten Jahresabschlusses der Gemeinde vorzulegen.

(3) Sofern eine Gemeinde von der größenabhängigen Befreiung im Zusammenhang mit der Erstellung eines Gesamtabschlusses Gebrauch macht, ist ein Beteiligungsbericht gemäß § 117 zu erstellen.

§ 116b GO NRW - Verzicht auf die Einbeziehung

In den Gesamtabschluss und den Gesamtlagebericht müssen verselbstständigte Aufgabenbereiche nach § 116 Absatz 3 nicht einbezogen werden, wenn sie für die Verpflichtung, ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gemeinde zu vermitteln, von untergeordneter Bedeutung sind. Die Anwendung des Satzes 1 ist im Gesamtanhang anzugeben und zu begründen. Aufgabenträger mit dem Zweck der unmittelbaren oder mittelbaren Trägerschaft an Sparkassen sind nicht im Gesamtabschluss zu konsolidieren.

§ 117 GO NRW - Beteiligungsbericht

(1) In den Fällen, in denen eine Gemeinde von der Aufstellung eines Gesamtabschlusses unter den Voraussetzungen des § 116a befreit ist, ist in dem Jahr ein Beteiligungsbericht zu erstellen. Für die Erstellung des Beteiligungsberichtes gilt § 116 Absatz 6 Satz 2 entsprechend. Über den Beteiligungsbericht ist ein gesonderter Beschluss des Rates in öffentlicher Sitzung herbeizuführen.

(2) Der Beteiligungsbericht hat folgende Informationen zu sämtlichen verselbständigten Aufgabenbereichen in öffentlich-rechtlicher und privatrechtlicher Form zu enthalten, sofern in diesem Gesetz oder in einer Rechtsverordnung nichts anderes bestimmt wird:

1. die Beteiligungsverhältnisse,

2. die Jahresergebnisse der verselbständigten Aufgabenbereiche,

3. eine Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals jedes verselbständigten Aufgabenbereiches sowie

4. eine Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander und mit der Gemeinde.

§ 394 AktG

Aufsichtsratsmitglieder, die auf Veranlassung einer Gebietskörperschaft in den Aufsichtsrat gewählt oder entsandt worden sind, unterliegen hinsichtlich der Berichte, die sie der Gebietskörperschaft zu erstatten haben, keiner Verschwiegenheitspflicht. Für vertrauliche Angaben und Geheimnisse der Gesellschaft, namentlich Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse, gilt dies nicht, wenn ihre Kenntnis für die Zwecke der Berichte nicht von Bedeutung ist. Die Berichtspflicht nach Satz 1 kann auf Gesetz, auf Satzung oder auf dem Aufsichtsrat in Textform mitgeteiltem Rechtsgeschäft beruhen.

§ 395 AktG

(1) Personen, die damit betraut sind, die Beteiligungen einer Gebietskörperschaft zu verwalten oder für eine Gebietskörperschaft die Gesellschaft, die Betätigung der Gebietskörperschaft als Aktionär oder die Tätigkeit der auf Veranlassung der Gebietskörperschaft gewählten oder entsandten Aufsichtsratsmitglieder zu prüfen, haben über vertrauliche Angaben und Geheimnisse der Gesellschaft, namentlich Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse, die ihnen aus Berichten nach § 394 bekanntgeworden sind, Stillschweigen zu bewahren; dies gilt nicht für Mitteilungen im dienstlichen Verkehr.

(2) Bei der Veröffentlichung von Prüfungsergebnissen dürfen vertrauliche Angaben und Geheimnisse der Gesellschaft, namentlich Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse, nicht veröffentlicht werden.

Rechtsformen wirtschaftlicher Betätigung

Für die wirtschaftliche Betätigung der Gemeinde stehen unterschiedliche öffentlich-rechtliche und privatrechtliche Formen zu Verfügung.

Im Wesentlichen sind dies:

in öffentlich-rechtlicher Form:

- Regiebetrieb,
- eigenbetriebsähnliche Einrichtung,
- Eigenbetrieb,
- Anstalt des öffentlichen Rechts,

in privatrechtlicher Form:

- GmbH,
- Aktiengesellschaft,
- eingetragene Genossenschaft.

Nachfolgend werden die Besonderheiten der einzelnen Rechtsformen und die Einflussmöglichkeiten der Stadt kurz erläutert.

Regiebetrieb

Regiebetriebe *sind in die Verwaltung eingegliederte und daher rechtlich und organisatorisch unselbstständige Einrichtungen* der Gemeinde. Als unmittelbarer Teil der Kommunalverwaltung ist der Regiebetrieb mit seinen Einnahmen und Ausgaben an den Haushaltplan sowie in seiner Personalausstattung an den Stellenplan der Gemeinde gebunden.

Steuerrechtlich kann ein Regiebetrieb zum Betrieb gewerblicher Art (BgA) werden, sofern der Regiebetrieb durch eine nachhaltige wirtschaftliche Tätigkeit zur Erzielung von Einnahmen dient und sich innerhalb der Gesamtbetätigung der Gemeinde wirtschaftlich heraushebt.

Eigenbetrieb / eigenbetriebsähnliche Einrichtung

Ein Eigenbetrieb ist ein Unternehmen einer Gemeinde ohne eigene Rechtspersönlichkeit, welches außerhalb des Haushaltsplans der Gemeinde nach kaufmännischen Grundsätzen als Sondervermögen verwaltet wird. Rechtsgrundlagen für den Eigenbetrieb sind die Gemeindeordnung NRW, die Eigenbetriebsverordnung NW (EigVO NW) sowie eine vom Rat der Gemeinde zu beschließende Betriebssatzung.

Der Eigenbetrieb verfügt eine Betriebsleitung, die für den laufenden Geschäftsbetrieb zuständig ist. Darüber hinaus sind Überwachungs- und Entscheidungskompetenzen durch die Betriebssatzung und die EigVO NRW dem Betriebsausschuss zugewiesen. Grundsätzliche Entscheidung obliegen nach der EigVO NRW dem Rat der Stadt. Der Oberbürgermeister hat bei Personalentscheidungen, bei Abschluss über den laufenden Betrieb hinausgehender Verträge sowie im Interesse der Wahrung der Einheitlichkeit der Verwaltung Befugnisse. Im Übrigen stehen dem Oberbürgermeister und dem Kämmerer Auskunftsrechte zu.

Eigenbetriebsähnliche Einrichtungen sind solche Betriebe, die nach der Definition des § 107 GO NW nicht als wirtschaftliche Betätigung gelten, die jedoch nach den Vorschriften der EigVO NW betrieben werden.

Anstalt des öffentlichen Rechts

Die Anstalt des öffentlichen Rechts (AöR) nach § 114a GO NRW ist eine von einem Hoheitsträger auf der Grundlage des öffentlichen Rechts gegründete rechtsfähige Organisation, die öffentlichen Zwecken dient und mit eigenen Sachmitteln und Personal ausgestattet ist. Sie hat keine Mitglieder und wird von einem Vorstand eigenverantwortlich geleitet. Der Vorstand wird vom Verwaltungsrat überwacht, dessen Zuständigkeiten in § 114a Abs. 7 GO NRW geregelt sind.

Die Gemeinde kann die AöR ermächtigen Satzungen zu erlassen und sich an Unternehmen in privater Rechtsform beteiligen. Für den Erlass von Satzungen und der Beteiligungen ist der Verwaltungsrat zuständig, der in diesen Fällen den Weisungen des Rates der Gemeinde unterliegt.

Für die Verbindlichkeiten der AöR haftet die Gemeinde unbeschränkt, soweit nicht Befriedigung aus deren Vermögen zu erlangen ist.

Die Einflussmöglichkeiten des Rates der Stadt sind insbesondere durch die Regelung der Rechtsverhältnisse im Rahmen der Satzung zur Gründung der AöR definiert.

Sparkassen

Sparkassen sind gemeinnützige, von Gemeinden, Gemeindeverbänden oder Zweckverbänden (Gewährträger) errichtete rechtsfähige Anstalten des öffentlichen Rechts (Kreis- oder Stadtsparkassen), denen die Förderung des Spargeschäfts (Bankeinlagen) obliegt. Sie können jedoch grundsätzlich alle Bankgeschäfte betreiben, sind Kreditinstitute und unterliegen der Bankenaufsicht. Rechtsgrundlage für die Rechtsverhältnisse der Sparkassen sind die Sparkassengesetze der Länder und die von den kommunalen Trägern erlassenen Satzungen.

Für die Verbindlichkeiten der Sparkasse haftet die Gemeinde als Gewährträgerin uneingeschränkt. Durch das Sparkassengesetz des Landes NRW werden die Rechtsverhältnisse der Gemeinde und der Sparkasse festgeschrieben, die der Gemeinde Einflussmöglichkeiten eröffnen, die dem Gewährträgerverhältnis Rechnung tragen (zum Beispiel: Besetzung des Verwaltungsrates und des Kreditausschusses, Beanstandungsrecht des Hauptverwaltungsbeamten, Beschluss des Rates über die Ergebnisverwendung sowie die Entlastung der Sparkassenorgane).

Gesellschaft mit beschränkter Haftung

Die Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH) ist eine juristische Person des Privatrechts mit eigener Rechtspersönlichkeit. Die innere Struktur der Gesellschaft wird im Gesellschaftsvertrag festgeschrieben und kann von den Gesellschaftern unter Beachtung der Vorschriften des GmbH-Gesetzes (GmbHG) relativ frei und flexibel geregelt werden, so dass die Eigenheiten und Erfordernisse der jeweiligen Gesellschaft optimal berücksichtigt werden können.

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung. Ein Aufsichtsrat kann gebildet werden; grundsätzlich besteht hierzu (mit Ausnahme der gesetzlich mitbestimmten Gesellschaften mbH) jedoch keine Pflicht.

Einflussmöglichkeiten des Rates bestehen im Rahmen des Gründungsbeschlusses (Gestaltung des Gesellschaftsvertrages etc.) sowie über Weisungen an die jeweiligen Vertreter/innen der Stadt in der Gesellschafterversammlung und an die städtischen Vertreter/innen im Aufsichtsrat, soweit es sich im letzteren Fall um einen fakultativen Aufsichtsrat handelt.

Aktiengesellschaft

Wie die GmbH ist auch die Aktiengesellschaft (AG) eine privatrechtliche Gesellschaft mit eigener Rechtspersönlichkeit. Auch hier wird die innere Struktur der Gesellschaft in der Satzung festgeschrieben. Allerdings enthält das AktG eine Vielzahl von verbindlichen Regelungen und Formvorschriften, so dass den Aktionären für eine flexible Gestaltung der Satzung unter Berücksichtigung der Erfordernisse der einzelnen Gesellschaft nur wenig Spielraum verbleibt.

Organe der Gesellschaft sind die Hauptversammlung, der Vorstand und der Aufsichtsrat, der im Gegensatz zur GmbH, zwingend vorgeschrieben ist.

Die Einflussmöglichkeiten des Rates auf die Tätigkeit einer Aktiengesellschaft sind geringer als bei der GmbH. Die Aktiengesellschaft wird vom Vorstand eigenverantwortlich geführt und geleitet (§76 Abs.1 AktG). Über Fragen der Geschäftsführung kann die Hauptversammlung nur entscheiden, wenn der Vorstand es verlangt. Maßnahmen der Geschäftsführung kann der Aufsichtsrat als Überwachungsorgan nicht wahrnehmen; die Satzung kann bestimmen, dass bestimmte Arten von Geschäften nur mit seiner Zustimmung vorgenommen werden dürfen. Die Mitlieder des Aufsichtsrates üben ihr Amt weisungsfrei aus. Dies gilt auch für Vertreter der Stadt, die in den Aufsichtsrat einer Aktiengesellschaft gewählt werden.

eingetragene Genossenschaft (e.G.)

Wie die GmbH und die AG hat auch die e. G. eine eigene Rechtspersönlichkeit. Die innere Struktur richtet sich nach der Satzung, die den Vorschriften des Genossenschaftsgesetzes (GenG) Rechnung tragen muss.

Organe der e.G. sind der Vorstand, der Aufsichtsrat und die Generalversammlung bzw. bei Genossenschaften mit mehr als dreitausend Mitgliedern die Vertreterversammlung.

Anders als bei der GmbH oder der AG, bei der die Höhe des gehaltenen Kapitals über die Anzahl der Stimmen in der Gesellschafterversammlung bzw. Hauptversammlung entscheidet, hat hier jeder Genosse, unabhängig von der Anzahl seiner Genossenschaftsanteile, nur eine Stimme. Damit sind die Einflussmöglichkeiten der Stadt äußerst gering.

Im Übrigen kann im Rahmen der Vertreterversammlung nur eine natürliche, unbeschränkt geschäftsfähige Person, die auch Mitglied der Genossenschaft ist, zum Vertreter bestellt werden. In den Fällen, in denen aufgrund der Anzahl der Mitglieder die Vertreterversammlung das Organ der Genossen ist, hat die Stadt als juristische Person des öffentlichen Rechts keine Möglichkeit, ein Mitglied zu entsenden.

.

Verzeichnis der verwendeten Abkürzungen

a. F.	alte Fassung
AG	Aktiengesellschaft
AktG	Aktiengesetz
AO	Abgabenordnung
AöR	Anstalt öffentlichen Rechts
ARGE	Arbeitsgemeinschaft
ASO	Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen
BFO	Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH
BgA	Betrieb gewerblicher Art
BilRUG	Bilanzrichtlinie-Umsetzungsgesetz
BSO KG	Biostrom Oberhausen GmbH & CO. KG
BVR	Busverkehr Rheinland
ca.	circa
CPO	Circus Park Oberhausen Betriebs GmbH
CVUA-RRW	Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper
DM	Deutsche Mark
DSD	Duales System Deutschland
e. G.	eingetragene Genossenschaft
EBITDA	earnings before interest, taxes, depreciation and amortization. = „Gewinn vor Zinsen, Steuern, Abschreibungen auf Sachanlagen und Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände“
ecce	european centre for creative economy GmbH
EEG	Gesetz für den Vorrang Erneuerbarer Energien
EigVO NW	Eigenbetriebsverordnung NW
ekz	Einkaufszentrale für Bibliotheken GmbH
etc.	et cetera
EU	Europäische Union
EUR	EURO
ENO	Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH
e. V.	eingetragener Verein
evo	Energieversorgung Oberhausen
GbR	Gesellschaft bürgerlichen Rechts
GEG	Grundstücksentwicklungsgesellschaft Oberhausen mbH
GenG	Genossenschaftsgesetz
GEO	Grundstücksentwicklungsgesellschaft Oberhausen mbH
GVO	Grundstücksverwaltungsgesellschaft Oberhausen mbH
GE-WO	Gemeinnützige Wohnungsbau e. G. Oberhausen-Osterfeld
GFKO	Gesellschaft für Kabelkommunikationstechnik Oberhausen mbH
gGmbH	gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GKDO	Gesellschaft für kommunale Dienste Oberhausen
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbHG	Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung

GMVA	Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein
GO NW	Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen
ha	Hektar
HGrG	Haushaltsgrundsätzegesetz
hast	Haushaltsstelle
IKF	Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH
i. L.	in Liquidation
inkl.	inklusive
KDN	KDN - Dachverband Kommunaler IT Dienstleister Service GmbH
KG	Kommanditgesellschaft
KOSTAT-DST	Kommunalstatistik-Deutscher Städtetag GmbH
KSBG KG	Kommunale Beteiligungsgeselllschaft GmbH & Co. KG
LAH	Luise-Albertz-Halle
LEG	Landesentwicklungsgesellschaft NW
LGO	Landesgartenschau Oberhausen GmbH
Mio.	Millionen
MVA	Müll-Verbrennungsanlage
Nr.	Nummer
NW	Nordrhein-Westfalen
OBG	Oberhausener Bauförderungsgesellschaft mbH
OB-Netz	Oberhausener Netzgesellschaft mbH
o. g.	oben genannte
OGM	Oberhausener Gebäudemanagement GmbH
OLGA	Oberhausener Landesgartenschau 1999
ÖPNV	öffentlicher Personennahverkehr
OVP	O.Vision Projektgesellschaft mbH
OVZ	O.Vision Zukunftspark GmbH
OWT	Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung GmbH
PBO	Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH
PPP	Public-Private-Partnership
rd.	rund
RVR	Regionalverband Ruhr
RW	Rheinisch-Westfälisch
RWE	RWE AG
RWW	Rheinisch-Westfälische-Wasserwerksgesellschaft
RZO	Recycling-Zentrum Oberhausen
SBO	Servicebetriebe Oberhausen
SpkG	Sparkassengesetz
SPNV	Schienenpersonennahverkehr
STOAG	Stadtwerke Oberhausen GmbH

TASi	Technische Anleitung Siedlungsabfall
TCO	TheatrO CentrO GmbH
TDM	Tausend Deutsche Mark
T€	Tausend EURO
TMO	Tourismus & Marketing Oberhausen GmbH
TZU	Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH
UA	Unterabschnitt
u. a. m.	und anderes mehr
UMSICHT	Institut für Umwelt- und Sicherheitstechnik
VkA	Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH
vorl. Ist	vorläufiges Ist
VRR	Verkehrsverbund Rhein-Ruhr
VU	Verkehrsunternehmen
VZO	Verwaltungszentren Oberhausen GmbH
VZS	Verwaltungszentrum Sterkrade GmbH
WBO	Wirtschaftsbetriebe Oberhausen
WDR	Westdeutscher Rundfunk
WFO	Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH
Wica	Wissenschaftscampus NRW gGmbH
WE	Wohneinheiten
WT	WT Oberhausen GmbH
ZV	Zweckverband

Alphabetisches Inhaltsverzeichnis

Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen 378
ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH 294
ASO Service GmbH 304
Bau- und Wohnungsgenossenschaft "Werkbundsiedlung Am Ruhrufer" e.G. 254
Betriebsgesellschaft Radio Mülheim/Oberhausen mbH & CO. KG 316
Betriebsverwaltungsgesellschaft Radio Mülheim/Oberhausen mbH 314
Biostrom Oberhausen GmbH & Co. KG 108
Biostrom Oberhausen Management GmbH 114
Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper (CVUA-RRW) 334
d-NRW Anstalt öffentlichen Rechts 322
ecce - european centre for creative economy GmbH 326
Energiegenossenschaft Handwerk e.G. 148
Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO 190
evo Energieversorgung Oberhausen AG 82
Freizeitgesellschaft Metropole Ruhr mbH 234
FSO GmbH & Co.KG 150
FSO Verwaltungs-GmbH 172
Gasometer Oberhausen GmbH 210
GFKO Gesellschaft für Kabelkommunikationstechnik Oberhausen mbH 146
GFKO Gesellschaft für Kabelkommunikationstechnik Oberhausen mbH & Co. Kabel-Service KG 144
GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH 178
IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH 226
Jobcenter Oberhausen 310
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co.KG 136
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft mbH 132
LAH Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH 216
Oberhausener Netzgesellschaft mbH 98
OVP O.Vision Projektgesellschaft mbH 78
OWT Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung GmbH 198
Quantum GmbH 118
RWE Aktiengesellschaft 176
RWW Rheinisch-Westfälische Wasserwerksgesellschaft mbH 44
SBO Servicebetriebe Oberhausen 386
Stadtsparkasse Oberhausen 346
STEAG GmbH 140
STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH 30
Theater Oberhausen 398
TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH 274
VKA Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH 58
WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH 64
Wissenschaftscampus NRW gGmbH 286